Jonas Klein

»Der Prophet des Staatsgedankens«

Hans Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher« (1883–1919)

V&R

V&R

Schriftenreihe
der Historischen Kommission bei der
Bayerischen Akademie der Wissenschaften

Band 111

HiKo
HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Jonas Klein

»Der Prophet des Staatsgedankens«

Hans Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«
(1883–1919)

Vandenhoeck & Ruprecht

Die Schriftenreihe wird herausgegeben
vom Sekretär der Historischen Kommission:
Bernhard Löffler

Gedruckt mit Unterstützung der Franz Schnabel Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über https://dnb.de abrufbar.

© 2023 Vandenhoeck & Ruprecht, Robert-Bosch-Breite 10, D-37079 Göttingen,
ein Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland;
Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff,
Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Brill Wageningen Academic,
Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau und V&R unipress.
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Professor Hans Delbrück, ca. 1913
(Foto aus: Frederic William Wile: Rings um den Kaiser. Berlin 1913 [4. Auflage], S. 133.)

Satz: textformart, Göttingen
Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2197-4721
ISBN 978-3-666-30238-1

Inhalt

Vorwort 7

I. Einleitung 9

II. Die »Preußischen Jahrbücher« und ihr Herausgeber 29
1. Biogramm 29
2. Die »Preußischen Jahrbücher« 48

III. Die Ära Bismarck 77
1. Der Staat Bismarcks 77
2. Der deutsche Katholizismus 93
3. Die deutsche Sozialdemokratie 118

IV. Die innenpolitischen Krisenherde der Wilhelminischen Epoche 143
1. Die »polnische Frage« 143
2. Nordschleswig 180
3. Das Reichsland Elsaß-Lothringen 206
4. Die Frauenemanzipation 220

V. Die außenpolitischen Krisenherde der Wilhelminischen Epoche 243
1. Das Konzert der Mächte 243
2. Die Rüstungspolitik des Kaiserreichs 266
3. Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs 287

VI. Der Erste Weltkrieg 313
1. Kriegspolitik und Friedenschancen 313
2. Judenemanzipation und Antisemitismus 363
3. Prüfstein der nationalen Integration 381
4. Niederlage und Umbruch 405

VII. Schlussbetrachtung 425

Abkürzungsverzeichnis 437

Quellen- & Literaturverzeichnis 439
Quellen 439
Archive 439
Periodika 440
Gedruckte Quellen 441
Forschungsliteratur 443

Personenregister 465

Vorwort

Als ich während der ersten Semester meines Studiums begann, die Vorworte von Qualifikationsschriften zu lesen, war es mir ein wiederkehrender Gedanke, dass an solcher Stelle eigentlich eine allgemeine Dankbarkeit Ausdruck finden müsste, für das Privileg, Glied einer Gesellschaft zu sein, in der Menschen dazu abkömmlich sind, herumzusitzen und über ferne Vergangenheiten nachzudenken. Nun da ich meine eigene Dissertation in Händen halte, ist mir einerseits dieser Gedanke angesichts des Grauens des Krieges in der Ukraine wieder besonders präsent. Andererseits fällt es mir jedoch nach den nunmehr verstrichenen Jahren schwer, diese Gefühlshaltung allgemeiner Dankbarkeit selbst nachdrücklich einzunehmen. Zu bitter wirken die Erfahrungen mit einem Hochschulsystem, in dem nicht nur der und dem Einzelnen, sondern den Entwicklungsmöglichkeiten und Erkenntnischancen der Wissenschaft insgesamt dadurch größte Geringschätzung demonstriert wird, dass der »wissenschaftliche Nachwuchs« zwischen Kettenverträgen und Höchstbefristungsgrenzen aufgerieben wird. Umso dringender ist es mir daher ein Bedürfnis, ganz konkret denjenigen meinen Dank auszusprechen, deren Unterstützung die Entstehung dieses Buches unter solchen Umständen ermöglicht hat.

Mein herzlicher Dank gebührt meinem Chef, Dominik Geppert, der viel in das Projekt investiert hat und dabei diversen »Um- und Abwegen« mit Toleranz und Neugierde begegnet ist. Er gilt aber auch Peter Hoeres als zweitem Gutachter, Monika Wienfort, Filippo Carlà-Uhink und Heiko Christians als weiteren Potsdamer Mitgliedern der Prüfungskommission sowie Friedrich Kießling, Henning Türk und Konrad Vössing für die Gastfreundschaft am Bonner Institut für Geschichtswissenschaft. Ebenso herzlichen Dank schulde ich der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, nicht nur für die Aufnahme meiner Dissertation in ihre Schriftenreihe, sondern auch für ein großzügiges Stipendium, das den geordneten Abschluss der Arbeit erlaubt hat. Um nichts weniger dankbar verbunden bin ich allen Kollegïnnen in Potsdam, Bonn, München und anderen Orts, die auch unter den Umständen der Corona-Pandemie wichtige Hinweise gegeben und Quellenzugang ermöglicht haben. Die auf diese und andere Weise die Universität allen deprimierenden akademischen Missverhältnissen zum Trotz nicht bloß einen hinreichend funktionsfähigen, sondern den mir liebsten Arbeitsplatz haben sein lassen. Für eine auch nur ansatzweise vollständige Liste derer, die es darum mehr als verdient hätten, hier persönlich aufgezählt zu werden, reicht der Raum nicht aus. Daher bitte ich alle um Entschuldigung, die ihre Namen hier nicht wiederfinden und nenne stellvertretend nur Hannah Runden und Andreas Rose, die das ganze lange Manuskript Korrektur gelesen haben sowie Gabriel Rolfes als Sparringpartner uferloser Methodendiskussionen und Karl-Ulrich Gelberg für

zahlreiche administrative Hilfestellungen von der Finanzierung der Arbeit bis zu ihrer Drucklegung.

Von Herzen dankbar bin ich nicht zuletzt denen, deren unschätzbare Unterstützung sich nicht im Entferntesten aus einem dienstlichen Auftrag ergab: all denen, die ich kraft des Personenstandsrechts oder durch eigene Zurechnung hier als meine Familie adressiere, für Übersetzerdienste und orthographischen Rat, für Mitfahrgelegenheiten und Gastfreundschaft. Ich danke Maelin und Tankbrandt, Kuno und Leomar für das Glück, einmal in der Woche in Aventurien eintauchend Hans Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher« hinter mir lassen zu können. Meinem Sohn Till danke ich eingedenk des Ringens mit Kettenverträgen und Höchstbefristungsgrenzen dafür, es nicht über Gebühr eilig gehabt zu haben, zu uns zu stoßen, sodass die letzten Absätze noch zwischen den Besuchen auf der Geburtshilfestation zu Papier gebracht werden konnten.

Ich widme das Buch Janina und Alex', ohne Euch wäre manches Kapitel früher fertig und die ganze Geschichte doch nie erzählt worden.

Tünsdorf im Saarland
Weißer Sonntag 2023
Jonas Klein

I. Einleitung

»Ein Konservativer. Aber denkt nicht ans Heydebrandsche Schema. Ein Kulturkonservativer, der alle Elemente des Preußentums in sich vereinigt, jenes liberalisierende Großstaat-Preußentum aus der Zeit zwischen den Schlachten von Jena und Leipzig. Ein Politiker, der, immer strebend, immer um die Wahrheit ringend, doch nicht über seine Natur hinauskann. Sein Konservativismus zieht magnetisch die weit ausfliegenden Gedanken immer wieder an. Er ist in sich selbst be- und gefangen. Zaudernd steht er zwischen zwei Zeitaltern, steht schwankend auf der Brücke zwischen dem alten und dem neuen Preußen, und er kann, sich immer wieder von Neuem rückwärts wendend, den Blick von der Vergangenheit nicht lassen. Die Zurückbleibenden will er aufmuntern, die Vorwärtsstürmenden zurückhalten, sein lebhaftes Temperament möchte ihn am liebsten Denen da vorne zugesellen, aber der kritische Verstand zieht, immer rechtzeitig, die Zügel straffer.«[1]

Mit diesen Worten charakterisierte der spätere Gründungsherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Erich Dombrowski, der damals unter dem Pseudonym Johannes Fischart für die linke Wochenzeitung »Schaubühne« schrieb, am 14. November 1918 den Professor für Weltgeschichte an der Berliner Universität, Hans Delbrück.[2] Anlass war eine verspätete Würdigung zu dessen 70. Geburtstag, der am Tag des Waffenstillstands von Compiègne Professoren und Minister, Publizisten und Diplomaten im Grunewald versammelt hatte. Christian Lüdtke hat den Festakt in gedrückter Stimmung jüngst als »Brennpunkt« der Sinnsuche liberaler und konservativer Kreise in Zeiten des Umbruchs dargestellt.[3] Die Gratulanten einte, dass sie im Krieg mit Delbrück für eine gemäßigte politische und militärische Strategie votiert hatten und sich nach 1919 mehrheitlich als sogenannte »Vernunftrepublikaner« zur Weimarer Republik bekennen sollten. Im Angesicht von Niederlage und Revolution erhofften sie sich von ihm Orientierung.[4]

Tatsächlich kommt kaum eine Monographie zum Kaiserreich wie auch zur Weimarer Republik ohne Hinweise auf Delbrück als einem einflussreichen politischen Intellektuellen und Herausgeber des zeitgenössischen Leitmediums der

1 Johannes Fischart [Erich Dombrowski]: Hans Delbrück, in: Die Schaubühne 14 (1918) 46, S. 453–456, S. 453 f.

2 Zur Identität Johannes Fischarts mit Erich Dombrowski sowie allgemein zur »Schaubühne/Weltbühne« vgl. *Gallus*, Heimat »Weltbühne«, insbesondere S. 21. Zu Delbrücks eigener Geringschätzung dieser Zeitschrift vgl. Hans Delbrück an Kurt Han, 25.05.1927, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hahn, Kurt, Bl. 11.

3 *Lüdtke*, Hans Delbrück als »Kassandra.

4 Ebd., S. 316 f.

»Preußischen Jahrbücher« (1883–1919) aus.[5] Freilich wurde Delbrück dabei vorrangig als typischer Vertreter seines Standes bemüht und die spezifischen Bedingungen seines Wirkens ebenso wenig ausgeleuchtet, wie die Originalität seiner politischen Ansichten berücksichtigt.[6] Seine Verortung im politischen Spektrum bleibt in der Forschung so schillernd wie schon im Urteil seiner Zeitgenossen. An Dombrowskis differenzierte Darstellung langte kaum einer heran.[7]

Der Grund dafür dürfte in der höchst disparaten Forschungslage zu Delbrücks Person zu suchen sein. Eine umfassende Biographie wurde auch in jüngster Vergangenheit noch als Desiderat der Forschung angemahnt.[8] Als er in den 1950er Jahren Professor für Mittelalterliche Geschichte in Köln war, hat Delbrücks Neffe Peter Rassow eine solche geplant.[9] Er hatte nach dem Tod des Onkels dessen Bibliothek erworben, als junger Historiker selbst dessen Protektion genossen und an seinem politischen Wirken teilgehabt.[10] Doch über eine Phase vager Planung ist dieses Vorhaben nie hinausgelangt. Es darf angenommen werden, dass die Materialfülle ohne die Möglichkeit des Rückgriffs auf tiefbohrende Studien zu einzelnen Teilbereichen von Delbrücks langem Leben und vielgestaltigem Wirken als Wissenschaftler und Publizist, Abgeordneter und Prinzenerzieher schlicht nicht handhabbar gewesen ist.

5 Vgl. bspw. *Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, S. 279; Ebd., S. 282; Ebd., S. 600; Ebd., S. 653; Ebd., S. 806; Ebd., S. 808; *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 574; Ebd., S. 914; Ebd., S. 1001; Ebd., S. 1033; Ebd., S. 1078; Ebd., S. 1141; Ebd., S. 1221; Ebd., S. 1237; Ebd., S. 1248; *Stürmer*, Das ruhelose Reich, S. 124; Ebd., S. 256; Ebd., S. 262; Ebd., S. 285.

6 *Bucholz*, Hans Delbrück and the German Military Establishmen, S.184.

7 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 10 f.

8 *Neugebauer*, Preußische Geschichte als gesellschaftliche Veranstaltung, S. 366; *Nottmeier*, Adolf von Harnack und die deutsche Politik, S. 146; *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 151.

9 Peter Rassow an Helene Hobe, 21.08.1953, in: BArch Koblenz, N 1228/5. Es blieb bei einem Aufsatz auf Grundlage einer Rede, die Rassow anlässlich von Delbrücks hundertstem Geburtstag am 11.11.1948 an der Universität zu Köln gehalten hatte, vgl. Peter Rassow: Hans Delbrück als Historiker und Politiker, in: Die Sammlung 4 (1949) 3, S. 134–144.

10 BArch Koblenz, N 1017/78, S. 210; Peter Rassow an Hans Delbrück, 25.08.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 16–17; Peter Rassow an Hans Delbrück, 30.09.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 22–23; Peter Rassow an Hans Delbrück, 24.05.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 33–34; Peter Rassow an Hans Delbrück, o. D. [Mai 1919], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 36; Peter Rassow an Hans Delbrück, 20.09.1924, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 41; Peter Rassow an Hans Delbrück, 06.06.1926, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 42–44; Hans Delbrück an Peter Rassow, 10.02.1928, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzept, Rassow, Peter, Bl. 1; Peter Rassow an Hans Delbrück, 05.12.1928, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 49; Peter Rassow an Hans Delbrück, 19.04.1929, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 50–51; Hans Delbrück an Peter Rassow, 04.01.1929, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzept, Rassow, Peter, Bl. 3–4.

Einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke will die vorliegende Studie leisten, indem sie herausarbeitet, wie Hans Delbrück im Kaiserreich als politischer Intellektueller ohne Verfügungsgewalt über klassische Machtmittel Politik im Sinne eines »aufgeklärten Konservatismus«[11] ›gemacht‹ hat, die ihn an dessen Ende 1918 als »Kassandra« erscheinen ließ.[12] Angestrebt wird also weder eine Biographie im engeren Wortsinne noch eine Institutionengeschichte der »Preußischen Jahrbücher«, sondern vielmehr eine Beziehungsgeschichte von Herausgeber und Zeitschrift, in der Delbrück als »Ausstrahlungs- und Durchkreuzungsphänomen«[13] fassbar wird.

Zu diesem Zweck sind die Zeugnisse von Delbrücks publizistischer Betriebsamkeit denjenigen seiner Aktivitäten als breit vernetzter Kommunikator gleichwertig gegenüberzustellen. In dieser Verbindung kann Delbrück als Seismograph für die politische Kultur des Kaiserreichs angesehen werden[14], insofern seine Redaktionsführung der »Jahrbücher« durchaus nach seiner Antizipation auf die politischen Ansichten von deren Abonnenten orientiert gewesen ist. Freilich waren seine »Blauen Hefte« auch nie bloß Spiegel einer einheitlichen Kultur. Genau so wenig wie die bekannten vier »Sozialmilieus« des Kaiserreichs als miteinander verzahnte »Teilkulturen«[15] je auf einem starren ideengeschichtlichen Fundament geruht hätten. Vielmehr überwölbten sie einen mäandernden Unterstrom von Sinnfiguren, zu deren wirkmächtigsten sicher die »Realpolitik« zählte.[16] Vielfach als apodiktisches Argument bemüht, bedeutete sie für die Zeitgenossen die feste Überzeugung, die eigenen Anschauungen entstammten der reinen Vernunft im Sinne des deutschen Idealismus, und in der souveränen Durchsetzung vernünftiger Einsicht gegen scheinbar kleinliche Partikularinteressen läge ein Gleichklang von Gemeinwohlsicherung und der Exekution des teleologisch verstandenen ›Fortschritts‹. Sie war auch das Leitmotiv Hans Delbrücks als Verfechter eines starken Staates, für kulturellen Liberalismus, progressive Sozialpolitik und nationale Integration. Als Herausgeber der »Jahrbücher« agierte er mit dieser Agenda gewissermaßen als einer der intellektuellen Schleusenwärter jenes Unterstroms.

Nachdem die ältere biographische Forschung sich vor allem auf Teilaspekte von Delbrücks wissenschaftlichem Werk fokussiert und auf einer engen Quellenbasis operiert hat, beweist Christian Lüdtkes 2018 veröffentlichte Studie über Hans Delbrück als konservativen »Vernunftrepublikaner« in Weimar die Er-

11 Hans Delbrück: Demokratie und Kaiserthum. Transvaal, in: PJ 100 (1900) 2, S. 379–388, S. 378.

12 *Lüdtke*, Hans Delbrück als »Kassandra«, S. 318.

13 *Raulff*, Politik als Passion, S. XIII.

14 Politische Kultur wird hier verstanden als Summe aller orientierungsleitenden Grundannahmen und Koordinatensystem sämtlicher habitualisierter Ideen in einer Gesellschaft, vgl. *Rohe*, Politische Kultur und ihre Analyse, S. 333; *ders.*, Politische Kultur, S. 1 f.

15 *Grunewald/Bock*, Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus, S. 22–25.

16 Zur Ideengeschichte der »Realpolitik« im Deutschen Kaiserreich vgl. *Bew*, Realpolitik, S. 65–81.

kenntnischancen einer solchen ausbalancierten Berücksichtigung von Delbrücks Publikationen einerseits und dem einschlägigen Aktenmaterial andererseits.[17]

Diejenigen vorliegenden Studien, die sich wie Anneliese Thimmes Arbeit über »Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche« (1955) speziell mit der Person Hans Delbrücks im Deutschen Kaiserreich auseinandersetzten, haben überwiegend bis ausschließlich dessen regelmäßige »Politische Correspondenz« in den »Preußischen Jahrbüchern« ausgewertet.[18] Diese besonders zu beachten, ist durchaus gerechtfertigt. Durch sie hat Hans Delbrück im Besonderen politisch zu wirken gesucht und lose Bekannte wie enge Vertraute gleichermaßen auf sie verwiesen, um seinen Standpunkt zu einem Sachverhalt mitzuteilen. Selbst seinem Sohn Waldemar beschied er:

»Was ich in der Politik zu sagen habe, wirst Du im nächsten Heft der Preußischen Jahrbücher lesen«.[19]

Delbrücks Witwe Lina schrieb in den späten 1930er Jahren über sie:

»Die [Politische Correspondenz; d. Vf.] sprechen so unmittelbar zu mir, wie kein Buch und kein Vortrag; es ist als hörte ich seine Stimme im lebhaften Austausch an den Sonntagabenden mit Onkel Adolf, oder im Kreis der Freunde.«[20]

Es sind dies in der Tat diejenigen Veröffentlichungen Delbrücks, welche den größten Widerhall gefunden haben. Zu den über 800 Beiträgen, die Delbrück in 36 Jahren für die »Preußischen Jahrbücher« schrieb, gehörten jedoch auch Aufsätze und Rezensionen. Hinzu kommen redaktionelle Bemerkungen zu Beiträgen anderer Autorinnen und Autoren. In ein angemessenes Quellenkorpus für die hier verfolgte Fragestellung sind diese ebenso einzubeziehen, wie seine

17 *Lüdkte*, Hans Delbrück in Weimar. Die Archivarbeiten für die vorliegende Studie erfolgten zu großen Teilen im Rahmen des durch den Vf. bearbeiteten Editionsprojekts »Zwischen Wissenschaft und Politik. Hans Delbrück – Ausgewählte Korrespondenz 1868–1929«, das von 2018 bis 2021 durch die DFG gefördert wurde und dessen Ergebnisse voraussichtlich 2024 in der Reihe »Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts« der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erscheinen werden. Für eine transparente textkritische Dokumentation sei bereits auf diese Publikation verwiesen. Die vorliegende Studie verzichtet im Sinne der Lesbarkeit auf entsprechende Auszeichnungen in den im Folgenden wiedergegebenen Quellenauszügen. Nur Hervorhebungen durch die jeweiligen Urheber sowie Zusätze und Auslassungen des Vf. werden gekennzeichnet. Wo die Textkritik für die hier vorgenommene Interpretation des Quellenmaterials relevant ist, wird der fragliche Befund im je eigenen Kontext erläutert.

18 *Linck*, Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik; *Spät*, Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich; *Wajda*, Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild, *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker; *Steger*, »Deutsche Weltpolitik« bei Hans Delbrück; *Gut*, Studien zur Entwicklung Hans Delbrücks.

19 Hans Delbrück an Waldemar Delbrück, 19.11.1911, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 9 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 96 f.

20 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 3.

Artikel in der Tagespresse und ausgewählte Texte Dritter, die unter Delbrücks redaktioneller Verantwortung in den Jahrbüchern erschienen sind.

1985 hat Arden Bucholz in einem bibliographischen Essay als Appendix zu seiner Arbeit »Hans Delbrück and the German Military Establishment« bereits den gewaltigen Umfang und das vielfältige Erkenntnispotenzial von Hans Delbrücks persönlichem Nachlass umrissen, den die ältere biographische Forschung zu seiner Person nahezu völlig außer Acht gelassen hat. Dessen größerer Teil wird seit dem Tod von Hans Delbrücks Ehefrau Lina 1944 in der Staatsbibliothek zu Berlin verwahrt. Ein kleinerer Teilnachlass im Bundesarchiv Koblenz umfasst Papiere, die bis zum Tod Peter Rassows 1962 in dessen Besitz befindlich waren und 1965 durch Delbrücks Tochter Helene Hobe nochmals ergänzt wurden. Von besonderem Wert sind nicht zuletzt auch die sehr ergiebigen Erinnerungsschriften Lina Delbrücks und Helene Hobes.[21] Dass sich im umfangreichen Familienarchiv der Delbrücks im Kunstmuseum Kloster Unserer Lieben Frau in Magdeburg nur spärliches Quellenmaterial zu Hans Delbrück erhalten hat, fällt wenig ins Gewicht angesichts der Fülle an Manuskripten, Exzerpten und Notizen, von Sitzungsprotokollen, Denkschriften, Petitionen und weiterem mehr, welche die Nachlassteile in Berlin und Koblenz bergen.[22]

Von besonderem Wert für Delbrücks Rolle als politischer Intellektueller sind naturgemäß die Geschäftspapiere der »Preußischen Jahrbücher«. Überhaupt muss Delbrücks persönlicher Nachlass für die Zeit seiner Herausgeberschaft auch als Redaktionsarchiv der Zeitschrift gelten.[23] Im Besonderen hervorzuheben sind für die hier verfolgte Fragestellung zudem die Gerichtsakten der unter Beteiligung Delbrücks durchgeführten Gerichtsprozesse. Ein gleiches gilt für die Materialsammlungen zu Streitthemen wie der preußischen Nationalitätenpolitik und den deutschen Kriegszielen im Ersten Weltkrieg. Speziell erstere enthält im Gegensatz zur konservativen Schätzung des Findbuchs weit mehr als tausend Blatt.[24] Darunter zählen Zeitungsartikel unterschiedlichster Provenienz, Borschüren und Parlamentsprotokolle, welche die Resonanz von Delbrücks publizistischem Wirken in unterschiedlichen politischen Kommunikationsräumen abbilden.[25] Ein eigenständiger Quellenwert von Delbrücks hierdurch nachvollziehbarer Sammelpraxis besteht darin, in den gegebenen Mengenrelationen die jeweilige Bedeutung zu spiegeln, die er einzelnen Ereignissen und Konfliktfeldern zurechnete. Doch legen auch arbeitspraktische Erwägungen nahe, bei der Frage nach der zeitgenössischen öffentlichen Wahrnehmung Hans Delbrücks,

21 *Bucholz*, Hans Delbrück and the German Military Establishmen, S. 177–182.

22 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 24.

23 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 146.

24 *Wolff*, Der Nachlass Hans Delbrücks in der Preußischen Staatsbibliothek, S. 7.

25 Insbesondere die nachfolgend zitierten Artikel aus der deutschen Tagespresse sind ganz überwiegend den entsprechenden Materialsammlungen im Nachlass Hans Delbrück entnommen. Sie werden, soweit möglich, immer mit Datum und Nummer der jeweiligen Ausgabe nachgewiesen.

sich dessen eigenen ›Vorarbeiten‹ anzuvertrauen. Die englischen, französischen und österreichischen Pressequellen können dank umfassender Digitalisierung[26] noch mit einigermaßen vertretbarem Aufwand repräsentativen Stichproben unterzogen werden. Der digitale Erschließungszustand der deutschen Presselandschaft des Kaiserreichs bleibt dagegen höchst disparat und trotz einzelner herausragender Gegenbeispiele wie der »Grenzboten« und seit neuestem der »Kölnischen Zeitung« kaum einer Schlagwortdurchsuchung von Volltexten zugänglich.[27]

Was Erich Kundel in seiner Studie über die Ideologie der »Weltpolitik« in den »Grenzboten« und den »Preußischen Jahrbüchern« während der 1890er Jahre als das »soziale Umfeld« der beiden Zeitschriften bezeichnet hat,[28] ist nicht zuletzt in der erhaltenen Korrespondenz zu fassen. Hat Delbrück doch selbst solche an ihn gerichteten Briefe verwahrt, von denen die Absender ausdrücklich verlangt hatten, dass er sie vernichte und nicht unter die Materialien für seine zukünftige Biographie einreihe.[29] Diese Quellengattung verweist indes auch ganz besonders auf die Schattenseiten des Quellenreichtums. Schon sein Bestreben, dem öffentlichen Archivwesen weiträumig zu »Familienbriefen« deklarierte Dokumente zu entziehen, hat Peter Rassow auch mit vorgeblichen Erleichterungen für die Ordnung des verbleibenden Restes gestützt.[30] Nachdem der größte Teil dieser Bestände letztlich doch in ihn eingegangen ist, umfasst allein der Nachlassteil »Korrespondenz« in der Berliner Staatsbibliothek rund 25.000 Dokumente. Bereits während der 1950er Jahre haben Gero Kirchner und Klaus Schwabe in ihren seinerzeitigen Briefwechseln mit Rassow darauf hingewiesen, dass Delbrücks Korrespondenz sich ab den 1890er Jahren mehr und mehr zu einer »furchterregenden«[31] Flut von Geschäftsbriefen auswuchs.[32] Weitere Briefe bergen zusammen mit Manuskripten und Drucksachen die themenbezogenen Aktenmappen im Bundesarchiv Koblenz, die ebenso wie die »Materialsammlungen« im Berliner Teilnachlass durch die Findmittel bislang nur unzureichend erfasst sind.

26 *Blome*, Zeitungen.

27 Vgl. Sammlung Grenzboten, [URL: https://brema.suub.uni-bremen.de/periodical/structure/282153] [zuletzt aufgerufen am 07.01.2023]; Zeitungsportal NRW, [URL: https://zeitpunkt.nrw/ulbbn/periodical/titleinfo/9715711] [zuletzt aufgerufen am 07.01.2023].

28 *Kundel*, Die Ideologie der Weltpolitik im politischen und sozialen Umfeld der Zeitschriften Grenzboten und Preußische Jahrbücher.

29 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 145.

30 Peter Rassow an Helene Hobe, 21.08.1953, in: BArch Koblenz, N 1228/5; Peter Rassow an Helene Hobe, 24.12.1956, in: BArch Koblenz, N 1228/5.

31 Klaus Schwabe an Peter Rassow, 19.03.1957, in: BArch Koblenz, N 1228/5. Schwabe nutzte den Nl. Hans Delbrück zu Recherchezwecken für seine Dissertationsschrift *Schwabe*, Wissenschaft und Kriegsmoral.

32 Gero Kirchner an Peter Rassow, 04.12.1955, in: BArch Koblenz, N 1228/5; Gero Kirchner an Peter Rassow, 31.12.1955, in: BArch Koblenz, N 1228/5; Gero Kirchner an Peter Rassow, 31.01.1956, in: BArch Koblenz, N 1228/5. Kirchner war im Auftrag der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der Ordnung des Nachlasses betraut.

Tatsächlich erschwert die in den 1950er Jahren vorgenommene Neuordnung des Berliner Teilnachlasses sogar in gewisser Hinsicht die Auswertung, als dass nämlich die häufig als Begleitschreiben zu umfangreicheren Postsendungen formulierten Briefe von den ursprünglich wohl gemeinsam mit ihnen abgelegten Broschüren, Zeitungsartikeln und Briefen dritter getrennt wurden und in der Auswertung heute wieder mühsam zusammengeführt werden müssen, was längst nicht in allen Fällen gelingen kann.

Die großen Mengen noch von Delbrück selbst gesammelten Materials zu den zentralen Themen seines politischen Lebens und seine weitgespannte Korrespondenz können leicht in Versuchung führen, Exaktheit zu suggerieren, wo die Quellen den letzten Beweis für eine Vermutung schuldig bleiben. Ein Phänomen, das etwa Rüdiger vom Bruch bei der Zitation des Delbrück'schen Nachlasses im Rahmen seiner Arbeiten zur Wissenschaft und Politik im Kaiserreich mehrfach beobachten lässt. Vieles ist wohl schlicht nie brieflich kommuniziert worden. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass Hans Delbrück und Adolf von Harnack zwar knapp 50 Jahre aufs engste miteinander verbunden waren, sich jedoch – beider Männer Nachlässe zusammengenommen – kaum mehr als 30 Briefe erhalten haben.[33] Auch die erhaltene Korrespondenz Delbrücks mit Emil Daniels ist auffallend dünn. Der 1886 bei Delbrück promovierte jüdische Historiker war lange Jahre sein Redaktionsassistent und seit dem Tod Constantin Rößlers der wichtigste Mitarbeiter der »Preußischen Jahrbücher« im Feld der internationalen Politik. Doch während der Nachlass Delbrücks eine beträchtliche Anzahl Briefe an Daniels von dritter Hand und solche aus Daniels' Feder enthält, die wiederum an Dritte gerichtet waren, beläuft sich sein erhaltener Briefwechsel mit Delbrück selbst gleichfalls auf zusammengenommen knapp 30 meist kurze Briefe.[34]

Mit Harnack und Daniels kam Delbrück regelmäßig persönlich zusammen und nicht zuletzt die Korrespondenz mit politischen Amtsträgern wimmelt von Einladungen und Gesuchen zu respektive um persönliche Gespräche.

»For I fully realize that in order to have an insight into German political life it is far more important to see people than to read books.«[35],

formulierte der belgisch-britische Literaturwissenschaftler und Publizist Charles Saroléa 1911 nur allzu treffend. Im Ersten Weltkrieg sollte Delbrück mit der »Mittwochabendgesellschaft« der informellen Organisation der politischen Kommunikation eine eigene Institution hinzugeben. Regelmäßige Spaziergänge mit flexibel zusammengesetzten Gruppen von Gelehrten und Politikern lassen sich zumindest für die Zeit des Erstens Weltkrieg und die 20er Jahre recht

33 *Lehmann*, »Über vierzig Jahre kamen sie Sonntag für Sonntag, mit ihren Frauen, zusammen«, S. 72.

34 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 145.

35 Charles Saroléa an Hans Delbrück, 04.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sarolea, Charles, Bl. 18.

gut fassen.[36] Abseits von den Berliner Salons und Ministerbüros begegnete man sich an den gleichen Reisezielen.[37] Briefe Delbrücks aus dem Alpenkurort Bad Gastein an seine Ehefrau Lina erwecken den Eindruck eines ›Klassentreffens‹ von Professoren, Offizieren und Ministern.[38] Zugleich erlebten sich meinungsstarke Zeitgenossen wie Bernarda von Nell in der Provinz wiederum als darauf angewiesen, Hans Delbrück als eifrigen Netzwerker um Informationen und Vermittlung in jenen Kreisen anzugehen.[39]

Der gewaltige Umfang von Hans Delbrücks Nachlass dürfte der Grund für seine vielfältige Nutzung sein. Eine irgendwie ausgewogene Balance der archivalischen Provenienz schließt er indes aus.[40] Zu den hier ausgewerteten rund 300 Briefwechseln lassen sich in deutlich mehr als 20 % der Fälle Gegenüberlieferungen in Archiven Deutschlands sowie Dänemarks, Österreichs und Großbritanniens nachweisen. Doch selbst wo solche gegeben sind, bleiben erhebliche Lücken. Der Publizist und Kolonialfunktionär Paul Rohrbach zeichnet mit über 150 teils sehr langen Briefen für einen der größten Teilbestände eines einzelnen Korrespondenzpartners im Nachlass Delbrück verantwortlich, hat seinerseits aber kaum Korrespondenz länger aufbewahrt, sondern gewohnheitsmäßig eingehende Schreiben nach Erledigung vernichtet.[41]

Dieses Missverhältnis prägt unausweichlich den Quellenbestand und wird nur in Teilen durch den glücklichen Umstand ausgeglichen, dass Hans Delbrück auch eine beträchtliche Menge von Konzepten seiner eigenen Briefe aufbewahrt hat. Wo des Briefpartners eigene Nachlässe, wie etwa derjenige des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg, vernichtet worden sind oder die geschichtskulturelle Tradition gar nie eine Nachlassüberlieferung in institutionalisierten Archiven zugebilligt hat, ist dieser Umstand sicher von unschätzbarem Wert. Doch darf auch nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass die teils in der Kurzschrift Stolze-Schrey verfassten Konzeptheftchen, wie sie für die Jahre 1898 bis 1917 scheinbar einen lückenlosen ›Postausgang‹ dokumentieren, nur die Hälfte des hier behandelten Zeitraums abdecken und überdies offenkundig ein

36 Hans Delbrück an Friedrich Meinecke, 22.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 9; Hans Delbrück an Friedrich Meinecke, 18.09.1922, in: GStaPK, VI. HA, Nl. Meinecke, Nr. 7, Bl. 88; Hans Delbrück an Konrad Molinski, 26.06.[1927], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Molinski, Konrad, Bl. 10; Friedrich Meinecke an Hans Delbrück, 12.06.1929, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Meinecke, Friedrich, Bl. 42.

37 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 155 f.

38 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 17.08.1912, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 75.

39 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 24.07.[1911], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 63–69.

40 Nutzungsstatistiken für einzelne Nachlässe werden von der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek nicht erhoben, persönliche Auskunft von Ralf Breslau, 02.12.2021. Zur Kritik an der Konzentration auf Hans Delbrücks Nachlass in der Forschung zu seiner Person vgl. *Tattenberg*, Rez.: Christian Lüdtke.

41 *Klein/Rose*, Zwischen Wissenschaft und Politik, S. 46.

mäßig sauber geführtes Redaktionsinstrument gewesen sind. Dies ist etwa daran ersichtlich, dass die Konzepte auch Diktate enthalten, die dem Inhalt nach zu schließen nicht von Hans Delbrück selbst, sondern von Emil Daniels gegeben worden sind.[42] Im Übrigen lassen dichte Briefwechsel, wie derjenige mit Bernarda von Nell, mit Bestimmtheit auf die Existenz von Briefen schließen, die auch während des bezeichneten Zeitraums nie in den Konzeptheften vorformuliert worden sind. Auch von den 72 Briefen Delbrücks an Max Lenz, deren Originale Delbrück selbst oder dessen Erben zurückgegeben worden sind, findet sich nur ein Bruchteil unter den Konzepten wieder.

Christian Lüdtke ist in seiner Studie über Hans Delbrück in Weimar einem analytischen Raster gefolgt, wonach abgesehen von Namen mit einem »gewissen Bekanntheitsgrad« aus der Dichte der Korrespondenz auf den Stellenwert eines Korrespondenzpartners zu schließen sei.[43] Was Hans Delbrück im Kaiserreich angeht, kann dem nur bedingt zugestimmt werden. Unter den vier umfangreichsten Briefwechseln Delbrücks, die alle Ablagen und die Gegenüberlieferung eingeschlossen mehr als 300 Blatt stark sind, finden sich zwar mit Martin Hobohm, Max Lehmann und Bernarda von Nell tatsächlich drei enge Vertraute Delbrücks. Mit dem Gymnasialprofessor Hermann Conrad zählt jedoch auch ein langjähriger ständiger Mitarbeiter der »Preußischen Jahrbücher« darunter, der mangels jeglicher Querbeziehungen zu anderen Quellenbeständen und historischen Ereigniszusammenhängen schlicht nur durch die Masse der eingesandten Briefe herausragt. Ein Befund, der sich auch an anderen Stellen in der Topographie des Delbrück'schen Nachlass bestätigt. Andererseits liefern nämlich Briefe des Chefredakteurs der »Posener Neuesten Nachrichten«, Georg Wagner, und des polnischen Gutsherrn Stanisław von Turno für eine Einordnung Delbrücks in den Kontext der preußischen Nationalitätenpolitik evident wichtige Quellen. Mit 25–50 Blatt starken Briefwechseln sind sie jedoch nur in relativ überschaubarem Umfang im Nachlass vertreten.[44] Politische Vertrautheit und private Vertraulichkeit konnten einander überlagern, mussten es jedoch nicht. Beispielhaft gilt dies für den Fall des abgefallenen Jesuiten Paul von Hoensbroech, wo diese Korrelation einen dichten Briefwechsel bedingte, der für Delbrücks Verhältnis zum deutschen Katholizismus ausgesprochen ergiebig ist.

Lüdtke entledigt sich dieses Problems der Verhältnisse von Quantität und Qualität, indem er einen Briefwechsel ab einer Blattstärke von fünf als dicht und der Auswertung würdig bewertet. Für die letzten zehn Jahre von Delbrücks Leben ist dies auch eine gangbare Methode. Für die dreieinhalb Jahrzehnte von Delbrücks Herausgeberschaft der »Preußischen Jahrbücher«, während derer aus

42 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 153. Eine entsprechende Arbeitsnotiz aus dem Frühjahr 1914 lässt wiederum erkennen, dass Daniels zumindest zu diesem Zeitpunkt auch noch ein separates Konzeptheft unter eigenem Namen geführt hat, vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 11.

43 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 24.

44 Zum Umfang vgl. *Wolff*, Der Nachlass Hans Delbrücks in der Preußischen Staatsbibliothek, S. 22; Ebd., S. 43; Ebd., S. 54; Ebd., S. 63; Ebd., S. 90–92; Ebd., S. 104–106; Ebd., S. 109 f.

den Redaktionsgeschäften Jahr für Jahr umfangreichere Berge von Schriftverkehr emporwuchsen, würde dieses starre Raster einen Arbeitsaufwand bedeuten, der jedenfalls für unter dem Fallbeil des Wissenschaftszeitarbeitsgesetzes operierende Historiker nicht zu bewältigen ist. Es ist vielmehr notwendig, aus den Lebenserinnerungen Lina Delbrücks und den Briefwechseln mit den durch diese und die ältere Forschung als besonders relevant hervorgehobenen Korrespondenzpartnern sowie aus Zeugnissen medialer und parlamentarischer Rezeption der »Preußischen Jahrbücher« diejenigen Personen zu identifizieren, die für einen bestimmten Sachverhalt entscheidende Bedeutung haben.

Vor den Mappen voller wieder beschriebener Druckbogen, Bankquittungen und Zeitungsannoncen mag sich einer unweigerlich an das Bild vom Historiker als »Lumpensammler« erinnert fühlen, der die Hinterlassenschaften der Vergangenheit durchstreifend in den 1960er Jahren als zu überwindender Widerpart der ›modernen‹ sozialwissenschaftlichen Großtheorien gezeichnet wurde. »Lumpen sammeln« als Programm, so hat zuletzt Till van Rahden sein Plädoyer für eine reichere Anerkennung von Siegfried Kracauers unvollendet gebliebener geschichtsphilosophischen Untersuchung »Geschichte – Vor den letzten Dingen« überschrieben und für ein unverstelltes Arrangement mit den Paradoxien und Ambivalenzen überlieferter Vergangenheit plädiert.[45] Vor dem Hintergrund der disparaten Forschungslage zur Person Hans Delbrücks und der vorwiegend punktuellen Nutzung seines Nachlasses kann auch die vorliegende Studie durchaus als ein Plädoyer für den Erkenntniswert von »Abfall« gelesen werden, von »Müll, Lumpen, Schmutzwinkeln […], alles das, was man hinter sich lässt, wovon das Leben sich abkehrt.«[46] Von vergleichsweise überschaubaren Eliten beherrscht, kann die politische Kultur Preußens im langen 19. Jahrhundert und des wiederum von Preußen dominierten Deutschen Kaiserreichs kaum besser ausgeleuchtet werden als im Detail, an Hand konkreter Akteure, unter Inkaufnahme mancher »Um- und Abwege«, zu denen ein solcher Zugang mal verführt, mal nötigt.[47] Gleichwohl sind Begrifflichkeiten zu klären und methodische Zugänge zu definieren.

Hans Delbrück selbst ist nach seinen Qualifikationsschriften nie wieder zum biographischen Genre zurückgekehrt und hat sich anders als sein Freund Max Lenz[48] auch systematischer methodischer Reflexionen zur Sache enthalten. Er erklärte sich selbst für eine »fürchterlich nüchterne phantasielose Natur«, der das nötige »Schilderungstalent« fehlte.[49] Nach jahrzehntelanger zwischenzeitlicher Nischenexistenz gelten biographische Forschungskonzepte heute längst nicht

45 *Kracauer*, Geschichte – Vor den letzten Dingen, Frankfurt a. M. 1971; *van Rahden*, Lumpen sammeln.

46 *Kracauer*, »Marseiller Entwurf« zu einer Theorie des Films, S. 599.

47 *van Rahden*, Lumpen sammeln, S. 338 f.

48 *Lenz*, Rankes biographische Kunst und die Aufgaben des Biographen.

49 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 08.07.1900, ms. Abschrift, Hans Delbrücks Leben [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 67.

mehr prinzipiell als methodische Sackgasse.[50] Ein Befund, der bereits selbst wiederum zur kanonischen Formel geronnen ist. Die Historiographiegeschichte des Kaiserreichs hat inzwischen eine ganze Reihe biographischer Studien für Hans Delbrücks Altersgenossen und Fachkollegen auf den Lehrstühlen des Kaiserreichs hervorgebracht, gerade auch derjenigen, die politisch engagiert gewesen sind, und hat so die Bedeutung der Historie als kultureller Orientierungswissenschaft der Zeit verdeutlicht.[51]

Zwar ist das biographische Forschungsfeld durch seine Öffnung für das »Leben der infamen Menschen« während des 20. Jahrhunderts signifikant ausgeweitet worden,[52] doch die Einordnung eines historischen Individuums in den größeren historischen Kontext der jeweiligen Epoche als Aufgabe der Biographik und die Funktion des individuellen Lebensweges als Sonde und Kreuzungspunkt für eine spezifische historische Lebenswelt sind bereits durch Leopold von Ranke und Wilhelm Dilthey formuliert worden.[53] Unterm Strich reichen auch recht knappe Worte, um Sinn und Hürden jeder historischer Biographik zu umreißen: Sie erfasst konkrete historische Akteure im Spannungsfeld von *structure* und *agency*. Diese Analyse individueller Wirkungszusammenhänge und Handlungsspielräume verspricht doppelte Erkenntnis: Die biographische Untersuchung gibt einerseits an Hand eines konkreten Menschen als repräsentativem Beispiel Aufschluss über soziale Milieus und habitualisierte Lebensführung als Rahmen politischer Handlungen. Andererseits erlaubt sie zugleich, diesen Menschen als handelnden Akteur herauszuarbeiten, dessen Handlungsoptionen Kontur gewinnen und dessen Tun Rückwirkungen auf die politische und soziale Welt hat, in die er situiert ist. Dabei muss sie sich kritisch mit scheinbaren Konstanten und Einheitlichkeiten auseinandersetzen und die Brüche eines Lebenslaufes herausarbeiten, wobei freilich auch letztere gegebenenfalls zu dekonstruieren sind.

Kritik und ihre Artikulation gehören zum Leben in einem Gemeinwesen und Gesellschaften aller Zeiten haben besonders zu ihr berufene Sozialfiguren hervorgebracht,[54] die »Sinnspezialisten« einer Gesellschaft, die ohne Macht im Sinne der Verfügung über Gewaltmittel und Verwaltungsakte die Rahmen-

50 Nur ausgewählt: *Winterling*, Probleme historischer Biographie am Beispiel des Kaisers Caligula; *Lässig*, Introduction; *Kraus*, Geschichte als Lebensgeschichte; *Hähner*, Historische Biographik. Zum Rechtfertigungsdruck, unter dem die Biographie als Genre in Folge der wissenschaftlichen Konflikte um tatsächliche oder vermeintliche »Paradigmenwechsel« seit den 1960er Jahren steht vgl. *Kraus*, Geschichte als Lebensgeschichte, insbesondere S. 315–318. Zur wirkmächtigsten Kritik an der Biographie vgl. *Bourdieu*, Die biographische Illusion [1986].

51 Vgl. zuletzt die deutsche Neuauflage *Chickering*, Karl Lamprecht sowie die entsprechende Aufzählung bei *Reichert*, Tod und Verklärung, S. 371. Für die Geschichte als Orientierungswissenschaft vgl. *Hübinger*, Geschichte als leitende Orientierungswissenschaft, S. 156.

52 *Foucault*, Le vie des hommes infâmes; *Ginzburg*, Der Käse und die Würmer.

53 *Kraus*, Geschichte als Lebensgeschichte, S. 320 f.; Ebd., S. 326 f.

54 *Walzer*, Zweifel und Einmischung, S. 13 f.

bedingungen politischen Entscheidungshandelns durch »eingreifendes Denken« mitabsteckten.[55] Denn auch im Obrigkeitsstaat der Hohenzollern waren politische Handlungen kommunikative Ereignisse, an denen eine Mehrzahl von Akteuren nicht nur schweigend, sondern »redend, schreibend, zuhörend, symbolisch agierend und – gelegentlich auch handgreiflich«[56] teilgenommen hat. Fritz K. Ringer schrieb von den deutschen »Mandarinen«, die nicht durch Reichtum oder vererbte Rechte, sondern qua Bildungsqualifikation eine soziale und kulturelle Elite bildeten.[57] Unter diese zählte er auch nicht zu Unrecht Hans Delbrück.[58] Gleichwohl verengte er den Blick auf die Ordinarien traditioneller Universitäten. Doch weder zählten alle wirkmächtigen »Sinnspezialisten« des Kaiserreichs zu diesem erlauchten Kreise, noch war deren Wirken voraussetzungslos anerkannter Teil ihres Professorentums. Tatsächlich verlor zwar die Figur des »politischen Professors«, wie sie den Vormärz und die Revolutionen von 1848 im deutschsprachigen Raum geprägt hatte, im Kaiserreich an Bedeutung, verschwunden waren die Querbezüge zwischen Universitätsgelehrtentum und Politik jedoch nicht.[59] Ebenso spielte trotz wachsender Diversität akademischer Lebenswege die individuelle Herkunft sehr wohl eine nicht zu vernachlässigende Rolle für ihr Gewicht im akademischen und im politischen Feld.[60] Die Zahl der Professoren in den Parlamenten war, auch im Zuge gesellschaftlicher Spezialisierungstendenzen, massiv zurückgegangen. Parteipolitik galt als eines der Objektivität verpflichteten Wissenschaftlers unwürdig. Doch als politische Publizisten, als Vertreter der großen nationalen Agitationsverbände und Akteure politischer Einflussnahme in informellen Netzwerken waren sie weiterhin als politische Intellektuelle präsent.[61]

Ob solche politischen Interventionen in Form von Pressebeiträgen, öffentlichen Reden und vertraulichen Eingaben an Regierungsinstanzen angängig waren oder nicht; ob sie seitens eines Professors gewissermaßen ex cathedra erfolgten oder nicht; diese Rollentransgression zeichnet die Intellektuellen auch späterer Zeiten aus. All den unterschiedlichen Modellen zur Präzisierung dieses schillernden Begriffs ist eines gemein, gleich ob von »organischen«, »freischwebenden« oder »spezifischen« Intellektuellen die Rede ist.[62] Stets beruht

55 *Albrecht*, Sinnspezialisten der Verbindlichkeit; *Gilcher-Holtey*, Eingreifendes Denken, S. 7–14.

56 *Steinmetz*, Das Sagbare und das Machbare, S. 26. Zum Schweigen als kommunikativer Dimension der Politik vgl. *Jung*, Silence as a Mode of Political Communication, S. 425 f.

57 *Ringer*, Der Niedergang der deutschen Mandarine, S. 15 f.

58 Ebd., S. 131; Ebd., S. 178 f.; Ebd., S. 182; Ebd., S. 188; Ebd., S. 196.

59 *Klein*, Philipp Zorn und der Krieg, S. 533 f.

60 *Schmeiser*, Akademischer Hasard, S. 317–325.

61 *Langewiesche*, Die »Humboldtsche Universität« als nationaler Mythos, insbesondere S. 54 f. Zur Begriffsgeschichte vgl. *Bering*, Die Epoche der Intellektuellen; *Winock*, Das Jahrhundert der Intellektuellen; *Schlich*, Geschichte(n) des Begriffs »Intellektuelle«. Zu Delbrücks eigener Meinung über das Verhältnis von Parlamentarismus und Intellektuellen vgl. Hans Delbrück: Die Wahlen, in: PJ 127 (1907) 2, S. 372–385, S. 372 und S. 375.

62 *Niggemann*, Wozu brauchen die das?, S. 64 f.; *Mannheim*, Ideologie und Utopie, S. 123; *Foucault*, La fonction politique de l'intellectuel, S. 109.

ihr reales politisches Wirken und ihre reale politische Wirksamkeit darauf, dass gewissen Einzelakteuren eine besondere Einsicht in die Ordnung der Dinge zugeschrieben wird, welche ihr soziales Handeln legitimiert. Auch ihre Relevanz als Forschungsgegenstand wird in der Regel aus dieser Zuschreibung abgeleitet.[63] Sie sind zugleich Beobachter und Protagonisten historischen Geschehens, in deren Lebenssituationen und Handlungsmustern sich in besonderer Schärfe die Rahmenbedingungen sozialen Verhaltens spiegeln.[64] Die Verschränkung der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs mit der persönlichen Lebensgeschichte Hans Delbrücks wird nicht bloß in der Begräbnisatmosphäre seines 70. Geburtstages deutlich.

Rüdiger vom Bruch, Gangolf Hübinger und Klaus Schwabe haben in einer Reihe einschlägiger Beiträge aufgezeigt, wie in Hinblick auf das Deutsche Kaiserreich die Analyse ideengeschichtlicher Diskurszusammenhänge durch facettenreiche Kontextualisierung theoretischer Fundamente mit unterschiedlichen Quellenüberlieferungen und biographischen Erfahrungszusammenhängen konkreter Intellektueller evident gemacht werden kann.[65] Für das Verständnis von Hans Delbrücks Wirken als politischem Intellektuellem im Kaiserreich können abseits der Überspannungsrisiken szientistischer Erklärmodelle für historische Phänomene[66] die Beobachtungen des kanadischen Soziologen Erving Goffman fruchtbar herangezogen werden. Seiner in Bezug auf die ›westliche‹ Gesellschaft der 1950er Jahre entwickelte These »Wir alle spielen Theater« sind Kernbegriffe dieser Studie entlehnt[67]: Im Laufe seines langen Lebens interagierte Delbrück mit unterschiedlichen Ensembles und die Verhältnisse, in denen diese Ensembles zu einander standen, bedingten und strukturierten, welche Kommunikationsvorgänge in der jeweiligen konkreten Situation »Vorderbühne« und welche »Hinterbühne« waren.[68] Hieraus ergab sich, was in einem konkreten Kontext sagbar war oder eben nicht. Die augenfälligste Unterscheidung ist sicher die zwischen Publizistik und als vertraulich gekennzeichneter Korrespondenz. Doch benutzte etwa Delbrück selbst die Bezeichnung »politischer Briefe« in Abgrenzung von der Familienkorrespondenz, obgleich letztere durchaus auch politisches Geschehen zum Inhalt haben konnte.[69] Am Beispiel Hans Delbrücks lässt sich tief in die Topographie jener Bühnen eintauchen, auf denen sich im langen 19. Jahrhundert das politische Geschehen vollzog. In die allgemein dort wirk-

63 *Albrecht*, Sinnspezialisten der Verbindlichkeit, S. 106 f.

64 *Thümmler*, Fluida des Intellektuellen, S. 250 f.

65 *Hübinger*, Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit; Schwabe: Deutsche Hochschullehrer als Elite; *vom Bruch*, Weltpolitik als Kulturmission; *vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung; *Schwabe*, Wissenschaft und Kriegsmoral. Zur Methodologie der neueren Intellektuellenhistoriographie als akteurszentriertem Versuch Ideengeschichte Evidenz zu verschaffen vgl. *Gallus*, »Intellectual History« mit Intellektuellen und ohne sie, S. 150.

66 *van Rahden*, Lumpen sammeln, S. 333–335.

67 *Goffman*, Wir alle spielen Theater.

68 Ebd., S. 73–97; Ebd., S. 99–128.

69 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 141.

samen Kommunikationsmechanismen und verhandelten Ideen lässt sich dabei ebenso Einblick gewinnen, wie in die Ideenentwicklung und die Handlungsoptionen Hans Delbrücks als eines ganz konkreten politischen Intellektuellen. Wo das eine und das andere, das allgemeine und das spezielle ineinandergreifen, dort darf die Antwort darauf erwartet werden, wo die Wurzeln seiner spezifischen Autorität lagen.

Denn selbst jene, die ihn als Querkopf abqualifizierten oder ihn als vermeintlichen ›Feindagenten‹ gar obrigkeitlich sanktioniert sehen wollten, stellten nicht in Abrede, dass sein Wort über seinen Hörsaal hinaus ein nicht unerhebliches Gewicht besaß. Häufiger als derartige Schmähungen waren aber noch Formeln semantischer Reserve von der Art, dass man nicht in allen Punkten übereinstimme. Deren Häufung legt mehrere Schlussfolgerungen nahe, die eine systematische Durchdringung des Stoffes stützen kann. Im Sinne eines phrasenhaften Ausspruches zeigen sie, dass es weithin angängig schien, einem Mann von Delbrücks sozialem Status nicht rundweg zu widersprechen, sondern wo möglich nach Übereinstimmungen zu suchen. Wo sie aber als Ergebnis tiefergehender Auseinandersetzung mit der Sache erkennbar sind, verweisen sie auf das Vertrauen, das Hans Delbrück genoss. Lesepublikum, Korrespondenz- und Gesprächspartner konnten davon ausgehen, dass er seinem Gegenüber selten nach dem Mund redete, politische Standpunkte nicht unreflektiert kurzfristigen Meinungskonjunkturen opferte und dass seine Kritik, auch wenn sie polemisch inszeniert werden mochte, doch ›sachlich‹ Hand und Fuß hatte; eben, dass sie der »Realpolitik« verpflichtet war.[70]

Die Gefühlshaltung des Vertrauens hat seit Niklas Luhmanns gleichnamiger Studie über einen Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität[71] auch in der Geschichtswissenschaft einige Aufmerksamkeit gefunden.[72] Dabei handelte es sich lange vorwiegend um semantische Untersuchungen, die historische Definitionen und Konnotationen thematisieren und Vertrauen als rhetorische Waffe in den Blick nahmen.[73] Doch hat Jan Timmers Bonner Habilitationsschrift »Vertrauen. Eine Ressource im politischen System der römischen Republik«[74] unlängst bewiesen, wie fruchtbar die Erforschung jener Verfahren sein kann, die in historischen Gesellschaften Vertrauen generieren und stabilisieren. Die von Timmer intensiv rezipierte Organisationstheorie des Neo-Institutionalismus lässt sich nicht minder erhellend auch auf die Intellektuellengeschichte übertragen. Vertrauen in Intellektuelle konnte erstens rational sein. Insofern die im

70 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 159.

71 *Luhmann*, Vertrauen.

72 *Baberowski*, Was ist Vertrauen?; *Frevert*, Vertrauensfragen; *Frevert*, Vertrauen [2003]; *Frevert*, Vertrauen [2000]. Darüber hinaus fand Vertrauen als historisches Forschungsproblem Aufmerksamkeit bei *Gurr*, Freundschaft und politische Macht; sowie im Rahmen einer Ringvorlesung des Berliner Kolleg Kalter Krieg im Wintersemester 2017/18. Zur Forschungskonjunktur und Aktualität vgl. *Frevert*, Über Vertrauen reden.

73 *Timmer*, Vertrauen, S. 22 f.

74 *Timmer*, Vertrauen.

jeweiligen Kontext gültigen Zeichensysteme bis zu einem gewissen Punkt Sicherheit zu geben schienen, dass die Intellektuellen für einen allgemein geteilten sittlichen Wert wie Gerechtigkeit und Wahrheit, den Staat oder die Revolution eintraten.[75] Zum Zweiten konnte dieses Vertrauen reflexiv begründet sein. Nämlich infolge einer längeren Dauer öffentlichen Wirkens von Intellektuellen, während derer ihre Vertrauenswürdigkeit gewissermaßen geprüft wurde und sie in ihrer sozialen Rolle Anerkennung fanden.[76] Zum Dritten darf angenommen werden, dass Routinen, also im Verlauf eines Sozialisationsprozesses internalisierte Handlungsdispositionen wirksam waren. Man vertraute also den Intellektuellen als Trägern bestimmter Merkmale, die per se als vertrauenswürdig galten, wie formale Bildung, Lebensalter und beruflicher Erfolg.[77]

Als Professor für Geschichte an der Berliner Universität gehörte Delbrück dem »geistigen Leibregiment der Hohenzollern«[78] an. Dass er deren Staat und seine Ordnung »liebte«[79], bestritten ihm die längste Zeit auch seine Gegner nicht. Da zeichneten sie ihn doch lieber als vom eigenen Temperament mitgerissenen Querulanten, der leichtfertig ›Applaus von der falschen Seite‹ provozierte. Seinen dialektischen Stil, die ›Verwissenschaftlichung‹ des politischen Arguments samt Fußnotenapparat und Quellennachweis teilte er mit bürgerlichen Medienakteuren aller Couleur. Hans Delbrücks enge Verbindungen ins preußische Staatsministerium und zur Reichsleitung waren bekannt. Wer potentiell politisch sensible Veröffentlichungen plante, konnte sich an Delbrück wenden, um sich Rat bezüglich der zu erwartenden Reaktion und eventuell vorab durchzuführenden Sondierungen zu erbitten.[80] Wer Delbrücks politische Publizistik verfolgte, kam nicht umhin zur Kenntnis zu nehmen, dass dieser einerseits bereit war, Fehleinschätzungen einzugestehen und Anschauungen zu revidieren, andererseits aber einmal eingenommene Standpunkte konsequent auch gegen heftigste Polemik zu verteidigen bereit war. Nicht zum letzten ergab sich Hans Delbrücks Vertrauenswürdigkeit aber wohl aus Routinen. Das ist in der Betrachtung der Quellen insofern ein Problem, als solche für die Zeitgenossen selbstverständlichen Abfolgen von Handlungsketten selten explizit wahrgenommen, benannt und reflektiert wurden.[81] In diese Kategorie fallen etwa die familial organisierten akademischen Netzwerke, in denen Hans Delbrück sich bewegte, und die in ihnen gepflegte Vertrautheit. Zu greifen sind sie in seiner Korrespondenz, die geprägt ist von der bürgerlichen Briefkultur, deren Geheimnistuerei

75 *Hardin*, Trust and trustworthiness; *Gambetta*, Trust, S. 13 f.

76 *Giddens*, Konsequenzen der Moderne, S. 48–52.

77 *Möllering*, Trust, S. 51–75; *Endreß*, Vertrauen und Misstrauen, S. 82–85.

78 Emil Du Bois-Reymond: Der deutsche Krieg. In der Aula der Berliner Universität am 3. August 1870 gehaltene Rektoratsrede, zit. nach: *McClelland*, Die Professoren an der Friedrich-Wilhelm-Universität, S. 427.

79 Hans Delbrück an Trautgott von Jagow, 02.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Jagow, G. von, Bl. 1–2.

80 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 153 f.

81 *Timmer*, Vertrauen, S. 29.

und ihrer »Berichtspflicht«.[82] Die Organisation publizistischer Interventionen findet sich dort nicht selten unter dem Vorbehalt, eingegangene Briefe nach Erledigung zu vernichten sowie eingebettet in den Austausch über häusliche Verhältnisse aller Art bis hin zur persönlichen Gesundheit. In einen weiteren gesellschaftlichen Rahmen gesetzt, begründete das solcherweise gewonnene Vertrauen etwa im Ersten Weltkrieg Hans Delbrücks vergleichsweise milde Behandlung durch die militärische Zensur. Der verantwortliche Offizier in Berlin Gustav von Kessel erklärte hierzu schlicht »Ich kenne Sie ja«.[83]

Als Angehörige einer ausgesprochen disparaten Gruppe können Intellektuelle nur mittelbar vom Institutionenvertrauen profitieren, in dem die drei bezeichneten vertrauensbildenden Verfahrensformen sich gebündelt finden und das der polnische Soziologe Piotr Sztompka etwa für den Arztberuf konstatiert[84]. Solches mittelbare Institutionenvertrauen findet sich in den Wechselwirkungen zwischen einzelnen Intellektuellen und konkreten Pressemedien. Als Delbrück 1883 in die Redaktion der »Preußischen Jahrbücher« eintrat, waren diese seit langem etabliert. Sie wurden in Schulen und Universitäten ebenso gehalten wie in Behörden und auf Landgütern. Zudem waren sie verbunden mit zahlreichen großen Namen der preußischen Geistesgeschichte, wie Max Duncker, Constantin Rößler und Heinrich von Treitschke. Zugleich wurden die »Jahrbücher« mehr und mehr mit ihrem Herausgeber identifiziert. Mochte in Hinblick auf Delbrücks Stellung in Berlin Bernarda von Nell ihn nicht ohne Ironie einen »allmächtigen Mann«[85] heißen. So wurden doch auch Beiträge ohne namentliche Zeichnung selbst im Ausland unter Verweis auf die bekannten Verbindungen des Herausgebers für relevant, beachtenswert und womöglich gefährlich erklärt. Wer in der Ägide von Delbrücks Herausgeberschaft zu den »Blauen Heften« griff, der war geneigt, den »Jahrbüchern« als Medium zu vertrauen, da sie in ihren Beiträgern in so breitem Rahmen Expertise vereinten, und umgekehrt den Einzelbeiträgen zu vertrauen, da sie sich in einem so anerkannten, mit großen Namen geschmückten Forum äußerten. Insofern bieten die »Preußischen Jahrbücher« auch ein Zeugnis für die Funktionsweise von Medien als selbstreferentiellem System in den Kulturen der Neuzeit und Hans Delbrück war die Verkörperung dieses Systems. Stand in späteren Jahren ein Herausgeberwechsel zur Debatte, galt gemeinhin kein in Aussicht genommener Nachfolgekandidat als wirklich in der Lage, die Bedeutung der Zeitschrift bewahren zu können. Handfeste ökonomische Bedenken prägten in diesem Sinne speziell die Ansichten der beteiligten Verleger als professionellen Beobachtern der medialen Öffentlichkeit. Auf Delbrück und die »Jahrbücher« gemünzt formulierte Ernst Reimer diese Sorgen 1906 dahingehend, dass

82 *Hübinger*, Briefkultur(en) im bürgerlichen Zeitalter, S. 26.

83 Axel von Harnack: Hans Delbrück als Historiker und Politiker, in: Die Neue Rundschau 63 (1952), S. 408–426, S. 413

84 *Sztompka*, Trust, S. 258.

85 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 09.09.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 20–22.

»der Wechsel in der Herausgabe, zumal wenn er mit einem Verlagswechsel zusammentrifft, für die Zukunft eines Journals so kritisch werden kann, wie die Verpflanzung eines gesunden Baumes.«[86]

Während Delbrücks intellektuelles Engagement in der Weimarer Republik einer unverkennbaren thematischen Konzentration auf den Kampf gegen die Kriegsschuldthese einerseits und die Dolchstoßlegende andererseits unterworfen war,[87] verdankt sich die vielfältige punktuelle Zitation Delbrücks in der Kaiserreichshistoriographie nicht zuletzt dem Umstand, dass es in jenen Jahrzehnten kaum Themen von politischer Relevanz gab, zu denen er sich nicht mehr oder weniger pointiert positioniert hätte. Um Hans Delbrück als Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher« in seiner spezifischen historischen Eigenart, zugleich intellektueller Schleusenwärter und Seismograph der politischen Kultur des Deutschen Kaiserreichs gewesen zu sein, erfassen zu können, empfiehlt sich eine Darstellung, die einen chronologischen und einen systematischen Zugriff auf den Stoff miteinander verschränkt.

In chronologischer Hinsicht bedeutet dies, im Anschluss an ein knappes Biogramm und einen pressegeschichtlichen Abriss der »Preußischen Jahrbücher« eine Unterteilung gemäß der ›klassischen‹ Periodisierung der politischen Geschichte des Deutschen Reiches in die Bismarck-Ära, die sogenannten »Friedensjahre« der Regentschaft Wilhelms II. bis 1914 und zuletzt die Jahre des Ersten Weltkriegs unter Einschluss des Umbruchjahres 1919 vorzunehmen.

In systematischer Hinsicht bedeutet dies, eine Beschränkung auf diejenigen »Krisenherde«, in denen sich nicht nur die strukturellen inneren und äußeren Probleme des Hohenzollernstaates, sondern auch die Aushandlungsprozesse bezüglich eines verbindlichen Selbstverständnisses seiner Staatsbürger verdichteten.[88] In der schwerpunktmäßigen Behandlung einzelner »Krisenherde« im Rahmen der chronologischen Hauptkapitel spiegelt sich bei kontextualisierenden Seitenblicken auf ihre Vorgeschichte und weitere Entwicklung die Konjunktur der Bedeutung, die Delbrück ihnen mit Blick auf sich wandelnde Zeitumstände zurechnete.

In der Verschränkung von chronologischer und systematischer Gliederung spiegeln sich die grundsätzlichen Entwicklungslinien von Delbrücks politischem Wirken als Gliederungselemente zweiter Ordnung. Mit Blick auf die Bismarck-Ära lässt sich anhand von Delbrücks früher Positionierung als Kritiker einer Repressionspolitik gegenüber den katholischen und sozialdemokratischen »Reichsfeinden« sein weltanschauliches Fundament herausarbeiten. Hinsichtlich der Innenpolitik des wilhelminischen Kaiserreichs lässt sich während dessen »Friedensjahren« eine Ausdifferenzierung von Delbrücks Wirkungskreisen

86 Ernst Reimer an Hans Delbrück, 05.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 44.

87 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar.

88 *Wehler*, Krisenherde des Kaiserreichs.

beobachten, insofern während dieser Zeit die nationalen Minderheiten im Reich sowie die Frauenemanzipation als Streitgegenstände neu hinzutreten.[89] Innenpolitische Vorgänge hat Delbrück konsequent unter der Prämisse ihrer Implikationen für die Außenbeziehungen des Reiches bewertet und darin einem typischen Zug der politischen Kultur des Kaiserreichs Ausdruck gegeben.[90] Wenngleich Delbrück noch lange Zeit die ›klassischen‹ außenpolitischen Felder als Arkanraum der Regierung anerkannt und mit erkennbarer Reserve behandelt hat, vollzog der doch die Hinwendung zur »Weltpolitik« mit und erschloss sich während der 1890er Jahre in einem weiteren Ausdifferenzierungsschritt die internationalen Beziehungen des Kaiserreichs im Konzert der Mächte unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungs- und Kolonialpolitik als Kernelemente der zeitgenössischen geopolitischen Ordnung. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte schließlich zu einer gegenläufigen Prädominanz der Außenpolitik. Delbrück drang nun mit zuvor ungekannter Intensität in den außenpolitischen Arkanraum der Reichsleitung ein und machte Kriegspolitik und Friedenschancen zu Lasten der innenpolitischen »Krisenherde« zum Gegenstand nuancierter Auseinandersetzung. Erst unter diesem dominanten außenpolitischen Blickwinkel hat er das in den »Jahrbüchern« zuvor recht unterbelichtete Feld von Judenemanzipation und Antisemitismus als ein Thema von politischer Relevanz anerkannt. Die innenpolitischen Krisenherde verloren rasant an Gewicht. Ihre Priorisierung wurde unverkennbar durch die ihnen zugeschriebene Bedeutung für den Krieg bestimmt, der zum Prüfstein der nationalen Integration wurde. Die Niederlage forderte Delbrücks weltanschauliche Grundhaltung heraus, da der Staat Bismarcks an den Zeiterfordernissen gescheitert war, und machte ihn zugleich zum Wegweiser in Zeiten des Umbruchs.

Dabei begegnet der Herausgeber Hans Delbrück teils selbst als höchst produktiver Autor. Teils tritt er indes mehr als Redakteur in den Vordergrund, der durch die Förderung oder Abweisung Dritter den »Preußischen Jahrbüchern« eine politische Linie gab. In der Analyse dieser Diskrepanz wird deutlich, wie Mitarbeiter der »Jahrbücher« zu ›Experten‹ qualifiziert wurden, hinter denen Delbrück sich selbst mehr oder weniger zurücknahm. Überdies werden Delbrücks grundsätzliche Auffassungen von der ›Mechanik‹ der Politik und sein hegelianisches Staatsverständnis erkennbar, wie es von Annelise Thimme bereits in groben Zügen umrissen wurde.[91]

Kritikbereitschaft und Kritikakzeptanz mögen mit dem Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs nicht allzu häufig in Verbindung gebracht werden. Gerade darum ist die scharfe Kritik als Leitmotiv von Delbrücks Wirken als politischer Intellektueller besonders hervorzuheben, die er jenen politischen Parteirichtungen angedeihen ließ, denen er von seinem Herkommen und seinem Staatsverständ-

89 *Gregor/Roemer/Roseman*, Introduction.

90 *Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik; *ders.*, Der Weg in den Abgrund.

91 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 15; Ebd., S. 22. Zur Sozialfigur des Experten in der Politik vgl. *Hirschi*, Skandalexperten – Expertenskandale.

nis her am nächsten stand. Ein ums andere Mal hat Delbrück über dreißig Jahre an der Weggabelung gestanden, mit dem Strom der Bismarck'schen Kartellparteien zu schwimmen, als der parteipolitischen Gestalt seiner sozialen Bezugsgruppen, oder aber als Kritiker von deren Kurs in diesen Kreisen mit mehr oder weniger scharfen Worten als Grenzgänger markiert zu werden.[92] Stets ging er den letzteren Weg. Nicht, weil er ein Eigenbrötler war, der anderen Meinungen keine Bedeutung zumaß, sondern weil er ungeachtet jeder Selbststilisierung als unparteiischer Wissenschaftler ein Politiker war, der nie allein, sondern stets in Fühlung mit Parlamentariern und Beamten, Gelehrten und Journalisten eben diese konservativen und nationalliberalen Parteien auf ›vernünftigen‹ Kurs zu bringen suchte.

92 Zur Sozialfigur des Intellektuellen als Grenzgänger vgl. *Stangel/Niese*, Einleitung.

II. Die »Preußischen Jahrbücher« und ihr Herausgeber

1. Biogramm

»Es gab keine Sphäre in Berlin, in der ich mich nicht bewegt hätte. Ich stammte aus Beamten- und Gelehrtenkreisen, mütterlicherseits einer Berliner Familie; ich habe den Krieg mitgemacht und war Reserveoffizier; ich habe 5 Jahre lang am Hofe des Kronprinzen Kaiser Friedrichs gelebt. Ich war Parlamentarier; ich gehörte als Herausgeber der Preußischen Jahrbücher zur Presse; ich wurde akademischer Lehrer.«[1]

So bilanzierte Hans Delbrück in der Dankesrede an jenen Reigen von Gratulanten, die sich in mitten der Umsturzsituation des Novembers 1918, zur Feier von seinem siebzigsten Geburtstag in Grunewald einfanden, um dem alten Historiker als gemeinsam gestiftete »Ehrengabe« eine Büste seiner selbst zu überreichen.[2] Die letzte dabei aufgezählte Rolle, die des Universitätsgelehrten, war es, die Hans Delbrück als maßgebliches Selbstbild kultivierte und doch lag die Bekanntheit, die er im Deutschen Reich und darüber hinaus genoss ganz wesentlich in der Rollenvielfalt begründet, die Delbrück in diesen Festworten selbst reflektierte. Sie erlaubte, dass er »nach allen Seiten Fühlung nahm und Berührung fand«[3], was für ihn selbst die Grundlage einer besonderen Einsicht in die Ordnung der Dinge war. All diese Rollen waren miteinander verflochten und lassen sich nicht sauber voneinander trennen.

Als sich der britische Journalist Sidney Whitman im Sommer 1911 bei Delbrück nach »herausragenden deutschen Gelehrtenfamilien« erkundigte,

»solchen in welchen ideale Gesinnung und wissenschaftliches Interesse sich als Familientradition – als ein geistiger Adel representieren [sic!]«[4],

lieferte Delbrück so traditionsbewusst wie unbescheiden einen Ausschnitt des eigenen Familienstammbaums. Die eigenen Großväter sowie die seiner Ehefrau Lina zusammengezählt, fanden sich mit Friedrich Thiersch, Justus von Liebig, Leopold von Henning und Gottlieb Delbrück drei Professoren und ein Universitätskurator, deren Kinder und Kindeskinder Preußens Hörsäle und Staatsbe-

1 Hans Delbrück: Danksagung, in: PJ 174 (1919) 3, S. 442–445, S. 443.

2 *Lüdtke*, Hans Delbrück als »Kassandra«, S. 315–318.

3 Delbrück: Danksagung [PJ 174/3], S. 443. Wiederkehrend zitierte Veröffentlichungen aus den »Preußischen Jahrbüchern« werden ab der zweiten Nennung mit Kurztitel unter Angabe von Band- und Heftnummer nachgewiesen.

4 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 12.07 [?].1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe III, Bl. 5–6.

hörden bevölkerten.[5] Delbrück hätte noch weiter ausholen und seine Großonkel Friedrich und Ferdinand mit aufzählen können. Ersterer war Erzieher Friedrich Wilhelms IV. gewesen, letzterer 1818 einer der ersten Professoren der neu gegründeten Universität Bonn und in der deutschen Universitätsgeschichtsschreibung legendär für die Gewohnheit, nicht verausgabtes Gehalt der Staatskasse zurückzuüberweisen.[6] Auch in Bezug auf die eigene Generation hielt Delbrück sich knapp und nannte Whitman nur jene, die 1911 Professoren waren, außer ihm selbst der Bruder Max Delbrück als Chemiker an der landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, der Schwager Adolf von Harnack als Theologe in Berlin sowie die Vettern Berthold Delbrück als Linguist in Jena und Berthold Litzmann als Literaturhistoriker in Bonn.[7] Doch allein unter den Brüdern, Schwagern und Vettern besetzte noch eine ganze Reihe anderer Familienmitglieder herausgehobene Stellungen des Deutschen Reiches, die akademische Bildung als formale und akademische Sozialisation als habituelle Qualifikation voraussetzten: Ernst von Dryander als Oberhofprediger, Clemens von Delbrück als Staatsekretär und Stellvertreter des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, Ludwig Delbrück als Hofbankier, Herrenhausmitglied und Krupp-Aufsichtsrat, Heinrich Delbrück als (Unter)staatssekretär und Präsident des Reichsgerichts, Ernst Delbrück als Präsident des Statistischen Reichsamtes sowie Hermann Rassow und Ludwig Martens als Direktoren renommierter Schulen, des Königlichen Viktoria-Gymnasiums in Potsdam und des Berliner Gymnasiums zum Grauen Kloster. Auch diese Liste ist unvollständig, doch verflochten mit dem beruflichen Klatsch, den dieser »geistige Adel« austauschte, und der Patronage nicht nur eigener Schüler, sondern auch eigener Verwandter in den allfälligen akademischen Berufungsfragen, deutet sie an, wie sehr die bürgerliche Gesellschaft des ausgehenden 19. Jahrhunderts familial organisiert war.

Dieses Netzwerk wurde auf Familientagen, in Erinnerungswerken und Rundbriefen gepflegt, aber nicht eigens für diese Zwecke geschaffen.[8] Hans Delbrück hat diese soziale Verankerung nie ausdrücklich reflektiert, ihre Ausdrucksfor-

5 Hans Delbrück an Sidney Whitman, 19.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 31–32.

6 *Blasius*: Friedrich Wilhelm IV., S. 27–31; *Schott*: Universitätspolitik als Integrationspolitik, S. 97; *Nicolovius*, Ferdinand Delbrück, S. 65.

7 Hans Delbrück an Sidney Whitman, 19.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 31–32.

8 Zur Kommunikationskultur im Rahmen der bürgerlichen Kultur vgl. *Hübinger*, Briefkultur(en) im bürgerlichen Zeitalter. Für die Institution des Rundschreibens im Familienkreis vgl. Familien-Rundbrief von Hans Delbrück, 01.02.1887, ms. Abschrift in: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 99; für die Institution der Familienchronik vgl. Hans Delbrück an die Mitglieder und Anverwandten der Familie Delbrück, 25.04.1903, in: KULF, Z De 2 – 109. Zur Wahl Hans Delbrücks ins Kuratorium der Familienstiftung und zur Institution des Familientages vgl. Heinrich Delbrück an Ilse Delbrück, 14.03.1903, in: KULF, Z De 8 – 004 sowie Heinrich Delbrück, Hans Delbrück und Victor Delbrück an Ilse Delbrück, o. D. [März 1903], in: KULF, Z De 8 – 005 und Die Familie Delbrück im Jahre 1903. Der Familien-Tag. Die Familien-Chronik III, in: KULF, Z De 114 – 010.

men waren Selbstverständlichkeiten. Setzt man diese in Zusammenhang mit der nüchternen, selbstbewussten Art, in der er, noch nicht dreißigjährig, Vor- und Nachteile einer höfischen Stellung als Prinzenerzieher abwog und mit der er schon damals über die gekrönten Häupter Europas urteilte,[9] denen er auf diesem Posten begegnen würde, kann man die unhinterfragte Selbstverständlichkeit von Delbrücks Anspruch nicht hoch genug veranschlagen, zur sozialen und politischen Elite zu gehören, etwas in Staat und Gesellschaft zu sagen zu haben und gehört zu werden.[10]

Im Revolutionsjahr 1848 wurde Hans Delbrück in Bergen auf Rügen geboren. Dort und später in Greifswald verfolgte sein Vater Berthold Delbrück seine Karriere als Kreisgerichts- und schließlich Appellationsgerichtsrat auf vergleichsweise niederrangigen Posten mit überschaubarem Einkommen. Die stockende berufliche Entwicklung erklärte man sich in der Familie als strafende Benachteiligung wegen der zwar nicht revolutionären, aber doch unverhohlen demokratischen Anschauungen Berthold Delbrücks.[11] Viele Familienbriefe als zentrale Quellen für die ersten drei Lebensjahrzehnte Delbrücks bis zum Eintritt in den kronprinzlichen Haushalt sind durch Kriegseinwirkungen vernichtet worden.[12] Doch existieren einige maschinenschriftliche Abschriften, vor allem von Briefen an die Mutter Laura, in Lina Delbrücks umfangreichen Lebensbild ihres Mannes aus den 1930er Jahren, die vieles bestätigen, was in späteren Jahren von Delbrück oder Dritten aus der Erinnerung zu Protokoll gegeben wurde.[13] Aus den Greifswalder Jugendtagen rühren die lebenslangen Freundschaften mit seinem Fachkollegen Max Lenz sowie der Schriftstellerin und Hofdame der rumänischen Königin Mite Kremnitz. Ein Studium, zumal fern der Heimat, war der Großfamilie zu verdanken. Zuschüsse der in Industrie und Bankwesen zu Vermögen gekommenen Brüder Berthold Delbrücks, Hugo und Adalbert, sowie von Hans Delbrücks Patentante Ida von Kahlden ermöglichten die Immatrikula-

9 Laura Delbrück an Hans Delbrück, 21.01.[1874], ms. Abschrift in, Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 104 f.; Carl von Noorden an Hans Delbrück, 31.01.[1874], ms. Abschrift in: Ebd., S. 106; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 06.02.[1874], ms. Abschrift in: Ebd., S. 103 f.; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 13.04.[1874], ms. Abschrift in: Ebd., S. 109; Hans Delbrück an Laura Delbrück 09.08.[1874], ms. Abschrift in: Ebd., S. 122.

10 Stefan Heilen hat ohne Beachtung dieses bürgerlichen Selbstbewusstseins Delbrücks spezifischen Anspruch auf politische Teilhabe als Intellektueller mit dem individuellen ›Erzieher-charakter‹ des ältesten Kindes eines früh verstorbenen Vaters erklärt, vgl. *Heilen*, Der Mann, der Wilamowitz zum Duell zwingen wollte, S. 408.

11 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 34.

12 Helene Hobe an Peter Rassow, 05.08.1953, in: BArch Koblenz, N 1228/5.

13 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben. Für seine Kinder aufgezeichnet von seiner Frau Lina Delbrück, 14 Bde. [unveröff. Manuskript] in: BArch Koblenz, N 1017/65–78; Lina Delbrück: Familiäre Ereignisse. Anhänge (1884–1918), 2 Bde. [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/79–80; Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880.

tion in Heidelberg und eine Lebensführung, wie sie unter Studenten des 19. Jahrhunderts als standesgemäß galt, inklusive einer ausgedehnten Reise durch Süddeutschland und die Schweiz. Abgesehen davon stand das erste Semester in Heidelberg ganz unter dem Eindruck des Deutschen Krieges von 1866, der die Stimmung unter der Studentenschaft genauso prägte wie die Vorlesungen über die jüngere Geschichte. Zum Wintersemester 1867 kehrte Delbrück mit der in der Familienerinnerung tradierten Erklärung nach Greifswald zurück, in der Heimat seinen Dienst als Einjährig-Freiwilliger anzutreten, um den mit Sicherheit erwarteten nächsten Krieg als Offizier mitzumachen.[14]

Die strenge Haushaltsführung und der Wunsch der Onkel, die nach Berthold Delbrücks frühem Tod 1869 gänzlich für das Studium aufkamen, den Neffen möglichst bald in gesicherten beruflichen Verhältnissen zu wissen, legten derweil das Studienziel des Gymnasiallehrers nahe. Als Hans Delbrück 1869 jedoch seine Studien im Sybeln'schen Seminar in Bonn fortsetzte, geschah dies bereits mit dem Ziel einer akademischen Karriere. Die Hinwendung zu diesem, auch für einen Sprössling »geistigen Adels« ziemlich unsicheren Lebensweg erfolgte unter dem Einfluss des Greifswalder Historikers und Familienfreundes Karl von Noorden. Noch fünf Jahrzehnte später hat Hans Delbrück diesen Einfluss gegenüber der Kritik akademischer Abhängigkeitsverhältnisse durch seinen Schüler Martin Hobohm im Geiste bürgerlichen Leistungsdenkens als Nötigung zum beruflichen Glück erinnert.[15]

In Bonn bewies Delbrück erstmals den später für ihn charakteristischen Zug, öffentlich das Wort zu ergreifen, ohne sich bestehenden, fest umrissenen Gruppen zurechnen zu lassen. Statt sich einer der zahlreich in Bonn vertretenen studentischen Korporationen anzuschließen, gründete er im Winter 1869 einen »Nicht-Verbindungsstudenten-Ausschuss«. In dessen Namen saß er dem Festkommers zum hundertsten Geburtstag Ernst Moritz Arndts vor und »galt allgemein als der Führer der Finkenschaft«[16], der unter anderem eine Art studentischen Streiks gegen den Universitätskurator Wilhelm Beseler anführte.[17] Die erhaltenen Jugendbriefe bezeugen, dass es nicht bloß Selbststilisierung und Rückprojektionen der Weggefährten waren, wenn Delbrück als gewissermaßen

14 Hans Delbrück an Berthold Delbrück, 24.05.1867, ms. Abschrift in: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 48; Hans Delbrück an Max Delbrück, 26.05.1867, ms. Abschrift in: Ebd., S. 48.

15 Lina Delbück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 64; Hans Delbrück an Martin Hobohm, o. D. [10.03.1920], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hobohm, Martin, Bl. 7–9.

16 Lebenserinnerungen Ludwig Martens, zit. nach Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 99. Vgl. auch *Klein*, Hans Delbrücks ›unbekannte Schüler‹.

17 Hans Delbrück an Hans Dorn, 19.01.[1870], in SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 21; Der allem Anschein nach recht kurzlebige »Ausschuss« kann als Frühform der sich ab 1900 deutschlandweit bildenden organisierten »Finkenschaft« gelten. Er war gegen die

von Kindesbeinen an politisch außergewöhnlich interessierter und meinungsstarker Charakter gezeichnet wurde.[18]

Als der nächste Krieg 1870 tatsächlich begann, rückte Delbrück als Vizefeldwebel mit dem 28. Rheinischen Infanterieregiment ins Feld. Er kämpfte im Verband des VIII. Armee-Korps unter anderem in der Schlacht von Gravelotte und nahm an der Einschließung von Metz teil, wobei er sein militärisches Pflichtbewusstsein in den Feldpostbriefen an die Mutter mit der Versicherung unterstrich, die zögerlichen Soldaten mit vorgehaltener Waffe zum Sturm übers Schlachtfeld gezwungen zu haben.[19] Als der Feldzug endete, war Hans Delbrück zwar an Typhus erkrankt, doch als Leutnant zum Offizier aufgestiegen und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden. Dieses trug er zu allen möglichen Gelegenheiten, bis es 1895 bei einer rasanten Kutschfahrt über die Schlachtfelder von einst verloren ging, die Delbrück gemeinsam mit dem befreundeten nachmaligen General Ernst Buchfinck anlässlich der Enthüllung des Kaiser Friedrich-Denkmals bei Woerth unternahm.[20] Auch ohne das greifbare Ehrenzeichen hat Delbrück sich immer wieder auf die eigene Kriegserfahrung berufen, wenn er später in wissenschaftlichem oder politischem Kontext über den Krieg in Geschichte und Gegenwart urteilte. Im Übrigen kehrte er nach eigener Auskunft »reaktionärer« aus dem Krieg zurück, von »Ideologien« befreit und im eigenen »Idealismus« gekräftigt.[21] Als eifriger Leser der »Preußischen Jahrbücher« vollzog er deren Wechsel von der liberalen Grundhaltung der »Neuen Ära« zum Bündnis mit dem Bismarck'schen Obrigkeitsstaat mit. Vom Belagerungsring um Metz aus hatte Delbrück der Mutter seine auf dem Schlachtfeld neu gewonnene und rasch generalisierte Einschätzung mitgeteilt,

Vorrechte der Korporationen und speziell auch deren privilegierte Sichtbarkeit im akademischen Zeremoniell gerichtet. Anderenorts ist er als »permanentes Studentenkomitee« überliefert. Vgl. hierzu den Bericht des Alemannen Karl Wichmann über die Zeit von 1867 bis 1874, in *[Oppermann]*, Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer, S. 310.

18 Als Student war sein Wahlspruch »Antropos zoon politicon«, vgl. Hans Delbrück an Hans Dorn, 12.12.1869, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 18–20; Lina Delbrück zitiert aus einem nicht näher bezeichneten Brief Hans Delbrücks an dessen Jugendfreund Karl Bardeleben aus dem Frühjahr 1870 den Ausspruch »Meine Religion heißt Politik«, vgl. Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 61.

19 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 19.08.1870, ms. Abschrift in: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 74–80.

20 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 20.10.1895, ms. Abschrift in: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, Bl. 48–50; zu Delbrücks Rolle bei der Initiative zur Errichtung des Denkmals und dessen Gestaltung vgl. *von Werner*, Erlebnisse und Eindrücke, S. 548 f.

21 Hans Delbrück an Hans Dorn, 03.05.1871, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 29–30; Hans Delbrück an Hans Dorn, 18.10.1871, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 44–45.

»dass fast nur Disciplin und Organisation die Masse vortreiben […], und das Übrige von den sehr wenigen Mutigen ausgeht. Der letzte Rest meiner früheren demokratischen Ansichten ist jedenfalls futsch.«[22]

Als Reservist nahm Delbrück noch bis 1881 an militärischen Übungen teil und verließ die Armee 1885 als Premier-Leutnant.[23]

Vom Typhus genesen und nach Bonn zurückgekehrt, trat Delbrück eine Stelle als Hauslehrer beim schwedischen Kronprinzen im Neuwieder Schloss Monrepos an, für die er noch während seiner Rekonvaleszenz aus Stockholm angefragt worden war. In Monrepos verkehrte Delbrück erstmals in einem höfischen Umfeld, knüpfte Verbindungen in Adels- und Offizierskreise und verdiente zuzüglich des ihm nun gewährten Hohenzollernstipendiums so gut, dass sich weitere familiäre Zuwendungen erübrigten. Im Wintersemester 1872/73 schloss er sein Studium mit einer Arbeit über die historische Glaubwürdigkeit des mittelalterlichen Chronisten Lambert von Hersfeld ab, die als erste Promotion in Bonn in deutscher Sprache eingereicht und verteidigt wurde. Anschließend übernahm er eine Hauslehrerstelle in Berlin.[24]

Was über die anschließenden fünf Jahre von Delbrücks Leben im Haushalt des Kronprinzen 1874 bis 1879 überliefert ist, hat Arden Bucholz in der Einleitung seiner Übersetzung ausgewählter Schriften Delbrücks in liebevoller Detailfülle zusammengefasst.[25] Warum der bekannte Arzt und liberale Politiker Rudolf Virchow, den der Kronprinz mit der Suche nach einem geeigneten Hauslehrer für seinen jüngsten Sohn beauftragt hatte, anlässlich eines Balls ausgerechnet an Delbrück herantrat, lässt sich nicht mehr feststellen. Ein eventuelles Fortwirken vormoderner Traditionen, Hofämter als familiäre ›Erbhöfe‹ zu behandeln, läge nicht allzu fern. Bezeichnend ist aber vor allem, dass Delbrück nicht ohne zu zögern ein gutes Gehalt und eine ehrenvolle Stellung in der nächsten Nähe des nächsten Kaisers annahm, sondern die Verpflichtung gegen seine bisherige Arbeitgeberin nicht verletzen, vor allem aber seine bereits ins Auge gefasste akademische Laufbahn nicht durch eine längerfristige wissenschaftsferne Tätigkeit gefährden wollte. Auf drängendes Anraten seiner Mutter, Karl von Noordens und Hermann Grimms, eines weiteren alten Freundes mit prominentem Namen, nahm Delbrück die Stelle schließlich doch an, die für seine weitere Laufbahn von entscheidender Bedeutung sein sollte.[26] Delbrück war kein »homo novus«, wie Stefan Heilen es formulierte[27]. Wie bereits aufgezeigt

22 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 11.09.1871, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 43 f.

23 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 37.

24 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 97–100.

25 *Bucholz*, Introduction, S. 5–9.

26 Ebd.

27 *Heilen*, Der Mann, der Wilamowitz zum Duell zwingen wollte, S. 409.

hatte seine Familie dem Hof schon vorher nahegestanden und doch zeugt die unbekümmerte Akzeptanz, die Delbrück schon in Monrepos und dann auch in Potsdam erfuhr, von veränderten Zeitumständen. Vom Kronprinzen als »Kriegskamerad« willkommen geheißen, erlebte Delbrück eine Nähe zwischen dem bildungsbürgerlichen »geistigen Adel« und der Aristokratie, die auf der gemeinsamen Kriegserfahrung gründete und in der Reserveoffizierslaufbahn als unerlässlichem Statussymbol bürgerlicher Akademiker während des Kaiserreichs ihren prominenten Ausdruck fand.[28]

Delbrück wurde Bismarck vorgestellt[29] und verbrachte auch genug Zeit mit den älteren Kindern Friedrichs und Viktorias, um eine wenig schmeichelhafte Meinung von deren Erstgeborenem zu entwickeln, die zugleich ein bezeichnendes Licht auf sein Verständnis von politischen Verfahren unter »monarchischem Prinzip« wirft.[30] Die Unterrichtsstunden, die Delbrück dem Prinzen Waldemar und der Prinzessin Charlotte erteilte, waren im Umfang übersichtlich, und so blieb genügend Zeit, um mit den Offizieren, die am Hof des Kronprinzen verkehrten, wie Karl von Blumenthal, Stabschef des Kronprinzen in den Einigungskriegen, ins Gespräch zu kommen.[31] Derlei Kontakte hat Delbrück auch später nicht abreißen lassen und seine Aufzeichnungen solcher ›Zeitzeugeninterviews‹ für spätere Schriften über die Kriege von 1864 bis 1871 genutzt.[32] Auf Reisen mit der kronprinzlichen Familie in Europa begegnete Delbrück nicht nur der österreichischen Kaiserin Elisabeth und der britischen Königsfamilie, sondern erhielt auch privilegierten Zugang zu Archiven, wie er ihn als Bediensteter des Kronprinzen in Berlin ohnedies genoss.[33] Auch das Material zu demjenigen Buch, mit dem Delbrück sich in Berlin habilitieren sollte und das ihn als Historiker bekannt machte, floss ihm bei Hofe zu. Dort trug ihm die Nichte des preußischen Militärreformers Neidharts von Gneisenau, Hedwig von Brühl, die Aufgabe an, die Biographie ihres Onkels fortzuführen, welche der jüngst verstorbene Präsident der Monumenta Germaniae Historica, Georg Heinrich Pertz, unvollendet gelassen hatte.[34] Ohne Ansehen des vorhandenen Materials schloss Delbrück im April 1877 einen Verlagsvertrag mit Georg Reimer, in dessen Verlag damals

28 *Ebd.*; *Bucholz*, Introduction, S. 4; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 12.04.1874, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 108 f.; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 13.04.1874, ms. Abschrift in: Ebd., S. 109 f. Zum Verhältnis von Militär und Gesellschaft im Deutschen Kaiserreich vgl. *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, 2. Bd., S. 230–238 und *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 446–463.

29 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 28.08.1877, in: BArch Koblenz, N 1017/82.

30 Hans Delbrück an Laura Delbrück, o. D. [August 1875], ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/65, S. 133 f.

31 *Bucholz*, Introduction, S. 7–9.

32 Vgl. ms. Arbeitsnotiz in der Materialsammlung Gespräche mit Generalen (Blumenthal, Pape) über kriegsgeschichtliche Themen, besonders 1866 und 1870/71. (Aufzeichnungen aus den Jahren 1898–1914), in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 104.

33 *Bucholz*, Introduction, S. 7–9.

34 *Ebd.*

auch die »Preußischen Jahrbücher« erschienen.[35] Entgegen seiner anfänglichen Zweifel machte sich Delbrück mit der Zeit auch unverkennbar Hoffnung, dass ihm die höfische Protektion nach Erledigung seines Erzieherauftrages strammer Rückenwind auf dem Weg in eine etablierte Lebensstellung sein würde.[36]

Von diesen für Delbrücks wissenschaftliches Lebensthema wegweisenden Begegnungen abgesehen, war die Beziehung zu Kronprinzessin Victoria, besonders eng. Sie unterhielten eine freundschaftliche Verbindung, die sich auch dann nicht verlor, als Prinz Waldemar 1879 mit nur 11 Jahren an Diphterie starb, während Delbrück im Manöver war.[37] Delbrücks 1888 anlässlich von Friedrichs III. Tod veröffentlichte »Persönliche Erinnerungen an den Kaiser Friedrich und sein Haus« wurden weithin rezipiert und auch ins Englische übersetzt.[38]

Mit einer zweibändigen Gneisenau-Biographie habilitierte sich Hans Delbrück 1881 an der Berliner Universität. Delbrücks Hoffnung genügend, intervenierte der Kronprinz tatsächlich beim Kultusministerium, um seinem Schützling eine auskömmliche Stelle zu verschaffen und drängte auf eine Anstellung in Berlin, doch die Fakultät wollte selbst ein unbezahltes Extraordinariat für Kriegsgeschichte, wie es zunächst in Rede stand, nicht akzeptieren. Mochte die Berliner Professorenschaft um Leopold von Ranke, Theodor Mommsen und Heinrich von Treitschke auch als »geistiges Leibregiment der Hohenzollern« gelten, die Einmischung des Hofes in ihre Unabhängigkeit missfiel ihnen ebenso

35 Georg Reimer an Hans Delbrück, 13.04.1877, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 1; Hans Delbrück an Georg Reimer, 13.04.1877, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 1–2.

36 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 30.01.1877, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 101; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 17.08.1877, ms. Abschrift in: Ebd., S. 106f

37 Beispielhaft sei nur verwiesen auf die wiederkehrenden Briefwechsel zu Prinz Waldemars Geburts- und Todestag, zu welchen auch Zusammenkünfte der beiden üblich waren, sowie zum Todestag Friedrichs III., vgl. Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 10.02.1880, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe I, Bl. 44–45; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 04.04.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe II, Bl. 9–10; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 27.03.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe II, Bl. 25; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 25.06.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe II, Bl. 27–30; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 17.06.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe III, Bl. 5–7; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 27.03.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe III, Bl. 14; Victoria von Großbritannien und Irland an Hans Delbrück, 16.04.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe III, Bl. 22.

38 Hans Delbrück: Persönliche Erinnerungen an den Kaiser Friedrich und sein Haus, in: PJ 62 (1888) 1, S. 79–116; Hans Delbrück an Victoria von Großbritannien und Irland, o. D. [1888], ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 108 f.; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 12.08.1888, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 65–66.

wie Delbrücks selbst abgestecktes Fachgebiet, das nach ihrer Meinung an die Kriegsakademie gehörte. So blieb Delbrück vorerst Privatdozent für allgemeine Geschichte und erhielt erst 1885 ein zunächst unbesoldetes Extraordinariat. Dass er in Folge seiner Tätigkeit als Prinzenerzieher »in der Anciennität hinter [seinen] Altersgenossen nicht zurückbleiben«[39] sollte, war das Argument des Kronprinzen gewesen, als er sich beim Kultusminister für Delbrück verwendet hatte. Dasselbe Argument brachte auch Delbrück regelmäßig, wenn er in den folgenden Jahren wiederholt bei Friedrich III. respektive dessen Gemahlin um weitere Unterstützung nachsuchte.[40] Von Berlin fort an eine »Provinzuniversität« zu wechseln, hat Delbrück vor allem dann erwogen, wenn ihn Zweifel über den wirtschaftlichen Ertrag seiner zwischenzeitlich angetretenen Redakteursarbeit befielen, doch letztlich hat er Berlin als dem Ort, an dem die Politik ›gemacht‹ wurde, nie den Rücken kehren wollen.[41] Tatsächlich war Delbrück, als er schließlich 1896 Treitschkes Lehrstuhl für Weltgeschichte übernahm, bereits 45 Jahre alt und damit, wie er schon in früheren Verhandlungen mit dem Kultusministerium zu betonen nicht müde geworden war, für die Verhältnisse der Zeit überdurchschnittlich alt für eine Erstberufung.[42] Ein ordentliches Berufungsverfahren scheint zu diesem Zeitpunkt indes nichtmehr durchgeführt worden zu sein.[43]

Delbrücks wissenschaftlichem Werk ist bislang größere Aufmerksamkeit geschenkt worden als seiner politischen oder publizistischen Tätigkeit, auch wenn ein Gesamtbild noch aussteht.[44] Die siebenbändige »Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte« war sein im Grunde bis heute

39 Hans Delbrück an Victoria von Großbritannien und Irland, 04.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Kaiserin Victoria, Bl. 1–2.

40 Ebd.

41 Max Lenz an Hans Delbrück, 07.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Mappe I, Bl. 46–51; Max Lenz an Hans Delbrück, 11.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Mappe I, Bl. 52–53; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 11.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 11–12; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 04.09.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 21–22; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 09.06.1893, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 143; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 11.06.1893, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 143 f.; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 02.02.1895, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 74 f.

42 Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 20.10.1884, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Nl. 53–54a; Delbrück an Althoff, 02.02.1895. Zu Erstberufungsalter und Generationenstruktur in der deutschen Geschichtswissenschaft vgl. *Weber*, Priester der Klio, S. 164–171.

43 *Thomas*, Geschichtsschreibung und Autobiographie, S. 201.

44 *Thomas*, Geschichtsschreibung und Autobiographie; *Lange*, Hans Delbrück; *Deist*, Hans Delbrück; Delbrück's Modern Military History; *Lange*, Hans Delbrück und der »Strategiestreit; *Scheibe*, Marne und Gorlice; *Bucholz*, Hans Delbrück and modern military history; *Christ*, Hans Delbrück; *Bucholz*, Hans Delbrück and the German military establishment; *Hillgruber*: Hans Delbrück; *Craig*, Der Militärhistoriker Hans Delbrück; *Bauer*, Hans Delbrück (1848–1929.

unerreichtes Hauptwerk.[45] Ihm verdankt er wesentlich seine fortdauernde wissenschaftliche Rezeption, gerade auch in ihrer internationalen Dimension. Während Delbrücks Arbeiten mit dem zeitweilig generellen Bedeutungsverlust von Militärgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland dort Aufmerksamkeit einbüßten, wurde die »Geschichte der Kriegskunst«, ins Englische und Russische übersetzt, Standardlektüre der Militärakademien auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs. Stark beeinflusst von Ranke, dessen Grabrede er 1886 gehalten hatte, verband Delbrück historisches Akteurshandeln mit Strukturanalysen und stand darin der Annales-Schule gar nicht so fern, wie es seine heftigen Auseinandersetzungen mit dem Kulturhistoriker Karl Lamprecht als dem wissenschaftlichen ›Ahnherrn‹ der deutschen Sozial- und Kulturgeschichte vermuten lassen würden.[46] Drei Begriffe sind es vor allem, die mit Delbrücks kriegsgeschichtlicher Forschung verbunden sind: die »Sachkritik« sowie das Gegensatzpaar von »Niederwerfungs-« und »Ermattungsstrategie«. Erstere bezeichnet eine seinerzeit revolutionäre Methode historisch-vergleichender Analogiebildungen mit der Delbrück Problemen der antiken Kriegsgeschichte beispielsweise durch Gegenüberstellung mit den Marschkolonnen moderner Armeekorps und den Bestimmungen des preußischen Exerzierreglements zu Leibe rückte. So gelangte er beispielsweise zu der Schlussfolgerung, dass, wenn die Heereszahlen stimmten, die Herodot für die Perserkriege angibt, die Armee des Xerxes beim Angriff auf Griechenland 480 v. Chr. eine Marschkolonne von 420 Meilen hätte bilden müssen[47]

»und als die Ersten vor Termopylä ankamen, hätten die Letzten gerade aus Susa jenseits des Tigris ausmarschieren können«.[48]

Der Gegensatz von »Niederwerfungs-« und »Ermattungsstrategie« lief auf die axiomatische Feststellung hinaus, dass es stets nur zwei verschiedene Formen militärischer Strategie gegeben hatte, die maßgeblich von strukturellen Bedingungen abhingen und weniger in freier Entscheidung von den Feldherren gewählt wurden. Die »Niederwerfungsstrategie« verlangte massives Mobilisierungspotential, welches erlaubte den Feind mit überschaubarem Zeitaufwand kampfunfähig zu machen. Im Falle der »Ermattungsstrategie« musste der Feldherr mit den gegebenen Mitteln dergestalt geschickt taktieren, dass die Kräfte des Feindes vor den eigenen erschöpft waren. Besondere Aufmerksamkeit und heftige Gegenrede durch eine ganze Reihe Militärschriftsteller aus dem Umfeld des preußischen Generalstabs erregte diese Theorie dadurch, dass Delbrück

45 Von seinen Schülern Emil Daniels und Otto Haintz fortgesetzt erschienen die Erstausgaben der Bände über den Zeitraum 1900–1936 im Verlag Georg Stilke in Berlin, Vgl. *Delbrück/Daniels/Haintz*, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte. Die »Geschichte der Kriegskunst« wird im Folgenden zitiert nach dem Nachdruck der dt. Neuausgabe *Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte.

46 *Bucholz*, Hans Delbrück and modern military history.

47 *Christ*, Hans Delbrück, S. 169.

48 *Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, 1. Bd., S. 10.

Friedrich den Großen als Ermattungsstrategen charakterisierte. Was Delbrück als eine Art Ehrbeweis des Königs galt, den eine objektive Geschichtsschreibung anderenfalls als völlig sinnlos zögerlichen Heerführer verzeichnen müsste, erachtete der Generalstab als Schmähung eines Königs und Kriegsherren, der in der preußischen Erinnerungskultur einen hohen Stellenwert hatte.[49] Nach dem verlorenen Krieg und Delbrücks Emeritierung 1921 wiederholten sich die militärisch-zivilen Konflikte um die Deutungshoheit über die Geschichte. Im wissenschaftlichen Beirat des Reichsarchivs, das die ›offizielle‹ Geschichte des Weltkriegs zu schreiben hatte, sowie in der Öffentlichkeit der Weimarer Republik stand Delbrück einer Mehrheit des deutschen Offizierskorps gegenüber, das weder die systemischen Gründe der Niederlage noch die Fehlentscheidungen der heroisierten Obersten Heeresleitung um Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff wahrhaben wollte. In hartnäckiger Auseinandersetzung mit ihnen, aber auch mit französischen, englischen und amerikanischen Historikern argumentierte Delbrück sowohl gegen die These von der deutschen Alleinschuld am Kriegsausbruch als auch gegen die Dolchstoßlegende.[50]

Hans Delbrücks Berufsethos als Hochschullehrer betreffend ist die bekannte Anekdote vom kaiserlichen Jagdausflug auf Ludwig Delbrücks Gut Madlitz überliefert, in dessen Verlauf Wilhelm II. eine Begegnung mit dem Professor wünschte, sich des Abends gut unterhielt und, als er den Faden am folgenden Vormittag wieder aufnehmen wollte, feststellen musste, dass Delbrück bereits abgereist war, um rechtzeitig zum Kolleg um 11 Uhr wieder in Berlin zu sein.[51] Davon abgesehen jedoch tritt Delbrücks Rolle als »akademischer Lehrer« in den vorliegenden historiographiegeschichtlichen Darstellungen entschieden hinter derjenigen des Autors und Forschers zurück. Als Delbrück 1920, die eigene Emeritierung vor Augen, den letztlich fruchtlosen Versuch unternahm, die Errichtung eines Lehrstuhls für Kriegsgeschichte und die Berufung seines Schülers Martin Hobohm in die Wege zu leiten, bekannte er freimütig, dass seine Professur für Weltgeschichte ihm vor allem als Vehikel für eine diachron durch alle Epochen verlaufende, vergleichende Kriegsgeschichte gedient hatte.[52] Tatsächlich hat Delbrück abgesehen von dem durch Friedrich Althoff angeregten, viersemestrigen Vorlesungszyklus über die »Weltgeschichte«, deren Schriftform sein Alterswerk wurde,[53] nahezu ausschließlich Kriegsgeschichte gelehrt. Thema war etwa der »Krieg als Kulturfaktor«. Hier berührten sich akademische Lehre und rüstungspolitische Agenda, wenn Delbrück ohne aggressiven Bellizismus den Krieg im Allgemeinen als ein naturgegebenes Wirklichkeitsphänomen zeichnete, das zudem teleologisch gewendet geeignet war, diverse kulturelle

49 *Bucholz*, Hans Delbrück and the German military establishment, S. 52–85; *Lange*, Hans Delbrück und der »Strategiestreit«, S. 83–124.

50 *Lüdtke*, Hans Delbrück.

51 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 48.

52 Denkschrift über einen Lehrstuhl für Kriegsgeschichte, o. D. [1920], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 22.

53 *Delbrück*, Weltgeschichte.

Entwicklungen anzustoßen.[54] Ab 1912 hielt Delbrück gemeinsam mit Hobohm Übungen zur Strategiegeschichte und zu Clausewitz' »Vom Kriege« ab. Ansonsten begegnen Semester um Semester einzelne Schlachten und ganze Feldzüge von den Perserkriegen des 5. Jahrhunderts vor Christus bis in die eigene Gegenwart.[55] Gegenüber Erich von Falkenhayn, dem er als Rektor des akademischen Jahres 1914/15 zur Ehrenpromotion verholfen hatte[56], bekannte Delbrück Anfang 1916 zwar Bedenken, in »die Gegenwart, die noch nicht abgeschlossen ist« auszugreifen, kam aber doch zu dem Schluss:

»[Vieles; d. Vf.] z. B. der Unterschied zwischen dem, was die Theorie vor 1914 erwartet hat, und dem, was eingetreten ist, liegt doch schon offen zu Tage, und schließlich lässt ja auch Vater Homer den Sänger Demodokos die Taten seines Helden besingen, noch ehe dieser nach Ithaka heimgekehrt ist«.[57]

Den Schwerpunkt seiner Forschungen bildeten jedoch die Kriege des 16. bis 18. Jahrhunderts. In Vorlesungen wie im Seminar wurde über Epochengrenzen hinweg vergleichend gearbeitet. Diese Diskussionen fanden ihren Niederschlag auch in den »Preußischen Jahrbüchern«.[58] Manche Seminarteilnehmer, zu denen beileibe nicht nur Geschichtsstudenten, sondern auch Offiziere wie Ernst Buchfinck zählten, verkehrten auch jenseits der Seminarrunden in Delbrücks Haus.[59] Die Vorlesungen wurden zu einem bildungsbürgerlichen Ereignis und von einem breiten Personenkreis besucht, der über die Historikerstudentenschaft weit hinauswies.[60]

54 Zum Krieg als Kulturfaktor vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 78, Bl. 200.

55 Diese Schlussfolgerung ergibt sich aus vor allem aus den verstreuten Angaben Lina Delbrücks zur Lehrtätigkeit ihres Mannes, vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 106; Ebd., Bl. 133; Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 16; Ebd., Bl. 91; Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 8 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/72, Bl. 4; Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 5; Ebd., Bl. 153; Ernst Buchfink an Lina Delbrück, o. D., ms. Abschrift, in: Ebd., Bl. 174; Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 5; Ebd., Bl. 134; Hans Delbrück an Erich von Falkenhayn, o. D. [14.01.1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 29–30;

56 Hans Delbrück an Max Lenz, 07.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 13–15; Freitag, 25. Juli 1915, in: *Epkenhans*, Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg, S. 185 f.

57 Hans Delbrück an Erich von Falkenhayn, o. D. [14.01.1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 29–30.

58 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 01.08.1898, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 2 f.

59 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, S. 4–6; Buchfink an Lina Delbrück, o. D., in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 174.

60 Ignaz Jastrow an Delbrück, 03.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jastrow, Ignaz, Bl. 5–6.

Von 82 Dissertationen und anderen von Delbrück angeregten Hochschulschriften trägt allein die Hälfte das Wort »Schlacht« im Namen, andere beziehen sich auf weniger explizit benannte Gefechte, auf die Geschichte des Söldnerwesens und die »Kriegsverfassung« historischer Staatswesen oder auf Feldherren aller Epochen.[61] Frauen fanden sich im Verfasserkreis dieser Schriften nicht, wie Delbrück überhaupt an der Universität als dem ›männlichen‹ Soziotop hing, mit dem er aufgewachsen war. Grundlage seiner Lehre war das Paradigma des unauflöslichen Wechselverhältnisses von »Kriegsverfassung« und politischer Verfassung eines Gemeinwesens,[62] das in seinen Grundzügen bereits Delbrücks Gedankenwelt als Kriegsteilnehmer 1870/71 geprägt hatte. Dieses Paradigma war auch das einigende Band jener, die sich seine Schüler nannten und sich gern als verschworene Gemeinschaft inmitten hartnäckiger Gegner begriffen.[63] Diese Gemeinschaft hat Delbrück geteilt und 1911 gegenüber Friedrich Meinecke als dem Herausgeber der »Historischen Zeitschrift« ebendort erhobene Plagiatsvorwürfe gegen Emil Daniels mit der scharfen Klage erwidert, dass »alles was mit mir zusammenhängt, mit Vorliebe bekämpft und verfolgt werde«.[64] In der Fakultät setzte Delbrück die Annahme einer Dissertation aus seinem Schülerkreis mit der Drohung durch, widrigenfalls das Kultusministerium in den Konflikt hineinzuziehen und dort die Bestreikung weiterer seminarischen Lehre in Aussicht zu stellen.[65] »Strategische Räsonnements«, wie Delbrück sie damals seinen fakultätsinternen Opponenten unterstellte[66], hat er freilich selbst genauso gepflegt, um seiner ›Schule‹ Auftrieb zu geben, indem er zum Beispiel im Frühjahr 1912 hartnäckig auf Hermann Oncken einwirkte, in Gießen Gutwetter für eine zugleich althistorische und mediävistische Habilitation seines Schülers Francis Smith zu machen.[67]

Die steilen Hierarchien in der deutschen Wissenschaftslandschaft und ihre Folgen für wissenschaftliche Lebensläufe und Wissensproduktion sind bereits im 19. Jahrhundert problematisiert worden.[68] In eineinhalb Jahrzehnten als ein

61 Verzeichnis der auf meine Anregung unternommenen oder aus meinem Seminar hervorgegangenen Dissertationen oder sonstigen historischen Erscheinungen, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 22.

62 Vgl. im Besonderen Hans Delbrück: König Servius Tullius und das römische Wahlrecht, in: PJ 131 (1908) 1, S. 87–102 und Hans Delbrück: In Wehr und Waffen, in: PJ 142 (1910) 2, S. 266–304.

63 *Daniels/Lehmann/Roloff*, Vorwort; Peter Rassow: Hans Delbrück als Lehrer. Zu seinem 70. Geburtstag, 11.11.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 3, Bl. 16–20.

64 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 144 f.

65 Hans Delbrück an Gustav Roloff, 08.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Roloff, Gustav, Bl. 3–4; Streitgegenstand war die von Eduard Meyer betriebene Ablehnung der Dissertation Gottfried Zinns über die Schlacht bei Salamis, vgl. *Zinn*, Die Schlacht bei Salamis.

66 Hans Delbrück an Gustav Roloff, 08.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Roloff, Gustav, Bl. 3–4.

67 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 145.

68 *Schultheis*, Un inconscient universitaire fait homme, S. 59 f.

um sein Auskommen ringender, für seine Arbeit nur teilweise entlohnter Privatdozent, Außerordentlicher Professor und Bittsteller auf Althoffs Türschwelle hatte Delbrück sie durchaus am eigenen Leib erfahren.[69] Doch wie viele andere hat er sie nach dem Eintritt in das Ordinariat rückwirkend als naturgegebene, irdische Unvollkommenheit rationalisiert. Den 1907 in Salzburg abgehaltenen ersten deutschen Hochschullehrertag, auf dem strukturelle Probleme des Wissenschaftsbetriebs zur Diskussion gestellt werden sollten, hat er mit so harten Bandagen bekämpft, dass mancherorts spekuliert wurde, das ganze Unternehmen könnte durch seine Kampagne zum Scheitern gebracht werden. Die Befürworter der Organisation diffamierte Delbrück als ein Sammelbecken wissenschaftlich fragwürdiger Gestalten und akademisch gescheiterter Existenzen, die sich zu Unrecht um die ihnen angemessene Stellung im Hochschulbetrieb betrogen fühlten. Wer nur mit »der genügenden Kraft für das Leben ausgestattet« sei, der käme auch ohne eine »Professoren-Gewerkschaft« an der Universität zu seinem Recht.[70] Als Martin Hobohm seinen Lehrer in außergewöhnlicher Offenheit mit den Belastungen konfrontierte, die in den akademischen Abhängigkeitsverhältnissen lagen, begegnete Delbrück dem weitgehend verständnislos.[71]

Über Delbrücks Rolle als Abgeordneter sowohl im Preußischen Abgeordnetenhaus (1882–1885) als auch im Reichstag (1885–1890) ist bisher wenig bekannt.[72] Seine Mandate verwaltete Delbrück ausgesprochen unspektakulär. Immer wieder erklärte er später, er hätte

»seine parlamentarische Tätigkeit niemals eigentlich als Selbstzweck betrachtet, sondern in erster Linie als ein Mittel, politische Anschauung zu gewinnen für meine Arbeit in der Geschichtswissenschaft.«[73]

Auch in Bezug auf die im Parlament zu erschließenden nützlichen Informationsquellen für die publizistische Arbeit hat er sein Mandat als ein Mittel zum Zweck charakterisiert.[74] Er kandidierte jeweils für die Reichs- und Freikonservative Partei, deren eingetragenes Mitglied er auch wurde, als 1907 mit der Gründung

69 Vgl. etwa Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 20.01.1887, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 59–60; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 20.03.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 8.

70 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 145–147.

71 Hans Delbrück an Martin Hobohm, 10.03.1920; Martin Hobohm an Hans Delbrück, 19.10.1920; Hans Delbrück an Martin Hobohm, 26.10.1920, in: BArch Koblenz, N 1017/31; Martin Hobohm an Hans Delbrück, 27.10.1920; Hans Delbrück an Martin Hobohm, 08.11.1920, in: BArch Koblenz, N 1017/31. Vgl. auch *Klein*, Hans Delbrücks ›unbekannte Schüler‹.

72 Vgl. demnächst *Geppert*, Hans Delbrück als Parlamentarier.

73 Hans Delbrück an Felix Rachfahl, 19.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 75; vgl. auch *Hobohm*, Hans Delbrück, der Siebzigjährige, Berlin 1918, S. 17.

74 Hans Delbrück an Georg Reimer, 27.02.1885, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 38–39.

eines »Wahlvereins« erstmals eine offizielle Parteistruktur etabliert wurde.[75] Zumindest für die Jahre 1908 bis 1911 hatte er sich auch mit regelmäßigen Beiträgen von 25 Mark für den Wahlvereinsfond der Partei verwendet.[76] Gelegentlich an ihn herangetragenen Bitten, noch einmal als Kandidat zur Verfügung zu stehen, hat er sich jedoch entzogen.[77]

Als Vertreter des Wahlkreises Stralsund I, der mit der Insel Rügen seinen Geburtsort Bergen umfasste, hat Delbrück sich ausweislich der Reichstagsprotokolle gerade einmal an vier Tagen im Plenum geäußert. Am 25. Mai 1886 zur Branntweinbesteuerung, am 25. April 1887 zum Nachtragsetat zur Deckung der Heeresvorlage, am 14. Dezember 1887 in einer Beratung über die Änderung der Getreidezölle und am 21. März 1889 hinsichtlich der Einrichtung des Oberkommandos der Marine. Nachweisen lässt sich außerdem Mitarbeit in den Kommissionen zur Vorbereitung der Gesetzesvorlage über das Branntweinmonopol und der Heeresvorlage von 1887.[78] Am umfangreichsten ist Delbrücks Wiederwahl in Stralsund bei den Reichstagswahlen vom 21. Februar 1887 dokumentiert, da ihr hartnäckige Auseinandersetzungen vorausgegangen waren.[79] Die Stralsunder Honoratioren um Kommerzienrat Carl Becker und den ehemaligen Regierungspräsidenten und Erbjägermeister des Fürstentums Rügen Graf Carl von Krassow bedrängten Delbrück, die Kandidatur zu ergreifen und stellten eine sichere Wiederwahl in Aussicht, wenn er antrete. Doch verlangten sie eine verbindliche Abmachung darüber, dass ihr Wunschkandidat das Amt bis zum Ende

75 *Alexander*, Die Freikonservative Partei, S. 319.

76 Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 25.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto von, Bl. 38; Hans Delbrück an den Auschuss des Wahlvereins der Reichs- und Freikonservativen Partei, 26.02.[1914], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 30, Bl. 38 f.; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 28.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto von, Bl. 39.

77 *Hobohm*, Hans Delbrück, der Siebzigjährige, S. 17.

78 Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 3, Von der 66. Sitzung am 13. März 1886 bis zur 95. (Schluß-) Sitzung am 26. Juni 1886, Berlin 1886, 93. Sitzung, Dienstag den 25. Mai 1886, S. 2143–246; Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, I. Session, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 3. März 1887 bis zur 28. Sitzung am 12. Mai 1887, Berlin 1887, 20. Sitzung, Montag den 25. April 1887, S. 358 f.; Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 24. November 1887 bis zur 28. Sitzung am 3. Februar 1887, Berlin 1888, 11. Sitzung, Mittwoch den 14. Dezember 1887, S. 218–220., S. 229–232; Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, IV. Session, Bd. 2, Von der 29. Sitzung am 29. Januar 1889 bis zur 54. Sitzung am 6. April 1889, Berlin 1889, 44. Sitzung, Donnerstag den 21. März 1889, S. 1007–1011.

79 Zu Delbrücks erster Kandidatur 1884 vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 15.10.1884, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 87 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 16.10.1884, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 88 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.10.1884, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 89; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 16.10.1884, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 89 f.

der Legislaturperiode versehe, um eine Nachwahl unter womöglich ungünstigen Umständen auszuschließen.[80]

Nachdem Delbrück bereits 1885 mit Rücksicht auf seine akademische Karriere aus dem Abgeordnetenhaus ausgeschieden war[81], versuchte er beim Kultusministerium Sicherheiten zu dafür auszuhandeln, dass sein Mandat nicht das Fortschreiten seiner akademischen Karriere hemmen würde. Sehr konkret suchte der nach wie vor unbesoldete Extraordinarius darum nach, bereits vor der Wahl in eine vom Ministerium für eine vage Zukunft in Aussicht gestellte Renumeration einzurücken. Er wollte die Gewähr, dass das nächste zu erledigende geschichtswissenschaftliche Ordinariat in Berlin erst nach Ablauf der Legislaturperiode vergeben werden würde. Obwohl Delbrücks Kandidatur recht explizit als Mittel der Wahl vorgestellt wurde, den Wahlkreis Stralsund I für die Kartellparteien und damit für die Regierung zu sichern, hielt der Minister Gustav von Goßler daran fest, die von Delbrück geforderten Zusicherungen als unzulässige Wahlbeeinflussung abzulehnen. Letzten Endes überredeten Harnack und Althoff Delbrück zur Annahme der Kandidatur ohne ministerielle Sicherheiten, nachdem Althoff Delbrücks Vertrauen mit der Versicherung gewonnen hatte, welchen Eindruck seine jüngste Arbeit über die Perser- und Burgunderkriege beim Minister machen würde. In der Folge bereiste Delbrück den Wahlkreis und sprach über die Militärvorlage ebenso wie über die soziale Lage der Handwerker, so wie es der inklusiven Taktik des Wahlkomitees entsprach. Delbrück wurde im ersten Wahlgang gewählt und trug so seinen Teil dazu bei, dass die Freikonservativen die Zahl ihrer Sitze im Reichstag von 28 auf 43 ausbauten und als Teil des Bismarck'schen Wahlkartells das nächste Septenat im Militärbudget sicherten.[82]

Wer Delbrücks Rolle und Wirken als politischer Intellektueller im Deutschen Kaiserreich näher betrachtet, muss zu dem Schluss kommen, dass er auch hinsichtlich seiner eigenen Parlamentarierlaufbahn die Wahrheit gesagt hat, wenn

80 Carl Becker an Hans Delbrück, 15.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Karl von Krassow an Hans Delbrück, 18.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Carl Becker an Hans Delbrück, 19.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Karl von Krassow, 27.01.1886 [sic!], in: BArch Koblenz, N 1017/62.

81 Max Lenz an Hans Delbrück, 11.11.1885, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Bl. 20–21.

82 Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 20.01.1887, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 59–60; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 20.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 22.01.1887, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 62–63; Friedrich Althoff an Hans Delbrück, 22.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Friedrich Althoff an Hans Delbrück, 23.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 24.01.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 09.02.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 22.02.1887, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F., T., Nr. 699, Bl. 64–65; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 22.02.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Friedrich Althoff an Hans Delbrück, 24.02.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 26.02.1887, in: BArch Koblenz, N 1017/62; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 20.03.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 8.

er sie als in jeder Hinsicht nachrangig gegenüber seiner akademischen Karriere beschrieb. Er kritisierte zwar diverse Facetten des Parlamentarismus, hat aber dessen Daseinsberechtigung und Zweckmäßigkeit in Preußen und im Reich, inklusive des relativ liberalen Reichstagswahlrechts, nie in Zweifel gezogen. Vielmehr hat er das Parlament als eigenständige Größe in der deutschen Politik akzeptiert. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Mandat ist Delbrück durch Vertraute wie seinen Vetter Clemens tagesaktuell – teils aus laufenden Sitzungen heraus – über die Entscheidungsabläufe im Reichstag auf dem Laufenden gehalten worden.[83] Doch war es ihm nicht die Herzkammer der politischen Ordnung, sondern eine Bühne unter mehreren, ein Forum vor allem für letztlich unaufhebbare und der Ausbalancierung bedürftige Partikularinteressen, noch dazu eines von überschaubarem intellektuellen Niveau, derweil der idealerweise über den Parteien schwebende »geistige Adel« der »Gebildeten« sich andere Kanäle wählte, um auf die politischen Entwicklungen einzuwirken.

Am 15. August 1884 heiratete Delbrück Lina Thiersch und nahm mit ihr Wohnung in der Wichmannstraße nahe des Zoologischen Gartens, nachdem er seit 1879 in einer als »die Republik« firmierenden Wohngemeinschaft mit seiner Mutter und seinen unverheirateten Geschwistern in der Schellingstraße gelebt hatte; trotz der stets bemängelten Einkommenssituation übrigens mit Dienstpersonal.[84] Das Ehepaar Delbrück zog über die Jahre mehrfach innerhalb von Berlin um und lebte schließlich ab 1907 in einer Villa in Grunewald, in der Kunz Buntschuhstraße 4. Bis dahin hatte Lina Delbrück zwischen 1890 und 1906 drei Söhne und vier Töchter geboren. Im Grunewald waren Linas Schwester Amalie und deren Mann, Adolf von Harnack, Nachbarn der Delbrücks. Diesem Umstand ist es geschuldet, dass die enge und konstante Freundschaft mit Harnack, die auch in der polarisierenden Stimmung des Weltkriegs ungetrübt blieb, kaum in Briefquellen überliefert ist. Jahrzehntelang kamen die beiden Ehepaare zumindest an jedem Sonntag zusammen und diskutierten über Wissenschaft und Politik, nicht zuletzt auch über Delbrücks Entwürfe für die »Politische Correspondenz« in den »Jahrbüchern«, die durch Harnack zu mancher versöhnlicheren Formulierung gebracht worden sind.[85] Reisen führten die Eheleute teils gemeinsam, oft aber auch unabhängig voneinander, vor allem ins Seebad Heringsdorf auf Usedom sowie immer wieder in die Schweiz und nach Tirol. Den getrennt unternommenen Urlauben ebenso wie den Kuraufenthalten in Schierke im Harz und Bad Gastein in den Hohen Tauern verdankt die Forschung die Existenz der

83 Clemens Delbrück an Hans Delbrück, 29.05.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Clemens, Bl. 8–10; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 03.05.1893, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 144.

84 Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 106f; Lina Delbrück: Familiäre Ereignisse, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/79, S. 1–9;

85 *Lehmann*, »Über vierzig Jahre kamen sie Sonntag für Sonntag, mit ihren Frauen, zusammen«, S. 72.

Briefe zwischen den Ehepartnern, die in maschinengeschriebener Abschrift erhalten geblieben sind und Einblick in die persönliche Gefühlswelt ebenso gewähren wie in den Charakter von Orten wie Gastein als Treffpunkten der preußischen und deutschen Eliten. Die längste, gemeinsam unternommene Reise führte 1911 über Griechenland nach Ägypten.[86]

Lina Delbrück hat ihren Mann in einem Exkurs ihres Lebensbildes für die gemeinsamen Kinder als Protestanten durch und durch gezeichnet. Doch bleibt sein persönlicher Glaube in der Flut seiner Hinterlassenschaften schwer fassbar. Delbrücks Protestantismus war an den Zeitumständen gemessen ein liberaler, auch wenn er etwa Ehescheidungen ablehnte.[87] Sein Antiklerikalismus galt nicht nur der katholischen, sondern auch der evangelischen Orthodoxie. Diesen Antiklerikalismus hat er schon aus Anlass seiner Teilnahme am Protestantentag 1869 unterstrichen.[88] Er nahm den theologischen Begriff vom allgemeinen Priestertum ausdrücklich für sich in Anspruch ebenso wie Recht und Befähigung, als Laie in theologischen Fragen zu urteilen.[89] Regelmäßiger Kirchgänger war er denn auch nicht, sondern bevorzugte häusliche Bibellektüre. Die religiöse Erziehung der Kinder lag vornehmlich in der Hand Lina Delbrücks.[90] Dennoch schätzte er die protestantische Kirche als Institution und nahm etwa im Streit um das sogenannte »Irrlehregesetz« von 1910 mit Adolf von Harnack und Ferdinand Jakob Schmidt einen mittleren Standpunkt ein. Das Gesetz in seiner vorliegenden Form lehnten sie ab und sahen in dem damit eingesetzten Spruchkolleg ein Instrument des orthodoxen Oberkirchenrats, das jede kirchliche Entwicklung zu hemmen zu drohte. Wohl begehrten sie eine Kirche, die Mittel und Wege hätte, sich »Kryptokatholiken, Zungenredner und Wundertäter«[91] zu entledigen. Doch sollten diese Exklusionsmechanismen nicht von einer konservativen Kirchenhierarchie bedient werden, sondern »unparteiisch« sein.[92]

86 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 70–79.

87 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: Ebd., Bl. 5–10

88 Hans Delbrück an Hans Dorn, 20.09.1869, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 8–11.

89 Hans Delbrück an Max Lenz, 11.03.1911, in: ArchBBAW, Nl. Max Lenz, Nr. 235.

90 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 5–10; vgl. auch Hans Delbrück an Lina Delbrück, 01.03.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], BArch Koblenz, N 1017/77, S. 52 f.

91 Hans Delbrück an Wilhelm Herrmann, 17.03.1911, ms. Abschrift in BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 32 f.

92 Max Lenz an Hans Delbrück, 10.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe II, Bl. 39; Hans Delbrück an Max Lenz, 11.03.1911, in: ArchBBAW, Nl. Max Lenz, Nr. 235; Max Lenz an Hans Delbrück, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe II, Bl. 40–47; Hans Delbrück an Wilhelm Herrmann, 15.03.1911, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 9 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 30 f.: Wilhelm Herrmann an Hans Delbrück, 17.03.1911, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 31 f.; Hans Delbrück an Wilhelm Herrmann, 17.93.1911, ms. Abschrift in: Ebd. Bl. 32 f.

Der Student Delbrück hatte 1869 der Religion höchste Bedeutung für die »politische Entwicklung der Masse« zugesprochen[93] und auch später sind Hegel und Ranke für seine Weltanschauung wichtiger gewesen als irgendeine religiöse Botschaft. In Delbrücks »Weltgeschichte« ist die Geschichte des Judentums im Wesentlichen eine Geschichte der religiösen Verknöcherung durch strikte Abschottung nach außen und unmäßige Regulation im Innern. Eine Verknöcherung, deren Überwindung ein Christus verspricht, der in seiner Abgelöstheit vom Leben Jesu unverkennbar an den Hegel'schen Weltgeist erinnert.[94]

1880, als Delbrück mit dem Gedanken vom Monte Cassino herabstieg, dass das Kloster des Heiligen Benedikt älter und womöglich dauerhafter war als alle Reiche Europas,[95] schrieb er einen essayistischen Artikel für die Augsburger Allgemeine Zeitung, der seinen national gefärbten Kulturprotestantismus herausstellt. Nach Delbrücks Dafürhalten hatten weniger Luther und die Reformatoren des 16. Jahrhunderts der katholischen Kirche den Rücken gekehrt, sondern diese hatte die »geistigen Kräfte des modernen Protestantismus«, die zumindest im mittelalterlichen Deutschland in ihr präsent gewesen waren, ausgeschieden. Darum durfte das protestantische Deutschland den Abschluss der Bauarbeiten am Kölner Dom feiern, der wie die übrigen Schätze gotischer Baukunst Schöpfung eben jener »geistigen Kräfte« war und ihm darum nicht minder zu eigen als der katholischen Kirche. Das war im Wesentlichen eine auf den tagespolitischen Bedarf hin gewendete Aktualisierung von Rankes Urteil über die Gotik, und die nationalreligiös bewegte Anlehnung an Rankes Diktum von der romanisch-germanischen Synthese spiegelt sich auch noch in den allerletzten Lebensäußerungen Delbrücks. Im Sterben liegend ließ er sich zuletzt von Lina Delbrück Emmanuel Geibels Gedicht »Der Tod des Tiberius« vorlesen, in dem die translatio imperii und die Christianisierung Europas prophetisch verkörpert werden im germanischen Soldaten, der im Palasthof das vom Kaiser in Agonie fortgeschleuderte Zepter aufnimmt und dabei über die Erinnerung an seine Wache unter dem Kreuz Christi nachsinnt.[96]

Neun Monate vor seinem engsten Freund Adolf von Harnack starb Hans Delbrück am 14. August 1929 in Berlin.

vgl. auch Ferdinand Jakob Schmidt: Das erste Spruchkollegium, in: PJ 145 (1911) 1, S. 173–178; für Delbrücks Übereinstimmung mit Schmidt vgl. BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 34. Zu Harnacks Rolle im »Fall Jatho« vgl. *Nottmeier*, Adolf von Harnack und die deutsche Politik, S. 282–284.

93 Hans Delbrück an Hans Dorn, 20.09.1869, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Dorn, Bl. 8–11.

94 *Delbrück*, Weltgeschichte, Bd. 2, S. 5–7.

95 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 14.04.1880, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 70–73.

96 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 5–10; *Geibel*, Der Tod des Tiberius. Zur romanisch-germanischen Synthese als Strukturelement der Antikenrezeption im Deutschen Kaiserreich vgl. auch *Klein*, Antikenrezeption in der »Weltpolitik« des Deutschen Kaiserreichs, S. 114.

2. Die »Preußischen Jahrbücher«

Am 28. November 1906 hat Hans Delbrück in einem Gutachten für die Berliner Universitätsbibliothek über die geschichtswissenschaftliche Nachnutzung von Tageszeitungen diese Mediengattung zusammen mit Zeitschriften und chronologischen Referenzwerken auf eine Stufe mit Archivmaterial, Briefen, Memoiren und Parlamentsprotokollen gestellt.[97] Auch seine eigene herausragende Bedeutung als politischer Intellektueller im Deutschen Kaiserreich beruhte ganz wesentlich auf seiner Position als ungemein produktiver Medienakteur. Das wichtigste Medium seines politischen Wirkens waren zweifellos die »Preußischen Jahrbücher«. »Absoluter Herr«[98] über die »Blauen Hefte« war Delbrück 30 Jahre lang und hat währenddessen knapp 800 Beiträge unterschiedlichsten Umfangs aus eigener Feder in ihren Seiten veröffentlicht.[99]

Eine erste kurzlebige Zeitschrift hatte Delbrück bereits 1882 gegründet, die unter dem Titel »Politische Wochenschrift« im Verlag von Hermann Walther erschien und für einen starken monarchischen Staat, liberale Gesellschaftspolitik und progressive Sozialpolitik eintreten sollte.[100] Mit dem »Staatsarchiv« und dem »Europäischen Geschichtskalender« gab Delbrück zudem zeitweise zwei periodische zeitgeschichtliche Nachschlagewerke heraus. Beide waren jeweils 1861 von liberalen Publizisten und Politikern begründet worden. Das »Staatsarchiv« hob Delbrücks späterer Bonner Lehrer Karl Ludwig Aegidi aus der Taufe, den »Europäischen Geschichtskalender« der Schweizer Heinrich Schultheß. Die Redaktion des »Staatsarchivs« übernahm Delbrück 1878, die des »Geschichtskalenders« neun Jahre später von seinem Bruder Ernst. Beide Herausgeberschaften gemeinsam übergab er wiederum 1891 an seinen Schüler Gustav Roloff.[101]

97 Hans Delbrück: Gutachten, 28.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 2.

98 Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 18.07.1927, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bl. 4.

99 Die Bandbreite des Umfangs von Delbrücks eigenen Veröffentlichungen reichte von der abschätzigen vierzeiligen »Besprechung« einer pädagogischen Schrift bis zu einer 110 Seiten starken programmatischen militärhistorischen Artikelserie im Rahmen des Strategiestreits, vgl. Hans Delbrück: Aloys Fischer, Der Einheitsgedanke in der Schulorganisation, in: PJ 158 (1914) 2, S. 317; Hans Delbrück: Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrichs des Großen I, in: PJ 64 (1889) 3, S. 258–307; Ders.: Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrichs des Großen II, in: PJ 64 (1889) 4, S. 450–486; Ders.: Die Strategie des Perikles erläutert durch die Strategie Friedrichs des Großen III, in: PJ 64 (1889) 4, S. 503–528.

100 Das Programm der »Politischen Wochenschrift«, in: Pol. Wochenschrift, Nr. 2, März 1882, zit. nach *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 157; vgl. auch *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 39.

101 Hans Delbrück: Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Das Staatsarchiv, in: PJ 80 (1895) 2, S. 376–377; *Rebenich*, C. H. Beck, S. 189–194.

Speziell der »Geschichtskalender« galt unter Zeitgenossen als »unersetzliches Hilfsmittel« für Historiker, Politiker und Publizisten.[102] Nach dem Vorbild englischer Referenzwerke wie dem »Annual Register« und dem »Annuaire« der »Revue des Deux Monde« bot der Geschichtskalender wohlstrukturierte Überblicke über das politische Zeitgeschehen des jeweils abgelaufenen Jahres. Speziell der umfangreiche Abdruck amtlichen Aktenmaterials versprach dem Zeitgeist des Historismus entsprechend Objektivität. Nichtsdestotrotz war die nationalliberale Färbung der Darstellung, gerade in Bezug auf die Außenbeziehungen des Deutschen Reiches nach 1870 unverkennbar. Insofern trug der »Geschichtskalender« auch unter Delbrücks und Roloffs Herausgeberschaft zur Kanonisierung des »borussischen« Geschichtsbildes im Bildungs-, Wirtschafts- und Kleinbürgertum bei.[103] Auch in der Tagespresse des Kaiserreichs hat Delbrück sich ein ums andere Mal positioniert, vor allem im »Tag«. Nach der das Layout prägenden Farbe, nicht nach seiner politischen Linie, »der rote Tag« genannt, erschien diese illustrierte Tageszeitung seit 1900 im August Scherl Verlag, ging 1913 an den Deutschen Verlagsverein und schließlich 1916 in Alfred Hugenbergs nationalkonservative Mediengruppe über. Bis dahin hatte sein Motto »Keiner Partei dienstbar, Freies Wort jeder Partei« durchaus eine Berechtigung, der »Tag« war als Ausnahme in der stark parteipolitisch fragmentierten Presse des Kaiserreichs mehr Forum als Sprachrohr und hat manchen publizistischen Wortwechsel tagesaktueller Debatten in seinen Spalten abgedruckt.[104]

Die »Preußischen Jahrbücher« waren von liberalen Kreisen um Max Duncker, Theodor Mommsen und Rudolf Haym 1857 unter der Herausgeberschaft des letzteren gegründet worden. In Preußen verankert und von der Geschichte als Leitwissenschaft der Zeit[105] geprägt, waren sie von Beginn an auf das Ziel eines deutschen Nationalstaats ausgerichtet, als dessen Grundprinzipien Durchsetzung und Sicherung von Menschen- und Bürgerrechten sowie des parlamentarischen Systems im Zusammenspiel verantwortungsvoll agierender Regierender und politisch gebildeter Bürger vertreten wurden.[106] Zunächst ein analytisch-intellektuelles Presseorgan entwickelten sich die »Jahrbücher« in der kurzlebigen »Neuen Ära« nach der Regentschaftsübernahme durch Wilhelm I. 1858 schnell zum Sprachrohr der Altliberalen Partei und gerieten in Folge dessen mehrfach

102 Ernst Reimer an Hans Delbrück, 03.05.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 19–20.

103 *Rebenich*, C. H. Beck, S. 190–192.

104 Vgl. *Foster*, The Press of the Weimar Republik and its reputation in German Literature. Eine Studie zum »*Tag*« in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs fehlt. In der Weimarer Republik hat Delbrück sogar in erster Linie durch Artikel in der Tagespresse gewirkt, speziell in Theodor Wolffs linksliberalem »Berliner Tageblatt«, später vermehrt in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« sowie dem »Neuen Wiener Tageblatt«, vgl. *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 41 f.

105 *Hübinger*, Geschichte als leitende Orientierungswissenschaft im 19. Jahrhundert.

106 *Haas*, Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung, S. 427.

in Konflikt mit dem Presseregiment des preußischen Staates. Die Zäsur, welche die 1860er Jahre dem deutschen Liberalismus brachten, nahm auch die »Jahrbücher« nicht aus. Ohne von Kritik an Bismarcks Verfassungsbruch abzusehen, zogen sie doch die Staats- der Verfassungstreue vor und setzten während der nun in rascher Folge eintretenden Kriege im Bundesgebiet auf den preußischen Staat als Garanten der Nationalstaatsgründung.[107]

So nahmen sie im Wesentlichen die Haltung der 1866 gegründeten Nationalliberalen Partei ein, jedoch ohne sich damals oder später ausdrücklich parteipolitisch zu bekennen.[108] Unter dem neuen Herausgeberduo aus Wilhelm Wehrpfennig (ab 1864) und Heinrich von Treitschke (ab 1866) nahmen die »Jahrbücher« nun entschieden eine »politisch-praktische Ausrichtung« an.[109] Vor allem Treitschke selbst griff mit appellativen außen- und bundespolitischen Programmschriften in die Tagespolitik ein[110] und immer wieder betonten die »Jahrbücher« nun die Einheit von Monarchie, Nation, Armee und Bürgertum,[111] die später zum zentralen ideengeschichtlichen Repertoire des Kaiserreichs gehören sollte. Von nun an und endgültig seit der Reichsgründung 1871 verstanden sich die »Jahrbücher« als ein staatstragendes Medium. Obwohl der langjährige Hauptverantwortliche für die Behandlung außenpolitischer Themen, Max Duncker, zeitweise auch dem Literarischen Büro des preußischen Staatsministeriums vorstand, wäre es verkürzend, die »Jahrbücher« als Regierungssprachrohr zu charakterisieren.[112] Dass die »Jahrbücher« 1870 auf einen Fingerzeig aus Versailles hin gegen den antipreußischen Ministerpräsidenten von Hessen-Darmstadt, Reinhardt von Dalwigk, anschrieben und Bismarck höchstpersönlich mit einem anonymen Beitrag zum Bedarf einer deutschen Flotte unter den Autoren des Jahres 1871 vertreten war, blieben Einzelfälle.[113] Eine systematische Beeinflussung ihrer Inhalte durch Hof oder Staatsministerium lässt sich ebenso wenig nachweisen wie konkrete Einwirkung auf ihre materiellen Arbeitsgrundlagen.[114]

Hans Delbrück ist erstmals 1876 mit einem zweiteiligen Aufsatz über »Whigs und Tories« als Mitarbeiter der »Jahrbücher« in Erscheinung getreten, der vermutlich während eines Aufenthaltes mit den kronprinzlichen Kindern im englischen Seebad St.-Leonards-on-the-Sea entstanden war und den Einlassungen Rankes und Macaulays zum englischen Parteiensystem die Interpretation hinzufügte, dass die englische Politik gänzlich in den Händen der landbesitzenden ›Gentry‹ lag, während sowohl die breiteren Volkskreise als auch die Monarchie als Teilhaber respektive formale Garanten des Gemeinwohls keinen praktischen

107 Ebd., S. 259–261.
108 Ebd., S. 345–347.
109 *Rosin*, Rez.: Sebastian Haas.
110 *Haas*, Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung, S. 435.
111 Ebd., S. 424.
112 Ebd., S. 428.
113 Ebd., S. 424 f.
114 Ebd., S. 436 f.

Einfluss besaßen.[115] Auf Vermittlung Max Lehmanns trat Delbrück 1883 zur Unterstützung des seit dem Ausscheiden Wilhelm Wehrpfennings 1879 als Alleinherausgeber amtierenden Heinrich von Treitschke in die Redaktion ein.[116] Übrigens gänzlich unbeleckt von der Entstehungsgeschichte der »Jahrbücher«, wie er Jahre später in der Besprechung von Rudolf Hayms posthum veröffentlichten Lebenserinnerungen 1902 angab.[117] In dieser Hinsicht war Delbrück ganz Vertreter seiner Zeit. Für die große Mehrheit der zeitgenössischen Rezipienten und gerade auch für solche, bei denen Delbrücks Presseinterventionen Widerwillen und Feindseligkeit hervorriefen, lag die Zeitschrift ganz im Schatten der beherrschenden Figur Heinrich von Treitschkes. Dessen eigene liberale Vergangenheit fiel dabei unter den Tisch und an die Wurzeln der »Jahrbücher« im nachmärzlichen Liberalismus erinnerte sich kaum noch jemand.[118] Delbrück bezog fortan ein fixes Jahresgehalt von 3000 Mark und erhielt ein Budget von 2700 Mark pro Band zu seiner Verfügung, das bei wachsenden Absatzzahlen in Schritten von je 300 M pro 100 hinzugewonnene Abonnenten steigen sollte.[119]

Während der Jahre der gemeinsamen Herausgeberschaft hat Treitschke denn auch vor allem seinen klingenden Namen beigesteuert, während Delbrück den größten Teil der redaktionellen Büroarbeit erledigte und innenpolitische Kom-

115 Hans Delbrück: Whigs und Tories I, in: PJ 38 (1876) 1, S. 31–54; Hans Delbrück: Whigs und Tories II, in: PJ 38 (1876) 3, S. 253–276. Lina Delbrück führt den Titel irrtümlicherweise zweimal auf, einmal fälschlich für das Jahr 1873 sowie korrekt für das Jahr 1876; vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 1 [unveröff. Manuskript], BArch Koblenz, N 1017/65, S. 130 f. sowie Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 9.

116 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 137.

117 Vgl. Hans Delbrück: Aus meinem Leben. Erinnerungen von Rudolf Haym. Aus dem Nachlaß herausgegeben, in: PJ 107 (1902) 2, S. 355–357. Aus der Gründungsphase der »Jahrbücher« ist im Nachlass Delbrück ein Briefwechsel Hayms mit dem schleswig-holsteinischen Diplomaten und Politiker Rudolf Schleiden erhalten, vgl. Rudolf Haym an Rudolf Schleiden, 10.12.1857, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, S. 9–10: Rudolf Haym an Rudolf Schleiden, 08.01.1858, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, S. 11–14. Weitere Beschäftigung mit der Geschichte der eigenen Zeitschrift lässt sich aber weder hier noch in der spärlichen Korrespondenz mit Haym (1887–1894) nachweisen. vom Bruch hat im Anschluss an Delbrück: Erinnerungen von Rudolf Haym eine neue Nähe der »Jahrbücher« zu Theodor Mommsen während der 1890er Jahre unterstrichen, vgl. *vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 427 f. Delbrück hat aber vermutlich eher Übereinstimmung statt »Berührungspunkte« gemeint; seine Korrespondenz (1895–1900) mit Mommsen umfasst bloß drei kurze Briefe und auch als Mitarbeiter der »Preußischen Jahrbücher« ist Mommsen nicht mehr in Erscheinung getreten.

118 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 26.02.[1902], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe I, Bl. 50–55. Nell stellte ihre eigene Abonnentenschaft in eine Linie mit derjenigen ihres Vaters, des Kölner Landgerichtspräsidenten Carl Philipp von Breunings (1808–1886), der als Abgeordneter in der Frankfurter Paulskirche der liberalen Fraktion des »Augsburger Hofs« angehört hatte.

119 Vertrag zwischen Georg Reimer und Hans Delbrück, 15.06.1883, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 72.

mentare schrieb.[120] Gemeinsam mit Constantin Rößler galt Treitschke auch Delbrück während der ersten Jahren der gemeinsamen Herausgeberschaft als das ökonomische Zugpferd der Zeitschrift.[121] Dieses Verhältnis wurde besonders in den innerredaktionellen Konflikten der 1880er Jahre deutlich, die mit beiderseitigen Rücktrittsdrohungen ausgefochten wurden. Eine solche Drohung Treitschkes rief den nunmehrigen Verleger Ernst Reimer im Sommer 1886 auf den Plan, als Treitschke und Delbrück über die Bewertung der bayerischen Politik nach dem Tod Ludwigs II. und die Rolle des Zentrums im Reich und in den Bundesländern aneinandergerieten.[122]

Die Rücktrittsdrohung ließ Reimer signifikante Verluste von Abonnenten befürchten, weswegen er seinerseits Delbrück zum Einlenken drängte und die strittige Delbrück'sche Korrespondenz für das Juliheft letztlich nicht gedruckt wurde. Tatsächlich hat es in der Folge bis einschließlich des Oktobers 1886 gar keine »Politische Correspondenz« aus Delbrücks Feder mehr gegeben. Dennoch stand fortan die Frage im Raum, wie gewichtig Treitschkes Wert für die »Jahrbücher« tatsächlich war und ob die internen Reibereien, die nicht nur zwischen Treitschke und Delbrück, sondern auch zwischen Treitschke und Rößler stattfanden, durch Treitschkes Prominenz aufgewogen wurden.[123] Bis einschließlich 1888 hat Treitschke jedoch noch stets die Oberhand behalten, derweil der doppelte Thronwechsel dieses Jahres die Gräben vertiefte. Während Delbrück den Regierungsantritt seines alten Dienstherren Friedrichs III. begrüßte und auf dessen Protektion für seine eigene Karriere hoffte, begegnete Treitschke dem neuen Kaiser und besonders dessen bekanntermaßen ebenso liberaler wie ambitionierter Gemahlin Victoria mit erheblichem Misstrauen. Tatsächlich vertraute er vielmehr auf den schlechten Gesundheitszustand des Kaisers, der nachhaltige politische Richtungswechsel, gar eine Entlassung Bismarcks, mit dem sich Treitschke in seiner Abneigung gegen die »englische Weiberpolitik« einig war, verhindern sollte.[124] Vor diesem Hintergrund griff Treitschke nun wieder mit Bestimmtheit in die Redaktionsarbeit ein und verfügte, dass an Delbrücks Statt Constantin Rößler die Thronbesteigung Friedrichs III. beleuchten sollte. Dieser erschien Treitschke zwar weniger zu Gunsten Friedrichs eingenommen,

120 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1888, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 71–75.

121 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 27.02.1885, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 38–39.

122 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 163 f.

123 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1888, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 71–75; zu den Konflikten zwischen Treitschke und Rößler vgl. Ernst Reimer an Hans Delbrück, 29.11.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 27–27; Constantin Rößler an Hans Delbrück, 04.04.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 9–11; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 29.04.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 61–62.

124 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 165–167.

hat ihn aber dennoch als zukunftsweisende Integrationsfigur gezeichnet, wobei der fragliche Beitrag wohl vor allem deswegen in gegebener Form veröffentlicht wurde, da Delbrück Treitschke die Druckfahnen diskret vorenthalten hatte.[125] Treitschkes Missbehagen an der von Delbrück gedeckten »Correspondenz« Rößlers im April und Mai 1888 entzündete sich an zweierlei. Zum einen teilte er Delbrücks und Rößlers Einschätzung über die Popularität der Kaiserin nicht, bezweifelte also die Wahrhaftigkeit der Veröffentlichungen, zum anderen beklagte er den in Aussicht stehenden Bruch mit hochgeschätzten Abonnentenkreisen, sorgte sich also um die Einheit von Zeitschrift und Lesepublikum als politischer ›Partei‹.[126]

Im weiteren Fortgang der Ereignisse war es im Sommer 1888 dann Delbrück, der seinen Rücktritt und eine einvernehmliche Trennung anbot.[127] Wie Hans Schleier schon 1967 spekulierte,[128] war der Streitgegenstand diesmal die »Correspondenz« Delbrücks für das Juliheft, die Friedrichs III. letzte politische Maßnahme, die Entlassung des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer behandelte.[129] Dieser stand für die kompromisslose Umsetzung der Sozialistengesetze und darüber hinaus auch für eine Strategie der verwaltungspolitischen Gängelung der linksliberalen Deutschen Freisinnigen Partei. Eine Maßnahme, die den einen als Befreiung von einem parteiischen bürokratischen Wahlhelfer der preußischen Konservativen galt, den anderen als parteiisches Eingreifen des Kaisers zu Gunsten der ihm persönlich nahestehenden freisinnigen Parteiführer.[130] Delbrück bekannte nun ostentativ die Überzeugung, es gebe durchaus Zeiten, in denen ein so scharfes Regiment wie dasjenige Puttkamers zum Wohle des Staates geboten wäre. Doch wäre dieser Bedarf nach den konservativen und nationalliberalen Zugewinnen bei den »Kartellwahlen« zum Reichstag 1887 nicht mehr gegeben und viel mehr zu besorgen, dass Puttkamers polarisierende Persönlichkeit die Gefahr barg, das von Delbrück hochgeschätzte »Kartell« rasch wieder korrodieren zu lassen. Denn auch die Nationalliberalen begegneten Puttkamers repressiven Maßnahmen gegen Sozialisten und Freisinn sowie seiner strikt konservativen Personalpolitik mit wachsender Kritik. In die Zukunft der anbrechenden Regentschaft Wilhelms II. blickend hatte Delbrück zudem die Möglichkeit angeschnitten, mit Rudolf von Benningsens und Johannes von Miquels zwei profilierte Parteipolitiker nationalliberaler Provenienz ins Staatsministerium aufzunehmen:

125 *Ebd.*

126 *Ebd.*

127 Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 02.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Treitschke, Bl. 3–5.

128 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«: S. 167 f.

129 Hans Delbrück: Der Ministerwechsel, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 221.

130 *Müller*, Der 99-Tage-Kaiser, S. 286 f.; Ebd., 307–309.

»Eine feste Beziehung zu dem gebildeteren Bürgerthume, dem ältesten Träger des deutsch-nationalen Gedankens wäre gewonnen und mit völliger Ruhe könnte man bis in die fernste Ferne der Zukunft des Reiches entgegensehen.«[131]

Als Treitschke auch gegen diesen Entwurf votierte, erklärte Delbrück seinen Rücktritt zum Jahresende und ersuchte den Verleger Ernst Reimer darum, seinen Namen umgehend aus dem Editorial der Zeitschrift zu streichen, da der redaktionsinterne Gegensatz eine konsistente innenpolitische Linie blockieren und damit letztlich die Zeitschrift zu Grunde richten müsste.[132] Nun waren es Treitschke und Reimer, die gemeinsam Delbrück bedrängten, dass die Differenz doch nur im Detail gelegen habe und durch die geänderten Verhältnisse nach dem Tod Friedrichs III. ohnehin obsolet geworden sei. Die vermutlich vornehmlich in der Sorge um den Fortgang der alltäglichen Redaktionsarbeit, die ja Delbrück nahezu alleine trug, begründeten Interventionen hatten letztlich Erfolg. Dennoch knüpfte sich in den folgenden Monaten, bis ins Frühjahr 1889, ein Konflikt an den anderen an. Aktuelle politische Kommentare schrieb Delbrück jetzt nur noch gelegentlich. Nachdem Constantin Rößler noch im Dezember 1888 zugestimmt hatte, sich künftig allein und ausschließlich auf die Außenpolitik zu konzentrieren, kündigte dieser zum April 1889 seine Mitarbeit auf.[133] So war nun endgültig der von Delbrück im Vorjahr prognostizierte Punkt erreicht, an dem »viele wichtige Sachen nun gar nicht in den »Jahrbüchern« besprochen« wurden.[134]

Was Ernst Reimer angeht, so ist seine ursprünglich kritische Haltung gegenüber Delbrück mit den Jahren dem sicheren Zutrauen gewichen, dass dieser die Redaktionsarbeit professionell versah und zum Garanten dafür heranwuchs, dass die »Jahrbücher« für seinen Verlag ein lohnendes Geschäft darstellten. Auch die politischen Standpunkte stimmten zunehmend überein. Treitschke stellte sich ausgesprochen ambivalent zu seinem Kollegen und hat auch Dritten gegenüber sowohl große Zuneigung als auch scharfe Verachtung demonstriert.[135] Delbrück wiederum war in der Beziehung zu beiden besonders darauf bedacht, seine Unabhängigkeit herauszustellen und hat, obwohl die Herausgeberschaft der »Jahrbücher« damals sein einziges sicheres Einkommen darstellte, immer

131 Vgl. den Aushängebogen des unveröffentlichten Artikels Hans Delbrück: Der Ministerwechsel, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 221.

132 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 02.07.1888, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 69–70.

133 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 173–175.

134 Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 03.07.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Treitschke, Bl. 6–7.

135 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 176 f.; vgl. auch hs. Notiz Treitschke an Wech, 21.07.1884 zu Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, o. D. [1884], in: SBB PK, Nl. Heinrich von Treitschke, K. 5, Nr. 123, Bl. 17–19; vgl. Max Lehmann an Hans Delbrück, 01.07.1886, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe I, Bl. 1.

wieder die Möglichkeit in den Raum gestellt, diesen zugunsten einer freieren Arbeitsumgebung den Rücken zu kehren oder ihr Ende zuzulassen.[136] Tatsächlich kann gelegentlich der Eindruck entstehen, die eigentliche Sollbruchstelle in der Redaktion habe weniger zwischen Delbrück und Treitschke, als vielmehr zwischen Treitschke und Rößler gelegen. Wie Delbrück Reimer gegenüber bekannte, stimmte er mit Rößler in nahezu allen innenpolitischen Streitpunkten überein. Treitschke seinerseits erachtete Delbrück während der letzten Phase der gemeinsamen Herausgeberschaft als ganz von Rößler abhängig und befürchtete, die beiden würden aus den »Jahrbüchern« ein offiziöses Blatt machen. Rößler nach seinem zwischenzeitlichen Abschied im April 1889 wieder mit an Bord zu holen, war dann auch gewissermaßen die Geschäftsgrundlage, auf der Reimer Delbrück schließlich die alleinige Herausgeberschaft übertrug.[137]

Nachdem Reimer Anfang 1888 nach Treitschkes Zeugnis noch über eine Entlassung Delbrücks nachgedacht hatte, die jener verhindert haben wollte, hat der Verleger bereits im November desselben Jahres gegenüber Delbrück erklärt, Treitschke nicht mehr halten zu wollen, wenn dieser erneut seinen Abschied offerieren sollte. Daher dürfte die Entscheidung Reimers gegen Treitschke und für Delbrück im folgenden Sommer 1889 nicht ganz so überraschend gewesen sein, wie von Delbrück selbst später dargestellt.[138] Auslöser für die letzten, schließlich zur Trennung führenden Konflikte war die jeweilige Stellung zur Person des Hofpredigers und christlich-sozialen Politikers Adolf Stöckers, in der sich die unterschiedlichen Auffassungen in der Sozialpolitik bündelten.[139] Treitschke teilte Stöckers antiliberale und antisemitische Stoßrichtung, welche die Arbeiterschaft für die Konservativen gewinnen sollte. Delbrück seinerseits befürwortete

136 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 28.01.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 61–63; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 71–75; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 04.09.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 21–22.

137 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 176; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 29.04.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 61–62; Ernst Reimer an Hans Delbrück, 31.05.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 31–32; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 01.06.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 56–57.

138 Zu Treitschkes Erklärung »Reimer hat mir, als ich um Mitte Januar auf seine Bitte zu ihm kam, ganz offen die Abschlüsse aus seinen Rechnungsbüchern gezeigt, worauf ich ihm die Absicht eines Redaktions-Wechsels ausredete und meinerseits auf jede Einnahme aus den Jahrbüchern verzichtete.«, vgl. Heinrich von Treitschke an Hans Delbrück, 02.05.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Treitschke, Heinrich von, Bl. 32. Zu Reimers Abrücken von Treitschke vgl. Ernst Reimer an Hans Delbrück, 30.11.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 28. Zu Delbrücks späterer Darstellung der Ereignisse vgl. Hans Delbrück: Abschied, in: PJ 178 (1919) 3, S. 369–372.

139 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 175. Schleiers Feststellung, infolge dieses Konfliktes sei die Verabschiedung des Gesetzes über die Alters- und Invaliditätsversicherung nicht in den »Preußischen Jahrbüchern« behandelt worden, trifft nicht zu, vgl. Hans Delbrück: Die Invaliditäts- und Altersversicherung. Die Streikbewegung, in: PJ 64 (1889) 1, S. 107–119.

die progressive Sozialgesetzgebung zur Einhegung der Sozialdemokratie und fürchtete eine illiberale konservativ-klerikale Mehrheit, als deren populistischer Wegbereiter Stöcker auftrat. Schon seinen eigenen ersten Wahlkampf als Reichstagskandidat hatte Delbrück 1884 nicht zuletzt als einen gegen die Christlichsoziale Partei verstanden.[140] »lieber Stöcker als Bennigsen«, dieser Ausspruch Treitschkes ließ Delbrück am 29. Mai 1889 erklären, dass die Trennung nicht länger aufgeschoben werden könne, wenn die »Jahrbücher« eine »politische Zeitschrift« mit konsistenter Linie bleiben sollten.[141]

Nicht ohne die Schuld für die unbotmäßige Störung mehr oder weniger explizit dem jeweils anderen anzulasten drängten beide, Delbrück und Treitschke, den zur Kur in Bad Kissingen weilenden Ernst Reimer, eine Entscheidung zu fällen.[142] Da Delbrücks Redaktionsführung sich von Reimers unternehmerischem Standpunkt aus bewährt hatte und er bruchlose Fortführung der Redaktion in Aussicht stellte, wenn sie ihm denn allein übertragen wurde, während Treitschke sich selbst von der Arbeit am vierten Band seiner »Deutschen Geschichte« ganz in Anspruch genommen sah und einen potentiellen Nachfolger Delbrücks wegen der vertraglichen Kündigungsfristen erst für das Folgejahr benennen konnte,[143] fiel Reimers Wahl auf den ersteren.[144]

Als die Trennung feststand, zeigte Delbrück sich um Versöhnung bemüht, indem er in Aussicht stellte, dass durch das Ende der Doppelredaktion und der geteilten Verantwortlichkeit für alle Inhalte, die politischen Gegensätze leichter wiegen würden und äußerte die Hoffnung, Treitschke möge auch in Zukunft für die »Jahrbücher« schreiben.[145] Dazu ist es nicht gekommen, nach seinen Abschiedsworten im Juliheft 1889 hat Treitschke nie mehr Beiträge geliefert.[146] Unter Delbrücks »politischer Anleitung« zu arbeiten, wollte er sich nicht zumuten.[147] Der Gegensatz war längst ein grundsätzlicher und persönlicher geworden, der in seiner kleinlichen Unversöhnlichkeit auch noch die letzten Lebensmonate Treitschkes überschattete. Nachdem Delbrück 1895 gegen Treitschkes Votum in

140 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.10.1884, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 89.

141 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 29.05.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 58.

142 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 29.05.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 58; Heinrich von Treitschke an Ernst Reimer, 30.05.1889, zit. nach: Schleier: Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 175–177.

143 Vertrag zwischen Georg Reimer und Hans Delbrück, 15.06.1883, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 72.

144 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 176f,

145 Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 01.06.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Treitschke, Bl. 14–15; Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 04.06.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Treitschke, Bl. 19–22.

146 Heinrich von Treitschke: Abschied, in: PJ 64 (1889) 1, S. 1; *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 177.

147 Heinrich von Treitschke an Hans Delbrück, 23.04.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Treitschke, Heinrich von, Bl. 56–57.

der Fakultät zum Ordinarius an der Berliner Universität ernannt worden war, beklagte Delbrück die Beleidigung, die darin gelegen habe, dass Treitschke ihm seither »die Ehre des Grüßens versagt« habe.[148] Treitschke wiederum beklagte die Beleidigung, die Delbrück dadurch verübt habe, ihm seine für jene Unterlassung ursächliche Sehschwäche implizit zum Vorwurf gemacht zu haben.[149]

Während der ersten zehn Jahre von Delbrücks Herausgeberschaft hatten die »Jahrbücher« ihrem Verleger über 12.000 Mark Verlust beschert. Bis zum Sommer 1892 gelangten Delbrück und Reimer darüber beide zu dem Standpunkt, dass die »Jahrbücher« in ihrer gegebenen Form nicht mehr rentabel werden würden, konnten sich jedoch auf keine Strategie zur Behebung der Misere einigen. Reimer scheute das Risiko, den Umfang der Bände zu vergrößern, und Delbrück wiederum befürchtete, Reimers Wunsch die Preise zu erhöhen, würde die Abonnentenzahl weiter sinken lassen.[150] Stattdessen entwickelte Delbrück sein Reformprogramm für die »Jahrbücher« in Folge eines zufälligen Zusammentreffens im Urlaub auf Helgoland nun gemeinsam mit dem Verleger Hermann Walther. Einem Mann seiner Generation, der bereits Delbrücks »Politische Wochenschrift« verlegt und seine vergleichende Studie über Perser- und Burgunderkriege erfolgreich vermarktet hatte.[151] Zwar stellte Delbrück nun Erlösung von den notorischen Verlusten in Aussicht, doch fand sich Reimer auch unter Einbeziehung dieser Verluste nicht zu einem Kaufpreis bereit, den Walther oder Delbrück selbst hätten tragen können.[152] Da half auch die sanfte Drohung nur begrenzt, Delbrück könne unter ›Mitnahme‹ zumindest eines Teiles von Mitarbeitern und Abonnenten eine neue Zeitschrift gründen ebenso wenig wie das arbeitspsychologische Argumente, dass die Sorgfalt der Redaktionsarbeit abnehmen müsse, da es »kein peinlicheres Gefühl [gibt] als für ein sterbendes Unternehmen zu arbeiten«.[153]

148 Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 22.04.1895, in: SBB PK, Nl. Heinrich von Treitschke, K. 5, Nr. 123, Bl. 34–35

149 Heinrich von Treitschke an Hans Delbrück, 23.04.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Treitschke, Heinrich von, Bl. 56–57.

150 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 31.07.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 23–26; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 04.09.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 21–22

151 Hans Delbrück: Die Perserkriege und die Burgunderkriege. Zwei combinierte kriegsgeschichtliche Studien, nebst einem Anhang über die römische Manipulartaktik, Berlin 1887; Hans Delbrück: Hermann Walther †, in: PJ 84 (1896) 2, S. 333–336. Zu den programmatischen und ökonomischen Erwägungen Delbrücks und Walthers vgl. auch Hermann Walther an Hans Delbrück, 24.10.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 263.

152 Hermann Walther an Hans Delbrück, 19.07.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 259; Hans Delbrück an Laura Delbrück, 27.09.1892, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 271;

153 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 06.09.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 15–19.

Schließlich brachte Delbrücks Vetter, der Bankier Ludwig Delbrück, die Mittel zum Kauf auf, indem er ein Konsortium mit dem betont nichtssagenden Namen Zeitschriften-Verlag GmbH gründete, das die »Jahrbücher« von Reimer erwarb und ihren Vertrieb Hermann Walther in Kommission übergab. Hans Delbrück wurde in diesem Konstrukt zum einzigen und unkündbaren Angestellten des Zeitschriften-Verlags und so lange er die Herausgeberschaft hielt, durfte er die »Jahrbücher« auf eigene Rechnung, ohne Gewinnbeteiligung der Geldgeber führen. Ludwig Delbrück begnügte sich mit der jährlichen, vierprozentigen Verzinsung der Kaufsumme von 20.000 Mark und der Aussicht auf 0,5 % zusätzlicher Zinsen pro 50 neu hinzugewonnener Abonnenten über der Grenzmarke von 2000.[154] Obwohl seine Einkünfte aus der Arbeit an den »Jahrbüchern« nun den Schwankungen der Absatzzahlen unterworfen waren, erhöhten sie sich unterm Strich doch um mehr als das Doppelte auf rund 8000 Mark und im Sommer 1895 war Delbrück bereits in der Lage, die »Jahrbücher« vom Zeitschriften-Verlag als sein Eigentum zu erwerben. Als Kaufpreis wurden 21.000 Mark vereinbart, zuzüglich vierprozentiger Verzinsung des Gesellschafterkapitals für das laufende Quartal im Umfang von 200 Mark sowie der Zusicherung von Freiexemplaren der »Jahrbücher« an den Immobilienunternehmer und Mitgesellschafter des Zeitschriften-Verlags, Arthur Booth.[155]

Nachdem der frühe Tod Hermann Walthers 1896 die unternehmerische Zukunft der »Jahrbücher« in Unklarheit gestürzt hatte, schloss Delbrück am 12. Mai 1896 einen Verlagsvertrag mit dem Berliner Verleger Georg Stilke über den Vertrieb der »Jahrbücher«.[156] Nun hat sich zwar die gemeinsam gehegte Hoffnung nicht erfüllt, die »Jahrbücher« würden eine »organische Verbindung« mit dem Bahnhofsbuchhandel eingehen,[157] in dem Stilkes Hauptgeschäftsfeld lag und in welchem sein Verlag in späteren Jahrzehnten zum Marktführer in

154 Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 02.11.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 271; Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 12.11.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 273; Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 19.11.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 275; Hans Delbrück an Carl Thiersch, 17.11.1892, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 140–142; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 02.12.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 8–9.

155 Hans Delbrück an Carl Thiersch, 17.11.1892, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 271f; Zeitschriften-Verlag GmbH an Hans Delbrück, 22.05.1895, in: SBB PK, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 66; Hans Delbrück an Zeitschriften-Verlag GmbH, 30.06.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 63; Zeitschriften-Verlag GmbH an Hans Delbrück, 01.07.1895, in: SBB PK, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 62.

156 Vgl. Hermann Stilke an Hans Delbrück, 19.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 21

157 Georg Stilke an Hans Delbrück, 28.01.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 35–36; Hans Delbrück an Hermann Stilke, 30.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 235–236.

Deutschland werden sollte.[158] In Delbrücks Worten erwies sich, »daß die Zeitschrift dazu viel zu schwer ist.«[159] Sie blieb ein Elitenmedium, das per Abonnement an sein Publikum gelangte und für das keine Laufkundschaft zu gewinnen war. Dennoch blieb dieses Geschäftsverhältnis über 25 Jahre stabil. Im Todesfall hätten Delbrücks Erben gemeinsam mit von ihm benannten Vertrauenspersonen einen Chefredakteur mit Fixgehalt einstellen sollen, der die Geschäfte der »Jahrbücher« würde weitergeführt haben.[160]

Während der Jahre 1906 und 1907, Delbrück war nun bald 60 Jahre alt, trug er sich zwar mit dem Gedanken die »Jahrbücher« zu verkaufen[161] und bot sie sowohl Stilke als auch dem ehemaligen Verleger Ernst Reimer zum Kauf an. Doch beiden war das Geschäft zu heikel, schien es doch in Hinblick auf die Bedeutung von Delbrücks persönlichem Renommee für den Absatz der Zeitschrift zweifelhaft, dass sie nach einem Ausscheiden des Herausgebers die aufgerufene Kaufsumme amortisieren könnten.[162] Es blieb letztlich bei einer kurzfristigen Übergabe der Herausgeberschaft zunächst an Paul Rohrbach (Dezember 1907 bis März 1908) und dann an Gustav Roloff (Mai 1908 bis März 1909) bei unveränderten Eigentums- und Verlagsverhältnissen. Beide bezogen je 200 Mark Honorar pro redigiertem Heft.[163] Die Entlastung war gering. Delbrück behielt

158 *Brummund*, Bahnhofsbuchhandel, S. 61.

159 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 04.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 235–236.

160 Hermann Stilke an Hans Delbrück, 19.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 21.

161 Paul Siebeck erwog in diesem Zusammenhang sogar eine Verlegung seines Verlags J. C. B. Mohr von Tübingen nach Berlin, nahm jedoch letztlich von dem Kaufinteresse Abstand, vgl. Paul Siebeck an Hans Delbrück, 31.03.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Siebeck, Paul, Bl. 13–14; Paul Siebeck an Hans Delbrück, 12.04.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Siebeck, Paul, Bl. 15; Paul Siebeck an Hans Delbrück, 31.05.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Siebeck, Paul, Bl. 17–20. Vgl. ferner zur kaufmännischen Bewertung der »Preußischen Jahrbücher« Hans Delbrück an B. G. Teubner Verlag, 10.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Teubner, B. G., Bl. 1–2; Hans Delbrück an B. G. Teubner Verlag, 14.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Teubner, B. G., Bl. 3; Hans Delbrück an B. G. Teubner Verlag, 16.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Teubner, B. G., Bl. 6.

162 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 30.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 235–236; Ernst Reimer an Hans Delbrück, 05.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 44.

163 Vgl. die Honorarlisten für die fraglichen Monate: Dezember 1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 468; Februar 1908, Ebd., Bl. 470; März 1908, Ebd., Bl. 471; Mai 1908, Ebd., Bl. 473; Juni 1908, Ebd., Bl. 474; Juli 1908, Ebd., Bl. 475; August 1908, Ebd., Bl. 476; September 1908, Ebd., Bl. 477; Oktober 1908, Ebd., Bl. 478; November 1908, Ebd., Bl. 479; Dezember 1908, Ebd., Bl. 480; März 1909, Ebd., Bl. 481. Verhandlungen in Sachen der Herausgeberschaft sind nur im Falle Paul Rohrbachs überliefert, vgl. Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 31.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VIII, Bl. 18–28; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 19.12.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VIII, Bl. 29–30; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 14.02.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IX, Bl. 1–4.

sich eine »Oberleitung«[164] vor und an den neuen Herausgebern vorbei wurden auch Wünsche und Klagen zu Einzelbeiträgen von Mitarbeiterseite weiterhin an Delbrück herangetragen.[165] Mit Roloffs Berufung nach Gießen 1909 übernahm Delbrück die Herausgeberschaft wieder selbst.[166] Emil Daniels wurde nun zusätzlich zu seiner ständigen Mitarbeit als Autor zur Unterstützung im redaktionellen Bereich angestellt, ohne selbst als Herausgeber zu firmieren.

Im März 1918 hat Delbrück dem umtriebigen Bibliothekar des Preußischen Herrenhauses Friedrich Thimme erstmals die Redaktionsführung angetragen und diesen bis kurz vor Kriegsende zur Annahme zu überreden versucht. Doch Thimme stellte selbst seine Eignung und Reputation für diesen Posten in Frage, für den ihm selber etablierte Gelehrte wie Hermann Oncken und Friedrich Meinecke als beste Kandidaten vorschwebten. Vor allem hatte Thimme weder eigenes Kapital noch willige Geldgeber bei der Hand, die ihm ermöglicht hätten, Delbrück auszuzahlen.[167] Schließlich hatten im August 1919 Verhandlungen mit der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte Hans Möllers begonnen, die mit einem Kaufangebot über 100.000 Mark an Delbrück herangetreten war. Doch letztlich verblieben die »Jahrbücher« im Verlag Georg Stilke, während Eigentum und Herausgeberschaft an Walther Schotte übergingen, der außer einer Kaufsumme von 60.000 Mark auch die Verpflichtung zur Zahlung einer jährlichen Pension von 5.000 M zu leisten hatte, die nach Hans Delbrücks Ableben als Witwenrente an Lina Delbrück fortzuzahlen sein sollte. Das Geschäft wurde Ende September 1919 geschlossen und erlaubte Delbrück eine der Hypothekensummen, die auf seiner Villa in der Kunz Buntschuhstraße lagen bei seiner Schwiegermutter abzulösen.[168] Außer mit dem an allen Lebensentschlüs-

164 Hans Delbrück an Ludwig Delbrück, 04.01.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 18, Bl. 22 f.

165 Vgl. etwa Marie Fuhrmann an Hans Delbrück, 31.01.1908; Marie Fuhrmann an Hans Delbrück, 02.04.1908; Marie Fuhrmann an Hans Delbrück, 02.11.1908.

166 1912 erwog Delbrück nochmals eine Übergabe der »Jahrbücher« und zog im Austausch mit den freikonservativen Parlamentariern Otto von Dewitz und Hermann von Hatzfeldt sowie dem nationalliberalen Bankier Paul von Schwabach den Gutsbesitzer, Diplomaten und freikonservativen Politiker Willibald von Dirksen sowie den Straßburger Strafrechtler und nationalliberalen Politiker Fritz van Calker als geeignete Nachfolger in Erwägung. Vgl. Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 19.08.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, O. v., Bl. 32; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 27.08.1912, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 80 f.

167 Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 11.03.1918, abgedruckt in: Friedrich Thimme. Briefe, Nr. 93, S. 173; Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 19.09.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Thimme, Friedrich, Bl. 17–18; Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 22.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Thimme, Friedrich, Bl. 19–20.

168 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 15.08.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Stilke, Georg, Bl. 1–2; Walther Schotte an Hans Delbrück, 18.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 7; Walther Schotte an Hans Delbrück, 22.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 8–9; Walther Schotte an Hans Delbrück, 24.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther,

sen Delbrücks beteiligten Harnack beriet dieser den Verkauf auch mit Friedrich Meinecke, Heinrich Herkner und Ernst Troeltsch, um schließlich mit Harnack zu dem Schluss zu kommen, dass sich schlicht kein Verfahren finden ließe, in dem Delbrück abträte und die »Jahrbücher« dennoch ihren »alten Charakter« uneingeschränkt behielten. Da Schotte die finanziellen Bedingungen akzeptierte, die auch eine Finanzspritze an Martin Hobohm beinhalteten, sollte der Handel dennoch über die Bühne gehen.[169] In seinen Abschiedsworten an das Publikum der »Jahrbücher« hat Delbrück im Dezemberheft 1919 den Redaktionswechsel als Teil eines notwendigen Generationenwechsels an den Stellwerken von Politik und Gesellschaft dargestellt, um das notwendige staatstragende Eintreten für die junge Republik nicht durch sentimentale Anhänglichkeit an die untergegangene Monarchie zu hemmen.[170]

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Unter der Leitung Schottes, später ein enger Mitarbeiter Franz von Papens, tendierten die »Jahrbücher« zunehmend eindeutig nach rechts. Infolge des dadurch eingetretenen Zerwürfnisses mit Schotte[171] schrieb Delbrück zwischenzeitlich gar nicht mehr für die »Jahrbücher«[172] und prozessierte zudem 1924 und 1925 gegen Stilke, um eine Anpassung der Pensionszahlungen, als welche die Kaufsumme abgegolten wurde, an die Währungsentwicklung zu erreichen.[173] Wohl im Zusammenhang mit dem

Bl. 10; Walther Schotte an Hans Delbrück, 01.10.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 12; Walther Schotte an Hans Delbrück, 16.10.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 13–14; Walther Schotte an Hans Delbrück, 01.12.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 17; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 18.08.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 296; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 18.09.1919, ms. Abschrift in: Ebd., S. 304 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 22.09.1919, ms. Abschrift in: ebd, S. 304 f.; vgl. auch Ebd., S. 297 f.

169 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 22.09.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 306 f. Zur Verknüpfung des Handels über die »Preußischen Jahrbücher« mit der persönlichen Situation Martin Hobohms vgl. Walther Schotte an Karl von Stockhammern, 13.08.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 5–6; Walther Schotte an Hans Delbrück, 22.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 8–9.

170 Delbrück: Abschied [PJ 178/3], S. 371 f.

171 Walther Schotte an Hans Delbrück, 20.10.1921, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schotte, Walther, Bl. 22–25; Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 18.07.1927, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Nell, Bernarda von, Bl. 4. Eine biographische Studie zu Walther Schottes politischem Wirken und seinem Wandel vom Linksliberalen zum Nationalkonservativen fehlt.

172 Vgl. Hans Delbrück: Kaiser und Kanzler, in: PJ 180 (1920) 1, S. 43–52; Hans Delbrück: Falkenhayn und Ludendorff, in: PJ 180 (1920) 2, S. 249–281; Hans Delbrück: Replik, in: PJ 181 (1920) 1, S. 126 f.; Hans Delbrück: Die Marxsche Geschichtsphilosophie, in: PJ 182 (1920) 2, S. 157–180; Hans Delbrück: Verwahrung, in: PJ 183 (1921) 1, S. 132; Hans Delbrück: Schlußwort, in: PJ 183 (1921) 1, S. 134; Hans Delbrück: Die strategische Grundfrage des Weltkriegs, in: PJ 183 (1921) 3, S. 289–308.

173 *vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 428.

misslungenen Versuch der Gründung eines Zusammenschlusses der Weimarer Mittelparteien durch die Liberalen Vereinigung 1925 regte Delbrück die Übernahme der »Jahrbücher« durch eine Gruppe um deren Vorsitzenden, dem DDP-Politiker Eugen Schiffer an, die mit Mitteln des Siemens-Konzerns auf der Suche nach einem politischen Organ waren.[174]

Dieser Versuch der nachträglichen Kurskorrektur über Schottes Kopf hinweg kam freilich nicht zustande. Dennoch hat sich Delbrück bereits mit der Beilegung des Pensionsstreits zur weiteren Mitarbeit an den »Jahrbücher« bereiterklärt.[175] Weitergehende Folgen hatte diese Versöhnung mit Stilke jedoch keine und auch als Schotte schließlich 1927 vom Verleger abgesägt wurde, der die Herausgeberschaft nun an Emil Daniels und Walther Heynen übergab, hat Delbrück eine regelmäßige Autorentätigkeit für seine alte Zeitschrift nicht wieder aufgenommen.[176]

Die »Preußischen Jahrbücher« wurden ganz überwiegend als Abonnement gehalten. Abonnentenlisten haben sich allerdings nicht erhalten. Dennoch hat die historische Forschung stets mit Recht Axel von Harnacks Zeitzeugnis übernommen, nachdem die Abonnenten der gut 2.000 monatlich gedruckten[177] »Blauen Hefte« die Meinungsmacher und Entscheidungsträger der Epoche waren. Regierungsbeamte und Abgeordnete, Geschäftsleute und Schriftsteller, Professoren und Lehrer;[178] egal ob sie politisch links oder rechts standen.[179] Sie bezogen die Zeitschrift vornehmlich über den Sortimentsbuchhandel als Zwischenstation, nur ein geringer Teil wurde direkt vom Verlag erworben. Zunächst kosteten die »Jahrbücher« 4 Mark im Quartal, ab 1893 fünf Mark vierteljährlich und 1910 schließlich sechs Mark im Quartalsabonnement respektive 2,50 Mark als Einzelheft. Während des Jahres 1897 verteilte sich der Vertrieb bei geringfügigen Schwankungen, da zu Quartalsende regelmäßig Kündigungen und Neube-

174 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 11.03.1925, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Stilke, Georg, Bl. 10. Zur liberalen Vereinigung vgl. *Jones*, German Liberalism and the Dissolution oft he Weimar Party System, S. 271–278.

175 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 16.05.1925, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Stilke, Georg, Bl. 11–12; Hermann Stilke an Hans Delbrück, 09.06.1925, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Stilke, Georg, Mappe II, Bl. 50.

176 Zum erneuten Redaktionswechsel vgl. Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 18.07.1927, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Nell, Bernarda von, Bl. 4. Nach 1927 hat Hans Delbrück nur noch eine Danksagung für Glückwunschadressen anlässlich seines 80. Geburtstags in den »Preußischen Jahrbüchern« veröffentlicht, vgl. Hans Delbrück: Danksagung, in: PJ 214 (1928) 3, S. 265–271.

177 Zwischen den Werten 2000 und 2600 schwankende Auflagenzahlen sind nachgewiesen in einer Aufstellung über die Herstellungskosten des Annoncenanhangs der »Preußischen Jahrbücher« für den Zeitraum Oktober 1893 bis September 1894, vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 246.

178 Axel von Harnack: Hans Delbrück als Historiker und Politiker, in: Die Neue Rundschau 63 (1952), S. 408–426, S. 421.

179 Johannes Fischart [Erich Dombrowski]: Hans Delbrück, in: Die Schaubühne 14 (1918) 46, S. 453–456.

stellungen erfolgten, um einen Annäherungswert von 1300 Exemplaren, die von den Leipziger Buchhändlern bezogen wurden, 230 von Berliner Buchhändlern, 130 vom staatlichen Postzeitungsamt und nur 58 von privaten Kunden.[180] Über die Jahre von Delbrücks Herausgeberschaft schwankte der Abonnentenstamm zwischen 1233 und 2600, womöglich bis zu 2800.[181] Hans Schleier hat bereits darauf hingewiesen, dass der hohe Anteil von 173 Abnehmern, die im Jahr 1885 auf Berlin entfielen, von dem Einfluss der »Jahrbücher« im Zentrum der preußisch-deutschen Politik und Wissenschaft zeugt. Doch fanden sie darüber hinaus Abnehmer im ganzen Reich, von Gleiwitz bis Saarbrücken und ferner auch in deutschsprachigen Städten jenseits der Reichsgrenzen von Wien bis Riga.[182] Wenngleich nur im ein- bis niedrigem zweistelligen Bereich wurden die »Jahrbücher« auch in Russland, Frankreich, England, Schweden und Dänemark und wohl auch in den USA eingeführt, vor allem aber von der dortigen Tagespresse rezipiert.[183]

Nach Aufforderung, aber nicht selten auch ungefragt, hat Delbrück Sonderdrucke bestimmter Inhalte an einflussreiche Persönlichkeiten in Politik und Gesellschaft versendet.[184] Abonnements wurden auch von Institutionen gehalten, von Schulen und Behörden ebenso wie von »Lesezimmern und Lesezirkeln«. Der tatsächliche Leserkreis dürfte die durchschnittliche Abonnentenzahl daher noch deutlich überschritten haben.[185] Dass die »Jahrbücher« ein Elitenmedium waren, dessen unmittelbare Reichweite begrenzt war, war auch den schreibend

180 Den Bandpreis von 12 Mark, den Hans Schleier 1967 in seiner ebenso quellenkundigen wie tendenziösen Darstellung der Doppelherausgeberschaft Treitschke-Delbrück im Ost-Berliner »Jahrbuch für Geschichtswissenschaft« aufrief hatte der Verleger Ernst Reimer 1892 ins Spiel gebracht, umgesetzt worden ist er jedoch nicht, vgl. *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 140; hs. Aufstellung über die Absatzzahlen 1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 2, Bl. 111; hs. Aufstellung über die Absatzzahlen 1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 2, Bl. 111.

181 Für die 1233 Abonnenten im Jahr 1884 vgl. *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 140 f.; für die undatierten 2800 vgl. *vom Bruch*, Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 428; vom Bruch nennt keine konkrete Quellenstelle, eine Datierung aus den Redaktionsakten ist nicht möglich.

182 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 141; vgl. undatierte, nach Orten aufgeschlüsselte Aufstellung von Abonnement An- und Abmeldungen aus dem Frühjahr 1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 2, Bl 173–175.

183 Vgl. *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 142; Schleier unterlässt bei der Zitation der Redaktionsakten bedauerlicherweise die Angabe konkreter Fundstellen zum Absatz im nichtdeutschsprachigen Ausland vgl. daher auch Hermann Stilke an Hans Delbrück, 13.07.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 23. Vgl. ferner bspw. den Bericht Lina Delbrücks über die erste Begegnung Hans Delbrücks mit dem belgisch-britischen Romanisten Charles Saroléa 1906, Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 32 f.

184 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 143.

185 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 05.06.1885, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 48–51; vgl. auch Lutz Korodi an Hans Delbrück, 06.12.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 18–19.

und lesend ihren Kurs begleitenden Kreisen klar.[186] Doch griff die Tagespresse des Kaiserreichs die Inhalte der politischen Kulturzeitschriften regelmäßig auf. Waren die »Preußischen Jahrbücher« auch nicht als Massenmedium konzipiert, so konnten dort vertretene Standpunkte und Argumentationsmuster zumindest in größeren Debatten durchaus eine breite Leserschaft erreichen, ein Umweg auf den Delbrück als Herausgeber auch explizit abzielte.[187] Diese Resonanz hat Delbrück aufmerksam verfolgt und zu diesem Zweck im September 1890 erstmals das »Berliner Literarische Auskunfts-Bureau« in diesem Sinne mit einem Auftrag zur Pressesichtung betraut. Zwar erschienen ihm die 60 Mark Jahresabonnement damals zu teuer für eine längerfristige Geschäftsbeziehung, doch ist ein solches auch seitens des Verlags Georg Reimer gehalten worden. Abgesehen davon zeugt die Unzahl von Zeitungsausschnitten in Delbrücks Nachlass, deren bibliographische Angaben in an die Ausschnitte geheftete Vordrucke mit dem Briefkopf des »Auskunfts-Bureaus« notiert sind, von fortdauernder Inanspruchnahme dieser Dienstleistung.[188] Diese Resonanzkontrolle diente der verlegerischen Betriebskalkulation.[189] Sie fand aber auch immer wieder ihren Niederschlag in nachfolgenden Einlassungen Delbrücks und wurde so in eine Art dialogischer Darstellung eingewoben, die dem dialektischen Argumentationsstil Delbrücks ausgesprochen gut zu pass kam.

In seinem Umfang mag der zwölfseitige Brief, mit dem sich der Kultusminister Robert Graf von Zedlitz-Trüschler 1892 gegen Delbrücks Kritik am geplanten Volksschulgesetz verteidigte, ungewöhnlich herausragen.[190] Doch unterstreicht das Beispiel, dass der vielfach bezeugte Dank politischer Amtsträger für Delbrücks Stellungnahmen und für ihnen übersandte Sonderdrucke der »Jahrbücher« nicht nur förmliche Phrasen waren. Solche kamen sicherlich auch vor, aber oft genug fand auch tiefergehende, intellektuelle Auseinandersetzung statt.[191] Dieser Sonderstellung war Delbrück sich wohl bewusst und sie formte

186 Friedrich Naumann an Hans Delbrück, 30.12.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Naumann, Friedrich, Bl. 20–21; Theobald von Bethmann Hollweg an Gottlieb von Jagow, 04.10.1919, in: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921, 2. Bd., Nr. 877, S. 1128–1130.

187 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 10.05.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 65–66; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 10.12.1890, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 45–46.

188 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 12.09.1890, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 45–46.

189 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 10.05.1886; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 12.09.1890.

190 Konkreter Gegenstand war Delbrücks »Politische Correspondenz« für das Februarheft 1892, Hans Delbrück: Das Volksschulgesetz, in: PJ 69 (1892) 2, S. 280–289; vgl. ferner Robert von Zedlitz-Trüschler an Hans Delbrück, 07.02.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Zedlitz-Trüschler, Robert Graf von, Bl. 1–6; Hans Delbrück an Robert von Zedlitz-Trüschler, 13.02.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Zedlitz-Trüschler, Robert Graf von, Bl. 1–2; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 14.04.1892, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 30–31

191 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 156.

eine gewisse Anspruchshaltung. Diese wurde etwa in den Jahren 1911 und 1912 sichtbar, als die von Paul Hinneberg im Scherl-Verlag herausgegebene »Internationale Wochenschrift« mit Förderung des Kultusministeriums zu einem monatlichen Periodikum umgebaut werden sollte. Von gleich zu gleich trug Delbrück in Reaktion darauf Friedrich Schmidt-Ott, dem Nachfolger Althoffs als Leiter der Unterrichts-Abteilung, eine mehrfach wiederholte »freundschaftliche Beschwerde« gegen diese Förderung vor. Da sich durch die Angleichung des Formats als Monatsschrift Mitarbeiter- ebenso wie Leserkreis sowie die behandelten Themen vielfach überschnitten, beurteilte er die Lage so, dass das Ministerium ungerechterweise und zum Nachteil der »Preußischen Jahrbücher« einen Konkurrenzbetrieb begünstigte. Dabei verhehlte Delbrück seine Erwartung nicht, dass eine Einstellung der ministeriellen Zuschüsse an den Scherl-Verlag das Ende der »Internationale Monatsschrift« zu Folge haben würde, worauf die »Jahrbücher« wieder ihrer selbst zugeschriebenen Monopolstellung sicher sein würden,[192] als einzige Zeitschrift

»die ohne Zugabe von belletristischen Beiträgen den Anspruch erheben, nur streng wissenschaftliche Essays für die allgemeine Bildung zu bringen.«[193]

Nach den Gepflogenheiten des preußisch-deutschen Presseregiments kam es bis zum Ersten Weltkrieg gelegentlich vor, dass Delbrück prospektiv freundliche Fingerzeige erhielt, dass »eine gewisse Selbstbeschränkung« der deutschen Politik nützlich wäre.[194] Richtiggehende Vorzensur war aber bis dahin nur aus dem Auslandsgeschäft bekannt, wo den russischen Buchhändlern, welche die »Jahrbücher« bezogen, die von den Zensoren des Zarenreiches entfernten Seiten auf Verlangen gratis nachgeliefert wurden.[195]

Auch während des Ersten Weltkrieges sollten sich die »Jahrbücher« eine gewisse Sonderstellung bewahren, die unterstreicht, welch wichtige Faktoren Partei- und Milieuzugehörigkeiten sowie persönliche Netzwerke im alles andere als statischen Zensurregime waren, mittels dessen Reichsleitung und Militär-

192 Hans Delbrück an Friedrich Schmidt-Ott, 15.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Schmidt, Ferdinand Jakob [sic!], Bl. 1–2; Hans Delbrück an Friedrich Schmidt-Ott, o. D. [1911] Briefkonzepte, Schmidt, Ferdinand Jakob [sic!],, Bl. 3; Hans Delbrück an Friedrich Schmidt-Ott, 24.01.1912, Briefkonzepte, Schmidt, Ferdinand Jakob [sic!], Bl. 4–6.

193 Hans Delbrück an Friedrich Schmidt-Ott, 15.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Schmidt, Ferdinand Jakob [sic!], Bl. 1–2.

194 Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 10.11.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Blüow, Bernhard von, Bl. 2–3. Zur Pressekontrolle und Zensur im Deutschen Kaiserreich vgl. *Daniel*, Beziehungsgeschichten; *Stöber*, Pressepolitik als Notwendigkeit; *Enke*, Die Presse Berlins in der Statistik des Königlichen Polizeipräsidiums [I]; *Ders.*, Die Presse Berlins in der Statistik des Königlichen Polizeipräsidiums [II]; *Fischer*, Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts; *Ders.*, Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg.

195 Notiz über den Absatz der »Preußischen Jahrbücher« im Zarenreich, vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 1, Bl. 37.

führung den unausgesprochenen Kompromiss über den angängigen Meinungskorridor durchzusetzen suchten.[196] Zwar wurden speziell Beiträge zur militärischen Strategie und zur Rüstungspolitik nun teils um einzelne Begriffe, teils um ganze Absätze gekürzt[197] und für seine Kriegszielpublizistik wurde Delbrück vom Gouverneur von Berlin persönlich getadelt.[198] Andererseits konnte sich Delbrück durchaus bis zu einem gewissen Grad auf dessen Milde verlassen, kannte man sich doch vom Hofe Friedrichs III.[199] Auch mit den Pressereferenten der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, Otto Hammann und Friedrich Heilbron, stand Delbrück auf gutem Fuß. Ebenso mit dem Chef des Kriegspresseamts der OHL, Erhard Deutelmoser. Mit ihnen konnte er die innen- und außenpolitischen Implikationen der öffentlichen Kriegszieldiskussion und situativ daraus abzuleitenden Geboten zu schweigen oder Lärm zu schlagen, einmütig diskutieren.[200]

Während etwa Maximilian Hardens »Zukunft« im Krieg sogar gleich mehrfach verboten wurde[201], blieben die »Preußischen Jahrbücher« selbst von dem Verbot einzelner Nummern verschont. Tatsächlich war man beim Oberkommando in den Marken sogar bereit über konkrete Streichungen der Zensoren in den Fahnenumbrüchen der »Preußischen Jahrbücher« zu verhandeln und es begegnet sogar ein gewisser Rechtfertigungsgestus seitens der Offiziere der Presse-

196 *Daniel*, Beziehungsgeschichten, S. 100.

197 Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im März. Konstantinopel. Japan, in: PJ 160 (1915) 1, S. 184–188; Hans Delbrück: Der Krieg im Juni, in: PJ 161 (1915) 1, S. 189–192; Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im Februar, in: PJ 163 (1916) 3, S. 562–566; Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im Juni, in: PJ 165 (1916) 1, S. 185–187; Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im Oktober, in: PJ 166 (1916) 2, S. 351–354; Hans Delbrück: Der Krieg im Dezember, in: PJ 167 (1917) 1, S. 170–172. Für die zensierten Fahnenumbrüche und ein zensiertes, handschriftliches Manuskript vgl. BArch Koblenz, N 1017/20; zur spezifischen Begründung zensorischer Eingriffe vgl. Presse-Abteilung beim Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 02.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 7.

198 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 90–93.

199 Harnack: Hans Delbrück als Historiker und Politiker, S. 413; Hans Delbrück an Gustav von Kessel, 04.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 17 f.; beide Männer hatten im Krieg von 1870/71 in der Schlacht von Gravelotte gekämpft.

200 Erhard Deutelmoser an Hans Delbrück, 03.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Deutelmoser, Erhard, Bl. 3–4; Friedrich Heilbron an Hans Delbrück, 28.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Heilbron, Bl. 2; Der Herausgeber der »Täglichen Rundschau«, Heinrich Rippler, mutmaßte sogar 1915, sein Blatt sei darum von der Reichsleitung mit den Ziel des Verbotes schikaniert worden, weil Delbrück dem Reichskanzler die »Rundschau« als Oppositionsmedium bezeichnet hätte, vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 27–28. Für den Ausbau der Zensurapparate und ihre unübersichtlich vielschichtige Organisation vgl. *Altenhöner*, Kommunikation und Kontrolle, S. 53–59.

201 *Neumann/Neumann*, Maximilian Harden, S. 80.

Abteilung,[202] wenn Delbrück noch Ende September 1918 gebeten wurde, seine Artikel künftig rechtzeitig zur Vorzensur einzureichen,

»Damit sich andere Schriftsteller und Herausgeber von Zeitschriften nicht etwa auf eine Ihnen in dieser Beziehung eingeräumte Vorzugsstellung berufen können«.[203]

Spätestens mit dem Ausscheiden Treitschkes hatten die »Jahrbücher« eine eindeutige Parteianbindung verloren. Sie folgten Delbrücks Ideal überparteilicher »Sachpolitik« und »objektiv-wissenschaftlicher« Betrachtungsweise.[204] Nachdem während der 1880er Jahre mehrere Überlegungen Delbrücks die »Blauen Hefte« nach dem Vorbild der französischen »Revue des Deux Mondes« zu einem zweiwöchigen Publikationsturnus hin umzugestalten, durch Nachtarbeit der Druckerei ihr Erscheinen zu beschleunigen oder den Absatz über Direktabonnements zu steigern allesamt am Widerstand Ernst Reimers gescheitert waren,[205] wurden sie mit dem Verlagswechsel 1893 einer grundlegenden Reform unterzogen.

»Das Jahrbücher-Unternehmen ist so tief in der Natur des deutschen wissenschaftlichen und politischen Lebens fundiert, daß es endlich glücken *muß*, wenigstens niemals *völlig* scheitern kann.«,[206]

schrieb Delbrück darüber an seine Frau Lina und setzte den »Jahrbüchern« nun das Versprechen auf den Einband »eine Zentral-Zeitschrift für die gesamte deutsche Wissenschaft darzustellen an dem Punkt, wo diese in die allgemeine Bildung übergeht«.[207] Vorbild war wiederum die englische und französische Zeitschriftenkultur, da Reimers Verdikt, dort würden mehr Zeitschriften verkauft

202 Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 02.09.1918 in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 7; Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 19.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 9

203 Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 19.09.1918; diese Mahnung musste angesichts der fortgesetzten Behandlung von »U-Boot-Themen« in den »Preußischen Jahrbüchern« zwei Wochen später nochmal wiederholt werden, vgl. Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken, 02.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 10.

204 *Klein/Rose*, Zwischen Wissenschaft und Politik, S. 41.

205 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 05.06.1885, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 48–51; Ernst Reimer an Hans Delbrück, 08.06.1885, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Ernst Reimer, 24.06.1885, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 52–53; Reimer an Delbrück, 25.06.1885, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 10–11.

206 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 05.06.1893, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 273.

207 *Klein/Rose*, Zwischen Wissenschaft und Politik, S. 41.

als gelesen,[208] Delbrück nicht den Gedanken daran austrieb, wie erstrebenswert und geradezu konstitutiv für Staat und Gesellschaft es wäre, Fachwissen ohne Niveauverlust einem Publikum von Nichtspezialisten zu offerieren. Um diese Expertise mit der Kommentierung des politischen Tagesgeschehens sowie des Literaturmarktes adäquat zusammenzubringen, wurde der Umfang der »Jahrbücher« von 6 auf 12 Bogen, also von rund 130 auf knapp 200 Seiten ausgeweitet, der Wiederabdruck von Artikeln aus Fachzeitschriften eingeführt und die Rezensionssparte ausgebaut.[209]

Verfahren der Artikelüberlassung und -übernahme blieben nicht auf Fachzeitschriften im engeren Sinne begrenzt. Berührungsscheu hatte Delbrück dabei keine. Auch mit Joseph Blochs »Sozialistischen Monatsheften«, die dem revisionistischen Flügel der SPD nahestanden, verabredete Delbrück 1914 redaktionelle ›Tauschgeschäfte‹[210]. Die Rezensionen erfassten unter der Rubrik »Notizen und Besprechungen« ein weites Feld, längst nicht nur Fachbücher, sondern unter anderem auch Theaterinszenierungen. Die 1893 gesetzte Vorgabe, die Besprechungen möchten fortan als Miniatur-Essay daherkommen, um das »allgemeine Interesse« nachzuweisen, welches dieses oder jenes Werk beanspruchen durfte, ist freilich nie durchgesetzt und auch von Delbrück selbst nicht so praktiziert worden. Der elitäre Anspruch, Schiedsrichter des allgemeinen Interesses zu sein, wurde jedoch aufrechterhalten. »Unbedeutende Sachen« sollten nach Delbrücks Instruktionen nur dann rezensiert werden, wenn sie ihrer Bedeutungslosigkeit zum Trotz einen »illegitimen Einfluß« gewonnen hatten, den es zu bekämpfen galt.[211]

»Ihr bezahlt ja kläglich, lieber Hans, bei dem tintenverschluckenden Druck! Aber freilich die Ehre!«,[212]

grämte sich Max Lenz im Oktober 1889. Die schlechte Entlohnung im Pressewesen gehört zu den gängigen Sozialklischees im Deutschland des 19. Jahrhunderts.[213] Eine Bedeutung der Honorare für die Mitarbeiterbindung hat Delbrück freilich durchaus berücksichtigt.[214] Seit der Reform der »Jahrbücher« 1893

208 Ernst Reimer an Hans Delbrück, 08.06.1885, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 8–9.

209 Otto Lyon: Die Preußischen Jahrbücher in ihrer heutigen Gestalt, in: Zeitschrift für den deutschen Unterricht 7 (1893), S. 126–131.

210 Die Redaktion der Sozialistischen Monatshefte an die Redaktion der Preußischen Jahrbücher, 13.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sozialistische Monatshefte, Bl. 2.

211 Hans Delbrück an Margot Dyroff, 20.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 47, Bl. 25.

212 Max Lenz an Hans Delbrück, 03.10.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe I, Bl. 54–57.

213 *Requate*, Journalismus als Beruf, S. 209 f.

214 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 04.04.1891, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 41–42.

wurde ein Druckbogen mit 32 Mark honoriert, ab dem zweiten Beitrag galten Autoren als ständige Mitarbeiter und bezogen 64 Mark pro Bogen, wobei der Abrechnung die letztendliche Seitenzahl zugrunde gelegt wurde. Diese Sätze galten jedoch nur für solche Beiträge, die von der Redaktion unter die Rubrik der ›Originalbeiträge‹ aufgenommen wurden, die mit einem Umfang von 6 Bogen pro Heft gedeckelt war. Um der Menge an eingesandten Manuskripten Herr zu werden, ging Delbrück im Laufe der 1890er Jahre rasch dazu über, solchen ›Überschuss‹ unter der Bedingung aufzunehmen, ihn der Kategorie der ›Übernahme-Aufsätze‹ zuzurechnen und mit bloß 16 Mark pro Bogen zu vergüten. An solcherweise kategorisierten Beiträgen erwarben die »Jahrbücher« keine Verlagsrechte, die bei den Autoren verblieben und beliebig anderenorts wiederveröffentlicht werden konnten. Äußerlich unterschieden sich diese Kategorien nicht und auch in dem Fall, dass ein ›Original-Aufsatz‹, den Rahmen von zwei Bogen überschritt, wurde für diesen anteiligen Überschuss nur das »Uebernahme-Honorar« gezahlt.[215] Diese verschleierte Zwei Klassen-Ordnung scheint gleichsam unhinterfragt akzeptiert worden zu sein, unter den prominenten ständigen Mitarbeitern hat einzig Max Lehmann hier erkennbar Kritik geübt.[216] Zuzüglich zum Honorar hatten die Mitarbeiter Anspruch auf 25 kostenfreie Separatabzüge bei größeren und 10 Separatabzüge bei kleineren Aufsätzen. »Beiträge politischen oder persönlichen Charakters, die sofortige Publication bedingen«, also in erster Linie Erwiderungen auf kritische Publizistik Dritter, sowie Aufsätze mit einem Raumbedarf von mehr als 12 Druckbogen hatten überhaupt keinen gesicherten Anspruch auf Vergütung.[217]

Wer nun mit Lenz der Ehre den Vorzug gab, in den »Blauen Heften« veröffentlicht zu werden, der konnte sich zu »den geistigen oberen Zehntausend oder Tausend (oder wieviel es sein mögen)«[218] zählen und so wiederum sein Scherflein zur Reputation der »Jahrbücher« beitragen. Einem Großteil der Mitarbeiter dürfte diese Erwägung insofern leichtgefallen sein, als sie sich ohnehin in etablierten beruflichen Verhältnissen befanden und nicht allein von den Honoraren ihrer Presseerzeugnisse lebten.

Ein stichprobenartiger Vergleich von 8 ausgewählten Heften, welche die Gesamtdauer von Delbrücks Herausgeberschaft unter sich wandelnden Rah-

215 Honorar-Bestimmungen, o. D. [nach 1893], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 211.

216 Max Lehmann an Hans Delbrück, 12.12.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe I, Bl. 50–52

217 Honorar-Bestimmungen, o. D. [nach 1893], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe III, Bl. 211. Inwiefern Lenzens Vorhaltungen ein eingeübtes Klischee kultivierten oder eine tatsächlich unterdurchschnittliche Honorarpraxis der »Preußischen Jahrbücher« spiegeln, lässt sich nicht fundiert bestimmen. Jörg Requates einschlägige Studie zum Journalistenberuf im 19. Jahrhundert behandelt nur Gehälter, keine Honorare für einzelne Publikationen, vgl. *Requate*, Journalismus als Beruf, S. 209–219.

218 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 14.02.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe II, Bl. 1–11.

menbedingungen der Redaktionsarbeit abbilden, zeitigt folgendes Ergebnis[219]: Zusammengenommen lassen sich für diese beispielhafte Auswahl 66 Autoren und 3 Autorinnen identifizieren, deren Artikel in der Mehrheit unter ihrem vollen Namen gedruckt wurden. Anonyme oder unter Pseudonym veröffentlichte Texte waren die Ausnahme, kamen jedoch durchaus mit einiger Regelmäßigkeit vor, wobei darunter sowohl selbst anhand der Honorarlisten nicht mehr identifizierbare Personen genauso fallen, wie auch das bekannte und werbewirksame ω-Autorenzeichen Constantin Rößlers.[220]

Von diesen 69 Personen war der überwiegende Teil von rund zwei Dritteln vor der Reichsgründung geboren worden und hatte die »Einigungskriege« meistenteils als Jugendliche miterlebt. Mit 14 ermittelbaren Geburtsdaten stellt das Jahrzehnt von 1850 bis 1859 die mit Abstand größte Gruppe. Soweit die Konfessionszugehörigkeit ermittelbar ist, überwiegt wenig überraschend das evangelische Bekenntnis mit 22 nachgewiesenen Vertretern massiv und dürfte vermutlich noch höher gelegen haben. Unter den nicht wenigen ausgewiesenen evangelischen Theologen überwog dabei wiederum der kulturprotestantische religiöse Liberalismus Berlins. Katholikinnen und Katholiken lassen sich unter den Mitarbeitern der »Jahrbücher« an ein paar Fingern abzählen, was ebenso für jüdische Autoren gilt. Nicht promoviert war von den Männern des Mit-

219 Eine umfassende Darstellung des Sozialprofils der »Preußischen Jahrbücher« während Hans Delbrücks Herausgeberschaft wird gegenwärtig durch den Vf. vorbereitet. Hier wurden beispielhaft herangezogen: 1) Das Septemberheft 1883 als erstes unter Delbrücks redaktioneller Mitarbeit; 2) Das Juliheft 1889 als erstes unter seiner alleinigen Herausgeberschaft; 3) Das Januarheft 1893 nach dem Verlagswechsel zu Hermann Walther; 4) Das Juliheft 1896 nach dem erneuten Verlagswechsel zu Georg Stilke; 5) Das Januarheft des Jahres 1900, als erstes Nummer der »Jahrbücher« im 20. Jahrhundert; 6) Das Aprilheft 1909 als dem ersten nach der zwischenzeitlichen Übergabe der Herausgeberschaft an Gustav Roloff und Paul Rohrbach; 7) Das Septemberheft 1914 als erstes gänzlich im Krieg redigierte Ausgabe der Jahrbücher; 8) Das Dezemberheft 1919 als letzte von Delbrück herausgegebene Nummer. Vgl. Inhalt, in: PJ 52 (1883) S. IIII. Inhalt, in: PJ 64 (1889), S. III. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 71 (1893), S. II–IV; vgl. ferner Honorarliste Januarheft 1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 278. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 85 (1896), S. III–IV; vgl. ferner Honorarliste Juliheft 1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 326. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 99 (1900), S. III–V; vgl. ferner Honorarliste Januarheft 1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 372. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 136 (1909), S. III–VI; vgl. ferner Honorarliste Aprilheft 1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 482. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 157 (1914), S. III–VI; vgl. ferner Honorarliste Septemberheft 1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 547. Inhaltsverzeichnis, in: PJ 187 (1919), S. III–V.

220 Zu den Funktionen literarischer Anonymität im Allgemeinen vgl. *Pabst*, Anonymität und Autorschaft. Zum rechtlichen Rahmen im Deutschen Kaiserreich vgl. *Otto*, Von Urheberrollen und Nebenluftausgaben, S. 269–284. In der Forschung zur Mediengeschichte des Kaiserreichs im Allgemeinen und derjenigen zu den politischen Kulturzeitschriften im Besonderen spielt die Problematik kaum eine eigenständige Rolle, zur zeitgenößischen Diskussion über Nutzen und Nachteil anonymer Pressebeiträge vgl. *Requate*, Journalismus als Beruf, S. 234.

arbeiterkreises kaum einer. Die vorliegende Stichprobe betreffend haben 52 % der einbezogenen Mitarbeiter im Betrachtungszeitraum einen Professorentitel geführt, wobei sich Universitätsordinariate mit Gymnasien, anderen Hochschulen und ausländischen Bildungseinrichtungen etwa die Waage hielten.[221] Der Geschichtswissenschaft kam dabei eine privilegierte Rolle zu. Viele der regelmäßigen Beiträger waren Delbrücks Kollegen auf historischen Lehrstühlen oder historisch arbeitende Theologen, Juristen und Ökonomen. Der harte Kern der engsten Mitarbeiter stammte überwiegend aus dem Kreis von Delbrücks akademischen Schülern in Berlin.[222]

Nimmt man die Beamten und die Angehörigen der freien Berufe beiseite, dann bleibt eine sehr übersichtliche Zahl an ›Berufsjournalisten‹ und selbst ein erfolgreicher Autor wie Paul Rohrbach hat als Sekretär des Evangelisch Sozialen Kongresses und Ansiedlungskommissar in Deutsch Südwestafrika noch weitere Einkünfte gehabt. Von den hier in Betracht Gezogenen haben kaum mehr als 10 % über längere Zeiträume Publizistik als einzige Erwerbsarbeit betrieben. Außer Constantin Rößler und Emil Daniels waren dies der früh verstorbene Nationalökonom Paul Voigt, der Theaterkritiker und ehemalige Redakteur der sozialdemokratischen »Leipziger Volkszeitung« Max Lorenz, die lebensreformerische Schriftstellerin Gertrud Prellwitz, der »Modephilosoph« Arthur Drews, Margot Dyroff, die Exfrau des Bonner ›Konkordatsphilosophen‹ Adolf Dyroff, die Schriftstellerin Margarethe Gräfin Büna und der Journalist Franz Servaes.[223]

Frauen waren unter den Mitarbeitern der »Jahrbücher« offenkundig massiv unterrepräsentiert. Dies kann kaum überraschen, rekrutierten sich die Autoren der »Blauen Hefte« doch vorwiegend aus Kreisen, von denen Frauen schon durch die exklusive Ordnung der formalen Bildungsvoraussetzungen ausgeschlossen blieben. Dabei gehörten zu den ausgesuchten Gästen der »9er Diners«, die alldienstäglich im Haus Delbrück stattfanden, durchaus ganz selbstverständlich »junge Malerinnen, Lehrerinnen, Schriftstellerinnen«[224] und andere mehr. Mit manchen, wie der pommerschen Jugendfreundin und Schriftstellerin Mite Kremnitz, der Kunsthistorikerin Marie Luise Gothein und der moselländischen Gutsherrin Bernarda von Nell stand Delbrück über Jahre in vertrauter Verbindung. Besonders letztere lobte er ob ihres »treffenden, sicheren Urteils«, während ihr Ehemann zum gelehrten Disput nicht taugen wollte.[225] Alma von Hartmann, Ehefrau des »Modephilosophen« Eduard von Hartmann, führte sich 1903 mit einem Aufsatz über Leo Tolstoi bei den »Preußische Jahrbüchern« ein,

221 Vgl. Kap. II, Anm. 219.

222 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 143.

223 Vgl. Kap. II, Anm. 219.

224 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 151.

225 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 02.09.1902, ms. Abschrift, in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 71; zur Person Bernarda von Nells vgl. *Arnold*, »Für eine Dame unerhört«; *Dräger*, Vier Briefe Bernarda von Nells.

den sie pragmatisch als Grundlage für dessen zukünftig einmal zu schreibenden Nachruf verstanden wissen wollte und bemerkte dabei erfreut, dass »keine grundsätzliche Abneigung gegen Beiträge von Frauen« als Zugangshürde zu überwinden war.[226] Zu diesem Zeitpunkt war Charlotte Broicher, die Tochter des Berliner Hofpredigers Karl Wilhelm Snethlage und Ausschussmitglied des Evangelisch Sozialen-Kongresses, bereits seit gut sieben Jahren regelmäßig mit Beiträgen aus dem Bereich der Kunstgeschichte und -theorie, präsent.[227] Ebenfalls 1903 gewann Delbrück Gertrud Prellwitz als ständige Theaterrezensentin, deren eigenen Zweifeln und dezidiert antifeministischer Kritik aus dem Autorenkreise der »Jahrbücher« zum Trotz.[228] Den männlichen Beiträgern gleich, schrieben die weiblichen Autoren in der Mehrzahl der Fälle unter Klarnamen und nur gelegentlich unter Pseudonym. Wo sich die Gründe dafür nachvollziehen lassen, konnten sie durchaus in Rücksichten auf die Stellung des Ehemannes liegen, ebenso wie in konfessionsbezogenen Konfliktpotentialen, jedoch nicht in grundsätzlichen Bedenken der Beiträgerinnen oder der Redaktion, das Geschlecht einer Autorin bekannt werden zu lassen.[229] Ganz überwiegend blieben die Autorinnen der »Preußischen Jahrbücher« auf die Felder der Kunst und Literatur beschränkt. Nur in Ausnahmefällen zeichneten sie für dezidiert wissenschaftliche oder politische Texte verantwortlich.

Über Annahme oder Ablehnung hat Delbrück trotz stetig wachsender Fülle an eingereichten Beiträgen aller Formate allein und meist »leicht u. schnell« entschieden, wie er 1907 dem damaligen Kapitänleutnant Erich Raeder erklärte. Später zum Großadmiral des NS-Regimes aufgestiegen und noch später als Kriegsverbrecher verurteilt, war Raeder seinerzeit als Redakteur der unterm Dach des Reichsmarineamtes publizierten »Marine-Rundschau« ein Berufskollege, der Erhebungen über die Redaktionsabläufe »großer Monatsschriften« an-

226 Alma von Hartmann an Hans Delbrück, 26.02.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hartmann, Alma von, Bl. 1. Tolstoi lebte zwar entgegen Hartmanns Prognose noch bis 1910, der Aufsatz erschien aber dennoch im Juniheft der »Jahrbücher« 1903, vgl. Alma von Hartmann: Tolstois sittliche Weltanschauung, in: PJ 112 (1903) 3, S. 385–406. Zu Hartmann als »Modephilosophen« des späten 19. Jahrhunderts vgl. *Wolf*, Eduard von Hartmann, S. 21.

227 Zur Person Charlotte Broichers vgl. *Kampmann*, Adolf Harnack zur Frauenfrage, S. 146.

228 Gertrud Prellwitz an Hans Delbrück, 18.09.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Prellwitz, Gertrud, Mappe I, Bl. 1–2; Gertrud Prellwitz an Hans Delbrück, 19.09.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Prellwitz, Gertrud, Mappe I, Bl. 3–4; Hans Delbrück an Gertrud Prellwitz, 18.09.1903, in: AdJb, N 38, Nr. 301; Hans Delbrück an Gertrud Prellwitz, 26.10.1903, in: AdJb, N 38, Nr. 301; Arthur Drews an Hans Delbrück, 17.12.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Drews, Arthur, Bl. 30–31.

229 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 05.08.1901, in: SBB PK, Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe I, Bl. 39–40; Bernarda von Nell betonte später sogar die ausdrückliche Ermunterung ihres Mannes, unter vollem Namen zu publizieren, vgl. Bernarda von Nell an Emil Daniels, 18.02.[1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 78–79.

stellte, in der Hoffnung mit deren Ergebnissen gegenüber dem Reichsmarineamt einen personellen Mehrbedarf geltend machen zu können.[230]

Diese Arbeit versah Delbrück am heimischen Schreibtisch genauso wie auf Reisen, allen alltäglichen Widrigkeiten zum Trotz und bis über die Grenzen der eigenen Belastbarkeit hinaus. Selbst als er während des Sommers 1916 zur Therapie diverser Erschöpfungs- und Belastungssymptome ins Sanatorium Stillachhaus in Oberstdorf überwiesen wurde, hat Delbrück entgegen dem dringenden ärztlichen Verbot publizistischer Betätigung zwischen den dortigen Kohlensäurebehandlungen und Spaziergängen seine Zeit am Schreibtisch verbracht.[231] Noch während er für die Büste Modell saß, die ihm seine Freunde und Schüler zum siebzigsten Geburtstag überreichten, diktierte er seiner Sekretärin Hedwig Klose.[232] Ganz allein versah er die Arbeit nämlich durchaus nicht. Zunächst war die Journalistin und Fotografiepionierin Marie Goslich als seine Sekretärin in der Redaktion der »Jahrbücher« tätig, vermutlich von 1888 bis 1892.[233] Später übernahmen Mathilde Janensch und eben Hedwig Klose diese Funktion. Sie erledigten Delbrücks zunehmend ausufernde Korrespondenz nach Diktat ebenso wie die Niederschrift seiner eigenen Beiträge.

230 Hans Delbrück an Erich Raeder, 21.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 32; Erich Raeder an Hans Delbrück 18.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Raeder, Erich, Bl. 5–6. Die »Marine-Rundschau« gehörte zu denjenigen Zeitschriften, mit denen die »Preußischen Jahrbücher« Austausch von Artikeln zum Zweck des Wiederabdrucks pflegte, wobei Paul Rohrbach das wesentliche Bindeglied darstellte, vgl. Ebd.

231 Abgesehen von Einzelmaßnahmen wie Fichtennadelbädern vollzog sich die Behandlung vornehmlich durch Ruhe und Naturerleben. Außer politischer bzw. publizistischer Betätigung war es dem Kranken ebenso verboten worden, eine gemeinsame Kur mit dem Schwager Adolf von Harnack zu unternehmen. Über Vertraute wie Paul Rohrbach und Peter Rassow blieb Delbrück dennoch ins politische Geschehen Berlins eingebunden. Zu Delbrücks Gesundheitszustand 1916 und Kur vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 36 f.; Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 05.07.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 07.08.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 54 f.; Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 13.08.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 10–11; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 15.08.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 56 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.08.1916, ms. Abschrift in: Ebd., S. 59 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 24.08.1916, ms. Abschrift in: Ebd., S. 61.

232 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 04.06.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 76.

233 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 44. Vgl. auch *Bortfeldt*, Frühes Licht und späte Schatten. Bortfeldts atmosphärische Darstellung des Redaktionsalltags erwähnt für die Zeit von Goslichs Mitarbeit an den »Jahrbüchern« zudem einen angestellten Redakteur und eine Schreibkraft. Da die Quellengrundlage nicht im Einzelnen nachvollziehbar ist und etwa in Bezug auf Delbrücks Rolle in der Novemberrevolution sachlich falsche Angaben gemacht werden, bleibt der Aussagewert jedoch zweifelhaft.

Ab Mai 1909 beschäftigte Delbrück den jüdischen Historiker Emil Daniels mit einem monatlichen Salär von 150 M als Redakteur. Seit er als neunzehnjähriger Student 1883 in Delbrücks kriegsgeschichtliches Seminar eingetreten und 1886 mit einer Arbeit über die Schlacht von Torgau 1760 promoviert worden war, war Daniels einer der engsten Weggefährten Delbrücks gewesen, der seit 1889 regelmäßig für die »Jahrbücher« schrieb und in späteren Jahren als ständiger Korrespondent und allseits anerkannter Experte für die internationale Politik in gewisser Hinsicht die alte Position Constantin Rößlers in deren Betrieb innehatte.[234] Nun versah er einen großen Teil der alltäglichen Redaktionskorrespondenz, korrigierte eingegangene Manuskripte und hatte weitreichende Freiheiten in der Entscheidung über deren Annahme oder Ablehnung. Mit dem Juniheft 1917 übernahm in der Person Siegfried Mettes ein weiterer und kostengünstigerer Delbrückschüler diese Aufgabe, der zwei Jahre zuvor mit einer Arbeit über Napoleon und dessen Rivalen Moureau promoviert worden war und nun für 75 Mark monatlich die Redaktion der »Blauen Hefte« weiterführte.[235]

Delbrück und später auch Daniels und Mette redigierten gelinde gesagt freihändig. Hatte sich Delbrück im August 1883 noch als Opfer spontaner redaktioneller Eingriffe in den Text seiner »Correspondenz« beklagt,[236] wurde dies unter seiner »absoluten Herrschaft« nicht anders gehandhabt.[237] Klagen gab es darüber wenig.[238] Vielmehr wurde die Akzeptanz dieser Praxis augenscheinlich als nahezu unhinterfragbare Voraussetzung für die Publikation in den »Jahrbüchern« hingenommen und immer wieder proaktiv anheimgestellt, zumal wenn das straffe Redaktionsprogramm die rechtzeitige Ablieferung eigener Korrektu-

234 Zu Emil Daniels vgl. Otto Haintz: Emil Daniels' Lebenswerk, in: PJ 238 (1934) 3, S. 230–241. Zu Gehalt und Anstellungsdauer vgl. nur in Auswahl Honorarliste Maiheft 1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 483 und Honorarliste Maiheft 1917, in: Mai 1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 579. Zu Daniels Rolle als außenpolitischer Experte vgl. *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 153. Zu Daniels jüdischem Bekenntnis und den darin liegenden Karrierehürden vgl. Hans Delbrück an Hermann Fürst von Hatzfeldt zu Trachenberg, 20.09.1926, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hatzfeldt, Fürst von, Bl. 1; Hans Delbrück an Hermann Fürst von Hatzfeldt zu Trachenberg, 01.10.1926, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hatzfeldt, Fürst von, Bl. 2; Hermann Fürst von Hatzfeldt zu Trachenberg an Hans Delbrück, 04.10.1926, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 51–54.

235 SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 580; Verzeichnis der auf meine [Delbrücks; d. Vf.] Anregung unternommenen oder aus meinem Seminar hervorgegangenen Dissertationen oder sonstigen historischen Erscheinungen, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 22, Bl. 10–12.

236 Hans Delbrück an Georg Reimer, 04.08.1883, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 19–20.

237 Paul Graf von Hoensbroech an Hans Delbrück, 20.11.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 15–16; Paul Graf von Hoensbroech an Hans Delbrück, 20.11.1894, Ebd., Bl. 17.

238 Constantin Rößler an Hans Delbrück, 11.09.1889, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 13–14.

ren unsicher machte.[239] Auch Beschwerden über unverstellte Gängelei seitens der Redaktion waren die Ausnahme.[240] Vielmehr wurde es ein wesentliches Merkmal der »Preußischen Jahrbücher«, auch wissenschaftliche Interpretationsansätze und politische Meinungsäußerungen von Delbrücks jeweiligem Standpunkt fernstehenden Personen aufzunehmen. Auf solche rekurrierte er im Regelfall in parallelen eigenen Beiträgen oder sie wurden durch redaktionelle Anmerkungen oder Nachsätze gerahmt. Vermutlich teilte die Mehrheit der Mitarbeiter zumindest in der Rückschau diejenige Erfahrung, wie sie der siebenbürgener Pädagoge und Politiker Lutz Korodi 1941 gegenüber Lina Delbrück zu Protokoll gab:

»großzügig ließ er auch in der äußeren Form der Darstellung den Mitarbeiter gewähren, der ja schließlich sein Manuskript als geistiges Eigentum mit seinem Namen deckte. Nur in besonders schwierigen Fällen der augenblicklichen politischen Lage besprachen wir vor der Niederschrift auf einen Spaziergang oder in Delbrücks Wohnung den Gegenstand und diese kleinen Konferenzen unter vier Augen gehören zu meinen ansprechendsten Erinnerungen aus der Zeit meiner langjährigen publizistischen Tätigkeit. In der Diskussion ging Delbrück nicht von starren politischen Dogmen aus. Unbefangen im Urteil, wie jeder innerlich Freie, der über den Dingen steht, war er sachlichen Gründen stets zugänglich, war nie ein Gefangener einer autoritären Ideologie, die dem vermeintlichen Mann der Wissenschaft wie dem Berufspolitiker schließlich immer den Stempel des schablonenhaft Handwerksmäßigen aufdrückt und die, ungeachtet äußerer Augenblickserfolge im tiefsten Grunde doch nur geistige Armut verrät«.[241]

239 Instruktionen, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 211.

240 Constantin Rößler an Hans Delbrück, 11.09.1889, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 13–14.

241 Lutz Korodi an Lina Delbrück, o. D. [1941], ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 102 f.

III. Die Ära Bismarck

1. Der Staat Bismarcks

Kein »Krisenherd« des Kaiserreichs lag außerhalb des Schattens, den Otto von Bismarck warf. Dabei stellte der ihm zugerechnete genialische Gründungsakt in vieler Hinsicht ein Provisorium dar. Im Krieg, auf fremdem Territorium als Fürstenbund ins Leben gerufen, hingen dieser Gründung nicht nur die fortdauernden Bestechungszahlungen an den bayerischen König Ludwig II. nach, denen der preußische König die ›allseitige‹ Anerkennung als präsidialem Oberhaupt verdankte. Die reichsunmittelbaren Institutionen wurden durch die Bundesstaaten finanziert und haben sich erst durch sukzessive Gründung über Jahrzehnte hinweg zu einer eigenen Reichsbürokratie entwickelt. Von Zeitgenossen und Geschichtsbüchern als Nationalstaat gefeiert, war ihr Ergebnis nicht minder ein preußischer Hegemonialstaat, in dem auch ›unterhalb‹ von Thron und Kanzleramt die institutionellen, personellen und kulturellen Verknüpfungen zwischen preußischem und deutschem Staat dominierten.[1] Sich über den Staat, seine Verfassung und Verfasstheit zu verständigen, war dennoch ohne Rückgriff auf Bismarck schlicht nicht möglich; zu seinen Amtszeiten als preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler ohnehin nicht, aber nach seiner Entlassung auch nicht und genauso wenig nach seinem Tode.[2] Hans Delbrück war hinsichtlich dieser Fokussierung keine Ausnahme. Tatsächlich fordert seine Auseinandersetzung mit Bismarcks »Erbe« und dem regelrechten Kult um dessen Person dazu auf, Christian Lüdtkes Einschätzung zu widersprechen, wonach Delbrücks historische Arbeiten in der Weimarer Republik nicht nur einer thematischen Verengung unterlagen, sondern überhaupt erst eine politische Dimension entwickelt haben.[3] Ohne den Heroismus der borussischen Zeitgeschichtsschreibung ganz abzulegen, hat Delbrück sich um eine Historisierung der Ära Bismarck bemüht, die auf politische Kritikmöglichkeit zielte. In dem Reich, das auch nach Delbrücks Dafürhalten Bismarck geschaffen hatte, traf seine Kritik trotz gewisser Unterschiede Monarch, Parlament und die preußische Aristokratie gleichermaßen. Denn vom Beginn seines politischen Wirkens an vertrat Delbrück eine Art von Sonderwegs-Theorie, indem er die politische Ordnung des Deutschen Reiches sowohl dem autokratischen Zarenreich als auch den parlamentarischen Systemen Frankreichs und Großbritanniens überlegen

1 *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 112–115; *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 26; Ebd., 47 f.

2 *Gerwarth*, Der Bismarck-Mythos, S. 21–42; *Urbach*, Between Saviour and Villain. Beide behandeln Hans Delbrücks Beitrag zur Bismarck-Historiographie nicht.

3 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 42.

darstellte und zwar vermöge seiner ›Mischverfassung‹.[4] In dieser hielten die genannten Machtzentren im Sinne eines »aufgeklärten Konservativismus« einander die Waage und banden Regierung und Volkswillen zusammen.

Hans Delbrück ist Bismarck 1877 in der Gesellschaft des Kronprinzen Friedrich vorgestellt worden und begegnete ihm während dessen Amtszeit auf parlamentarischen Soiréen sowie mindestens einmal bei einem privaten Frühstück.[5] Doch war die Vertraulichkeit dieser Beziehung nie jener Vertrauensstellung vergleichbar, die Delbrück später bei Bülow und Bethmann Hollweg genießen sollte. Als Bismarck nach seiner Entlassung 1890 Berlin verließ und sich nach Friedrichsruh zurückzog, standen Hans und Lina Delbrück wie hunderte andere Schaulustige auf dem Bahnsteig.[6] Zwar hat Delbrück im Rahmen seiner Vorlesung über Weltgeschichte nach Bismarcks Tod am 30. Juli 1898 den Hingeschiedenen mit Persönlichkeiten der europäischen Geschichte von Perikles bis Luther und von Alexander dem Großen bis Napoleon verglichen.[7] Anlässlich des hundertsten Todestages der ›preußischen Madonna‹ Luise sollte er auch einmal freimütig einem sentimentalen Unbehagen an der biographischen Dekonstruktion nationaler Mythen Ausdruck geben.[8] Dennoch hat Delbrück nicht in andächtigem Schweigen vor der historischen Erinnerung an den Reichsgründungskanzler verharrt und ist auch nicht von der epochenübergreifenden Analogie mit den genannten Heroengestalten ausgehend der ausufernden Bismarckhagiographie seiner Zeit beigetreten.

Zunächst setzte er sich punktuell mit der rasch an Umfang gewinnenden Bismarckhistoriographie auseinander und ließ insbesondere Bismarcks militärpolitischer Rolle im Krieg von 1870/71, speziell bei der Belagerung von Paris, kritische Behandlung zuteilwerden.[9] Dabei profitierte Delbrück einerseits von

4 Zur politischen Ideengeschichte der Mischverfassung vgl. *Riklin*, Machtteilung. Zur historischen Tradition der deutschen Sonderwegs-Ideologie vgl. *Faulenbach*, Ideologie des deutschen Weges, S. 293–303.

5 Hans Delbrück an Laura Delbrück, 28.08.1877, in: BArch Koblenz, N 1017/82; »Bismarck und Windthorst«. Bericht Adolph Wagners über eine parlamentarische Soirée bei dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck, in: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Abt. II, 2. Bd., 1. Teil, Nr. 167, S. 575–580, S. 576; Otto von Bismarck an Hans Delbrück, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bismarck, Otto von, Bl. 1.

6 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 30.03.1890, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 118.

7 Hans Delbrück: Fürst Bismarck in der Weltgeschichte. Ansprache an die Hörer seiner Vorlesung über Weltgeschichte am Montag, den 1. August 1898, nach der Erinnerung niedergeschrieben und ausgearbeitet, in: PJ 93 (1898) 3, S. 393–406.

8 Hans Delbrück: Von der Königin Luise, dem Minister v. Stein und dem deutschen Nationalgedanken, in: PJ 136 (1909) 3, S. 441–458, S. 448.

9 Hans Delbrück: Ausweisungspolitik. Reichstag. Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bismarck, in: PJ 95 (1899) 1, S. 179–187, S. 186 f.; Hans Delbrück: Bismarck-Historiographie, in: PJ 96 (1899) 3, S. 461–480. Vgl. etwa zur Frage des Kriegsausbruchs Hans Delbrück: Der Ursprung des Krieges von 1870, in: PJ 70 (1892) 6, S. 729–746 und Hans Delbrück: Zum

seinen höfischen Kontakten aus seiner Zeit als Prinzenerzieher, wie zum Diplomaten und Bismarck-Vertrauten Robert von Keudell. Andererseits jedoch wurde er in die literarischen Erinnerungskämpfe hineingezogen, in denen Bismarcks frühere Mitarbeiter ihre einstigen Intrigen im ›Ruhestand‹ fortsetzten. Als Delbrück 1899 die »Tagebuchblätter« von Moritz Busch nicht ohne Anerkennung rezensierte, die »Ehrlichkeit« des Verfassers jedoch durchaus abschätzig beurteilte, dann liegt es in Hinblick auf seine eigene Vertrauensstellung bei Keudell zumindest nahe, dass er dabei besonders die »Buchhändler-Intrige« im Sinn hatte. Im zweiten Band der »Tagebuchblätter« hatte Busch nämlich unter Referenz auf seinen günstiger Weise bereits verstorbenen Kollegen Lothar Bucher eben Keudell als den Kolporteur eines angeblichen Erpressungsversuchs hingestellt, den ein ungenannter Buchhändler 1873 gegenüber dem Reichskanzler unternahm, indem er mit der Veröffentlichung von Buschs Tagebuchaufzeichnungen drohte, was Bismarck wiederum als Vorwand für die Entfernung Buschs aus seinem engsten Umfeld genutzt haben soll. Ob jene Passage dem Absatz der »Tagebuchblätter« förderlich war, muss an dieser Stelle offenbleiben, doch wird Keudell, der jede Verbindung mit der »Buchhändler-Intrige« ebenso bestritt, wie die Möglichkeit, dass Bucher derartige Verdächtigungen gegen ihn geteilt haben könnte, Delbrücks Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit Buschs kaum günstig beeinflusst haben.[10]

Ohne dass Delbrück allgemein negative Charakterzeichnungen Bismarcks unterfütternde Anekdoten, wie etwa bezüglich seines paranoiden Misstrau-

Ursprung des Krieges von 1870, in: PJ 79 (1895) 2, S. 341–348 sowie Rudolf von Delbrück an Hans Delbrück, 06.02.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Rudolf, Bl. 4. Zur Belagerung von Paris vgl. auch bereits Anonymus [Hans Delbrück]: Die Beschießung von Paris. Nach authentischen Quellen, in: PJ 68 (1891) 4, S. 473–480 sowie zustimmend Karl Leonhard von Blumenthal an Hans Delbrück, 15.10.1891, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Blumenthal, Graf, Bl. 6. Zur Auseinandersetzung mit der franz. Historiographie Hans Delbrück: Ollivier über den Krieg von 1870, in: PJ 137 (1909), S. 306–334.

10 Robert von Keudell an Hans Delbrück, 18.09.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keudell, Robert von, Bl. 2–3; Robert von Keudell an Hans Delbrück, 04.06.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keudell, Robert v., Bl. 4–5; *Busch*, Tagebuchblätter, 2. Bd., S. 399 f. In der einschlägigen Literatur zu Moritz Busch und Lothar Bucher findet die »Buchhändler-Intrige« keine Erwähnung, vgl. *Kolb*, Moritz Busch; *Studt*, Lothar Bucher. Zur weiteren Auseinandersetzung Delbrücks mit der zeitgenössischen Bismarckhistoriographie vgl. Hans Delbrück: Geschichte Bismarcks von Max Lenz. Freiherr vom Stein von Max Lehmann, in: PJ 109 (1902) 2, S. 337–339; Hans Delbrück: Kaiser Wilhelm I. und Bismarck. Aus Bismarcks Briefwechsel. Fürst und Fürstin Bismarck. Tagebücher des Generalfeldmarschalls Graf von Blumenthal, in: PJ 107 (1902) 1, S. 131–133; Hans Delbrück: Erich Marcks, Bismarcks Jugend 1815–1848. Hermann Oncken, Rudolf v. Benningsen. Karl Samwer, Zur Erinnerung an Franz von Roggenbach, in: PJ 140 (1910) 3, S. 529–531; Hans Delbrück: Otto von Bismarck, ein Lebensbild von Erich Marcks. Erich Marcks, Vom Erbe Bismarcks, in: PJ 164 (1916) 1, S. 131–136; Hans Delbrück: Johannes Haller, Bismarcks Friedensschlüsse, in: PJ 166 (1916) 2, S. 284–287. Vgl. Robert von Keudell an Hans Delbrück, 18.09.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keudell, Robert von, Bl. 2–3; Robert von Keudell an Hans Delbrück, 04.06.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keudell, Robert v., Bl. 4–5.

ens kolportierte, die ihm aus Verbindungen zu unversöhnlichen Gegnern des ersten Reichskanzlers, wie dem Prinzen Christian von Schleswig-Holstein zuflossen[11], machte er sich von konservativer Warte aus doch schwerer Versündigung gegen das Andenken des Reichsgründers schuldig. Denn zu einem Lebensthema Delbrücks wurde die Frage nach den Hintergründen von Bismarcks Entlassung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Dies war eine ungemein politische Frage, da sie die heroischen Qualitäten des omnipräsenten Reichsgründers berührte und wurde auch von wohlgesonnenen Korrekturlesern als politisch heikel aufgefasst.[12] Ab 1904 und insbesondere nach der posthumen Veröffentlichung der Memoiren des dritten Reichskanzlers, Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, vertrat Delbrück in den »Preußischen Jahrbüchern« die Ansicht, Bismarck habe 1890 einen »Staatsstreich« geplant, dem sich der Kaiser jedoch widersetzte.[13] Diese These ist in der jüngeren Forschung weiterhin umstritten.[14] Doch nach Delbrücks Urteil konnte sie allein eine viel beachtete Passage in den Erinnerungen Hohenlohes erklären, wo es zum 26. April 1890 heißt, der Kanzler habe bei der Wiedervorlage zur Verlängerung des Sozialistengesetzes eine Auflösung des neugewählten Reichstages riskieren »und dann, wenn es zu Aufständen käme, energisch einschreiten« wollen.[15]

Diese Kalkulation auf Anwendung militärischer Gewalt im Inneren, für welche der junge Kaiser keine Not sah und die zu verantworten er sich scheute[16], war der Ausgangspunkt von Delbrücks Schlussfolgerungen. In seinem Urteil verließ er sich vor allem auf das Zeugnis von Bismarcks seinerzeitigem Stellvertreter, dem freikonservativen Innenstaatsekretär Karl Heinrich von Boetticher, der ihm 1906 bestätigte, dass Bismarck

»*im Kreis der Minister* sich zu der Rechtsauffassung bekannt hat, daß den Fürsten und freien Städten die Befugnis zustehe, das Reich aufzulösen und durch eine Neugründung zu ersetzen«.[17]

11 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 101.

12 Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 17.01.1909, in: SBB Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, Bl. 30–32.

13 Hans Delbrück: Staatsstreich-Wolken, Weltpolitik und Reichsfinanzen, Ein neues Schulgesetz, Der Krieg, in: PJ 116 (1904) 3, S. 588–600, S. 588 f.; Hans Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [I], in: PJ 126 (1906) 2, S. 375–386; Hans Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [II], in: PJ 126 (1906) 3, S. 501–517. Flüchtig berührt wird der Zusammenhang bei *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 71 f.

14 Zu den unterschiedlichen Forschungsmeinungen vgl. *Lüdtke*, Hans Delbrück in Weimar, S. 46 f. Eine kurze Bibliographie zu Otto von Bismarck unter besonderer Berücksichtigung der Hintergründe seiner Entlassung bietet *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 650 f.

15 Zit. nach Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [I] [PJ 126/2], S. 378.

16 Ebd.

17 Karl Heinrich von Boetticher an Hans Delbrück, 19.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Boetticher, K. H. v., Bl. 7–8.

Diese Rechtsauffassung, wie sie vor allem durch den badischen Bundesratsgesandten Eugen von Jagemann öffentlich vertreten worden war, bot demnach das fehlende Puzzlestück für die Erklärung der Hohenlohe-Memoiren. Statt bloß den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszurufen, sollten die Bundesfürsten das Reich auflösen und sich sodann unter einer neuen Verfassung unter Fortlassung des allgemeinen Wahlrechts wieder vereinen. Die zu erwartenden Widerstände aus der solcher Weise um ihr Wahlrecht zu bringenden sozialdemokratischen Arbeiterschaft hätte Bismarck demnach mit Gewalt niederschlagen wollen und die en passant befeuerte, bürgerliche Revolutionsfurcht die linksliberalen und katholischen Gegner Bismarcks ihr Heil in neuer Obrigkeitstreue suchen lassen.[18]

Wie kaum anders zu erwarten, fanden die Ausführungen rege Aufmerksamkeit. Zwischen nüchterner Betrachtung und empathischem Zuspruch chargierten die linksliberale »Frankfurter Zeitung« und der sozialdemokratischen »Vorwärts«. Während diese Blätter in der Affäre um die Hohenlohe-Memoiren und Delbrücks Interpretation derselben Gelegenheit fanden, ihre parlamentarische Opposition als »nationale Notwendigkeit« zu charakterisieren[19], erregte die Veröffentlichung rechter Hand heftigen Widerspruch in Massenblättern und gelehrten Erwiderungen.[20] Der Bonner Universitätskurator und langjährige Leiter der Reichskanzlei Franz von Rottenburg zieh Delbrück des »Unvermögens, das Heroentum des Fürsten Bismarck zu begreifen«.[21] Die nationalliberalen »Leipziger Neuesten Nachrichten« stellten sogar die Veröffentlichung in den Kontext eines kontinuierlichen Bemühens Delbrücks, »den bürgerlichen Parteien in den Rücken zu fallen, den Sozialdemokraten den Angriff zu erleichtern«[22]. Diverse konservative Blätter mühten sich, Misstrauen gegen Delbrück als einem bekannten Eigenbrötler und Quertreiber zu hegen, der überdies seine anerkannterweise wirksame »Vertrauenswürdigkeit und Autorität« in dieser Sache selbst untergrabe, indem er die angedeuteten Zeugen seiner Thesenbildung im Dunkeln der Anonymität belasse.[23]

Diesen Vorwürfen begegnete Delbrück mit der Vorhaltung, dass wer ihm nicht traue, auch seinen »Zeugen« nicht trauen würde.[24] Gleichwohl befürchtete

18 Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [I] [PJ 126/2]; Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [II] [PJ 126/3]. Zu Bismarcks Staatsstreichplan vgl. auch *Haardt*, Bismarcks ewiger Bund, S. 476.

19 Bismarcks Staatsstreichgelüste, in: Vorwärts, 01.12.1906; Die Staatsstreichpläne und die Entlassung des Fürsten Bismarck, in: Frankfurter Zeitung, 08.11.1906.

20 Hans Delbrück an Karl Heinrich von Boetticher, 07.12.1906, in: BArch Koblenz, N 1925/59.

21 Franz von Rottenburg: Eine falsche Anklage gegen den Fürsten Bismarck, in: Deutsche Revue 31 (1906) 4, S. 273–284, S. 283.

22 Delbrück als Schwurzeuge gegen Bismarck, in: Leipziger Neueste Nachrichten, 01.12.1906, Nr. 332.

23 Vgl. bspw. Delbrück schweigt, in: Coblenzer Zeitung, 29.11.1906, Nr. 551; Die Delbrückschen »Enthüllungen«, in: Berliner Tageblatt, 07.11.1906, Nr. 568; Bismarcks angebliche Staatsstreichpläne, in: Ostdeutsche Korrespondenz, 06.11.1906.

24 Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [II] [PJ 126/3], S. 502 f.

er, seine Zeugen könnten öffentlich erkennbar sein, obwohl Bismarcks staatsrechtlicher Standpunkt zur Auflösbarkeit des Reiches durchaus kein Geheimnis war.[25] So lange Boetticher lebte, enthüllte er diesen tatsächlich nicht als seinen Hauptzeugen, während der britische Journalist und Bismarck-Vertraute Sidney Whitman, der im Zuge der Memoiren-Affäre brieflich ableugnete, jemals derartige Ambitionen Bismarcks verbürgt zu haben, dauernd im Dunkeln blieb.[26] Indes hat Delbrück die Polemik der Debatte um Bismarcks Entlassung, die mit der Zeit ein eigener Gegenstand selbstreferentieller analytischer Betrachtung wurde, selbst tatkräftig befeuert und etwa auf die Resonanz der entsprechenden Passagen in »Regierung und Volkswille« hin den sofort zur Tat schreitenden Journalisten Maximilian von Hagen zum publizistischen »Kampf« aufgerufen.[27]

Zu keiner Zeit hat Delbrück Zweifel offengelassen, was die Folgen der Verwirklichung dieses Staatsstreichplans gewesen wären, den er mit dem bizarren Manöver des serbischen Königs Aleksandar Obrenović gleichsetzte, der 1903 die Verfassung Serbiens für weniger als eine Stunde suspendiert hatte, um ohne deren lästige Verfahrensvorschriften ein Bündel Gesetze zu verabschieden. Insofern warnte Delbrück in seiner zeithistorischen Analyse zugleich vor den fortgesetzten konservativen Gedankenspielen einer reaktionären Umgestaltung des Reiches, wenn er darlegte, wie ein Staatsstreich Bismarcks als sträfliches Vergehen gegen den »nationalen Gedanken« den politischen Katholizismus und das kulturprotestantische liberale Bildungsbürgertum in »radikaler Opposition« vereint und womöglich gar die süddeutschen Fürstenhäuser in einen gemeinsamen Widerstand mit den Sozialdemokraten getrieben hätte. Am Ende drohte die Degeneration des monarchischen Prinzips zur repressiven Autokratie, wie sie im Zarenreich zu besichtigen war und ein fortwährender Kampf zwischen gleichermaßen terroristischem Polizeistaat und Revolutionsbewegung, der das Reich nicht zuletzt als »weltpolitischen« Akteur handlungsunfähig machen würde[28]:

25 Hans Delbrück an Karl Heinrich von Boetticher, 29.11.1906, in: BArch Koblenz, N 1925/59; Gerhard Anschütz an Hans Delbrück, 19.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Anschütz, Gerhard, Bl. 8–9; Gerhard Anschütz an Hans Delbrück, 21.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Anschütz, Gerhard, Bl. 7; Gerhard Anschütz an Hans Delbrück, 02.10.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Anschütz, Gerhard, Bl. 10.

26 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 08.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 51–53; Hans Delbrück an Sidney Whitman, 10.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Whitman, Sidney, Bl. 3–6.

27 Hans Delbrück an Maximilian von Hagen, 23.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 30, Bl. 21; Maximilian von Hagen an Hans Delbrück, 24.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hagen, Maximilian v. Dr., Bl. 10–11; Maximilian von Hagen: Bismarcks Staatsstreichplan, in: Die Grenzboten 73 (1914) Erstes Vierteljahr, S. 198–203, S. 199; Maximilian von Hagen: Die Frage des Bismarckschen Staatsstreichplans, ms. Manuskript, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/7.

28 Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 589; Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [I] [PJ 126/2], S. 379 f. Zur Königsdiktatur Alexander Obrenovićs vgl. *Clark*, Die Schlafwandler, S. 31 f.

»Im Interesse eines verständigen, gemäßigten Konservatismus selber liegt es daher, das jetzige Wahlrecht zu behalten.«[29]

Freilich musste Delbrück feststellen, dass die tiefe Bismarck-Verehrung der Zeitgenossen auch ausgewiesene Befürworter des allgemeinen Stimmrechts wie Franz von Rottenburg zu heftiger Ableugnung des historischen Befundes anreizte. In dieser Beziehung zielte Delbrück nicht zum letzten auf die Historisierung der Reichsgründungszeit ab:

»Der Zweck meiner Einwirkung auf die öffentliche Meinung in dem gewünschten Sinne ist, glaube ich, so gut wie unerreichbar. Wir mögen sagen und beweisen, was wir wollen: die Bismarck-Verehrung ist ein *Glauben*, an dem auch Thatsachen wirkungslos abprallen.«[30]

Indem er solcherweise Bismarcks Sturz erklärlich zu machen fand, meinte Delbrück ohne dem Heroismus seiner Zeit ganz entsteigen zu können, den Reichsgründer, der bar weiterer »positiver« Zukunftsziele Hand an sein eigenes Bauwerk zu legen drohte, von dem Makel zu befreien, im Frühjahr 1890 schlicht einer Intrige viel geringerer Menschen zum Opfer gefallen zu sein. Vor allem aber barg ihm diese Deutung die historisch verbürgte Lehre, dass der Staat größer war und sein musste als noch sein größter Held.[31]

Das von solchen reaktionären Umsturzplänen bedrohte »monarchische Prinzip« vertrat Delbrück durchweg als entscheidenden Faktor einer überlegenen politischen Ordnung des Kaiserreichs und dessen günstig eingeschätzter Zukunftschancen. Die Monarchie galt ihm nach diesem Prinzip zugleich als Garant der nationalen Integration und als Korrektiv der Klassengesellschaft, insofern sie durch Alter und historische ›Leistung‹ der staatlichen Exekutive ihre Autorität gab. Nur das auf den Monarchen ausgerichtete Berufsbeamtentum schien die Partikularinteressen in der Gesellschaft einhegen zu können.

Über denjenigen Monarchen, der die längste Zeit von Delbrücks politischem Wirken diese Rolle auszufüllen hatte, hat Delbrück früh Gelegenheit gehabt, sich ein Urteil zu bilden. Bereits 1875 charakterisierte er in Übereinstimmung mit der Kronprinzessin deren ältesten Sohn als eine ganz von den Äußerlichkeiten seiner Stellung gebannten, hochmütigen und rechthaberischen Egoisten, der »seinen zukünftigen Beratern einmal sehr viele Schwierigkeiten machen [wird]«[32]. Den seinerzeit kolportierten und in der Forschung durch John Röhl zum umfassenden Erklärungsmodell für die Geschichte des Kaiserreichs ausgebauten Einschätzungen Wilhelms II. als eines Geisteskranken hat Delbrück

29 Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 593.

30 Hans Delbrück an Karl Heinrich von Boetticher, 09.11.1906, in: BArch Koblenz, N 1925/59.

31 Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [II] [PJ 126/2], S. 515–517.

32 Hans Delbrück an Laura Delbrück, o. D. [1875], ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück (1848–1929) in Briefen. Bis 1880, S. 80 f.

sich indes auch privat nie angeschlossen.[33] Zu öffentlicher Kritik am Monarchen verstand sich Hans Delbrück aber durchaus. Seine Bemerkungen zum »voluntas regis suprema lex esto«-Zitat des gern das Füllhorn seiner Bildung ausgießenden Kaisers beurteilte der freikonservative Fraktionsführer Wilhelm von Kardorff als die schärfste Kritik, die an jenem Ausspruch getätigt wurde.[34] Nachdem Wilhelm II. vor dem ohnehin für markige Kaiserworte bekannten Brandenburgischen Provinzial-Landtag im Jahr 1892 die katholische und liberale Opposition in Preußen als »Nörgler« diffamiert hatte, erwartete Delbrück die Beschlagnahmung des selbige Rede behandelnden Märzheftes. Lina Delbrück kleidete die häusliche Rebellenstimmung sogar in die ironische Anfrage an ihre Eltern in Leipzig, ob diese ihre Schwiegersöhne wohl im Keller verbergen könnten.[35]

Delbrücks Kaiserkritik blieb allerdings durchweg in eine allgemein wohlwollende Semantik betreffend des »persönlichen Regiments« eingewoben.[36] Kritik erfolgte vor allem indirekt, durch das Referat dritter, in dem Delbrück etwa während der »volunta regis«-Episode allgemein von Professoren sprach, die »in ihre Vorlesungen historische und staatsrechtliche Betrachtungen ein[flochten], daß von je der Germane ein Königthum, aber kein unumschränktes gehabt habe.«[37] Wie die Zensurbesorgnisse des Frühjahrs 1892 zeigen, war dies nicht oder jedenfalls nicht in erster Linie eine Taktik, die darauf abzielte, presserechtlichen Repressionen auszuweichen. Es war vielmehr Ausdruck der Sorge des Monarchis-

33 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 263. Vgl. Röhl: Wilhelm II. Vgl. auch die Materialsammlung aus den Jahren 1925/26 zur Entbindung Wilhelms in BArch Koblenz, N 1017/22.

34 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 19 f. Thimme insistiert auf die Originalität der dort von Delbrück vertretenen Ansichten und widerspricht einer von Alfred Graf von Waldersee überlieferten Vermutung, wonach dieser Artikel eine ›Auftragsarbeit‹ für den Reichskanzler Caprivi war. Die erhaltene Korrespondenz Delbrücks mit Caprivi bestätigt Thimmes Ansicht, dass Delbrück Caprivi zwar politisch nahestand und auch persönlich mit ihm verkehrte, eine entsprechende Inspiration Delbrücks zum nämlichen Artikel durch Caprivi aber nicht belegbar ist und wohl auch nicht nötig war. Gerüchte im Sinne der Aussage Waldersees sind wohl schon in jenem Dezember 1891 kolportiert worden. Sie verweisen auf die Verflechtung jener Episode mit der seinerzeitigen Debatte um das Zedlitz'sche Volksschulgesetz. In diesem Kontext wurde sogar der Kaiser selbst als mögliche Inspirationsquelle benannt. Alle diese Gerüchte wurden von Lina Delbrück gegenüber ihrer Mutter zurückgewiesen, vgl. Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 11.12.1891, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 130.

35 *Clark*, Wilhelm II., S. 216–220; Hans Delbrück: Das Volksschulgesetz und die Macht des Ultramontanismus. Die kaiserliche Rede, in: PJ 69 (1892) 3, S. 427–433, S. 432 f.; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 11.03.1892, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 131 f.

36 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 22.

37 Hans Delbrück: Die Volksstimmung. Die zweijährige Dienstzeit. Volunta regis. Polenpolitik, in: PJ 68 (1891) 3, S. 900–908, S. 903.

ten vor der Beschädigung der monarchischen Autorität.[38] So schrieb Delbrück etwa über die umstrittene Kaiserrede vor dem Brandenburger Landtag 1892:

»Nicht der monarchische, der patriarchalische Ton in der Rede ist es, der den erbitterten Widerspruch hervorruft. Wer etwa Seiner Majestät über die Wirkung der Rede anders berichtet […], der muß von der öffentlichen Meinung als ein Lügner und Verräther an seinem königlichen Herren gebrandmarkt werden.«[39]

Womit er ganz der Haltung von Höflingen wie Philipp zu Eulenburg entsprach, die des Kaisers Vorliebe für potentiell heikles politisches Pathos durch die Vorlage kritischer Pressebeiträge einzuhegen suchten.[40]

Das »monarchische Prinzip« war, so Delbrücks Auffassung, nun einmal nicht von der Individualität des konkreten Monarchen abzulösen. Die öffentlichen Auslassungen des Kaisers mochten zu »erbärmlichem Stöhnen«[41] Anlass geben. Dennoch galt es im Sinne des »monarchischen Prinzips« den Monarchen selbst zu schonen. Selbst im Nachklang von »Hunnenrede« und »Daily Telegraph-Affäre« hat Delbrück den Kaiser in gewissem Umfang in Schutz genommen. Ob Delbrück der monarchischen Autorität freilich etwas Gutes tat, indem er noch die drastischsten Aussprüche des Kaisers als folgenloses Gerede abtat,[42] muss dahingestellt bleiben. Tatsächlich ist es wohl für das liberalkonservative Spektrum des Kaiserreiches insgesamt bemerkenswert, dass Delbrück zwar in seinen publizistischen Beiträgen durchaus gelegentlich auf den Kaiser rekurrieren mochte, um die Autorität des Thrones gegen die Konservativen in Stellung zu bringen, wenn Wilhelms II. Positionierung zu einem Thema dies erlaubte. Der Kaiser jedoch im Großen und Ganzen weder in den »Preußischen Jahrbüchern«, noch auf der ›Hinterbühne‹ der politischen Kommunikation als Angelpunkt der Politik in ›seinem‹ Reich bezeichnet werden kann.

So wie auch ein manches Mal als arge Belastung empfundener Monarch Delbrück das monarchische Element der Mischverfassung nicht in Zweifel ziehen ließ, so haben auch diverse Facetten und Ausdrucksformen parlamentarischer Praxis zwar seine Kritik erregt. Doch hat er darum nicht den Parlamentarismus innerhalb der politischen Ordnung des Reiches ernstlich zur Disposition stellen wollen. Nie hat er das Parlament als die Herzkammer des politischen Systems und als Sakralraum der politischen Kommunikation betrachtet und schon gar nicht öffentlich als solche anerkannt. Relativ am Beginn seines Engagements für eine Wahlrechtsreform in Preußen sollte vielmehr der wenig hochachtungsvolle Be-

38 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 22.
39 Delbrück: Das Volksschulgesetz [PJ 69/2], S. 433.
40 *Clark*, Wilhelm II., S. 220 f.
41 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 04.12.1894, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 311 f.
42 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 20–22. Zur parteiübergreifend massiven Kritik am Kaiser in der »Daily-Telegraph«-Affäre vgl. *Kohlrausch*, Der Monarch im Skandal, S. 246.

fund stehen, die Zeit verlange einen »ordentlichen Guß demokratischen Oels in den Volksvertretungs-Salat.«[43] Tatsächlich hat er gerade auch das geistige Niveau der deutschen Parlamente mehr als einmal mit ausgesprochener Geringschätzung bedacht.[44] Der Parlamentarismus gab den unauslöschlich vorhandenen Partikularinteressen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen Gelegenheit, sich zu formieren und Ansprüche zu artikulieren. Geschah dies im Raum des Parlamentes, so schienen die fraglichen politischen Kräfte von Delbrücks Warte aus in einem gewissen Umfang kontrollierbar. Wer sich im parlamentarischen Betrieb organisierte, dessen Opposition galt ihm als erkennbar und entscheidend eingehegt. Der Parlamentarismus mit seinen Koalitionszwängen und Wahlabsprachen, zu denen das Mehrheitswahlrecht allenthalben nötigte, erzog gewissermaßen zur Kooperationsbereitschaft und erlaubte Reichsleitung und preußischem Staatsministerium eine Art ›Freihandpolitik‹ nach Innen. Was parlamentarische Mehrheiten anging, hatte Delbrück bei aller parteipolitischen Unbefangenheit unverkennbare Wunschkonstellationen. Liberalkonservative Bündnisse gegen linke und »klerikalkonservative« Mehrheiten sind in nahezu jedem Fall nicht seine Patentlösung, aber doch seine mehr oder weniger explizite Idealvorstellung gewesen. Delbrücks Auseinandersetzung mit Sozialdemokratie und Zentrum lassen sich weitgehend als Protest gegen Konservative und Nationalliberale lesen, denen eine vergleichbare Mobilisierungsleistung nachhaltig misslang.

Betrachtet man unter diesem Blickwinkel die Kette der Redundanzen, die Delbrücks politischen Kommentare und Einflussnameversuche durchziehen, welche abgesehen von der Hinwendung zur »Weltpolitik« während der 1890er Jahre und der Abkehr von der Flottenrüstung 1912 keinerlei tiefergehender Umorientierungen unterworfen waren, dann entsteht tatsächlich der Eindruck einer immer wieder von neuem eintretenden und immer wieder gleich bewältigten Entscheidungssituation: Im Sinne seines Verständnisses von »Realpolitik« entschied sich Delbrück ein ums andere Mal von neuem dagegen, mit denjenigen Parteien d'accord zu gehen, denen er sich selbst am nächsten stehend verortete. Bülows erfolgreiche Einbindung der Linksliberalen in den »Block« 1907 hat Delbrück ihm zum höchsten angerechnet und in seiner Schrift über »Regierung und Volkswille« die zwar unbewiesene und von konservativer Seite mit höhnischen Bemerkungen über das »weltgeschichtliche« Versäumnis aufgenommene, jedoch nicht gänzlich unplausible Behauptung in die Welt gesetzt, solch eine »Blockpolitik« selber bereits 1891 Caprivi nahegelegt zu haben.[45]

43 Hans Delbrück: Die Preußische Wahlreform, in: PJ 124 (1906) 1, S. 201–203, S. 202.

44 Delbrück: Die Wahlen [PJ 127/2], S. 372–375; Hans Delbrück: Die Krisis des persönlichen Regiments, in: PJ 134 (1908) 3, S. 566–580, S. 572; Ebd., S. 579; Hans Delbrück: Die Neuorientierung, in: PJ 168 (1917) 3, S. 349–362, S. 354.

45 Hans Delbrück: Regierung und Volkswille, Berlin 1914, S. 150 f. Zur Resonanz vgl. Etwas von Herrn Professor Dr. Delbrück, in: Deutsche Tageszeitung, 29.12.1913.

Wahlrecht war nach Delbrücks Ansicht denn auch

»kein angeborenes Menschenrecht, sondern eine öffentliche Funktion, die der Staat nach seinen Zwecken einrichtet.«[46]

Weil es dem Staat nützte, insofern es Sozialdemokraten und Katholiken auf dem Kooperationswege an ihn band und die liberalen Elemente seiner Ordnung entgegen Bismarcks ursprünglicher Intention vor einem »klerikalkonservativen« ›Rollback‹ schützte, identifizierte sich Delbrück mit dem allgemeinen Wahlrecht des Reichstags.[47] Gegenüber der Führungsspitze seiner eigenen freikonservativen Partei rund um Carl-Ferdinand von Stumm-Halberg ging Delbrück früh auf Konfrontationskurs und stellte sich als kritischen Solitär selbst an deren Rand, um die Partei öffentlich auf die Beschlusstreue zum Reichstagswahlrecht zu verpflichten.[48] Weil die preußischen Konservativen ab der Jahrhundertwende zunehmend in Opposition zum Staatsministerium gerieten und sich die misstrauisch beäugten Methoden der »demagogischen« Massenpolitik zu eigen machten, trat Delbrück seit 1904 für eine Reform des preußischen Wahlrechts ein, die dem Wahlverfahren Anonymität bringen und dabei nach englischem Vorbild die Macht der modernen Agitationskampagnen zugunsten der »traditionellen Autoritäten« zurückdrängen sollte.[49]

Ohne dass Delbrück dem durch eine verfassungspolitische Kategorisierung in der einschlägigen Synthese von »Regierung und Volkswille« Rechnung trug, hat er jedoch in gewissem Sinne auch ein ›aristokratischen Elements‹, wie es die klassische Mischverfassung kennt,[50] in der politischen Ordnung des Reiches identifiziert. Es war dies die Schicht des landbesitzenden Adels, der Stand der Gutsbesitzer und Großbauern, dessen Familien einen »so wesentlichen Teil des historisch-ethischen Kapitals unseres Volkes repräsentieren« – eben die »traditionellen Autoritäten«.[51]

46 Hans Delbrück: Der Stand der Wahlreform, Die Straßen-Demonstrationen, in: PJ 140 (1910) 1, S. 171–181, S. 174.

47 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 157 f.

48 Hans Delbrück: Der Austritt Herrn Stöckers aus der konservativen Partei. Die Wahlreform in Sachsen. Die Flottenfrage. Die Währungsfrage. Eine persönliche Angelegenheit, in: PJ 83 (1896) 3, S. 589–595, S. 594 f.; Hans Delbrück: Politischer Aberglaube. Die Peters-Debatte, in: PJ 84 (1896) 1, S. 182–191, S. 188. Vgl. auch *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 73. Der von Delbrück ins Feld geführte, unveröffentlichte Beschluss, mit welchem sich die Freikonservativen auf die Verteidigung des Reichstagswahlrecht festgelegt hätten, ist in der Forschung zum Reichstagswahlrecht sowie zur Freikonservativen Partei nicht weiter thematisiert worden.

49 Hans Delbrück: Kaiserthum und Sozialdemokratie. Wahl-Reform, in: PJ 111 (1903) 2, S. 387–392, S. 392; Hans Delbrück: Die Wahlreform, in: PJ 115 (1904) 1, S. 22–23, S. 28. Zur konservativen Oppositionspolitik vgl. *Retallack*, Conservatives contra Chancellor.

50 *Riklin*, Machtteilung, S. 349.

51 Hans Delbrück: Handelsverträge. Kanalbau. Bergarbeiterstreik, Rußland, in: PJ 119 (1905) 3, S. 559–570, S. 560. Unter der geringfügig anderen Formulierung vom »moralischen Ka-

Obzwar Delbrück zugestand, dass diese Familien mittel- und langfristig ihre soziale Stellung und politische Macht unausweichlich an das städtische Wirtschaftsbürgertum verlieren würden[52], wurde er nie müde, den sittlichen Wert jenes Standes für den Staat zu betonen.[53] Das Bestreben, diesen zu schonen und den gesellschaftlichen Wandel dahingehend einzuhegen, dass diese neue »Aristokratie« sich auf einer evolutionären Bahn sukzessive »einlebe in die wertvollen historischen Traditionen der alten, indem sie sich mit ihr vermischt und vereinigt«, war das Motiv Delbrücks, zum Schutzzöllner zu werden.[54] In diesem Fall stachen Delbrücks konservative Vorstellungen vom Idealzustand einer ständisch organisierten Gesellschaft seine außenpolitische Position aus, freihändlerische Ideen als vertrauensbildende Maßnahmen in den internationalen Beziehungen nutzbar zu machen.

Dass Delbrück also ein Freund auf Abruf war, wurde damals in der agrarischen Presse mit distinkter Ironie zur Kenntnis genommen.[55] Neu war diese Einsicht nicht und im Zuge der Auseinandersetzungen um die Reichsfinanzreform 1909, die auch den Sturz des Reichskanzlers Bernhard von Bülow zur Folge hatte,[56] monatelang Triebfeder öffentlicher Erörterungen. Immer um die strukturell zuwachsschwachen, jedoch von der »Weltpolitik« reichlich belasteten Kassen des Reiches besorgt, trat Delbrück so energisch für die Regierungsvorlage einer erweiterten Nachlasssteuer ein, dass seine Rührigkeit als von Regierungsseiten inspiriert vermutet wurde. Eine solche lässt sich nicht beweisen und es nimmt nicht weiter Wunder, dass Delbrück keine gouvernementalen Instruktionen brauchte, um als gouvernementaler Intellektueller zu agieren. Zur Unterstützung Bülows initiierte er im März 1903 gemeinsam mit Gustav von Schmoller sowie den Sozialreformern Ernst Francke und Hans Hermann von Berlepsch den Auf-

pital« hat Delbrück bereits 1887 in einer seiner wenigen Reichstagsreden die gleiche Argumentation bemüht, vgl. Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 24. November 1887 bis zur 28. Sitzung am 3. Februar 1887, Berlin 1888, 11. Sitzung, Mittwoch den 14. Dezember 1887, S. 229.

52 Ebd.

53 Ebd.; Hans Delbrück: Der preußische Etat. Die Getreidezölle, in: PJ 55 (1885) 2, S. 207–212, S. 211; Hans Delbrück: Unser Programm, in: PJ 95 (1899) 2, S. 376–391, S. 378; Delbrück: Demokratie und Kaiserthum, S. 376–378; Hans Delbrück: Politische Korrespondenz, in: PJ 102 (1900) S. 379–384, S. 381; Delbrück: Kaiserthum und Sozialdemokratie, S. 392; Hans Delbrück: Der liberale Wahlverein und sein neues Programm, Die preußische Wahlreform, in: PJ 123 (1906) 3, S. 592–598, S. 595; Hans Delbrück: Die deutschen und preußischen Finanzen. Erbschaftssteuer. Inseratensteuer. Gesellschaftssteuer, in: PJ 134 (1908) 2, S. 377–389, S. 378 f.; Hans Delbrück: Ostmarken-Vorlage, in: PJ 131 (1908) 1, S. 186–191, S. 188.

54 Delbrück: Handelsverträge [PJ 119/3], S. 560. Vgl. bereits Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 28.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 2–5; vgl. ferner auch Delbrück: Regierung und Volkswille, S. 153–155.

55 Etwas von Herrn Professor Dr. Delbrück, in: Deutsche Tageszeitung, 29.12.1913.

56 *Bohlmann*, Die Deutschkonservative Partei am Ende des Kaiserreichs, S. 77 f.

ruf für eine Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform.[57] Zwar deutlich konzilianter im Ton als etwa Lujo Brentano, der die ostelbischen konservativen Reformgegner in der »Frankfurter Zeitung« unter elaborierten mediävistischen Reminiszenzen als Ergebnis einer Art degenerativer historischer Fehlentwicklung ehemals kolonialisierender Gesellschaften hinstellte[58], wurde Delbrück doch zu einer zentralen Figur der öffentlichen Debatte und Reizfigur für die agrarische Presse.

Indem Delbrück speziell die Großagrarier als Nutznießer der bisherigen Fiskalpolitik herausstellte, die nun aus Eigennutz ihre patriotische Pflicht vernachlässigten, suchte er bekennender Maßen die konservativen Gegner der Nachlasssteuer dem Druck der »öffentlichen Meinung« auszusetzen.[59] Der Bund der Landwirte als mächtige Interessenvertretung der Großagrarier, verlegte sich indes darauf, statt der Regierungsvorlage die Unverfrorenheit zum Streitgegenstand zu machen, mit der Hans Delbrück ehrenwerte Rittergutsbesitzer samt ihrer ehrenwerten Ahnen als Steuerhinterzieher verunglimpfte.[60] Der scharfe Ton solcher Vorhaltungen ließ Delbrück sogar einen Moment eine Beleidigungsklage erwägen,

»nicht um der Beleidigungen selbst willen, die mir natürlich gleichgültig sind, sondern um den öffentlichen Beweis der Wahrheit für meine Behauptung führen zu können«.[61]

Dazu kam es nicht, dennoch ist der Streit um die Nachlassteuer aufschlussreich für die Verfahren und Dynamiken intellektuellen Engagements im Kaiserreich. Wie Delbrück sich während der Finanzreformdebatte in allgemeinen fiskalpolitischen Fragen von seinem Vetter Eduard von Liebig, dem Direktor im Aufsichtsamt für Privatversicherung, beraten ließ,[62] so konnte er auch beim Thema der Steuerhinterziehung auf seine weiten, nicht zuletzt familial geprägten Netzwerke bauen. Unter den Zeugen fragwürdigen Steuergebarens, die in den »Jahrbüchern« wie so oft anonym blieben, fanden sich der langjährige Vorsitzende des Evangelisch-Sozialen Kongresses, Moritz Nobbe, der Zementfabrikant Karl Goslich, ein Vetter Delbrücks und der Pädagoge Felix Benheim-Schwarzbach,

57 *vom Bruch*, Die Staatswissenschaftliche Gesellschaft zu Berlin, S. 374.

58 Lujo Brentano: Herrenbevölkerung und Bevölkerung von Abhängigen, in: Frankfurter Zeitung, 30.05.1909, Nr. 149, Erstes Morgenblatt.

59 Hans Delbrück: Die Finanzreform. Der Kampf um die Nachlasssteuer, in: PJ 135 (1909) 3, S. 559–565, S. 565.

60 [Wilhelm Rimpau]: Erklärung, in: Deutsche Tageszeitung, 15.11.1909, Nr. 537.

61 Hans Delbrück an die Redaktion der Düsseldorfer Zeitung, 08.03.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 20, Bl. 38–39.

62 Hans Delbrück an Eduard von Liebig, 07.06.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 2–3; Eduard von Liebig an Hans Delbrück, 08.06.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12; Hans Delbrück an Eduard von Liebig, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 5; Eduard von Liebig an Hans Delbrück, 10.06.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12;

ein Neffe Delbrücks.[63] Nachdem die Auseinandersetzung einmal ins Rollen gekommen war, wendeten sich aber auch gänzlich unbekannte Dritte unaufgefordert an Delbrück, um ihm einschlägige Beobachtungen aus ihrem persönlichen Umfeld darzulegen, in der Hoffnung, dass

»dem starren Verfechter gerechter Principien gegen agrarische Interessenpolitik mit ihren einseitigen, selbstsüchtigen Auswüchsen viel Erfolg in Ihrem [Delbrücks; d. Vf.] Kampfe beschieden sein [möge]«.[64]

Aufschlussreich ist dieser Konflikt ferner dahingehend, dass Delbrück hier deutlich seine Bereitschaft demonstrierte, auch die Schattenseiten von ihm grundsätzlich sehr sympathischen Strukturelementen der preußisch-deutschen Staats- und Gesellschaftsordnung zu beleuchten, wenn diese den Erfolgsaussichten der »Weltpolitik« abträglich schienen, indem er die Verwurzelung der für die Steuerveranlagung verantwortlichen Landräte im Milieu der Großgrundbesitzer als Ursache milder Nachsicht gegenüber deren kreativer Buchführung benannte.[65] Auch wenn Delbrücks Engagement im Streit um die Nachlasssteuer wohl nicht von Regierungsstellen angeregt worden ist, sind die Auseinandersetzungen um Finanzreform und Steuermoral doch auch dahingehend aufschlussreich, wie viel Gewicht Delbrück in der Wilhelmstraße zugemessen wurde. Tatsächlich hatte der Finanzminister Georg von Rheinbaben sich bereits zu Delbrücks Aufschlag in der Sache, dem Märzheft 1909, im Abgeordnetenhaus positionieren müssen.[66] Ferner hatte Delbrück selbst frühzeitig Fühlung mit dem Finanzministerium aufgenommen. Ein Ansinnen, das vom Minister günstig beschieden wurde und in einer Konferenz Delbrücks mit den fiskalpolitischen Experten im Ministerium gipfelte.[67] Im Herbst berief sich Rheinbaben sodann öffentlich auf Delbrücks »Politische Correspondenz« des Oktoberheftes 1909, um eine strengere Prüfung der zum eigenständigen Streitgegenstand ausgewachsenen Steuerberatungs- und Buchführungsbranche durch die Obrigkeit in Aussicht zu stellen.[68] Delbrück selbst zur namentlichen Offenlegung der ihm bekannten

63 Hans Delbrück an Karl Goslich, 08.03.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 20, Bl. 37–38; Moritz Nobbe an Hans Delbrück, 03.05.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12; Karl Goslich an Hans Delbrück, 14.05.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12; Felix Benheim-Schwarzbach an Hans Delbrück, 15.05.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12;

64 Herzogenrath an Hans Delbrück, 08.03.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12. Vgl. auch Eduard von Ubisch an Hans Delbrück, 04.05.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12; A. Schrack an Hans Delbrück, 06.06.1909, in: BArch Koblenz, N 1017/12.

65 Delbrück: Die Finanzreform [PJ 135/3], S. 564 f.; Hans Delbrück: Volksvermögen und Steuerdeklarationen. Lösung und Ergebnis der Balkankrisis, in: PJ 136 (1909) 1, S. 166–190, S. 167.

66 Delbrück: Volksvermögen und Steuerdeklarationen [PJ 136/1], S. 166.

67 Georg von Rheinbaben an Hans Delbrück, 19.03.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rheinbaben, Georg Frh. v., Bl. 2; Delbrück: Volksvermögen und Steuerdeklaration [PJ 136/1], S. 168.

68 Hans Delbrück: Bessere Steuerdeklarationen, Die Partei und die Regierung, Der Hansabund, in: PJ 138 (1909) 2, S. 372–378, S. 378; Georg von Rheinbaben an Hans Delbrück, 19.09.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rheinbaben, Georg Frh. v., Bl. 3.

einschlägigen Fälle aufzufordern, wie es in der »Deutschen Tageszeitung« über Monate hinweg ebenso polemisch wie ergebnislos unternommen worden war,[69] hat Rheinbaben sich bemerkenswerter Weise bloß in Wendungen verstanden, die auch eine Absage sanktionierten.[70]

Noch kurz vor Kriegsausbruch 1914 hat Delbrück als Verschriftlichung einer gleichnamigen Vorlesungsreihe und Destillat seiner jahrzehntelang ausgeformten Anschauungen die Schrift »Regierung und Volkswille« vorgelegt. Zum Preis von 1,20 Mark vertrieben und intensiv beworben erfuhr sie rege Aufmerksamkeit und wurde sogar ins Japanische übersetzt.[71] Von ihren rund 200 Seiten sind allein 20 einem Exkurs über die römische Verfassungsentwicklung gewidmet, die Delbrück zwar durchaus in Abweichung von der vorherrschenden wissenschaftlichen Lehrmeinung interpretierte, doch ganz ein Repräsentant der vorherrschenden Geschichtskultur des Kaiserreiches hat er deren spezifische Mischungselemente, denen Rom nach Polybios seinen Aufstieg verdankte, als für die eigene Zeit vorbildhaft angesehen wissen wollen:

»Das römische Beispiel mag uns darüber [das staatsrechtliche Problem der Souveränität; d. Vf.] trösten, wenn das deutsche Volk nur im übrigen erfolgreich geführt wird. Eine starke Autorität von Gottes Gnaden und der Wille der großen Masse, die beiden fortwährend aufeinander einwirken, dauernd in einem schwebenden Gleichgewicht bleiben, das machte die Stärke Roms und hat ihm die Herrschaft erst über den lateinischen Stamm, dann über Italien, dann über die Welt gegeben.«[72]

Konservative Rezensenten haben Delbrück damals seinen Optimismus für die Zukunftsfähigkeit jener Mischverfassung angekreidet und liberale seine Geringschätzung der breiten Masse getadelt.[73] Genau diese Punkte waren es aber auch, die ihn in Gegensatz zu den konservativen Parteien und Pressemedien setzten. Wann immer er gegen konservative Repressions- oder Aggressionspolitik, Inklusion und die Bewahrung von Kooperationsoptionen anmahnte, war ein ostentativer Optimismus sein Leitmotiv, nachdem das Reich in einer Weise situiert war, dessen Größe ihm Rücksichtnahme und Selbstbescheidung erlaubte, ja als zusätzlichen Ausweis derselben geradezu einforderte. Noch im Ersten Weltkrieg sollte er den chauvinistischen Lautsprechern der Kriegszielpolitik eine Art Verzwergung des Reiches aus epigonenhaftem Selbstverständnis attestieren. Anläss-

69 Der nimmermüde Herr Delbrück, in: Deutsche Tageszeitung, 29.10.1909, Nr. 509, Abendausgabe; Offener Brief des Oekonomirat Prof. Dr. [Wilhelm Hermann] Howard an Prof. Dr. Delbrück, in: Deutsche Tageszeitung, 02.11.1909, Nr. 515, Abendausgabe; Ein Briefwechsel, in: Deutsche Tageszeitung, 03.11.1909, Nr. 516, Morgenausgabe.

70 Georg von Rheinbaben an Hans Delbrück, 04.11.1912, in: BArch Koblenz, N 1017/12; Hans Delbrück an Georg von Rheinbaben, o. D., in: BArch Koblen, N 1017/12.

71 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 272.

72 Hans Delbrück: Regierung und Volkswille, Berlin 1914, S. 92–112. Zum Wechselverhältnis zwischen Verfassung und Expansion vgl. *Riklin*, Machtteilung, S. 82.

73 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 273.

lich der Veröffentlichung seiner Jubiläumsschrift »Bismarcks Erbe«[74] zu dessen hundertstem Geburtstag, die auch auf Wilhelm II. erkennbar Eindruck machte,[75] schrieb er in diesem Sinne

»Jene wehwimmernde Auffassung weiter, die ihre Bismarck-Verehrung dadurch zu bezeugen suchte, daß sie bewies, wie seit 1890 in Deutschland alles schlechter geworden, ist ja durch die Ereignisse selber genügend niedergewuchtet worden.«[76]

Durch diese Personalisierung jener diskrepanten Selbsteinschätzung der preußisch-deutschen Eliten wendete sich Delbrück bereits als Zeitgenosse gegen die in Generationen von Schulbüchern des 20. Jahrhunderts tradierte Erzählung von der unausweichlich ins Elend führenden Bahn des Deutschen Reiches nach dem Ausscheiden des »Reichsgründers« Bismarck aus seinen Ämtern.

Delbrück war kein Konservativer im Sinne einer aufziehenden kulturpessimistischen Weltanschauung vom nahenden Ende des alten Europas. Er glaubte an eine unauflösliche historische Gesetzmäßigkeit hierarchisch organisierter Gemeinwesen, an den Dualismus von »Geist und Masse«.[77] Hergeleitet war dieses Gesetz von Delbrücks Thesen über die historische Bedingtheit von Staats- durch Kriegsverfassungen:

»Die moderne Kultur beruht auf den großen Nationalstaaten und diese beruhen auf den stehenden Heeren. Sie sind nicht nur geschichtlich entstanden und geschaffen worden vermöge der stehenden Heere, sondern sie erhalten sich auch durch diese.«[78]

Preußen und das Deutsche Reich überlappten dabei einander fortwährend. Häufig sprach Delbrück vom Reich oder von Deutschland, wenn es um politische Akte ging, die staatsrechtlich innere Angelegenheiten Preußens waren. Hierin spiegelten sich die verfassungspolitischen Wechselverhältnisse des balancefreien Föderalismus des Kaiserreichs, ebenso wie die ideengeschichtliche Tradition von Preußens »Deutschem Berufe«.[79] Ebenso überlappten sich in Delbrücks Staatsverständnis der vormoderne dynastisch definierte Staat mit dem ›modernen‹ Nationalstaat: Delbrücks ›Staat‹ war deutsch und protestantisch – weiß war er sowieso –, daran änderte punktuelle Kritik an zeitgenössischer »Volksthums«-Rhetorik nichts.[80] Doch eben weil er von diesen Machtverhältnissen als dem

74 Hans Delbrück: Bismarcks Erbe, Berlin/Wien 1916.

75 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 05.06.1915, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 5; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 13.06.1915, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 6.

76 Hans Delbrück: Bismarcks Erbe. Selbstanzeige, in: PJ 161 (1915) 1, S. 162–163, S. 163.

77 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 157 f.

78 Delbrück: In Wehr und Waffen [PJ 142/2], insbesondere S. 266; Hans Delbrück: Geist und Masse in der Geschichte, in: PJ 147 (1912) 2, S. 193–212.

79 Zur teleologischen Tradition des »Borussianismus« vgl. *Neugebauer*, Preußische Geschichte als gesellschaftliche Veranstaltung, S. 271–300.

80 Hans Delbrück: Präsident Krüger, die auswärtige Politik und die öffentliche Meinung in Deutschland, in: PJ 103 (1901) 1, S. 184–192, S. 185 f.

scheinbaren Ausweis historisch begründeter und ›natürlich‹ bedingter Überlegenheit überzeugt war, vertraute er auf die Integrations- respektive Assimilationskraft des Staates und seiner traditionellen Trägergruppen. Tatsächlich betrachtete Delbrück den um sich greifenden Kulturpessimismus, der eifrige Aktivisten etwa im »Allgemeinen Deutschen Sprachverein« zur Abwehr angeblich dringender Bedrohung historisch-zivilisatorischer Errungenschaften obrigkeitliche Repressionen propagieren ließ, selbst als Bedrohung. Gegenüber dem lebhaft zustimmenden Reichskanzler bezeichnete er speziell den Einzug dieser ideologischen Spielart in behördliche Verfahrensvorgänge noch im Mai 1914 als Gefahr für die »geistige Gesundheit und Entwicklung unseres Volkes«.[81]

2. Der deutsche Katholizismus

Der Katholizismus stellte die Konfession einer Minderheit im Deutschen Kaiserreich dar, dessen Vormacht, Preußen, protestantisch geprägt, und das ›von Unten‹ durch den liberalen Nationalstaatsgedanken grundiert war. Als Konfession erlebte der Katholizismus im Deutschland des langen 19. Jahrhunderts eine Transformation mit der Etablierung neuer Formen von Frömmigkeit und einem veränderten sozialen Gefälle sowohl innerhalb des Klerus als auch zwischen Klerus und Laien. Als politische Vertretung der deutschen Katholiken formierte sich im Zuge der Reichsgründung das Zentrum aus der katholischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus heraus. Obwohl formell nicht einmal eine konfessionell gebundene Partei, wurde das Zentrum von Regierungsakteuren und parlamentarischer Konkurrenz weithin als Erfüllungsgehilfin der Amtskirche angesehen, die direkte Weisung aus Rom erhielt. Wiewohl diese Einwirkungsmöglichkeiten entschieden überschätzt wurden, hat der Gleichklang des obrigkeitlichen Misstrauens und des liberalen Kulturkampfes gegen die Kirche das katholische Milieu im Deutschen Reich nachhaltig gefestigt. Zwar nie der monolithische Block, als der sie von außen erschien, vermochte es die Partei über das ganze Bestehen des Kaiserreichs hinweg Aristokratie und Bürgertum, Landwirtschaft und Arbeiterschaft der katholischen Regionen zu integrieren.[82] Mit der

81 Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 01.05.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 20; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 06.05.1914, in: BArch Koblenz, N 1017/17; *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 434. Zur »Sprachreinigung« und der maßgeblichen sprachpuristischen Organisation des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins vgl. *Göttert*, Die Sprachreiniger. Zu Delbrücks Rolle im Streit um die »Sprachreinigung« auf Basis von dessen Beiträgen in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. Ebd., S. 76–90; zur breiteren archivalischen Quellenlage vgl. die bibliographische Skizze bei *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 434.

82 Vgl. *Strötz*, Der Katholizismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918; *Loth*, Katholiken im Kaiserreich; *Loth*, »Freiheit und Würde des Volkes«. Eine Zusammenfassung mit Bibliographie bietet *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 85–102; Ebd., S. 647 f.

erheblichen »Wichtigkeit der Religion für die politische Entwicklung der Masse« begründete der einundzwanzigjährige Student Delbrück 1869 eine Teilnahme am Berliner Protestantentag.[83] Mit ihr kalkulierte auch der Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher«, weshalb unter seiner Ägide kein Jahr verging, ohne dass das Verhältnis des ›modernen‹ deutschen Nationalstaats zum internationalen ›antimodernen‹ Katholizismus in den »Blauen Heften« verhandelt worden wäre. Deren kirchenpolitische Linie hat er von seinem Eintritt in die Redaktion an stark geprägt und die zentralen Standpunkte noch in den 1880er Jahren formuliert. Im Gegensatz zur konservativen Ansicht wertete Delbrück den Kulturkampf als einen Erfolg und verschrieb sich fortan dem Ziel, einerseits ›klerikalkonservative‹ Bündnisse zu verhindern und andererseits ›liberale Katholiken‹ zu fördern, um das Zentrum als ›nationale‹ Partei zu erhalten.

Die spätestens dem Studienanfänger in Heidelberg vermittelte protestantisch-elitistische Perspektive, nach der die katholische Kirche in besonderem Maße fähig und unter Umständen auch willens war, in aufwieglerischer Weise auf die breiten Volksmassen einzuwirken[84], bewahrte sich Hans Delbrück auch als Herausgeber der »Jahrbücher«. Von der Warte der protestantischen preußischen Monarchie und des auf ihr begründeten Deutschen Kaiserreichs, denen sich Delbrück mit ganzem Herzen verschrieben hatte, musste den Katholiken als Gruppe in Deutschland und der Welt stets mit Misstrauen begegnet werden, wie er bereits im ersten, unter seiner redaktionellen Verantwortung gedruckten Heft der »Jahrbücher« ausführte.[85] Damals ließ er, der später so konsequent für politische Inklusion durch Entgegenkommen und Rücksichtnahme auftrat, zu den pragmatischen ›realpolitischen‹ Wurzeln dieser politischen Grundhaltung durchblicken. Denn im Angesicht der wiederaufgenommenen diplomatischen Beziehungen Preußens zum Heiligen Stuhl und den Verhandlungen über weitergehende Lockerung der Kulturkampfgesetze mahnte Delbrück eben jenes Misstrauen als besondere Tugend an. Ein Misstrauen nämlich, das gegenüber einer von den Kampfjahren ungebrochen feindseligen Kirche dringend geboten sei, nachdem durch inkonsequente, gar zu milde Durchführung des Gesetzprogramms der 1870er Jahre versäumt worden sei, einen nationalgesinnten Klerus heranzuziehen.[86]

Wenn er nahezu im gleichen Atemzug die in Folge der zur Diskussion stehenden Entspannungspolitik zu erwartende Behebung seelsorgerischer Knappheit

83 Hans Delbrück an Hans Dorn, o. D. [September 1869], ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 19.

84 Hans Delbrück an Max Delbrück, 26.05.1867, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 10.

85 Hans Delbrück: Die kirchenpolitische Situation, in: PJ 52 (1883) 1, S. 97–98.

86 Ebd. Zu den »Milderungs-« und »Friedensgesetzen« der Jahre 1880 bis 1887 vgl. Puschner: Kulturkampf, S. 51 f.

durch Neubesetzung vakanter Pfarrstellen begrüßte, zeigen sich darin weitere Grundmuster von Delbrücks Politikverständnis.[87] Bei aller Beständigkeit kultureller Stereotype war er weit von jeder denkbaren, radikalen Haltung entfernt, Preußen und das Reich – auf welche Weise auch immer – von seiner katholischen Minderheit reinigen zu wollen. Die Gegner im konfessionellen Konflikt waren ihm die Kirche als Institution und die parlamentarischen Ausdrucksformen eines politischen Katholizismus. Politik war für Delbrück also auch in dieser Beziehung ein Elitengeschäft, in dem der größte Teil aller Preußen und Deutschen als eine amorphe Masse figurierten, die vor allem zur Ruhe und Fügsamkeit gegenüber dem Staat zu lenken war.[88] Da sich nach Delbrücks Meinung der Staat, dem er diente, stets unbedingten Vorrang vor der Kirche, und zwar jeder Kirche, bewahren musste, begrüßte er die konfessionellen Gegensätze, die Kooperationen zwischen dem politischen Katholizismus und orthodoxen Protestanten im konservativen Parteienspektrum Deutschlands erschwerten, ebenso wie jede Konstellation in den internationalen Beziehungen, die geeignet war, die Kirche als einen überstaatlichen Kollektivakteur in der Defensive zu halten.[89]

Folgerichtig hat Delbrück im Verein mit Treitschke diese Misstrauenskultur während der ersten Jahre der gemeinsamen Herausgeberschaft als redaktionelles Programm der »Preußischen Jahrbücher« betrachtet. Hierzu gehörte auch, eine scharf formulierte und ganz ausdrücklich als antagonistisches Vorgehen verstandene Rezension von Werken zu erwägen, welche wie die Erstausgabe von Friedrich Paulsens bekannter »Geschichte des gelehrten Unterrichts«[90] von Autoren stammten, die man ganz ungeachtet ihres religiösen Bekenntnisses für »halb-ultramontan« ansah.[91]

Doch hatte das Zentrum während des Kulturkampfes eine Gestalt angenommen, die Delbrück durchaus Respekt abnötigte. Die Fähigkeit, eine nicht zu verhehlende Interessenvielfalt innerhalb der Partei, die so unterschiedliche, soziale Lager vereinte, auszutarieren und im Parlament mit taktischem Weitblick zu agieren, waren Eigenschaften, die Delbrück als erklärtem Gegner aller politischen Dogmatik, durchaus imponierten. Mitte der 1880er Jahre war die Partei des politischen Katholizismus daher für Delbrück nicht wegen ihrer sozial- und fiskalpolitischen Positionen, eine misstrauisch zu beäugende Kraft

87 Delbrück: Die kirchenpolitische Situation [PJ 52/1].

88 Hans Delbrück: Plus Ultra! Schicksale eines deutschen Katholiken 1869–1882. Erzählt von Reinhold Baumstark, in: PJ 52 (1883) 1, S 102.

89 Hans Delbrück: Die Romfahrt des Kronprinzen, in: PJ 53 (1884) 1, S. 93–96; Hans Delbrück: Der Culturkampf, in: PJ 53 (1884) 2, S. 211–213; Hans Delbrück: Wien. Berlin, in: PJ 53 (1884) 6, S. 613–625.

90 Friedrich Paulsen: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. Mit besonderer Berücksichtigung des klassischen Unterrichts, 2 Bde., Leipzig 1885.

91 Hermann Scholz an Hans Delbrück, 07.02.1885, in: SBB PK, Nl. Heinrich von Treitschke, K. 5, Nr. 123, Bl. 25–26; Heinrich von Treitschke an Hans Delbrück, 09.02.1885, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Treitschke, Heinrich von, Bl. 6.

im Reich. Vielmehr begründete sich seine anhaltende Gegnerschaft in der unverrückten Überzeugung, dass das Zentrum letztlich der verlängerte Arm der mindestens dem Staate fremden, wenn nicht gar feindseligen, eben »ultramontanen« Kirche geblieben sei.[92] Zwischen Staat und Kirche sei jedoch kein Frieden, sondern höchstens ein Waffenstillstand möglich. Jede Rührung seiner Abgeordneten musste demnach unter der Prämisse ihres taktischen Wertes für die vorgeblichen Ziele der Kirche betrachtet werden, die danach trachtete, etwa durch Ausübung eines religiös fundierten Bildungsmonopols, mit dem Staat um die Herrschaft über ihre Gläubigen zu konkurrieren. Eine Prämisse, deren Durchsetzungsmacht sich auch katholische Abgeordnete, die sich auch oder womöglich gar zuvörderst für Vertreter von Agrar- oder Industrieinteressen hielten, beugen mussten:

»In dem Augenblick wo sie glauben am Ziel zu sein, müssen sie erfahren, daß sie nur Waffen für die Zwecke der Kirche geschmiedet haben: wollen sie sich und ihre Bestrebung dazu nicht hergeben, so ist die Kirche stark genug, sie zu beseitigen.«[93]

Diese paranoide Sichtweise mag zumindest teilweise den antijesuitischen Verschwörungstheorien geschuldet sein, von denen auch Delbrück nicht unberührt geblieben war, zumal kenntnisreiche Vertrauenspersonen wie der deutsche Botschafter in Rom, Robert von Keudell, sie munter befeuerten.[94] Indes differenzierte sie sich bereits spätestens 1885/86 zu einer pragmatischeren Perspektive aus. Denn diese Jahre erlebten die Reichstagsdebatten um ein staatliches Monopol zu Branntweinproduktion. Ein Unternehmen, das Delbrücks wärmste Unterstützung fand, sah er darin doch eine Chance, dem Staat eine vielversprechende Einkommensquelle für die kostentreibende, militärische Rüstung zu erschießen, ein gewissermaßen systemrelevantes Marktsegment den Unsicherheiten privater Börsenspekulation zu entziehen und zur sittlichen Ertüchtigung der Massen beizutragen.[95] Diesem Ziele arbeitete Delbrück durch ausgiebige Besprechung der Thematik in den »Jahrbüchern« ebenso entgegen, wie als Ab-

92 Hans Delbrück: Die Fractionen und die Finanzen, in: PJ 55 (1885) 3, S. 353–356; Hans Delbrück: Politische Correspondenz, in: PJ 55 (1885) 4, S. 478–482; Hans Delbrück: Schorlemer und Windthorst, in: PJ 55 (1885) 5, S. 594–598.

93 Delbrück: Schorlemer und Windthorst [PJ 55/5], S. 598. Zur welthistorischen Konkurrenz von Kirche und Staat vgl. auch Hans Delbrück: Die Kirchen-Novelle und die Fractionen, in: PJ 59 (1887) 5, S. 508–512, S. 509.

94 Hans Delbrück an Laura Delbrück, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 70–72. Eine umfassende Untersuchung zu den antijesuitischen Verschwörungstheorien des 19. Jahrhunderts liegt bislang nur für Frankreich vor, vgl. *Cubitt*, The Jesuit Myth. Für Deutschland fehlt eine solche Studie.

95 Hans Delbrück: Der preußische Etat. Das Branntwein-Monopol. Einwände gegen das Monopol. Die Unterschiede zwischen dem Tabak- und dem Branntwein-Monopol, in: PJ 57 (1886) 2, S. 196–213; Hans Delbrück: Rückblick auf die Verhandlungen über das Branntwein-Monopol, in: PJ 57 (1886) 3, S. 417–424; Hans Delbrück: Der neue Entwurf einer Branntwein-Steuer, in: PJ 57 (1886) 6, S. 634–637.

geordneter in der entsprechenden Reichstagskommission; einen seiner wenigen Redebeiträge im Reichstagsplenum hielt Delbrück zu diesem Anlass.[96]

Als die Nationalliberale Partei sich im Frühsommer 1886 gegen das Projekt wandte, prognostizierte Delbrück, dass die taktische Raffinesse der Zentrumsführer und die Fraktionsdisziplin der Partei die »Ultramontanen« in die Lage versetzten würde, sich der Regierung auf Reichsebene als entscheidender Partner zur Durchsetzung des Branntweinmonopols präsentieren zu können.[97] Zwar fürchtete er die erwarteten, bildungspolitischen Konzessionen, doch waren sie ihm ein vertretbarer Preis für die Handlungsfähigkeit der Staatsführung:

»Es bleibt der Regierung also gar kein anderer Ausweg. Da die Conservativen zu schwach sind, so muß sie auch mit einer der anderen Parteien in Fühlung treten. Bei dem Intransigentismus der Freisinnigen und der Unfähigkeit der Nationalliberalen bietet sich allein das Centrum. Die Zukunft des geistigen Lebens in Deutschland wird es bezahlen.«[98]

Aus dieser Haltung erwuchs die erste größere Redaktionskrise der »Jahrbücher«, in der eine Aufkündigung der gemeinschaftlichen Herausgeberschaft der »Blauen Hefte« durch Delbrück und Treitschke in Aussicht stand.[99] Denn sie prägte auch den Entwurf von Delbrücks »Correspondenz« für das Juliheft 1886, in welcher die politische Situation in Bayern nach dem skandalumwitterten Tod Ludwigs II. Behandlung erfahren sollte. Die mit den Redaktionsunterlagen jener Jahre überlieferten Aushängebögen bestätigen, dass Delbrück in jener Situation die Möglichkeit skizziert hatte, die Zustimmung des Zentrums zum geplanten Branntweinmonopol dadurch zu gewinnen, dass der im Raum stehenden Bildung eines neuen katholischen Staatsministeriums in München unter dem bekannten Kulturkämpfer Georg von und zu Franckenstein von Berlin aus keine Steine in den Weg gelegt würden.[100] Delbrück unterließ es dabei nicht, das Zentrum als eine ›reichsfeindliche‹ Gründung zu beschreiben, unterstrich sogar besonders, dass Franckenstein selbst 1870 gegen das bayerische Kriegsbudget

96 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl.88–89; Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 3, Von der 66. Sitzung am 13. März 1886 bis zur 95. (Schluß-) Sitzung am 26. Juni 1886, Berlin 1886, 93. Sitzung, Dienstag den 25. Mai 1886, S. 2143–2146. Zu Delbrücks Kommissionsmitgliedschaft vgl. auch Wilhelm von von Wedel-Piesdorf im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 3, Von der 66. Sitzung am 13. März 1886 bis zur 95. (Schluß-) Sitzung am 26. Juni 1886, Berlin 1886, 94. Sitzung, Freitag den 25. Juni 1886, S. 2175; Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VI. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 3, Von der 66. Sitzung am 13. März 1886 bis zur 95. (Schluß-) Sitzung am 26. Juni 1886, Berlin 1886, 94. Sitzung, Freitag den 25. Juni 1886, S. 2194.

97 Delbrück: Rückblick auf die Verhandlungen über das Branntwein-Monopol [PJ 57/3], S. 423 f.

98 Ebd.

99 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 163 f.

100 Hans Delbrück: Die innere Lage, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 3, Bl. 218.

und damit gegen die Reichseinigung gestimmt hatte, doch sei das Zentrum nun 1886 eben keine ›reichsfeindliche‹ Partei mehr. Treitschke hielt für Feindeslob, was Delbrück als unausweichliche Folge der politischen Verhältnisse in Bayern ansah. Dass der politische Katholizismus nämlich über kurz oder lang dort ohnehin zur Regierungsbeteiligung gelangen würde und wenn dem so wäre, dann geschähe dies doch besser sofort, in einer Situation, in der dem Zentrum noch Konzessionen abzuringen waren:

»Die nächste Reichstagssession hat zu entscheiden über die endlich definitive Constituierung unserer Kriegsverfassung oder wenigstens die Erneuerung des Septenats; ein bayrisches [sic!] Ministerium, welches in dieser Frage laut und öffentlich oder auch nur verstohlen den ehemaligen Standpunkt des Centrums vertreten wollte, ist eine offenbare Unmöglichkeit: es wäre eine Kriegserklärung an das Reich.«[101]

Er malte also den Teufel einer »ultramontanen« Regierung in Bayern an die Wand um die Nationalliberale Partei zu Kompromissen in Sachen der Branntweinsteuer zu bewegen, was Treitschke wiederum für ein Vorschubleisten jenes katholischen Machtgewinns hielt.[102]

Die Diskussion der Möglichkeit eines »ultramontanen« Ministeriums Franckenstein hatte nach Treitschkes Auffassung in einer Zeitschrift von und für protestantische Preußen nichts zu suchen, und wenn man dort mit Delbrück »den Schnaps auf der einen, die Cultur auf der anderen Seite als zwei gleichberechtigte Faktoren betrachten« wolle, dann würde solcherart das Ende der »Jahrbücher« eingeläutet. Liberale Abonnenten würden in hoher Zahl verloren gehen und er, Treitschke, würde nicht weiter als Herausgeber zur Verfügung stehen, dann könnte Delbrück sich rühmen, der »Todtengräber« der »Jahrbücher« zu sein.[103] Vor dem Verleger Ernst Reimer verteidigte Delbrück noch zur Nachtstunde seinen Artikel als »Masche« im »Gewebe« einer Strategie, die den Nationalliberalen das Destillat von Delbrücks parlamentarischen Prognosen rund um das Branntweinmonopol eindringlich vor Augen führen sollte, nämlich einen drohenden, nachhaltigen Machtgewinn des Zentrums zu Lasten eben der Nationalliberalen.[104] Wiewohl Treitschke demnach bloß einem Missverständnis zu unterliegen schien, der eine Warnung mit Wunschdenken verwechselt hatte, zeigte sich Delbrück gegenüber Reimer bereit, die duale Herausgeberschaft über den Streit um den rechten Umgang mit den »Ultramontanen« in Bayern und im Reich platzen zu lassen. Schiede Treitschke ohne allzu tiefen Grimm aus der Redaktion aus, dann wäre Delbrück in der Leitung der Zeitschrift von einem Hemmschuh befreit und könne die frei werdenden Geldmittel in das Honorar

101 Ebd.; vgl. Delbrücks spätere handschrift. Notiz auf den Aushängebogen.

102 Heinrich von Treitschke an Hans Delbrück, 29.06.[1886], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Treitschke, Heinrich von, Bl. 16–17.

103 Ebd.

104 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe I, Bl. 71–75.

eines festbeschäftigten Literaturkorrespondenten reinvestieren.[105] In seinem notorischen Stil hatte Treitschke die vor Delbrück ausgezogenen, roten Linien auch Ernst Reimer aufgezeigt[106], der Delbrück wissen ließ, auf Treitschkes Namen als Abonnentengaranten nicht verzichten zu können, mochte er nun an der alltäglichen Redaktionsarbeit tatsächlich teilhaben oder auch nicht.[107] Um Glättung der Wogen war auch Max Lehmann bemüht, der schon bei Delbrücks Eintritt in die Redaktion vermittelt hatte. Der versicherte Delbrück Treitschkes ungebrochener Zuneigung, freilich ohne letzterem die anstoßerregenden Zeilen als irgendwie hilfreich nahebringen zu können.[108] Letztlich konnten Delbrück und Treitschke sich zwar in mündlicher Aussprache auf weitere Zusammenarbeit einigen, die umstrittene »Correspondenz« erschien jedoch überhaupt nicht in den »Jahrbüchern«. Delbrück nahm nur eine Handvoll Separatabdrucke für sich, um »privatim damit auf einige leitende Persönlichkeiten wirken« zu können.[109]

Auch in den Auseinandersetzungen um den Militäretat, die in den vorgezogenen Reichstagswahlen 1887 mündeten, hat Delbrück die parlamentarische Kooperation der Reichsleitung mit der Zentrumsfraktion als leidige Notwendigkeit aufgrund liberaler Obstruktionen angesehen. Da ihm die Option einer Spaltung der Partei aussichtslos erschien, sollte die Regierung gerade so viel wie nötig und dabei so wenig wie möglich auf die katholische Partei setzen.[110] Doch mit der Novellierung der preußischen Kirchengesetze, die im gleichen Jahr den Kulturkampf mehr oder weniger offiziell für beendet erklärte, bog auch Delbrück in eine neue kirchenpolitische Bahn ein. Obwohl er etwa in der Wiederzulassung der meisten, durch die Maigesetze vertriebenen Orden, einen unerwünschten Zuwachs kirchlichen Einflusses auf die deutsche Bildungslandschaft erblickte und sich nicht zum letzten Mal um das Beichtsakrament als Einfallstor staatsfeindlicher Agitation in die Herzen und Köpfe der Masse sorgte, unterstützte

105 Ebd.

106 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 164.

107 Ernst Reimer an Hans Delbrück, 30.06.1886, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Reimer, Georg, Bl. 17.

108 Max Lehmann an Hans Delbrück, 01.07.1886, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe I, Bl. 1.

109 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 30.06.1886, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl.88–89. Von diesen Personen lässt sich lediglich Johannes von Miquel, damals nationalliberaler Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., mit hinreichender Sicherheit erschließen. Dieser war Delbrücks Standpunkt in der Frage des Branntweinmonopols durchaus zugeneigt und hoffte auf eine Verständigung der Monopolbefürworter mit seinen Parteigenossen im Reichstag, vgl. Johannes von Miquel an Hans Delbrück, o. D. [1886], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Miquel, Johannes von, Bl. 1.

110 Hans Delbrück: Die Wahlbewegung. Der preußische Etat, in: PJ 59 (1887) 2, S. 182–186, insbesondere S. 183 f.; Hans Delbrück: Der Abschluß des Culturkampfes und die Zukunft des Centrums, in: PJ 59 (1887) 4, S. 383–387; Delbrück: Die Kirchen-Novelle und die Fractionen [PJ 59/5].

Delbrück das Novellierungsprogramm in den »Jahrbüchern«. Ganz vom monarchischen Prinzip ausgehend, erklärte er es für geboten, eine Gelegenheit zu nutzen, in welcher der Papst bereit wäre, den deutschen Katholiken die Einstellung ihres Kampfes zu befehlen. So wurde der Kulturkampf im Reich, als eine Serie von Konflikten in Fragen der Bildung, des Personenstandsrechts und der Ordnung der seelsorgerischen Praxis, zum Faktor einer internationalen Politik, in welcher der Religion im Allgemeinen und auch dem seiner weltlichen Herrschaft weitgehend entkleideten Papst ein nicht unerhebliches Gewicht zugeschrieben wurde.[111]

Nachdem die preußisch-deutsche Kulturpolitik versäumt hatte, die katholischen Bevölkerungsteile und zumal die katholischen Geistlichen »an die moderne Bildung und den nationalen Gedanken« heranzuführen, urteilte Delbrück nun, dass eine Rückkehr zu einer Politik der Unterdrückung jeder »ultramontanen« Tendenz außerhalb des Möglichen lag. Zu fest gefügt wäre eine Art Parallelsystem katholischen, geistigen Lebens, als dass seine Insassen für die ›moderne‹, auf protestantischer Grundlage ruhende deutsche Kultur zugewinnen wären:

»Heute hat der Katholicismus auf allen Gebieten des Lebens eigene Kräfte, welche sich in immer schärferen Gegensatz zu allem Protestantischen stellen. Nicht nur Philosophie, Geschichte, Recht, Belletristik wird in katholischem Geiste behandelt, es wird auch systematisch dafür gesorgt, daß alle nützlichen Handbücher, Conversations-Lexica und was dahin gehört, in demselbem Geiste bearbeitet, existieren.«[112]

Mit dem ›offiziellen‹ Ende des Kulturkampfes 1887 und dem Tod des Zentrumführers Ludwig Windthorst 1891 erwartete Delbrück zunächst eine Erosion der Partei. Ohne den äußeren Druck der staatlichen Zwangsmaßnahmen und dem parlamentarischen Geschick des führenden Politikers, so glaubte Delbrück, fehlten die Klammern, welche die sozial- und wirtschaftspolitischen Gegensätze innerhalb der Partei überbrückten.[113] Entgegen konservativer, orthodox-protestantischer Narrative erklärte Delbrück an der Schwelle der wilhelminischen Epoche den Kulturkampf für mitnichten gescheitert. Die verantwortlichen Staatsmänner hätten vielmehr die Weitsicht besessen zu wissen, zu welchen Konditionen ein Frieden mit der Kirche möglich war. Eines signifikanten katholischen Bevölkerungsanteils aller Schichten konnten sich Preußen und das Reich nun mal nicht entledigen und nachdem der Kirche im Kulturkampf die Instrumente gezeigt worden waren, gab es gar nichts darin zu besorgen, dass die Zentrumspartei mit dem Segen und zum geostrategischen Nutzen

111 Delbrück: Der Abschluß des Culturkampfes [PJ 59/4], S. 385 f.; Delbrück: Die Kirchen-Novelle [PJ 59/5], S. 509 f.

112 Delbrück: Der Abschluß des Culturkampfes [PJ 59/4], S. 385.

113 Ebd., S. 386 f.; Delbrück: Die Kirchen-Novelle [PJ 59/5], S. 511 f.; Hans Delbrück: Der Rücktritt des Ministers v. Goßler. Windthorst. Fürst Bismarck als Reichstagskandidat. Der Welfenfonds, in: PJ 67 (1891) 4, S. 396–404, S. 401.

des Papstes weiter ihre Kreise zog. Denn die deutschen Katholiken hätten zum allgemeinen Nutzen gelernt, statt durch sture Obstruktion, durch Mitwirkung an den Staatsgeschäften ihre naturgegebenen Interessen zu vertreten und wären so dem Odium der ›Reichsfeinde‹ entraten:

»Das wahre, letzte und entscheidende Verdienst der jetzigen Reichsfreundschaft des Centrums hat darum kein anderer als der Reichsgründer selbst, der Fürst Bismarck, der die furchtbare Geißel des Kulturkampfes über ihm schwang, bis es sich beugte.«[114]

Mit 15 Beiträgen aus 8 Jahren, die wiederum von Erwiderungen und Besprechungen begleitet wurden, ragt der Konvertit und ehemalige Jesuit Paul Graf von Hoensbroech als Sonde im katholischen Milieu unter den Mitarbeitern der »Jahrbücher« heraus. In den besseren Kreisen Berlins begegnete dem entsprungenen Pater reges Interesse. Der Kaiser persönlich ließ sich Hoensbroech beim Hofball vorstellen und Hans Delbrücks Cousin, der Oberhofprediger Ernst von Dryander begleitete ihn als Seelsorger beim Übertritt zum Protestantismus.[115] Delbrück gab dem Grafen zeitweise Obdach als Hausgast und gewährte ihm ein längerfristiges Privatdarlehen. Auch erwählten Hans und Lina Delbrück ihn zum Paten ihrer zweitgeborenen Tochter Johanna.[116] Delbrück unterstützte Hoensbroechs Ambitionen auf eine Anstellung im höheren Justizdienst und regte eine Reichstagskandidatur des Grafen für den Freisinn im Wahlkreis Kiel an. In ersterer Beziehung lasen Hoensbroech und Delbrück die Signale aus der Wilhelmstraße so, dass eine Karriere des Grafen im Staatsdienst seitens des Zentrums als Kampfansage mit unkalkulierbaren Folgen betrachtet werden würde und daher der Reichsleitung unerwünscht wäre.[117] In letzterer Beziehung winkte Friedrich Naumann rasch ab, eine Kandidatur Hoensbroechs in Kiel wäre aussichtslos und dessen »Renegatenpolemik« in der Fraktion ohnehin nicht erwünscht.[118] So blieb Hoensbroech die Presse als Wirkungskreis und seine »Re-

114 Delbrück: Der Rücktritt des Ministers v. Goßler [PJ 67/4], S. 400.

115 BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 27 f.

116 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück: 22.11.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 26–27; Hans Delbrück an Paul von Hoensbroech, 22.11.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hoensbroech, Bl. 1–2; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück: 23.11.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 28–29; Paul von Hoensbroech an Lina Delbrück, 24.05.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 19.

117 BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 27 f.; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück: 13.11.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 11; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück: o. D. [1894], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 22; Paul Graf von Hoensbroech an Hans Delbrück, o. D. [1894], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 26.

118 Friedrich Naumann an Hans Delbrück, 07.01.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Naumann, Friedrich, Bl. 8.

negatenpolemik« bildete dabei sein wichtigstes Kapital.[119] Gerade im Angesicht des Presserummels, den Hoensbroechs öffentlicher Bruch mit dem Jesuitenorden nach sich zog, wie auch der energischen Widerworte, die seine Erklärung in katholischen Blättern, wie der »Germania« fand, beharrte Hoensbroech auf dem besonderen Vertrauen, welches ihm seine Oberen einst entgegengebracht hätten, als maßgeblichem Ausweis seiner Glaubwürdigkeit und Urteilsfähigkeit.[120]

Im publizistischen Dialog mit Hoensbroech schärfte Delbrück seinen eigenen konfessionspolitischen Standpunkt. Der Graf hielt daran fest, den »Ultramontanismus« für eine historische Fehlentwicklung und das Ergebnis einer ›Verweltlichung‹ der Kirche zu erklären. Daran anschließend gab er sich überzeugt, der Katholizismus könne durch äußeren Zwang in ›unpolitische‹ frühkirchliche Zustände zurückgezwungen werden, indem der deutsche Staat beispielhaft einer unter dem römischen »Joch« leidenden Welt darin voranschritt, die Kirche auf sich selbst zu beschneiden sowie aller weltlichen Macht und Würde zu entkleiden.[121] Delbrück dagegen hielt den »Ultramontanismus« für eine zwingende Konsequenz der Grundverfassung der katholischen Kirche als hierarchischer Organisation, einem Staat schlicht zu ähnlich. Vor allem aber sah er es als aus der Geschichte erwiesen an, dass eine sortenreine Trennung von Politik und Religion weithin ausgeschlossen wäre, weswegen Hoensbroechs weitgespannte Zwangsreformideen des Versuchs kaum lohnten. Sein eigenes günstiges Urteil über den Kulturkampf baute er in Auseinandersetzung mit Hoensbroech zur Orientierungslinie für die Zukunft aus. Wenngleich ihm einzelne, überschaubare, eindämmende Maßnahmen, wie eine Reform der Priesterausbildung wünschenswert erschienen, sprach er sich entschieden gegen alles aus, was als erneute Kriegserklärung an die Kirche aufgefasst werden könnte, schon weil deren globale Struktur die Prognostizierung von Kosten und Nutzen erschwerte. Zwar leugnete Delbrück öffentlich Hoensbroechs Vorwurf ab, er wolle aus Furcht vor einem feindlichen Bündnis unter Einschluss des Papstes von des Grafen Vorschlägen zur »Durchschneidung der ultramontanen Wurzel« absehen. Dennoch war ihm der Verweis auf die notwendige internationale Dimension eines solchen, neuen Kulturkampfes das stärkste Kontraargument.[122] Einmal mehr trat

119 Abgesehen von den »Preußischen Jahrbüchern« ist Hoensbroech vor allem der »Täglichen Rundschau« und dem »Deutschen Wochenblatt« als Mitarbeiter verbunden gewesen, vgl. *Schlossmacher*, Antiultramontanismus im Wilhelminischen Deutschland, S. 190; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 11.05.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe I, Bl. 12; Paul von Hoensbroech an Lina Delbrück, 06.12.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe II, Bl. 18–19.

120 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 30.04.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe I, Bl. 8–9.

121 Paul von Hoensbroech: Deutschland und der Ultramontanismus. Ein offener Brief, in: PJ 90 (1897) 2, S. 346–357, S. 354 f.

122 Ebd., S. 354.

Delbrück also für eine Politik als Kunst des Machbaren ein und verwies auf die selbstverbiegende Kompromissbereitschaft, zu welcher die Kampfjahre nach der Reichsgründung die anfängliche Totalopposition der Zentrumspartei im Reich geschliffen hatten. Längst in die deutsche Parlamentslandschaft integriert wären die Kräfte des politischen Katholizismus zwar weiter mit Misstrauen zu beobachten, doch unmöglich aus ihr herauszutrennen.[123] Eben da nun mal die »ultramontanen« Strukturelemente des politischen Katholizismus über so lange Zeit historisch gewachsen waren, seien sie selbst mit Gewalt nicht in absehbarer Zeit aufzulösen, weswegen er die mehr oder weniger gleiche politische Strategie wie gegenüber den großen nationalen Minderheiten für wünschenswert erachtete, nämlich den deutschen Katholiken dort entgegenzukommen, wo die Summe der Staatsinteressen es erlaubte. Dass die Zentrumsfraktionen in Reichstag und Abgeordnetenhaus ihre Totalopposition längst aufgegeben hatten und mit regelmäßigem Spagat zwischen kirchlichen Lehrmeinungen und den Erfordernissen parlamentarischer Taktik zu leben gelernt hatten, interpretierte er eben nicht mit Hoensbroech als eine scheinheilige Verschleierung kompromisslos »ultramontaner« Gesinnung, sondern als Ausweis erfolgreicher, schrittweiser Integration in den Nationalstaat durch Anerkennung von dessen politischen Spielregeln.[124] Gerade hinsichtlich des erwarteten nützlichen Beitrags des Zentrums zur Moderation der potentiell staatserschütternden sozialen Frage lag Delbrück mit dem Grafen über Kreuz.

Mochte Delbrück noch 1897 in einer Rezension lobend hervorheben, dass sich

»die Schriften des Grafen nach wie vor, bei aller Entschlossenheit des Kampfes, doch frei von jeder persönlichen Gehässigkeit, stets ein ruhiges, sachliches Urteil bewahrten und nie durch Leidenschaft, sondern immer nur durch die Wucht der Thatsachen und die Logik der Schlußfolgerungen zu gewinnen suchten.«[125],

so zerstritten sich die beiden Männer doch vor allem auch über das emotionale Moment der gemeinsamen Politik. Die ihm so lange auch von Delbrück zugeschriebenen lebensgeschichtliche Autorität in Angelegenheiten des Katholizismus erklärte Hoensbroech nämlich ebenso unvermindert offen, wie eng geführt als aus den Leidenserfahrungen seiner Konversion erwachsend:

»Für mich ist der Ultramontanismus der Feind, er ist der Zerstörer des schönsten Theiles meines Lebens, der Erinnerungen in mir hinterlassen hat, die mir die Ruhe der Seele rauben. Zwischen mir und ihm ist ein Kampf auf Leben und Tod und ihm gegenüber wird die Todesstarre bei mir eine geballte Faust finden.«[126]

123 Hans Delbrück: Deutschland und der Ultramontanismus, in: PJ 90 (1897) 1, S. 34–49, S. 42–44.

124 Ebd.

125 Delbrück: Deutschland und der Ultramontanismus [PJ 90/1], S. 34.

126 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 20.10.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbreoch, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 46–47.

Den solcherweise gespeisten und gänzlich unverhohlenen Hass machten ihm nicht nur seine Familie und sein früherer Orden zum Vorwurf.[127] Hoensbroech selbst stellte ihn umstandslos auf eine Stufe mit Delbrücks wissenschaftlicher Expertise im Bereich der Militärgeschichte, als Ausweis überlegener Sachkompetenz.[128] Folglich wäre es dieses tief empfundene Gefühl des Hasses, das ihn, Hoensbroech, berechtigte und ihm gebot, auch dort zur Attacke auf den »Ultramontanismus« zu blasen, wo die geringschätzig abqualifizierten »akademischen-theoretisch-politischen »Bekämpfer« des Ultramontanismus« kaltblütig abseitsstanden.[129] Delbrück, ebenso wie Harnack, der sein Urteil auf dem ihm umstandslos weitergereichten Brief Hoensbroechs notierte, hielten indes Hoensbroechs ostentativen Irrationalismus für eine Folge seiner katholischen Prägung, mithin für den Ausweis, dass er sich auch in sieben Jahren öffentlichen Kampfes innerlich nicht von den »Banden des Aberglaubens« hatte befreien können, wofür sie ihn herzlich bedauerten.[130] Als zum Wohlgefallen von Hoensbroechs zahlreichen Gegnern ein Berliner Heiratsvermittler für sich in Anspruch nahm, von dem Grafen um seinen Lohn für geleistete Dienste geprellt worden zu sein, der sich daraufhin Hals über Kopf in eine ebenso zähe wie peinliche Presseaffäre stürzte, war dies auch seinem Ansehen unter alten Unterstützern alles andere als zuträglich.[131] Auch der gesellschaftliche Verkehr Delbrücks mit Hoensbroech versandete nun zunehmend und endete schließlich im bizarren Streit um die rechte Form der Anteilnahme am Tod von Hoensbroechs Schwiegervater, des Berliner Kammergerichtspräsidenten Franz Lettgau, respektive des dafür schuldigen Danks.[132]

127 *Häger*, Sein einziges Motiv ist Haß gegen den Orden und die katholische Kirche, S. 306 f.; Ebd., S. 322.

128 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 24.10.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbreoch, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 48–48.

129 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 20.10.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbreoch, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 46–47.

130 Ebd.; vgl. ferner Hans Delbrück an Paul von Hoensbroech, o. D. [1901], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hoensbroech, 6–7.

131 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 26.06.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 30–31; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 15.08.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 32; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 08.11.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 33–34; Hans Delbrück an Paul von Hoensbroech, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hoensbroech, Bl. 3; BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 17–19. Für die Heiratsvermittler-Affäre vgl. *Carrington*, Love at last sight, S. 135 f.

132 Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 07.05.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 51–52; Paul von Hoensbroech an Lina Delbrück, 09.05.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hoensbroech, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 53–54; BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 166–169

Bis 1914 galt Delbrücks konfessionspolitische Mission, dem Zentrum Anerkennung als »nationale Partei« zu verschaffen, die ihren staatspolitischen Wert in erster Linie darin entfaltete, ab 1897 alle Wehrvorlagen mitzutragen.[133] »Polemik gegen den Ultramontanismus« war ihm während parlamentarischer Rüstungsdebatten in den »Preußischen Jahrbüchern« nicht erwünscht.[134]

Zugleich galt es jedoch der Bildung eines festen politischen Blocks aus orthodox-protestantischen Konservativen und Zentrum vorzubauen, der sich besonders im preußischen Abgeordnetenhaus abzeichnete.[135] Wie leicht diese Zielvorgabe zum Drahtseilakt werden konnte, zeigte sich etwa im Winter 1902/03, als mit Unterstützung des Zentrums neue Agrarzölle eingeführt wurden, die Delbrück ausdrücklich befürwortete. Dass in diesem Zusammenhang ausgerechnet in Delbrücks eigener Partei, unter den Freikonservativen, Stimmen laut wurden, ein neues Kartell der »nationalen Parteien« unter Einschluss des Zentrums zu bilden, ließen ihn jedoch eilig zu Feder greifen, um vor der drohenden Aussicht einer sich verstetigenden überkonfessionellen konservativ-klerikalen Parlamentsmehrheit zu warnen.[136] Erregte ein Einzelereignis wie die sogenannte »Borromäus-Enzyklika«, Edita Saepe, die alten antikatholischen Reflexe der deutschen Konservativen, galt dies Delbrück als ein willkommener Hemmschuh für diese hartnäckig gefürchtete Verbindung.[137]

In diesem Zusammenhang wuchs dem Zentrum in Delbrücks politischem Urteil eine weitere Funktion als »nationale Partei« zu. Zwar hielt er lange über die 1880er Jahre hinaus an der Ansicht fest, dass die parlamentarische Stärke des politischen Katholizismus der Schwäche und den Versäumnissen der Nationalliberalen geschuldet war.[138] Doch mehr und mehr galt ihm das Zentrum als stabilisierender Faktor der politischen Ordnung. Die 1904 in Aussicht genommene Milderung der nunmehr präzedenzlosen antijesuitischen Ausweisungsverfügung, gegen die vor allem Nationalliberale Partei und Evangelischer Bund, mit

133 Hans Delbrück: Belgien, Der Abg. Dr. Lieber als Minister-Kandidat, Der afrikanische Friede, England und Russland, in: 108 (1902) 2, S. 373–383, S. 373–376.

134 Hans Delbrück an Wilhelm Kulemann, 20.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 45, Bl. 26–27.

135 Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 06.08.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 14; Hans Delbrück: Bekämpfung des Sozialismus, Kritik aller Parteien, Probleme der deutschen Politik, in: PJ 78 (1894) 1, S. 176–189, S. 181.

136 Hans Delbrück: Der Zolltarif und die Parteien. Die katholisch-theologische Fakultät Straßburg. Krupp. Die Breslauer Kaiserrede. Auswärtige Politik. Venezuela. Macedonien, in: PJ 111 (1903) 1, S. 190–200, S. 194 f.

137 Hans Delbrück: Die Encyklika, in: PJ 141 (1910) 1, S. 177–183. Zur Borromäus-Enzyiklika als Moment konfessioneller Streitkultur vgl. *Blaschke*, Das 19. Jahrhundert, S. 64.

138 Hans Delbrück: Die Kanal-Vorlage. Die Landwirtschaftskammer. Das Kirchengesetz, in: PJ 76 (1894) 3, S. 564–567, S. 567; Hans Delbrück: Die glückliche Partei, in: PJ 103 (1901) 2, S. 380–384; Hans Delbrück: Der Abschluß der China-Expedition. Die Reise des Zaren. Der Katholikentag in Osnabrück. Der Verein f. Sozialpolitik in München. Der Parteitag der Sozialdemokraten in Lübeck, in: PJ 106 (1901) 1, S. 185–191.

zum Teil harschen persönlichen Angriffen auf den Reichskanzler Bülow, mobil gemacht hatten, verteidigte Delbrück weniger als die Beseitigung eines fragwürdigen und nie zur Anwendung gelangten Rechtskonstrukts, sondern vor allem als notwendige Folge der Parteienkonstellation. So lange Wahlrecht und Wahlverhalten im konstitutionellen Staat das Zentrum allzu oft das Zünglein an der Waage sein ließen, müsste man eben mit den regelmäßigen kleineren Gegengaben an die Katholiken leben und könne dabei der Berechenbarkeit der deutschen Katholiken vertrauen, die sich aus diesen Konzessionsgeschäften ergäbe.[139] Für Beständigkeit dieser Spielregeln galt das Zentrum Delbrück wiederum als willkommene Garantiemacht. Da es in Hinblick auf seine Wählerschaft dem allgemeinen Reichstagswahlrecht als strategischem Interesse verpflichtet war, das nur durch die weltfremde Alternative eines Übertritts des Kaiserhauses zum Katholizismus auszugleichen gewesen wäre, stehe es als verlässliches Bollwerk gegen alle Bestrebungen, dieses Wahlrecht zu unterminieren.[140] Den dankbaren Bülow verteidigte Delbrück in der Debatte um die »Jesuiten-Verhandlung« auch mit dem größtmöglichen Geschoß im Köcher der zeitgenössischen Publizistik: Dem schmeichelhaften Vergleich mit Bismarck, der in der unbeirrbaren Beilegung des Kulturkampfes den Weg für seinen Nachfolger vorgezeichnet hatte, welcher in der konsequenten Umsetzung seines Erbes angeblich sogar noch nebenher eine Revitalisierung des deutschen Protestantismus erreicht hatte.[141] Je mehr die preußischen Konservativen in dauernde Opposition zur Regierung gerieten und je mehr sich Delbrück nicht länger nur um das Reichstagswahlrecht sorgte, sondern sich auch für eine Reform des preußischen Landtagswahlrechts erwärmte, desto mehr unterstützte er jede Regung, die auf Anschlussfähigkeit des Zentrums über sein enges Wahlmilieu hinaus verwies.[142]

Trotz allem durften die Zugeständnisse nicht zu groß werden. Als ausgehend von einem kurzlebigen Erlass des bayerischen Staatsministeriums zur freien Ordenstätigkeit der Jesuiten in Bayern im Winter 1912/13 immer lautere Stimmen die endgültige Aufhebung des letzten Kulturkampfgesetzes forderten, formulierte Delbrück gemeinsam mit dem freikonservativen Landtagsabgeordneten und Parteigeschäftsführer Otto von Dewitz einen ›Mittelweg‹. Reichskanzler Bethmann Hollweg und Innenstaatsekretär Clemens von Delbrück sahen ei-

139 Hans Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung, Das Ansiedlungs-Gesetz für die Ostmarken, Der Krieg, in: PJ 116 (1904) 1, S. 178–190, S. 180 f.

140 Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 589.

141 Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung [PJ 116/1], S. 181 f.; Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 31.03.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 10. Die »Correspondenz« zeichnete Delbrück am 27.03.1904.

142 Hans Delbrück: Die zukünftige Stellung der Parteien in Deutschland, Der Wandel in der Sozialdemokratie, Die Veranlagung der direkten Steuern und ihre politische Bedeutung, in: PJ 138 (1909) 1, S. 162–169; Hans Delbrück: Reaktionäre und Radikale, in: PJ 139 (1910) 1, S. 191–196, insbesondere S. 192; Hans Delbrück: Die zukünftige Wahlparole. Die Fleischnot. Der sozialdemokratische Parteitag, in: 142 (1910) 1, S. 167–177; Hans Delbrück: Das Scheitern der Wahlreform, in: PJ 140 (1910) 3, S. 566–569.

nerseits die Notwendigkeit, ein ungeliebtes Gesetz abzuschaffen oder zumindest drastisch abmildern zu müssen und andererseits schon aus Gründen der Gesichtswahrung den Eindruck vermeiden zu müssen, vor der provinziellen bayerischen Initiative eingeknickt zu sein. Daher begrüßten sie Delbrücks eindrückliche Darstellung einer Kirche, die aus der Defensive agieren musste und der sich die Reichsleitung erlauben konnte entgegenzukommen, anstatt selbst als Unterlegene gegenüber der parlamentarischen Macht des Zentrums zu erscheinen. Da die Kirche vielfältig durch den Staat privilegiert sei, müsste sie anders als Privatunternehmen und »reichsfeindliche« Parteien auch eine gewisse Einflussnahme des Staates hinnehmen. Daher dachte Delbrück mitnichten an eine schrankenlose Rückkehr der Jesuiten, sondern wollte bloß die vage gefasste, bislang durch behördliche Einzelfallentscheidungen tolerierte »Ordenstätigkeit« freigeben, dabei jedoch gleichzeitig das Verbot von Niederlassungen aufrecht erhalten, um allen Seiten einen Gewinn aus der Lösung zu offerieren, an statt das Thema auf die lange Bank zu schieben, wie es der Reichskanzler zunächst plante.[143] Zum Gefallen des Kanzlers trieb Delbrück auch katholische Zustimmung zu diesem Programm auf, um über die »Jahrbücher« für die Einsicht zu werben, dass die Jesuiten eine hilfreiche Stütze gegen den Druck der sozialen Frage zu sein versprachen und die protestantische Mehrheitsbevölkerung des Reiches sich nicht vor den Handlangern der Gegenreformation sorgen mussten, als welche die Jesuiten einen festen Platz in der deutschen Erinnerungskultur hatten.[144]

Die Logik des ›Mittelwegs‹ entsprach der außenpolitischen Dimension, die dem konfessionellen Gegensatz in Berlin zugeschrieben wurde. Den deutschen Zentrumspolitikern glaubten Delbrück und Dewitz nach wiederholten Beweisen für deren Verlässlichkeit dahingehend vertrauen zu dürfen, dass sie hinsichtlich der befürchteten Gefahren für die ›nationale Sicherheit‹ ihren Teil leisteten, indem sie die militärische Rüstung im Angesicht wachsender deutscher Einkreisungsängste garantierte und der Gefährdung der inneren Ordnung durch den revolutionären Sozialismus durch Mittun an der interkonfessionellen Mission

143 Hans Delbrück: Wehrvorlagen, Deckungsvorlagen, Jesuiten, in: PJ 148 (1912) 2, S. 364–368; Hans Delbrück: Parlamentarische Lage. Petroleummonopol. Sozialdemokraten. Jesuitengesetz. Zentrum, in: PJ 151 (1913) 1, S. 163–168; Hans Delbrück: Das Jesuitengesetz. Die Alldeutschen, in: PJ 154 (1913) 3, S. 571–579; Clemens von Delbrück an Hans Delbrück, 01.01.1913, in: SBB PK, Nl. Briefe, Delbrück, Clemens, Bl. 12–13; Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 06.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 12; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 08.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Theobald v., B. 14; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 30.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Theobald v. Bl. 19.

144 Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 30.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Theobald v. Bl. 19; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 04.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, O. v., Bl. 35; Martin Faßbender: Die deutschen Jesuiten und die deutsch-nationalen Interessen, in: PJ 154 (1913) 3, S. 511–522.

der christlichen Gewerkschaften entgegentraten. Doch für den Fall, dass die Kirche jenen Zentrumskurs nicht länger stützte und der Papst als unkontrollierbarer äußerer Faktor diese Gleichgewichtsrechnung durcheinanderbrachte, in dem er etwa im katholischen Gewerkschaftsstreit die »ultramontane« Fraktion förderte, müsse der deutsche Staat ohne Aufschub in der Lage sein, die Kirche im Reich unter Druck zu setzen.[145]

Zu demjenigen Politikfeld, dass nach dem Ende des Kulturkampfes am stärksten vom konfessionellen Gegensatz geprägt blieb, wurde die Kultuspolitik, im Besonderen Fragen der Schul- und Hochschulbildung. Delbrück sah dort wiederum das größte Kompromisspotential, vor allem im Bereich der Schulgesetzgebung. Um »den Druck des Ultramontanismus auf unsere gesammte Bildung zu mäßigen« müsste dieser auf begrenzte Felder umgeleitet werden. Konkret trat Delbrück dafür ein, der katholischen Kirche den Religionsunterricht außerhalb staatlicher Kontrolle zu gewähren und die Einrichtung von Privatschulen zu erleichtern. Solche Privatschulen mochten liberalen Kulturprotestanten auch im engsten Kreis um die »Jahrbücher« als Einfallstor der misstrauisch beäugten katholischen Ordensgemeinschaften erscheinen[146], doch Delbrück befand, da ohnedies bereits zahlreiche katholische Schulkinder auf derartige Schulen im Ausland geschickt wurden, könnte der Staat hier durch symbolische Selbstbescheidung einen sicheren taktischen Gewinn einfahren. Dies Manöver erschien ihm schon von daher aussichtsreich, als nach seiner Überzeugung die Last des Unterhalts die privaten Träger in vielen Fällen sowieso dazu zwingen würde, auf absehbare Zeit die Umwandlung in eine staatliche Schule als alternativlosen Ausweg zu beschreiten.[147] Fortan galt es auszuloten, welche kultuspolitischen Zugeständnisse gegenüber dem Zentrum angebracht und erfolgsversprechend sein würden.[148] In diesem Sinne hat Delbrück trotz allen kulturellen Liberalismus die Werbetrommel für das konservative preußische Schulgesetz von 1904 gerührt, indem er konfessionelle Erziehungsparadigmen und liberale »Toleranz« unterschiedslos zu destruktivem Dogmatismus erklärte. Mochten die Kinder der Volkshochschule je nach der Façon der Eltern selig werden, wenn dafür im An-

145 Otto von Dewitz: Hemmnisse der Politik des Zentrums, in: PJ 155 (1914) 1, S. 116–132; Hans Delbrück an Otto von Dewitz, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 30, Bl. 24; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 04.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, O. v., Bl. 37. Zum Gewerkschaftsstreit und seinem ideengeschichtlichen Rahmen vgl. *Sand*, Unter Kreuz und Hammer, S. 292. Zur Integrationsoffenheit der katholischen Eliten vgl. *Weichlein*, Nationsbilder und Staatskritik, S. 143–145.

146 Otto Harnack an Hans Delbrück, 10.05.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Otto, Bl. 11–12.

147 Delbrück: Das Volksschulgesetz, S. 431.

148 Hans Delbrück: Politische Lage nach der Volksschulkrisis. Steuerreformpläne, in: PJ 69 (1892) 4, S. 702–711; Hans Delbrück: Aeußere und innere Politik, in: PJ 70 (1892) 1, S. 117–126, S. 121; Hans Delbrück: Das Volksschulgesetz und die Macht des Ultramontanismus. Die kaiserliche Rede, in: PJ 69 (1892) 3, S. 427–433, S. 432.

gesicht einer sich verfestigenden konservativen Opposition liberal-katholische Kooperation möglich wurde.[149]

Diese Kompromisssuche prägte nicht zuletzt auch Delbrücks Haltung im langlebigen Kulturkampf an den Universitäten, indem er die »Jahrbücher« für liberale katholische Kritiker konfessioneller Paritätsforderungen in der Hochschulpolitik öffnete.[150] Als zeitgenössisch besonders kontrovers diskutierte Ausformung ragt der »Fall Spahn« im Winter 1901 aus dem Feld des akademischen Kulturkampfes hervor. Die Berufung des Bonner Extraordinarius Martin Spahn auf eine dezidiert katholische Professur für neuere Geschichte in Straßburg über die Köpfe der dortigen Fakultät hinweg erregte weit über das Elsass hinaus heftigen Protest gegen die Verletzung der akademischen Freiheit. Ein im Wesentlichen von liberalen Kreisen getragener Protest, der freilich ganz aus der Sorge vor dem darin gewitterten klerikal-konservativen Bündnis und der Ablehnung jedweder konfessionsbezogenen Parität erwuchs.[151]

Obzwar mit Theodor Mommsen einer ihrer namhaftesten Vertreter überhaupt den Protest gegen die Berufung Spahns anführte, hielt sich die Mehrheit der Berliner Professoren mit Kritik an Althoff, dem Kultusminister oder gar dem Kaiser ostentativ zurück. Delbrück selbst war seit spätestens Ende Juni 1901 in die Pläne für eine bildungspolitische Versöhnungsgeste an der Universität Straßburg eingeweiht und spätere Aussagen sprechen dafür, dass er die Straßburger

149 Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3]; Hans Delbrück: Der konservativ-liberale Schulantrag. Freiherr v. Mirbach und die preußische Justiz. Der Besuch König Eduards in Kiel. Der internationale Sport und die olympischen Spiele, in: PJ 117 (1904) 1, S. 183–191; Hans Delbrück: Die Agitation gegen den Schulkompromiß, Die Schlacht von Liaujang, in: PJ 118 (1904) 1, S. 167–179. Zur liberalen »Intoleranz« vgl. auch Delbrücks Kritik an der kapitalistischen Einflussnahme auf die privaten Stiftungsuniversitäten in den USA, Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung [PJ 116/1], S. 183.

150 Cajus [Johann Matthias Stahl]: Die Akademie zu Münster und ihr katholischer Charakter, in: PJ 77 (1894) 2, S. 223–238, insbesondere S. 236–238. Zur Geschichte der Universität Münster vgl. *Hanschmidt*, Die erste münstersche Universität; *Kohl*, Die Bemühungen um den Ausbau der Theologisch-Philosophischen Akademie zu Münster im 19. Jahrhundert. Zu den fakultätsinternen Hintergründen von Stahls Intervention vgl. Georg von Below an Hans Delbrück, 02.03.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, von Below, Georg, Bl. 8–9; Georg von Below an Hans Delbrück, 07.03.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, von Below, Georg, Bl. 11–12; Georg von Below an Hans Delbrück, 11.03.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, von Below, Georg, Bl. 13–14; Georg von Below an Hans Delbrück, 07.05.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, von Below, Georg, Bl. 21–22.

151 Vgl. *Weber*, Der »Fall Spahn«. Die ministerielle Bevormundung der Straßburger Universität dürfte weniger schwer gewogen haben. Jedenfalls hatte die im Vorjahr gleichfalls durch Berliner Diktat erfolgte Berufung des Königsberger Staats- und Völkerrechtlers Philipp Zorn nach Bonn über die Köpfe der dortigen juristischen Fakultät hinweg innerhalb derselben zwar Unwillen erregt, doch nicht ansatzweise zu ähnlich breitem Aufruhr geführt. Als in der ostpreußischen Provinzsynode engagierter Protestant, Delegierter des Deutschen Reiches bei der Haager Friedenskonferenz 1899 und speziell als Lehrer des Kronprinzen an den Rhein verpflanzt, war Zorn freilich über jeden Verdacht erhaben. Zum Fall Zorn vgl. *Schmidt*, Konservative Staatsrechtslehre, insbesondere S. 208 f.

Professur für eine Bedingung des Zentrums zur Unterstützung der jüngsten Flottenvorlagen hielt.[152] Tatsächlich fand er sogar öffentliche Worte zur Rechtfertigung der Regierungsentscheidung, ohne dabei Zweifel an seiner Überzeugung aufkommen zu lassen, dass die moderne deutsche Wissenschaft, ebenso wie der moderne deutsche Nationalstaat auf dem Protestantismus als geistigem Urgrund errichtet waren und Katholiken nur unter innerer Entfernung von der Kirche zu dieser oder jenem beitragen konnten. Wiewohl er also den Protest der Straßburger Fakultät durchaus guthieß, erklärte Delbrück die Einrichtung der katholischen Geschichtsprofessur in Straßburg für eine letztlich unvermeidliche Notwendigkeit, da parteipolitische Einflüsse auf akademische Personalentscheidungen zwar nicht wünschenswert seien, doch bereits ohne nachhaltigen Schaden für die Wissenschaft vorgekommen waren und im konstitutionellen System auch notwendig immer wieder vorkommen müssten.[153]

Kritischer beurteilte Delbrück, dass durch das kaiserliche Machtwort im »Fall Spahn« Monarch und Regierung sichtbar zur Partei geworden waren und sein Idealbild vom himmelhoch über den Niederungen des Parteienkampfes schwebenden Staat konterkarierten. Die Schuld an dieser Entwicklung gab er Paul von Hoensbroech, der den Konflikt eifrig dadurch befeuert hatte, dass er Spahn durch die Rede von Kontakten mit ihm selbst, einem Paria des katholischen Milieus, eben dort unmöglich zu machen gesucht hatte.[154] Delbrück hielt darob Hoensbroech aber nicht nur vor, durch sein Hervortreten das kaiserliche Machtwort pro Spahn provoziert zu haben. Auch hätte er fahrlässig den eigenen Wirkungskreis verengt, in dem er durch sein unbeherrschtes Vorgehen gegen die katholische Geschichtsprofessur die ›liberalen Katholiken‹ vor den Kopf gestoßen habe. Zudem stehe nun die Gefahr ins Haus, dass wenn Spahn auf solche Weise ›verbrannt‹ wurde, die Straßburger Geschichtsprofessur im interkonfessionellen Kuhhandel an Wert verlieren und für die parlamentarische Unterstützung der Flottenvorlage durch das Zentrum folglich »binnen Kurzem ein zweiter Lehrstuhl wahrscheinlich für Philosophie geopfert werden« müsse.[155] Delbrücks Bestreben, eine solche Entwicklung noch abzulenken, war es also geschuldet, wenn sich seine oben zitierte »Politische Correspondenz« zur Sache letztlich als ein Eintreten für Spahn gegen die Vorbehalte sowohl der liberalkonservativen Stammleserschaft der »Preußischen Jahrbücher« als auch klerikal-katholischer Kreise lesen lässt. Spahns Beziehung zu Hoensbroech hat Delbrück nicht bloß rundheraus zu einer folgenlosen Episode jugendlicher Orientierungssuche er-

152 Friedrich Althoff an Hans Delbrück, 22.06.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Althoff, Friedrich, Bl. 13; Delbrück: Belgien [PJ 108/2], S. 378.

153 Hans Delbrück: Die katholische Geschichtsprofessur in Straßburg, in: PJ 106 (1901) 2, S. 384–388; Hans Delbrück: Die Lehre von Wreschen. Die öffentliche Diskussion des Falles Spahn, in: PJ 107 (1902) 1, S. 178–188.

154 Zur Skandalisierung einer Nahbeziehung zwischen Hoensbroech und Spahn in der Bonner Zeitung sowie zur weiteren medialen Resonanz vgl. *Weber*, Der »Fall Spahn«, S. 7–9.

155 Hans Delbrück an Paul von Hoensbroech, o. D. [1901], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Hoensbroech, 6–7.

klärte, sondern diesen auch mit Verve als einen ›leider‹ kirchentreuen Mann gezeichnet, den persönliches Talent über die wissenschaftliche Inferiorität des katholischen Deutschland hinweghebe und der eine redliche Vereinigung von Bekenntnis und Beruf zu erstreben verspreche.[156] Auch wenn in späteren Jahren die Berufung Spahns in hochschulpolitischen Debatten als Beispiel klerikaler Einflussnahme verhandelt wurde, hat Delbrück sie als erfolgsversprechendes Integrationsangebot an die katholischen Elsässer entschieden verteidigt.[157]

Ebenso unterstützte Delbrück in den Folgejahren nachdrücklich die Gründung der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg gegen alle Kritik, die darin nur den nächsten Schritt des Zurückweichens der Regierung vor »ultramontaner« Einflussnahme auf die deutsche Hochschulbildung witterten. Er bemühte im Gegenzug das Bild von der Bildung als Brückenbauer, die den katholischen Volksteil mit dem protestantischen Staat zu versöhnen versprach, in dem sie den Katholiken den Weg zu den geistigen Grundlagen des Staatswesens durch Bildung und Wissenschaft wies.[158]

Überhaupt blieben die konfessionellen Gegensätze im Reich von Delbrücks Warte aus eng mit den nationalen verknüpft. Nachdem die »Frankfurter Zeitung« kolportiert hatte, der Trierer Bischof Felix Korum würde mit der Androhung des Ausschlusses von den Sakramenten gegen die zunehmende Etablierung staatlicher Schulen in seiner Diözese vorgehen, schien der »Trierer Schulstreit« den Zündfunken eines erneuten Kulturkampfes darzustellen. Reichskanzler Bülow griff damals persönlich ein und setzte alle erreichbaren Hebel im Reich wie in Rom in Bewegung, um eine klare Absage Korums an alle echten oder vermeintlichen Ambitionen zur Unterdrückung des staatlichen Schulbetriebs zu erwirken. Folgenlos bot der sich als fälschlich diffamiert gerierende Korum daraufhin dem Papst seinen Rücktritt an und letztlich versandete der Streit ohne weitergehende Entwicklungen auf den konfessionellen Gegensatz im Reich angestoßen zu haben.[159] Anstatt mit der Welle antiklerikalen Alarmismus in Presse und Parlamenten mitzuschwimmen, bemühte sich auch Delbrück darum, die Wogen zu glätten, indem er Korum als für den deutschen Katholizismus im allgemeinen und selbst für das Episkopat im speziellen gänzlich unrepräsentativ erklärte. Als Beweisführung diente ihm Korums Elsässer Herkunft, die dem

156 Delbrück: Die katholische Geschichtsprofessur in Straßburg [PJ 106/2], S. 386 f.

157 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 148–150; Hans Delbrück: Eine Professoren-Gewerkschaft, in: PJ 129 (1907) 1, S. 129–142, S. 135 f.

158 Delbrück: Der Zolltarif und die Parteien [PJ 111/1]., S. 194 f.; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 03.01.1903, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 91. Zum Zugeständnis katholischer Wissenschaftlichkeit seitens Delbrücks vgl. auch Hans Delbrück: Michael Servet. Ein Vortrag gehalten am 28. Oktober 1903 zum 350jähr. Gedächtnis seiner Verbrennung von Th. Schneider, in: PJ 118 (1904) 1, S. 165 f.; Hans Delbrück: Reformationsgeschichtliche Streitfragen. Ein Wort zur Verständigung aus Anlaß des Prozesses Berlichingen von Sebastian Merkle, in: PJ 118 (1904) 1, S. 165 f.

159 Zum »Trierer Schulstreit« vgl. *Embach*, Michael Felix Korum, S. 43 f.; eine Spezialuntersuchung fehlt.

»Halb-Franzosen« eine besonders hartnäckige Ausprägung des »Ultramontanismus« beschert hätte.[160]

Bereits 1883 war Delbrück ein staatspolitisch moderater katholischer Parlamentarier wie der badische Literaturhistoriker Reinhold Baumstark auch dann eine willkommene Erscheinung, wenn er alle Anzeichen katholischer Volksfrömmigkeit zeigte, die den protestantischen Preußen argwöhnisch stimmten.[161] In der Annahme, dass mit dem Abbau der staatlichen Zwangsmaßnahmen die Kohäsion des katholischen Milieus nachlassen würde, schälte es sich unter Delbrücks Herausgeberschaft als ein redaktionelles Ziel der »Preußischen Jahrbüchern« heraus, auf eine Schwächung des politischen Katholizismus zu zielen, in dem den politisch ›liberalen Katholiken‹ Brücken gebaut wurden. Ein Ziel das durchaus mit der kritischen Tendenz gegenüber orthodoxen Strömungen des Protestantismus und ihren konservativen politischen Ausdrucksformen korrespondierte.

In dieser Beziehung war Delbrück bestrebt, die »Preußischen Jahrbücher« zu einer Plattform im Sinne der interkonfessionellen Versöhnungsarbeit zu machen, wie sie Adolf von Harnack in seiner Rede zum Kaisergeburtstag 1907 formulierte. Diese war noch vor Auflösung des Reichstags und den von antisozialdemokratischer und antikatholischer Polemik geprägten »Hottentottenwahlen« formuliert worden und forderte mit Delbrücks ausdrücklicher Zustimmung, die gegebenen Chancen zum Ausgleich unter den Konfessionen zu ergreifen, wobei speziell die konfessionsübergreifende wissenschaftliche Kooperation namhaft gemacht wurde.[162] In dem Maße, in dem sich Protestanten wie Katholiken gleichermaßen von einer überkommenen, engherzigen Dogmatik emanzipierten, mithin urchristliche Ideale und persönliche Frömmigkeit in den Mittelpunkt religiöser Selbstreflexion stellten, stehe ein friedliches Miteinander der Konfessionen ohne Auflösung und Verwischung derselben in Aussicht.[163]

Exakte konfessionelle Verteilungsmuster unter den Abonnenteninnen und Abonnenten der »Blauen Hefte« lassen sich aus den erhaltenen Redaktionsunterlagen zwar nicht ersehen, doch darf man wohl mit Bernarda von Nell davon ausgehen, dass sie als Katholikin in diesem Kreis eine Exotin war und allseitig eine konfessionelle Milieugebundenheit der Zeitschrift erkannt wurde: »als ein beachtenswerter und allzeit vornehmer Gegner werden die Jahrbücher auch in solchen [katholischen Haushalten; d. Vf.] gelesen und gelegentlich gehalten.«[164]

160 Hans Delbrück: Venezuela. Bischof Korum. Oberpräsident Ritter, in: PJ 111 (1903) 3, S. 576–584, S. 579–582.

161 Delbrück: Plus Ultra! [PJ 52/1].

162 Adolf von Harnack: Protestantismus und Katholizismus in Deutschland, in: PJ 127 (1907) 2, S. 294–311, S. 299 f.; Delbrück: Die Wahlen [PJ 127/2], S. 378 f.; Hans Delbrück an Hermann Stilke, 08.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 29.

163 von Harnack: Protestantismus und Katholizismus in Deutschland [PJ 127/2], S. 299 f.

164 Bernharda von Nell an Hans Delbrück, 26.02.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernharda von, Mappe I, Bl. 50–55.

Wie Delbrück 1907 gegenüber Carl Muth, dem Herausgeber der katholischen Monatsschrift »Hochland«, ausführte, gehörten zur Leserschaft der »Jahrbücher« zwar auch Katholiken, aber eben nur solche, die einen »unbefangenen objektiven Standpunkt« einnahmen und sich mithin kritische Distanz zu ihrem religiösen Bekenntnis und sozialen Milieu bewahrten. Diese Publikumsstruktur galt es bei der Aufnahme dezidiert katholischer Beiträge in die »Jahrbücher« zu berücksichtigen.[165] Unter Delbrücks Herausgeberschaft boten die »Preußischen Jahrbücher« gerade auch im katholischen Milieu marginalisierten Mitarbeitern eine Bühne. Die Historikerin Christine von Hoiningen-Huene war nach ihrer Scheidung auf Betreiben ihrer Brüder 1895 als vorgeblich »geistesschwach« entmündigt worden, publizierte aber dennoch in den »Jahrbüchern« mit der vom Herausgeber geforderten Schärfe zur jesuitischen Historiographie.[166] Margot Dyroff, die geschiedene Ehefrau des katholischen Bonner Philosophieprofessors Adolf Dyroff, gelangte ab 1913 als Literaturrezensentin zur ständigen Mitarbeiterin der »Blauen Hefte«, nachdem sie wegen ihrer »modernistischen Neigungen« aus derselben Tätigkeit für die »Literarische Rundschau« des katholischen Herder-Verlags herausgedrängt worden war.[167] Aus der Perspektive eines kulturprotestantischen Bürgertums wie es die »Preußischen Jahrbücher« in ihren Grundlinien repräsentierten und das den Staat mit aller Entschiedenheit über die Kirchen stellte, war jeder »liberale Katholik« ein dankbar erlebter Erfolgsbeweiß für das Inklusionsversprechen des Nationalstaates.[168]

In diesem Sinne machte es sich Delbrück zur Aufgabe die Leserschaft der »Preußischen Jahrbücher« über ›moderne‹ Entwicklungen im deutschen Katholizismus an Hand ausgewählter Beispiele zu belehren. Zu jenen zählte er etwa die kirchenpolitisch moderate, zweite Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft, deren Herausgeber, den Kölner Journalisten und Zentrumspolitiker Julius Bachem, Delbrück als vorsichtigen aber entschiedenen Vertreter des »liberalen Katholizismus« ansah.[169] Besonders hervorzuheben ist in diesem Zu-

165 Hans Delbrück an Carl Muth, 06.05.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 9–10.

166 Christine von Hoiningen-Huene: Neues aus der Geschichte der Jesuiten, in: PJ 128 (1907) 2, S. 221–277; Hans Delbrück an Christine von Huene, 12.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 16, Bl. 39; Hans Delbrück an Christine von Huene, 12.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 16, Bl. 40. Zur Biographie der Christine von Hoiningen-Huene vgl. *Berlis*, Zwischen Korsett und Zwangsjacke.

167 Zu Mitarbeiterschaft Margot Dyroffs vgl. Max Lehmann an Hans Delbrück, 12.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe III, Bl. 101–102; Hans Delbrück an [Margot] Dyroff, 20.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 47, Bl. 25. Für das Pseudonym vgl. Februarheft 1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 540.

168 Ludwig Martens an Hans Delbrück, 22.05.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Martens, Ludwig, Bl. 10–11.

169 Ein Wort zum Frieden [mit einer Anmerkung der Redaktion], in: PJ 120 (1905) 2, S. 315–329, S. 315; für Delbrücks Urteil über Julius Bachem vgl. Hans Delbrück an Felix Rachfahl, o. D. [12.01.1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 20, Bl. 20–22.

sammenhang das anonyme »Wort zum Frieden«, das Delbrück ins Maiheft 1905 aufnahm. Unter den Aufsätzen geführt und auch im üblichen Rahmen honoriert nahm er sich eher als eine umfangreiche Annonce aus und war auch ausdrücklich zum Wiederabdruck gedacht. Dieses war Delbrück unter geradezu konspirativen Umständen durch den katholischen Oberlandesgerichtspräsidenten von Hamm, Anton Holtgreven, übermittelt worden, wodurch die Urheberschaft im engeren Sinne schon in den 1930er Jahren nicht mehr sicher festgestellt werden konnte. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sie aus dem Umfeld der preußischen Hochschulen im katholischen Westen stammten, da der Münsteraner Zivilrechtler Heinrich Erman und die juristische Fakultät der Universität Bonn in toto gerade dort Erwähnung in dem Text finden, wo es um die organisatorische Seite seines Annoncencharakters geht. Holtgreven jedenfalls bat Delbrück um rasche Veröffentlichung im Interesse des konfessionellen Friedens und erklärte, für die Parteiführung des Zentrums sprechen zu können, wenn er dem Wunsch Ausdruck verlieh, die vielfältigen sozialen Spannungen zwischen Protestanten und Katholiken möchten »auf das wissenschaftliche Gebiet übergeleitet werden«.[170] Im abgedruckten Text wurde mit diesem Ziel ein weiteres verwoben, nämlich nicht nur die Protestanten wissen zu lassen, dass nicht alle Katholiken im Reich verbohrte, antimodernistische »Ultramontane« seien, sondern ein gleiches auch jenen nahe zu bringen, die zwar einmal katholisch sozialisiert, doch längst einer Kirche entfremdet waren, die als Feind der »modernen« Bildung und des »modernen« Nationalstaat daherkam.[171]

Die Initiatoren des »Wortes zum Frieden« lobten in bester wilhelminischer Bildungstradition eine Preisaufgabe aus. Adolf von Harnack sollte gemeinsam mit dem ostpreußischen Zentrumsabgeordneten und Kirchenhistoriker Franz Dittrich die nicht geringe Preissumme von 600 Mark an eine Schrift verleihen, »welche die landläufigen Bedenken gegen den sogenannten Ultramontanismus einer streng wissenschaftlichen Erörterung und beziehungsweise Widerlegung unterzieht«.[172] Für diese wurde ein ganzer Fragenkatalog mit Anknüpfungspunkten an unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen entworfen, der sich einmal mehr vorrangig auf jesuitisches Schriftgut bezog. Unter anderem wurde zur Diskussion gestellt, ob diese zum interkonfessionellen Verkehr »sittenrein« genug oder Protestanten in ungebührlicher Weise zu kränken geeignet seien. Ferner wurde die Frage aufgeworfen, ob Elemente der katholischen Seelsorge der nachhaltigen Verwurzelung im christlichen Glauben und daraus entspringender, sittlich hochstehender sowie ökonomisch prosperierender Lebensführung abträglich seien sowie schließlich, ob das Zentrum nun jeden päpstlichen

170 Ein Wort zum Frieden [PJ 120/2], S. 316. Zu Holtgreven als Vermittler vgl. Delbrücks hs. Notiz auf Honorarliste Maiheft 1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 436; vgl. ferner auch BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 150.

171 Ein Wort zum Frieden [PJ 120/2], S. 316 f.

172 Ebd., S. 316.

Wunsch für einen Gehorsam verlangenden Befehl hielt und sich vor Parlamentsentscheiden der jüngsten Vergangenheit Direktiven aus Rom erbeten habe.[173]

Die erwünschte mediale Resonanz hat das »Wort zum Frieden« in Delbrücks Augen nicht entfaltet und insofern auch seine Ansicht von den deutschen Katholiken als einem mehr oder weniger fest gefügten Block mit dem Willen zu einer einheitlichen Strategie verfestigt:

»Das ist doch höchst charakteristisch. Ich lege mir das so aus, daß man tatsächlich weiter reformkatholisch zu thuen gedenkt, aber wünscht, dabei nicht zu sehr beobachtet und zu Kontroversen im eigenen Lager gezwungen zu werden.«[174]

Dennoch wurden auch die inter- wie intrakonfessionellen Auseinandersetzungen um den katholischen Antimodernismus, die sich speziell an der Enzyklika Pascendi von 1907 entzündeten, in den »Preußischen Jahrbüchern« insbesondere hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die »liberalen Katholiken« verhandelt.[175] Johannes Arnolds Nachweis der Autorenschaft von Hans Delbrücks katholischer Freundin Bernarda von Nell an dem anonymen Artikel »Wie denkt Professor Harnack über die Enzyklika Pascendi« im Dezemberheft 1908 findet auch in den Honorarlisten der »Preußischen Jahrbücher« Bestätigung.[176] Von Nells Publizistik in den »Jahrbüchern« und im katholischen »Hochland« erfolgte prinzipiell mit Wissen und Billigung des Trierer Bischofs Felix Korum. Ob er auch über ihre Diskussion mit Harnack im Bilde war, lässt sich nicht mehr mit letzter Gewissheit feststellen, da auf ihren Wunsch hin ihr Name in der fraglichen Nummer der »Jahrbücher« keine Erwähnung fand, weil ihr die zu erwartende öffentliche Aufmerksamkeit damals noch als ein unerwünschter Einbruch in ihr Rollenverständnis erschien.[177]

Harnacks Erwiderung an gleicher Stelle, die er in Kenntnis der Identität seiner Kontrahentin verfasste, ohne deren Anonymität zu beschädigen, fand indes erheblich umfassendere Resonanz in Form von Besprechungen durch Dritte.[178] Harnacks Stellungnahmen zur Enzyklika in der »Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft«, die als samstägliche Beilage der »Münchener Allgemeinen Zeitung« erschien, war nur eine unter vielen öffentlichen Äußerungen aus beiden Konfessionen. Von Nells Kritik an Harnack nahm sich als vornehmlich

173 Ebd., S. 319; Ebd., S. 327–329.

174 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 23.05.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Rade, Martin, Bl. 7–8.

175 Zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Enzyklika Pacendi vgl. *Arnold*, Kleine Geschichte des Modernismus, S. 106–119.

176 *** [Bernarda von Nell]: Wie denkt Professor Harnack über die Enzyklika Pascendi. Mit einer Nachschrift von Adolf von Harnack, in: PJ 134 (1908) 3, S. 385–396; Honorarliste Dezemberheft 1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 480.

177 Bernarda von Nell an Carl Muth, 23.12.1908, zit. nach Arnold: »Für eine Dame unerhört«, S. 68.

178 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 01.01.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda v., Mappe II, Bl. 35–40.

»textimmanente« Auseinandersetzung mit dessen Äußerungen in der »Internationalen Wochenschrift« aus, welche von Nell nicht nur als eine wissenschaftliche, sondern auch als eine politische Äußerung eines Mannes verstanden wissen wollte, den sie als den kommenden preußischen Kultusminister betrachtete.[179] Eine Deutung, die vor dem Hintergrund der ausgesprochen konzilianten Kaisergeburtstags-Rede Harnacks von 1907 kaum von der Hand zu weisen ist. Harnack, und mit ihm wohl auch Delbrück, sorgten sich indes vor allem darum, der von ihnen vertretene Weg der interkonfessionellen Annäherung im Feld der Wissenschaft, als gewissermaßen neutralem Gebiet, könne rasch an seine Grenzen stoßen, wenn die Kirche in strenger Lesart der Enzyklika Vorrang vor der Wissenschaft beanspruche und so die umworbenen »liberalen Katholiken« in die Bedrängnis bringe, entweder ultramontane Positionen einzunehmen oder sich von der Kirche abwenden zu müssen.[180]

Idealförmig erfüllte der schlesische Lenzschüler Felix Rachfahl als selbstdeklarierter »Taufscheinkatholik« das Muster vom erwünschten »liberalen Katholiken« ohne Gründe zum bekenntnisbezogenen Misstrauen.[181] Seine biographische Skizze des verstorbenen Zentrumsführers Windthorst zeigt eindrücklich, wie Politik und Geschichtsschreibung gerade auch dort Hand in Hand gingen, wo man sich der reinen, sachlichen Vernunft verpflichtet wähnte. Ursprünglich als Eintrag für die »Allgemeine Deutsche Biographie« gedacht, hatte sie sich zu einer fast neunzigseitigen Schrift ausgewachsen, die zwischen Februar und April 1909 in drei Teilen in den »Jahrbüchern« gedruckt wurde und Windhorst im Besonderen als entscheidenden Akteur des Kulturkampfes[182] »unabhängig von jeder Parteischablone, von rein historischem Interesse geleitet« präsentieren sollte.[183] Rachfahl vermied daher nach Möglichkeit den Terminus »Ultramontanismus« und nahm ausdrücklich in Kauf, dass sein Elaborat Kritikern als »matt und farblos« erscheinen mochte, da »Animosität und Aggression« im Ton auch dezidiert wissenschaftlicher Publikationen eher die Regel als die Ausnahme war.[184] In dem sich Rachfahl all dessen enthielt, glaubte er am stärksten zu wir-

179 *Arnold*, »Für eine Dame und erhört«, S. 70–72. Zu Harnacks Aussichten auf den Ministerposten 1907 vgl. *Nottmeier*, Adolf von Harnack und die deutsche Politik, S. 273–275.

180 *Nottmeier*, Adolf von Harnack und die deutsche Politik, S. 322 f. Zur interkonfessionellen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in Delbrücks Umfeld vgl. auch Gustav Roloff an Hans Delbrück, 06.04.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 23–28.

181 Hermann Oncken an Max Lenz, 24.05.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe I, Bl. 27–28; Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 06.02.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, 33–36.

182 Felix Rachfahl: Windthorst und der Kulturkampf I, in: PJ 135 (1909) 2, S. 213–253; Felix Rachfahl: Windthorst und der Kulturkampf II, in: PJ 135 (1909) 3, S. 460–490; Felix Rachfahl: Windthorst und der Kulturkampf III, in: PJ 136 (1909) 1, S. 56–73.

183 Rachfahl: Windthorst und der Kulturkampf I [PJ 135/2], S. 214.

184 Hans Delbrück an Felix Rachfahl, o. D. [12.01.1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 20, Bl. 20–22; Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 17.01.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, Bl. 30–32; Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 06.02.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, 33–36.

ken und tatsächlich tolerierte Delbrück, dass Rachfahl es auch unterließ, pointierte Äußerungen über den konzilianten Umgang einzuflechten, den Ludwig Windthorst im Laufe seiner langen politischen Karriere mit solchen gepflegt hatte, die in scharf »ultramontaner« Sichtweise eigentlich als »Ketzer« zu gelten hatten und den Delbrück daher als erstes »Aufleuchten« des vieltraktierten »liberalen Katholizismus« ins Bild zu setzen gewünscht hatte. Durch diese betonte Nüchternheit wollte er vermitteln, dass noch selbst die strengsten Katholiken »schließlich doch nicht anders können, als Kompromisse mit den anderen Kulturelementen zu schließen.«[185]

Der Sorge um die Integration der ›liberalen Katholiken‹ war auch Delbrücks Reaktion auf den berüchtigten »Antimodernisteneid« verpflichtet, der durch apostolisches Schreiben am 1. September 1910 von allen Klerikern eingefordert wurde und, obzwar scheinbar eine innerkirchliche Angelegenheit, erhebliches Aufsehen erregte.[186] Wiederum trat Delbrück jenen in den Weg, welche die Unnachgiebigkeit des »Ultramontanismus« bewiesen sahen und in Redaktion auf den »Antimondernisteneid« etwa die kirchliche Teilhabe am Bildungswesen von neuem beschneiden wollten. »wir können das Zentrum ja für die geordnete Regierung des Reiches nicht mehr entbehren«, wiederholte er gebetsmühlenartig, wenn er jeden Anflug von protestantischem Rückfall in die harten Frontlinien des Kulturkampfes geißelte, und reichte stattdessen symbolisch all jenen ›modern‹ und ›national‹ gesinnten deutschen Katholiken die Hand, welche durch die Eidforderung in Gewissensnöte gebracht wurden.[187]

Für Hans Delbrück blieben die Katholiken zwar stets die ›Anderen‹, doch haben ihm seine staatspolitischen Ideale nach dem Ende des Kulturkampfes eine Kirchenpolitik abverlangt, die selbst im liberalen kulturprotestantischen Bürgertum Preußens als geradezu gefährlich hohe Toleranz wahrgenommen wurde.[188]

185 Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 17.01.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, Bl. 30–32;

186 *Arnold*, Kleine Geschichte des Modernismus, S. 120–122.

187 Hans Delbrück: Der Aufmarsch der Parteien. Der Modernisteneid, in: PJ 143 (1911) 3, S. 550–553. Die zeitliche Korrelation des »Antimodernisteneides« mit der Verabschiedung des preußischen Lehrbeanstandungsgesetzes (»Irrlehregesetz«), das die Aufsichtskomptenzen der evangelischen Kirchenbehörden gegenüber den einzelnen Geistlichen ausweitete, erlaubte Kritikern des Lehrbeanstandungsgesetzes vergleichende Niedergangssemantiken anzustimmen, die auch in die »Preußischen Jahrbücher« Eingang fanden, wiewohl die sittliche Überlegenheit des Protestantismus auch solchen Kritikern, wie dem Gefängnisgeistlichen und Schriftsteller Gustav von Rohden, unzweifelhaft erschien, vgl. Gustav von Rohden: Irrlehregesetz und Antimodernisteneid, in: PJ 144 (1911) 1, S. 95–106; Wilhelm Herrmann: Erwiderung auf den Artikel »Irrlehregesetz und Antimodernisteneid«, in: PJ 144 (1911) 1, S. 186–189. Zum »Irrlehregesetz« vgl. *Heckel*, Die theologischen Fakultäten im weltlichen Verfassungsstaat, S. 182 f.

188 Otto Harnack an Hans Delbrück, 10.05.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Otto, Bl. 11–12. Zur Exotisierung des Katholizismus im Kontext des Kulturkampfs vgl. *Borutta*, Antikatholizismus.

Sogar in bischöflichen Aussprüchen über die Verehrungswürdigkeit von Reliquien aus der langen Dauer ihrer Verehrungstradition heraus wollte Delbrück rationalistische Züge erkennen und begrüßte 1902 die solcherweise argumentierende, konziliante Erklärung des Kölner Weihbischofs Anton Fischer zur Aachener Heiligtumsfahrt. Sie sollte nach Delbrücks Dafürhalten schlicht als undogmatisch genug angesehen werden, um auf protestantischer Seite den »Abgrund zwischen den Kirchen«, für nicht mehr unüberwindlich gelten zu lassen.[189] Um die Zustimmung des Zentrums zu den außenpolitischen Richtungsentscheidungen der Reichsleitung zu sichern, trat er insbesondere für bildungspolitische Kompromisse auf Reichs- und Länderebene ein. Entsprechend dieser Linie prägte Delbrück die »Preußischen Jahrbücher«, da er fest davon ausging, dass der Kulturkampf den politischen Katholizismus in Deutschland nachhaltig zu Kooperationsbereitschaft ›erzogen‹ hätte. Die internationale Struktur der katholischen Kirche machte es daher notwendig, diesem Sozialmilieu und seiner parlamentarischen Vertretung mit Misstrauen zu begegnen, wo »ultramontane« Einflussnahme zu erwarten war, zugleich aber den ›liberalen Katholiken‹ in Deutschland mit offenen Armen zu begegnen, um jene ›Erfolge‹ des Kulturkampfes nicht zu gefährden. Delbrücks konfessionelles Versöhnungsprogramm stieß in nationalliberalen und konservativen Kreisen auf wenig Gegenliebe. Auch solche Meinungsmacher dieses politischen Spektrums, die Delbrück nicht als durch persönliche Antipathie verblendet abtun konnten, wie der Herausgeber der »Täglichen Rundschau«, Heinrich Rippler, ließen sich nicht davon abbringen, den »Reformbestrebungen im Catholizismus« wesentlich geringeres Gewicht zuzumessen, als Delbrück es in den »Jahrbüchern« bezifferte.[190]

3. Die deutsche Sozialdemokratie

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands wurde 1875 durch den Zusammenschluss des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins unter Ferdinand Lassalle und der Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei gegründet, die aus dem linken Flügel der ursprünglich linksliberalen Arbeitervereinsbewegung hervorgegangen war. Ihre Basis hatte sie zunächst in protestantischen Städten mit handwerklicher Tradition. Erst unter den Repressionen des Sozialistengesetzes, das von 1878 bis 1890 zwar die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und das individuelle Wahlrecht aussparte, jedoch die alltägliche Parteiarbeit in die Illegalität trieb, entwickelte sich ein komplexes Organisationsgefüge, das eng

189 Hans Delbrück: Deutschland als Schutzmacht der katholischen Kirche, in: PJ 109 (1902) 2, S. 369–373, S. 372 f.

190 Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 16.06.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 20–21; Paul von Hoensbroech an Hans Delbrück, 29.06.1905, in: SBB PK, Nl, Hans Delbrück, Briefe, Hoensbreoch, Paul Graf von, Mappe III, Bl. 55.

mit den Freien Gewerkschaften verbunden auch die Arbeiterkultur der Schwerindustriebezirke maßgeblich prägte. Im selben Zug wurde der Marxismus als beherrschendes Theoriegebäude etabliert. Dessen revolutionärer Attentismus überspannte die Diskrepanz zwischen der Revolutionserwartung als einigendem Band während der Zeit der Illegalität und den beschränkten Reformoptionen einer Massenpartei, die durch Wahlkreiszuschnitt und Stichwahlsystem auch im Reichstag des allgemeinen Männerwahlrechts unterrepräsentiert war. Nicht zuletzt von Lebensmittelpreissteigerungen in Folge der Agrarzölle befeuert, vergrößerte die SPD nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes sukzessive ihre Anhängerschaft und erschloss sich neue Wählermilieus, während unter dem Zeichen des Revisionismus zunächst in Süddeutschland erste Kooperationsansätze mit linksliberalen Parteien ausgelotet wurden. Nachhaltige Zusammenarbeit im Sinne sozialpolitischer Reformen hat sich daraus nicht ergeben, abgesehen von allem bürgerlichen Misstrauen verharrte auch die SPD bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mehrheitlich in einer Fundamentalopposition, deren ideologische Überhöhung sich aus der Verfolgungserfahrung des Sozialistengesetzes speiste.[191] Hans Delbrück ist verschiedentlich als Kathedersozialist verortet worden, der frühzeitig für eine politische Inklusion auch der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eintrat.[192] In der Tat hat Delbrück von seinem Eintritt in die Redaktion der »Preußischen Jahrbücher« an deren sozialpolitische Linie in diesem Sinne und ganz wesentlich selbst geprägt. Diese Haltung entsprang seinem Staatsverständnis, wonach die ›oberen‹ Schichten im Interesse des Gemeinwesens zu Fürsorge gegenüber dem ›Volk‹ verpflichtet waren. Die Versäumnisse der anderen Parteien nötigten ihm in dieser Hinsicht über die Jahre immer größere Akzeptanz der deutschen Sozialdemokratie ab, zumal er die antisozialistische Repressionspolitik auch als eine potentielle Bedrohung sowohl bürgerlich-liberaler Freiheitsrechte, als auch des außenpolitischen Prestiges des Deutschen Reiches ansah.

Als Bismarck im Herbst 1878 das hinsichtlich eventueller politischer Motivation freilich nie ganz aufgeklärte Attentat Karl Eduard Nobilings auf Wilhelm I. zum willkommenen Anlass für das erste Sozialistengesetz nahm, hatte Delbrück dem ablehnend gegenübergestanden.[193] Tatsächlich versuchte er sogar vergeblich, den in Vertretung des verwundeten Kaisers die Regierungsgeschäfte versehenden Kronprinzen, zu einer öffentlichen Erklärung gegen die Gesetzesvor-

191 *Ritter*, Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich; *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 351–358; Ebd., S. 554–572; eine Zusammenfassung mit Bibliographie bietet *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 122–159; Ebd. S. 648 f.

192 *Lüdkte, Hans Delbrück und Weimar*, S. 59.

193 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 64. Zum Ablauf des Attentats und den polizeilichen Ermittlungen vgl. Mühlnickel: »Fürst, sind Sie unverletzt?«, S. 51–67. Zum Sozialistengesetz als Reaktion auch auf das Nobiling-Attentat vgl. Ebd., S. 177–180. Die Kette aufsehenerregender anarchistischer Terroranschläge am Ende des 19. Jahrhunderts hat Delbrück vor allem hinsichtlich ihrer Implikationen für internationale sicherheitspolitische

lage zu bewegen.[194] Nicht aus Sympathie für die Sozialdemokraten, sondern aus Geringschätzung ihrer parlamentarischen Machtchancen hielt er die repressiven Maßnahmen Bismarcks für verfehlt. Nicht zuletzt waren ihm die weitreichenden Eingriffsrechte der Regierungsbehörden suspekt, die das Sozialistengesetz speziell hinsichtlich Vereins- und Pressewesen festschrieb. Die Verabschiedung des Sozialistengesetzes in seiner gegebenen Form erklärte sich Delbrück, der damals mit dem kronprinzlichen Haushalt in England weilte, als notwendige Reaktion auf die »öffentliche Meinung«, ohne Bismarcks massive öffentliche Instrumentalisierung des Attentats für die verschärfte Gesetzesvorlage in dieses Bild einzubeziehen.[195]

Als mäßig lautstarker Kritiker der wiederholten Verlängerungen des Sozialistengesetzes während der 1880er Jahre hat Delbrück sich für mehr parteipolitische Partizipationschancen für die Arbeiterschaft ausgesprochen, die unter dem Repressionsdruck nahezu unausweichlich konspirative Organisationsformen hervorbringen müsse, während sie bei verstärktem Einzug in die Parlamente über kurz oder lang ›realpolitische‹ Interessenabwägung und Kompromissbereitschaft ideologischen Parolen vorzuziehen lernen werde.[196] Zugleich engagierte er sich als energischer Befürworter des Aufbaus der Sozialversicherungssysteme im Reich. Wenn ihm das Schlagwort vom »Staatssocialismus« auch nicht behagte, so erachtete er doch ein idealistisches und politisches Korrektiv für den Individualismus und Materialismus der modernen Industriegesellschaft als notwendig.[197] Im Schutz der Zollschranken gegenüber internationaler Konkurrenz sollten Anreiz und Möglichkeit zur eigenen Erwerbstätigkeit unter regulierten Arbeitsverhältnissen mit gewissen Rechtssicherheiten gegenüber den Arbeitgebern geschaffen werden.[198] Derweil die Sozialversicherungen

Absprachen Beachtung geschenkt. Den Anarchismus erachtete er als ein der Sozialdemokratie zwar verwandtes, aber eigenständiges und mindestens in Teilen gegensätzliches Phänomen, vgl. Hans Delbrück: Maaßregeln gegen den Anarchismus. Der Berliner Bier-Boykott, in: PJ 77 (1894) 2, S. 385–396; Hans Delbrück: Nachruf Paul Voigt. Die Ermordung des König Humberts, der Anarchismus und Italien. Die Befreiung der Gesandten in Peking. Der Oberkommandierende Graf Waldersee, in: PJ 101 (1900) 3, S. 558–568, S. 560–565.

194 Hans Delbrück an Hermann Rassow, 08.06.1878, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 118–120.

195 Hans Delbrück an Hermann Rassow, 20.06.1878, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrück in Briefen [unveröff. Manuskript], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Ka. Reste, Hans Delbrück 1848–1929 in Briefen, bis 1880, S. 121–124.

196 Hans Delbrück: Politische Correspondenz [1885]; Hans Delbrück: Lex Huene. Die Debatte über die Sonntags-Arbeit. Die Bewegung innerhalb der Socialdemokratie, in: PJ 55 (1885) 6, S. 690–697, S. 696 f.

197 Hans Delbrück an Heinrich von Treitschke, 23.08.1883, in: SBB PK, Nl. Heinrich von Treitschke, K. 5, Nr. 123, Bl. 1–4; vgl. auch Hans Delbrück: Gegen den Staatssocialismus. Drei Abhandlungen von Ludwig Bamberger, Theodor Barth, Max Broemel, in: 53 (1884) 4, S. 426 f.

198 Delbrück: Gegen den Staatssocialismus [PJ 53/4].

»dem Arbeiter das geben, was er durch die Auflösung der alten Verbände verloren hat und was ihm kein noch so hoch gesteigerter Lohn ersetzen kann: die Sicherheit des Daseins, welche das Fundament aller Sittlichkeit bildet. Ein Mann, der weiß, daß Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfall in jedem Augenblick und zuletzt das Alter mit Sicherheit ihn dem äußersten Elend preisgeben wird, entbehrt des sittlichen Haltes, den der sociale Organismus dem ζῷον πολιτικόν zu geben verpflichtet ist. Ein solcher Mann wird weder sparen – denn so viel kann er nie erübrigen, um damit den Zufällen des Lebens wirklich gewachsen zu sein – noch ein geordnetes Familienleben führen. Er wird froh sein, wenn er nicht an die Zukunft denken braucht und das sicherste Mittel Zukunft sowohl wie Gegenwart zu vergessen, ist der Branntwein. Ihm ergeben sich die Schwächeren, die Stärkeren macht ihr Kampf gegen die Gesellschaft zu Revolutuionären.«[199]

Infolge dieser Positionierung ist Delbrück nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes in den Parlamentsdebatten über Arbeiterrechte wie Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit als konservativer Eideshelfer angerufen worden.[200] Carl von Stumm als Frontmann der Freikonservativen Partei bezichtigte ihn dagegen in der Reichstagssitzung vom 18. Februar 1896 als »in das sozialistische Fahrwasser gerathen« und stempelte ihn öffentlich zum Abtrünnigen.[201]

Als im Nachklang des Bergarbeiterstreiks von 1905 erstmals Arbeitnehmervertretungen für einige Industriezweige gesetzlich vorgeschrieben wurden, begrüßte Delbrück dies als Erfolg der »wissenschaftlichen Sozialpolitik« wie sie vom Evangelisch-Sozialen Kongreß propagiert wurde und die der Arbeiterschaft der Wahrung ihrer Interessen durch einen unparteiischen Staat versichern sollte. Im Märzheft der »Jahrbücher« zeichnete er damals ein optimistisch überzeichnetes Zukunftsszenario, in dem die Sozialdemokratie binnen kurzem ihren »politischen Charakter abstreifte«, mithin zu einer außerparlamentarischen Lobbyorganisation ohne außen- oder verfassungspolitische Standpunkte mutierte.[202] Der Inhalt der Regierungsvorlage zur Novelle des Berggesetzes war Delbrück bereits vorab bekannt und im Frühjahr 1905 mühte er sich, einer breiten Gesetzesmajorität vorzuarbeiten.[203] Speziell bedeutete dies, im Einklang mit der Regierungslinie konservative und liberale Sorgen davor zu zerstreuen, dass der skandalträchtige Versuch des preußischen Staatsministeriums im Vorjahr

199 Hans Delbrück: Beiträge zur Social-Reform, in: PJ 58 (1886) 5, S. 517–522, S. 520.

200 Ignaz Auer im Reichstag. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, IV. Session 1895/97, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 3. Dezember 1895 bis zur 32. Sitzung am 5. Februar 1896, Berlin 1896, 26. Sitzung, Mittwoch den 29. Januar 1896, S. 619.

201 Carl-Ferdinand von Stumm-Halberg im Reichstag. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, IV. Session 1895/97, Bd. 2, Von der 33. Sitzung am 6. Februar 1896 bis zur 63. Sitzung am 18. März 1896, Berlin 1896, 43. Sitzung, Montag den 18. Februar 1896, S. 1048.

202 Delbrück: Handelsverträge [PJ 119/3], S. 566,

203 Hans Delbrück an Roderich von Kienitz, 02.03.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 11, Bl. 41 f.

die Hibernia AG auf dem Wege einer feindlichen Übernahme zu verstaatlichen, dem seinerzeitigen Scheitern zum Trotz Nachahmung finden könne. Persönlich ohnehin ein Kritiker von Staatsbetrieben, die ihm als Brutstätten des »Bürokratismus« galten, betonte Delbrück gegenüber dem Posener Regierungsbeamten und staatswissenschaftlichen Eisenbahn-Experten Roderich von Kienitz besonders das »politisch taktische« Moment, von öffentlichen Erörterungen zur Verstaatlichung des Kohlebergbaus abzusehen. Delbrück und Kienitz stimmten darin überein, dass die kompromisslose Haltung der Zechenbesitzer selbst das öffentliche Klima geschaffen hatte, in der das Vorgehen der Arbeiter auch in bürgerlichen Kreisen Zustimmung finden und Gesetzgebung zum Nachteil der »Ruhrbarone« denkbar werden konnte. Ebenso einträchtig werteten sie das Streikgeschehen als Beweis dafür, dass nicht die ganze deutsche Arbeiterschaft aus eingefleischten Sozialdemokraten bestand. Da nämlich die hunderttausenden an dem Streik beteiligten Ruhrgebietsbergleute allein eine so große strategische Ressource darstellten, dass ein sozialistischer Revolutionär gar nicht umhingekommen wäre, sie bereits einzusetzen, wenn er tatsächlich ihrer Gefolgschaft so sicher sein konnte, wie die schwerindustrienahen Zeitungen es suggerierten. Doch ließen sich die »Preußischen Jahrbücher«, als bekanntermaßen regierungsnahe Zeitschrift mit einem Verstaatlichungsappell aus der Feder eines Regierungsbeamten vernehmen, so befand Delbrück, wäre dies Wasser auf die Mühlen der parlamentarischen Opposition gegen das Gesetzesvorhaben.[204]

Zum Ende der Ära Bismarck hin schätzte Delbrück dessen Politik von Zuckerbrot und Peitsche als geeignetes Mittel ein, die sozialdemokratische Bewegung entlang der Bruchlinie zwischen ›realpolitischen‹ Reformern und unverbesserlichen anarchistischen Umstürzlern aufzubrechen. Wiewohl er damals mit dem umtriebigen Publizisten Rudolf Martin davon ausging, dass die Binnendifferenzierung zwischen diesen beiden Gruppen auch für die Sozialdemokraten selbst vornehmlich taktischer Natur war.[205] Dennoch hat er sich bis zum Ersten Weltkrieg, wenngleich in abnehmender Tendenz die Hoffnung bewahrt, sozialdemokratische Bewegung und Industriearbeiterschaft nach dem Prinzip vom Teilen und Herrschen als Gefahr für die Ordnung des Staates einzudämmen. Derweil gemahnte er Liberale und Konservative an die Reformversäumnisse des Ancien Régime, die letztlich die Französische Revolution als das ultimative bürgerliche

204 Ebd.; Hans Delbrück an Roderich von Kienitz, o. D. [15.03.1905], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 12, Bl. 2–3; Roderich von Kienitz an Hans Delbrück, 17.03.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kienitz, R. v., Bl. 2–3; Roderich von Kienitz an Hans Delbrück, 19.03.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kienitz, R. v., Bl. 4–5; Roderich von Kienitz: Ein Nachwort zum Kohlenstreik. Arbeitswillige und Kontraktbrecher, in: PJ 120 (1905) 1, S. 156–166. Zur »Hibernia-Affäre« vgl. *Bleidick*, Der Streit um den preußischen Staatsbergbau im Ruhrgebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

205 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 26.05.1888, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 71–72; Rudolf Martin: Die Entwicklung des Sozialdemokratismus zum Anarchismus, in: PJ 61 (1888) 6, S. 562–691.

Schreckensszenario vor dem Ersten Weltkriegs zur Folge hatten.[206] Solange die deutsche Arbeiterschaft ihre Interessen nur durch die Sozialdemokratie repräsentiert sah, war ihre Parteigefolgschaft eine zwangsläufige. Konnten sich aber speziell Nationalliberale und Freikonservative nicht mehr darauf verlassen, dass polizeiliche Zwangsmaßnahmen im Verein mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht die Sozialdemokratie niederhielten und trugen darum das ihre zur Linderung der sozialen Frage bei, dann würde auch der scheinmonolithische, sozialistische Block zerfallen. Von staatlicher Verfolgung befreit und als eine Partei unter anderen behandelt, müsse die SPD den Glorienschein des Märtyrertums für eine hohe Idee verlieren und in den Niederungen des parlamentarischen Alltags eingehegt werden, wo das Bündnis zwischen unverbesserlichen Revolutionären und der großen Masse von »braven, tüchtigen, anspruchslosen Arbeitern« zerbrechen werde.[207]

Der christlich-sozialen Strömung um Adolf Stöcker, die darauf abzielte, der Arbeiterschaft durch populistische Parolen und unverhohlenen Antisemitismus die Sozialdemokratie auszutreiben, stand Delbrück skeptisch gegenüber.[208] Zwar unterschied sich die sozialpolitische Motivation gar nicht so sehr und im Evangelisch-Sozialen Kongress scheinen Delbrück und Stöcker zu Anfang noch miteinander ausgekommen zu sein. Als Stöcker 1896 die Konservative Partei verlassen musste, wertete Delbrück dies als Schritt zur Formierung der konservativ-nationalliberalen Parlamentsmehrheit zu einem jedweder Sozialpolitik abholden »Kartell des Mammonismus«.[209] Doch letztlich war auch Stöcker für Delbrück ein demagogischer Vertreter der protestantischen Orthodoxie, die seinem religiösen Liberalismus ebenso Feind war, wie der kulturprotestantisch geprägten Wissenschaft als quasisäkularem Sinnspezialistentum.[210] Diese scharfe Ablehnung Stöckers hatte ja bereits zum Bruch mit Treitschke geführt.[211]

Dagegen sollte Delbrück die Gründung des Nationalsozialen Vereins 1896 begrüßen, dessen prägende Gestalten, Friedrich Naumann und Paul Göhre, ebenfalls Mitglieder des Evangelisch-Sozialen Kongresses waren.[212] Während des ersten Jahrzehnts der Regentschaft Wilhelms II. kursierte ein Reigen von Denkanstößen und Gerüchten, wonach die sozial-liberale Regierungskritik an

206 Hans Delbrück: Regierung. Mammonismus. Sozialismus, in: PJ 79 (1895) 2, S. 362–374, S. 373; Hans Delbrück: In eigener Sache. Der Rücktritt des Ministers von Köller und die Ansichten der Sozialpolitik. Die Währungsfrage, in: PJ 83 (1896) 1, S. 208–216, S. 212 f.

207 Delbrück: Bekämpfung des Sozialismus [PJ 78/1]; Hans Delbrück: Der Kanzlerwechsel, Die Sozialdemokratie, Die preußische Agende, Kaiser Nikolaus II., in: PJ 78 (1894) 3, S. 541–554; Hans Delbrück: Das wahre und das falsche Kartell, in: PJ 82 (1895) 1, S. 183–190.

208 Zu Adolf Stöcker als Politiker vgl. *Brakelmann/Greschat/Jochmann*, Protestantismus in der Politik. Zu Stöckers Verbindung von Antisemitismus und Antisozialismus vgl. *Brakelmann*, Adolf Stoecker und die Sozialdemokratie, S. 104–106.

209 Delbrück: Der Austritt Herrn Stöckers aus der konservativen Partei [PJ 83/3], S. 591.

210 Delbrück: Der Austritt Herrn Stöckers aus der konservativen Partei [PJ 83/3].

211 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 175.

212 *Düding*, Nationalsozialer Verein, S. 24–26.

sich gouvernementaler Intellektueller alsbald eine neue Parteiengründung in der Mitte des politischen Spektrums hervorbringen werde.[213] Hans Delbrück hat dazu auch selbst beigetragen, indem er öffentlich die parteipolitische Heimatlosigkeit aufstrebender Köpfe wie Max Webers, Werner Sombarts und eben auch Paul Göhres konstatierte.[214] Während der 1890er Jahre erwartete er einen spezifischen Anlass, der die Gründung einer neuen Partei herbeiführen werde, die Arbeiterschaft und Bildungsbürgertum in »nationaler Gesinnung« miteinander verbinden und so die »Ausbildung der Institutionen des Reiches in dem freiheitlichen Sinne eines aufgeklärten Conservatismus« befördern sollte.[215]

Zwar hat Delbrück 1895 Friedrich Naumann öffentlich als die politische Führungspersönlichkeit für diese Strömung anerkannt.[216] Doch obgleich er ferner einen bereits begonnenen Umbildungsprozesses der Parteienlandschaft konstatierte, erklärte er die Zeitumstände als für eine derartige Gründung noch nicht reif.[217] Als weitgehend resonanzlos verpufften Testballon in dieser Richtung betrachtete er seine »Politische Correspondenz« für das Januarheft 1896, welche die Gründung einer »starken Reformpartei« für den Moment in Aussicht gestellt hatte, in dem die antisozialdemokratischen Repressionsinstrumente außer Kraft gesetzt und »den geistigen Kräften auf allen Seiten freier Spielraum« gewährt würde.[218]

Zu den nicht über vage Planungsphasen hinausgelangten Projekten mit dem Ziel einer parteipolitischen Bindung der Arbeiterschaft jenseits der Sozialdemokratie zählte auch der »Neue Deutsche Nationalverein«. Indem dieser an sein gleichnamiges Vorbild aus der »Neuen Ära« anknüpfte, hätte er als »ein größerer Verein von angesehenen Leuten einen wertvollen Hintergrund«[219] für eine Parteigründung Naumanns darstellen sollen.[220] Der Entwurf für den Gründungsaufruf benannte als Ziele und Grundprinzipien, einzutreten

»für Stärkung der Flotte und des Landheeres, für Erhaltung des verfaßungsmäßigen Reichstagswahlrechts, für die Freiheit jeder Berufsvereinigung der Arbeiter, für

213 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 161–163.

214 Delbrück: Bekämpfung des Sozialismus [PJ 78/1], S. 187.

215 Vgl. ein undatiertes und nichtadressiertes Briefkonzept Hans Delbrücks in der Materialsammlung »Pläne der Gründung eines Neuen Deutschen Nationalvereins«, das vermutlich an den sozialistischen Journalisten Heinrich Oberwinder gerichtet war, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 14–17

216 Hans Delbrück: Die agrarische Rede des Fürsten Bismarck. Der evangelisch-soziale Kongreß, in: PJ 81 (1895) 1, S. 189–198, S. 194 f.

217 Ebd.; vgl. ferner Wilhelm Kulemann an Hans Delbrück, 13.09.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kulemann, Wilhelm, Bl. 5–7; Wilhelm Kulemann an Hans Delbrück, 4. [?] 11.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kulemann, Wilhelm, Bl. 3–4.

218 Delbrück: In eigener Sache [PJ 83/1], S. 212 f.; Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 28.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 29.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32.

219 Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 28.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 2–5.

220 Ebd. Vgl. auch *Düding*, Nationalsozialer Verein, S. 61.

Kräftigung unserer Landwirtschaft durch die Mittel des Vereinswesens und durch deren Kolonisation.[221]

Dass diese und ähnlich ausgerichtete Pläne während der 1890er Jahre im Sande verliefen und erst 1903 indirekt in die Fusion von Nationalsozialem Verein und Freisinniger Vereinigung mündeten, hat vom Bruch mit einem strategischen Fatalismus Delbrücks und anderer sozialreformerisch orientierter Intellektueller begründet.[222]

Tatsächlich hatte der Abgleich mit dem »Deutschen Nationalverein« der »Neuen Ära« für Delbrück im Februar 1896 ergeben, dass dessen Breitenwirkung nicht nachzuahmen sein werde, gerade auch weil die mit Naumann verbundenen Gelehrten wie Rudolph Sohm, Max Weber und Delbrück selbst kein parlamentarisches Gefolge einbringen konnten. Um nicht weniger gewichtete Delbrück jedoch auch ein taktisches Movens, als er Naumann seinen Rückzug von dem Unternehmen mitteilte. Dieses folgte der Einsicht, dass sein persönliches Ideal von einer »gerechten, unbefangenen Betrachtung [der Zeitumstände; d. Vf.] von allen Seiten und von einem wirklich freien durch keinerlei Rücksicht beschränkten Standpunkt aus« mit einer scheinbaren Naturnotwendigkeit kollidierte, nach welcher der Parlamentarismus zwar dem Gemeinwohl dienen konnte, gleichwohl Parteien nur in »Einseitigkeit und Unterordnung« bestehen konnten. Aus dieser Perspektive betrachtet, schien der ›nationalen‹ Sache durch eine ebenso christliche wie nationale Arbeiterpartei mehr gedient, als durch eine große, im Mit- und Gegeneinander individueller Idealismen ständig auseinanderfließenden, sozialreformerischen Sammlungspartei. Delbrück glaubte zwar einer neuen Partei mit seiner Person öffentlich unanzweifelbare Gewähr für eine staats- respektive regierungstreue »Tendenz« bieten zu können. Dass Naumann nicht in gleicher Weise erkennbar war, schien ihm aber von letztlich ausschlaggebendem Vorteil, da Naumann zum Besten seines Ansehens in der Arbeiterschaft politische Standpunkte einnehmen könne, die Delbrück selbst weder glaubhaft vertreten zu können glaubte, noch vertreten wollte. Als Knackpunkt erschienen die agrarischen Schutzzölle, für die weiterhin einzutreten Delbrück seine Überzeugung von dem besonderen sittlichen und politischen Wert des ländlichen Großgrundbesitzes gebot. Da aber unter der Parole »Schutzzoll und Arbeiterfreundlichkeit« nur ein paar Idealisten und keine breiten Massen zu versammeln waren, sollte es Naumann übernehmen, öffentlich der Schutzzollpolitik und der ebenso komplexen wie protektionistischen Branntweinbesteuerung abzuschwören, die zum proletarischen Missfallen Lebens- und Genussmittel verteuerten, während Delbrück sie als Schutzschirm für die preußische Landwirtschaft und Finanzspritze für die Staatskasse schätzte. Da nur auf diesem Wege das nötige Vertrauen unter der Arbeiterschaft zu gewinnen sei, das als Grundvoraussetzung für eine effektive Konkurrenz zur Sozialdemokratie unabdingbar war,

221 Entwurf. Vertraulich, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 9.

222 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 162.

drängte Delbrück Naumann gegen dessen Zweifeln an den eigenen Erfolgsaussichten zum Handeln.[223]

Mehrheitsfähige Parteipolitik selbst zu betreiben, stellte Delbrück gegenüber Naumann für den Moment in Aussicht, wenn die seinerzeit diskutierte internationale Währungskonvention über den Bimetallismus zu Stande käme und darauf folgende Preissteigerungen im Agrarsektor das Instrument der Schutzzölle zum Wohle des Großgrundbesitzes überflüssig machen würden.[224] Gleichwohl ist Delbrück hinter den Kulissen nachdrücklich für eine größere mediale Repräsentanz nationalsozialer Ansichten eingetreten, die er in den einflussreichsten Blättern der Tagespresse nicht wiederfand.[225] Der Parteineugründung, an der unmittelbar mitzuarbeiten er ausgeschlagen hatte, hat er noch im Augustheft 1896 das Wort geredet:

»Eine wesentliche Erleichterung würde geschaffen werden, wenn sich rechtzeitig eine Partei bildete, die die großen Forderungen der Epoche in sich vereinigte: freiheitlichen Ausbau der Verfassung, Fortführung der sozialen Reformen und Stärkung der Wehrmacht: eine Volkspartei von wahrhaft nationaler Gesinnung, eine nationale Demokratie.«[226]

Entgegen seiner früheren Kritik hat Delbrück das Sozialistengesetz der Ära Bismarck ab den 1890er Jahren als Erfolgsgeschichte gezeichnet. Ein Erfolg, der nach seinem Dafürhalten so umfassend war, dass eine Wiederverschärfung der presse-, vereins- und versammlungsrechtlichen Repressionen gegen die deutsche

223 Friedrich Naumann an Hans Delbrück, 18.02.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Naumann, Friedrich, Bl. 6; Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 28.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32. Zur fiskalischen Bedeutung der Branntweinproduktion im Deutschen Reich vgl. *Herlemann*, Die Krise des staatlichen Branntweinmonopols, S. 300–306. Zu Delbrücks Eintreten für die sog. »Branntwein-Liebesgabe« vgl. Hans Delbrück: Das Spiritus-Monopol. Die Aussichten des Monopols, in: PJ 57 (1886) 1, S. 90–96; Delbrück: Der preußische Etat [PJ 57/2]; Delbrück: Rückblick auf die Verhandlungen über das Branntwein-Monopol [PJ 57/3]; Hans Delbrück: Der neue Entwurf einer Branntwein-Steuer, in: PJ 57 (1886) 6, S. 634–637.

224 Hans Delbrück an Friedrich Naumann, 28.03.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32.

225 Hellmut von Gerlach an Hans Delbrück, 05.07.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gerlach, Helmut v. [sic!], Bl. 2; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 16.07.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 18–22; Richard Roesicke an Hans Delbrück, 21.07.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 29 f.; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 23.07.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 23; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 10.08.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 24; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 15.08.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 25; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 26.08.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 26 f.; Heinrich Oberwinder an Hans Delbrück, 02.09.1896, in: BArch Koblenz, N 1017/32, Bl. 28; vgl. kursorisch vom Bruch: Wissenschaft. Politik und öffentliche Meinung, S. 162.

226 Hans Delbrück: Das Bürgerliche Gesetzbuch. Die Entlassung des Ministers v. Berlepsch und die Parteien. Polen und Dänen. Herrn Stöckers kirchlich-sozialer Kongreß, in: PJ 85 (1896) 2, S. 395–405, S. 399.

Sozialdemokratie nicht zu rechtfertigen wäre. Obrigkeitliche Repression allein würde die verschiedenen widerstreitenden Fraktionen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zusammenschweißen und sie erst als Organisation von potentiell gefährlicher Größe erhalten.[227] Als unter dem Eindruck der Ermordung des französischen Staatspräsidenten Carnot durch einen italienischen Anarchisten am 25. Juni 1894 die Regierung Hohenlohe-Schillingsfürst ihre berüchtigte »Umsturzvorlage« in den Reichstag einbrachte, zählte Delbrück zu deren schärfsten Kritikern. Vor allem dem Evangelisch Sozialen Kongress nahestehende Presseorgane, neben den »Preußischen Jahrbüchern« die »Hilfe« Friedrich Naumanns und Paul Martin Rades »Christliche Welt«, machten im Winter 1894/95 Front gegen eine Gesetzesvorlage, deren Realisierung auch den eingeübten bildungsbürgerlichen Freiheitsrechten im Bereich von Presse und Wissenschaft zur Bedrohung hätte werden können.[228] Dies war einer der Momente, in denen sich die Autorität des Thrones gegen die Konservativen ins Feld führen ließ, in dem Delbrück auf einen Fingerzeig Harnacks hin die fälligen landesherrlichen Lobpreisungen freier akademischer Wissenschaft anlässlich der Universitätsjubiläen von Königsberg und Halle als Belege dafür aufrief, welch essentielle Bedeutung die Wissenschaftsfreiheit für den Staat habe.[229] Denn

»die Monarchie ist im Laufe der Zeit subjektiven Irrungen und Velleitäten ausgesetzt, und das Beamtenthum ist in steter Gefahr, bureaukratischer Verknöcherung und Allweisheitsgelüsten zu verfallen. Starke Bewegung des öffentlichen Geistes ist deshalb die allein bekömmliche Lebensluft für unseren Staat.«[230]

Polizeiliche und juristische Repressionen hatte die deutsche Sozialdemokratie auch nach dem Ende der Sozialistengesetze zu erdulden, ohne dass es dazu einer elaborierten legislatorischen Diskriminierung bedurft hätte. Auch folgte der Streikbewegung als Mittel des Arbeitskampfes die Straßengewalt auf dem Fuße. Darin unterschied sich das Deutsche Kaiserreich nicht von den anderen großen Industriestaaten.[231] Analog zu den Nationalitätenkonflikten des Reiches, ließ Delbrück nie Zweifel daran aufkommen, dass die Autorität des Staates stets gewahrt werden müsse, wo irredentistische oder revolutionäre Bestrebungen ins Werk gesetzt wurden. Jedoch beschädige der Staat selbst seine Autorität, wo er Ungerechtigkeit in der Behandlung seiner Bürger walten ließ. Durfte er doch nie als »Bundesgenosse der einen Klasse gegen die andere« erscheinen, was nur die eigene Desintegration befördern würde.[232]

227 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 66.
228 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 143–145.
229 Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 06.08.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 14.
230 Delbrück: Bekämpfung des Sozialismus [PJ 78/1], S. 179.
231 *Caruso*, »Blut und Eisen auch im Innern, S. 107–151.
232 Delbrück: Das wahre und das falsche Kartell [PJ 82/1], S. 188. Vgl. auch Delbrück: Der Stand der Wahlreform [PJ 140/1].

Entsprechende »Thorheiten der Polizei« hat Delbrück mit spitzer Feder bekämpft und als deutsche Rückständigkeit unter den »Kulturnationen« gebrandmarkt.[233] Eben diese Wendung brachte ihm im November 1895 eine Anzeige seitens des damaligen preußischen Innenministers Ernst von Köller wegen »Beleidigung der Preußischen Polizei« ein.[234] Eine eigens für diesen Fall geprägte und reichlich vage Formel, zu deren Verhandlung das zuständige Amtsgericht Moabit an keine geeignete Referenz anknüpfen konnte.[235] In der Kunz Buntschuhstraße erfreute man sich nachfolgend vielfältiger Unterstützung, nicht nur aus persönlichen Zuschriften, sondern auch in durchaus regierungsnahen Zeitungen. Obwohl doch die durch Blätter wie die »Post« und die »Kölnische Zeitung« repräsentierten Freikonservativen und Nationalliberalen nicht bloß zuvörderst die Adressaten, sondern auch nächst dem Innenminister Objekt der Kritik von Delbrücks inkriminiertem Artikel waren.[236] Diese breite Unterstützerfront verdeutlicht, dass Delbrück eben nicht einfach ein eigenwilliger Querkopf war, sondern als Repräsentant eines oft ganz im Bann von Konformismus und Obrigkeitshörigkeit gezeichneten wilhelminischen Bildungsbürgertums ernst zu nehmen ist. Im Familienkreis erinnerte man sich nun Lina Delbrücks Großvater Friedrich Thierschs als Beispiel bürgerlichen Selbstbewusstseins und intellektueller Integrität, der als Vorreiter des deutschen Philhellenismus im Vormärz den Zorn Metternichs und des preußischen Außenministers Christian Günther von Bernstorffs auf sich gezogen hatte.[237]

Mit diesem Rückenwind stellte sich Delbrück im Dezemberheft 1895 selbst in eine Reihe mit den bekannten Namen vormärzlicher »Demagogenverfolgung«, von Ernst Moritz Arndt bis August Heinrich Hoffmann von Fallersleben, und stellte unverhohlen die Eignung Köllers für sein Amt in Frage.[238] Bemerkenswert war diese semantische Eskalation insofern, als zur gleichen Zeit die Erhebung Delbrücks zum ordentlichen Professor verhandelt wurde und er durchaus Grund zur Sorge sah, dass Köller ihm diesen Karriereschritt beim Monarchen hintertreiben könnte. Zudem hatte Köller auf Vermittlung Althoffs, der wiederum von Harnack entsprechend bearbeitet worden war, Delbrück bereits einen Handel

233 Delbrück: Das wahre und das falsche Kartell [PJ 82/1], S. 188.

234 Anklageschrift, Abschrift, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 32, Bl. 31–33.

235 Anordnung des kgl. Amtsgerichts, 01.11.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 32, Bl. 13; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 04.11.1895, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 51 f.

236 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 04.11.1895, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 51 f.; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 09.11.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 52; Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 15.11.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 52 f.

237 Johanna Thiersch an Lina Delbrück, 31.10.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 50 f. Für Friedrich Thiersch als politischen Intellektuellen vgl. Konstantinou: Griechenlandbegeisterung und Philhellenismus.

238 Hans Delbrück: Abermals die Behandlung der Sozial-Demokratie. Der evangelisch-soziale Kongreß. In eigener Sache, in: PJ 82 (1895) 3, S. 558–570, insbesondere S. 570.

vorgeschlagen. Dieser sollte eine Ehrenerklärung über den streitgegenständlichen Artikel mit der Wendung von den »Thorheiten der Polizei« abgeben, was auf eine zumindest teilweise Zurücknahme hinauslief. Im Gegenzug würde Köller den Strafantrag zurückziehen.[239] Dieses Angebot hat Delbrück mit der Formulierung der Dezembercorrespondenz offenkundig ausgeschlagen und trotzdem hat Köller noch am 30. November den Strafantrag zurückgezogen.

Während Delbrücks Schwager Hermann Rassow eine allerhöchste Intervention zum Friedensschluss zwischen Minister und Professor vermutete, die als besonderer Vorzug des deutschen Konstitutionalismus gesichtswahrende Beilegung elitärer Fehden ermöglichte, galt Delbrück angesichts des kurz darauf erfolgten Abtritt Köllers in der internationalen Öffentlichkeit nun als »Ministerstürzer« mit mächtigen Freunden.[240] Tatsächlich lassen sich die genauen Abläufe nicht mehr mit letzter Sicherheit rekonstruieren. Es spricht jedoch viel dafür, dass es Friedrich Althoff war, der an Delbrücks Patriotismus und Ehre appellierend, doch noch eine Aussprache mit Köller arrangierte, bei der man sich darauf einigte, dass Delbrück die Polizei nicht hätte beleidigen wollen und Köller wiederum gewissermaßen aus Versehen dem Händel den Anschein einer Intellektuellenverfolgung gegeben habe.[241]

Hans Delbrück selbst sah sich jedenfalls nicht besonderer kaiserlicher Gunst ausgesetzt, sondern feierte seinen »Sieg« über eine Regierung, die schlicht hätte anerkennen müssen, dass sie einen »Professor, der ihr politisch unbequem ist« nicht juristisch kujonieren konnte.[242] Auch in den »Preußischen Jahrbüchern« hat er die Entwicklung seines Straffalls als Ausweis bürgerrechtlichen und zivilgesellschaftlichen Fortschritts dargestellt. Zugleich jedoch seine Staats- und Regierungstreue herausgestrichen, indem er jenen Fortschritt zur Garantie erklärte, dass die »gebildete öffentliche Meinung« der preußischen Regierung in jeder anderen Beziehung als »bester Bundesgenosse« zur Seite stehen würde.[243]

239 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 42; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 16.10.1895, ms. Abschrift Ebd., Bl. 45 f.; Ernst von Köller an Hans Delbrück, 28.11.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 32, Bl. 2; vgl. auch Hans Delbrück an Ernst Buchfinck, 14.04.1896, ms. Abschrift in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Buchfinck, Ernst, Bl. 1 f.

240 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 04.12.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 12–13; Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 13.12.1895, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 56; Ministerial Changes in Berlin, in: The Times, 03.12.1895, Nr. 34751, S. 5.

241 Abschrift einer Aktennotiz, Ernst von Köller, 30.11.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 32, Bl. 1; Beschluss zur Verfahrenseinstellung durch die Strafkammer, 05.12.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 32, Bl. 4; Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 02.12.1895, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 55 f.; Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 13.12.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 56.

242 Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 02.12.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 55 f.;

243 Hans Delbrück: In eigener Sache [PJ 83/1], S. 208 f.

Delbrück erhob also den Anspruch, dass diese, seine kontinuierlich bewiesene Staatstreue ihn in besonderem Maße zur Kritik auch an den antisozialistischen Repressionsmaßnahmen legitimierte, für die er nicht zum letzten Mal die Schutzbestimmungen des § 193 des Reichsstrafgesetzbuchs über die »Wahrnehmung berechtigter Interessen« bemühte.[244]

In diesem Sinne hat Delbrück später auch das Schlagwort von der »Klassenjustiz« aufgenommen.[245] Als nämlich 1903 eine Beschwerde über dienstliche Belange, die ein Hallenser Polizist an einen sozialdemokratischen Stadtverordneten gerichtet haben sollte, dazu führte, dass tatsächlich Schuldsprüche wegen Beleidigung der Polizei ergingen, nachdem sämtliche Polizisten des Bezirks beeidet hatten, nicht in dieser Weise mit dem gleich mitverurteilten Stadtverordneten Kontakt gehabt zu haben.[246] Auch in diesem Fall fand Delbrücks Anmahnung eines parteiunabhängigen Staatsideals, das zu pflegen speziell die Nationalliberalen Bemühungen vermissen ließen, lebhafte Resonanz. Die freikonservative »Straßburger Post« anerkannte Hans Delbrücks Geistesgröße und parteiliche Ungebundenheit, tadelte jedoch seinen ›Übereifer‹. Ebenso wie der nationalliberale »Hannoversche Courier« wollte dieses Sprachrohr von Delbrücks eigener Partei kein ungerechtes Muster im Vergleich der Halleschen Vorgänge mit anderen, als »Klassenjustiz« verhandelten Gerichtssachen der jüngsten Zeit sehen und verwies vielmehr auf die Beschwerden schwerindustriell eingefärbter Blätter über zu milde Gerichtsurteile gegen streikende Arbeiter.[247] Die »Grenzboten« wiederum nahmen Delbrücks polarisierendes Rollenspiel zum Anlass, an seit den 1890er Jahren schwelende Debatten über Reformen des Strafrechts und der Juristenausbildung anzuknüpfen, ohne sich lange mit den tagesaktuellen Fällen aufzuhalten.[248]

Im Besonderen übte Delbrück Kritik an regierungsamtlicher Parteinahme im ›Klassenkampf‹, wenn die antisozialistischen Repressionsmaßnahmen geeignet schienen, dem internationalen Prestige des Reiches als entscheidender Ressource seiner Außenbeziehungen abträglich zu sein. Nachdem im Herbst 1910 ein Streik von Berliner Beschäftigten der Hugo Stinnes GmbH zu den sogenannten »Moabiter Unruhen« eskalierte, als die Behörden den Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Streikbrechern mit einer massiven Polizeiaktion begegneten, hatten auch vor Ort recherchierende englische Journalisten polizei-

244 Ebd.

245 Zur »Klassenjustiz« als sozialdemokratischem Topos dessen Wahrheitsgehalt aber auch von nationalliberaler Seite anerkannt und vom politischen Katholizismus als selbst erlittene Diskriminierung unter der Bezeichnung »umgekehrte Klassenjustiz« adaptiert wurde vgl. *Wilhelm*, Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz, S. 504–509.

246 Hans Delbrück: Die sozialdemokratische Gefahr. Reform des Reichstagswahlrechts. Reform des Landtagswahlrechts. Klassenjustiz. Papstwahl, in: PJ 113 (1903) 2, S. 369–382, S. 374–379.

247 Klassenjustiz, in: Strassburger Post, 14.08.1903; Klassenjustiz, in: Hannoverscher Courier, 15.08.1903.

248 Maßgebliches und Unmaßgebliches, in: Die Grenzboten 62 (1903), S. 801–806, S. 801–804.

liche Gewaltmaßnahmen zu erdulden gehabt.[249] Deren öffentliche Beschwerden hatte der Berliner Polizeipräsident Trautgott von Jagow hochmütig abgewiesen, indem er erklärte, dass diese sich im Gegenteil glücklich schätzen konnten, nicht auch noch als Teilnehmer der Unruhen strafrechtlich belangt zu werden. Eine Reaktion, die Delbrück im Dezemberheft der »Jahrbücher« als sträflichen Verstoß gegen die guten Sitten im Felde internationaler Beziehungen brandmarkte:

»Die deutsche Polizei genießt unter den anderen Kulturvölkern einen so wenig freundlichen Ruf, daß es wahrhaftig überflüssig war, hier wiederum zu zeigen, daß die feineren Blüten der Ritterlichkeit bei uns nicht gedeihen.«[250]

Zwar unterblieb diesmal ein Versuch zur juristischen Maßregelung von Delbrücks Kritik analog den Vorgängen von 1895. Stattdessen erklärte Jagow sich jedoch für persönlich beleidigt, setzte sich über das strafrechtliche Duellverbot hinweg und forderte »ritterliche Genugtuung«[251].

Ausgetragen wurde dieser Händel nicht, doch eröffnet er einen schlaglichtartigen Einblick in Delbrücks Selbstverständnis von seiner Rolle als politischem Intellektuellen, insofern er dem Polizeipräsidenten zur Antwort gabt:

»Wenn ich diesen Thatbestand [der Wahrhaftigkeit seiner Kritik; d. Vf.] vergleiche mit meiner Stellung als öffentlicher Lehrer, mit meinem Alter und mit meiner Aufgabe, die öffentlichen Zustände und Vorgänge als ein unbefangen außerhalb der Parteien Stehender freimüthig zu kritisieren, so halte ich mich so berechtigt wie verpflichtet, die Austragung einer solchen Differenz mit den Waffen abzulehnen.«[252]

Ebenso bezeichnend für Delbrücks Stellung ist es, dass Jagow die Angelegenheit mit dieser Erklärung ihr Bewenden haben ließ. Denn Delbrück hatte ihm zwar persönlich versichert, keine beleidigenden Absichten gehegt zu haben, sich jedoch nicht eine Spur von seiner Wortwahl in den »Jahrbüchern« distanziert, sondern stattdessen dem Polizeipräsidenten das Strafgericht der Öffentlichkeit in Aussicht gestellt, wenn herauskäme, dass dieser »die freimüthige Kritik eines Politikers, dessen Achtung und Liebe für den preußischen Staat und seine Ordnungen außer Zweifel steht« zu unterdrücken versuchte.[253]

Von seinem Eintritt in die Redaktion der »Jahrbücher« an, hat Hans Delbrück die soziale Frage im Reich in unterschiedlichen Facetten publizistisch behandelt, wozu auch der Abgleich mit den europäischen Nachbarn gehörte, mit denen

249 Zum Verlauf der »Moabiter Unruhen« vgl. *Lindenberger*, Straßenpolitik, S. 241–303. Zur Mediengeschichte der »Moabiter Unruhen« vgl. *Westphal*, Die Zeitungsberichterstattung über die Moabiter Streikunruhen 1910, insbesondere, S. 344.

250 Hans Delbrück: Die Moabiter Krawalle, in: PJ 142 (1910) 3, S. 572–575, S. 574.

251 Trautgott von Jagow an Hans Delbrück, 01.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jagow, Gottlieb von, Bl. 1.

252 Hans Delbrück an Trautgott von Jagow, 02.12.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Jagow, G. von, Bl. 1–2.

253 Ebd.

Deutschland sich als Großmacht zu messen hatte.[254] Mit Adolf von Harnack und anderen engen Weggefährten wie Paul Rohrbach war Delbrück im Evangelisch Sozialen Kongress verbunden. Weder gehörte er zu dessen prägenden Figuren, noch hat er die jährlichen Tagungen bloß als gesellschaftliches Ereignis verlebt, sondern durchaus die Debatte mit kontrovers diskutierten Wortmeldungen befeuert.[255] Als etwa im Winter 1904 von der Bochumer Zeche Bruchstraße ausgehend eine Streikbewegung den ganzen Ruhrbergbau ergriff, verantwortete Delbrück als Mitglied des Aktionskomitees des Kongresses einen Spendenaufruf, der Unterstützung für durch den Streik in Not geratene Bergmannsfamilien erbat. Der Ertrag sollte von Vertrauensleuten im Ruhrgebiet verteilt werden. Freilich war der Streik zum Zeitpunkt der Drucklegung des Hilfsaufrufs Ende Februar 1905 bereits im Zusammenbruch begriffen, weswegen er keine nachvollziehbare Resonanz mehr erfahren hat.[256] Bei den kongressinternen Konflikten entlang der kirchenpolitischen Bruchlinie zwischen Harnack und dem christlich-sozialen Hofprediger Adolf Stöcker sowie der sozialpolitischen zwischen Stöcker und Friedrich Naumann hatte Delbrück mit seinem Schwager auf der liberalen Seite gestanden, die mit Stöckers sanft erzwungenem Austritt im April 1896 die Oberhand gewann.[257]

Delbrücks eigene sozialpolitische Grundhaltung war dabei zweifellos elitärpaternalistisch geprägt. Die sichere Gewissheit, in einer ›natürlichen‹ hierarchischen Sozialordnung Arbeitern und Handwerkern übergeordnet zu sein, verpflichtete zur fürsorglichen Beachtung von deren Lebensverhältnissen.[258] Nichtsdestotrotz war Hans Delbrück zu keiner Zeit ein Unterstützer des »Manchester-Kapitalismus«, der das Glück der Arbeiterschaft allein dem Wohlwollen der Arbeitgeber anvertraut hätte. Im Gegenteil hat er vielmehr für die Ausweitung der Sozialgesetzgebung auch auf die Handwerker und die Landarbeiterschaft plädiert.[259] Eine Politik der Auflösung des Industrieproletariats durch eine mit Firmenenteignungen erzwungene Renaissance des traditionellen Hand-

254 Hans Delbrück: Die Arbeiterversicherung in Frankreich. Von Dr. jur. M. v. d. Osten. Das englische Arbeiterversicherungswesen. Geschichte seiner Entwicklung und Gesetzgebung von Dr. philos. Wilhelm Hasbach, in: PJ 54 (1884) 2, S. 184–190.

255 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 349; Hans Delbrück: Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit, in: PJ 85 (1896) 1, S. 80–96. Zum ESK vgl. auch *Nowak*, Sozialpolitik als Kulturauftrag. Zum ESK als gesellschaftlichem Ereignis vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.06.1895, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 34 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 02.06.1903, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 94 f.

256 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 142; Aufruf, in: PJ 119 (1905) 3, S. 571.

257 *Nottmeier*, Adolf von Harnack, S. 201–207.

258 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 45.

259 Hans Delbrück: Socialpolitisches, in: PJ 56 (1885) 4, S. 413–424; Delbrück: Beiträge zur Social-Reform.

werks, wie sie etwa in der katholischen Arbeiterbewegung formuliert wurde, lehnte er jedoch als absurdes Hirngespinst ab.[260]

Mit den sozialistischen Ideengebäuden hat Delbrück sich nach Anneliese Thimme vor 1920 gar nicht beschäftigt. Das stimmt insofern, als dass er zumal während der Formierung seiner politischen Grundhaltung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie in den 1880er Jahren hierzu keinerlei spezifischen Ausführungen publiziert hat. Er war kein Historiker der Ideen und hat nicht nur in der Militärgeschichte Strategien und Taktiken sowie deren strukturelle Bedingungen in den Mittelpunkt gestellt. Auch in späteren Jahren ist er der 1896 gegebenen Anregung Werner Sombarts, den sozialistischen Übervater Marx mit »wissenschaftlicher Routine«, wie eine Festung zu belagern nie gefolgt.[261]

Gleichwohl ist der Marxismus als ideengeschichtliche Strömung durchaus vor dem Ersten Weltkrieg in den »Preußischen Jahrbüchern« rezipiert worden. Als auf allumfassende Letztgültigkeit zielendes Welterklärungsmodell ist im Besonderen der Historische Materialismus harscher Kritik, bis hin zu beißendem Spott unterworfen worden.[262] »Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre« aus der Feder des jüdischen Soziologen Franz Oppenheimer, hat Hans Delbrück im Dezemberheft 1903 selbst als die Kritik eines in der organisierten Sozialdemokratie ungeliebten Abweichlers besprochen. Aber eben vornehmlich, um Oppenheimer die erbetene Bühne gegen die sozialdemokratische Parteispitze zu bieten und Strömungen positiver Marxrezeption in der bürgerlichen Nationalökonomie in den Weg zu treten. Eine gründliche Widerlegung der marxistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie erachtete er schlicht für überhaupt nicht nötig. Der Historische Materialismus galt ihm als Ausbund von Sophismen. Was Marx in Delbrücks Augen seinen Platz in der Geschichte gab, war seine unleugbare Wirkmächtigkeit, die demnach freilich nicht in der Brillanz seiner Argumentation gründete, sondern im Zusammentreffen einer spezifischen demagogischen Kraft Marx' mit den Bedürfnissen der sich formierenden Arbeiterbewegung[263] nach »Argumenten, Formeln und Schlagworten.«[264]

260 Hans Delbrück: Schutz dem Handwerk! Von Franz Hitze, in: PJ 53 (1884) 1, S. 101–103. Zu Franz Hitze als Sozialpolitiker vgl. *Morsey*, Franz Hitze.

261 Werner Sombart an Hans Delbrück, 30.10.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sombart, Werner, Bl. 3–4.

262 Hans Delbrück: Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre. Darstellung und Kritik von Franz Oppenheimer, in: PJ 114 (1903) 3, S. 532–533; Hans Delbrück: Grundlagen und Entwicklungsziele der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie. Politische Studie über den Zusammenbruch der Privilegienparlamente und die Wahlreform in beiden Staaten, über die Reichsidee und ihre Zukunft von Rudolf Springer, in: PJ 125 (1906) 1, S. 177–179.

263 Delbrück: Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre [PJ 114/3]; Franz Oppenheimer an Hans Delbrück, 22.10.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oppenheimer, Franz, Bl. 18–19; Franz Oppenheimer an Hans Delbrück, 05.11.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oppenheimer, Franz, Bl. 20–23.

264 Delbrück: Das Grundgesetz der Marxschen Gesellschaftslehre [PJ 114/3], S. 532.

Diese theoretischen »Formeln« des Sozialismus galten Delbrück dabei nicht als Marx' eigene Schöpfungen, sondern als mehr oder weniger verstümmelnde Popularisierung hegelianischer Gedanken. Nicht bloß, um dem auserkorenen Rezensenten Ferdinand Jakob Schmidt zu einer Publikation mit Rückenwind für die akademische Karriere zu verhelfen, sorgte Delbrück daher energisch für eine Besprechung von Johann Plenges 1911 erschienener Schrift »Marx und Hegel«. Sondern auch weil hier wiederum ein selbst als Sozialdemokrat bekannter Gelehrter, Marx erfolgreich nachzuweisen schien, dass dieser nie den Boden verlassen, den Hegel gelegt hatte; dass Marx also nicht als Philosoph einer neuen und gerechten Gesellschaftsordnung, sondern bloß als Agitator des Klassenkampfes gewirkt hatte.[265]

Dem Interesse an der Person Marx' hat diese Einschätzung keinen Abbruch getan. Als Eduard Bernstein 1913 den Briefwechsel zwischen Marx und Engels von 1844 bis zu Marx' Tod 1883 herausgab, war Delbrücks Neugierde rasch geweckt und Hermann Oncken mit einer umfassenden Besprechung betraut.[266] Diese weithin günstig rezipierte Schrift, die auch in der sozialdemokratischen Presse Anerkennung fand, verhalf Delbrück zu einem pointierteren Urteil über Marx, als es in den »Jahrbüchern« je ausgesprochen worden ist. Ein Urteil das überdies bezeichnend ist für Delbrücks Geschichts- und Politikverständnis, das dem Ausloten der Bedingungen von Akteurshandeln und der Situativität von Einzelereignissen vor dem Besteigen großer Theoriegebäude den Vorzug gab:

»Ich habe Marx immer nicht leiden mögen, weil ich schlechterdings nicht finden konnte, wo eigentlich seine Größe stecke. Als dilettantischer Denker ist er nichts und

265 Ferdinand Jakob Schmidt: Hegel und Marx, in: PJ 152 (1913) 3, S. 415–436; Hans Delbrück an Ferdinand Jakob Schmidt, 04.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 12; Hans Delbrück an Johann Plenge, 28.02.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 30; Hans Delbrück an Ludwig Elster, 28.02.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 31. Für Plenges Marx- und Hegelrezeption vgl. *Krüger*, Nationalökonomen im wilhelminischen Deutschland, S. 57–66. Vgl. auch bereits Hans Delbrück: Dr. Georg Adler, Die Geschichte der ersten Socialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland, in: PJ 56 (1885) 4, S. 432 f.

266 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 15.10.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 32–33; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 15.10.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 32–33; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 10.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 28–29; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 20.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 34; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 05.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 30–31; Hermann Oncken: Marx und Engels. Ein Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844 bis 1883. Herausgeben von A. Bebel und Ed. Bernstein, in: PJ 155 (1914) 2, S. 209–256; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 28.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 37–38; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 16.04.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 33–34. Zu Hermann Oncken als ›Experten‹ für Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung vgl. *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 152.

als Historiker ist er auch nichts, als Politiker erst recht nichts. Woher sein gewaltiger Einfluß? Ihr Aufsatz hat es mir nunmehr klargemacht: es ist das Prophetenhafte, was man als eine ganz besondere Haltung der weltgeschichtlichen Menschen hinstellen muß. Auch Rousseau ist ja eigentlich kein Denker und Fichte oft genug ein Narr – aber Beide haben den Glauben und die die Umwelt erschütternde Sonderkraft, die man die prophetische nennen darf.«[267]

Delbrücks eigene geschichtstheoretischen Überlegungen sind im sozialdemokratischen Milieu umgekehrt unter ausgesprochen politischen Gesichtspunkten rezipiert worden. Als »Beruhigungspulver« für die bürgerliche Gesellschaft im Angesicht des unaufhörlichen Vordringens der Sozialdemokratie, wertete die »Leipziger Volkszeitung« Delbrücks akademische Festrede zum Kaisergeburtstag 1912 in der Aula der Berliner Universität.[268] Knapp zwei Wochen nachdem die SPD das beste Wahlergebnis einer Partei bei den Reichstagswahlen überhaupt eingefahren hatte. Unter dem Titel »Geist und Masse« hatte Delbrück nicht nur erneut seine Methode der »Sachkritik« an historiographischen Angaben zu Heeresgrößen durchexerziert, sondern diese mit Überlegungen verbunden, wie das spezifische kriegsgeschichtliche Problem der Heereszahlen auf die universalhistorische Bedeutung von Organisation durch zielgerichtete Geistestätigkeit verweise. An den Ausspruch Napoleons anknüpfend, nachdem ›das Volk‹ wie Wasser die Gestalt jedes Gefäßes annähme, beschrieb Delbrück Militärmaschinerie und Verwaltungsbürokratie, Religion und (Volks-)Bildung als Systeme sozialer Organisation durch geistige Durchdringung der Massen. So hätten griechische Bildungstradition und »Volksepos« die Abwesenheit eines einheitlichen Nationalstaats erfolgreich ausgeglichen und die Tradierung und Rezeption der homerischen Gesänge den ›Zusammenschluss‹ der Griechen unter Alexander dem Großen und damit die Herrschaft über Asien vorbereitet.[269]

In Leipzig wollte man nun in diesen Ausführungen zweierlei erkennen. Zum einen die Theorie einer historischen Gesetzmäßigkeit, nach der die Masse stets der Führung durch eine Elite bedurfte, ein wahrhafter revolutionärer Umsturz gesellschaftlicher Verhältnisse daher unmöglich wäre. Zugleich jedoch auch darein eingebettet die subtile Form einer politischen Parole der Konservativen, sich die sozialdemokratischen »Führer« durch versöhnliche Gesten anzuverwandeln.[270]

Diese Ausdeutung korrespondiert durchaus mit Delbrücks grundsätzlichem politischen Inklusionsparadigma. Als er seine Rede samt dem Artikel der »Leipziger Volkszeitung« Bernhard von Bülow übersandte, hat er diese Interpretation

267 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 28.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 37–38.

268 Geist und Masse, in: Leipziger Volkszeitung, 10.02.1912, Nr. 34, 3. Beilage. Zu dieser Episode vgl. bereits *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 157 f.

269 Delbrück: Geist und Masse [PJ 147/2], S. 208–212.

270 Geist und Masse, in: Leipziger Volkszeitung, 10.02.1912, Nr. 34, 3. Beilage.

denn auch nicht geleugnet, sondern für »in hohem Grade geistreich« erklärt.[271] Die »Volkszeitung« mochte darauf beharren, dass die ›proletarische Revolution‹ im Gegenteil nicht graduelle gesellschaftliche Veränderungen auf der Grundlage eines unabänderlichen Gegensatzes von »Geist und Masse« hervorbringen, sondern auf der Basis nie dagewesener ökonomischer Bedingungen diesen Gegensatz in Egalitarismus auflösen würde. Delbrück wünschte indes das größte Augenmerk darauf zu legen, dass in diesem Fall gerade die »Radikalen« innerhalb der SPD eine »Brücke« zur Einhegung der sozialdemokratischen ›Gefahr‹ aufzeigten.[272]

Bülow lebte zwar nach seinem Sturz 1909 inzwischen als Privatmann in Rom. Doch rechnete Delbrück ihm die 1907 gelungene Einbindung der linksliberalen Freisinnigen Volkspartei in das Wahlbündnis des sogenannten »Bülow-Blocks« nach wie vor als besondere Leistung an. Für eine gleichgerichtete »politische Aktion« in Anknüpfung an die sozialdemokratische Rezeption von Delbrücks Rede stellte sich der Fürst zwar nicht zur Verfügung. Dennoch bestärkte er Delbrück hinsichtlich der Zielsetzung einer Inklusion der alten »Reichsfeinde«, die diesem damals längst zur politischen Grundhaltung geworden war.[273]

Parallel zum Ringen um eine neue Partei, die nach dem Ende der Sozialistengesetze als Interessenvertreterin der Arbeiterschaft der SPD hätte Konkurrenz machen sollen, verlief die Formation der »Preußischen Jahrbücher« zu einer Bühne für den Abgesang auf die Rede von den »Reichsfeinden« und für Forderungen nach einer Anerkennung der SPD als »nationaler Partei«.

Erster Testballon in diese Richtung war die Publikation von zwei anonymen »sozialdemokratischen Denkschriften« im Mai und Juni 1895, die beide eine ›realpolitische‹ Einsicht postulierten, nach der das eigene Machtpotential, gleich ob auf parlamentarischem oder revolutionärem Wege schlechte Erfolgsaussichten zeitigte und daher Kompromissbereitschaft angezeigt war, wenn sich die Verhältnisse nicht grundlegend änderten.[274] Obwohl Delbrück durchaus Beziehungen zu sozialdemokratischen Parlamentariern und Medienakteuren wie Eduard Bernstein, Paul Göhre und Franz Mehring unterhielt, ist nicht ersichtlich, dass er sich 1895 die Mühe gemacht hätte, einen solchen als Repräsentanten einer ›realpolitisch‹ gewendeten Sozialdemokratie zu gewinnen.[275] Tatsächlich zählt unter

271 Hans Delbrück an Bernhard von Bülow, 21.02.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 60.

272 Ebd.

273 Ebd.; Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 29.03.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 21–23.

274 ? [Hans Delbrück] Eine sozialdemokratische Denkschrift, in: PJ 80 (1895) 2, S. 346–357; B. [Hans Delbrück]: Eine zweite sozialdemokratische Denkschrift, in: PJ 80 (1895) 3, S. 393–398.

275 Zum zeitlichen Rahmen und Umfang dieser Beziehungen vgl. die Angaben zu der mit den Benannten gepflegten Korrespondenz, *Wolff*, Der Nachlass Hans Delbrücks, S. 6; Ebd., S. 36; Ebd., S. 59; Ebd., S. 106.

die allgemeine Resonanz, die jene anonymen Artikel fanden, eine Art separate Debatte darüber, ob der bekannte revisionistische Münchner SPD-Abgeordnete Georg von Vollmar der Verfasser der ersten Denkschrift war beziehungsweise als dieser erscheinen sollte.[276] Die »Tägliche Rundschau« vermutete den Urheber im Lager der Rechtsparteien und die »Elberfelder Zeitung« traf bereits am 1. Mai 1895 den Nagel auf den Kopf, als sie in den Wendungen des namenlosen Genossen den Herausgeber der »Jahrbücher« persönlich erkennen wollte.[277] Tatsächlich hatte Delbrück beide »Denkschriften« selbst verfasst und nachfolgend speziell solche Resonanz genüsslich herausgestellt, die der satirischen Wendung vom »neckischen Kobold«, der die Memoranden den »Jahrbüchern« zugespielt hätte, durchaus Wahrhaftigkeit zubilligten.[278] Inmitten vorgetäuschter redaktioneller Eingriffe und spekulativer Fußnoten, die den pseudokonspirativen Charakter des Publikationsvorgangs garnierten, adressierten die »Denkschriften« freilich weniger die deutschen Sozialdemokraten als vielmehr Freikonservative und Nationalliberale. Denen wurden die eigenen politischen Unzulänglichkeiten insofern drastisch vor Augen gestellt, als dass der geheimnisvolle ›Genosse‹ als einzige Zukunftshoffnung der Sozialdemokratie Tendenzen der bürgerlichen Parteien herausstellte, der Arbeiterbewegung statt mit Sozialpolitik mit Polizeistaatsmethoden und womöglich gar einer repressiven Revision des Reichstagswahlrecht zu begegnen:

»es wird nicht lange dauern, so ist ein Ausnahmegesetz im Anzuge und die Angriffe auf das allgemeine Stimmrecht werden beginnen, die uns von Neuem Agitationsstoff und Bundesgenossen zuführen, und als stets bereite Hülfstruppen bleiben uns endlich Herr v. Stumm, Herr v. Köller und die »Nationalzeitung«.«[279]

Seit den Debatten um die Umsturzvorlage während 1890er Jahre äußerte sich Delbrück regelmäßig zugunsten des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts, wie es die Verfassung von 1871 für den Reichstag vorschrieb. Allen konservativen Erwägungen, durch einschränkende Modifizierungen dieses Wahlrechts der Reichsleitung ein fügsameres Parlament zu bescheren, trat Delbrück außer in seinen »Blauen Heften« auch in der Tagespresse mit einer Mischung aus strategischen Prognosen und idealistischen Axiomen entgegnen.[280] Gleich ob man das Wahlgeheimnis aufhob oder das Wahlrecht an Lebensalter oder längerfristige Sesshaftigkeit band, stets schienen diese Hebel auch zum Nachteil des eigenen liberalkonservativen Milieus ausschlagen zu können, indem sie den einzelnen Arbeiter oder Handwerker dem Druck der Masse seiner Standesgenossen nicht weniger aussetzte, als Vorgesetzten und Grundherren, oder in-

276 Eine sozialdemokratische »Denkschrift«, in: Münchener Post, 03.06.1895.
277 o. T., in: Elberfelder Zeitung, 01.05.1895, Nr. 120; Politische Rundschau, in: Tägliche Rundschau, 01.05.1895, Nr. 101.
278 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 62. Für Delbrücks Autorenschaft vgl. BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 33.
279 [Delbrück]: Eine zweite sozialdemokratische Denkschrift [PJ 80/3], S. 398.
280 Hans Delbrück: Das allgemeine gleiche Wahlrecht, in: Der Tag, 08.07.1906, S. 1 f.

dem sie junge Akademiker ebenso auszuschließen drohte wie häufig versetzte Beamte. Also solche Wählergruppen, die Rückhalt und Nachwuchs der bürgerlichen Eliten darstellten und die von Delbrück schlicht die »unseren« genannt wurden.[281] Brachte man das konservative Lieblingskind des preußischen Dreiklassenwahlrechts für den Reichstag in Anschlag, dann wären zwar die klassischen sozialdemokratischen Wählerschichten tatsächlich nachhaltig vom parlamentarischen Betrieb ausgeschlossen. Doch bliebe die soziale Frage ungelöst und die Verbindung zwischen Arbeiterschaft und SPD genauso wie bei aller polizeilichen Gängelung ungebrochen. Deren Agitatoren könnten mit Revolutionspanoramen reüssieren, statt auf dem Boden des parlamentarischen Tagesgeschäfts Kompromisse im übergeordneten Interesse des Staates schließen zu lernen. Diese Begegnung galt Delbrück auch von der Warte von Aristokratie und Großbürgertum als notwendiges Vehikel zum Besten des Reiches im Sinne von dessen konstitutioneller Mischverfassung als scheinbar der historischen Weisheit letzter Schluss:

»Das gerade ist der Werth des allgemeinen Stimmrechts, wie ihn beiläufig bemerkt zuerst Polybius in seiner wundervollen Charakteristik der römischen Verfassung ausgesprochen hat, daß es die oberen gebildeten und besitzenden Schichten zwingt, sich um das Volk zu kümmern. Alles was dieses Verhältnis stört und schwächt, ist heute verwerflich, alles was darauf hinzielt, nützlich. Der eigentliche Grund der sozialen Krankheit unserer Zeit ist die Verwahrlosung der unteren Klassen durch die Selbstgenügsamkeit und Trägheit der oberen.«[282]

Wie Delbrück insbesondere in der Debatte um den Sturz Bismarcks und den Staatsstreichüberlegungen des ersten Reichskanzlers betonte, müsste jedwede ›Revolution von Oben‹ mittelfristig die liberale »Intelligenz« und die Katholiken, in einen gemeinsamen Widerstand mit den Sozialdemokraten treiben, an dessen Ende ein fortwährender Kampf zwischen gleichermaßen terroristischem Polizeistaat und Revolutionsbewegung stehen müsste, wie er in Russland als abschreckenden Beispiel zu beobachten wäre.[283]

Als im November 1903 Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus stattfanden, hat Delbrück in Kooperation unter anderem mit Gustav Schmoller und dem evangelischen Theologen Otto Pfleiderer einen Aufruf an die Wähler des gemeinsamen Heimatwahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg gerichtet, der zur Wahl von sozialdemokratischen Kandidaten aufrief, wenn dadurch die »konservativ-klerikale« Landtagsmajorität gebrochen würde. Über das strategische Ziel einer größeren parlamentarischen ›Bewegungsfreiheit‹ des preußischen Staatsministeriums hinaus betonte Delbrücks Wahlaufruf den Wert einer stärkeren Repräsentanz der SPD im preußischen Landtag als Korrektiv zur

281 Hans Delbrück: Rückblick auf die Bismarckfeier, Die Umsturzvorlage und das allgemeine Wahlrecht, in: PJ 80 (1895) 2, S. 384–391.

282 Delbrück: Rückblick auf die Bismarckfeier [PJ 80/2], S. 390.

283 Delbrück: Die Hohenlohe-Memoiren und Bismarcks Entlassung [I] [PJ 126/2], S. 379 f.

»feudalen Klassenpolitik« der Konservativen.[284] Die Enttäuschung seiner Hoffnung auf eine Annäherung zwischen den linksliberalen Parteien und der SPD hat Delbrück nicht bloß im Familienkreise, sondern auch öffentlich ebenso bekannt wie den dahinterstehenden Gedanken, die revisionistische Strömung in der Sozialdemokratie zu stärken,[285] welcher der SPD-Parteispitze bei ihrer Absage an liberale Annäherungsversuche im Wahlkampf wohl zumindest gewärtig gewesen sein dürfte.[286]

Wie Delbrück gegenüber der Wählerschaft der gutsituierten südwestlichen Vororte Berlins freimütig eingestand, erleichterte das preußische Dreiklassenwahlrecht ein derartiges Entgegenkommen, das einem parlamentarischen Machtzuwachs der SPD auf Landesebene enge Grenzen setzte.[287] Tatsächlich hat er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges auch nie so weit gehen wollen, das Reichstagswahlrecht auf Preußen auszudehnen. Eher mahnte er punktuelle Reformen des Dreiklassenwahlrechts an und entwickelte um 1904 einen Vorschlag für ein Pluralwahlrecht, das abgesehen von einem weiteren Kreis an veranschlagten Steuern auch Wehrdienst und Bildungsabschlüsse für die Zumessung der Stimmenzahl des Einzelnen gewichten sollte.[288] In Hinblick auf die mediale Resonanz derartiger Vorschläge hat Delbrück sich damit freilich bis zum Kriegsausbruch zwischen alle Stühle gesetzt. Rechtsstehende Kommentatoren witterten die Unterminierung der wichtigsten verfassungspolitischen Bastion des Konservativismus. In linken und Zentrumskreisen, die vom Reichstagswahlrecht erheblich profitierten, erschienen Delbrücks Vorschläge als unerwünschte Manöver zu Besitzstandswahrung der altpreußischen Eliten.[289]

Mit Blick auf den Reichstag hat Delbrück zwar dezidiert antisozialistisches Wahlverhalten zur patriotischen Pflicht erklärt, solange die Sozialdemokratische Partei in Rüstungs- und Handelsfragen Totalopposition betrieb.[290] Er stand auch gern mit Rat und Tat zur Seite, wenn es galt, einen einzelnen Wahlkreis gegen die Sozialdemokratie und für die Bürgerlichen zu erkämpfen, wie bei der erfolgreichen Kandidatur des linksliberalen Anwalts Siegfried Heckscher, der 1907 dezidiert dafür antrat, die parlamentarische Repräsentanz des Bismarck'schen

284 Wahlaufruf an die Wähler des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 25, Bl. 6–7.

285 Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 19.11.1903, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 103 f.; Hans Delbrück: Das Wahl-Ergebniß, in: PJ 114 (1903) 3, S. 567–571.

286 Landtagswahlen und der Freisinn, in: Berliner Tageblatt, 24.11.1903.

287 Wahlaufruf an die Wähler des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 25, Bl. 6–7.

288 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 74 f.

289 Zur Reform des preußischen Landtagswahlrechts, in: Kölnische Volkszeitung, 17.01.1906; Der Wert des Reichstagswahlrecht, in: Neue Hamburger Zeitung, 17.01.1906; Hans Delbrück: Das allgemeine gleiche Wahlrecht [1906]; Octavio von Zedlitz und Neukirch: Das gleiche Wahlrecht, in: Der Tag, 29.07.1906.

290 Hans Delbrück: Die Auflösung des Reichstags, in: PJ 127 (1907) 1, S. 184–190.

Herzogtums Lauenburg von der SPD zurückzuerobern.[291] Auch den heimatlichen Wahlkreis wollte Delbrück durchaus nicht dauerhaft den Sozialdemokraten überlassen.[292] Doch hat er das stetige Wachstum sozialdemokratischer Parlamentsmandate, der die »Hottentotten-Wahlen« 1907 nur einen vorübergehenden Dämpfer bescherten, mit Fassung getragen und die Wahlentwicklungen recht treffend vorhergesehen.[293] Anhand der sozialdemokratischen Parteitage jener Jahre glaubte Delbrück beobachten zu können, dass zumindest die sozialdemokratischen Funktionäre sich mit dem deutschen, konstitutionellen System zu arrangieren begannen und Aussicht darauf bestand, dass die Partei dauernd eine Arbeiterinteressenvertretung mit etwas revolutionärer Folklore bleiben würde.[294] Als im Zuge des Reichstagswahlkampfs 1907 nicht zuletzt der Reichskanzler Bülow persönlich die alte Parole von den »Reichsfeinden« aufwärmte, bot der langjährige SPD-Vorsitzende August Bebel dem Kanzler Paroli, indem er im Plenum des Reichstages ausgedehnt aus einer sieben Jahre alten Nummer der »Preußischen Jahrbücher« zitierte. In jenem Juniheft 1900 hatte Delbrück unumwunden zugestanden, dass die damals in dritter Lesung erreichte Entschärfung der zensorischen »Lex Heinze« den Stimmen der SPD zu verdanken war.[295] Wenn dies Geschehen damals auch für Delbrück in erster Linie den Beweis für »die Impotenz und Zerfahrenheit der liberalen Parteien in Deutschland«[296] darstellte, so hatte doch im Grunde bereits die Abstimmung über die »Lex Heinze« den Moment markiert, indem er die Sozialdemokratie als »aus der

291 Siegfried Heckscher an Hans Delbrück, 10.01.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Heckscher, Siegfried, Bl. 31–33; Hans Delbrück an Siegfried Heckscher, o. D. [1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 17.

292 vgl. Hans Delbrück an Otto von Manteuffel, 28.12.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 13.

293 Zur intellektuellen Wahlpublizistik im Zuge der Reichstagswahlen 1907 vgl. *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 182 f. Zu Delbrücks Wahlprognostik vgl. Delbrück: Die Auflösung des Reichstags [PJ 127/1], S. 190; vgl. hierzu ferner auch Sidney Whitman an Hans Delbrück, 08.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 51–53. Zu Delbrücks Einschätzung betreffend die Wahlentwicklung nach 1907 vgl. Hans Delbrück: Das Anwachsen der Sozialdemokratie, Erbschaftssteuer für Preußen? Der »Bund der Festbesoldeten«, Weiteres über Steuerveranlagung, in: PJ 138 (1909) 3, S. 551–564; Hans Delbrück: Die Ouvertüre des neuen Reichstags, in: 147 (1912) 3, S. 564–568.

294 Hans Delbrück: Zwei Parteitage, in: PJ 126 (1906) 2, S. 387–388; Hans Delbrück: Preußische Wahlreform. Der Sozialdemokratische Parteitag. Gehaltsaufbesserung und die Finanzreform in Preußen, in: PJ 130 (1907) 1, S. 188–195; Delbrück: Die zukünftige Stellung der Parteien in Deutschland [138/1]; Delbrück: Die zukünftige Wahlparole [PJ 142/1].

295 Hans Delbrück: Die Beseitigung der Lex Heinze als Verdienst der Sozialdemokratie. Der Berliner Straßenbahn-Streik und die Sozialdemokratie. Die Schul-Reform. Transvaal. Die Fürstlichkeiten in Berlin, in: PJ 100 (1900) 3, S. 570–579, S. 571; zur sog. Lex Heinze vgl. *Mast*, Künstlerische und Wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich, insbesondere S. 182–190.

296 Delbrück: Die Beseitigung der Lex Heinze als Verdienst der Sozialdemokratie [PJ 100/3], S. 571.

Stellung einer »reichsfeindlichen« in die Stellung einer positiven Partei, einer Partei mit der man verhandelt und zuletzt auch Kompromisse schließt«[297] eingerückt anerkannte.

Als Bilanz von Delbrücks jahrzehntelanger Auseinandersetzung mit der deutschen Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs lässt sich sein Nekrolog auf Bebel im Septemberheft 1913 lesen, den er als sprachgewaltigen »Demagogen« in eine Reihe mit dem in Delbrücks Parlamentarismuskritik oft bemühten athenischen Politikers und Feldherren Kleon stellte. Doch während jener sich in Athen an der Realität der Regierungspraxis hätte messen lassen müssen, habe Bebel seine Partei gewissermaßen aus der Sackgasse der Machtlosigkeit heraus beherrscht, in der sie zur stärksten Fraktion des Reichstags geworden war, ohne dabei Anteil an dem zu haben, was Delbrück als »positive Politik« bezeichnete und wessenthalben sie auch nicht die Ehre für sich in Anspruch nehmen könnte, erfolgreiche Sozialpolitik im Sinne der Besserung von Arbeits- und Lebensverhältnissen getrieben zu haben.[298]

Delbrücks Eintreten für sozialpolitische Reformen und gegen antisozialistische Repressionen brachte ihm eine gewisse Anerkennung unter der deutschen Sozialdemokratie ein. Die objektive Urteilskraft, welche August Bebel eingedenk des gemeinsamen Widerstands gegen die »Lex Heinze« Delbrück 1907 zuschrieb, hat dieser selbst etwa anlässlich des Kornwalzer-Skandals 1913 demonstriert.[299] Damals bekannte er ostentativ, die seinerzeitigen Prozesse gegen Mitarbeiter der Krupp AG wegen Korruptionsfällen in der Rüstungsindustrie auch im »Vorwärts« verfolgt zu haben.[300] Obwohl die sozialdemokratische »Schleswig-Holsteinische Volkszeitung« Delbrück in der Debatte um den Kornwalzer-Skandal mangelhafter nationalökonomischer Kenntnisse zieh, betonte sie seine »anständige, vornehme Gesinnung« und den großen Schatz seines historischen Wissens. Selbst wenn diese im gegebenen Fall gewisse »Klasseninstinkte« nicht aufgewogen habe. Diesen »Instinkten« sei Delbrücks Urteil geschuldet, nachdem die von ihm veranschlagten Dividenden der Eigentümerfamilie Krupp

297 Ebd.

298 Hans Delbrück: Bebel der Demagog, in: PJ 153 (1913) 3, S. 556–560.

299 August Bebel im Reichstag. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XLI. Legislaturperiode, I. Session 1895/97, Bd. 227, Von der Eröffnungssitzung am 19. Februar 1907 bis zur 30. Sitzung am 16. April 1907, Berlin 1907, 4. Sitzung. Dienstag den 26. Februar 1907, S. 56–58. Zu Delbrücks Kritik an der Lex Heinze vgl. auch *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 155 f. In gleicher Weise bezog sich die sozialistische »Neue Zeit« 1914 in ihrem Protest gegen den Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch Zuschaustellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen auf Delbrück, vgl. Die Lex Heinze-Männchen, in: Die Neue Zeit 32 (1914) 2, S. 49–52, S. 52. Zu diesem Kontext vgl. bereits *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 156. Zum Kornwalzer-Skandal vgl. *Bösch*, Krupps »Kornwalzer«, S. 337–379. Für den Einfluss des Kornwalzer-Skandals auf die Korruptionsdebatten im Deutschen Kaiserreich vgl. *Rothfuss*, Korruption im Kaiserreich, S. 275–277.

300 Hans Delbrück: Rückblick auf den Krupp-Prozeß, in: PJ 154 (1913) 3, S. 564–571, S. 565;

deren unternehmerisches Risiko in einer politischen Schlüsselindustrie gerecht würden, zumal deren künftige Prosperität wiederum in diesen Besitzverhältnissen eher gesichert wäre, als in einem genossenschaftlich organisierten Betrieb. Mochte Delbrücks Blick auf die Welt den Kieler Sozialdemokraten also auch nicht frei von bürgerlichen Scheuklappen erscheinen, unterließen sie es doch nicht zu versichern:

»Wir glauben nicht im entferntesten, daß Herr Delbrück wissentlich falsche Zahlen verwandt hat, dazu hat er sich viel zu oft als ehrlicher Mann erwiesen.«[301]

Gerade eine parteienübergreifend empfundene Ehrerbietung und Vertrauenswürdigkeit Delbrücks sollte hier also als Beweis für die Macht der »Klasseninstinkte« gelten, die selbst solch einen »Mann« dazu zu verleiten vermochte, die sozialistischen Ideale falsch zu verstehen und für etwas »Unreifes und Lächerliches« hinzustellen.[302]

Diese Vertrauenswürdigkeit hat Delbrück nicht dazu genutzt, Kooperationsmöglichkeiten mit den deutschen Sozialdemokraten auszuloten. Stattdessen hat er die prinzipielle Opposition der SPD zum preußisch-deutschen Staat die längste Zeit des Kaiserreichs höher gewichtet, als die gegebenen sozialpolitischen Übereinstimmungen und wohl auch höher, als sie tatsächlich war. Daher setzte er sich erfolglos für die Gründung einer arbeiterfreundlichen, parteipolitischen Alternative ein und kritisierte die fortdauernde polizeirechtliche Diskriminierung der Sozialdemokratie nicht bloß aus der Erwägung heraus, dass der äußere Druck Arbeitermilieu und sozialistische Partei nur noch fester zusammenband, sondern auch in der Hoffnung, die parlamentarische Konkurrenz durch die SPD würde speziell die liberalen Parteien zu sozialpolitischen Zugeständnissen erziehen sowie nicht zum letzten aus der Sorge vor außenpolitischen Imageschäden. Nach der Jahrhundertwende setzte Delbrück unter dem Eindruck der sich verfestigenden konservativen Opposition zunehmend auf die Hoffnung liberal-sozialdemokratischer Kooperation als Korrektiv zur ›klerikal-konservativen‹ Parlamentsmehrheit in Preußen und scheute sich nicht, in Wahlaufrufen für taktische Stimmabgabe zugunsten sozialdemokratischer Kandidaten einzutreten.

301 Klasseninstinkt, in: Schleswig-Holsteinische Volkszeitung, 15.12.1913.
302 Ebd.

IV. Die innenpolitischen Krisenherde der Wilhelminischen Epoche

1. Die »polnische Frage«

Die ›Polenpolitik‹ ist ein schillernder Begriff, der zunächst einmal die Verhältnisse derjenigen polnisch- ebenso wie der deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen betraf, die in denjenigen Gebieten lebten, welche im Zuge der Zerteilungen der frühneuzeitlichen polnisch-litauischen Adelsrepublik zwischen 1772 und 1795 an Preußen gefallen waren. In einer vorwiegend in nationalen Kategorien denkenden Zeit fielen jedoch auch diejenigen Polen darunter, die entweder seit noch ferneren Zeiten Untertanen der preußischen Krone gewesen waren oder die aus dem weiten polnischsprachigen Raum Mittelosteuropas in die Industriegebiete des Kaiserreichs einwanderten oder als Saisonkräfte in der ostelbischen Landwirtschaft arbeiteten. Ferner verknüpften die Zeitgenossen diese zunächst einmal wesentlich innerpreußische Angelegenheit mit politischen Raumordnungsvorstellungen für Osteuropa, die in der Konfrontation der alten polnischen Teilungsmächte Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland im Ersten Weltkrieg in heftigen Debatten um die Stellung der Polen in einer anzustrebenden Friedensordnung kulminieren sollten.[1]

Kaum ein »Krisenherd« des Deutschen Kaiserreichs ist so eng mit der Rolle Hans Delbrücks als politischem Intellektuellen verknüpft wie die ›Polenpolitik‹.[2] Im Besonderen hat er die »Preußischen Jahrbücher« mit rund sechzig ganz oder in Teilen diesem Thema gewidmeten Beiträgen aus seiner eigenen Feder als Autor nicht weniger denn als Herausgeber geprägt. Bezüglich der ›Polenpolitik‹ lassen sich nicht nur die intellektuellen und materiellen Grundlagen von Delbrücks Engagement in einem Politikfeld besonders präzise herausstellen. Die Kette von Gerichtsprozessen mit Hans Delbrück und der Führung des »Ostmarkenvereins« als Streitparteien unterstreichen auch den großen sozialen Zündstoff dieses »Krisenherdes«. Der »Ostmarkenverein« propagierte insbesondere die »germanisierende« Ansiedlungs- und Enteignungspolitik des preußischen Staatsministeriums, die Delbrück vor allem als unrentable und drückende Mehr-

1 *Kienemann*, Der koloniale Blick gen Osten; *Volkmann*, Die Polenpolitik des Kaiserreichs; *Spät*, Die »polnische Frage«.

2 Vgl. *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 77–94; *Linck*, Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik; *Wajda*, Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild. Unter den übergreifenden Arbeiten zur preußisch-deutschen Polenpolitik besonders hervorzuheben ist *Spät*, Die »polnische Frage«. Außer Delbrücks »Politischer Correspondenz« wurden dort auch ausgewählte Nachlassbeständen ausgewertet sowie die polnischsprachige Forschungsliteratur breit rezipiert.

belastung der Staatskasse kritisierte, die potentiell zum sittlichen Nachteil des »Deutschtums« und zu Lasten der äußeren Sicherheit des Staates ausfiel. Daneben wurde die »polnische Frage« vor allem auf kultuspolitischem Gebiet ausgefochten. Delbrück setzte sich in dieser Beziehung nachdrücklich gegen die Unterdrückung der polnischen Sprache ein, was einerseits seiner Grundhaltung im Sinne eines kulturellen Liberalismus entsprang, andererseits der Sorge um Beförderung einer polnischen Irredenta durch äußere Zwangsmaßnahmen. Denn nicht zuletzt verhandelte Delbrück die ›Polenpolitik‹ unter der Prämisse einer ›natürlichen‹ Bundesgenossenschaft der europäischen Polen im Konzert der Mächte.[3]

Als das preußische Ansiedlungsgesetz mit der Einrichtung einer Regierungskommission und eines 100 Millionen Mark starken Fonds zur Förderung spezifisch »deutschen« Landerwerbs in den Provinzen Posen und Westpreußen die »polnische Frage« 1886 aufs Tableau brachte, war Delbrücks Standpunkt zu derselben noch ungefestigt. Während der Ära Bismarck sind überhaupt nur eine Handvoll Beiträge zur ›Polenpolitik‹ in den »Preußischen Jahrbüchern« gedruckt worden. In ihren Grundzügen vertraten sie einen ausgesprochen kulturimperialistischen Blick gen Osten. In Posen, Westpreußen und den Masuren bewiesen demnach Land und Leute schon auf den ersten Blick ein westöstliches Kulturgefälle. Die ökonomischen Verhältnisse wurden umstandslos mit katholischer Volksfrömmigkeit und regionalen Trinksitten in einen vorgeblich zwingenden Zusammenhang gesetzt.[4] Ebenso einig waren sich die Autoren in der günstigen Prognose für eine planmäßige Ansiedlung braver, arbeitsamer, protestantischer Deutscher in größeren Gruppen als Konsequenz der deutschen Geschichte: Eine Fortsetzung zugleich den mittelalterlichen Siedlungsbewegungen von Ost nach West und der Staatsgründung des Deutschen Ordens, wie auch der Ansiedlungspolitik Friedrichs des Großen als erstem Säulenheiligen des preußischen Staates. Nur auf diese Weise sei die historische Mission der deutschen Nationalstaatsbildung zu vollenden, indem auf, zumindest vorgeblich, altehrwürdigem deutschen Kulturlande dieselbe gegen die drohende, degenerierende Gravitationswirkung eines polnischen Slawentums befestigt würde und zugleich den preußischen Polen heilsame Befruchtung durch die zwischen den Bevölkerungsgruppen diffundierende, »hebende« kulturelle Kraft des Deutschtums in Aussicht gestellt

3 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 79; *Wajda*: Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild, S. 307.

4 *Linck*, Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik, S. 76 f. Linck bezieht sich speziell auf das Einzelbeispiel Peter Diedloffs, wie Delbrück ein Bonner Schüler Sybels, vgl. [Peter] Didolff: Ein Blick in die Vergangenheit und Zukunft Polens, in: PJ 62 (1888) 6, S. 614–624. Zu Diedeloff vgl. Petrus Diedloff: De republica ordinis Teutonici Borussica Commentatio historia, Bonn, Diss., 1870; Hubatsch: Die Staatsbildung des Deutschen Ordens, S. 150. Für die Frühphase der »polnischen Frage« in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. auch Max Benheim-Schwarzbach: Die Ansiedler Friedrichs des Großen – ein Wink für die Gegenwart, in: PJ 57 (1886) 6, S. 574–583; o. A.: Eine Culturskizze aus Ostpreußen, in: PJ 62 (1888) 1, S. 66–76; Richard Fischer: Das Polenthum in Westpreußen, in: PJ 72 (1893) 2, S. 201–228.

wurde.[5] Ungeachtet dieses Gefälles wurde Polen in den »Blauen Heften« der 1880er Jahre in scharfer Abgrenzung zu Russland dem europäischen Abendland zugerechnet. Ein wiederbegründetes Polen mit dem russischen Kongress-Polen als Keimzelle unter Einschluss altpolnischer Gebiete wie Litauen und ohne Ansprüche auf ein nachhaltig »germanisiertes« Posen, erschien bereits damals als ein durch ›realpolitische‹ Einsicht gewiesener, natürlicher Verbündeter des Deutschen Reiches in einer epochalen Konfrontation mit einem westwärts drängenden, panslawistischen Zarenreich.[6]

Tiefergehende Beschäftigung mit der polnischen Geschichte und der polnischen Literatur hat Delbrück trotz unumwundener Anerkennung ihrer Existenz wenig gepflegt.[7] Doch dokumentieren die erhaltenen Materialsammlungen in seinem Nachlass ein akribisches Pressestudium nicht nur dort, wo sein eigenes Engagement in der »polnischen Frage« Gegenstand der Berichterstattung war.[8] Auch mit deutschen Übersetzungen polnischer Zeitungsartikel ließ Delbrück sich versorgen.[9] Außer einer Flut politischer Broschüren haben die preußischen Nationalitätendiskurse eine ganze Reihe akademischer Studien hervorgebracht, von denen vor allem Ludwig Bernhards Arbeit über »Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat« von 1907 hervorzuheben ist. Denn der zunächst einmal rein die fakultätsinterne Arbeitsorganisation betreffende, gleichwohl unter reger öffentlicher Anteilnahme und bis zu Duellforderungen hin ausgefochtene Streit um die Berufung Bernhards nach Berlin, in dem Delbrück um eine Ausgleichslösung bemüht war, kann als exemplarisch dafür gelten, wie allgemeinpolitische Einstellungen mit der engeren Hochschulpolitik und dem Streit wissenschaftlicher ›Schulen‹ verflochten waren.[10]

Hans Delbrück hat aber auch in vielfältiger Weise Kontakt zu deutschen und polnischen Vertrauensleuten vor Ort gepflegt, unter denen besonders der Redakteur der linksliberalen »Posener Neuesten Nachrichten«, Georg Wagner, als Lieferant aktueller Stimmungsbilder und kongenialer Partner im Kampf um die

5 *Linck*, Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik, S. 77; Benheim-Schwarz: Die Ansiedler Friedrichs des Großen [PJ 57/6].

6 Vgl. Didolff: Ein Blick in die Vergangenheit und Zukunft Polens [PJ 62/6], besonders S. 618–624.

7 Bspw. Korrespondierte Delbrück mit dem liberal-katholischen Historiker Felix Rachfahl über *Schiemann*, Russland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert. Publizistischen Ausdruck fand diese Beschäftigung jedoch nicht. Vgl. Felix Rachfahl an Hans Delbrück, 25.02.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rachfahl, Felix, Bl. 11–14.

8 *Wolff*, Der Nachlass Hans Delbrück, S. 6 f. Die hier für die einschlägigen Akten SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 94 sowie SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 126–133 gemachten Angaben über eine Blattzahl von zusammengenommen 695 müssen als konservative Schätzung angesehen werden.

9 vgl. Abschrift aus Nr. 4 der Praca vom 27.1.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 128.

10 Ludwig Bernhard: Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat, 1907. Für den »Fall Bernhard« vgl. *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 130 f. Zur Berücksichtigung von Bernhards Engagement in der »Polenpolitik« hinsichtlich seiner fach-

»polnische Frage« hervorzuheben ist.[11] Bereits während der 1890er Jahre stand Delbrück insbesondere mit dem Führer der polnischen Fraktion im Reichstag Joseph von Koscielski in Kontakt, der unter dem Pseudonym »L. E.« eine nachhaltig Aufmerksamkeit heischende Artikelserie über »Das Deutsche Reich und die Polen« für die »Jahrbücher« verfasste.[12] Obwohl Koscielski auf keinerlei polnisches Spezialwissen rekurrierte, sondern mit allgemeinen bürgerlichen Bildungsschätzen hantierte, wurde in der medialen Öffentlichkeit die Autorenschaft Koscielskis zwar nicht sofort erkannt, die Artikelreihe aber doch mit ihm in Zusammenhang gebracht. Im Zuge eines Beleidigungsprozesses Maximilian Hardens gegen Delbrück 1898 wurde Delbrück wiederum vorgehalten, durch redaktionelle Winkelzüge planvoll den Eindruck erweckt zu haben, dass der Verfasser jener Artikel ein »unbefangener Deutscher« gewesen sei.[13] Tatsächlich hat Delbrück Mutmaßungen über die Identität von »L. E.« noch Jahre später unbestätigt gelassen.[14] Doch dass der Verfasser ein Pole gewesen war, gestand Delbrück schon vorher unumwunden ein und Koscielski selbst war nie davon ausgegangen, dass seine Anonymität gewahrt bleiben, sondern seine Autorenschaft zumindest für polnische Leser ohne Weiteres ersichtlich sein würde.[15] Nicht ersichtlich bleibt, ob Koscielskis Ansinnen Umsetzung fand, mit Delbrücks Hilfe auch dem Kaiser die Artikel persönlich vorzulegen, der

lichen Qualifikation vgl. Otto von Gierke an Hans Delbrück, 17.05.1909, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Gierke, Otto, Bl 3–4. Für Delbrücks Position im »Fall Bernhard« vgl. Hans Delbrück an Gustav Schmoller, 22.05.1909, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Schmoller, G., Nr. 187–201a, Bl. 96–97 und Hans Delbrück an Gustav Schmoller, 01.06.1909, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Schmoller, G., Nr. 187–201a, Bl. 110–111 sowie Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 26.06.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 10 f. Für Delbrücks Anerkennung Bernhards als Autorität auf dem Gebiet der »Polenpolitik« vgl. Hans Delbrück an Ludwig Bernhard, 08.10.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 26.

11 Hans Delbrück an Georg Wagner, 31.05.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .25, Bl. 10; Georg Wagner an Hans Delbrück, 01.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wagner, Georg, Bl. 28–29; Georg Wagner, vertraulicher Briefentwurf ohne Adressat, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wagner, Georg, Bl. 37–42.

12 Wolff: Der Nachlass Hans Delbrücks, S. 51; L. E. [Joseph von Koscielski: Das Deutsche Reich und die Polen I, in: PJ 74 (1893) 1, S. 130–137; L. E. [Joseph von Koscielski]: Das Deutsche Reich und die Polen II, in: PJ 74 (1893) 2, S. 366–385; L. E. [Joseph von Koscielski]: Das Deutsche Reich und die Polen III, in: PJ 74 (1893) 3, S. 522–533.

13 Handschriftliche Notizen Delbrücks betreffend die Fehde mit dem Ostmarkenverein und die Rolle Tiedemanns im Harden-Prozess, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/9. Zur Identifikation der Artikelserie mit der politischen Linie Koscielskis, ohne das Postulat von dessen Urheberschaft vgl. bereits Das Deutsche Reich und die Polen, in: Allgemeine Zeitung (München), 10.11.1893, Nr. 312. Zur medialen Resonanz der Artikelserie vgl. auch *Spät*, Die »polnische Frage« 1894–1918, S. 28 f.

14 Hans Delbrück: Der Staatsministererlaß zur Polenfrage. Der spanisch-amerikanische Konflikt und die Wahlbewegung, in: PJ 92 (1898) 1, S. 374–383, S. 375.

15 Herr Professor Delbrück, in: National-Zeitung, 26.06.1894, Nr. 378; Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 27.08.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 1–2; Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 28.08.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 3.

Kolscielski noch im Juli 1893 anlässlich von dessen Unterstützung für den Militäretat seiner besonderen Gunst versichert hatte.[16]

Die Vorhaltungen seiner Gegner, über die Verhältnisse in Posen nicht aus eigener Anschauung im Bilde zu sein, hat Delbrück stets unberührt gelassen. Doch hat er im Herbst 1899 eine Reise eben dorthin und bis ins russische Kongress-Polen unternommen, die an sich schon mediale Aufmerksamkeit fand und an deren Schluss ein Reisebericht in Aufsatzform in den »Preußischen Jahrbüchern« stand.[17] Die Reise erfolgte auf eine Einladung politischer Kreise in Warschau rund um Antoni Donimirski hin. Der Bankier und Publizist stammte aus Pommern, hatte in Breslau, Heidelberg und Berlin studiert und war 1874 als Mitglied der Polnischen Fraktion Abgeordneter des Deutschen Reichstags gewesen. Seit 1887 lebte Donimirski in Warschau, wo er der Redaktion der konservativen, nationalpolnischen Monatszeitschrift »Słowa« angehörte und eine Politik polnischer Autonomie in möglichst großem Einvernehmen sowohl mit Deutschland als auch mit Russland betrieb.[18] In Warschau galt Delbrück als eine Art Anästhesist der preußischen Nationalitätenpolitik, dessen Position in dem treffenden Bankettausspruch zusammengefasst wurde:

»Sie sind ein humaner Mann, Herr Professor, Sie wollen Zahn ziehen ohne Schmerzen, aber Zahn ziehen wollen Sie doch!«[19]

Während immer mehr Veröffentlichungen und Stellungnahmen, die sachliche Prüfung unwiderlegbarer Fakten für sich in Anspruch nahmen, zur Debatte beitrugen, kreiste die politische Publizistik zur »polnischen Frage« immer und immer wieder darum, der jeweils gegnerischen Partei Unwissen, Ignoranz und Inkompetenz zu unterstellen sowie mangelnde Kompromissbereitschaft und das Fehlen konkreter Argumente vorzuwerfen.[20] Den Gegenpol zu Delbrücks Stand-

16 Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 28.08.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 3. Zum Verhältnis zwischen Wilhelm II. und Koscielski vgl. *Szlanta*, »Polakożerca« kontra »wrogowie Rzeszy, S. 43–46. Zur medialen Perzeption des politischen Einflusses der »Preußischen Jahrbücher« als Sprachrohr der polnischen Fraktion vgl. Das Deutsche Reich und die Polen, in: Allgemeine Zeitung (München), 10.11.1893, Nr. 312.

17 Paul Cauer an Hans Delbrück, 17.09.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Cauer, Paul, Bl. 42; Hans Delbrück: Russisch-Polen, in: PJ 98 (1899) 1, S. 104–118.

18 Zu Delbrücks Reise vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück 31.08.1899, ms. Wiedergabe in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 43 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 01.09.1899, ms. Wiedergabe in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 44. Zu Donimirski vgl. *Oracki*, Antoni Donimirski. Die Verbindung zu Donimirski wurden von Koscielski vermittelt, vgl. Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 23.08.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 11–12.

19 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 42.

20 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 50; vgl. auch Delbrück: Der Staatsministererlaß zur Polenfrage; Allerhand kindische Vorschläge, in: Kölnische Volkszeitung, 30.4.1898, Nr. 351b [?]; Deutsches Reich, Berlin, 5. Mai, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, 6.5.1898, Nr. 124; o. T., in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, 18.5.1898, Nr. 136.

punkt in der »polnischen Frage« nahm der Deutsche Ostmarken-Verein ein. 1894, im Epochenjahr der preußischen ›Polenpolitik‹ gegründet, ging dieser auf eine Huldigungsfahrt zum Hause Bismarcks in Varzin zurück, vor deren Teilnehmern sich der Reichsgründer die Parole von der Notwendigkeit zur Verteidigung des »Deutschtums in den Ostmarken« zu eigen gemacht hatte. Die Namen seiner Gründer, der ostelbischen Gutsherren Ferdinand von Hansemann, Hermann Kennemann und Heinrich von Tiedemann wurden bald zum geflügelten Wort vom »Hakatisten« verballhornt. Bereits während der 1890er Jahre hatte Delbrück den »Hakatisten« vorgehalten, entgegen der von ihnen apostrophierten Ideale, keine Stütze der Regierung als »nationale Kraft« zu sein, sondern im Gegenteil fortwährend darauf angewiesen zu sein, sich staatliche Institutionen zu Hilfe rufen zu müssen. Darüber hinaus gäben sie Russen und Ungarn Vorwand und Stichworte zur Unterdrückung der deutschen Minderheiten im Zarenreich und in Transleithanien.[21]

Die Fronten wurden in einer Kette von Zivilprozessen gezogen, die ihren Ausgang im Spätsommer 1902 mit dem sogenannten »Fall Löhning« nahm und bis 1904 andauerte.[22] Löhning war als Provinzialsteuerdirektor in Posen vorzeitig und gegen seinen eigenen Willen pensioniert worden, was je nachdem welche Zeitung man konsultierte, mit seiner unstandesgemäßen Verheiratung mit der Tochter eines niederen Beamten oder mit »Taktlosigkeit« in der »Polenfrage« begründet wurde. Dieses Ereignis erregte über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus Aufmerksamkeit und befeuerte den feindseligen Debattenton.[23] In den »Jahrbüchern« lastete Delbrück die Schuld an Löhnings Zwangspensionierung dem »Ostmarkenverein« an, der ein »Spionage- und Denunzirsystem« errichtet habe und sich nicht scheute, das Privatleben eines missliebigen Amtsträgers öf-

21 *Spät*, Die »polnische Frage« 1894–1918, S. 33; *Grabowski*, Deutscher und polnischer Nationalismus, S. 58–61; *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 88. Zu früheren Auseinandersetzungen Delbrücks mit dem Deutschen Ostmarken-Verein vgl. auch Hans Delbrück: Fürst Bismarcks Tod. Neue Vorschläge zur Polen-Politik, in: PJ 93 (1898) 3, S. 576–582. Zum zeitweise intensiv rezipierten Vergleich mit der Nationalitätenpolitik im ungarischen Reichsteil der Habsburgermonarchie vgl. Delbrück: Der Staatsministererlaß zur Polenfrage [PJ 92/1], S. 377; Pannonicus [Edmund Steinacker]: Nationale Verwaltungspolitik, in: PJ 90 (1897) 1, S. 133–148; Hans Delbrück; Die Wahl in der Prignitz. Die inneren Widersprüche unseres Volkslebens. Der neue Polenfonds. Der Prozeß Peters, in: PJ 90 (1897) 3, S. 567–579, S. 577; Edmund Steinacker an Hans Delbrück, 31.08.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Steinacker, Edmund, Bl. 1; Edmund Steinacker an Hans Delbrück, 10.09.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Steinacker, Edmund, Bl. 2; Edmund Steinacker an Hans Delbrück, 08.12.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Steinacker, Edmund, Bl. 3. für Steinackers Pseudonym vgl. Honorarliste Oktoberheft 1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 342.

22 Hans Delbrück: Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval. Der Fall Löhning, in: PJ 109 (1902) 3, S. 556–560.

23 Zur internationalen Rezeption des »Fall Löhning« vgl. Politische Übersicht, in: Neue Freie Presse, 31.07.1902, Nr. 13626; Prussian Policy in Poland, in: The Times, 30.07.1902, Nr. 36833; Moeurs »Ancien Régime«, in: Le Rappel, 02.08.1902, Nr. 11831.

fentlich breitzutreten und solcherweise die preußische Beamtenschaft sträflicher Weise in den politischen Parteienkampf hineinzuziehen:

»Wer ist also der eigentlich Schuldige in diesem peinlichen Falle Löhning? Es sind nicht der Minister von Rheinbaben und der Oberpräsident von Bitter, es ist nicht der Kastengeist der Bureaukratie, es sind nicht einmal so sehr die mehr oder weniger bekannten Persönlichkeiten, von denen die Denunziationen ausgegangen sind, sondern es ist der Hakatismus als Prinzip, es ist das System, das dem Bruchtheil eins großen Volksthums mit Gewalt die Bildung in seiner eigenen Sprache verbieten will und, da sich dies als unausführbar erweist, zu immer böseren und gemeineren Mittel greift und die sittlichen Begriffe selbst bei sonst ehrenhaften Persönlichkeiten trübt und verdunkelt.«[24]

Durch seinen ehemaligen Schüler Johann Baum, den Redakteur der Zentrums-Zeitung »Germania«, war Delbrück auf den 1897 verstorbenen Staatsekretär des Reichspostamts, Heinrich von Stephan, als einen dankenswerten ›Zeugen‹ aufmerksam geworden. Als Vorkämpfer des deutschen Sprachpurismus war von Stephan mangelnden Patriotismus gänzlich unverdächtig und im »Fall Löhning konnte die »Germania« berichten, dass bereits von Stepahn »über die nichtigen »nationalen« Denunziationen, mit denen seine Beamten im Posenschen verfolgt würden«, geklagt hatte.[25] Auf Grundlage dieser ›Beweisführung‹ deklarierte Delbrück die »Hakatisten« zu sich fälschlich als »national« gerierenden Fanatikern auf einer Stufe mit dem Jesuitenorden als notorischem Beispiel extremistischer Intriganten und legte implizit allen ›echten‹ Patrioten unter den Mitgliedern des »Ostmarkenvereins« den Austritt nahe.[26]

Die konservativen Vertreter einer Zwangsassimilierungspolitik standen nicht zurück, Delbrücks Attacken ihrerseits als parteiische Stimmungsmache eines notorischen Polenfreundes abzuqualifizieren. Die konservativen »Leipziger Neuesten Nachrichten« schmähten Delbrück einen »nationalen Eunuchen«, den sie fortan nur noch »Delbrückski Janosch« titulieren wollten[27] und der Vorstand des »Ostmarkenvereins« verklagte ihn wegen Beleidigung vor dem Berliner Amtsgericht. Heinrich von Tiedemann hatte Delbrück bereits in dem Beleidigungsprozess gegenübergestanden, den Delbrück und Maximilian Harden 1898 als Nebenkriegsschauplatz des Methodenstreits der Geschichtswissenschaft zwischen dem Kulturhistoriker Karl Lamprecht und seinen »neorankeanischern« Opponenten ausgetragen hatten. Tiedemann war als Zeuge für Harden geladen gewesen, dessen Anwalt die vorgeblich allgemeine Ablehnung von Delbrücks Äußerungen durch die Deutschen der »Ostmark« in die Verhandlung eingebracht hatte, was Delbrück wiederum im »Fall Löhning« als Beispiel für das

24 Delbrück: Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval [PJ 109/3], S. 559 f.
25 Delbrück: Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval, S. 558 [PJ 109/3]; Johann Baum an Hans Delbrück, 12.10.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9.
26 Delbrück: Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval [PJ 109/3], S. 559 f.
27 Herr Delbrückski, in: Leipziger Neueste Nachrichten, 28.08.1902, Nr. 238.

»Spionage- und Denunzirsystem« der »Hakatisten« öffentlich in Erinnerung rief.[28] Doch war es Delbrücks Position als Universitätsprofessor, die seinem Wort über den Hörsaal hinaus besonderes Gewicht verlieh, aus welcher die Kläger die Pflicht ableiteten, mit allen Mitteln gegen den Kontrahenten vorzugehen.[29]

Speziell hob die Klageschrift des Ostmarkenvereinsvorstands auf die Formel vom »Spionage- und Denunziersystem« der »Hakatisten« ab, die den »Ostmarkenverein« im Allgemeinen verleumdete und beleidigte, dessen Mitglieder zumindest von ihren Gegner als »Hakatisten« bezeichnet wurden und der als arrivierte Organisation in der Öffentlichkeit zwingend als der Träger der bis in die Ministerialbürokratie hineinreichenden Netzwerke erscheinen musste, die Delbrück angeprangert hatte. Im Besonderen beleidigten sie ferner die Kläger als die verantwortlichen Leiter des Vereins, zumal die Namen der beiden überlebenden Gründungsvorsitzenden Tiedemann und Kennemann eponym für die umgangssprachliche Wendung vom »Hakatisten-Verein« waren. In bezeichnender Weise für die politische Funktion von pressebezogenen Gerichtsprozessen im Kaiserreich beantragten die Kläger nicht nur die Bestrafung Delbrücks nach dem Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuches sondern auch die explizite Befugnis, den erwarteten Schuldspruch gegen Delbrück öffentlich bekannt machen zu dürfen.[30] Der Urteilsspruch im erstinstanzlichen Verfahren sollte sogar verlangen, dass Delbrück denselben auf eigene Kosten in die »Jahrbücher« setzen musste und die »Germania« und die »Frankfurter Zeitung«, die beide Delbrücks streitgegenständliche Kritik am »Hakatismus« wiedergegeben hatten, diesen gleichfalls zum Abdruck bringen mussten.[31]

Delbrücks Rechtsanwälte haben bei der Verteidigung ihres Mandanten unterschiedliche Bahnen bespielt. Zum einen hat Delbrück hartnäckig darauf insistiert, nur vom »Hakatismus als Prinzip« gesprochen zu haben und seine Verteidiger bemängelten einen Beweis dafür, dass sich Delbrück mit der Wendung vom »Spionage- und Denunzirsystem« der »Hakatisten« überhaupt auf den »Ostmarkenverein« bezogen hätte, unter dessen Mitgliedern er selbst »Freunde« habe. Dieses Argument war schon in einer Reihe von Beleidigungsprozessen des »Ostmarkenvereins« gegen Redakteure polnischer Zeitungen zwischen 1897 und 1901 bemüht, letztlich jedoch nie anerkannt worden. Ferner konnten sie darauf verweisen, dass auch die dem »Ostmarkenverein« durchaus nicht feindlich ge-

28 Ueber das Auftreten eines Hakatisten vor Gericht, in: Freisinnige Zeitung, 3.2.1899 Nr. 29; Delbrück: Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval, S. 558. Zum Konflikt zwischen Harden und Delbrück sowie der Beleidigungsklage Hardens gegen Delbrück vgl. BArch Koblenz, N 1017/4 und Ebd., N 1017/5. Zum Methodenstreit der Geschichtswissenschaft vgl. *Chickering*, Lamprecht, insbesondere S. 308–315; zur Lagerbildung und Delbrücks Rolle im Methodenstreit vgl. Ebd., S. 264–271; zur Rolle Maximilian Hardens vgl. Ebd., S. 284–287.

29 Prozeß Delbrück, in: Volkszeitung, 21.01.1903.

30 Abschrift der Klageschrift Tiedemann et. al. vs. Delbrück, 08.09.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

31 Urteilsspruch des Kgl. Schöffengerichts, 20.01.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

sonnene »National-Zeitung« den »Hakatisten«-Begriff in unspezifischer Weise verwendet hatte. Ferner hätte Delbrück in der Vergangenheit oft genug den »Ostmarkenverein« explizit kritisiert, weswegen das Gericht davon ausgehen dürfe, dass er auch in jenen Ausführungen zum »Fall Löhning« um eine ausdrückliche Bezugnahme auf den Verein nicht verlegen gewesen wäre, hätte er diesen in den inkriminierten Sätzen tatsächlich gemeint. Diese Erklärung wurde gestützt mit dem Hinweis, dass in keiner Weise irgendeiner der Kläger persönlich namhaft gemacht worden war. Eine solche Nennung war nur in dem knappen Verweis auf die Rolle Tiedemanns im Harden-Prozess unleugbar gegeben.[32]

Zum anderen suchten Delbrück und seine Anwälte unter Verweis auf das Vereinsmagazin »Ostmark« darzutun, wie zutreffend die Formel vom »Spionage- und Denunzirsystem« für die realen Verhältnisse in Posen und Westpreußen tatsächlich war. Zu solchen Denunziationsmethoden gehörten demnach das planvolle Ermitteln und Bekanntmachen deutscher Unternehmen, die in polnischer Sprache Werbung inserierten oder polnische Angestellte anwarben, sowie von Lehrern, die behördlich dafür getadelt wurden, ohne zwingenden Grund das Polnische im Gespräch verwendet zu haben. Ferner wurden die Leser der »Ostmark« animiert, solche Deutschen in der Zeitschrift öffentlich anzuprangern, die von ihren »Stammesgenossen« höhere Preise für Immobilien abgerufen hatten als von polnischen Kunden. Daneben flossen Delbrück auch vertrauliche Mitteilungen aus den preußischen Ostprovinzen wie seitens des geschassten Provinzsteuerdirektors Löhning zu, der, während seine unerwünschte Frühpensionierung im preußischen Abgeordnetenhaus debattiert wurde, Delbrück erläuterte, wie die Angst vor derlei Stigmatisierung dem »Ostmarkenverein« Mitglieder zutrieb.[33]

Komplementär zum klägerischen Verweis auf Delbrücks Dienststellung als Universitätsprofessor nahm Delbrück geradezu als Grundlage seines intellektuellen Wirkens den Schutz der freien Rede des Wissenschaftlers für sich in

32 Hans Delbrück an [Friedrich Althoff], 28.10.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Abschrift der Entgegnung Tiedemann et. al. vs. Delbrück, 11.11.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Rechtsvertretung Delbrück an das kgl. Amtsgericht, 11.02.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Handschriftliche Notizen Delbrücks betreffend die Fehde mit dem Ostmarkenverein und die Rolle Tiedemanns im Harden-Prozess, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/9. Zur Problematik den Willen zur Beleidigung nachzuweisen vgl. auch ein Schreiben des nationalliberalen Berliner Rechtsgelehrten Wilhelm Kahl, der damals mit der Vorbereitung einer Strafrechtsreform betraut war, Wilhelm Kahl an Hans Delbrück, 31.01.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9. Zur Wendung vom »Hakatismus als Prinzip« vgl. Delbrücks hs. Notiz auf Urteilsspruch des Kgl. Schöffengerichts, 20.01.1903, in: BARch Koblenz, N 1017/9. Zu Delbrücks nie spezifizierten »Freunden« im »Ostmarkenverein« vgl. Urteilsspruch des Kgl. Amtsgerichts, 11.04.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

33 Delbrück und die Hakatisten, in: Berliner Tageblatt, 21.1.1903; Vermischtes, in: Die Ostmark 7 (1902) 11 [?], S. 74 f.; Zur Beachtung, in: Die Ostmark 7 (1902) 11, S. 1 [?]; Hans Delbrück, hs. Notiz betreffend der ›Beweismittel‹, o. D., in: Barch Koblenz, N 1017/9. Für den »Fall Löhning« im preuß. Abgeordnetenhaus vgl. Löhning c/a. v. Rheinbaben, in: Berliner Tageblatt, 05.02.1903.

Anspruch.[34] Unter deren Schutz wären die »Preußischen Jahrbücher« gar verpflichtet, jedes »sittliche Verdammungsurteil« ungeachtet seiner sachlichen Begründung zum Wohle der Allgemeinheit auszusprechen:

»Endlich aber ist der Angeklagte nicht bloss ›Deutscher‹ und Professor, sondern auch Redakteur der »Preußischen Jahrbücher«. […] Die grosse Tradition und der politische Charakter der »Preussischen Jahrbücher« beruht auf dem Zusammenhang mit der Wissenschaft. Es ist richtig, dass der Angeklagte die incriminierte Aeusserung nicht im Rahmen seiner Lehrthätigkeit gethan hat, aber das Wesen der Zeitschrift beruht doch darauf, dass ihr Redakteur zugleich Professor ist. Derselbe ethische Schwung, der die akademische Lehrthätigkeit erfüllt, soll auch überströmen in diese Zeitschrift. Frei von jedem Partei-Connex soll sie im Tageskampf der Interessen die allgemeinen sittlichen Ideen des Staatslebens lebendig erhalten und zur Geltung bringen.«[35]

Ferner wurde dieser Rechtsanspruch im weiteren Verfahrensgang darum ergänzt, dass Delbrück mit seinem Eintreten für Löhning in seine Wortwahl berechtigender Weise seine eigenen Interessen vertreten habe, da der Professor Delbrück nicht nur um die Unabhängigkeit des Beamtentums im Allgemeinen und seinen Schutz vor parteipolitischer Einflussnahme gefürchtet habe, sondern ebenso sehr um seinen eigene als gleichfalls beamteter Hochschullehrer. Schließlich lehrte die deutsche Geschichte, dass gerade Professoren, als in besonderem Maße vor der Öffentlichkeit ihren Dienst verrichtende Berufsgruppe, immer wieder Opfer von Denunziationskampagnen seien.[36]

Diese so grundsätzliche Dimension des Konflikts ist im Verfahrensgang unterschiedlich bewertet worden. So hat das Amtsgericht erstinstanzlich geurteilt, dass die inkriminierten Äußerungen ja nicht im Hörsaal gefallen und überhaupt ein besonderer ethischer Auftrag des Hochschullehrers hinsichtlich der allgemeinen Politik nicht gegeben sei.[37] Als das Landgericht Delbrück im Revisionsprozess Anfang 1904 freisprach, haben sich die Richter der 8. Strafkammer dagegen in besonderem Maße auf Delbrücks Recht zur Kritik und die Dignität der »Preußischen Jahrbücher« bezogen, einem Periodikum,

»das ein gewisses Ansehen genießt und dessen sonstige Haltung darauf schließen läßt, daß der Angeklagte nicht die Absicht hatte, die Hakatisten zu beleidigen, sondern daß er nur, allerdings in sehr nachdrücklicher Weise, sie und ihr System als ein für das ganze preußische Beamtentum schädliches und daher nicht zu billigendes bekämpfen wollte.«[38]

34 Urteilsspruch des Kgl. Amtsgerichts, 11.04.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

35 RA Dres. Halben u. Heckscher, Revisionsantrag, 17.04.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Beweise, hs. Manuskript, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/9.

36 Ebd.

37 Urteilsspruch des Kgl. Amtsgerichts, 11.04.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

38 Urteilsspruch des kgl. Landgerichts betreffend Revisionsantrag vom 9.2.04, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Max Lehmann an Hans Delbrück, 11.02.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe II, Bl. 73.

Bereits die richterliche Urteilsbegründung in erster Instanz hielt ausdrücklich fest, dass Delbrück seine Kontrahenten wohl nicht hatte beleidigen wollen, zumal seine soziale Stellung ihm demnach explizit eine besondere Vertrauenswürdigkeit zueignete.[39] Für die Frage, ob der Vorstand des Ostmarkenvereins sich zu Recht durch Delbrück beleidigt und verächtlich gemacht fühlen durfte, nahmen die verschiedenen Rechtsinstanzen nicht zuletzt die angenommene Rezeption des streitursächlichen Artikels als entscheidend an, für die Delbrück als Verfasser und Herausgeber verantwortlich gemacht wurde, dem »mildere Ausdrücke« zu Gebote gestanden hätten.[40] Tatsächlich war das Königliche Amtsgericht im Winter 1902 zunächst geneigt gewesen, den Begriff vom »Hakatisten« als zwar ursprünglich auf die Gründer des Ostmarkenvereins zurückgehend, mittlerweile jedoch im allgemeinen Sprachgebrauch von dieser engen Begriffsbedeutung losgelöst anzusehen und daher den Privatklägern die »Activlegitimation« zur Klage abzusprechen.[41] Auf deren Interpellation beim Landgericht wurde die Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht I geführt, dessen Urteil bei Verkündung am 20. Januar 1903 auf schuldig lautete. Als Strafmaß wurden eine Geldstrafe von 300 Mark oder ersatzweise 30 Tage Gefängnis gegen den beklagten Professor verhängt.[42] Nachdem die Berufung im Frühjahr abgelehnt worden war, ging Delbrück in Revision und am 19. Oktober 1903 wurde seine Verurteilung durch die 8. Strafkammer des Berliner Landgerichts aufgehoben und an die Berufungsinstanz zurückverwiesen.[43] Im Herbst 1903 verhandelten die Streitparteien unter Vermittlung der Berliner Rechtsprofessoren Otto von Gierke und Heinrich Brunner erstmals über einen Vergleich zur Beendigung des Verfahrens. Doch scheiterte der Versuch, einen beiderseits gesichtswahrenden Ausgang zu finden. Denn der Ostmarkenvereinsvorstand wünschte eine öffentliche Erklärung, der Delbrück nur unter der Bedingung beizutreten bereit war, dass zum öffentlichen Zeichen der Rechtmäßigkeit seines Standpunktes die Gerichtskosten geteilt würden, die er als Preis für eine stillschweigende Zurücknahme der Beleidigungsklage durchaus auf sich zu nehmen bereit war.[44] Nach-

39 Urteilsspruch des Kgl. Schöffengerichts, 20.01.1903, in: BARch Koblenz, N 1017/9.

40 Urteilsspruch des kgl. Landgerichts im Revisionsverfahren, 12.10.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

41 Beschluß des Kgl. Amtsgerichts in der Privatklagesache des Majors v. Tiedemann-Seeheim et. al., 05.12.1902, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Beschluß des Kgl. Amtsgerichts in der Privatklagesache des Majors v. Tiedemann-Seeheim et. al., 27.12.1902, BArch Koblenz, N 1017/9.

42 Urteilsspruch des Kgl. Schöffengerichts, 20.01.1903, in: BARch Koblenz, N 1017/9.

43 Urteilsspruch des Kgl. Amtsgerichts, 11.04.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Urteilsspruch des kgl. Landgerichts im Revisionsverfahren, 12.10.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

44 Otto von Gierke an Hans Delbrück, 18.10.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gierke, Otto, Bl. 2; Hans Delbrück an Heinrich Brunner, 19.10.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Hans Delbrück an Heinrich Brunner, 06.11.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Heinrich Brunner an Hans Delbrück, 07.11.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Siegfried Heckscher an Franz Wagner, 09.11.1903, in: BArch Koblenz, N 1017/9.

dem die 8. Strafkammer Delbrück am 9. Februar 1904 freigesprochen hatte und die Kläger wiederum in Berufung gegangen waren, kam im Oktober 1904 doch noch ein Vergleich zu Stande. Delbrück erklärte, er habe nie behaupten wollen, dass der »Ostmarkenverein« selbst das in Rede stehende »Denunziersystem« errichtet hatte und die durch dieses Missverständnis beleidigt Betroffenen zogen im Gegenzug ihre Klage zurück. Die Gerichtskosten wurden gemäß Delbrücks Vorschlag von 1903 nach der Zahl der Niederlagen in den fünf einzelnen Instanzen 3 : 2 geteilt.[45]

Trotz dieses unsteten Hin-und-Her bei gleichzeitig unveränderten Standpunkten der Streitparteien fanden die Prozesse bis zum Schluß stets die Beachtung der Presse unterschiedlichster Coleur bei klarer parteipolitischer Frontstellung.[46] Nationalliberale und konservative Blätter haben bereits den ersten Schuldspruch für sich selbst sprechen lassen[47], während linksliberale und katholische Blätter schon Delbrücks Kritik am »Hakatismus« wiedergegeben hatten. Auch der sozialdemokratische »Vorwärts« sprang damals Delbrück als dem Opfer eines konservativen Polizeistaats bei, der in jeder Hinsicht ungerechter Weise politische Kritik zur Beleidigung von Privatpersonen erklärte, wo es ihm eben passte, selbst wenn es sich um Vertreter der ›herrschenden Klasse‹ handelte.[48] Einmal mehr ist Delbrück in der ›Polenpolitik‹ also in eine Situation geraten, da ihn sein ›Beruf als Kritiker‹ in Gegensatz mit denjenigen Parteien und Gruppen gebracht hatte, die er als Seinesgleichen betrachtete und die er ebenso energisch wie ergebnislos für seinen Standpunkt zu gewinnen suchte.[49] Es sind

45 Franz Wagner an RA Dres. Halben u. Heckscher, 19.05.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; RA Dres. Halben u. Heckscher an Hans Delbrück, 20.05.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; [Siegfried Heckscher] an RA Etzel u. Wagner, 30.04.1905, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Verfügung des Kgl. Landgericht, 02.09.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; RA Dres. Halben u. Heckscher an Kgl. Landgericht, 12.09.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Ladung zur mündlichen Verhandlung, 21.09.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Ladung zur mündlichen Verhandlung, 04.10.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Kostenrechnung, Königliche Gerichtskasse I, 27.10.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/9; Hans Delbrück: In eigener Sache, Beiträge zum Strafrecht, in: PJ 118 (1904) 2, S. 349–355.

46 Bspw. sei verwiesen auf: Delbrück und der Hakatismus. Die Polenfrage vor Gericht, in: Berliner Tageblatt, 10.2.1904 Nr. 73; o. T., in: Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), 02.10.1903, Nr. 462; Was ist Hakatismus?, in: Posener Neueste Nachrichten, 30.10.1904, Nr. 1641.

47 o. T., in: National-Zeitung, 20.01.1903; Prozeß Delbrück, in: Volkszeitung, 21.01.1903; Delbrück und die Hakatisten, in: Berliner Tageblatt, 21.1.1903; Der Ostmarkenverein gegen Professor Delbrück, in: Tägliche Rundschau, 21.1.1903; Professor Delbrück und der Vorstand des Ostmarkenvereins, in: Deutsche Zeitung, 21.1.1903, Nr. 17; Beleidigungs-Prozeß des Vorstandes des deutschen Ostmarkenvereins gegen Professor Dr. Hans Delbrück, in: Hamburgischer Correspondent, 21.1.1903; Auswärtige Gerichtsverhandlungen, in: Hamburger Nachrichten, 21.1.1903.

48 Der verurteilte Polizeistaat, in: Vorwärts, 21.01.1903.

49 Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 25.02.1903, in: GStA PK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 1045, Bl. 101–104.

dies die Momente, in denen besonders deutlich wird, wie häufig es eher die Methoden als die Ziele waren, über die Delbrück mit denjenigen Kreisen uneins war, die ihm durch soziale Bande und historisch-politische Grundanschauungen am nächsten standen.[50] Doch schienen diese Ziele und Methoden oft unauflöslich miteinander verwoben und wenn etwa Heinrich Rippler den Ostmarkenverein gegenüber Delbrück in Schutz nahm, dann kam es eben nicht nur auf einen reicheren oder zutreffenderen Informationsstand über die Zustände in Posen an, sondern auch darauf, dass die ›Hakatisten‹ für Rippler »bessere Menschen sind als man gemeinhin glaubt«, während sie Delbrück als Gefährder der sittlichen Größe des Staates erschienen und insofern auch gemeinsame Ziele ›kontaminierten‹.[51] Nachdem er während der Prozessdauer das Streitgeschehen nicht selbst medial in Szene gesetzt hat, hat Delbrück den Verfahrensgang im Nachklang als beunruhigendes Warnzeichen für eine Tendenz zur Politisierung der Justiz und zur Emotionalisierung der Politik kritisiert, in deren Gefolge zukünftig alle Arten von politischen Interessengruppen selbst vage Kritik, auf dem Umweg über vorgebliche Empfindung persönlicher Beleidigung, zum Schweigen zu bringen versuchen würden. Im Besonderen geißelte er auch die enge Auslegung der Rechtsnorm von der Wahrnehmung persönlicher Interessen, die öffentlicher Kritik die Fessel engster Gruppenzugehörigkeit als Voraussetzung ihrer Gewähr anlegte, wessenthalben staatsbürgerliches Engagement um das Gemeinwohl im Sinne der überkommenen Parole von der Ruhe als ersten Bürgerpflicht und zum Nachteil des Staates unterdrückt würde.[52]

Die wechselseitige Feindschaft blieb über Prozessende hinaus bestehen. Als der großagrarisch geprägte »Ostmarkenverein« im Sommer 1911 durch eine Petition des Großgrundbesitzers Carl von Heydebreck erstmals von Standesgenossen massiv attackiert und als Maschinerie für Partikularinteressen kritisiert wurde, sah Delbrück eine »Bresche« geschlagen und bemühte sich im Verein mit Heydebreck, Georg Wagner und dem polnischen Herrenhausmitglied Bogdan von Hutten-Czapski eine erweiterte Petition zu realisieren, deren Vorbereitung letztlich darauf abzielte, die Macht des »Ostmarkenvereins« im provinzialen Staatsdienst zu brechen.[53]

Bei wechselnden Streitgegenständen blieben die Dynamiken des Streits um die ›polnische Frage‹ über die Jahre gleich. Mit Kontrahenten wie Wilhelm von Massow, dem ›Polenexperten‹ der nationalliberalen »Täglichen Rundschau«, war als »Mann von Sachkenntniß« eine wohlwollende Auseinandersetzung

50 Ein Stimmungsbild aus der Ostmark, in: Tägliche Rundschau, 24.03.1903, Nr. 91.

51 Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 24.02.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 15; Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 27.02.1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 16–18.

52 Delbrück: In eigener Sache [PJ 118/2]. Delbrück hat nur die Entwicklung des »Fall Löhning« öffentlich behandelt, vgl. Delbrück: Venezuela [PJ 111/3], 582–284.

53 Hans Delbrück an Georg Wagner, 08.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 28 f.; Hans Delbrück an Bogdan von Hutten-Czapski, 18.08.1911, in: BArch Ber-

möglich.[54] Man wusste, »was wir von Mann zu Mann von einander zu halten haben.«[55] Anderen galt Delbrück gerade in der ›Polenpolitik‹ als »Querkopf«, dem gegenüber Verständigungschancen ostentativ bestritten wurden. Als Delbrück am 18. Oktober 1909 vor dem kaufmännischen Verein in Posen eine Rede über die »Nationalitätenfrage« hielt, war es ›nationalen‹ Blättern nicht möglich darüber zu berichten, ohne gleich eingangs die Herausforderung bewältigen zu müssen, Delbrück sowohl als in der Sache inkompetent, als auch zugleich einflussreich durch zugeschriebene Kompetenz zu beschreiben

»denn er [der Vortrag in Posen; d. Vf.] zeigt geradezu klassisch, was ein wirklichkeitsfremder Kathederpolitiker leisten kann. Und das ist, wenn nicht politisch, so doch psychologisch interessant. Da aber der Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher« in weiten Kreisen als ein Mann von politischer Einsicht gilt, so muß gegen seine oft wunderlichen oft naiven Ausführungen Einspruch erhoben werden, damit sie nicht bei Gutgläubigen, die seiner Führung vertrauen, unheilvolle Verwirrung anrichten«.[56]

Auch wer außerhalb postkolonialer Theoriegebilde argumentiert, wird nicht umhinkommen, zuzugestehen, dass die preußisch-deutsche ›Polenpolitik‹ eine

lin, N 2126/52, Bl. 2–3; Bogdan von Hutten-Czapski an Hans Delbrück, 19.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hutten-Czapski, B., Bl. 1; Hans Delbrück an Bogdan von Hutten-Czapski, 21.08.1911, in: BArch Berlin, N 2126/52, Bl. 6; Georg Wagner an Hans Delbrück, 24.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wagner, Georg, Bl. 30–31; Bogdan von Hutten-Czapski an Hans Delbrück, 25.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hutten-Czapski, B., Bl. 2; Hans Delbrück an Bogdan von Hutten-Czapski, 26.08.1911, in: BArch Berlin, N 2126/52, Bl. 12–13; Bogdan von Hutten-Czapski an Hans Delbrück, 21.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hutten-Czapski, B., Bl. 3; Hans Delbrück an Bogdan von Hutten-Czapski, 25.10.1911, in: BArch Berlin, N 2126/52, Bl. 14; Bogdan von Hutten-Czapski an Hans Delbrück, 24.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hutten-Czapski, B., Bl. 4; vgl. ferner: Hans Delbrück an Emil Daniels, 02.09.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 40. Zur medialen Resonanz der Heydebreck-Petition vgl. Richard Witting: Glossen zur Ostmarkenpolitik, in: Der Tag, 29.10.1911. Zu Hutten-Czapskis Engagement in der Nationalitätenpolitik vgl. *Konno*, Bogdan Graf von Hutten-Czapski und die polnische Frage.

54 Zu Delbrücks Auseinandersetzung mit Massow vgl. insbesondere Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 28.01.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 7–9; Fortschritt oder Rathlosigkeit?, in Tägl. Rundschau, 08.09.1898, Nr. 210. Zu Massows Person und Stellung bei der Täglichen Rundschau vgl. *Kaminski*, Polish Publicists and Prussian Politics, S. 2; Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 06.02.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl 3. Rippler versprach sogar, um einer prinzipiellen Gegnerschaft von »Rundschau« und »Jahrbüchern« vorzubeugen, raue Töne in der »polnischen Frage« durch konsequente redaktionelle Eingriffe einhegen zu wollen, vgl. Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 28.01.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 7–9.

55 Theodor Schiemann an Hans Delbrück, 01.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schiemann, Theodor, Bl. 9–10.

56 Ein Kathederpolitiker, in: Leipziger Tageblatt, 30.10.1909; ähnlich auch: Ein Illusionspolitiker, in: Posener Tageblatt, 21.10.1909, Jg. 48 Nr. 457.

ausgesprochen kolonialistische Dimension hatte, die insbesondere in den staatlichen Ansiedlungsmaßnahmen zum Ausdruck kam. Als Professor an der 1903 gegründeten Königlichen Akademie in Posen hat der Literaturhistoriker und Treitschkeschüler Wilhelm Dibelius den »Preußischen Jahrbüchern« eine kritische Auseinandersetzung mit dem seinerzeit beliebten Vergleich zwischen deutscher Kolonisation in Polen und englischer Kolonisation in Irland geliefert, zu dessen Vertretern auch Delbrück zählte.[57] Emil Daniels ergänzte diesen um einen, auch in der Tagespresse rezipierten Vergleich zwischen Polen und Buren, in dem die Engländer durch imperiale Geschichte »geschult« als wegweisendes Beispiel für die Integration »unterworfener Völkerschaften« durch die gleichermaßen vertrauensvolle, wie kontrollierte Gewährung gewisser Freiheiten figurierten.[58] Die preußische »Ostmark«, speziell die Provinz Posen, wurde innerhalb der preußisch-deutschen Elite vornehmlich als wildes, kulturarmes und schlicht fremdes Land betrachtet. Tatsächlich ganz ähnlich den europäischen Kolonien in Übersee, doch mit weniger exotischem Reiz. Die ortsansässige deutschsprachige Bevölkerung, besonders deren jüdische Kreise, wanderten in nicht unerheblichem Umfang nach Westen ab und für Beamte galt die Provinz als »Transitstation«. Auf Posten in dieser »Steppe« verweilte niemand freiwillig länger als eben nötig und alle hohen Worte von einer deutschen, kulturellen ›Mission‹ in Posen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass ab 1903 sogar eine besondere »Ostmarkenzulage« für nötig erachtet wurde, um Beamte in den Osten zu locken respektive dort zu halten.[59]

Auch Hans Delbrücks Grundhaltungen in der »polnischen Frage« standen mit dem zeitgenössischen Kolonialismus in einem gewissen Bezug. Als Paul Rohrbach 1903 bis 1906 Ansiedlungskommissar in der Kolonie Deutsch-Südwestafrika war, befürchtete Delbrück mit ihm die Entwicklung einer »Psychologie der Ansiedlung«, nach der die kostenintensive Förderung im Sinne chauvinistischer Agitationsverbände, als Kampf um jeden deutschen Siedler, eben diesen zu einer Grundhaltung erziehen musste, die das Gemeinwesen als gefälligen Dienstleister des Individuums betrachtete und nicht den Einzelnen

57 Hans Delbrück an Wilhelm Dibelius, o. D. [26.10.1906], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 15, Bl. 32–33; Wilhelm Dibelius an Hans Delbrück, 28.10.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dibelius, Wilhelm, Bl. 6–7; Wilhelm Dibelius: Neue irische Probleme, in: PJ 126 (1906) 3, S. 463–491, insbesondere S. 490 f.

58 Emil Daniels: Buren und Briten, in: PJ 129 (1907) 3, S. 385–426, insbesondere S. 26; Daniels bezieht sich auf Carl Jeppe: The caleidoscopic Transvaal, London 1906. Für die mediale Resonanz vgl. insbesondere Die Iren- und Burenpolitik und die preußische Polenpolitik, in: Die Post, 12.10.1907, Nr. 481. Für die historische Vergleichsfolie der deutschen Ostsiedlung im Mittelalter vgl. Richard Bartholomäus: Deutsche Einwanderung in Polen im Mittelalter, in: PJ 86 (1896) 3, S. 462–480; Linck beschränkt sich bei der Auswertung des Artikels auf Bartholomäus Kolonialrethorik, vgl. *Linck*, Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik, S. 78–80.

59 *Neubach*, Posen, Preussens ungeliebte Provinz, S. 125–130.

als dem Gemeinwohl verpflichteten Glied desselben.[60] Wenngleich ohne dabei die Wendung von der »Psychologie« bemüht zu haben, hat Delbrück dieselbe Haltung auch gegenüber staatlicher Ansiedlungspolitik in der »Ostmark« eingenommen.

Wenn der Ostmarkenverein forderte, die deutsche Ansiedlung in Posen und Westpreußen über den engeren Bereich der Landwirtschaft hinaus durch neue Bildungseinrichtung sowie durch großzügige Kredit- und Stipendienvergabe auf die städtischen Bevölkerungsgruppen auszudehnen, von deren Genuss die Polen ausgeschlossen blieben, müssten erneut die Kosten den Nutzen überragen. Die Polen, ohnehin im Staatsdienst kaum vertreten, würden in dem sich verengenden Feld der ihnen offenstehenden Dienstleistungsberufszweige ein noch größeres zahlenmäßiges Übergewicht erlangen. Die Deutschen derweil würden dauernd die Staatskasse belasten, da eine Verschärfung der Imparität den wirtschaftlichen Verkehr zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen weiter verringern würde, auf dass die solcherart in die Provinz gelangten Handwerker und Kleingewerbebetreibenden ohne öffentliche Förderung kein ausreichendes Auskommen erwirtschaften könnten.[61]

Denn nachdem er bereits Anfang der 1890er Jahre unter dem Einfluss Joseph von Koscielskis den Standpunkt eingenommen, dass durch die Ansiedlungskommission ausgekaufte polnische Gutsbesitzer ihren Gewinn umstandslos in den Erwerb vormals ›deutschen‹ Landbesitzes reinvestierten und diese auch langfristig hielten[62], wurde Delbrück zum profilierten Kritiker der kolonialistischen Ansiedlungsmaßnahmen in Posen und Westpreußen und zum Verbündeten der polnischen Großgrundbesitzer.

Weder Delbrück noch seine Kontrahenten konnten in den Auseinandersetzungen um die Ansiedlungspolitik auf offiziellem Datenmaterial aufbauen, da die Größe der Familien, die sich auf von der Ansiedlungskommission an- und verkaufte Parazellen niederließen, nirgendwo erfasst waren.[63] Obwohl der gänzliche Verzicht auf eigene Werbemaßnahmen und die einseitige Bevorzugung protestantischer Anwärter, die ihre Solidität durch Wohlstand belegen konnten,

60 Hans Delbrück an Paul Rohrbach, 05.01.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 11, Bl. 26; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 03.04.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe V, Bl. 3–6. Paul Rohrbach war sich wiederum mit dem britischen Militärbevollmächtigten in Deutsch-Südwestafrika F. J. A. Trench darüber einig, eine Ansiedlung und »Germanisierung« von Buren im deutschen Herrschaftsgebiet wegen der deutschen »Mißerfolge im Polnischen« für ein aussichtsloses Unterfangen zu halten, vgl. Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 07.02.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 1.4. Zu Trenchs Mission in Deutsch-Südwestafrika vgl. *Dedering*, The Ferreira Raid of 1906, S. 46 f.

61 Delbrück: Fürst Bismarcks Tod [PJ 93/3], S. 578–581.

62 Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 16.05.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 4–5; Joseph von Koscielski an Hans Delbrück, 21.08.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Koscielski, Joseph, Bl. 6.

63 *Stienen*, »Deutsche, kauft deutsches Bauernland«, S. 65.

während der ersten Phase des Wirkens der Ansiedlungskommission sehr übersichtliche Ergebnisse zu tage förderten[64], konzentrierte sich Delbrücks Kritik auf die politisch-legislatorische Vorgaben.

Beide Seiten gingen großzügig selektiv mit dem Zahlenmaterial um. So lieferte eine Studie des Nationalökonomen Emil Stumpfe über »Polenfrage und Ansiedlungskommission«[65] für die Befürworter der Ansiedlungspolitik 1902 den Beweis, dass die seinerzeit geforderten 250 Millionen Mark zusätzlicher Mittel für die Ansiedlungskommission unbedingt nötig seien, um die begrenzten, aber zuversichtlich stimmenden Ergebnisse derer bisherigen Arbeit zu sichern und auszubauen. Delbrück dagegen begrüßte Stumpfes Schrift als Eingeständnis aus dem Lager der »Hakatisten«, dass allen Ausgaben von rund 10.000 Mark pro angesiedelte Familie zum Trotz, die polnische Bevölkerung in Posen und Westpreußen beinahe dreimal so schnell wuchs wie die Deutsche und die Arbeit der Ansiedlungskommission daher alles andere als ein Erfolg gewesen war.[66]

Ihren Höhepunkt fand Delbrücks Kritik an der preußischen Ansiedlungspolitik im Kampf gegen die Enteignungsvorlage ab 1907. Auch in der »Polenpolitik« als moderat geltende Konservative freundeten sich im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zunehmend mit dem Gedanken an, die durch Reichs- und preußische Verfassung garantierte Freiheit des Eigentums zu beugen, um die Bedrohung, der sie das »Deutschtum« in Posen und Westpreußen ausgesetzt sahen, abzuwehren. Selbst Otto von Dewitz, dessen Eintreten für die polnische Unterrichtssprache manchem »hakatistisch« gebürsteten Blatte schon als Dolch im Rücken der Regierung erschien, war Anfang 1907 bereit, ein Enteignungsgesetz als letztes Mittel zur Steuerung der sozioökonomischen Verhältnisse in der »Ostmark« in Betracht zu ziehen, wenngleich er zunächst und letztlich erfolglos den Ansatz verfolgte, durch Veräußerungsbeschränkungen den Übergang weiteren Grundbesitzes in polnische Hände zu hemmen. Diese Methode fand zwar auch in Kreisen des »Ostmarkenvereins« Zustimmung und Unterstützung gegenüber der Regierung, doch beschied das Reichsjustizamt, dem die Einschränkung der Rechte polnischer Bürger entschieden leichter von der Hand ging als deutschen Großgrundbesitzern in den Güterhandel hineinzureden, diesem Vorschlag unzulässigen Widerspruch zum rechtlichen Grundsatz der Freizügigkeit. Auch innerhalb der Freikonservativen Partei und dem konservativen und nationalliberalen Pressespektrum hatte der Dewitz'sche Plan letztlich unüberwindbare Widerstände zu gewärtigen.[67]

64 Ebd., S. 73–78.

65 *Stumpfe*, Polenfrage und Ansiedlungskommission.

66 Hans Delbrück: Der Landtag und die Polen. Zucker-Gesetz. Reichstag. Wirtschaftspolitik der Parteien. Süd-Afrika, in: PJ 109 (1902) 1, S. 175–184, S. 176–179; zur medialen Resonanz vgl. »Polenfrage und Ansiedlungs-Kommission«, in: Tägl. Rundschau, 15.8.1902, Nr. 379 und *Stumpfe*, Delbrück als Kritiker. Zum zahlenmäßigen ›Ertrag‹ der Ansiedlungspolitik vgl. *Stienen*, »Deutsche, kauft deutsches Bauernland«, S. 70.

67 Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 04.01.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 1 f.; Otto v. Dewitz an Hans Delbrück, 13.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans

Mit den Reichstagsneuwahlen im Januar 1907 und der Bildung des sogenannten Bülow-Blocks aus Konservativen und National- sowie Linksliberalen verlor in der preußischen Landespolitik die Rücksichtnahme auf das Zentrum und die polnische Fraktion an Gewicht. Infolgedessen konnte Bülow im Herbst 1907 die sogenannte Enteignungsvorlage ins preußische Abgeordnetenhaus einbringen, welche die Notwendigkeit zur staatlichen Gütereinziehung in Preußen als nationale Mission zum Wohle ganz Deutschlands hinstellte.[68]

Delbrück stellte sich dagegen wiederum auf die Seite der konservativen polnischen Großgrundbesitzer. Aus deren Reihen trat der Posener Gutsherr Stanisław von Turno mit einer aufsehenerregenden Broschüre hervor, die mit einer Einleitung von Delbrück und unter dessen redaktioneller Mitarbeit im Oktober 1907 gedruckt wurde. Diese forderte eine beiderseitige Versöhnungspolitik, die zugleich der Staatsregierung eine Reform ihrer Nationalitätenpolitik und den preußischen Polen ein untrügliches Bekenntnis zum preußischen Staat abverlangte.[69] Sie zielte nicht nur appellativ, sondern auch in der Darstellung der bereits gegebenen Zustände darauf ab, die Chancen moderater Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen herauszustellen und den nationalistischen Eiferern beider Seiten die Diskurshoheit zu entwinden. An dieser Stelle die unauflösliche Zugehörigkeit der preußischen Ostprovinzen zur Hohenzollernmonarchie zu betonen, war ebenso Delbrücks Einflussnahme geschuldet, wie der Vergleich mit den deutschsprachigen Bevölkerungsteilen Russlands und der Schweiz als unbeschadet ihrer nationalen Zugehörigkeit treuen Untertanen jener fremden Staaten.[70] Umgekehrt erhoffte sich Turno von Delbrücks Vorwort ausdrücklich eine gesteigerte Wirksamkeit seiner Intervention und man darf davon ausgehen, dass es für die polnischen Rezipienten eine bedeutende Entschärfung darstellte, mit Delbrück den prominentesten Verfechter polnischer Minderheitenrechte diese Aufforderung zum Zeugnis polnischer Loyalität gegenüber Berlin sprechen zu lassen, die für gewöhnlich in vorwurfsvollerem Ton aus konservativen und radikalnationalen Kreisen erhoben wurde.[71]

Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 3 f.; Otto v. Dewitz an Hans Delbrück, 02.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 4; Otto von Dewitz: Zur Schulpolitik in den Ostmarken, in: PJ 127 (1907) 3, S. 541–574; Hans Delbrück: Der neue Reichstag, in: PJ 140 (1907) 3, S. 560–567, S. Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 04.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 5–6; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 12.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 7; Otto v. Dewitz an Hans Delbrück, 24.07.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 8–9. Zum parteiinternen und medialen Gegenwind für Dewitz' Plan vgl. *Alexander*, Die Freikonservative Partei, S. 320.

68 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 115 f.

69 Ebd., S. 125.

70 Hans Delbrück an Stanisław von Turno, 08.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 38–39; Hans Delbrück an Stanisław von Turno, 08.10.1907 [II], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 39; Stanisław von Turno an Hans Delbrück, 11.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Turno-Objezierze, S., Bl. 1.

71 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 125.

Doch ist Delbrücks Rolle als intellektueller Schleusenwärter für die deutsche Rezeption der Turno-Broschüre nicht minder zu unterstreichen. Diese zu besprechen, wurde etwa im Stuttgarter »Neuen Tageblatt« und im »Rheinischen Kurier« explizit mit Delbrücks Vorwort begründet, dessen Gehalt zwar nicht ungeteilt zugestimmt, dem ob der Stellung seines Verfassers aber besondere Relevanz zugeschrieben wurde. Die sozialdemokratische »Leipziger Volkszeitung« nahm Delbrücks Beitrag zur Turno-Broschüre zum Anlass des süffisanten Hinweises, wie gemächlich sich die konservativen Eliten der verzehrenden Flamme bewusst machten, die sie mit dem Enteignungsgesetz an die Grundlagen ihrer eigenen sozialen Stellung legten.[72] Katholische ebenso wie linksliberale Zeitungen besprachen erwartbar wohlwollend die Broschüre als Ausdruck eines relevanten Versöhnungspotentials auf polnischer Seite.[73] Der liberale »Wiesbadener Rheinische Kurier« anerkannte zwar Delbrücks fachliche Kompetenz und persönliche Lauterkeit, beklagte aber, dass dieser dennoch die Notwendigkeit verkannte, die renitenten Polen zu ihrem Glück durch preußisch-deutsche ›Erziehung‹ zu zwingen.[74]

Wie den Versöhnungsgesten Koscielskis während der 1890er Jahre wurde Turnos Broschüre in ›nationalen‹ Blättern günstigstenfalls als isolierte Position einer unbedeutenden Minderheit bewertet und teils gar als hinterlistiges Ablenkungsmanöver diffamiert, das die deutsche Wachsamkeit gegenüber dem polnischen Separatismus unterminieren sollte.[75] Schützenhilfe für Turno gaben dagegen die linksliberalen »Posener Neuesten Nachrichten«, auf die sich auch Delbrück als Ausweis für die Mehrheitsfähigkeit der Turno'schen Positionen berief, wobei er freilich selbst den einschlägigen Artikel Georg Wagners inspiriert hatte, um den Angriffen von rechts eine breitere Unterstützerfront entgegenzusetzen.[76] Tatsächlich hatte Wagner sogar Turno und Delbrück überhaupt erst zusammengebracht und an der Vorbereitung der Broschüre unmittelbar mitgewirkt.[77] Turno selbst erachtete die Veröffentlichung prinzipiell für ein erfolgreiches Unternehmen. Die unterschiedliche Resonanz innerhalb der polnischen Presse spiegelte dabei die Trennlinie zwischen der kleinbürgerlichen, polnischen Nationaldemokratie und den konservativen, alten Eliten, insofern nämlich die Broschüre in der polnischen »Provinzpresse« teils heftig attackiert worden war,

72 Die Ausräucherungsvorlage, in: Leipziger Volkszeitung, 19.10.1907, Nr. 244; Rasse und Temperament, in: Rhein. Kurier, 23.10.1907, Nr. 540; Ein Pole über die Polenfrage, in: Neues Tageblatt Stuttgart, 24.10.1907, Nr. 250.

73 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 126.

74 Rasse und Temperament, in: Rhein. Kurier, 23.10.1907, Nr. 540

75 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 126.

76 Ebd.

77 Georg Wagner an Hans Delbrück, 10.09.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wagner, Georg, Bl. 7; Georg Wagner an Hans Delbrück, 04.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Wagner, Georg, Bl. 9; Hans Delbrück an Georg Wagner, 08.10.1910, in: in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 38.

während die »anständigen, ruhigen Blätter«, auf die es dem Gutsherrn ankam, gerade auch die dezidiert katholischen, bei allen Bedenken, ob die Macht des »Hakatismus« einer solchen Versöhnungspolitik Realisierungschancen offenließ, Einverständnis und Unterstützung signalisierten.[78] Ob Delbrück Turnos Bitte entsprochen hat, ihm ein Konzept für ein Schreiben an den Kaiser im Sinne der Broschüre zu entwerfen, lässt sich nicht mehr feststellen.[79] Doch verwendete er sich gegenüber dem Reichskanzler ausdrücklich für Turno, indem er sich freimütig dazu bekannte, diesen zu seiner Publikation ermuntert zu haben und diejenige Unterstützung betonte, die ihm weit wichtiger war als die Absatzzahlen einer Tageszeitung, nämlich die der polnischen Eliten Posens, auch der höheren katholischen Geistlichkeit, über die er durch seine »Vertrauensmänner« am Ort bestens im Bilde war.[80]

Delbrücks Unterstützung für Turno und eine weitere Broschüre des deutschen Grundherrn und Beamten Paul Fuss über die schädliche Wirkung massenhafter Enteignungs- und Ansiedlungspolitik für die wirtschaftliche Situation der Großgrundbesitzer Ostelbiens erfolgte vor dem Hintergrund seiner Hoffnung, ein Umlenken der freikonservativen Landtagsfraktion könnten die Enteignungsvorlage verhindern oder zu mindestens abmildern. Unter deren Mitgliedern verhandelte Hermann von Hatzfeldt in diesem Sinne. Zu sehr mit einem festen Standpunkt in der Sache identifiziert, sollte Delbrück selbst dabei im Hintergrund bleiben. Dass Hatzfeldt tatsächlich andere führende freikonservative Politiker in Zweifel über die Enteignungsvorlage bringen konnte, verdeutlicht vor allem das konservative Missbehagen an Eingriffen ins Eigentumsrecht, zumal im Bereich des Grundbesitzes als ihrer eigenen sozialen Basis. Gleichwohl machte Hatzfeldt wenig Hoffnung, dass ein Kompromiss gegen die Unversöhnlichkeit von polnischen »Intransigenten« einerseits und den Einfluss des »Ostmarkenvereins« andererseits möglich wäre. Frühzeitig standen denn auch die Zeichen darauf, höchstens eine Abmilderung herbeiführen zu können, indem etwa zwar die Ansiedlungskommission materiell gestärkt, aber das Tempo ihrer Arbeit verringert würde.[81] Auch gegenüber dem Staatsministerium hat Delbrück auf Kooperation gesetzt. Wie er es ablehnte, dasselbe durch ein

78 Stanisław von Turno an Georg Wagner, 27.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 130.

79 Hans Delbrück an Stanisław von Turno, 08.10.1907 [II], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 39; Stanisław von Turno an Hans Delbrück, 11.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Turno-Objezierze, S., Bl. 1.

80 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 156 f.

81 Hermann von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 29.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 7–9; Hermann von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 02.11.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 10–12. Zum parlamentarischen Agieren der Freikonservativen Partei hinsichtlich der Enteignungsvorlage vgl. *Alexander*, Die Freikonservative Partei, S. 318–334. Zur Broschüre Fuss', der 1903 noch erfolglos versucht hatte, sein Landgut an die Ansiedlungskommission zu verkaufen vgl. *Stienen*, Verkauftes Vaterland, S. 247.

unangekündigtes oppositionelles Votum der Freikonservativen vor vollendete Tatsachen zu stellen, so hat er 1907 auch von Petitionen oder sonstigen öffentlichen Kundgebungen als Mittel der Wahl zur Abwehr der Enteignungsvorlage abgesehen.[82]

Dass er sich in Bülow eines treuen Lesers der »Preußischen Jahrbücher« sicher sein konnte, mag dazu beigetragen haben.[83] Gleichwohl ist ein Einlenken der preußischen Staatsregierung und der konservativen Landtagsmehrheit unerreichbar geblieben. Indes kam das Ansiedlungsgesetz zunächst einmal gar nicht zur Anwendung, zumal Bülows Nachfolger Bethmann Hollweg nach dessen Sturz im Sommer 1909 und dem Auseinanderbrechen des »Bülow-Blocks« im Reichstag wieder stärker Rücksicht auf das Zentrum als Mehrheitsbeschafferin nehmen musste.[84] Die geringfügig modifizierte Endfassung des Enteignungsgesetzes hat Delbrück im Nachgang der erfolglosen freikonservativen Opposition als ein fehlgreifendes Instrument scharfer Kritik unterzogen, die nicht zuletzt auch in der polnischsprachigen Presse aufgegriffen wurde. Zum einen zögen die grenzenlosen, an »Sozialismus« gemahnenden Staatsinvestitionen ein anspruchsvolles Transferempfängermilieu heran, anstatt die Landwirtschaft als steuerzahlendes, sittlich festes Rückgrat des Staates zu bewahren. Zum Anderen wäre es nicht nur ein moralischer Fehltritt, den eigenen Minderheiten Behandlung angedeihen zu lassen, von denen man das ›Deutschtum‹ im Ausland frei sehen wollte, denn kein diplomatisches Bekenntnis Österreich-Ungarns, sich nicht in innere Belange des Bündnispartners einzumischen, könnte den Prestigeverlust ungeschehen machen, den sich Deutschland durch die brachiale »Germanisierungs«-Politik per ökonomischer Zwangsmaßnahmen beim ungleich größeren und gewichtigeren slawischen Bevölkerungsteil des bedeutendsten internationalen Verbündeten einhandelte.[85]

Mit prominenten Freikonservativen wie Otto von Dewitz und Robert von Zedlitz und Trüschler wusste sich Delbrück weiterhin darin einig, dass in der »Ostmark« ein stetig schwelender Konfliktherd lag, dem weder durch die Ansiedlungsnovelle von 1904, noch nun durch das Enteignungsgesetz abgeholfen

82 Hermann von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 02.11.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 10–12; Max Lehmann an Hans Delbrück, 05.02.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe III, Bl. 5–6.

83 Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 24.02.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 16.

84 *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 741–743.

85 Delbrück: Ostmarken-Vorlage [PJ 131/1]; Hans Delbrück: Die Modifikation der Enteignungsvorlage. Fürst Bülows Erklärung zur Wahlreform und die Zukunft des Blocks, in: PJ 131 (1908) 2, S. 371–381; Hans Delbrück: Die Ostmarkenvorlage. Der neue Reichsschatzsekretär und die allgemeine Politik, in: PJ 131 (1908) 3, S. 565–568; Hans Delbrück: Enteignungsvorlage, Vereinsgesetz, Wahlreform, in: PJ 132 (1908) 1, S. 184–190. Der von Delbrück wohl herangezogene Artikel »Wiadmosci z swiata« vom 08.01.1908 lässt sich ohne den üblichen Vermerk und wegen seines allgemein gehaltenen Titels keinem Publikationsorgan mehr zuordnen.

worden war.[86] In den Schlussfolgerungen, die daraus für die Zukunft gezogen wurden, uneins zu sein, war kein Grund zur Feindschaft.[87] Hierzu gehörte etwa Dewitz Forderung nach der forcierten Ansiedlung nicht länger nur von Landbesitzern, sondern auch von Landarbeitern, nachdem er zu dem Schluß gelangt war, dass das demographische Übergewicht der Polen im ländlichen Posen und Westpreußen künftig noch wachsen werde.[88] Wenngleich Delbrück Dewitz' Hoffnung auf Zuzug von deutschen »Rückkehrern« aus Russland nicht teilte, machte er sich doch den Befund von der demographischen Wirkungslosigkeit der bis dahin geübten Ansiedlungsmaßnahmen zu Eigen. Jedoch nicht ohne die volkswirtschaftlich-demographische Kalkulation in ein allgemeinpolitisches Narrativ auszudehnen, das um die sittlichen Folgen der Ansiedlungspolitik im liberalen Nationalstaat kreiste:

»Hat es nicht sogar etwas Demütigendes, sehen zu müssen, wie hier der deutsche Bauer nur mit milden Beiträgen aus dem Steuersäckel (9000 Mk. im Durchschnitt auf jeden Hof) emporgebracht werden kann, während drüben der Pole, trotz allen Druckes und aller Hindernisse, welche ihm die Obrigkeit in den Weg legt, mit den in der Bergwerksarbeit mühsam ersparten Groschen sich selber seine Existenz erschafft und erkämpft?«[89]

Die öffentliche Auseinandersetzung um Nutzen und Frommen des Enteignungsgesetz zog sich mit Delbrück und Spitzenvertretern des Ostmarkenvereins wie Ludwig Raschdau als Kontrahenten über Jahre fort.[90] Nicht zum Letzten drehten sie sich darum, wer die Autorität Bismarcks als Gründungsheros des Reiches für die eigene Politik in Anspruch nehmen konnte.[91] Delbrück berief sich dabei insbesondere auf das Zeugnis des 1907 verstorbenen freikonservativen

86 Das parallel verabschiedete Reichsgesetz, das den Gebrauch der deutschen Sprache im öffentlichen Raum verankern sollte, indem es deren Gebrauch in Vereinsversammlungen verpflichtend festhielt, hat Delbrück analog zur zum schulischen Sprachenstreit kritisiert, diesem aber nur punktuell Aufmerksamkeit entgegengebracht, Vgl. Delbrück: Enteignungsvorlage, Vereinsgesetz, Wahlreform [PJ 132/1], S. 187 f.

87 Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 09.04.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 14; Robert von Zedlitz und Trüschler an Hans Delbrück, 22.12.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Zedlitz und Trüschler, Robert Graf v., Bl. 21. Dies wurde auch ostentativ nach Außen getragen, vgl. Otto von Dewitz: Siedlungspolitik in der Provinz Posen [Mit einem Nachwort des Herausgebers], in: PJ 138 (1909) 2, S. 299–314, S. 311.

88 Dewitz: Siedlungspolitik in der Provinz Posen [PJ 138/2].

89 Ebd., S. 312.

90 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 158. Vgl. ferner auch »Der wirtschaftliche Wert der bäuerlichen Kolonisation im Osten.«, in: Germania, 28.2.1913, Nr. 98; Deutscher Ostmarkenverein, in: Frankfurter Zeitung, 26.5.1913; Ostmärkischer Meisterschimpf, in: Leipziger Volkszeitung, 26.5.1913; Die Bromberger Tagung des Deutschen Ostmarkenvereins 24. Mai, in: Posener Zeitung, 27.05.1913.

91 Zu Delbrücks Bezugnahme auf Bismarck als politischem Argument im Kontext der Ansiedlungs- und Enteignungspolitik vgl. etwa Hans Delbrück an Clemens von Schorlemer-Lieser, 01.12.1911, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 97.

Parteigranden Wilhelm von Kardorff, wonach Bismarck das preußische Ansiedlungsgesetz von 1886 vornehmlich als parlamentarisches Exempel zur Wahrung seiner Autorität nach Innen und Außen zwecks Kompensation schmerzlicher Abstimmungsniederlagen im Reichstag begriffen hatte, das ihm die Gefolgschaft der Nationalliberalen sichern sollte.[92]

Nicht aus höherer Einsicht, sondern im Zuge eines parlamentarischen Kuhhandels hätte Bismarck also den Weg für eine kleinbäuerliche Ansiedlungspolitik freigemacht, während es seinem Staats- und Standesdenken genügt hätte, anlassbezogen und ausschließlich polnischen Großgrundbesitz von Staatswegen anzukaufen und sodann ungeteilt deutschen Domänenpächtern zu überlassen, anstatt viele Millionen in die wurzellose Ansetzung auf Kleinparzellen zu investieren.[93] Womöglich da der hochkarätig verbürgte Wortlaut Bismarcks für sich genommen nicht in Zweifel zu ziehen war, hatten diese Organe der »Hakatisten« sich nicht sogleich zu einer Erwiderung aus dem Stegreif verstanden. Delbrück jedenfalls nahm diesen Umstand als eine Art diskursiven Siegesbeweis und regte bei Georg Wagner an, die »Posener Neuesten Nachrichten« mögen

»den Hakatisten vorhalten, daß sie durch ihr Schwiegen zugegeben hätten, daß die Sache richtig sei und sie sich fortan nicht mehr auf Bismarck berufen dürften.«[94]

Gegen den Druck konservativer und radikalnationaler Medienakteure auf den ressortverantwortlichen Landwirtschaftsminister Clemens Freiherr von Schorlemer-Lieser versuchte Delbrück, den Zentrumsmann in seiner Skepsis zu bestärken, das Enteignungsgesetz tatsächlich zur Anwendung zu bringen. Hierzu insistierte Delbrück darauf, dass seine Auffassung, »in viel weiteren Kreisen geteilt wird als es öffentlich bekannt ist« und stellte die publizistische Flut aus den Schleusen des »Ostmarkenvereins« und seiner Verbündeten implizit als sub-

92 Hans Delbrück: Oesterreichische und preußische Polenpolitik. Die Wahlreform, Die Wahldemonstrationen, Die Nachwahl in Lyck, in: PJ 140 (1910) 2, S. 369–382, S. 374.

93 Ebd., S. 373 f. Vgl. auch Hans Delbrück: Bismarck und der Hakatismus, in: PJ 140 (1910) 3, S. 553–555.

94 Hans Delbrück an Georg Wagner, o. D. [15.10.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 28 f. Zur medialen Resonanz vgl. Die »Preußischen Jahrbücher« und die österreichische Polenpolitik, in: Deutsche Zeitung, 20.05.1910, Nr. 135. Zur fortdauernden publizistischen Auseinandersetzung über Bismarck und die ›Polenpolitik‹ vgl. Ludwig Raschdau: Zur Ostmarkenpolitik, in: Der Tag, 03.09.1911; *Spectator*, Die polnische Metamorphose, Krakau 1912; Adolf Grabowsky an Hans Delbrück, 08.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Grabowsky, Adolf, Bl. 10; Hans Delbrück an Adolf Grabowsky, 11.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz 157, Nr. 27, Bl. 35–36; Adolf Grabowsky an Hans Delbrück, 13.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Grabowsky, Adolf, Bl. 11; Adolf Grabowsky an Hans Delbrück, 25.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Grabowsky, Adolf, Bl. 12; Hans Delbrück/Ludwig Raschdau: Bismarck und die Polenfrage, in: Das Neue Deutschland, 9.11.1912, Nr. 6; Keller: Professor Delbrück sprach abermals, in: Der Gesellige, 13.10.1912, Nr. 241; Hans Delbrück: Bismarck und die ostmärkische Ansiedlung, in: Das Neue Deutschland, 30.11.1912, Nr. 9.

stanzloses Strohfeuer hin.[95] Letztlich hat Hans Delbrück in der Ansiedlungs- und Enteignungspolitik zwar nicht auf verlorenem Posten, aber doch auf der Verliererseite gestanden. Sein Ruf als Gesicht der naiven ›Polenfreunde‹ war zementiert.[96] Zu größeren Protesten in seinem Sinne kam es erst im Herbst 1912, als das Enteignungsgesetz erstmals zur Anwendung gelangte und vier Güter eingezogen wurden. Wesentlich durch die Freisinnige Vereinigung organisiert versammelten sich hier vor allem Gewerbetreibende, die unmittelbarer als die Landbesitzer unter dem Warenboykott litten, mit dem weite polnische Kreise auf die Enteignung reagierten.[97]

Das in den »Ostmarken« vorherrschende katholische Bekenntnis verband die »polnische Frage« mit den interkonfessionellen Konflikten in Preußen und Deutschland. So wurde im Zuge des Kulturkampfes der 1870er Jahre nicht nur die katholische Abteilung des preußischen Kultusministeriums abgeschafft, sondern auch das seit 1842 kodifizierte Recht auf Schulunterricht in der Muttersprache.[98] Die Milderung derartiger antipolnischer Maßnahmen nach dem Rücktritt Bismarcks hat Delbrück nachdrücklich begrüßt und sich seit Beginn der frühen 1890er Jahren als entschiedenem Gegner aller kultuspolitischen »Nadelstiche« positioniert, dessen Kritik auch der seinerzeitige Kultusminister Robert Bosse nicht ignorieren konnte.[99]

Auch mit Blick auf die kultuspolitische Dimension der »polnischen Frage« wurde Joseph von Koscielskis anonyme Artikelserie über »Das Deutsche Reich und die Polen« zum frühen Schlüsseltext für Delbrücks ›Polenpolitik‹. Eingebettet in die Entwicklungsgeschichte der wirkmächtigsten Leitideen der europäischen Neuzeit erläuterte dieser in den »Blauen Hefte«, warum germanisierende Schulgesetzgebung und konfessioneller Kulturkampf die Polen eben nicht umstandslos zu Deutschen machen, sondern vielmehr dem edlen ›nationalen‹ Gedanken und dem nicht minder edlen monarchischen Prinzip entfremden und entweder zu Slawen oder Sozialisten werden lassen würde. Die Möglichkeiten kultureller Assimilation durchaus nicht negierend, konnte sich Koscielski auf die borussische Geschichtsschreibung vom unbändigen, nationalen ›Abwehrkampf‹ der Deutschen berufen. Wie diese von Arminius bis Napoleon um die Bewahrung ihrer nationalen Eigenheiten und Eigenständigkeit zu kämpfen bereit ge-

95 Hans Delbrück an Clemens von Schorlemer-Lieser, 14.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 26.

96 »Der wirtschaftliche Wert der bäuerlichen Kolonisation im Osten.«, in: Germania, 28.2.1913, Nr. 98; Ostmärkischer Meisterschimpf, in: Leipziger Volkszeitung, 26.5.1913; Die Bromberger Tagung des Deutschen Ostmarkenvereins 24. Mai, in: Posener Zeitung, 27.05.1913.

97 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 163 f.

98 Ebd., S. 25.

99 Delbrück: Die Volksstimmung [PJ 68/3], S. 906 f.; Hans Delbrück: Die Wahlen. Die Socialdemokratie. Das Wirthschaftsproblem, in: PJ 73 (1893) 1, S. 169–175, S. 175. Vgl. auch *Spät*, Die »polnische Frage« 1894–1918, S. 46–51. Vgl. außerdem Robert Bosse an Hans Delbrück, o. D. [1893], zitiert nach: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 147.

wesen waren, so würde jede aggressive Germanisierungspolitik die Polen ihrer tausendjährigen Zugehörigkeit zum abendländischen ›Westen‹ entfremden.[100]

1893 konnten sich gerade auch liberale Zeitungen den Abdruck der Artikelserie Koscielskis nur mit Delbrücks eigenwilliger Redaktionsführung und notorischem Grenzgängertum als individuellem Charakterzug erklären. Schließlich hatte er schon die Ernennung des Polen Florian von Stablewski zum Erzbischof von Gnesen als vernunftgebotene und letztlich alternativlose Maßnahme zur Pflege des Vertrauens der katholischen Polen in den protestantischen preußischen Staat verteidigt, die in solchen Blättern als bedenklich weitreichendes Zugeständnis galt, das die preußischen Polen nie durch hinreichende Dankbarkeit und Loyalität vergolten hätten.[101]

Indes hat Delbrück keinen Zweifel daran gelassen, dass er von einer kulturellen Vorrangstellung Deutschlands überzeugt war, welche die vorgeblich niedrigerstehende polnische Kultur langfristig assimilieren müsste. Doch stimmte er mit Koscielski im Wesentlichen überein, dass nämlich eine zielgerichtete Germanisierungspolitik Polen nicht zu Deutschen machte, sondern kultuspolitische Zwangsmaßnahem nur staatsfeindlich gesinnte Kreise heranzüchteten. Vielmehr hätte sich der Staat die Loyalität seiner Untertanen durch Wahrung von deren liberalen, bürgerlichen Freiheitsrechten zu sichern, gleich welchem Volke die sich zurechneten. Von daher dürfe keinem Polen verwehrt werden, abseits der deutschsprachigen Pflichtunterrichtseinheiten seine Kinder in polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Eine Freiheit, die von daher leichthin zu gewähren sein sollte, als dass der praktische Nutzen souveräner Kenntnisse des Deutschen als wichtiger europäischer Verkehrssprache die Polen ohnehin sukzessive auf eine evolutionäre Entwicklungsbahn zur »Germanisierung« ziehen würde. In den »Preußischen Jahrbüchern« votierte er selbst nachdrücklich für eine Ausweitung der Versöhnungspolitik Caprivis, um vor der nationalen Assimilierung die staatspolitische Integration der Polen zu erstreben, für deren Funktionalität ihm die gemischtnationale Schweiz bürgte.[102]

Der fortdauernde Streit um die Marginalisierung der polnischen Sprache in Posen und Westpreußen entlud sich in der sogenannten »Wreschen-Affäre«, die auch das Selbstbild vom »hebenden« deutschen Kulturstaat in Frage stellte. Nachdem der Religionsunterricht über Jahrzehnte ein einsames Refugium polnischer Unterrichtssprache geblieben war und so die Wechselbeziehungen zwischen konfessioneller und nationaler Identität gestärkt hatte, wurde mit Anbruch des 20. Jahrhunderts auch dieser sukzessive der deutschen Unterrichtssprache unterworfen. Deren Einführung erfolgte dabei nicht flächendeckend, sondern

100 [Koscielski]: Das Deutsche Reich und die Polen I [PJ 74/1]; [Koscielski]: Das Deutsche Reich und die Polen II [PJ 74/2]; [Koscielski]: Das Deutsche Reich und die Polen III [PJ 74/3].

101 Das Deutsche Reich und die Polen, in: Allgemeine Zeitung (München). Zu Delbrücks Eintreten für Florian von Stablewski vgl. Delbrück: Die Volksstimmung [PJ 68/1], S. 906 f.

102 Hans Delbrück: Das Polenthum, in: PJ 76 (1894) 1, S. 171–186, S. 186; Hans Delbrück: Das Polenthum noch einmal, in: PJ 76 (1894) 3, S. 555–564, S. 561.

durch Verwaltungsverfügungen der Kreisschulbehörden zu unterschiedlichen Terminen.[103] In Wreschen, einer Kleinstadt 50 Kilometer östlich von Posen, kam dieser Schritt im April 1901. Als sich in der Folge Wreschener Schüler demonstrativ weigerten deutsch zu sprechen und daraufhin von der Schulleitung zunächst Arrest und schließlich körperlicher Züchtigung unterworfen wurden, kam es zu einem örtlichen Aufruhr. Protestierende Eltern verschafften sich Zugang zur Schule und bedrohten die Lehrer.[104] Die regionalen Medien bedachten den Vorfall je nach politischer Ausrichtung mit unterschiedlichen Kommentaren. Die konservativ respektive deutschnational orientierten Blätter der »Posener Zeitung« und des »Posener Tageblatts« wähnten irredentistische Agitation und staatsfeindliche Wühlarbeit der katholischen Kirche am Werk, während die linksliberalen »Posener Neuesten Nachrichten« eine letztlich voraussehbare Folge der illiberalen preußischen Kultuspolitik konzedierten. Der Prozess wegen Haus- und Landfriedensbruch gegen 21 Protestler von Wreschen, der im Herbst 1901 vor dem Landgericht Gnesen geführt wurde und in dem teils zweieinhalbjährige Haftstrafen verhängt wurden, zog weit über die Grenzen der Provinz Posen hinaus Aufmerksamkeit auf sich und wurde durch fortwährende Berichterstattung auch der internationalen Presse begleitet. Die stark parteipolitisch fragmentierte deutsche Presseöffentlichkeit schied sich in ihrer Beurteilung der Ereignisse entlang einer Zickzack-Linie: Die »Kreuzzeitung«, sonst nie um Rechtfertigung staatlicher Gewaltmaßnahmen verlegen, artikulierte die Besorgnis der orthodox-protestantischen Konservativen vor einem Präzedenzfall staatlicher Eingriffe in kirchliche Bereiche, während die freikonservative »Post« Schülerzüchtigungen und Gerichtsurteile als dringend gebotene Maßregeln staatsfeindlicher Umtriebe wertete. Ebenso war das liberale Lager uneins, in dem sich Klagen über die leichtfertige Gefährdung des inneren Friedens durch übergriffige Staatsorgane mit solchen über antimodernistische, sozialdegenerierende katholische Demagogie mischten. Durchgängig als Kritiker von Sprachverordnung und Prügelstrafe traten die katholischen und sozialdemokratischen Zeitungen auf.[105]

Inzwischen längst zu einer der prominentesten Stimmen in der Nationalitätenpolitik avanciert, wurde dabei von verschiedenen Seiten Bezug auf Delbrück genommen. Anfang Oktober 1901, die Diskussion um die Urteile im »Wreschen«-Prozess vorwegnehmend, berief sich die katholische »Kölnische Volkszeitung« auf Hans Delbrück als Kronzeugen für die Einsicht, dass »Sprachkenntnis die Nationalität nicht ändert«, der das deutschnationale Posener Tageblatt die Abqualifizierung Delbrücks als uninformiertem Querulanten entgegenhielt, der fortwährend den Schutz des Posener »Deutschthums« vor der »Slawisierung« zu sabotieren trachtete.[106] Im Vorwärts wurde die Überwindung

103 *Rimmele*, Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich, S. 115–117.
104 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 61
105 Ebd., S. 63–65.
106 Die Schulzustände in der Provinz Posen, in: Posener Tageblatt, 9.10.1901.

des Nationalitätenkonflikts mit der Auflösung der sozialen Frage identifiziert und wenn auch ohne explizite Referenz, Delbrücks stete Warnung vor dem außenpolitischen Imageschaden durch Exzesse der Staatsgewalt geteilt. Ein Argument, das im weiteren Verlauf der Debatte, in verschiedenen Wendungen auch linksliberale und katholische Blätter aufgriffen und das auch Delbrück selbst bezüglich der »Wreschen-Affäre« kritische Intervention gebot.[107]

Denn für ihn entsprach das Geschehen einer Art selbsterfüllenden Prophezeiung nach seinen steten Warnungen an die preußische Regierung, den »Baum des polnischen Patriotismus« nicht auch noch durch »Billiges Martyrium« selbst in seinem Wachstum zu stärken.[108] Selbst äußerte er sich erstmals im Dezemberheft 1901 öffentlich zur »Wreschen-Affäre«, als der Prozess vor dem Landgericht in Gnesen eben abgeschlossen war und ließ seine energische Kritik der preußischen Kultuspolitik auch dem Reichskanzler Bülow zugehen.[109] Diese Kritik ordnete Delbrück in eine dialektische Darstellung der Ereignisse ein, die aus unterschiedlichen Pressequellen, vornehmlich aber der besonderer »Polenfreundschaft« gänzlich unverdächtigen »Täglichen Rundschau« Heinrich Ripplers zusammenzitiert wurde. Den Deutschzwang im Religionsunterricht geißelte er dabei als moralisch verwerfliche Steigerung des pädagogisch und nationalpolitisch kontraproduktiven Ausschluss des Polnischen aus dem Bereich profaner Schulfächer, der nur heftigsten deutschen Protest hervorrufen könne, würden ihn unter umgekehrten Vorzeichen russische oder ungarische Schulbehörden im Baltikum oder Siebenbürgen gegen die dortige deutsche Bevölkerung in Anschlag bringen.[110] Sonst häufig geneigt, antikatholische Stereotype von staatsfeindlicher Indoktrination im Beichtstuhl zu reproduzieren, nahm Delbrück sogar den in Gnesen als Zeugen gehörten und verschiedentlich der Aufwiegelung der Wreschener Schüler verdächtigten, örtlichen Vikar Laskowski in Schutz, der gerechter Weise eine »Religions-Schädigung« befürchten musste, als ihm die Schüler ihre Gewissensbisse bezüglich des fremdsprachigen Religionsunterrichts darlegten. Auch hämische Pressekommentare und mokante Bemerkungen des Gerichts über die katholische Volksfrömmigkeit fasste Delbrück nicht als Ausweis fortschrittlicher, protestantischer Geisteshaltung auf, sondern als zweifelhafte Rechtfertigungen eines unzulässigen Eingriffs in den sensiblen Bereich religiöser Erziehung und die Beziehungen zwischen Kindern und ihren Eltern. So verbanden sich in Delbrücks Kritik der »Wreschen-Affäre« die staatspolitische Sorge um die Zerklüftung der inneren Konfliktlinien des Reiches und die Provozierung der polnischen Bevölkerung zu einer gemeinsamen und potentiell irredentistischen Abwehrhaltung gegen den Staat mit dem bürgerlich-

107 *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 68; Ebd., S. 74.

108 Delbrück: Die glücklichste Partei [PJ 103/2], S. 384.

109 Hans Delbrück: Chamberlains Rede. Die jüngsten Polen-Prozesse, in: PJ 106 (1901) 3, S. 560–569, S. 564–569; Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 02.12.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 8.

110 Delbrück: Chamberlains Rede [PJ 106/3], S. 564–569.

liberalen Ideal von der Religion als Privatsache, die freilich mehr häuslich-familiär als individualistisch verstanden wurde.[111] Äußerungen, die zusammen mit den verabredungsgemäß gleichgerichteten und auf sie rekurrierenden Ausführungen des Marburger Theologen Martin Rade in der »Christlichen Welt« von der Zentrumspresse als dankbarer Beweis dafür aufgegriffen wurden, mit dem eigenen Eintreten für das Recht der Polen auf muttersprachlichen Religionsunterricht nicht Parteipolitik zu betreiben, sondern universellen, sittlichen Geboten von Bekenntnisfreiheit und Rechtstaatlichkeit zur Geltung zu verhelfen.[112]

Etwa zeitgleich mit dem Entwurf seines ersten Wreschen-Artikels war Delbrück Ende November 1901 daran gegangen, eine Petition an den Kultusminister Studt auf den Weg zu bringen. Mit Wissen und Billigung Friedrich Althoffs und wohl auch des Reichskanzlers sammelte Delbrück während der letzten Novembertage unter dem Siegel der Verschwiegenheit Unterschriften unter prominenten Professoren und Publizisten. Besonders hob Delbrück dabei die Notwendigkeit hervor, der Reichsleitung durch das Unterlassen öffentlicher Kritik an der Seite polnischer und zentrumsnaher Blätter, nach Außen hin den Rücken zu stärken. So sehr »moralischer Druck« auf die Regierung geboten war, um künftig vergleichbaren Schaden für das deutsche Großmachtprestige abzuwenden, so dringend war es ihm, die Autorität der preußisch-deutschen Staatsführung in einem Moment zu wahren, da die russischen Staatsorgane bereits daran gingen, die Ereignisse zur Vereinnahmung ›ihrer‹ Polen auszunutzen. Delbrücks Warschauer Kontakte schilderten ihm nämlich die antideutschen Anfeindungen, welche die Geschehnisse von Wreschen und der Gnesener Prozess dort hervorgerufen hatten und vermittelten den sicheren Eindruck, dass die Ausschreitungen, zu denen sich Solidaritätsdemonstrationen Warschauer Studenten ausgewachsen hatten, »nur mit Hilfe u. Zustimmung der Polizei« möglich gewesen waren.[113]

Als Zurückhaltung im Angesicht der emotionalisierenden Wirkung der Berichte über die Wreschener »Gewaltthätigkeiten« erklärte sich Hans Delbrück, dass auch diejenigen, die sich zur Unterschrift bereitfanden, vielfach ihrerseits die strenge Vertraulichkeit des Unternehmens zur Bedingung machten. Ein gleiches galt ihm als Grund dafür, seine Unterzeichner vornehmlich im engeren Kreis der Berliner Bekannten zu suchen, die im persönlichen Gespräch überzeugt werden

111 Ebd.

112 Die Opposition gegen die Wreschener Prügelpädagogik, in: Kölnische Volkszeitung, 06.12.1901, Nr. 1555; Die Interpellation der Polen, in: Kölnische Volkszeitung, 08.12.1901, Nr. 1095; Preßstimmen zu den Wreschener Vorgängen, in: Germania, 11.12.1901, Nr. 285. Zur publizistischen Kooperation mit Martin Rade vgl. Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 29.11.[1901], in: UB Marburg, Ms. 839.

113 Friedrich Althoff an Hans Delbrück, o. D. [Dezember 1901], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Althoff, Friedrich, Bl. 15; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 09.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 10.12.1907, in: UB Marburg, Ms. 839.

konnten.[114] Martin Rade sekundierte Delbrück nicht bloß in der »Christlichen Welt«, sondern betätigte sich gleichfalls als energischer Unterschriftensammler.[115] Diesem Umstand mag es geschuldet sein, dass evangelische Theologen unter den Unterzeichnern die größte Gruppe ausmachten, was als theologisch approbierte christliche Mission wider den »Chauvinismus« aufgefasst werden konnte.[116] Neben Adolf von Harnack waren dabei mit Reinhold Seeberg und Ulrich von Wilamowitz-Möllendorf auch solche vertreten, zu denen Delbrück ansonsten meist in angespannter Beziehung stand. Namens dieser gewichtigen Unterzeichner forderte die Petition, fremdsprachigen Kindern nur dann deutschsprachigen Religionsunterricht zu erteilen, wenn deren Eltern dies wünschten, da die Religionslehre in stärkerem Ausmaß als profane Fächer auf die kindliche Fähigkeit zum Ausdruck »innigster Empfindungen« angewiesen wäre:

»Wir können uns daher der Besorgniß nicht entschlagen, daß durch die bisherige Praxis das religiöse und sittliche Leben der Kinder schweren Gefahren ausgesetzt sei, und wir haben des Weiteren die Empfindung, daß die Art wie der Konflikt von Wreschen ausgetragen worden ist, die sittlichen Anschauungen und den sittlichen Charakter unseres deutschen Volkes im Ganzen verletzt.«[117]

Diese »sittlich« begründete Kritik auf Grundlage des Staatsbürgerschaftskonzepts wiederholte Delbrück öffentlich im Januarheft 1902, ebenso wie den Verweis auf die gleicher Rücksichtnahme bedürftigen deutschen Minderheiten Osteuropas. Nun ergänzte er sie nicht nur um die ›realpolitische‹ Mahnung, dem nationalpolnischen Irredentismus keine »Märtyrer« in Form geprügelter Kinder zu schaffen, sondern wiederum auch um eine Verknüpfung mit dem Konzert der Großmächte, speziell der anderen polnischen Teilungsmächte. Was er im Dezember bereits an Berichten aus Russisch-Polen privatim an Rade weitergemeldet hatte, verkündete Delbrück jetzt der deutschen Öffentlichkeit:

»Uns ist das Schlimmste geschehen, was für uns denkbar war. Die russische Polizei und die polnischen Studenten sind eines Sinnes geworden«.[118]

114 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 09.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839.

115 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 09.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 10.12.1907, in: UB Marburg, Ms. 839;

116 Friedrich Althoff an Hans Delbrück, o. D. [1901], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Althoff, Friedrich, Bl. 15; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 27.11.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Adolf von, Bl. 19; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 29.11.[1901], in: UB Marburg, Ms. 839; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, o. D. [30.11.1901], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 19; Max Lehmann an Hans Delbrück, 06.12.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe II, Bl. 47–48; »Polen-Petition« an den Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten, Herrn Dr. Studt Excellenz, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 25, Bl. 1.

117 »Polen-Petition« an den Minister der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten, Herrn Dr. Studt Excellenz, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 25, Bl. 1.

118 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 10.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839; Delbrück: Die Lehre von Wreschen, S. 178–186.

Wenn diese Gefahr in der konservativen Presse auch von prinzipiell geschätzten Kommentatoren wenig beachtet wurde, dann geschah dies nach Delbrücks Meinung aus parteipolitischer Rücksichtnahme auf eine irrige außenpolitische Grundüberzeugung vom Zarenreich als »natürlichem« Verbündeten Deutschlands.[119] Delbrücks Ausführungen zur »Wreschen-Affäre« wurden speziell in der katholischen Presse ausgiebig zitiert, galten sie doch als Beweis für eine parteiübergreifende Front der verständigen und moralischen Menschen gegenüber den verbohrten »Hakatisten«.[120]

Die katholische Kirche zur Beilegung des Nationalitätenkonflikts in deutschem Sinne heranzuziehen, wie Martin Rade es in der »Christlichen Welt« in den Raum gestellt hatte, hielt Delbrück freilich für aussichtslos. Die Identifikation von Nation und Konfession sei längst zu tief verwurzelt, um nicht seitens der Kirche »Germanisierung« mit der Gefahr der ›Protestantisierung‹ gleichzusetzen. Da ihr Eigeninteresse darauf ziele, die Herde ihrer Gläubigen zusammenzuhalten, ohne sich den Vorwurf der Aufwiegelung gegen die weltliche Ordnung einzuhandeln, sei es ihr weder zu bestreiten noch nachzutragen, dass die Kirche gegenüber einem übergriffigen, parteiischen Staat ihrerseits »den Patron der unterdrückten Polen spielt«[121]. Dennoch erwartete sich Delbrück nach seinem konservativen Stabilitätsdenken einen kirchlichen Beitrag zur Lösung der »Polenfrage«, den er Rade in einem Brief entwickelte. Dann nämlich, wenn der Anerkennung des »Rechts der Polen auf ein nationales Dasein u. nationale Bildung innerhalb des preußischen Staates«[122] eine Spaltung der durch die äußere Bedrohung zusammengeschweißten Polen in einen unverrückbar königstreuen, integrationsbereiten Teil der Polen einerseits und eine Partei unverbesserlicher, großpolnischer Irredentisten andererseits folgte. Zu diesem Zeitpunkt, der für Delbrück gleichbedeutend mit dem erstrebenswerten Ziel war, dass der Staat nicht länger Partei im »Nationalitäten-Kampf« sei, dürfe und müsse von der Kirche, bei der Integration des integrationswilligen Teils der Polen erwartet werden.[123]

An der prinzipiellen, wenn auch offenkundig nicht unbeschränkten, staatsbürgerlichen Gleichheit von Polen und Deutschen, als bloß parteipolitisch geschiedenen, gleichberechtigten Untertanen eines Königs hielt Delbrück eben gerade aus seiner konservativ-monarchischen Grundhaltung heraus für sämtliche Politikbereiche fest. Von daher waren seine Urteile über andere angedachte

119 Hans Delbrück: Deutschland und die große Politik anno 1901. Von Dr. Th. Schiemann, in: PJ 108 (1902) 2, S. 337–340, S. 338 f.

120 Professor Delbrück und die Polenfrage, in: Rheinische Volksstimme, 09.01.1902, Nr. 6; Den Hakatisten, in: Kölnische Volkszeitung, 07.01.1902, Nr. 16.

121 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 15.02.1902, in: UB Marburg, Ms. 839.

122 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 15.02.1902, in: UB Marburg, Ms. 839.

123 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 14.02.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 26–27; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 15.02.1902, in: UB Marburg, Ms. 839.

oder verwirklichte, antipolnische Repressionen umstandslos unter die »Lehren von Wreschen« einzureihen, was unter umgekehrten Vorzeichen auch für seine Gegner galt. Vom nationalliberalen Standpunkt belohnte der von Delbrück geforderte muttersprachliche Religionsunterricht nationalfolkoristische Ansprüche zum Nachteil der religionsbezogenen Kindererziehung. Tatsächlich gingen Delbrücks Kontrahenten jedoch ohne allzu langes Verweilen beim konkreten Streitpunkt der Schulsprache zu anderen Feldern des Nationalitätenkonflikts über, gleich ob es sich um den anerkannten Disputanten Wilhelm von Massow, die linksliberale »Vossische Zeitung« oder die von Delbrück mit ausgesuchter Polemik bedachten »Akademischen Blätter« handelte. Unter diese Nebenkriegsschauplätze zählte etwa der Vorschlag, in polnischer Sprache adressierte Briefe von der postalischen Zustellung auszuschließen, die von Delbrück als anekdotisches und besonders abseitiges Beispiel für die chauvinistische Nadelstichpolitik bemüht wurde, während Massow und der anonyme Leitartikler der »Vossischen« diese Idee zwischen relevanter Effizienzsteigerung des Postbetriebes und gerechter Abwehr beispielloser polnischer Sonderwünsche einordneten.[124]

Die »Wreschen-Affäre« ist als Beleg dafür zu werten, dass Delbrück bei allem taktischen Verständnis von Pressearbeit doch ›realpolitische‹ Erwägungen und politischen Idealismus zusammendachte. Einerseits mahnte er zu kultuspolitischer Milde und fürchtete doch, dass die Polen ihre Lehren aus dem internationalen Skandal gezogen hatten und im Rahmen mehr oder weniger ausgegorener, partikularistischer Strategien Vorfälle wie die von Wreschen künftig von neuem provozieren würden. Anderseits nahm er die pädagogischen Einschätzungen durchaus ernst, die er in seinen kritischen Kommentaren zum Schulstreit verarbeitete und die als Produkt der Zwangsassimilierung »geistige Krüppel« in Aussicht stellten, die fürs Leben gezeichnet bleiben würden, unfähig zur freien und vollständigen Erfüllung ihrer religiösen Bedürfnisse.[125] Zu weiterer kindlicher Bestreikung deutschen Schulunterrichts als Höhepunkt der Auseinandersetzung um die kultuspolitische »Germanisierung« Posens und Westpreußens ist es noch einmal 1906/07 in mehreren Gemeinden gekommen. Delbrücks Standpunkt zur Sache hat sich dabei nicht gewandelt. Im Verein mit Otto von Dewitz, trat er nun für einen Kompromiss ein, nachdem deutschsprachiger Religionsunterricht nur in der zahlenmäßig ohnehin übersichtlichen Oberstufe verpflichtend beibehalten werden sollte, da alle weitergehenden Eingriffe zumal in die religiöse Kindererziehung die nationalen Gegensätze nur verschärfen und obendrein das parlamentarische Bündnis von Zentrum und polnischer Fraktion zementieren

124 Wilhelm von Massow: Delbrück und die Lehre von Wreschen, in: Tägliche Rundschau, 09.01.1902, Nr. 13; Polennoth und Leutemangel, in: Vossische Zeitung, 11.01.1902, Nr. 18; Wendland: Professor Delbrück und die Polenfrage, in: Akademische Blätter, 16.01.1902, Nr. 20; Herr Professor Delbrück, in: Danziger Neueste Nachrichten, o. D. [1902].

125 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 12.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 18.12.1901, in: UB Marburg, Ms. 839.

müssten.[126] Dass die »Polenfrage« schlicht eine besonders heimtückische und langfristig angelegte »ultramontane« Intrige war, wie manchenorts ernstlich geglaubt, hat Delbrück definitiv nicht geteilt.[127] Vielmehr hielt er bei allen antikatholischen und antipolnischen Ressentiments daran fest, die kirchliche Hierarchie als tragende Säule des monarchischen Staates zu betrachten, dem diese bei der Einhegung völkisch-nationalistischer Tendenzen der ihm per se suspekten modernen Massenpolitik von Nutzen sein konnte. Noch 1914 sollte Delbrück im Angesicht der seit beinahe 8 Jahren andauernden Vakanz des Gnesener Bischofsstuhls nicht ohne vordergründigen Erfolg versuchen, den freikonservativen Parteigenossen und prominenten rechten Verbandsfunktionär Eduard von Liebert für diesen Standpunkt zu gewinnen:

»Die Provinz Posen, Großgrundbesitz, Bauer und Kleinstädter ist ihrer Natur nach konservativ. Unsere Politik treibt sozusagen systematisch die Bevölkerung dem Radikalismus in die Arme, einem Radikalismus, der gleichzeitig national, unser Todfeind ist. Warum unterstützen wir nicht die polnisch konservative Richtung, die zu einem Kompromiss sehr geneigt ist. Unter dem polnischen Adel würde man unschwer einen verständigen Erzbischof finden können, der das natürliche Haupt einer polnisch-konservativen Richtung bilden würde.«[128]

Nicht erst angesichts der unleugbaren Verfestigung der Bündnisblöcke nach der Jahrhundertwende, sondern bereits nach dem Auslaufen des Rückversicherungsvertrages mit Russland und angesichts der beginnenden Annäherung des Zarenreichs an Frankreich, sah Delbrück bereits 1891 einen »zukünftigen Weltkrieg« dräuen und für diesen plante er die Polen als Verbündete ein.[129] Die alte

126 Hans Delbrück: Die Monarchen-Zusammenkunft in Friedrichshof, Professor Hasse, Der Fall Fischer-Tippelskirch-Podbielski, Ostmarken-Politik, in: PJ 125 (1906) 3, S. 561.571, S. 569–571; *Alexander*, Die Freikonservative Partei, S. 319 f.; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 13.11.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 7; Denkschrift über die Behandlung der Sprachenfrage in den Schulen der preussischen Ostmarken, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/41; Dewitz: Zur Schulpolitik in den Ostmarken [PJ 127/3]; Delbrück: Der neue Reichstag [PJ 140/3]; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 4.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 5–6; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 12.02.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 7.

127 Vgl. K. G. an Hans Delbrück, 28.01.1914, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch, N 1017/75, Bl. 13 f. Lina Delbrück identifiziert den Verfasser als einen Vetter Hans Delbrücks, der sich jedoch nicht nachweisen lässt, vermutlich handelte es sich um Hans Delbrücks Neffen Karl Grüneisen, vgl. Stammbaum der Familie Delbrück bis 1883, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Lebensdokumente, 129–1 [URL: https://collections.thulb.uni-jena.de/receive/HisBest_cbu_00011556] [aufgerufen am 27.08.2021]

128 Hans Delbrück an Eduard von Liebert, 17.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 37 f.; Eduard von Liebert an Hans Delbrück, 19.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Liebert, Eduard von, Bl. 12; Eduard von Liebert an Hans Delbrück, 15.07.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Liebert, Eduard von, Bl. 13.

129 *Wajda*, Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild, S: 308; Delbrück: Die Volkstimmung [PJ 68/3], S. 907.

Rolle Frankreichs als Schirmherrin der Polen war nach seinem Urteil in einem Bündnis mit dem panslawistischen Zarenreich nicht aufrechtzuerhalten, so dass diese Verschiebung im europäischen Bündnissystem die Polen als Nation ohne Staat mehrheitlich und zwangsläufig an die Seite Deutschlands stellen musste.[130] Da aber ein solches, dem Reich in Kampfgenossenschaft verbundenes Polen von Delbrück ohne Zugabe preußischer Gebiete gedacht wurde, galt es ihm als umso dringlicher, den inneren Frieden des Reiches zu wahren und zugleich in Posen und Westpreußen vollendete Tatsachen zu schaffen, auf das die normative Kraft des Faktischen zukünftige deutsch-polnische Verstimmungen ausschlösse.[131] Entsprechend verwundert zeigte sich in den »Jahrbüchern« etwa der baltendeutsche Kolonialschriftsteller Ernst von der Brüggen darüber, dass trotz der viel drastischeren Assimilierungs- und Ausgrenzungspolitik, der die Polen in Russland ausgesetzt waren, die nationalpolnische Krakauer Zeitung »Goniec Wielkopolski« nicht der Delbrück'schen Prognose vom deutsch-österreichisch-polnischen Bündnis ohne Grenzverschiebungen im Westen beitreten wollte.[132]

Aufbauend auf den Eindrücken von Hans Delbrücks Warschaureise 1899 und Paul Rohrbachs kommentierter Übersetzung des öffentlich gewordenen Immediatberichts des russischen Generalgouverneurs in Warschau im gleichen Jahr, wurde das Zarenreich in den »Jahrbüchern« zugleich zur politischen Vergleichsfolie und zum treibenden Faktor der ›Polenpolitik‹. Demnach waren sich auch die russischen Regierungsverantwortlichen darüber im Klaren, dass in Kongress-Polen eine geschlossene Bevölkerungsgruppe lebte, die unüberbrückbare religiöse und kulturelle Schranken von den, in Delbrücks Diktion gewissermaßen orientalischen Russen trennte und die durch den Widerstand gegen die Russifizierungspolitik noch enger zusammengeschlossen wurden. Das bestimmte Bekenntnis seiner Warschauer Gesellschafter, aus diesen Gründen eher Deutsche als Russen zu werden, bestätigte Delbrück, dass der unter preußischen »Hakatisten« diskutierte Ausschluss der Polen vom staatlichen Bildungsauftrag einer konstruktiven Lösung der »Polenfrage« nur entgegenwirken konnte. Die gemeinsame Erziehung müsste vielmehr dazu beitragen, dass die ohnehin brüchigen Grenzen zwischen den Bevölkerungsgruppen der national durchmischten Provinzen Posen und Westpreußen sich weiter auflösten und die dortigen Polen in einer effektiv vergrößerten, deutschen Mehrheitsgesellschaft aufgingen, anstatt eine Art separates Gemeinwesen zu bilden, wie es im Zarenreich der Fall war. Die überkommenen Strukturen des vormodernen Ständestaats, wie Delbrück sie in der städtischen Topographie Warschaus mit seinen Palästen und Mietskasernen widergespiegelt wähnte, würden durch den grenzübergreifenden Austausch transformiert werden. Die repressiv auf ökonomische Unternehmungen beschränkten polnischen Eliten würden, geistig befruchtet von den

130 Hans Delbrück: Rückblick auf das Jahr 1893, in: PJ 75 (1894) 1, S. 188–204, S. 201 f.

131 Delbrück: Die Volksstimmung [PJ 68/3], S. 904–909; Delbrück: Aeußere und innere Politik [PJ 70/1], S. 121–123.

132 Ernst von der Brüggen: Die russisch-polnischen Beziehungen, in: PJ 82 (1895) 2, S. 352–361.

Deutschen respektive den davon unterschiedenen, deutschsprachigen Juden Mittelosteuropas, einen modernen Mittelstand hervorbringen. Ein Prozess der den wirtschaftlichen Stellenwert Polens innerhalb Russlands weiter steigern und rückwirkend die sozialen Strukturen Kongress-Polens als einer nach Autonomie und ›Westorientierung‹ strebenden Gesellschaft verfestigen würde.[133]

Über Donimirski und die »Słowa« hielt Delbrück auch in späteren Jahren fortgesetzt Kontakt nach Russisch-Polen und sondierte auf diesem Wege die öffentlichen Stimmungsbilder und politischen Affekte betreffend der preußischen »Germanisierungspolitik« in Posen. Ab spätestens dem Herbst 1910 wurde diese zu Delbrücks Missfallen und Unverständnis selbst in russischen Regierungsverlautbarungen mit dem Bedrohungsszenario eines deutschen »Systems friedlicher Eroberung« in Mittelosteuropa in Verbindung gebracht.[134]

Auf den Vertrieb der »Preußischen Jahrbücher« im polnischsprachigen Galizien legte Delbrück besonderen Wert.[135] Denn nicht minder aufmerksam verfolgte er die Lage der Polen in der Habsburgermonarchie als der dritten Teilungsmacht. Bei seinem mehrwöchigen Österreichbesuch während der Sommersemesterferien 1907 besuchte Delbrück ein Wien, in dem das Gerücht kursierte, Wilhelm II. erwöge eine militärische Intervention im unruhigen Russisch-Polen. Dort regten sich im Gefolge der russischen Revolution von 1905 verstärkt Autonomiebestrebungen und Delbrück fand sich mit k. u. k. Außenminister Alois Lexa von Aehrenthal darin einig, dass die für realistisch angesehene Gewährung solcher Autonomie zur Entwicklung eines »Attraktionszentrum« für die Polen im Deutschen Kaiserreich und der Donaumonarchie führen würde, so lange deren Lebensverhältnisse in diesen Staaten hinreichend unerfreulich waren.[136] Mit den Worten Aehrenthals, die nicht im Rahmen von Delbrücks Reisebericht der Leserschaft der »Jahrbücher« präsentiert, sondern nur dem Reichskanzler Bülow vertraulich übermittelt wurden, bedeutete das:

»Der Nationalitätenkampf in Preußen erschwert also die Beruhigung des ganzen Ostens; es sei daher im allgemeinen Interesse wünschenswert, daß dieser Kampf beigelegt wird.«[137]

133 Paul Rohrbach: Ein Immediatbericht an den Zaren über die polnische Frage, in: PJ 97 (1899) 2, S. 434–468; Delbrück: Russisch-Polen [PJ 98/1].

134 Hans Delbrück an den Redakteur der Slowa [sic!], 07.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 37–38; Redakcja »Słowa« an Hans Delbrück, 20.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Słowa, Bl. 1.

135 Hans Delbrück an Hermann Stilke, 13.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 43, Bl. 14–15.

136 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 157 f.; vgl. auch Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 12.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 14; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 13.09.1907, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 123–124; Hans Delbrück an Bernhard Bülow, o. D. [1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bülow, Bernhard von, Bl. 3–4. Zur Russischen Revolution von 1905 in Kongreß-Polen vgl. *Marzec*, Die Revolution 1905 bis 1907 im Königreich Polen.

137 Hans Delbrück an Bernhard Bülow, o. D. [1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bülow, Bernhard von, Bl. 3–4

Als ›Experte‹ für den polnischen Bevölkerungsteil der Donaumonarchie trat der Wiener Journalist und Schriftsteller Franz Zweybrück unter den Mitarbeitern der »Jahrbücher« hervor, dessen einschlägiger Artikel im Aprilheft 1910 rege Aufmerksamkeit nicht nur aus Österreich-Ungarn, sondern auch aus dem Deutschen Reich und Russland erfuhr.[138] Von Delbrück öffentlich als eine »von der aktuellen Diplomatie völlig losgelöste, objective politisch-historische Studie« deklariert, erhoffte er sich von dem Abdruck doch den Anstoß zu einer Kontroverse, die freilich auf der Ebene des polemischen Schlagabtauschs verblieb.[139] Der allergrößte Teil von Zweybrücks Beitrag behandelte die Entwicklung des österreichischen Teilungsgebiets von 1772 bis zu seiner eigenen Gegenwart unter der besonderen Prämisse der staatsrechtlichen Verhältnisse. Für die polarisierende Resonanz der Veröffentlichung, zu der Delbrück mit der »Politischen Correspondenz« für den Folgemonat seinen Teil beitrug, war aber eine vom Anteil am Textumfang her eher übersichtliche Facette auschlaggebend. Zweybrück zeichnete nämlich nicht nur eine grundsätzliche Erfolgsschichte des galizischen Königreichs auf allen Ebenen der infrastrukturellen und kulturellen Entwicklung, sondern charakterisierte vor allem die dort vorherrschenden Polen als eine besondere Stütze der Habsburgermonarchie, ausgewiesen durch ihren substantiellen Beitrag zu allen maßgeblichen »Staatsnotwendigkeiten«, was analog zu Delbrücks einschlägigen Einlassungen die Bewilligung des militärischen Budgets bedeutete. Die Polen in Österreich-Ungarn, oder zumindest ihre sozialen Eliten, boten demnach einen Idealtyp »nüchterner Realpolitik«. Auf Delbrücks besonderen Wunsch hin unterstrich Zweybrück besonders das »vernünftige Verhalten der oestereichischen Polen«, bei denen

»trotz aller Teilnahme für Ihre preußischen Landsleute bis heute die Besonnenheit doch noch immer wieder zu Worte kommt.«[140]

Als jüngstes Zeugnis dafür wurde von Zweybrück die Kritik galizischer Honoratioren an der grenzübergreifend organisierten und besuchten 600 Jahrfeier

138 Franz Zweybrück: Zur österreichischen Polen-Politik, in: PJ 140 (1910) 1, S. 115–151; Hans Delbrück: Oesterreichische und preußische Polenpolitik; Franz Zweybrück an Hans Delbrück, 18.03.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Zweybrück, Franz, Bl. 5; Hans Delbrück an Franz Zweybrück, 18.03.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .22, Bl. 14–15; Hans Delbrück an Franz Zweybrück, 21.04.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .22, Bl. 21; Franz Zweybrück an Hans Delbrück, 27.04.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Zweybrück, Franz, Bl. 6; Hans Delbrück an Franz Zweybrück, 27.04.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .22, Bl. 22; Oesterreichische und preußische Polenpolitik, in: Berliner Neueste Nachrichten, 29.04.1910, Nr. 214; Die »Preußischen Jahrbücher« und die österreichische Polenpolitik, in: Deutsche Zeitung, 20.05.1910, Nr. 135; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 07.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 30–31.

139 Delbrück: Oesterreichische und preußische Polenpolitik [PJ 140/2], S. 370; Hans Delbrück an Franz Zweybrück, 21.04.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .22, Bl. 21.

140 Hans Delbrück an Franz Zweybrück, 18.03.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr .22, Bl. 14–15

des polnischen Sieges über den Deutschen Orden bei Tannenberg respektive Grunewald 1410 herausgestellt. Wiederum waren es die zentrumsnahen Blätter, die innerhalb der deutschen Presselandschaft Zweybrücks und Delbrücks Veröffentlichungen mit Zustimmung begegneten, während nationalliberale und konservative Zeitungen auf breiter Front dagegenhielten und etwa den Zeugenwert des von Zweybrück als repräsentativem ›Realpolitiker‹ aufgerufenen Grafen Anton Wodzicki, Mitglied im Wiener Herrenhaus, in Zweifel zogen. Das war freilich in Delbrücks und Zweybrücks gemeinsamem Sinn, denen es vor allem darum zu tun war, vor den Rückwirkungen der preußischen Polenpolitik auf die deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen zu warnen, wenn fortdauernde Repressionen an dieser Stelle auch in Galizien die staatstragenden, traditionellen Eliten und die jüngere nationaldemokratische Bewegung in Feindschaft gegen Preußen und zum Nachteil des Bündnisses von Berlin und Wien zusammenrücken ließen. Tatsächlich ließ diese klar benannte, diplomatische Dimension der Nationalitätenpolitik fälschliche Pressespekulationen sprießen, wonach der Zweybrück'sche Aufsatz aus Wiener Regierungskreisen als diskrete Einflussnahme auf den nördlichen Nachbarn inspiriert worden sein könnte. Konsens in der deutschen, veröffentlichten Meinung herzustellen, war die Zewybrück-Episode also von vornherein nicht geeignet, war man sich doch über die Grundlagen der allseits als Leitstern betrachteten ›Realpolitik‹ uneinig. Delbrück sah sich mal wieder als »Querkopf« gescholten[141], der sich »zwischen den Mauern seiner vorgefaßten Meinung wie in einem Gefängnis befindet, das jeden Um- und Ausblick verwehrt«, und sich darüber hinaus nicht scheute, die Souveränität deutschen Regierungshandelns nach den Interessen einer ausländischen »Partei« zu verbiegen.[142] Delbrück derweil gestand unumwunden zu, dass es unter den Polen aller Teilungsgebiete fanatische Nationalisten gebe, um sodann die »Alldeutschen« justament mit diesen auf eine Stufe zu stellen, als Triebkräfte ungehemmter ›Gefühlspolitik‹, die gerade in ihrem nationalen Furor der Regierung die Hände banden.[143]

Wenn Delbrück bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit steter Regelmäßigkeit die Errichtung eines polnischen Nationalstaats unter Revision der polnischen Teilungen des 18. Jahrhunderts für die Zukunft mit Bestimmtheit ausschließen zu können glaubte, blieben seine Argumente stets dieselben. Klarsichtig ordnete er eine Neuziehung der Grenzen und eine Umwucht des Mächtegefüges in Mittelosteuropa einzig für den Fall eines großen europäischen Krieges als realistisch ein. Kampflos würde keine der Teilungsmächte auf die Integrität ihres Territoriums verzichten. Ökonomisch hätten sich die Lebensverhältnisse der getrennten polnischen Bevölkerungsgruppen günstig entwickelt, jedenfalls in Preußen und Russland. In diesen beiden Staaten weitgehend von Beamten-

141 Delbrück: Oesterreichische und preußische Polenpolitik [PJ 140/2], S. 375.

142 Die »Preußischen Jahrbücher« und die österreichische Polenpolitik, in: Deutsche Zeitung, 20.05.1910, Nr. 135.

143 Delbrück: Oesterreichische und polnische Polenpolitik [PJ 140/2], S. 369–371.

schaft und Offizierskorps ausgeschlossen, hätten sich die regionalen Eliten daher ebenso konzentriert wie erfolgreich im Wirtschaftsleben eingerichtet und würden bei einer Veränderung der Verhältnisse nur verlieren: Die Polen im Zarenreich ihre Stellung als dominante Industrieregion in einem Wirtschaftsraum, die Polen in Preußen ihre immer noch größeren, kulturellen Autonomierechte.[144]

In der Bewertung der außenpolitischen Implikationen der »Polenpolitik« blieb Delbrücks ureigenes konservatives Milieu indes bis zum Kriegsausbruch gespalten. Während für einen Mann wie Eduard von Liebert eine ethnische Flurbereinigung durch Vertreibung der Polen aus Preußen und anschließender Kolonialisierung für ein durchaus denkbares »Radikalmittel« galt, das nur am katholischen und linken Widerstand im Reich zu scheitern drohte, hielt Delbrück bis zum Sommer 1914 an der Prämisse fest, die auch sein Engagement in der Kriegszieldiskussion prägen sollte. Dass nämlich Deutschland im Konzert der Großmächte und im Wandel der internationalen Beziehungen einer globalisierten Welt nur als Verteidiger der »kleinen Völker« bestehen könne und dass Russland der gefährlichste Gegner des Reiches sei, weswegen den Polen eine Schlüsselstellung in allen geostrategischen Erwägungen zukomme. Diese Spaltung und der Umstand, dass über sie hinweg lange Austausch und Diskussion möglich waren, sind es wert, besonders hervorgehoben zu werden. Ihre Wurzeln hatte sie in unterschiedlichen Vorstellungen vom Wesen des Staates. Beide Seiten gingen zwar vom Nationalstaat als wünschenswertem, ja geradezu gottbefohlenem Gemeinwesen aus. Doch überwog auf Delbrücks Seiten das monarchische Prinzip als Leitidee des unparteiischen und daher integrationsfähigen Staates. Seine Gegner indes identifizierten rundweg den Staat mit der Nation, die anderen unvereinbar gegenüberstand. An diesem Punkt drehte sich jede Debatte im Kreis, da dieser grundsätzliche Gegensatz jedes »Rezept«, das die Gegenseite zur Lösung der »polnischen Frage« anbot, selbst da unrealistisch erscheinen ließ, wo Wille zur Verständigung bestand. »Wenn Sie mir nur ein Rezept für die Behandlung der Polen geben könnten!«, so erwiderte Liebert noch auf Delbrücks jüngste Mahnungen zu einer versöhnlichen Nationalitätenpolitik vom 8. Juni 1914, um jeder Eignung der Polen zur antirussischen Bündnisgenossenschaft nach dem Vorbild Napoleons den übergroßen »nationalen Hass der Polen« auf die Deutschen entgegen zu halten.[145]

Hans Delbrück hat sich die »polnische Frage« als Vertreter der kurzlebigen ›Versöhnungspolitik‹ Leo von Caprivis erschlossen und dieselbe nach dem Rücktritt des zweiten Reichskanzlers konsequent fortgesetzt. Er ging darin vom Paradigma des ›monarchischen Prinzips‹ aus, das widerstreitende Partikular-

144 Hans Delbrück: Die Krisis in unserer Ostmarken-Politik, in: PJ 123 (1906) 1, S. 179–187, S. 186.

145 Hans Delbrück an Eduard von Liebert, 08.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 33 f.; Eduard von Liebert an Hans Delbrück, 09.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Liebert, Eduard v., Bl. 8–9.

interessen im Sinne des Gesamtstaates zu integrieren vermochte und setzte in dieser Beziehung auf den konservativen polnischen Landadel als Garanten jenes übernationalen Ordnungsschemas und Gegnern von panslawistischer und sozialistischer Ideologie. Unter dieser Prämisse hat Delbrück sogar die Polnische Fraktion gegen den Zorn Wilhelms II. in Schutz genommen, als sie 1894 gegen die Marinevorlage stimmte.[146] Über den damit einhergehenden Sturz des Fraktionsvorsitzenden Koscielski hinweg blieben konservative polnische Adlige neben linksliberalen und katholischen Medienakteuren Delbrücks Verbündete in seinem fortdauernden Kampf gegen behördliche Enteignungs- und staatlich alimentierte Ansiedlungsmaßnahmen in Posen und Westpreußen sowie gegen antipolnische Repressionen im Bereich der Kultuspolitik. Ebenso wie die christlichsozialen ›Dissidenten‹ des konservativen Lagers galt Delbrück in diesen Kreisen als der »unzweifelhaft »nationale« und politisch rechtsstehende Professor«[147], dessen Kritik man als Beweis anrufen konnte, dass die eigenen Forderungen keine parteilichen Parolen waren, sondern überparteilich höherer Einsicht entsprangen. Mochte sich Delbrück auch bemühen, konservative und nationalliberale Kreise für seinen Standpunkt zu gewinnen, erwuchsen ihm dort doch die hartnäckigsten Gegner, die ihm seine Kooperation mit Joseph von Koscielski noch Jahre später nachtrugen.[148] Die Auseinandersetzung, wer die »polnische Frage« »sachlicher, leidenschaftsloser Prüfung«[149] unterzog und wer ein vernunftverlassener Ideologe war, begleitete die Nationalitätenpolitik in Ostelbien in einem fort, so dass die Verfahrensformen politischer Kommunikation dort selbst zur Waffe im Kampf um die Deutungshoheit wurden, der in Zeitungsspalten und Gerichtssälen ausgefochten wurde. Lediglich eine Reihe freikonservativer Mandatsträger teilte Delbrücks Kritik an der antipolnischen Kultus- und Ansiedlungspolitik, die zugleich den Idealen einer liberalen Gesellschaftsordnung entsprang, wie auch der außenpolitischen Rücksichtnahme auf die anderen polnischen Teilungsgebiete im internationalen Spannungsfeld der drei Imperien von Berlin, Wien und Sankt Petersburg.

2. Nordschleswig

In den Nationalstaatsbildungsprozessen des 19. Jahrhunderts hatte zunächst die dänische Regierung sich alle Mühe gegeben, die in Personalunion vom dänischen König regierten Herzogtümer Schleswig und Holstein, ungeachtet ihrer

146 Delbrück: Bekämpfung des Sozialismus [PJ 78/1], S. 190; Herr von Koscielski über die Polenpolitik, in: Berliner Börsen-Courier, 26.10.1894, Nr. 502. Zu Koscielskis Sturz vgl. *Szlanta*, »Polakożerca« kontra »wrogowie Rzeszy«, S. 49 f. Zu Koscielskis politischen Aktivitäten nach dem Verlust der Fraktionsführung vgl. Ebd., S. 63 f.

147 Hellmut von Gerlach: Russischer als Russland, in: Die Welt am Montag, 5.5.1913, Nr. 21.

148 Adolf Stein: Die Polen im Aufruhr, in: Der Deutsche 5 (1906) 4, S. 97–100.

149 Delbrück: Das Bürgerliche Gesetzbuch [PJ 85/2], S. 403 f.

Zugehörigkeit zum Deutschen Bund, in einen modernen dänischen Nationalstaat zu integrieren. Zu diesem Zweck waren ›Dänisierungsmaßnahmen‹ gegen die deutschsprachige Bevölkerung Schleswigs, speziell auf der Ebene der des Schulunterrichts und der Religionsausübung, das Mittel der Wahl gewesen. Nach der Annexion der beiden Provinzen durch Preußen im Gefolge des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 wurde dieses Programm unter umgekehrten Vorzeichen fortgesetzt, nun waren es die dänischsprachigen Bewohner Schleswigs die durch entsprechende Schulerlasse und religionsbehördliche Anweisungen »germanisiert« werden sollten.[150] In den Auseinandersetzungen über die Mittel und Folgen dieser Politik positionierte Hans Delbrück die »Preußischen Jahrbücher« als offenes Forum mit eindeutiger Schlagseite, auf dem die landsmannschaftliche Zugehörigkeit zur »Nordmark« zentraler Ausweis politischer Expertise war. Eine langfristige Integration der dänischen Bevölkerung Nordschleswigs sah er durch das repressive kultuspolitische Regiment ebenso gefährdet wie das internationale Prestige des Kaiserreichs als Großmacht und »Kulturstaat«. Sein energisches Hervortreten in diesem Sinne provozierte einen dicht überlieferten Disziplinarprozess, der über das konkrete Feld der preußischen Nationalitätenpolitik hinaus von hohem Aussagewert für die Intellektuellengeschichte des Kaiserreichs ist.

Die sukzessive Umsetzung der Sprachenverordnung von 1888 während der 1890er Jahre weckte Delbrücks Sorge, eine aggressive Germanisierungspolitik würde die dänische Minderheit dem Staat nur weiter entfremden. Selbst hielt er sich damals jedoch zunächst im Hintergrund und vertraute die Kritik der Sprachverordnung lokalen ›Experten‹ an, die er gegen die Widerrede konservativer Blätter mit Verweis auf eben diese Expertise verteidigte:

»die »Preußischen Jahrbücher« sind doch wohl ein Organ, das in angesehenen deutschen Kreisen gelesen wird; die Mitarbeiter, denen ich das Wort gegeben, oder von denen ich meine Nachrichten erhalten habe, stehen mitten in den Dingen und sind auf das Allergenaueste über diese Verhältnisse informiert«.[151]

Diese Rolle nahm zunächst vor allem der Freisinnige Journalist Theodor Brix aus Schleswig ein. In mehreren Beiträgen in den »Jahrbüchern« der Jahre 1894 bis 1896 setzte sich Brix mit der Historisierung des modernen Nationenbildungsprozesses auseinander, aus der er wiederum die strukturelle Kontraproduktivität von kultuspolitischen Zwangsmaßregeln ableitete. Im Besonderen besorgte ihn die wachsende Bedeutung von Freikirchen in Schleswig als scheinbarem Ausweis jener Entfremdung der schleswigschen Dänen vom preußischen Staat,

150 *Schlürmann*, 1920 Eine Grenze für den Frieden, S. 31–34; Ebd., S. 54–57. Zur zeithistorischen Debatte über den Krieg von 1864 vgl. Hans Delbrück: Das Generalstabswerk über den deutsch-dänischen Krieg, in: PJ 59 (1887) 1, S. 68–78; Hans Delbrück: Düppel und Alsen, in: PJ 60 (1887) 4, S. 373–387.

151 Delbrück: Das Bürgerliche Gesetzbuch [PJ 85/2], S. 403.

die speziell »germanisierende« Eingriffe in die Gottesdienstordnung der protestantischen Landeskirche verursachten. Im Übrigen beklagte er die politische Kurzsichtigkeit, mit der die Dänen unterschiedslos durch chauvinistische Presseorgane drangsaliert würden, obwohl doch die integrationswilligen Dänen bei weitem die Zahl jener irredentistischen Totaloppositionellen überwogen, die auf neue Grenzverschiebungen durch einen großen europäischen Krieg hofften. Als vorbildhaft für die Nationalitätenpolitik galt Brix die deutsche Sozialgesetzgebung als Mittel der Wahl, staatsfeindlichen politischen Strömungen das Wasser abzugraben.[152]

Damit war in den Grundzügen vorgezeichnet, was bis zum Ersten Weltkrieg die Redaktionslinie der »Preußischen Jahrbücher« bleiben sollte. Zwar forderte Delbrück selber ostentativ zu Widerspruch gegen diese auf.[153] Nur mit dem redaktionellen Nachsatz versehen, offensichtlich unrichtige Schlussfolgerungen über die Verhältnisse in Nordschleswig zu ziehen, gelangte jedoch einzig der Einwurf eines Lehrers Petersen zum Abdruck. Im Gegensatz zu Brix und Delbrück vertrat dieser die jahrelang fortwirkende Gegenposition, dass nämlich jedes Entgegenkommen in dem Bereich der Sprachverordnung Wasser auf die Mühlen einer ebenso kleinen, wie hartnäckigen irredentistischen Bewegung in Nordschleswig sein würde. Demnach hätten die verhandelten Bestimmungen über den Gebrauch der dänischen Schriftsprache höchstens Aussicht, die plattsprechende, breite Masse in Unruhe zu stürzen und von der assimilierenden Orientierung auf Deutschland hin abzulenken.[154] Auch haben Vertreter der dänischen Minderheit im Reich sich ihrerseits auf Delbrück berufen. Namentlich hat der Vorsitzende des Nordschleswigschen Wählerverbandes, Hans Peter Hanssen, Delbrück sogar als Zeugen für das eigene Geschichtsbild von allseitig glücklichen Umständen unter dänischer Herrschaft genannt.[155] Doch in den »Preußischen Jahrbüchern« waren sie ebenso wenig repräsentiert wie keiner ihrer Vertreter in Delbrücks Netzwerken eine Rolle spielte.

Persönlich trat Delbrück erst dann prominent in die Debatte ein, nachdem Ernst von Köller 1897 zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein ernannt worden war. Als dieser 1894 preußischer Innenminister in der Regierung Hohenlohe geworden war, hatte Delbrück noch Köllers frühere administrative Erfahrungen in Elsaß-Lothringen für ein gutes Vorzeichen künftiger ›vernünftiger‹ Nationalitätenpolitik nach seinen Vorstellungen gehalten.[156] Doch wurde unter Köllers Amtsleitung in der »Nordmark« nicht nur die Sprachverordnung rigoros durchgesetzt, sondern überdies eine politische Strategie implementiert, die dahin

152 Theodor Brix: Zu den nordschleswigschen Angelegenheiten, in: PJ 81 (1895) 1, S. 185–189; Theodor Brix: Zur nordschleswigschen Landtagswahl, in: PJ 83 (1896) 3, S. 578–583.

153 Delbrück: Das Bürgerliche Gesetzbuch [PJ 85/2],, S. 403.

154 Petersen: Zur Dänenfrage. Mit einer Nachschrift der Redaktion [Hans Delbrück], in: PJ 85 (1896) 1, S. 181–186.

155 Dänische Geschichtsfälschung, in: Hamburger Nachrichten, 07.01.1905, Nr. 17.

156 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 86.

zielte, durch Ausreiseverfügungen gegen dänischsprachige Schleswiger ohne preußische Staatsbürgerschaft den preußischen Vertretern dänisch-irredentistischer Agitation in Nordschleswig die Instrumente zu zeigen. Im Ergebnis dieser Strategie wurde vornehmlich politisch gänzlich unbelecktes häusliches Dienstpersonal dänischer Nationalität ausgewiesen.[157]

Angesichts der ersten Berichte über jene Methode warf Delbrück seine bisherige Zurückhaltung über Bord und brachte sogleich ein vernichtendes Urteil über die Köllersche Politik in der »Politischen Korrespondenz« des Dezemberhefts 1898:

»Die jüngsten Ausweisungen aus Schleswig schreien zum Himmel. Wenn man in der Darstellung der deutschen Geschichte zum schleswig-holsteinischen Kriege kommt und die Unthaten der Dänen an dem verrathenen Bruderstamm schildern möchte, dann stockt die Stimme und das Wort erstirbt auf der Zunge, denn die peinliche Wahrheit legt sich dazwischen: es war Alles Kinderspiel, was die Dänen damals gethan haben und was den sittlichen Zorn des damaligen deutschen Volkes erregte, gegen die Gewaltsamkeit, mit der wir heute selber jene Landschaft regieren. Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Abscheu der gebildeten Welt macht, ist die Verblendung, die da glaubt, mit solchen Mitteln im Kampf der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können. Es ist mit der nationalen Gesinnung wie mit der Religion: hinter den wahrhaft Frommen erheben sich sofort die greulichen Pfaffen, Ketzerriecher und Inquisitionsrichter, um im Namen des Heiligen ihre Schändlichkeiten zu verüben. So hat auch die nationale Gesinnung bei uns hier und dort einen nationalen Fanatismus erzeugt, der wild und verstockt glaubt, die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten zu dürfen und dem nationalen Gedanken, dem er zu dienen vermeint, unverwindlichen Schaden zufügt.«[158]

Konservative und alldeutsche Zeitungen wie die »Hamburger Nachrichten« machten in der Folge lautstark Stimmung gegen Delbrück, der aus »Besserwisserei und Oppositionslust« die Geschäfte von Sozialisten und ausländischen Feindmächten besorge, und forderten, Delbrück aus seinem Lehramt zu entfernen.[159]

Noch vor Weihnachten, am 19. Dezember 1898, erging tatsächlich ein Beschluss des preußischen Kultusministers Robert Bosse über ein Disziplinarverfahren gegen Hans Delbrück wegen dessen harscher Kritik an Köllers Ausweisungspolitik.[160]

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits zwei Beiträge über Nordschleswig für das Januarheft 1899 auf den Weg gebracht und so mag es nicht nur rückblickende Verklärung gewesen sein, wenn in jenen Dezembertagen im Hause Delbrück die scharfen Worte vom »himmelschreienden Unheil« als nötige aufmerksam-

157 *Fitzpatrick*, Purging the Empire, S. 153–155.

158 Hans Delbrück: Frankreichs Zurückweichen von Faschoda. Amerika und die Philippinen. Rußland und die Vereinigten Staaten in Ostasien. Die deutsche Türkenfreundschaft und die Loslösung von Kreta. – Innere Politik. Ausweisungen, in: PJ 94 (1898) 3, S. 566–574, S. 574.

159 Zit. nach: Das Disciplinarurtheil gegen Delbrück, in: Saale Zeitung, 27.03.1899, Nr. 146.

160 Beschluß vom 19.12.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 13–14.

keitsheischende Voraussetzung für die Breitenwirkung des nüchterner gehaltenen Januarheftes angesehen wurden.[161] In diesem hat Delbrück am Beispiel der Sozialistengesetze die grundsätzliche Sinnhaftigkeit und Billigkeit repressiven Vorgehens gegen ›staatsgefährdende‹ Agitation zugestanden. Doch verbiete sich eine solche »Gewaltpolitik« in Nordschleswig aus doppelter taktischer Erwägung, da sie nicht bloß den bis dahin wenig gewichtigen, dänischen Separatisten in der »Nordmark« Zulauf bescheren würde, sondern Deutschland in den Augen der Welt auf eine Stufe mit »Russen, Tschechen und Magyaren« als Vorreitern kulturellen Illiberalismus stelle.[162] Die Januarkorrespondenz wurde zudem von einer Zuschrift des Berliner evangelischen Theologen Julius Kaftan begleitet, dessen Bruder als Generalsuperintendent von Schleswig mit der Umsetzung der Sprachverordnung im religiösen Raum unmittelbar befasst war.[163] Kaftan erfüllte die komplementäre Rolle, Delbrück in manchen Details zu widersprechen, im Wesentlichen aber Recht zu geben, so dass die »Preußischen Jahrbücher« hinsichtlich der schleswigschen Politik Offenheit und sachliche Diskussion demonstrierten, dabei jedoch gleichzeitig eine klare Linie betreffs der Ausweisungsverfügungen verfolgten. Kaftan beurteilte nämlich die Erfolgsaussichten der Köller'schen Politik weniger ungünstig als Delbrück und hielt auch die regionale dänische »Agitation« für gewichtiger. Kaftan widersprach sogar in einer späteren Fortsetzung dem verbreiteten, unmittelbaren Vergleich zwischen der Politik gegenüber der dänischen und der polnischen Minderheit, da er die konfessionellen und »rassischen« Bedingungen für schlicht unvergleichlich hielt. Während mancher deutsche Katholik in Posen an das »Polenthum« verloren ginge, wäre solches unter den protestantischen, »germanischen« Schleswigern nicht zu befürchten, so dass einzig die Agitation unter der gegebenen, dänischsprachigen Bevölkerung ein Problem darstelle.[164] Vor allem aber konnte Kaftan kraft eigener Jugenderfahrungen die in Rede stehenden Maßnahmen mit den Methoden der ›Dänisierung‹ vor 1864 vergleichen und seinerseits den sittlichen Makel beklagen, den es bedeutete, wenn das aufstrebende Reich sich derselben Mittel bediente, wie einst die Dänen und jene Verhaltensweisen brandmarkte, derer man sich selbst als edlem Patriotismus rühmte. Insofern hieb er in die selber Kerbe wie Delbrück, die den regionalen Konflikt um die Nationalitätenpolitik mit der ›Weltpolitik‹ verband:

»Was bedeutet es denn schließlich, daß wir das Deutschthum überall in der Welt stärken und seine Fahne hochhalten wollen? Daran liegt ja nichts, wenn wir Deutschen uns nicht durch Treue, Gerechtigkeit und Großmuth dessen als Werth erweisen, eine siegende und herrschende Nation zu sein.«[165]

161 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.12.1898, ms. Abschrift, in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 16 f.
162 Delbrück: Ausweisungspolitik [PJ 95/1], S. 181.
163 Julius Kaftan: Nordschleswig [I], in: PJ 95 (1899) 1, S. 170–178.
164 Julius Kaftan: Nordschleswig [II], in: PJ 95 (1899) 3, S. 564–573, S. 572.
165 Kaftan: Nordschleswig [I] [PJ 95/1], S. 178.

Gegenüber den polemischen Anwürfen gegen seine Person gerierte sich Delbrück ostentativ als Protagonist nüchterner Sachpolitik im Kampf gegen Parteienzwist und »nationalen Fanatismus«, wie sie im Frankreich der vage parallelen Dreyfus-Affäre als destabilisierende Faktoren im Staatsleben bereits zu besichtigen wären.[166] Die Disziplinarklage nahm Delbrück »ruhig und gelassen auf«.[167] Sie lautete darauf, dass Delbrück sich »der Achtung [sic!] des Ansehens und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert unwürdig gezeigt«[168] habe. Als Strafe wurde die Versetzung in ein anderes ranggleiches Amt, ohne Ersatz daraus entstehender Umzugskosten beantragt.[169]

Diese Anschuldigungsschrift beruhte außer auf der »Politischen Correspondenz« der »Preußischen Jahrbücher« aus den Monaten Dezember und Januar auf zwei polizeilichen Vernehmungen Delbrücks in Berlin. Deren Protokolle sind nicht überliefert, doch soll Delbrück in ihrem Verlauf seine harsche Sprache mit der tief empfundenen Erregung begründet haben, welche die ersten Berichte von der Köller'schen Ausreiseverfügung als Ausdruck eines unheilvollen Kontrastes zwischen äußerer Stärke und innerer Schwäche des Reiches bei ihm hervorgerufen hätte.[170]

Für den Vertreter der Staatsanwaltschaft und die Mitglieder des Disziplinarhofs war Delbrücks dienstliche Stellung entscheidend für die Beurteilung seiner Regierungskritik. Die Anklage argumentierte, dass sowohl Form als auch Inhalt der Publikation als Missetat anzusehen seien und letztlich im Wesentlichen der ersteren Missetat wegen, eine Strafe zu verhängen sei, nämlich insofern als dass der Ton der Delbrück'schen Kritik geeignet erschien, die Autorität des Staates nach innen, wie nach außen zu untergraben. Eine Gefahr, die vor allem in Delbrücks Stellung als Inhaber eines renommierten Lehrstuhls der gesellschaftlichen Leitwissenschaft Geschichte begründet lag, vom dem eine gewisse Dankesschuld gegenüber der Regierung erwartet wurde.[171]

Von Delbrücks Warte aus war dagegen zuerst seine politische Stellung, seine Rolle als Intellektueller, maßgebend, wie er in einer bezeichnenden Einlassung herausstrich:

»Seine Gesinnung lege ihm aber auch die Pflicht rückhaltlosen Freimuths bei Besprechung öffentlicher Angelegenheiten auf. Er stehe an einer Stelle, wo die praktische Politik sich mit der Wissenschaft berühre. Die Vertreter der Wissenschaft und die

166 Delbrück: Ausweisungspolitik [PJ 95/1], S.181.

167 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.12.1898, ms. Abschrift, in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 16 f.

168 Anschuldigungsschrift, Abschrift vom 25.01.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 16–21, Bl. 21.

169 Ebd.

170 Anschuldigungsschrift, Abschrift vom 25.01.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 16–21, Bl. 19.

171 Anschuldigungsschrift, Abschrift vom 25.01.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 16–21; Urteilsbegründung, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 1–11.

wissenschaftlich politischen Zeitschriften könnten dem Staat durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung sehr wichtige Dienste leisten, jedoch nur, wenn diese öffentliche Meinung ein unbedingtes Vertrauen in die innere Unabhängigkeit dieser Stellen habe.«[172]

Der Punkt, an dem die Streitparteien zusammenfanden, war die »konservative, royalistische und preußische Gesinnung«, welche Delbrück für sich in Anspruch nahm[173] und die ihm wiederum die zu seiner Disziplinierung aufgebotenen Richter nicht im Mindesten absprechen wollten. Schließlich wäre seine patriotische, staatstragende Gesinnung, fernab jeder puren »Oppositionslust« vielfach erprobt und durch lobende Worte über die Außenpolitik der Regierung in der streitgegenständlichen Nummer der »Preußischen Jahrbücher« beglaubigt. So hob der Disziplinarhof stattdessen auf das persönliche Temperament des Beklagten ab und rechnete es ihm als mildernde Umstände an, seinen Temperamentsausbruch nicht in der Massenpresse, sondern vor dem »verhältnismäßig kleinen und gebildeten« Publikumskreis der »Preußischen Jahrbücher« ausgelebt zu haben. Also vor einem ganz speziellen Forum ›öffentlicher Meinung‹, mit einem exklusiven und nachgerade mündigen Publikum, das Dissens durchaus vertragen konnte.[174] Auch in jenem elitären Politikverständnis von einer Dichotomie zwischen einsichtsfähigem ›Geistesadel‹ und leicht beeinflussbarer Masse lagen die Geheimräte des Staatsministeriums mit dem politisierenden Professor Delbrück auf einer Wellenlänge. Am Ende blieb also ein Bild Delbrücks als treuem Herold der Regierung, der es in der konkreten Situation schlicht an Affektkontrolle hatte vermissen lassen.[175]

Im Weiteren wies das Prozessgeschehen von Delbrücks Kritik an der preußischen Nationalitätenpolitik fort und drehte sich um die Zulässigkeit der angedrohten Strafversetzung, die immerhin einen präzedenzlosen Eingriff in die Autonomie der betroffenen Fakultäten darstellte.[176] Das Urteil erging am 25. März und nahm sich schließlich als eine Art Kompromiss aus. Delbrück und mit ihm allen politisch engagierten Professoren wurden die Instrumente gezeigt, in dem im Rahmen der Urteilsverkündung die Anwendbarkeit der Strafversetzung auf Professoren festgestellt wurde. Diese wurde freilich nicht verhängt, sondern bloß als Drohung für die Zukunft aufgefahren.[177]

172 Urteilsbegründung, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 1–11, Bl. 5.

173 Anschuldigungsschrift, Abschrift vom 25.01.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 16–21, Bl. 19.

174 Urteilsbegründung, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 1–11, Bl. 9 f.

175 Urteilsbegründung, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. Bl. 1–11, Bl. 9 f.

176 Hans Delbrück an Ivo Bruns, 07.01.1899, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 30; Hans Delbrück an den Königlichen Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 09.02.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 61–65.

177 Urteilsbegründung, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. Bl. 1–11, Bl. 11.

So blieb es bei einem Verweis und einer Geldbuße von 500 Mark, weniger als ein Monatsgehalt Delbrücks, die wohl als eher symbolische Strafe verstanden wurden.[178] Am 9. Juli 1900 sollte schließlich auch diese Strafe auf dem Gnadenwege erlassen werden.[179] Dass ihn nicht die Freiheit der Wissenschaft, sondern das Vertrauen, das man ihm als Politiker entgegenbrachte, vor der beantragten Strafe gerettet hatte, war Delbrück mehr als klar und ließ ihn im familialen Umfeld die Zukunft gelehrter Interventionen in die Politik in düsteren Farben malen:

»Das Schlimme aber ist der Präcedencfall, der in der Begründung des Urteils liegt. Dieser hebt die politische Freiheit des Professorentums völlig auf, denn ich bin nur deshalb so milde weggekommen, weil ich notorisch ein so guter Patriot sei, d. h. also, ein oppositioneller Professor wäre abgesetzt worden.«[180]

In der Januarkorrespondenz 1899 hatte Delbrück selbst die Tiraden der »Hamburger Nachrichten« mit der »Demagogenverfolgung« nach den Karlsbader Beschlüssen verglichen.[181] Die Auseinandersetzung um die Grenzen intellektueller Kritik prägte auch weit mehr als Köllers Ausweisungsverfügung die intensive Anteilnahme, mit der das nicht öffentliche Disziplinarverfahren gleichwohl in Presse, Parlamenten und in den Berliner Salons begleitet wurde. Die Frontlinien verliefen dabei nicht analog zu jenen in der Nationalitätenpolitik. Linksliberale Blätter schlugen sich von Beginn des Konfliktes an auf Delbrücks Seite.[182] Doch auch erklärte Gegner seines Standpunkts in der Nationalitätenpolitik sprachen ihm ihre Unterstützung aus und bereits am 13. Januar mahnte die nationalliberale Berliner »National-Zeitung«, keinen Präzedenzfall für die behördliche Sanktionierung von im Einzelfall opponierenden, aber an sich »national gesinnten Männern« zu schaffen.[183]

178 Hans Delbrück an Ivo Bruns, 22.04.1899, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 30 f.

179 Konrad von Studt an Hans Delbrück, 09.07.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 15.

180 Hans Delbrück an Ivo Bruns, 22.04.1899, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 30 f. Vgl. auch Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 26.03.1899, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 34 f.; vgl. auch Hans Delbrück, hs. Notiz zur Beurteilung der Zulässigkeit von Opposition, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 15, Bl. 26.

181 Delbrück: Ausweisungspolitik [PJ 95/1], S.181.

182 Die Behandlung fremder Nationalitäten, in: Saale Zeitung Halle, 28.01.1899, Nr. 48. Die Saale Zeitung bezieht sich bereits auf das Februarheft 1899 und war also vermutlich im Besitz eines vorab versendeten Sonderdrucks.

183 o. T., in: National-Zeitung vom 13.01.1899, Nr. 25; Theodor Schiemann an Hans Delbrück, 01.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schiemann, Theodor, Bl. 9–10. Zu Theodor Schiemann als politischem Intellektuellen vgl. *Gelwich*, Theodor Schiemann und die deutsche Russlandpolitik.

In zwei Nummern des nationalliberalen »Deutschen Wochenblatts« lieferte Emil Daniels gleich eine ganze Liste politisch verfolgter Professoren als historische Vergleichsfolie, die neben nationalen Ikonen wie Ernst Moritz Arndt, August Heinrich Hoffmann von Fallersleben und den Gebrüdern Grimm auch weniger prominente Namen wie Robert von Mohl umfasste und mit Treitschkes Verdikt über die Amtsenthebung Arndts schloss, als Ausweis des Schadens, den all diese Bestrafungen der ›nationalen Sache‹ bereitet hätten.[184]

Die öffentliche Resonanz wirkte auch auf das Prozessgeschehen zurück. So kolportierten die nationalliberale »Welt am Montag« und der »Anzeiger für das Havelland« eine Szene, wonach der Unterstaatssekretär im Kultusministerium und Angehörige des Disziplinarhofs Robert von Bartsch in einer Gesellschaft siegesgewiss verkündete, dass Delbrück strenger Bestrafung entgegensehe, woraufhin er von der anwesenden Berliner Salonière Anna von Helmholtz, geborene von Mohl, unter dem Hinweis getadelt wurde, dass sie selbst die »Tochter eines gemaßregelten Professors« war.[185] Erfolglos lehnte Delbrücks Rechtsanwalt Hermann Lisco unter Rückgriff auf diese Beweismittel Bartsch als Richter ab. Doch das verfahrenstechnische Paradoxon, dass in Gestalt Bartschs die klageführende Behörde selbst über den Beschuldigten zu Gericht saß, war damit nicht aus der Welt und wurde von liberalen Blättern dahingehend ausgedeutet, dass das Urteil so oder so den Wünschen der Regierung entsprechen würde.[186]

Bosse musste unter dem Eindruck der vielfältig kursierenden, historischen Reminiszenzen an frühere zensorische Akte gegen politisch engagierte Hochschullehrer das Vorgehen des Ministeriums gegen Delbrück im Preußischen Abgeordnetenhaus verteidigen. Dabei nahm er die Urteilsbegründung des Disziplinarhofs weitgehend vorweg, wenn er Delbrück als Herausgeber der für prinzipiell konservativ und regierungsfreundlich erklärten »Jahrbücher« würdigte. Wessenthalben man seine wortgewaltigen Vorhaltungen an anderer Stelle bisher stets für konstruktiv gemeinte Beiträge genommen und nie auch nur daran gedacht hätte, ihn etwa für seine »seltsame Haltung in der Polenfrage« zur Rechenschaft zu ziehen.[187] Doch hätte Delbrück durch den Ton seiner Kritik an

184 Zit. nach: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 33.

185 Zum Discziplinar-Urteil über Professor Delbrück, in: Anzeiger für das Havelland, 3.5.1899, Nr. 103.

186 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch, N 1017/68, Bl. 26; Das Disziplinarurtheil gegen Professor Hans Delbrück, in: Dresdener Zeitung, 28.03.1899, Nr. 72.

187 Robert Bosse im preuß. Abgeordnetenhaus, Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 16. Dezember 1898 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages am 16. Januar 1899 bis zur 25. Sitzung am 21. Februar 1899, Berlin 1899, 3. Sitzung am Samstag dem 21. Januar 1899, S. 54 f.

der Ausweisungsverfügung seine Beamtenpflicht verletzt, in allen öffentlichen Lebensbereichen die Autorität der Regierung zu wahren. Der Verzicht auf eine Maßregel würde daher speziell gegenüber dem Ausland der Autorität der Regierung zum empfindlichen Nachteil gereicht haben.[188]

In gegenteiliger Deutung sah die nationalliberale Fraktion im Abgeordnetenhaus erst durch das Disziplinarverfahren die Regierungsautorität in Gefahr gebracht, deren Vertreter Karl Sattler stattdessen Delbrück als irrlichternden Außenseiter ohne politisches Gewicht hinzustellen trachtete.[189] In den Reihen des Freisinn traf sich die Übereinstimmung mit Delbrücks Standpunkt in der Nationalitätenpolitik mit der prinzipiellen Ablehnung des ministeriellen Anspruchs, einen politisierenden Professor an die Kandare nehmen zu können. Deren Fraktionsführer Heinrich Rickert beklagte nicht nur den Eingriff in die professorale »Bewegungsfreiheit« an prominenter Stelle, am Lehrstuhl des zu einer Art Nationalhelden erklärten Treitschke, sondern er spannte einen weiten historischen Vergleichsrahmen, wonach die »rücksichtslose, offene Kritik« elementarer Baustein jedes modernen »Kulturstaats« sei. Analog zu Delbrücks Januarkorrespondenz, doch fernab von dessen Gesichtspunkt, brachte auch Rickert in seiner Rede die Dreyfus-Affäre als lehrreiches Beispiel dafür auf, dass in solchen fortschrittlichen Gemeinwesen »die öffentliche Meinung das Sicherheitsventil gegen schlechte Maßregeln und Zustände« wäre.[190]

Nach Delbrücks späterem Zeugnis von 1926 hatte er die milde Behandlung vor Gericht den Mühen Althoffs zu verdanken, der selbst die Begleichung der Gerichtskosten besorgte.[191] Konkret nachvollziehen lässt sich diese Protektion jedoch nicht.[192] Infolgedessen bleibt auch die Wirksamkeit der Interventionen namhafter Kollegen wie Harnacks und Mommsens zu Delbrücks Gunsten un-

188 Robert Bosse im preuß. Abgeordnetenhaus, Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 16. Dezember 1898 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages am 16. Januar 1899 bis zur 25. Sitzung am 21. Februar 1899, Berlin 1899, 4. Sitzung am Montag dem 23. Januar 1899, S. 94 f.

189 Karl Sattler im preuß. Abgeordnetenhaus, Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 16. Dezember 1898 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages am 16. Januar 1899 bis zur 25. Sitzung am 21. Februar 1899, Berlin 1899, 3. Sitzung am Samstag dem 21. Januar 1899, S. 63.

190 Heinrich Rickert im preuß. Abgeordnetenhaus, Stenographische Berichte Haus der Abgeordneten, Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 16. Dezember 1898 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages am 16. Januar 1899 bis zur 25. Sitzung am 21. Februar 1899, Berlin 1899, 4. Sitzung am Montag dem 23. Januar 1899, S. 92–94. Zur Bedeutung akademischen ›Genealogie‹ in der politischen Kommunikation vgl. auch Robert Bosse im preuß. Abgeordnetenhaus, 3. Sitzung am Samstag 21. Januar 1899, S. 54 f.

191 Hans Delbrück: Vor und nach dem Weltkrieg, Berlin 1926, S. 236.

192 *Rebenich*, Theodor Mommsen und Adolf von Harnack, S. 399 f.

klar.[193] Rüdiger vom Bruch hat Ludwig Elster, der Althoff später als Referent für das Universitätswesen nachfolgte und 1898 bereits die »Lex Arons« mitverantwortet hatte, als treibender Kraft hinter dem Verfahren gegen Delbrück ausgemacht.[194] Doch entbehrt diese These bislang ebenso eines belastbaren Nachweises wie ein eventueller »persönlicher Befehl« Wilhelms II. an Bosse, gegen Delbrück vorzugehen.[195] Für solcherweise konkurrierende Fraktionen im preußischen Staatsministerium kann in der Tat der Widerwillen des Reichskanzlers Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst gegen den ohne seine Beteiligung gefällten Beschluss zur Anklageerhebung herangezogen werden. Doch ohnehin bereits resigniert mag Hohenlohe auch bloß diesen Zwiespalt als Anlass eines längst aus anderen Gründen erwogenen Rücktritts als preußischer Ministerpräsident in Betracht gezogen haben.[196]

Zwar war die Eröffnung des Disziplinarverfahrens im Kollegenkreis mit Empörung aufgenommen worden,[197] doch die nach der Urteilsverkündung erwogene, übergreifende und grundsätzliche Protestaktion gegen derartige Maßnahmen blieb aus.[198] So bleibt auch die weitere Wirkung des Prozesses nur vage zu bestimmen. Im Anschluss an das zeitgenössische Urteil des Soziologen Ferdinand Tönnies hat Rüdiger vom Bruch die These formuliert, der »Fall Delbrück« sei als Exempel zur Disziplinierung der Kathedersozialisten anzusehen. Als »›nationale‹ Angelegenheit« sei der Nationalitätenkonflikt in Nordschleswig schlicht ein willkommener Anlass gewesen.[199] Erhärten lässt sich diese These bislang nicht. Doch hat der sozialdemokratische Historiker und Politiker Franz Mehring bereits nach Veröffentlichung der Anklage 1899 eine ganz andere Perspektive eröffnet. In der sozialistischen »Neuen Zeit« hat Mehring nicht nur das lagerübergreifend verbreitete Bild von Delbrück als Querkopf und Einzelgänger bedient, sondern er bewertete auch den ministeriellen Disziplinarprozess als das entschieden mildere Mittel gegenüber der Strafjustiz, die solchen Publizisten drohte, die nicht dadurch geschützt waren, »ordentlicher Professor, ehemaliger

193 Ebd.

194 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 330 f. Zum »Fall Arons« und der Rolle Ludwig Elsters in diesem Zusammenhang vgl. *vom Brocke*, Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich, S. 95–99.

195 *Rebenich*, Theodor Mommsen und Adolf von Harnack, S. 399.

196 *Fitzpatrick*, Purging the Empire, S. 158 f.; *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 150.

197 Max Lenz an Hans Delbrück, 20.12.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe II, Bl. 12; Max Lehmann an Hans Delbrück, 22.05.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe II, Bl. 14–15. Vgl. auch Hans Delbrück an Ivo Bruns, 22.04.1899, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 30 f.

198 Gustav Schmoller an Hans Delbrück, 25.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schmoller, Gustav, Bl. 11. Vgl. auch Hans Delbrück an Ivo Bruns, 22.04.1899, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 30 f.

199 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 151 f.

Prinzenerzieher, Hauptmann der Landwehr, Ritter des Eisernen Kreuzes und wer weiß was sonst noch« zu sein.[200]

Über den Prozessausgang und seine Kollateralschäden für die deutschen Universitäten berichteten Zeitungen jeder Couleur von Berlin bis in die westfälische Provinz und auch in London und Paris.[201] Grundsätzlich galt das Urteil als Erfüllung eigener Prognosen. Sei es, weil Delbrücks persönliches Renommee und seine politische Verortung eine Zuerkennung des vollen Strafmaßes von vorneherein verboten hätten.[202] Sei es, weil ein sachlich gebotener Freispruch in Zeiten obrigkeitlicher Gängelei ohnehin ausgeschlossen gewesen sei.[203] Sei es, weil die verhandelten Maßregeln ein zwar kompliziert anzuwendendes, aber durchaus der Regierung korrekterweise zu Gebote stehendes Instrumentarium darstellten.[204] Entsprechend unterschiedlich wurde das Urteil bewertet. Für das linksliberale »Berliner Tageblatt« war es »Bosses Fiasko«, da der Minister unter falscher Einschätzung der Situation ohne Not ein Gerichtsverfahren vom Zaun gebrochen hatte, an dessen Ende nur eine milde Ordnungsstrafe stand, die auszusprechen auch in seinen eigenen Amtsbefugnissen gelegen hätte.[205] Für den sozialdemokratischen »Vorwärts« war es derweil »Bosse's Sieg«, da die Abhängigkeit der Wissenschaft vom jeweiligen Regierungswillen bewiesen und für die Zukunft ausgeschlossen wäre, dass diesen Verhältnissen aus den Universitäten heraus irgendein Widerstand entgegengesetzt würde.[206] Selbst konservative Blätter wie die »Kreuzzeitung« zeigten sich allerdings darüber befriedigt, dass es bei einem milden Urteil blieb. Zum einen, weil man selbst hier, gewissermaßen in Abwandlung von jener ›Zweiseelentheorie‹, die Robert von Bartschs Doppelrolle im Prozess erlaubte, davon ausging, dass zwischen Professor und Publizist zumindest theoretisch geschieden werden konnte. Zum anderen, weil die

200 Franz Mehring: Der Fall Delbrück, in: Die Neue Zeit 17 (1898/99) 1, S. 417–420; Franz Mehring an Hans Delbrück, 01.03.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Mehring, Franz, Bl. 6 f.

201 Die Politik, in: Berliner Börsen-Courier, 26.03.1899, Nr. 145; Das Urtheil des Disziplinarhofs, in: Neue Preussische Zeitung (Kreuzzeitung), 27.03.1899, Nr. 146; Herrn Bosses Fiasko in Sachen Delbrück, in: Berliner Tagesblatt, 27.03.1899, Nr. 58, S. 1; Politische Uebersicht, in: Neue Freie Presse, 27.03.1899, Nr. 12426; Das Disciplinarurtheil gegen Delbrück; Deutsches Reich, in: Breslauer Morgen Zeitung, 28.03.1899, Nr. 147; Disciplinarverfahren gegen den Professor Dr. Delbrück, in: Westfälischer Merkur, 27.03.1899, Nr. 153; Das Disziplinarurtheil gegen Professor Hans Delbrück, in: Dresdener Zeitung,28.03.1899, Nr. 72; Professor Hans Delbrück, in: The Times, 27.03.1899; The Delbrück Case, in: Evening Standard, 27.03.1899; Bosse's Sieg, in: Vorwärts, 28.03.1899, Nr. 74; Wer ist der Besiegte?, in: Breslauer Zeitung, 30.03.1899, Nr. 228; Allemagne, in: Journal des débats, 29.03.1899; Strafversetzung von Professoren, in: Die Post, 31.03.1899, Nr. 90; Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung, 01.04.1899, Nr. 91.

202 Das Disziplinarurtheil gegen Professor Hans Delbrück, in: Dresdener Zeitung,28.03.1899, Nr. 72.

203 Deutsches Reich, in: Frankfurter Zeitung, 01.04.1899, Nr. 91.

204 Strafversetzung von Professoren, in: Die Post, 31.03.1899, Nr. 90.

205 Herrn Bosses Fiasko in Sachen Delbrück, in: Berliner Tagesblatt, 27.03.1899, Nr. 58, S. 1.

206 Bosse's Sieg, in: Vorwärts, 28.03.1899, Nr. 74.

Folgen einer Strafversetzung, deren Zulässigkeit von konservativer Seite nicht bestritten wurde, unklar blieben. Aus solchem Eingriff erwachsende Verschiebungen in der akademischen Landschaft drohten andere unverschuldet zu benachteiligen.[207] Die »Dresdener Zeitung« hielt es aus diesen Gründen sogar für ausgeschlossen, dass der Disziplinarhof den Kultusminister mit diesem Problem belasten wollte und bemerkte ironisch:

»Wenn Herr Delbrück wirklich zur Versetzung in ein anderes Amt verurtheilt worden wäre, sollte man für ihn etwa an einer auswärtigen Universität eine neue Professur errichten? Oder sollte man ihn etwa zum Gymnasialdirektor machen, wozu er sich schwerlich eignet? Mit Recht ist gespottet worden, am Ende bliebe nichts übrig, als ihn als vortragenden Rath in das Unterrichtsministeriums zu berufen«.[208]

Zwar milderte sich in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts unter dem neuen schleswigschen Oberpräsidenten Kurt von Wilmowsky die Behandlung der schleswigschen Dänen deutlich ab. Auch schlossen das Deutsche Reich und Dänemark 1907 den sogenannten Optantenvertrag. Durch diesen wurde die deutsch-dänische Grenze endgültig beiderseits anerkannt und die staatenlosen Nachkommen derjenigen dänischsprachigen Schleswiger, die nach dem Frieden von Prag ihre dänische Staatsangehörigkeit behalten hatten, wurden in die preußische aufgenommen.[209] Doch hielt Delbrück öffentlich daran fest, dass die unnötige und unmäßige »Gewaltpolitik« gegen die Dänen in Schleswig nicht nur den ethnischen Zwist in der »Nordmark« folgenreich geschürt habe, sondern auch den Status des Kaiserreichs als »Kulturstaat« nachhaltig gefährdete. Kontrastfolien für derartige Erwägungen waren einerseits der englische Staat, der die historische Drangsalierung der Iren überwunden habe, während andererseits der repressive russische Staat das Menetekel der unkultivierten und daher letztlich illegitimen Großmacht darstellte.[210]

Aus diesen Sorgen heraus hat Delbrück fortdauernde Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, behördliche Zwangsmaßnahmen und ›zivilgesellschaftliche‹ Versöhnungsinitiativen in der »Nordmark« aufmerksam verfolgt. Derart in den Fokus der Öffentlichkeit wie 1898/99 trat er dabei nicht mehr, sondern wirkte vor allem hinter den Kulissen. Entscheidend wurde die Kooperation mit Martin Rade, der ab 1909 erste Kontakte zu regionalen Akteuren in der Provinz Schleswig-Holstein knüpfte. Zu diesen gehörte Johannes Schmidt, Pfarrer in Wodder an der Königsau, der dem neu konstituierten Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark vorstand. Während dieser zwar den nordschleswigschen Dänen versöhnlich begegnen wollte, im Wesentlichen jedoch das poli-

207 Das Urtheil des Disziplinarhofs, in: Neue Preussische Zeitung (Kreuzzeitung), 27.03.1899, Nr. 146.

208 Das Disziplinarurtheil gegen Professor Hans Delbrück, in: Dresdener Zeitung,28.03.1899, Nr. 72.

209 *Gosewinkel*, Einbürgern und Ausschließen, S. 208 f.

210 Hans Delbrück: Die Wendung in der deutschen Dänenpolitik, in: PJ 129 (1907) 2, S. 371–377.

tische Ziel einer Vormachtstellung deutscher Kultur in der Nordmark mit den Vorreitern einer aggressiven Germanisierungspolitik teilte, griff der nachmalige Königsberger Pfarrer Johannes Tiedje die »Zustände in Nordschleswig« in einer Artikelserie in Rades »Christlichen Welt« scharf an.[211] Tiedje, der sich auch keiner persönlichen Invektiven gegen Amtsträger, wie den schleswig-holsteinischen Generallandschaftsdirektor Christian zu Rantzau, scheute, schrieb durch Rades Vermittlung ab 1910 auch für die »Jahrbücher«.[212]

Tiedje beklagte eine fortschreitende »preußische Terrorifizierung« und »Mangel an völkischem Takt« seitens der Deutschen in der »Nordmark«, welche die dänischen Nordschleswiger fortwährend zum idealistischen geistigen Kampf ermuntere. Zur Abhilfe empfahl er ausgerechnet die kulturpessimistische Lehre Julius Langbehns. Immerhin auch ein geborener Nordschleswiger, der in seiner weitverbreiteten Schrift »Rembrandt als Erzieher«, das Schlagwort von der gebotenen »Verholländerung« Preußens geprägt hatte, als dem Code für eine rurale Lebensreform, die alle Widrigkeiten und Konflikte der Moderne überwinden sollte.[213] Diese Parole schien Delbrück für eine Zeitschrift,

»die sich *Preußische Jahrbücher* nennt und bei aller Freiheit der Kritik doch gerade die Verdienste und den Wert des Preußentums ins Licht zu stellen bemüht ist«,[214]

nicht nur wegen seines persönlichen Patriotismus und geringer eigener Zuneigung für Langbehn problematisch. Sollte das Lesepublikum der »Jahrbücher« für Delbrücks Standpunkt in der nordschleswigschen Nationalitätenpolitik gewonnen werden respektive diesem erhalten bleiben, dann sei dies nur durch semantische Mäßigung zu erreichen: »Gar zu scharf wirkt auf unseren Leserkreis statt bessernd provozierend«, beschied Delbrück und forderte Tiedje dazu auf, die problematische Zeugenschaft Langbehns durch Verweis auf die Paradoxien in dessen Werk einzuhegen.[215]

211 *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 35–39.

212 Zu Tiedjes Kampange gegen Rantzau vgl. Johannes Tiedje: Der Ranztau-Kurs in der Nordmark I, in: Frankfurter Zeitung, Erstes Morgenblatt vom 14.08.1910, Nr. 223; Ders.: Der Rantzau-Kurs in der Nordmark II, in: Frankfurter Zeitung, Erstes Morgenblatt vom 16.08.1910, Nr. 225. Zu Tiedjes Mitarbeiterschaft an den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. Johannes Tiedje an Hans Delbrück, 01.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 1; Johannes Tiedje an Emil Daniels, 14.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 2; Johannes Tiedje an Hans Delbrück, 25.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 3; Emil Daniels an Johannes Tiedje, 27.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 71; Johannes Tiedje an Hans Delbrück, 15.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 6.

213 Johannes Tiedje: Nord-Schleswig, in: PJ 142 (1910) 1, S. 147–154; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 24.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 82–83; Johannes Tiedje an Hans Delbrück, 26.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 7–8. Zu Langbehns Wirken und Werk vgl. *Behrendt*: August Julius Langbehn.

214 Hans Delbrück an Johannes Tiedje, 23.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 72.

215 Ebd.

Die Ausweisung des dänischen Gymnasiallehrers Clausen durch die lokalen preußischen Behörden am 9. August 1910 wegen des Vorwurfes der irredentistischen Agitation wurde schließlich zum Anlass der Gründung der »Grenzmarken-Korrespondenz« als eines »Kampforgans« gegen fortdauernde Diskriminierung der dänischen Schleswiger.[216] Als Erfolgsgaranten rechnete der eigentliche Initiator Rade auf Delbrücks Kontakte in Berlin, gerade auch zur Tagespresse.[217] Zur Herausgeberschaft rief Rade den Verein zum Schutz deutscher Ehre in der deutschen Nordmark ins Leben. Ein Gründungsvorstand unter Einschluss Gustav Roloffs und Martin Wencks, damals Redakteur des »Berliner Börsen-Couriers«, konstituierte sich und meldete den Verein gleich mehrfach mit provisorischem Statut bei der Polizei an. Rechtsgültig gegründet wurde der Verein freilich nie.[218] Die ihm zugedachten Aufgaben fanden nämlich auch ohne institutionelle Hülle mehr oder weniger erfolgreich Umsetzung. Zunächst vor allem Rade selbst, aber später auch Delbrück, hielten Kontakt zum »Friedensverein«, dem man mit Ausstrahlungswirkung ins ganze Reich zur Seite treten wollte.[219] Delbrück vorneweg trommelten die ersten Unterstützer um weitere Verbündete und vor allem um Gelder, die es ermöglichen sollten, der im Anfang von Rade selbst finanzierten »Grenzmarken-Korrespondenz« ein längerfristiges Erscheinen zu ermöglichen.[220] Zu deren materiellen Lasten gehörten unter anderem die Notwendigkeit, dem weitgehend mittellosen, aber als Experten unerlässlich scheinenden Tiedje ein Auskommen zu ermöglichen. Zudem war der Druck der »Grenzmarken-Korrespondenz« zu gewährleisten. Die sollte als kostenlose Zusendung an Tageszeitungen im gesamten Reichsgebiet verbreitet werden. Zudem sollte sie als Beilage der »Preußischen Jahrbücher« und der »Christlichen Welt« sowie der »Ethischen Kultur« und der »Hilfe« erscheinen, wobei erstere

216 Zur Geschichte der »Grenzmarken-Korrespondenz« vgl. bereits *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 40–67. Zum Begriff des »Kampforgans« vgl. Ebd. S. 43. Leppien hat sowohl den Nachlass Rades in Marburg als auch denjenigen Teilnachlass Delbrücks in der Staatsbibliothek zu Berlin herangezogen, jedoch die dort verwahrten Briefkonzeptbücher Delbrücks, die auch Briefe enthalten, welche in Marburg nicht überliefert sind, ebenso wenig ausgewertet wie die spezifische Ablage zum »Deutschtum in Nordschleswig 1910–1914« in Koblenz, die weitere Briefe Rades und Schmidts enthält, vgl. BArch Koblenz, N 1017/37.

217 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 09.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 47–48.

218 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 10.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 64; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 17.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 51; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 22.09.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 12.10.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 18.10.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

219 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 09.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Rade, Martin, Bl. 47–48.

220 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 11.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Rade, Martin, Bl. 49–50.

monatlich 6 Mark, letztere 60 Mark an Auslagen geltend machten.[221] Im »Friedensverein« rechnete man auf eine Arbeitsteilung, nach der die »Grenzmarken-Korrespondenz« als Plattform für emotionalisierende Entrüstung fungieren und infolgedessen der Verein als sachlicher und konzilianter Akteur in der Nordschleswig-Politik erscheinen musste.[222]

Ungeachtet dieser strategischen Erwägungen preschte Rade bezüglich Themensetzung und Tonfall jedoch auch in Delbrücks Augen immer wieder in unerwünschter Weise vor. Wiederholt nahm er etwa den Landrat von Hardersleben, seinen Neffen Gottfried von Dryander, gegen Angriffe Rades in Schutz und lehnte mit Verweis auf diese familiäre Befangenheit eigene Beiträge ab.[223] Auch hinsichtlich des Unterstützerfeldes gab es Uneinigkeit. Als Rade Delbrück erstmals auf den »Friedensverein« in Nordschleswig aufmerksam machte, hielt er es bereits für geboten, präventiv darauf hinzuweisen, dass dessen Mitglieder durchaus keine Pazifisten seien. Unter den ersten Unterstützern Rades fand sich jedoch ausgerechnet der pazifistische Völkerrechtler Walter Schücking.[224] Eine Verbindung mit Schücking oder auch Ludwig Quidde galt Delbrück als ausschlaggebender Hemmschuh für den Erfolg eines ohnehin schwierigen Unternehmens.[225] Solche »dürften die Kreise, die wir zu gewinnen wünschen, direkt abschrecken«, daher sollte im Rahmen der weiteren Werbung über solche Unterstützer stillschweigend hinweggegangen werden.[226] Delbrück setzte vor allem auf Weggefährten aus den Reihen des Evangelisch-Sozialen Kongresses wie Adolf von Harnack und Julius Kaftan, ferner auf nationalliberale Juristen wie Gerhard Anschütz und Wilhelm Kahl als solchen Gelehrten, die der »Grenzmarken-Korrespondenz« Gewicht in konservativen Kreisen verleihen könnten.[227] Denn die relevanten Regierungsakteure verortete er entweder selbst in diesem Spektrum oder erwartete von ihnen noch immer am ehesten Rücksichtnahme

221 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 13.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 78; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 01.11.1910, in: BArch Koblenz, N, 1017/37.

222 Johannes Schmidt an Karl Vogel, 03.09.1910, zit. nach *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 46.

223 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 10.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 64; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 18.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 2; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 20.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 57; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 26.01.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

224 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 09.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 47–48.

225 Hans Delbrück an Wilhelm Kulemann, 10.09.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 64 f.

226 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, o. D. [02.11.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 86–87.

227 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 13.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 78.

auf konservativ eingefärbte politische Forderungen.[228] Die »Grenzmarken-Korrespondenz« wollte er als Unterstützung der Regierung gegen den demagogischen »Chauvinismus« verstanden wissen. Nicht nur aus Rücksicht auf die eigene Verwandtschaft sollten weniger die Regierenden als die nationalistischen Verbände und Pressemedien Ziel der Kritik sein.[229]

Über Monate bemühte sich Delbrück neben der Aufbesserung der finanziellen Ressourcen vor allem um Beziehungspflege in diesem Sinne.[230] Während er sich gegenüber dem Reichskanzler Bethmann Hollweg mit dem freilich vergeblichen Warten beschied, dieser möge einmal von sich aus ein Gespräch auf die schleswigsche »Nationalitätenfrage« lenken, diskutierte Delbrück die Anliegen der »Grenzmarken-Korrespondenz« Anfang 1911 persönlich mit dem Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Detlev von Bülow. Der formulierte den auch in der konservativen Presse propagierten Regierungsstandpunkt, wonach zunächst einmal die Dänen ihren Willen zur Versöhnung beweisen und alle als irredentistische Agitation bewerteten Aktivitäten ein Ende haben müssten. Delbrücks Argument, dass die Regierung sich doch auch trotz aller »Unversöhnlichkeit der Sozialdemokratie« zu einer integrierenden Sozialpolitik gegenüber der Arbeiterschaft verstehe, konnte Bülow zwar nicht zu einem grundsätzlichen Umdenken bewegen. Doch gestand er zu, die Sprachverordnung von 1888 als unbedachte Diskriminierung und wesentliche Treibfeder irredentistischer Bestrebungen zu verwerfen. Allerdings fehlten nach zwei Jahrzehnten ihrer Anwendung die materiellen Grundlagen, sie wieder rückgängig zu machen. Abgesehen von der sogleich angeschlossenen Mission, die Brüder Kaftan zum Bekenntnis einer Notwendigkeit dänischen Sprachunterrichts in Nordschleswig zu bewegen, nahm Delbrück aus dieser Unterredung die taktische Entscheidung mit, fürderhin die dänischen Irredentisten öffentlich als besonders »kluge Politiker« anzuerkennen, die es geschickt verstünden, jeden sich bietenden Anlass zu nutzen, um die nationale Versöhnung zu hintertreiben. Auf diese Weise wirke man dem Vorwurf mangelnden Patriotismus entgegen und verstärke gleichzeitig die eigene Botschaft, antidänische Diskriminierung für wider die deutsche Staatsräson zu desavouieren.[231]

Zwar hat Rade stets darauf beharrt, keine Parteipolitik zu betreiben, sondern im Gegenteil in seiner eigenen Fortschrittlichen Volkspartei als wahltaktisch unliebsamer Quertreiber angesehen zu werden. Ganz unideologisch nehme er,

228 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 13.10.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 78; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 22.11.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

229 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, o. D. [02.11.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 86–87.

230 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 06.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 10.

231 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 11.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 12–13.

»das Geld ebenso gern von liberaler wie von konservativer Seite«[232], »Auch ein paar bedeutendere Frauen könnten nicht schaden«.[233] Doch selbst wenn der Gründungsaufruf der »Grenzmarken-Korrespondenz« sogar in Florenz und Helsinki Unterstützer fand, war die Parteirichtung weit weniger divers, sondern beinahe durchweg linksliberal. Diejenigen 8 Unterzeichner, die zum Zeitpunkt ihrer Unterschrift politische Mandate innehatten, wie der Kieler Reichstagsabgeordnete Johannes Leonhart als einzigem Unterzeichner aus der Provinz Schleswig-Holstein, hielten dieselben sämtlich für die Fortschrittliche Volkspartei.[234]

Die Arbeitsteilung zwischen Rade und Delbrück ließ im Grunde nur ersteren den Gegenwind zu spüren bekommen. In den Blättern der in Schleswig-Holstein weit verbreiteten »Itzehoer Nachrichten« wurde Rade 1910 zunächst als weltfremder Idealist abgetan. Dennoch stellte der dort verantwortliche, nationalistische Journalist Karl Strackerjan, der vom Landratsamt Hardersleben als Leiter eines Pressebüros beschäftigt wurde, also diese und weitere Publikationen in halboffizieller Funktion produzierte, im Fortgang des Konflikts einen freilich ergebnislosen Strafantrag gegen Rade wegen Beleidigung.[235] Rade wiederum verdächtigte Strackerjan, falsche Nachrichten über angebliche Absetzungsbewegungen vormaliger Unterstützer der »Grenzmarken-Korrespondenz« in die Welt zu setzen.[236] Solche Attacken, aus denen sich auch Rades Abneigung gegen Gottfried von Dryander als Strackerjans Dienstherrn gespeist haben dürfte, hatten beinahe ausschließlich den Marburger zum Ziel. Als Detlev von Bülow dem Kultusminister nahelegte, Rade auf dem Dienstweg in seine Schranken zu verweisen, fand zwar Johannes Tiedje am Rande Erwähnung, weiter wurde auf Rades Unterstützerkreis aber nicht eingegangen.[237]

Der Gründungsaufruf der »Grenzmarken-Korrespondenz« hatte statt den preußischen Staatsbehörden den ›demagogischen‹ Verführern der »öffentlichen Meinung« den Kampf angesagt, denn

»Es gereicht dem stolzen neuen Deutschen Reiche nicht zum Ruhm, daß es sich bisher nicht fähig erwiesen hat, hier [in Nordschleswig; d. Vf.] Ruhe und friedliches Zusammenleben zu schaffen, sondern im Gegenteil alles nur noch schlimmer geworden ist. Viel Schuld daran trägt, daß wenn die Regierung verständiger Maßregeln ergriff, die nationalistisch verletzte öffentliche Meinung sich in den Weg stellte und zurückschreckte. Nicht nur durch Stimmungsmache, sondern auch durch direkt erfundene und verzerrte Nachrichten und Behauptungen suchte ein großer Teil der deutschen

232 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 04.11.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

233 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 18.10.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

234 Aufruf, in: PJ 142 (1910) 3, S. 579–580; vgl. auch Aufruf, in: Grenzmarken-Korrespondenz, Nr. 4.

235 *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 54. Zu Strackerjans Rolle Schleswig-Holstein vgl. Ebd., S. 42.

236 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 18.10.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

237 Vgl. Detlev von Bülow an August von Trott zu Solz, 09.09.1910, zit. nach: *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 107–110.

Presse den Streit zu verschärfen und hat dadurch der deutschen Politik wie dem Ansehen des Deutschtums in der ganzen Welt schwere Wunden geschlagen.«[238]

Öffentliche Gegenrede ließ nicht lange auf sich warten. Bereits am ›Kaisergeburtstag‹ 1911 wurde in Hamburg eine Gegenerklärung veröffentlicht und reichsweit an diverse Zeitungen versandt. Diese verkündete eine drängende Sorge um das politische, wirtschaftliche und kulturelle Wohl der Deutschen in Nordschleswig, die bereits akut von ihren dänischen Nachbarn bedrängt noch schlimmerer Drangsal unter dänischem Joch entgegensähen. Denn die Abtrennung Nordschleswigs und die Angliederung an Dänemark sei das unleugbare Ziel der »dänischen Bewegung« in der »Nordmark«, welcher der auch hier allein angegangene Rade so naiv zuzuarbeiten sich gewillt zeigte, wenn er den Nationalitätenkonflikt für einen Streit von bloß kultureller, und in Konsequenz des unterstellten Gedankengangs unpolitische Natur hielt.[239] Daraufhin trat Delbrück wieder persönlich publizistisch hervor um mit »schwerem Geschütz« gegen die »Hakatisten« in Norschleswig vorzugehen.[240] So auf eine Stufe mit den Protagonisten der Germanisierungspolitik in den preußischen Ostprovinzen gestellt wurden namentlich Delbrücks Fachkollege und späterer indirekter Nachfolger Erich Marcks sowie der Hamburger Gymnasiallehrer Adolf Metz von Delbrück im Februarheft der »Jahrbücher« 1911 als Vertreter eines irrationalen, nationalen »Fanatismus« angeklagt, dem nur durch ein Projekt sachlicher Aufklärung beizukommen wäre.[241]

Die weitere Diskussion im Frühjahr 1911 drehte sich dann in der Tat vor allem um die Kausalität des Zusammenhangs zwischen Sprachenpolitik und dänischen Irredentismus sowie um die interpretative Auffächerung der gegebenen Verhältnisse in eine Sphäre der Kultur, in der eben die Sprachenfrage verhandelt wurde, und eine davon mehr oder weniger scharf abgegrenzte Sphäre der Politik, in der die staatliche Zugehörigkeit Nordschleswigs in Rede stand.[242] Der Konflikt Delbrücks und Rades mit den ›Hamburgern‹ zog weite Kreise. Delbrücks Parole von der preußischen Nationalitätenpolitik als einem außenpolitisch folgenreichen Konfliktfeld, dessentwegen dem dänischen »Irredentismus« kultuspolitisch das Wasser abgegraben werden müsse, fand etwa auch die Zustimmung des Außenstaatsekretärs von Kiderlen-Wächter.[243] Umgekehrt warnte Karl Strackerjan vor angeblichen Ambitionen des dänischen »Nord-

238 Aufruf [PJ 142/3], S. 579.

239 Hamburg und Nordmark-Politik, in: Hamburgischer Correspondent, 21.1.1911, Nr. 39; Erklärung, 27.01.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

240 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 25.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 5.

241 Hans Delbrück: Weiteres vom Hakatismus, in: PJ 143 (1911) 2, S. 373–376, S. 375 f.

242 Ebd.

243 Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, 04.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 20; Alfred von Kiderlen-Wächter an Hans Delbrück, 09.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kiderlen, Bl. 2.

schleswigschen Wählervereins« auf eine Eingliederung Dänemarks ins britische Empire zum Zwecke letztlich kriegerischer Lostrennung Schleswigs vom Reich, der Rades Unterstützer naiv Vorschub leisteten.[244] Beide Seiten armierten ihre Positionen je mit dem Verweis auf gegebene respektive fehlende Expertise kraft direkter oder indirekter persönlicher Lebenserfahrung.[245]

Einer öffentlichen Aussprache Rades mit den Hamburger ›Hakatisten‹ im März 1911[246] folgte ein Wechsel offener Briefe in den »Preußischen Jahrbüchern«. Auf deren früheren Mitarbeiter Adolf Metz antwortete Delbrück selbst und ob seiner fehlenden persönlichen Lebenserfahrung betreffend der Verhältnisse in Nordschleswig sekundierte ihm der Vorsitzende des »Friedensvereins«, Johannes Schmidt, der unmittelbar mit den Folgen der Sprachverordnung für den Gottesdienst konfrontiert, diese Saite überzeugend bespielen konnte.[247] Zwar hatte der Pfarrer von Wodder sich nur kurz geziert, doch spiegelten seine Erwägungen einen Zwiespalt, in dem sich nicht wenige konservative Regierungskritiker des Kaiserreichs wähnten. Er bedauerte, dass eine Publikation wie die »Grenzmarken-Korrespondenz« die Regierenden und manch anderen braven Patrioten mit spitzer Feder anging, doch da »vernünftige gerechte Maßnahmen« nur unter drängendem Zwang der Verhältnisse und speziell dem Druck der »öffentlichen Meinung« zustande kämen, wären solche Kampagnen eben unvermeidlich.[248]

Metz wehrte sich dergestalt gegen den Vorwurf des irrationalen Fanatismus, als dass er gewissermaßen umgekehrt Rade und mit ihm Delbrück und die anderen Unterstützer der »Grenzmarken-Korrespondenz« in eine spezifische deutsche Tradition romantischer Träumerei stellte, die schon die Teilungen Polens mit unbotmäßigem Mitleid betrachtet habe und nicht zuletzt die eigene Nationalität, das eigene Deutschtum, hinter kulturellen und konfessionellen Befindlichkeiten zurückgestellt habe, was schon Bismarck bedauert hätte. Mit ihrem derartigen Engagement machten sich Rade, Delbrück und Konsorten zu Helfershelfern der Agenten eines neuen Kulturkampfes, die zu verhehlen trachteten, dass es keine Trennlinie zwischen politischer und kultureller Sphäre gab und alle Ansprüche auf dänische kulturelle Selbstentfaltung in Nordschleswig letztlich nur Vehikel für das eigentliche, das politische, Ziel waren, sprich die Herauslösung des Herzogtums aus Preußen und dem Reich. Auch Metz suchte

244 Der dänische Irredentismus, in: Hamburger Nachrichten, 16.03.1911, Nr. 128.

245 Hans Delbrück über Nordschleswig, in: Apenrader Tageblatt, 14.02.1911.

246 Der dänische Irredentismus, in: Hamburger Nachrichten, 16.03.1911, Nr. 128.

247 Adolf Metz an Hans Delbrück, 14.02.1911, abgedruckt unter: Ein Briefwechsel über Nordschleswig, in: PJ 143 (1911) 3, S. 556–573, S. 560; Hans Delbrück an Johannes Schmidt, 17.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 16.

248 Johannes Schmidt an Hans Delbrück, 18.02.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Johannes Schmidt an Hans Delbrück, 21.02.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Hans Delbrück an Johannes Schmidt, 21.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 17; Johannes Schmidt an Hans Delbrück, 25.02.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Ein Briefwechsel über Nordschleswig [PJ 143/3], S. 570–572.

diese Deutung der Dinge mit der Behauptung zu beweisen, dass der in Nordschleswig gesprochene Dialekt dermaßen weit von der dänischen Hochsprache entfernt sei, dass auch die dortigen »Dänen« sie mit ähnlichem Aufwand wie das ihnen ungemein nützliche und sittlich erhebende Deutsche lernen müssten.[249]

Im Streit darum, wer der verbohrte Ideologe und wer der vernünftige Realpolitiker war, rief Delbrück in gewohnter Manier die Weltgeschichte als günstige Instanz zur Hilfe:

»Wir wollen es [den Vorwurf der Ideologie; d. Vf.] uns gefallen lassen, denn wer war es, der die »Ideologie« als Vorwurf geprägt hat? Es war Napoleon, und die Ideologen waren Stein und Gneisenau, die ihre »Ideologie« nicht verhindert hat, dabei auch ganz brauchbare Realpolitiker zu sein. Möchten die Herren Unterzeichner des Gegenaufrufs nicht lieber einmal vor der Weltgeschichte zu dieser Seite gezählt werden?«[250]

Diese Bahn bespielte auch Delbrücks treuer Schüler Martin Hobohm, der im Fortgang der Debatte dem Publikum der »Frankfurter Zeitung« anhand ausgiebiger Quellenzitate auseinandersetzte, dass die »Politik des Entgegenkommens«, wie sie Delbrück vertrat, mit Niccolò Macchiavelli den allseits anerkannten Archetyp des ›Realpolitikers‹ als Referenz aufbieten könne, der über die Bevölkerung neuerworbener Gebiete im »Principe« erklärt hatte, »daß man die Menschen entweder liebkosen oder sie vernichten muß«. Da sich Vertreibung, Versklavung oder Vernichtung ganzer Volksgruppen im Europa des 20. Jahrhunderts, ganz abgesehen von moralischen Geboten, aus innen- und außenpolitischen Erwägungen verböten, ließe die zwingende Logik des »Schöpfers der modernen Staatswissenschaft«, keine andere Option als die des »Entgegenkommens« übrig, wolle man nicht auf ewig der Stabilität des Staates abträgliche Mechanismen der Rache und des Widerstands in Gang halten.[251]

In seiner Erwiderung auf Metz hat auch Delbrück freimütig erklärt, nie hätten Rade und er den »Nordmarken«-Konflikt für einen rein kulturellen gehalten, sondern sie hätten vielmehr die Strategie gewählt, »auf dem kulturellen Gebiet den Dänen gewisse Forderungen zu bewilligen, um dem politischen Kampf die Spitze abzubrechen.«[252] Dies Entgegenkommen müsste umso leichter fallen, als dass die außenpolitischen Faktoren einen Erfolg der dänischen Irredenta in Nordschleswig völlig unwahrscheinlich machten. Dänemark hatte schließlich die Ergebnisse des Krieges von 1864 als rechtliches Fundament der Gegenwart anerkannt und ohne einen großen europäischen Krieg sei dieses Fundament nicht nachhaltig zu erschüttern.[253]

249 Ein Briefwechsel über Nordschleswig [PJ 143/3], S. 559.
250 Ebd., S. 566.
251 Martin Hobohm: Machiavelli über Dänen- und Polenfrage, in: Frankfurter Zeitung, 18.06.1911, Nr. 167. Zur Machiavelli-Rezeption vgl. auch *Trocini*, Machiavellismus, Realpolitik und Machtpolitik.
252 Ein Briefwechsel über Nordschleswig [PJ 143/3], S. 564.
253 Ebd., S. 567.

Er verleugnete auch nicht seinen Glauben an die kulturelle Präponderanz des Deutschtums und seiner Sprache. Doch wie von Julius Kaftan und ihm selbst bereits in den 1890er Jahren prophezeit, sei doch längst nachgewiesen, dass mit dem Erlernen der deutschen Sprache selten bis nie eine vollumfängliche Assimilation, einschließlich politischer Identifikation mit dem deutschen Staat einherging.[254]

Bereits während der Vorbereitung des Märzheftes hatten sich Delbrück und Schmidt mit dem Gedanken getragen, die Komposition offener Briefe zusätzlich als eigenständige Broschüre in Schleswig-Holstein zu vertreiben.[255] Diese Möglichkeit erwies sich jedoch als unnötig, hinlängliche Aufmerksamkeit fand die Angelegenheit bereits durch die Tagespresse. Wie schon 1898/99 erhielt Delbrück im Frühjahr 1911 vor allem von linksliberalen Pressemedien öffentliche Unterstützung. Während Schmidt dabei bloß en passant Anerkennung gezollt wurde, wurden Delbrücks Ausführungen länglich zitiert, welche ihm den Ruhm bescherten

»als erster unter den deutschen Gelehrten die Wege gewiesen zu haben, auf denen man verdeutschen kann, ohne an Kulturwerten Einbuße zu erleiden und ohne die Gefühle der Humanität und Gerechtigkeit zu verletzen.«[256]

In diesem politischen Spektrum galten Sprachverordnung und Ausweisungserlasse nicht nur als moralisch falsch, sondern auch als ›praktisch‹ kontraproduktiv und im Besonderen als eine Gefahr für des Deutschen Reiches internationales Prestige.[257] In den konservativen »Kieler Neuesten Nachrichten« wurde zu diesem Anlass nochmals die Schulverordnung von 1888 und die für sie verantwortlichen Kultuspolitiker vor dem Vorwurf in Schutz genommen, die gegebenen Spannungen ausgelöst zu haben. Vielmehr hätte die Schulverordnung im Grunde einem ohnehin im Gang befindlichen Rückgang der dänischen Sprache in der Region Rechnung getragen, wie es den Interessen der Mehrheit der Einwohner entsprach, während die kleine dänische Irredenta bloß aus solchen vereinzelten Initiativen, wie denjenigen Delbrücks und Rades noch Hoffnung schöpfe und letztlich so am Leben gehalten würde.[258] In die gleiche Kerbe hieb Adolf Metz, der in den »Hamburger Nachrichten« unter weitgreifenden historischen Reminiszenzen erläuterte, wie das Kaiserreich durch den vorgeblich außerordentlich milden Umgang mit seinen Minderheiten keineswegs seine Größe als ›Kulturstaat‹ beweise, sondern vielmehr eine spezifisch deutsche Schwäche bezeuge, traditionell aus sentimentaler Rücksichtnahme oder

254 Ebd., S. 566.

255 Hans Delbrück an Johannes Schmidt, 01.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 18; Johannes Schmidt an Hans Delbrück, 02.03.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

256 Prof. Delbrück und die Hamburger Hakatisten, in: Neue Hamburger Zeitung, 07.03.1911, Nr. 112.

257 Frankfurt, 20. April, in: Frankfurter Zeitung, 20.04.1911, Nr. 109.

258 Professor Delbrück und die Nordmark, in: Kieler Neueste Nachrichten, 17.03.1911, Nr. 65.

parteipolitischer Taktiererei ›natürliche‹ Assimilationsprozesse zu sabotieren. Eine Schwäche, welche die Verteidigungsstellungen im »tausendjährigen Kampf zwischen Deutschen und Dänen um den nordmärkischen Boden« zu unterminieren drohte.[259]

Die Kampagne um die »Grenzmarken-Korrespondenz« fand auch nördlich der Königsau Resonanz. Die dänischen Zeitungen unterschiedlicher Parteirichtungen, die nicht zuletzt in der preußischen Provinzverwaltung von Schleswig-Holstein aufmerksam gelesen wurden, changierten in ihrer Bewertung zwischen wohlwollender Kenntnisnahme, bei unausgesetztem Pessimismus hinsichtlich Rades Einfluss einerseits und einem gewissen Misstrauen andererseits. So gaben sie der Befürchtung Raum, mit der von Rade befeuerten Ausweitung der Diskussion werde das dänische Element in einer endgültig deutschen Debatte untergehen.[260] Soweit diese in den »Preußischen Jahrbüchern« stattfand, umfasste sie allerdings auch eine dänische Stimme. Delbrücks Kopenhagener Fachkollege Aage Friis vermittelte hierzu ein Manuskript des dänisch-jüdischen Nationalökonomen Marcus Rubin, der unter anderem das Staatliche Statistische Büro des Königreichs Dänemark aufgebaut hatte und bei den dänisch-deutschen Verhandlungen 1907 leitender Delegierter für Handelsfragen gewesen war. Der Aufsatz, der an eine eben in Kopenhagen veröffentlichte, längere historische Betrachtung Rubins mit dem Titel »Tysklands og Østrigs Historie fra 1848 til Nutiden«[261] anschloss, sollte nach Friis Wunsch in Deutschland bekannt machen, »wie politisch einflussreiche Kreise in Dänemark« die Nordschleswigfrage betrachteten.[262]

Rubin, der es den meisten deutschen Publizisten darin gleichtat, für seinen Standpunkt Bismarck als Ikone der ›Realpolitik‹ anzurufen, differenzierte wesentlich stärker als die deutschen Debattenbeteiligten zwischen preußischem Staat und deutscher Nation, wenn er die Ergebnisse des Krieges von 1864 vor allem als machtpolitischen Gewinn Preußens auf dem Weg zur europäischen Großmacht charakterisierte. Dementsprechend erachtete Rubin den berüchtigten Artikel V des Prager Vertrags für die Wurzel der nordschleswigschen Spannungen. Dessen Existenz, die er als seinerzeit nötige Prestigekompensation im Konzert der europäischen Mächte erachtete, welche Napoleon III. als Garant der Vertragsbestimmungen ein Vehikel für diplomatische Interventionen gegenüber Preußen und Österreich verschafft hatte, habe eine Situation staatsrechtlicher

259 Adolf Metz: Meine Antwort, in: Hamburger Nachrichten, 16.03.1911.

260 Vgl. *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 112–116.

261 *Rubin*, Tysklands og Østrigs Historie fra 1848 til Nutiden.

262 Ein Däne [Marcus Rubin]: Deutschland, Nordschleswig und Dänemark, in: PJ 144 (1911) 2, S. 265–281. Für die Vermittlung des Manuskripts und die Wahl des Pseudonyms vgl. Aage Friis an Hans Delbrück, 10.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Friis, Aage, 1–2; Emil Daniels an Aage Friis, 15.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 42, Bl. 4; Aage Friis an Emil Daniels, 18.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Friis, Aage, Bl. 3–4; Hans Delbrück an Martin Rade, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 1–2; Mai 1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe V, B. 507.

Unsicherheit geschaffen, welche eine »Rückgabe« Schleswigs an Dänemark über Jahrzehnte als eine mögliche und sogar nicht unwahrscheinliche, zukünftige Entwicklung erscheinen ließ. Auf dieser Perspektive gründete nach Rubins Anschauung im Wesentlichen die irredentistische Agitation in Nordschleswig selbst, und wenn die Deutschen ganz allgemein glaubten, von dänischer Seite mit Kühle und Misstrauen behandelt zu werden, so beruhe das schlicht auf Gegenseitigkeit, da das freihändlerische Dänemark unter deutschem Protektionismus leide und Bismarcks Nachfolger in der Leitung der deutschen Außenpolitik es versäumt hätten, die Entwicklung der deutsch-dänischen Beziehungen, mit ihren eigenen Implikationen für die Nationalitätenpolitik anders denn als Unterwerfung unter den Willen Berlins zu kommunizieren.[263]

Doch was die Maßnahmen anging, die tatsächlich oder vorgeblich zur Abwehr eines schleswigsch-dänischen Separatismus bemüht wurden, teilte er diejenigen Argumente, die auch Delbrück, Rade und Tiedje vorbrachten. Wie die deutschsprachigen Bevölkerungsgruppen in Osteuropa sollte den Dänen Nordschleswigs die Pflege ihrer Sprache und Traditionen möglich sein. Dagegen gerichtete Verordnungen und Zwangsmaßnahmen ständen einem ambitionierten Kulturstaat wie dem Deutschen Reich alles andere als gut zu Gesicht und mussten ihm seine Bürger anderer Nationalität notwendigerweise entfremden. In der Tat förderte der dänische Staat diese Entfaltung dänischen Kulturlebens südlich der Königsau, doch keineswegs zur Beförderung der dortigen Irredenta, sondern im Gegenteil zu deren Einhegung, da man sich in Kopenhagen des Bedürfnisses zu einem günstigen Verhältnis mit dem großen Nachbarn im Süden sehr bewusst wäre. Vor solcher, gewissermaßen naturgegebener, innerer Anlehnung an das kulturelle Mutterland, wie sie von der verschwindend kleinen Minderheit der schleswigschen Dänen gelebt wurde, brauchte »dem mächtigen Reiche, welches mehr Soldaten hat als Dänemark Einwohner«[264], wirklich nicht bange zu sein. In allseitigem Interesse wäre es vielmehr, in den gemischtsprachlichen Gegenden eine offene, kulturelle Übergangszone zu schaffen; nicht aus Gründen der »Sentimentalität«, sondern der »Vernunft«.[265]

Freilich konnte Rubins Name nicht für die Belastbarkeit seines Urteils bürgen, der sollte unbedingt geheimbleiben, blieb auch Martin Rade verborgen, und wurde tatsächlich selbst in den Honorarlisten der »Jahrbücher« nicht verzeichnet. Die fälligen 65 Mark, abzüglich Auslagen für überzählige Separatabzüge, flossen samt denselben auf dem Umweg über Aage Friis an den Autor.[266] Dieses Versteckspiel war jedoch nicht von Erfolg gekrönt und womöglich war es der Zweiten Marokkokrise zu verdanken, dass es immerhin bis in den Spätsommer aufrechtzuerhalten war, dann wurde Rubin von der dänischsprachigen Presse

263 [Rubin]: Deutschland, Nordschleswig und Dänemark [PJ 144/2].
264 Ebd., S. 270.
265 Ebd., S. 281.
266 Vgl. Kap. IV, Anm. 262.

Nordschleswigs als der anonyme Däne enttarnt. Im Ergebnis wurde allseitig eine klandestine Pressestrategie der dänischen Regierung vermutet, da niemand glauben wollte, dass Rubin gänzlich auf eigene Faust gehandelt hatte. Die schleswigsche Dänenpartei fürchtete Verständigungsversuche zwischen Kopenhagen und Berlin über die eigenen Köpfe hinweg und die freikonservative »Post« wähnte einen plumpen Anbiederungsversuch, der über die vielfältige moralische Unterstützung dänischer Offizieller für die Sache der schleswigschen Irredenta hinwegtäuschen sollte.[267]

Über den politischen Ertrag der »Grenzmarken-Korrespondenz« waren sich Delbrück und Rade uneins. Obwohl nach seinem Wunsch die »Zeitungsausgabe« auch an bekanntermaßen nationalistische Zeitungen versandt wurde, »die uns vielleicht den Gefallen tuen durch Schimpfen auf uns aufmerksam zu machen«,[268] konstatierte Delbrück bereits im Februar 1911 eine zu geringe Resonanz in der Presse. Rade hielt dagegen, dass die »Zeitungsausgabe« zwar nicht im erhofften Umfang zum Abdruck kam, aber dennoch viel Beachtung finde.[269] Für die Kürze ihrer Lebensdauer waren mehrere Faktoren ausschlaggebend. Die »Grenzmarken-Korrespondenz« war von Anfang an als ein anlassbezogenes, zeitlich befristetes Unternehmen angekündigt worden. Trotz dieser ostentativen Einhegung des materiellen Aufwandes blieben die ökonomischen Grundlagen jedoch durchgängig unsicher. Einzelne Großbeträge, wie die 1000 M des Potsdamer Patentanwalts Alard du Bois-Reymond[270] waren die Ausnahme. Die allermeisten Beiträge fielen deutlich geringer aus, und ein ökonomisch stabiler Betrieb der »Korrespondenz« blieb ein vages Fernziel.[271] Hinzu kam der Umstand, dass sie ausgerechnet im engsten Umkreis der »Christlichen Welt« auf engagierte Gegnerschaft stieß.[272] Delbrück wiederum hatte bereits im Herbst 1910 angeregt, die »Grenzmarken-Korrespondenz« in die Hände Johannes Schmidts und des »Friedensvereins« zu übergeben, um sie des politischen Ballasts, den Rade als bekannter Freisinniger ohne eigenen landsmannschaftlichen Hintergrund darstellte, zu entledigen,

»Bitte überlegen Sie mal, ob die politische Klugheit nicht gebietet, da nun das Kind das Licht der Welt erblickt ihm einen anderen Erzieher zu geben als den eigenen Vater«.[273]

267 »Deutschland, Nordschleswig und Dänemark«, in: Die Post, 17.09.1911, Nr. 437.

268 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, o. D. [02.11.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 86–87.

269 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 06.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 10; Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 07.02.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

270 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, [Januar 1911], in: BArch Koblenz, N 1017/37.

271 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 02.02.1911, in: BArch Koblenz, N 1017/37.

272 *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 64 f.

273 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 12.11.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 6–7; vgl. auch Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 22.11.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 13–14.

Delbrück hing nicht allzu sehr an diesem »Kinde« und beschied bereits im Frühjahr 1911, wenn die mehrmonatige Bewerbung in durchaus einflussreichen Zeitschriften keine solide Basis hatte einwerben können, gebe es für die »Korrespondenz« wohl doch keinen Markt.[274] Zwar wurde über den Sommer 1911 die Möglichkeit eruiert, das Themenspektrum der »Grenzmarken-Korrespondenz« über den regionalen Bezug auf Nordschleswig hinaus auf die gesamte preußisch-deutsche Nationalitätenpolitik auszudehnen. Ferner wurde ein ganzer Reigen potentieller neuer Herausgeber konsultiert, namentlich Otto Seidel, Hermann Kötschke und Johannes Tiedje.[275] Doch noch im Herbst 1911 wurde das Unternehmen liquidiert, ohne dass Delbrück ihm nachgetrauert hätte.[276]

Unter den Nationalitätenkonflikten des Deutschen Kaiserreichs ragt die ›Nordschleswigfrage‹ insofern hervor, als dass sie keine konfessionelle Dimension hatte. Umso mehr da es sich bei der dänischsprachigen Bevölkerung der umstrittenen Nordprovinz um Protestanten handelte, veranschlagte Delbrück deren Integrationswillen und die Assimilationskraft des Staates gleichermaßen hoch. In diesem Sinne bot Delbrück den regionalen Vertretern einer Verständigungspolitik unter den Bevölkerungsgruppen der »Nordmark« in den »Preußischen Jahrbüchern« ein Forum und lenkte durch seinen Konflikt mit dem preußischen Staatsministerium weitreichende mediale Aufmerksamkeit auf die preußische ›Germanisierungspolitik‹. Zugleich stellt diese harte Konfrontation insofern eine Ausnahme dar, als dass Delbrück zum Zweck einer nachhaltigen Integration der dänischen Bevölkerung aus sittlichem Gebot und außenpolitischer Notwendigkeit im Regelfall auf Kooperation mit den Regierungsbehörden setzte. Nicht erst mit der Gründung der »Grenzmarken-Korrespondenz« setzte er sich in Gegnerschaft zu konservativen und ›radikalnationalen‹ Verbänden und Periodika. Während Delbrück und seine vornehmlich linksliberalen Unterstützer im Nordschleswigkonflikt dort als ›nützliche Idioten‹ im Dienst dänischer Separatisten diffamiert wurden, warf Delbrück diesen Kontrahenten vor, aus mangelndem Vertrauen in die zukunftsweisenden Kräfte des Staates die obwaltenden Spannungen zum Nachteil des »weltpolitischen« Prestige Deutschlands am Leben zu erhalten und zieh sie der politischen »Kleingläubigkeit«.

274 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 18.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 1–2.

275 Paul Martin Rade an Hans Delbrück, 03.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 60; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 01.07.1911, in: UB Marburg, Ms. 839; Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 15.09.1911, UB Marburg, Ms. 839.

276 Hans Delbrück an Paul Martin Rade, 15.09.1911, in: UB Marburg, Ms. 839; Paul Martin Rade an Gerhard Anschütz, Hans Delbrück und Alard du Bois-Reymond, 09.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rade, Martin, Bl. 61–66.

3. Das Reichsland Elsaß-Lothringen

Das Elsaß und Lothringen wurden 1871 durch Annexion Teil des Deutschen Reiches und obwohl ihre Bevölkerung zu mehr als zwei Dritteln deutschsprachig war, blieben die beiden Regionen für die gesamte Dauer des Kaiserreichs Sonderglieder desselben. Das dauernde Provisorium des »Reichslandes« bewahrte übernommene Elemente französischer Rechtsordnung und unterstellte die Verwaltung der Reichsleitung. Ohne eigene Verfassung blieben Elsässer und Lothringer Reichsbürger zweiter Klasse mit stark eingeschränkter politischer Teilhabe, wessenthalben die lokalen Eliten die erodierenden Bindungen an das republikanische Frankreich durch einen ausgeprägten Regionalismus ersetzten. In Berlin und unter den weitgehend ›importierten‹ Amtsträgern vor Ort wurde zugleich das Misstrauen gegen die katholische Bevölkerung des »Reichslandes« fortgepflegt, der mit sozialer Diskriminierung und anlassbezogenen Repressionsmaßnahmen begegnet wurde.[277] Unter Hans Delbrücks Ägide wurde in den »Preußischen Jahrbüchern« kein Zweifel daran gelassen, dass Elsaß-Lothringen und seine Bewohner deutsch waren und bleiben würden. Nur Metz und sein engeres Umland im Westen Lothringens wurde in erster Linie als strategische Besitzung betrachtet, die im Interesse der nationalen Integrität durchaus verzichtbar war. Zwar wurde das Reichsland als eine Schwachstelle der inneren Integration des Reiches angesehen, doch lag die elsaß-lothringische Nationalitätenproblematik die meiste Zeit unterhalb einer kritischen Marke, die Hans Delbrück zu Intervention veranlasst hätte. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass die territoriale Kriegsbeute von 1871 auch den Zeitgenossen als neuralgisches Element der internationalen Beziehungen galt. Tatsächlich hat der französische Anspruch auf Restitution der verlorenen Gebiete vom Grunewald aus betrachtet seinen Status als anzunehmender Zündfunke für einen neuen europäischen Krieg spätestens nach der Boulanger-Affäre zunehmend verloren und bis zum Ende des Ersten Weltkriegs nicht mehr als maßgeblich für Entscheidungen über Krieg und Frieden gegolten.[278] Seltene Ausnahmen von der geringfügigen Aufmerksamkeit, welche den inneren Verhältnisse Elsaß-Lothringens in der Redaktion der »Jahrbücher« geschenkt wurde, stellten daher die Verfassung für das Reichsland von 1911 sowie die nachfolgenden Krisen der »Grafenstader Affäre«

277 *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 282–286.

278 Hans Delbrück: Die National-Gefahr von Raoul Frary, in: PJ 52 (1883) 5, S. 503–506; Gottlob Egelhaaf: Paris Sautera. La vérité à l'Alsasace-Lorraine par un Parisien, in: PJ 60 (1887) 2, S. 214–217; Emil Daniels: Die tieferen Gründe der griechischen Revolution. Vox et praeterea nihil. – Die ersten Schritte des Ministeriums Briand-Millerand. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in der französischen Republik. Der Standt der Altersversicherung der Arbeiter in Frankreich. Annäherung zwischen Sozialisten und Klerikalen? – Das »demokratische Budget« des englischen Schatzkanzlers. Die Alterspension der britischen Arbeiter. Verfalls der Landwirtschaft in England. Schutzzöllnerische Bewegung. Drohender Konflikt zwischen Ober- und Unterhaus, in: PJ 138 (1909) 1, S. 169–189, S. 177.

und der »Zabern Affäre« dar. Dabei vertrat Delbrück eine entschieden optimistische Sichtweise auf die langfristige Integration Elsaß-Lothringens in den Reichsverband.

Trotz der weitreichenden Resonanz, die Delbrücks »Politische Träumereien« über einen deutsch-französischen Ausgleich durch die Aufgabe von Metz fanden[279], sind den inneren Verhältnissen des Reichslandes während eines Vierteljahrhunderts von Delbrücks Herausgeberschaft keine spezifischen Beiträge in den »Preußischen Jahrbüchern« gewidmet worden. Nur vereinzelt und wenig konsistent hat Delbrück im Feld der preußischen Nationalitätenpolitik teils Vergleiche zur Situation in Elsaß-Lothringen gezogen, teils diese Vergleichbarkeit ausdrücklich in Frage gestellt.[280] Hinweisen auf die angespannten Beziehungen zwischen den neu zugezogenen »Altdeutschen« und den Alteingesessenen, die im Besonderem allem Preußischen zutiefst misstrauisch gegenüberstünden, ist Delbrück durch kein weitergehendes Studium der Zusammenhänge nachgegangen.[281]

Noch die größte Aufmerksamkeit fanden das Reichsland Elsaß-Lothringen und die regionale Nationalitätenfrage in Delbrücks Gesichtskreis dort, wo sie mit den konfessionellen Bruchlinien des Reiches verknüpft wurden. So machte er sich während des »Trierer Schulstreits« 1903 eine These des Berliner Privatdozenten Walter Struck zu eigen, eines Spezialisten für französische Geschichte, nach dessen Einschätzung der deutsche »Ultramontanismus« ideen-, wie auch institutionengeschichtlich aus dem Elsaß stamme. Ebendort sei der Geist hartnäckiger Gegnerschaft zum modernen Nationalstaat und seinen Einrichtungen als Abwehrreaktion gegen die antiklerikale Stoßrichtung der französischen Revolution geboren und von dort aus in die Priesterseminare der rheinischen Bistümer getragen worden.[282] Diese Genealogie leuchtete Delbrück erklärtermaßen ein und spiegelte sich nach seinem Urteil in der Biographie

279 Vir pacificus [Hans Delbrück]: Politischer Ernst, in: PJ 83 (1896) 3, S. 409–413, S. 409. Zu den stilistischen Erkennungsmerkmalen von Delbrücks Autorenschaft vgl. Hermann Rassow an Hans Delbrück, 18.01.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 14–15.

280 Petersen: Zur Dänenfrage, S. 186; Delbrück: Das Bürgerliche Gesetzbuch, S. 404.

281 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 28.11.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe I, Bl. 9–10; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 09.01.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Mappe I, Bl. 11–13.

282 W[alter]. Struck: Kardinal Geissel und die katholische Bewegung 1848/49, in: PJ 111 (1903) 1, S. 98–125. Strucks These hatte insofern durchaus Berechtigung, als dass mit dem ersten Bischof von Mainz nach dem Ende des Kurfürstentums Mainz, Joseph Ludwig Colmar sowie dessen Weggefährten Andreas Räß und Nikolaus Weiß, nachmals Bischöfe von Straßburg und Speyer, tatsächlich maßgebliche deutschsprachige Befürworter eines römischen Zentralismus und einer autoritären Kirchenführung zwecks Abwehr staatskirchlicher und demokratischer Tendenzen aus dem Elsaß stammten, vgl. *Unterburger*, Pfälzer Eigensinn?, S. 201 f.; für die ältere Literatur vgl. *Jürgensmeier*, Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte, Bd. 3, S. 943 f.

des aus Wickerschwihr/Wickerschweier nahe Colmar gebürtigen Trierer Bischofs Felix Korum wieder.[283] Die konfessionelle Struktur des Reichslands galt mehr als die Frage der nationalen Zugehörigkeit als Grund für ein unbefriedigtes Integrationsbedürfnis, wonach »das Vertrauen der Bevölkerung noch zu gewinnen« war.[284]

Die Lebensbedingungen der Elsäßer und Lothringer, die Stellung der einzelnen Menschen zum deutschen Nationalstaat und ihre Integration in denselben waren auch nicht Gegenstand der staatsrechtlichen Debatte über das Reichsland, insoweit diese auch in den »Jahrbüchern« stattfand. Sie umkreiste die Frage, ob Elsaß-Lothringen ein Bundesstaat des Reiches war, und wenn nicht, was es denn dann war.[285] Die geringen Personenzahlen, welche die nationalen Minderheiten im Deutschen Reich in Relation zur Gesamteinwohnerschaft umfassten, durfte ohnehin als Begründung dafür gelten, sich aller Minderheitenrechte gewissermaßen als Gnade erfreuen zu dürfen, ohne die demographischen Verhältnisse der einzelnen Regionen allzu sehr beachten zu brauchen.[286] Dass französische Publikationen in reicher Zahl die bedauernswerte Lage der entführten Stammesbrüder schilderten, reizte nicht zu ausgiebigem Widerspruch.[287]

Dies änderte sich erst als ab dem Regierungswechsel 1909 und dem Eintritt Bethmann Hollwegs ins Kanzleramt die Debatte über eine Verfassungsreform Elsaß-Lothringens Fahrt aufnahm. Zwar war nach den Reichstagswahlen des Jahres 1887, die auch unter dem Eindruck wachsender deutsch-französischer Spannungen im ganzen »Reichsland« regionalistischen oder Frankreich zugeneigten Kandidaten zum Mandat verholfen hatten, in den »Jahrbüchern« eine verfassungspolitische Neuordnung der Verhältnisse für unausweichlich prognostiziert worden. Damals war von zwei anonymen Autoren ein Anschluss Lothringens an die preußische Rheinprovinz und eine Konstituierung des Elsaß als separater preußischer Provinz ins Auge gefasst worden, da nur solcherweise der nationalen Integration des Reiches dienliche politische, soziale und ökonomische Verflechtung, wie etwa gesteigerter Binnenmigration verstärkt werden könnten.[288] Doch hernach war die spätestens ab der Jahrhundertwende unverkennbar schwelende Debatte um eine Verfassungsreform von

283 Delbrück: Venezuela [PJ 111/3], S. 579–582.

284 Delbrück: Eine Professoren-Gewerkschaft, S. 135.

285 Albert von Ruville: Die Kaiserproklamation des Jahres 1871 vom Standpunkt des Staatsrechts, in: PJ 83 (1896) 1, S. 15–47, S. 26–29.

286 [Steinacker]: Nationale Verwaltungspolitik [PJ 90/1], S. 133 f.

287 [Ludwig Friedländer]: Französische Stimmen über den Krieg von 1870 und dessen unmittelbare Folgen, in: PJ 119 (1905) 1, S. 429–451, S. 447 f.; Emil Daniels: Heinrich Cunow, Die revolutionäre Zeitungsliteratur Frankreichs 1789–94. Histoire socialiste sous la direction de Jean Jaurès, in: PJ 135 (1909) 1, S. 530–532.

288 a.: Was soll aus dem Elsaß und Lothringen werden, in: PJ 60 (1887) 4, S. 355–366; b.: Die Wahlen in den Reichslanden, in: PJ 60 (1887) 4, S. 366–371. Zu den Reichstagswahlen 1887 in Elsaß-Lothringen vgl. Hiery: Reichstagswahlen im Reichsland, S. 238.

Delbrück genauso hartnäckig ignoriert worden, wie vom Reichskanzler Bülow und dem verantwortlichen Staatsekretär von Köller. Gemeinsam mit dem kaiserlichen Statthalter in Elsaß-Lothringen, Karl von Wedel, übernahm Bethmann Hollweg nun die Initiative in der Stoßrichtung, statt weiterer Aufspaltungsdebatten das »Reichsland« durch eine Verfassungsreform den Bundestaaten weitgehend gleichzustellen.[289]

In der wiederbelebten Verfassungsdebatte wurde der evangelische Pfarrer Wilhelm Kapp zum Elsaß-Lothringen-›Experten‹ der »Jahrbücher«, nachdem er sich Anfang 1910 bei Emil Daniels als ortskundig und durch einschlägige Veröffentlichungen in der Straßburger Presse ausgewiesen eingeführt hatte.[290] Kapp, der neben seinen geistlichen und publizistischen Arbeiten auch noch als Gymnasiallehrer wirkte, gehörte zur Minderheit der alteingesessenen protestantischen Deutsch-Elsässer und hing auch 1910 noch der Zielvorstellung einer separierten Angliederung des Elsaß und Lothringens an Preußen an. Er scheute sich jedoch, die Parole von zwei unabhängig voneinander in Preußen aufgehenden Gebietskörpern in der Verfassungsdebatte offensiv zu vertreten und verlegte sich stattdessen darauf, entlang der nicht wenig umkämpften Grenzlinie zwischen Politik und Kultur eine innere Zerrissenheit des Elsaß publizistisch herauszuarbeiten.[291]

Kapps erster Beitrag in den »Jahrbüchern« erschien im März 1910 und zeichnete ein dringenden Reformbedarf suggerierendes Bild. Die elsässische Oberschicht konnte demnach von ihrer kulturellen Anhänglichkeit an Frankreich nicht lassen und pflege ein Abbild von dessen Kultur, obgleich sie ohne feste Verbindung dorthin und vor allem ohne Fundament in den breiteren Volksschichten notwendigerweise verkümmern müsse. Jene Unter- und Mittelschichten seien aber in ihrem kulturellen Wesen deutsch geprägt, derweil die hartnäckig französisierende Oberschicht sie kultureller Entwicklungschancen beraube. Hier müsste eine geistige Renaissance, die er mit der Elsaß-Lothringischen Vereinigung zu befördern hoffte, Abhilfe schaffen. Sei dies auch wesentlich ein innerelsäßisches Problem, so habe es doch nicht geringe Bedeutung für die Reichspolitik, da die verfassungsrechtliche Bevorzugung der elsäßer »Notablen«, gerade was das Wahlrecht anginge, sie in ihrer Selbstzufriedenheit bestärkte. Wenn deren Privilegien beseitigt würden, würde die in den unteren Schichten schon im Gang befindliche Verflechtung mit der »altdeutschen« Parteienlandschaft auch diese Gruppe erfassen und wiederum auf das kulturelle Element zurückwirken. Würde den Franzosen auf diese Weise einmal deutlich, dass das Elsaß sich auch kulturell Deutschland zugewandt hatte, dann, prophezeite Kapp,

289 Zu Bethmann Hollweg als treibender Kraft der Elsaß-Lothringischen Verfassungsreform vgl. *Preibusch*, Verfassungsentwicklung, S. 363.

290 Wilhelm Kapp an Emil Daniels, 10.01.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 1–2.

291 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 30.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 3–6; W[ilhelm]. Kapp: Zur elsässischen Kulturfrage, in: PJ 139 (1910) 1, S. 259–275.

würden auch die territorialen Restitutionsambitionen Frankreichs erlahmen.[292] Der Artikel muss in Berlin als so eindrücklich aufgefasst worden sein, dass Delbrück ihn noch bei einer Abendgesellschaft im Dezember 1910 mit dem verantwortlichen Staatssekretär Zorn von Bulach diskutierte.[293]

Als Bethmann Hollweg dann im Frühjahr 1911 die Regierungsvorlage für die Umwandlung Elsaß-Lothringens in einen Bundesstaat einbrachte, griff Delbrück zur Unterstützung des Kanzlers selbst zur Feder. Dabei wollte er durchaus auf die »Eigentümlichkeiten der Elsaß-Lothringer« Rücksicht genommen wissen[294] und unterstrich das Risiko, welches darin liege, durch weitere Vorenthaltung einer vollgültigen Verfassung der »französischen Partei« zu Oberwasser zu verhelfen.[295] Doch wenn er in diesem Sinne einmal mehr vor alldeutschem Chauvinismus als politisch folgenreichem Makel nach Innen und Außen warnte, konnte er bei der Auflistung der »nationalen Gegensätze in der Ostmark, Nordmark und Westmark« die völkisch anmutende Überzeugung nicht verhehlen, im Elsaß und in Lothringen habe man es, von wenigen eingesprengten »Romanen« abgesehen, mit Deutschen zu tun, die »durch Geschichte, Gesinnung und Bildung vom deutschen Volkskörper wie abgeschnürt« waren.[296] Es ging also um den Umgang mit Menschen, die einem unveränderlichen Wesen nach deutsch, aber in Folge historischer Gegebenheiten politisch Richtung Frankreich hin orientiert waren und mit den rechten Methoden ebenso für den deutschen Staat gewonnen werden konnten.

In seiner Unterstützung der Regierungslinie hat Delbrück keinen Einwurf seines ›Experten‹ gelten lassen. Lehnte Kapp doch das durch die Regierungsvorlage projektierte bundesstaatliche Oberhaus wegen der vorgeblichen Inexistenz einer dasselbe zu beschickenden »deutsch-elsässischen Intelligenz« entschieden ab. Ebenso prophezeite der Pfarrer, dass die zwecks Eindämmung sozialdemokratischer Machtchancen entwickelte »Wohnsitzklausel«, die das Wahlrecht an eine mindestens einjährige Ansässigkeit am Wohnort binden sollte, nur dem »Franzosentum« entgegenkommen würde.[297]

Auch die übrigen, von Bethmann Hollweg und Wedel in die Wahlrechtsparagraphen des Verfassungsentwurf eingebauten Sicherungsmechanismen für eine konservative, deutschfreundliche Grundtendenz des einzurichtenden Landtags

292 Kapp: Zur elsässischen Kulturfrage [PJ 139/1]. Die »Elsaß-Lothringische Vereinigung« war 1909 unter dem Vorsitz Kapps gegründet worden und nahm für sich in Anspruch, auf einen elsaß-lothringischen Irredentismus zielender französischer Agitation entgegenzutreten, vgl. *Schäfer*, Mein Leben, S. 211; eine wissenschaftliche Darstellung der »Vereinigung« fehlt.

293 Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 28.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 32 f.

294 Hans Delbrück: Die Elsaß-Lothringensche Verfassung, in: PJ 143 (1911) 3, S. 553–555.

295 Hans Delbrück: Die Gesetze über die Leichenverbrennung, die elsaß-lothringische Verfassung und die Reichsversicherungs-Ordnung, in: PJ 144 (1911) 3, S. 562–565, S. 564.

296 Hans Delbrück: Die Verfassung für Elsaß-Lothringen, in: PJ 143 (1911) 1, S. 175–179, S. 175 f.

297 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 30.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 3–6.

hat Delbrück öffentlich befürwortet und etwa für die dort eingezogenen Altersgrenzen das »erlauchte Beispiel der alten römischen Republik« als Referenz aufgeboten.[298] Einzig die im ersten Verfassungsentwurf geforderte Eidesleistung der Landtagsabgeordneten lehnte Delbrück ausdrücklich ab, lehrten doch allzu viele Beispiele aus der parlamentarischen Praxis des übrigen Reiches, dass solche Eidesleistungen die Regierungskonformität der Abgeordneten durchaus nicht erhöhten, wobei die öffentliche Unübersehbarkeit dieses Missverhältnisses schlimmstenfalls den ethischen Wert des Eides an sich mindern konnte.

Vorschläge, diese Debatte mit tiefergehenden Überlegungen zu den staatsrechtlichen respektive verfassungspolitischen Grundlagen des Reiches zu verknüpfen, lehnte Delbrück ab.[299] Energisch positionierte er sich dagegen im Streit um die Stimmen, die ein zum Bundesstaat aufgewertetes Elsaß-Lothringen im Bundesrat haben sollte. Die erste Regierungsvorlage zur elsaß-lothringischen Verfassung hatte dieses Problem schlicht übergangen, derweil es für preußische Konservative und Freikonservative zum Einfallstor für ihre generelle Gegnerschaft zum Verfassungsprojekt wurde. Deren Bestreben, die seit der Reichsgründung bestehenden Zahlenverhältnisse im Bundesrat für die Ewigkeit zu sichern, inspirierte diverse Lösungsvorschläge, die Delbrück rundweg als Scheindebatte zum Nachteil der inneren Integration verwarf.[300] Dabei gestand er gleich zu Beginn der Debatte unumwunden zu, dass er Elsaß-Lothringens potentielles Gewicht im Bundesrat für vernachlässigbar niedrig und eine Art politischen Dekors hielt.[301] Wie seinen alten Parteigenossen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus, so war auch Delbrück nicht daran gelegen, dass Preußen sich gänzlich in Deutschland auflöste. Doch fiel es ihm leicht, den konservativen Kampf um die preußische Vorrangstellung im Bundesrat für eine partikularistische Verfehlung wider Preußens »welthistorischer nationaler Aufgabe« zu erklären, da ihm dessen Reichspolitik als eine unbezweifelbare Erfolgsgeschichte galt.

Hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Verfassungsprojekts war Delbrück deutlich optimistischer gestimmt als sein Cousin Clemens, der als Innenstaatsekretär unter Bethmann Hollweg federführend an dem Verfassungsentwurf und den parlamentarischen Verhandlungen beteiligt war.[302] Politische Teilhabe an

298 Delbrück: Die Verfassung für Elsaß-Lothringen [PJ 143/1], S. 178.

299 Wilhelm Kulemann an Hans Delbrück, 08.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kulemann, Wilhelm, Bl. 23–24; Hans Delbrück an Wilhelm Kulemann, 10.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 37.

300 Delbrück: Die Elsaß-Lothringensche Verfassung [PJ 143/3], S. 553–555; Hans Delbrück: Die Bundesratsstimmen des Reichslandes, in: PJ 144 (1911) 1, S. 181–185.

301 Delbrück: Die Verfassung für Elsaß-Lothringen [PJ 143/1], S. 179.

302 »Der Sieg ist schwerer geworden als ich damals geglaubt habe und manchmal werden Sie (und ich auch) an meiner Prophetengabe irregeworden sein.« Vgl. Hans Delbrück an Meta Delbrück, 02.06.1911, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Bl. 37 – 215/2016. Vgl. auch Hans Delbrück an Clemens Delbrück, 24.05.1911, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Bl. 37 – 215/2016; Clemens Delbrück an Hans Delbrück, 29.05.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Clemens, Bl. 8–10.

den inneren Angelegenheiten des Reichslandes sollte die Integration der Elsäßer und Lothringer ins Reich absichern. Zwar fänden sich noch immer »französisch Gesinnte« grade auch unter den gesellschaftlichen Eliten zwischen Rhein und Vogesen, doch schienen tatsächlich separatistische Tendenzen schwach genug, um das Wagnis begrenzter Autonomie einzugehen. Mit der Zeit würde eine ausgeweitete politische Teilhabe das Reichsland enger an den Gesamtstaat binden, als es jede repressive Verfassungsordnung jemals könnte. Denn selbst in prinzipiellem Gegensatz zu wesentlichen Aspekten der deutschen Staatsordnung stehende Gruppen wie Sozialdemokraten und »Klerikale« würden durch das Mittun im Geflecht der Institutionen und Parteien des Reiches, innerhalb derer sie notwendigerweise in der Minderheit waren, der »germanisierend« wirkenden Kraft sozialer Routinen unterworfen.[303] Delbrücks ostentativer Optimismus konnte der Reichsleitung nur willkommen sein, konnte und wurde vom Kanzler mit Emphase begrüßt, da es doch die Zustimmung

»eines gewissenhaften und selbstständigen Beurteilers ist, der sonst nicht in allen Punkten politisch ebenso denkt wie ich«.[304]

Wie in den Debatten über die spezifisch preußische Nationalitätenpolitik in Posen und Schleswig, ging Delbrück auch auf Reichsebene von einem rational begründeten Vertrauen in die realen Machtmittel Berlins aus, das großzügige Konzessionen zugunsten der inneren Integration des Reiches erlaubte, wie sie Bethmann Hollweg vertrat.[305] Das galt selbst für die letztlich verabschiedete Version des Verfassungsgesetzes, die um die meisten konservativen Sicherungsanker bereinigt, ein noch wesentlich demokratischeres Wahlrecht beinhaltete, als vom Kanzler und Clemens von Delbrück ursprünglich anvisiert.[306] Die konkreten Lebensbedingungen der regionalen Bevölkerung und ihrer französischsprachigen Teilmenge im Speziellen waren dabei nur von begrenztem Belang.[307] Den »Sprachenparagraphen« etwa, der das Deutsche als Unterrichts- und Geschäftssprache festschrieb, hat Delbrück nie berührt.[308] Dagegen wog die internationale Dimension der Verfassungsfrage für Delbrücks Standpunkt mindestens ebenso schwer, und ließ ihn gleich zweimal, im April- und im Juniheft des Jahres 1911, erklären:

»Denn welche Schmach wäre es vor dem gesamten Ausland, wie würde man jubeln in Frankreich, wenn nach solchem Anlauf und 40jährigem Warten es sich herausstellte,

303 Delbrück: Die Verfassung für Elsaß-Lothringen [PJ 143/1], S. 177 f.

304 Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 30.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 10. Zu Delbrücks und Bethmann Hollwegs Einvernehmen in der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage vgl. auch Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 28.03.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 34.

305 Delbrück: Die Bundesratsstimmen des Reichslandes [PJ 144/1], S. 183.

306 Hans Delbrück: Die Gesetze über die Leichenverbrennung [PJ 144/3], S. 564.

307 Delbrück: Die Elsaß-Lothringensche Verfassung [PJ 143/3], S. 553–555.

308 Zum »Sprachenparagraphen« vgl. *Preibusch*, Verfassungsentwicklung, S. 458.

daß die Deutschen immer noch nicht wissen, was sie mit dem eroberten Elsaß-Lothringen anfangen sollen!«[309]

Wie sehr die angespannte Großwetterlage der internationalen Politik im Sommer 1911 auch auf das »Elsaß-Lohtring'sche Problem«[310] zurückwirken mochte, mit der Verabschiedung des Verfassungsgesetzes sah Delbrück seine Mission auf diesem Feld als erledigt an. Bereits im Angesicht der ersten Landtagswahlen im Herbst 1911 hat Delbrück sich dem Ansinnen Kapps versagt, an einer Vortragsreihe der Elsass-Lothringischen Vereinigung in Straßburg teilzunehmen.[311] Mochte Kapp auch noch so eindringlich vor französischer Propaganda warnen.[312] Diese Zurückhaltung sollte im Reichsland nicht als Gleichgültigkeit des fernen Berliners aufgefasst werden, doch erachte man ebendort die Spannung im Elsaß und Lothringen für eine regionale, innenpolitische Angelegenheit eines nicht-preußischen Teilglieds des Reiches und enthalte sich jeder Einmischung. Zur Abwehr der von Kapp beklagten Propaganda französischer »Ritter v. Geiste«[313], deren Patriotismus Delbrück ebenso anerkannte, wie er ihre politischen Wirkungschancen für aussichtslos erklärte, sollte der Pfarrer sich an die örtlich zuständige Universität Straßburg wenden.[314]

Die Ergebnisse dieser ersten und letztlich einzigen Wahlen zur zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtags für das Novemberheft 1911 zu kommentieren, oblag dann auch wieder dem lokalen ›Experten‹. Unter dem Pseudonym Alsaticus genügte Wilhelm Kapp Delbrücks Wunsch, die Probe auf die Frage zu machen, ob die gegen das Verfassungsgesetz geltend gemachten Befürchtungen zutrafen, wonach durch die Verfassungsreform »das Franzosentum bekräftigt u. daß d. Land dem Klerikalismus ausgeliefert wird.«[315] Die Wahlergebnisse konnten schwerlich des ›Experten‹ besondere Sympathie finden, war doch das Zentrum mit Abstand stärkste und die SPD zweitstärkste Kraft geworden.[316] Dem

309 Delbrück: Die Bundesratsstimmen des Reichslandes [PJ 144/1], S. 184f; Delbrück: Die Gesetze über die Leichenverbrennung [PJ 144/3], S. 564.

310 Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 19.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 5–6.

311 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 16.09.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 7.

312 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 16.09.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 7.

313 Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 19.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 5–6.

314 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 16.09.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 7; Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 19.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 5–6.

315 Alsaticus [Wilhelm Kapp]: Die elsaß-lothringischen Landtagswahlen, in: PJ 146 (1911) 2, S. 361–365; Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 24.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 11.

316 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 30.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 12.

hatten die Liberalen im Reichsland nichts entgegenzusetzen.[317] Dennoch suchte Kapp dieser parlamentarischen Konstellation etwas abzugewinnen und legte den Fokus seiner Ausführungen darauf, die Marginalisierung der Frankreich zugeneigten Teile der Elsaß-Lothringischen Zentrumspartei herauszustellen, deren Orientierung an der ›Mutterpartei‹ im Reichstag nun nicht mehr zu bezweifeln wäre. So gesehen habe das Zentrum womöglich als einzige politische Kraft im »Reichsland« »die Macht, die national. Geister zu bannen«[318] Gleichzeitig seien Arbeiterschaft und liberales Bürgertum aber immer noch so stark, dass eine hegemoniale, »klerikale« Überformung der politischen Kultur nicht zu befürchten stände.[319]

Nachdem die elsaß-lothringische Verfassungsdebatte in den »Preußischen Jahrbüchern« so ihr Ende gefunden hatte, hat Delbrück auch 1912 und 1913 publizistische Kooperationsgesuche bezüglich des Reichslandes abschlägig beschieden. Weder einer Unterstützungsbitte des linken Straßburger Journalisten René Schickele, der eine Kampagne für die Amnestie der im frühen Kaiserreich zu Wehrpflichtverbrechern gewordenen Elsäßer betrieb, noch einer vertraulichen Interviewanfrage des US-amerikanischen Journalisten Frederic William Wile zum französischen Revanchismus hat er damals entsprochen.[320] So darf man annehmen, dass Delbrück die Geschicke des »Reichslandes« fortan wieder gänzlich anderen zu besprechen überlassen hätte, hätten nicht zwei dicht aufeinanderfolgende Krisen Elsaß-Lothringen zum Ausgangspunkt heftiger Auseinandersetzungen gemacht, welche letztlich die politische Ordnung des Reiches im Allgemeinen betrafen.

Bereits im Frühjahr 1912 erschien die elsaß-lothringische Verfassung in der Grafenstadener Affäre wieder in Gefahr. Die konservative, den westdeutschen Schwerindustriellen nahestehende »Rheinisch-Westfälische Zeitung« hatte im Januar die Leitung der örtlichen Elsässischen Maschinenbaugesellschaft, welche auch die preußische Eisenbahnverwaltung mit Lokomotiven belieferte, als ›reichsfeindliche‹ Agitatoren diffamiert und schwerlich uneigennützig nahegelegt, derselben keine Regierungsaufträge mehr zu überantworten. Auf die solcherart provozierten behördlichen Untersuchungen der Vorwürfe reagierend, hatte sodann die zweite Landtagskammer in Straßburg der Regierung des »Reichslandes« das Misstrauen ausgesprochen. Daraufhin empörte sich nicht nur wiederum die ›alldeutsche‹ Presse über die vorgebliche Undankbarkeit der so gnädig mit einer Verfassung beschenkten. Auch Wilhelm II. kannte in seiner Übereinstimmung mit dieser Interpretation des Geschehens kein Halten

317 *Hiery*, Wahlen und Wahlverhalten im Reichsland Elsaß-Lothringen, S. 87.

318 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 30.10.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 12.

319 [Kapp]: Die elsaß-lothringischen Landtagswahlen [PJ 146/2], S. 364.

320 René Schickele an Hans Delbrück, 30.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Straßburger Neue Zeitung, Bl. 1; Frederic Wiliam Wile an Hans Delbrück, 11.07.1913, in: SBB PK; Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wile, Frederic William, Bl. 13.

mehr und da er seinen Zornesausbruch auf einem Diner des Staatssekretärs für Elsaß-Lothringen, Hugo Freiherr Zorn von Bulach, vom Stapel ließ, wussten bald französische und deutsche Zeitungen aller Couleur zu berichten, dass der Deutsche Kaiser gewillt war, die nächste elsäßische Unbotmäßigkeit mit der Aufhebung der Verfassung und dem Anschluss des »Reichslandes« an Preußen zu beantworten.[321]

In der nachfolgenden Debatte über diese unverhohlene Androhung kaiserlicher Bereitschaft zum Verfassungsbruch, gehörte Delbrück, ähnlich wie in der Daily-Telegraf Affäre, zu den wenigen, die den Kaiser öffentlich in Schutz nahmen. Die inkriminierten Äußerungen erklärte er zu »Unterstellungen und Auslegungen eines Tischgesprächs«, denen deutlich über Gebühr Bedeutung zugemessen wurde. Seine Haltung zum Verfassungswerk revidierte Delbrück nicht. Die maßvolle Gewährung politischer Teilhabe für die regionale Bevölkerung erschien ihm weiterhin als das beste Mittel, eine Entwicklung zu erreichen,

> »die die Seele der Bevölkerung von der französischen Volksseele loslöse und schließlich mit der deutschen völlig verschmelze«.[322]

Auch in Bezug auf Elsaß-Lothringen prognostizierte Hans Delbrück für die Zukunft wiederkehrende Konflikte als Folge der gegebenen politischen, konfessionellen und nationalen Strukturen, denen jedoch nicht mit Hauruck-Aktionen, sondern mit Geduld und strategischen Kompromissen zu begegnen wäre.[323] Ein Standpunkt, der ausdrücklich einer historischen Dimension politischer Urteilsfindung entsprang, wie Delbrück gegenüber Wilhelm Kapp ausführte, der den Professor um eine Stellungnahme für die »Elsässischen Kulturfragen«, das Organ der Elsass-Lothringischen Vereinigung, gebeten hatte.[324] Nachdem 1815 das Rheinland an Preußen gefallen war, habe es schließlich auch bis zu den sogenannten Einigungskriegen gedauert, bis dass Kriegserlebnis und Siegesfreude ein einigendes Band geschaffen hätte, entlang dessen sich die Rheinländer »in den deutschen Nationalgedanken u. darin in den preußischen Nationalgedanken hineingelebt hatten.«[325] Noch mehr Geduld war demnach als nationale Großmachtstugend angebracht gegenüber einer Volksgruppe, deren »deutschen Rassenanlagen« Delbrück zwar nicht bezweifelte, deren politische Geschichte jedoch vorbehaltslose Identifikation mit dem deutschen Nationalstaat gar nicht erwarten ließ und die obendrein von den »Altdeutschen« fortwährend bekrittelt und mangelnden Patriotismus verdächtigt wurde. Tatsächlich galten die

321 *Preibusch*, Verfassungsentwicklung, S. 478–484.

322 Hans Delbrück: Annahme der Wehrvorlage im Reichstag. Neue Aussichten auf die Erbschaftssteuer. Das Verhalten der Sozialdemokraten. Der elsaß-lothringische Zwischenfall. Die freikonservative und nationalliberale Partei, in: PJ 148 (1912) 3, S. 557–564, S. 561.

323 Ebd.

324 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 08.06.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, Wilhelm, Bl. 13.

325 Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 12.06.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 5–7.

hitzigen Diskussionen um die nationale Zugehörigkeit der Elsäßer und Lothringer Delbrück gewissermaßen als Wachstumsschmerzen eines »werdenden Volkstums«.[326]

Noch weit höhere Wellen als die Grafenstadener schlug die Zabern-Affäre. Diese entzündete sich im Wesentlichen an Verdichtungen der Spannungen zwischen den alteingesessenen Elsäßern und Lothringern einerseits sowie den zugezogenen »Altdeutschen« andererseits, die sich vor allem aus dem Misstrauen zwischen Preußen und »Reichsländern« speisten, das in der Vergangenheit auch in den »Jahrbüchern« befeuert worden war.[327] Die Zabern-Affäre ist oft beschrieben worden. Nähere Ausführungen über die eben diese auslösenden Übergriffe von in Zabern stationierten Heeresangehörigen und die drakonischen Maßnahmen gegen infolgedessen protestierende Bürger der niederelsäßischen Stadt können an dieser Stelle daher ebenso außen vor bleiben wie weitergreifende Darstellungen der nachfolgenden Kriegsgerichtsprozesse und Reichstagsdebatten samt folgenlosem Misstrauensvotum der Reichstagsmehrheit von SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei gegen den Reichskanzler Bethmann Hollweg.[328] Delbrück schaltete die »Preußischen Jahrbücher« erst im Januar 1914 in die Debatte ein, als diese Ebene erreicht war und die Ereignisse in Zabern bereits etliche Wochen zurücklagen. Argumentative Grundmuster, die schon Delbrücks publizistische Schützenhilfe für die Reichsleitung in der Verfassungsfrage geprägt hatten, waren auch für diese späte Intervention in die Zabern-Affäre grundlegend. Wiederum sprang Delbrück dem dankbaren Kanzler bei[329], den er bei dem Versuch, es Armee und öffentlicher Meinung gleichzeitig Recht zu machen, durch widerstreitende Leidenschaften allermöglichen Seiten in Bedrängnis gebracht sah.[330] Zuspruch erhielt er dabei vor allem dort, wo seine weitgehende Unterstützung der Politik Bethmann Hollwegs auch in anderer Beziehung gutgeheißen wurde.[331]

Obwohl Delbrück öffentlich seine Sorge äußerte, in Zabern würden die Früchte jahrelanger Integrationsarbeit, binnen kurzem zerschlagen, zog er für die Nationalitätenpolitik eine günstige Bilanz. Die einhellige Empörung der zivilen Kreise in Elsaß-Lothringen, gleich ob »Altdeutsche« oder »Eingeborene«, galt ihm zusammen mit der breiten Unterstützung, welche dieser Protest im Reichstag erfuhr, als Gewähr nachhaltiger innerer Eingliederung des »Reichslands« in

326 Ebd.

327 v. B.: Der heutige Stand der Festungsfrage, in: PJ 65 (1890) 6, S. 601–629, S. 617.

328 Zuletzt *Fischer*, Alsace to the Alsatians?, S. 88–99. Für die ältere Forschung vgl. *Schoenbaum*, Zabern 1913; vgl. ferner *Wehler*, Der Fall Zabern 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs.

329 Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 05.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 20.

330 Hans Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler, in: PJ 155 (1914) 1, S. 185–193.

331 Max Lehmann an Hans Delbrück, 30.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lehmann, Max, Mappe III, Bl. 103–104; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 05.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 30–31.

den deutschen Nationalstaat.[332] Auch seien die entscheidenden, strukturellen Ursachen der Affäre nicht in den regionalen Verhältnissen zwischen Rhein und Vogesen zu suchen. Mitnichten handele es sich nämlich um eine »Auflehnung der Französlinge«, vielmehr hätten die Ereignisse in gleicher oder zumindest sehr ähnlicher Weise auch anderswo im Reich ihren Ausgang nehmen können. Schließlich sei Zabern von seiner demographischen Struktur her eine ausgesprochen »deutsche« Stadt und die heftige öffentliche Kritik unmöglich allein auf »die französisierende ebenso wie klerikal-demokratische Presse« zurückzuführen.[333] Als mit der Bestellung des neuen Statthalters Johann von Dallwitz die Zabern-Affäre im Frühjahr 1914 in der Öffentlichkeit zu einem Abschluss kam, urteilte Delbrück, »eine vernünftige Politik in Straßburg ist immer von zwei Seiten bedroht; hier durch den Trotz und die Widerspenstigkeit der französischen Traditionen und des Franzosentums, dort durch die Kurzsichtigkeit, die Aufgeregtheit und die Brutalität der Ueberdeutschen«, doch schien ihm ersteres die deutlich geringere Gefahr.[334]

In Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit verortete Delbrück die wesentlichen Triebfedern der Krise im Verhalten des verantwortlichen, militärischen Führungspersonals und speziell in deren Außendarstellung. Denn anders als die zeitgenößische linke und linksliberale Militarismuskritik billigte Delbrück dem Militär durchaus eine gewisse Sonderstellung im Staate zu. Dass dem Reichskanzler keine institutionelle Autorität gegenüber der militärischen Hierarchie zukam, fand nicht seine prinzipielle Kritik, und dass die militärische Disziplinargewalt sich zivile Einsicht- und Einflussnahme verbat, hielt Delbrück im Grundsatz ebenfalls für richtig. Tatsächlich beurteilte er sogar die konkreten Missetaten vor Ort nachsichtig. Doch gerade weil man deren Urhebern mildernde Umstände hätte zubilligen und ihnen leicht erträgliche Strafen auferlegen können, wäre es umso dringlicher geboten gewesen, nicht nur Strafen zu verhängen, sondern dies auch zügig und unter öffentlicher Kenntnisnahme zu tun, um der zu Recht erregten öffentlichen Meinung Genugtuung zu verschaffen. Denn aller Hochschätzung militärischer Werte und Sonderrechte zum Trotz, befand Delbrück das deutsche Staatswesen als auf einem Gleichgewicht verschiedener Kräfte begründet, welches es selbst dann zu bewahren galt, wenn das sachlich Nötige den eigenen Sympathien zuwiderlief.[335] Schließlich lehrten doch Welt- und Kriegsgeschichte, wie häufig selbst

»die schönsten Handlungen doch in irgendeiner Richtung strafbar waren. Eine kriminelle Verurteilung ist noch lange keine moralische Verurteilung, oft sogar schon das Gegenteil gewesen.«[336]

332 Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler [PJ 155/1], S. 194.
333 Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler [PJ 155/1], S. 189.
334 Hans Delbrück: Wechsel in der Statthalterschaft in Straßburg und im Ministerium des Inneren in Berlin, in: PJ 156 (1914) 2, S. 378–382, S. 381.
335 Hans Delbrück: Zabern und kein Ende, in: PJ 155 (1914) 2, S. 398–402, S. 399.
336 Delbrück: Zabern und kein Ende [PJ 155/2], S. 401.

Delbrücks ostentatives Verständnis für den militärischen Standpunkt galt also nur bis zu einem gewissen Punkt, nämlich soweit, bis dass die gesellschaftliche Akzeptanz der Sonderstellung der Armee in Frage stand und ihre Autorität leichter durch Reue und Selbstkritik als durch den Rückzug auf ihre alten Privilegien zu wahren war.[337] Die Heeresführung hätte also aus dogmatischer Engstirnigkeit den Zorn weiter Kreise des politischen Spektrums auf sich gezogen und dadurch vor allem die parlamentarische Bewilligung des militärischen Budgets unnötig in Gefahr gebracht.[338]

Zwar hat Delbrück auch Bethmann Hollwegs Krisenperformance im privaten Verkehr mit ›Reichsländern‹ durchaus abschätzig beurteilt.[339] Doch an erster Stelle machte er den preußischen Kriegsminister Erich von Falkenhayn für das verunglückte Regierungshandeln verantwortlich. Von diesem kolportierte Delbrück sogar, er habe sein rückhaltloses Eintreten für das Vorgehen der Armeebehörden in der Reichstagsdebatte vom 3. Dezember tags darauf bereits einsichtsvoll bereut.[340] Dagegen fühlte sich Falkenhayn bemüßigt, scharfe Verwahrung einlegen zu müssen. Er tat dies freilich nur im persönlichen Verkehr, und tatsächlich befolgte Delbrück auch seinen Wunsch, diesen Protest dem Publikum der »Jahrbücher« vorzuenthalten.[341] Im Übrigen hatte sich in Delbrücks Augen auch in der Zabern-Affäre die Überlegenheit des deutschen Konstitutionalismus gezeigt. Diejenigen Parteien, welche Bethmann Hollweg in der Verfassungsfrage weitgehend unterstützt hatten, votierten nun gegen ihn, während die konservativen Kritiker des Verfassungsgesetzes jetzt als einzige ihr Vertrauen zum Kanzler bekundeten. Dass die Leitung des Staates nicht an solche politischen Wechselwinde gekoppelt war, galt Delbrück einmal mehr als Garantie der Staatsordnung insgesamt. Eine Ordnung, die wiederum geeignet war, Parteigegensätze zu moderieren und Konsensfindung zu erleichtern, um tagespolitische Meinungsverschiedenheiten nicht den Rang existentieller Fragen erlangen zu lassen.[342]

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs stand man also in den »Preußischen Jahrbüchern« auf dem Standpunkt, dass Elsaß-Lothringen entgegen aller Schwierigkeiten und entgegen aller anderslautenden Prophezeiungen auf bestem Wege wäre, fest verflochtener Bestandteil des Deutschen Reiches zu werden. So fest, dass in fünfzig Jahren, wie nun die Prophezeiung ging, alle entgegenstehen-

337 Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler [PJ 155/1], S. 185–189; Delbrück: Zabern und kein Ende [PJ 155/2].

338 Hans Delbrück: Zabern und kein Ende [PJ 155/2], S. 401.

339 Hans Delbrück an Fritz van Calker, o. D. [22.01.1914], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 30, Bl. 31.

340 Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler [PJ 155/1], S. 187.

341 Erich von Falkenhayn an Hans Delbrück, 08.01.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Falkenhayn, Erich von, Bl. 1.

342 Delbrück: Zabern, die Parteien und der Reichskanzler [PJ 155/1], S. 192 f.; Delbrück: Zabern und kein Ende [PJ 155/2], S. 402.

den Zweifel als völlig weltfremd erscheinen müssten.[343] Ein Optimismus, den die »Jahrbücher« trotz mancher Diagnose von noch zu leistender Kulturarbeit nicht zuletzt im erzkatholischen Lothringen auch mit den hinsichtlich der Nationalitätenpolitik in Nord und Ost oft ähnlich gestimmten »Christlichen Welt« und Friedrich Naumanns »Hilfe« teilten.[344]

Bereits im Januar 1886 ist anlässlich der Übernahme der Statthalterschaft in Straßburg durch den nachmaligen Reichskanzlers Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst in den »Jahrbüchern« verkündet worden

»Es muß in der öffentlichen Meinung feststehen, daß es eine elsaß-lothringische »Frage« im politischen und nationalen Sinne nicht mehr giebt.«[345]

Dass im Reichsland immerhin die zweitgrößte nichtdeutsche Sprachgemeinschaft innerhalb der Reichsgrenzen lebte, änderte daran ebenso wenig etwas wie der Umstand, dass Delbrücks intensives Engagement in der »Polenpolitik« im Elsaß spezifische Resonanz erfuhr, die an als ähnlich empfundene Erfahrungen anknüpfte.[346] Nur kursorisch kam er gelegentlich auf die Situation auch der französischen Minderheit zu sprechen, wenn er die deutsche Nationalitätenpolitik als Makel des deutschen Ansehens in der Welt bedauerte und als Hemmschuh einer Politik kritisierte, die Deutschland als »Schützer des Nationalitätengedankens« besondere Gravität in der Rolle als Hüter eines Gleichgewichts der Großmächte verleihen sollte.[347] Dieser optimistische Grundzug prägte auch Delbrücks Auseinandersetzung mit den Angelegenheiten des Reichslandes, wenn sie eine kritische Marke erreichten, die zur Intervention anreizte. In der Verfassungsdebatte stand dieser Optimismus im Widerstreit mit den Ansichten von Delbrücks wichtigstem Ansprechpartner im »Reichsland«, Wilhelm Kapp. Sein Einsatz für die Verfassung mit einem relativ liberalen Wahlrecht korrespondierte mit seiner wachsenden Kritik am preußischen Dreiklassenwahlrecht. Dies war jedoch nicht Teil eines konsistenten Reformprogramms, sondern Ausdruck von Delbrücks Verfassungsverständnis, als einem je nach Bedarf zu implementierendem Reservoir von Verfahrensordnungen. Es galt ihm schlicht als den gegebenen, historisch bedingten »Eigentümlichkeiten« des Reichslandes am besten entsprechend.[348] Dass seine Durchsetzung mit einer Verfestigung der

343 Emil Daniels: Offiziere und liberale Partei in England. Die neue Kammer in Frankreich. Die Flugschrift des Herrn Lalance. Literatur zur orientalischen Frage und Ereignisse im Orient, in: PJ 156 (1914) 3, S. 553–566, S. 562.

344 *Alexandre*, Une conquête morale; *Greschat*. Elsaß-Lothringen im Spiegel der Christlichen Welt.

345 o. A.: Der neue Statthalter in den Reichslanden, in: PJ 57 (1886) 1, S. 97–99, S. 97.

346 Germanisation, in: Kölnische Volkszeitung, 04.02.1899.

347 Hans Delbrück: Deutschland und die allgemeine Weltlage, in: PJ 122 (1905) 3, S. 569–572.

348 Delbrück: Die Elsaß-Lothringensche Verfassung [PJ 143/3], S. 554.

Oppositionshaltung der konservativen Parteien bezahlt werden musste, nahm Delbrück billigend in Kauf.[349]

4. Die Frauenemanzipation

Die deutschen Frauen zählen nicht unter die klassischen, sogenannten »Reichsfeinde«. Anders als Katholiken und Arbeiterschaft fehlte ihnen auch eine spezifische parlamentarische Vertretung als Vehikel und Fokus politischen Engagements. Nichts destotrotz gehören sie in dem hier verfolgten Forschungsansatz untersucht, denn so waren sie doch durch gesetzliche Bestimmungen und ungeschriebene soziale Normen in ihrer politischen Teilhabe mehr als nur eingeschränkt. Vom aktiven wie passiven Wahlrecht gleichermaßen ausgeschlossen war ihnen auf Reichsebene ebenso wie in Preußen und sämtlichen anderen Gliedstaaten eine zentrale Bühne politischen Wirkens versperrt, die den nationalen und konfessionellen Minderheiten oder besser gesagt, deren männlichen Vertretern, bei aller Diskriminierung stets offenstand.[350] Die Vorstellung von einer ›natürlichen‹ Inferiorität der Frauen hat Hans Delbrück nicht geteilt und in den »Preußischen Jahrbüchern« ist sie auch nie prominent vertreten worden. Zur politischen Linie der »Jahrbücher« wurde unter seiner Ägide indes die Vorstellung von geschlechtlich definierten Lebenssphären, deren Grenzen gegen die Bedrohung einer radikalen Minderheit verteidigt werden mussten, die gegen die Interessen einer ›stillen Mehrheit‹ der Frauen agierte. Diese Linie ist zumal von Mitarbeiterinnen der »Blauen Hefte« mitgeprägt worden, die der Frauenbewegung fernstanden. Die größte Nähe gab es noch gegenüber dem gemäßigten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. Ein gewisser Reformbedarf wurde nicht in Abrede gestellt, doch sollte die »Frauenfrage« innerhalb der überkommenen geschlechtlich getrennten Lebenssphären aufgelöst werden. Entlang dieser Grundhaltung wurden zunächst und vor allem Fragen der Frauenbildung in den »Jahrbüchern« diskutiert sowie im Zuge einer Ausdifferenzierung der frauenpolitischen Agenden zwischen der Jahrhundertwende und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs frauenspezifische Felder der Sozialpolitik erschlossen. Ab etwa 1910 rückte das Frauenwahlrecht in den Mittelpunkt, wobei die »Jahrbücher« unter dem maßgeblichen Einfluss Bernarda von Nells zu einem Forum für Ideen wurden, die politische Teilhabe ohne die Einführung eines geschlechterunabhängigen allgemeinen Wahlrechts sichern sollten.

349 Delbrück: Die Bundesratsstimmen des Reichslandes [PJ 144/1], S. 184 f.; Delbrück: Die Gesetze über die Leichenverbrennung [PJ 144/3], S. 562–565.

350 *Richter/Wolff*, Demokratiegeschichte als Frauengeschichte; *Frevert*, »Unser Staat ist männlichen Geschlechts«, S. 128–132.

Auf Vermittlung des nationalliberalen Berliner Rechtswissenschaftlers Rudolf von Gneist übernahm Delbrück im Winter 1893 eine vergütete Vortragsreihe am Berliner Victoria-Lyceum, einer von der Schottin Georgiana Archer gegründeten höheren Mädchenschule mit einem gewissen Renommee für die Beschäftigung anerkannter Wissenschaftler. Diese Vorträge waren wohl zwar recht gut besucht, doch wandte sich Gneist bereits Anfang Dezember vertrauensvoll an Delbrücks alten Lehrer Sybel, dieser möge doch bitte diskret auf seinen früheren Schüler einwirken, der »sein Damenauditorium wohl nicht ganz richtig genommen« und dadurch Verstimmungen ausgelöst habe.[351] Gneist fürchtete, die Schülerinnen fühlten sich nicht ernst genommen, was ihm als eine Frage der didaktischen Methode galt und das sah Delbrück durchaus auch so. Doch hat er diese ›Methodenfrage‹ nicht reflektiert, sondern im Ergebnis dieser Intervention zulasten seiner akademischen Freiheit den Lehrauftrag abgebrochen.[352]

Dass eine unabweisbare Rücksichtnahme auf spezifisch weibliche Dispositionen die Lehrfreiheit einzuschränken drohte, stellte einen Faden eines Argumentationsstranges dar, der über das Feld der Frauenbildung hinaus zum Standardrepertoire der »Frauenfrage« in den »Preußischen Jahrbücher« werden sollte. Bereits im Oktoberheft 1893 hatte Constantin Rößler zum Anlass der Begründung der Gymnasialkurse für Mädchen durch Helene Lange in ähnlicher Stoßrichtung argumentiert. Im Anschluss an eine ostentative Sympathieerklärung für den gemäßigten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung um Lange votierte Rößler für eine streng monoedukative Organisation des Bildungswesens bis zur Berufsqualifikation und malte eindringlich die Hürden und Lasten aus, die der Frauen spätestens an der Universität harren würden.[353] Indem er sie mit allgemeinen Niedergangsarien auf die Universität verwoben hatte, welche demnach von unzweifelhaft unreformierbaren didaktischen Leerstellen und verschiedentlich devianten Studenten geprägt war, war Rößler zu dem Schluss gelangt, dass die deutschen Hochschulen eher zufällig und bloß gelegentlich der Wissenschaft geniale Männer und theoretisch wohl auch Frauen bescheren konnten, in der Masse aber den deutschen Frauen »weder in sittlicher noch in intellectueller Beziehung« Wachstum in Aussicht stellen konnten.[354] In der anhebenden Debatte um das Frauenstudium hat Delbrück 1897 erstmals einen grundlegenden Zusammenhang zwischen »wissenschaftlichem und sozialem

351 Rudolf von Gneist an Heinrich von Sybel, 07.12.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gneist, Rudolf von, Bl. 1–12.

352 Rudolf von Gneist an Heinrich von Sybel, 7.12.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gneist, Rudolf von, Bl. 1–2; Hans Delbrück an Heinrich von Sybel, 4.1.1894, in: GSta PK, VI. HA, Nl. Sybel, H. v., Nr. 10a, Bl. 93–94; Hans Delbrück an Rudolf von Gneist, o. D. [1894], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Gneist, Rudolf von, Bl. 1–4. Zum Victoria-Lyceum und Sybels eigene Vortragstätigkeit ebendort vgl. Heinrich von Sybel: Ueber Frauenbildung. Zwei Vorträge gehalten im Berliner Victoria-Lyceum, in: Deutsche Rundschau 45 (1885) 3, S. 344–360.

353 Constantin Rößler: Hingeworfene Gedanken zur Frauenfrage, in: PJ 74 (1893) 1, S. 19–48.

354 Ebd., S. 24.

Charakter« der Universitäten konstatiert, dem eine weitere Öffnung der Universitäten auch in geschlechtlicher Hinsicht, zum Nachteil gereichen müsste.[355] Dennoch hat Delbrück nach der Einführung des Gasthörerstudiums für Frauen an den preußischen Universitäten in diesem Jahr seine eigene Gemahlin umstandslos zum Besuch seiner aktuellen Vorlesung über »Allgemeine Kulturgeschichte« aufgefordert.[356]

Delbrück hat auch entschiedenen Befürwortern weiblicher Hochschulbildung in den »Jahrbüchern« Raum gegeben.[357] Bereits 1896 hatte Charlotte Broicher im Rahmen einer Sammelrezension verschiedener Veröffentlichungen der russischen Mathematikerin Sofia Kowaleskaja das Recht auf »intellektuelle Ausbildung« als wesentlichen Bestandteil der allgemeinen Persönlichkeitsbildung und notwendigen Voraussetzung zur selbstbestimmten Lebensführung für alle Menschen ungeachtet ihres Geschlechts eingefordert. Dabei scheute sie auch nicht die offensive Spekulation, der Widerstand gegen das Frauenstudium könne hier und da in persönlicher, männlicher Frustration vereinsamter Gelehrter über ein lieb- und frauenloses, rein der Wissenschaft gewidmetes Leben begründet liegen.[358]

Bildung als anerkannter Faktor der Persönlichkeitsbildung ungeachtet des Geschlechts wurde wohl nicht zuletzt darum zum Fundament der Frauenbildung als einem Dauerthema der »Preußischen Jahrbücher«, weil dieser Anspruch unter Aufrechterhaltung von nach Geschlechtern geschiedener Lebenssphären realisierbar war. Unter Delbrücks reger Anteilnahme haben insbesondere Bernarda von Nell und Ferdinand Jakob Schmidt die Mädchenschulbildung während des ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts als Chance dargestellt, in den einzurichtenden höheren Bildungsanstalten für Mädchen den Kanon humanistischer Bildung zu retten, der während der Jungenschulreformen um die Jahrhundertwende ins Wanken geraten war. Im Einzelnen hat Nell zwar Schmidts Hohelied auf die Inspiration, Pflege und Bewahrung der Individualität als spezifisch weiblicher Aufgabe im Menschenleben seit der biblischen Überlieferung die historischen Hürden individueller Selbstentfaltung von Frauen entgegengehalten. Unwidersprochen blieb dagegen Schmidts Hauptziel neben der Bewahrung des klassisch philologischen Unterrichts, nämlich die von einem unabweisbaren

355 Hans Delbrück: o. T., in: Arthur Kirchhoff: Die Akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe, Berlin 1897, S. 187.

356 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 114. Marie Goslich soll sogar schon 1888 klandestine Besuche von Delbrücks Vorlesungen unternommen haben, vgl. *Bortfeldt*, Frühes Licht und später Schatten, S. 189 f. Da Bortfeldt im gleichen zeitlichen Zusammenhang Hans und Lina Delbrücks Verlobung und Hochzeit behandelt, die tatsächlich bereits 1884 stattfanden, erscheint die Überlieferung jedoch zweifelhaft.

357 Karl Breul: Die Frauencolleges an der Universität Cambridge, in: PJ 67 (1891) 1, S. 30–61, S. 32.

358 Charlotte Broicher: Sonia Kovalesky in Beziehung zur Frauenfrage, in: PJ 84 (1896) 1, S. 1–18, S. 7 f.

Zeitgeist eingeforderte Verbreiterung der Frauenbildung von der allgemeinen Frage der Frauenemanzipation abzukoppeln.[359] Im Ergebnis dieser Abkopplung hätte der Frauenbewegung erweiterte Bildung zugestanden, aber dafür bisher zuvörderst durch die Hürden formaler Bildung rein männlich gehaltene gesellschaftliche Rollen und Berufsgruppen nun durch entsprechende Organisation der neuen Bildungsinstitutionen vor dem Zutritt von Frauen weiter verschlossen gehalten werden sollen. Dorthin, so das Mantra auch »aufgeklärter Konservativer«, würde es ohnehin nur einige wenige deviante Frauengestalten ziehen, die eine größere Mehrheit der Frauenbewegung zu deren eigenem Nachteil mobilisiere, als Vorkämpferinnen einer revolutionär-sozialistischen Irrlehre von der Gleichartigkeit aller Menschen, die eine »zunehmende Funktionsstörung in dem sittlichen Organismus des Staates« befürchten ließ.[360]

Analog zu Schmidts Argumentation in Sachen Mädchenschulbildung hat auch Hans Delbrück die Forderungen nach gleichberechtigtem Bildungszugang für Frauen in der Öffentlichkeit der »Preußischen Jahrbücher« grundsätzlich anerkannt. Anlässlich des hundertjährigen Jubiläums der Berliner Universität im Herbst 1910 über das zwei Jahre zuvor in Preußen eingeführte Frauenstudium Bilanz ziehend, hat er diesem im Allgemeinen das Attribut der »Fortschrittlichkeit« zugebilligt. Auch hat er seine eigenen Hörerinnen weder in spezifisch fachlicher noch in allgemein kognitiv-intellektueller Hinsicht hinter die männlichen Studenten zurückstellen wollen. Doch verlieh er insbesondere am Beispiel von akademischer Lehre und Brauchtumspflege der festgefügten Vorstellung von der Universität als männlichem Soziotop Ausdruck. Die Übertretung der Grenzen zwischen geschlechtlich definierten Lebensbereichen musste demnach speziell im Falle der Universität der geschlechtlichen Identität des Einzelnen und infolgedessen der sittlichen Ordnung der Gesellschaft zum Schaden gereichen.[361] Das begann mit der tief empfundenen Eingrenzung der akademische Redefreiheit

359 Ferdinand Jakob Schmidt: Die höhere Mädchenschule und das klassische Altertum, in: PJ 108 (1902) 1, S. 1–21, insbesondere S. 17 f.; Bernarda von N… [Bernarda von Nell]: Klassisches Altertum und höhere Mädchenschule, in: PJ 110 (1902) 2, S. 224–263, insbesondere S. 255 f.; Ferdinand Jakob Schmidt: Das Prinzip für die Reorganisation der höheren Mädchenschulen, in: PJ 126 (1906) 3, S. 391–409, insbesondere S. 402; Bernarda von Nell: Zu den Erwägungen über die Mädchenschule, in: PJ 127 (1907) 1, S. 146–148, insbesondere S. 146 f. Zu Delbrücks redaktionellen Eingriffen in die Diskussion vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 29.09.1902, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 77–78; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 01.01.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 35–40. Zur Reform des preußischen Mädchenschulwesen im Allgemeinen vgl. *Albisetti*, Mädchen- und Frauenbildung im 19. Jahrhundert, S. 282–300. Zur Mädchenschulkonferenz 1906 vgl. *Lohbeck*, Das höhere Schulwesen in Preußen im 19. Jahrhundert, S. 112–114.

360 Schmidt: Das Prinzip für die Reorganisation der höheren Mädchenschule [PJ 126/3], S. 392–394.

361 Hans Delbrück: Das Berliner Universitäts-Jubiläum, in: PJ 142 (1910) 2, S. 193–204, hier insbesondere S. 195–197.

auf der Ebene der Themenwahl und der Semantik, auf die Delbrück den preußischen Kultusminister im Besonderen aufmerksam machte.[362] Denn

»ihre [der Studentinnen; d. Vf.] Anwesenheit verhindert mich zuweilen, gerade bei den Stellen, die von der Würde des Weibes und der Bedeutung der Monogamie in der Geschichte handeln, diejenigen Töne zu finden, die ich anschlagen könnte, wenn ich allein zu jungen Männern spräche.«[363]

Im Übrigen setzte sich die Spur der drohenden sittlichen Schäden fort über die Erniedrigung ihrer ›Weiblichkeit‹, die es bedeutete, wenn eine Frau in entsprechend funktioneller Bekleidung einem Fackelzug beiwohnte, an bierseligem Kommers oder gar der Mensur teilnahm. So schloss er mit dem Appell, jedes »Symptom« einer schädlichen Einwirkung des Universitätsstudiums auf die »Weiblichkeit« demselben ausgesetzter Frauen, ohne Säumnis zum Gegenstand öffentlicher Kritik zu machen, wofür er ausdrücklich Applaus seitens der Anhänger des Frauenstudiums einforderte.[364]

Auf der langen Liste derer, die unter Delbrücks Betreuung in Berlin promoviert haben, befindet sich anders als etwa im Falle seines Schwagers Harnack denn auch keine einzige Frau.[365]

In ihrer Ablehnung des Frauenstudiums ging die jüdische Mannheimer Schriftstellerin Anna Schellenberg aus dem Umfeld Stefan Georges noch deutlich weiter als Delbrück oder Constantin Rößler, indem sie im Februarheft 1911 explizit bezweifelte, ob Frauen grundsätzlich zu wissenschaftlicher Betätigung befähigt seien. Die solcherart gepredigte Geschlechtlichkeit sämtlicher Lebensbereiche endete dabei notwendigerweise in der konkreten Exemplifikation, wenn die zuvor aufgestellten Gesetzmäßigkeiten bezüglich der Wechselwirkungen zwischen weiblicher ›Eigenart‹ und sozialem Feld stillschweigend ausgesetzt wurden, um kurzerhand erklären zu können, dass Marie Curies wissenschaftliche Leistungen in keiner Beziehung zu ihrer »Frauenart« standen, sondern sich schier zufällig, derselben zum Trotz ergeben hatten.[366]

Insgesamt lässt sich ein Bezug auf die Frauenbildung ein relativ breiter Meinungskorridor in den »Jahrbüchern« ausmachen. In dessen Grenzen konnten sowohl Adolf von Harnacks Einsatz für die Mädchenschulreform und durch seine Mitarbeiterin in der Kirchenväterkommission Christine von Wedel der ek-

362 Delbrück: Das Berliner Universitäts-Jubiläum [PJ 142/2], S. 196; Hans Delbrück an [August von Trott zu Solz], 03.11.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 1.

363 Delbrück: Das Berliner Universitäts-Jubiläum [PJ 142/2], S. 196.

364 Ebd., S. 197.

365 Vgl. das Verzeichnis der Dissertationen aus Delbrücks Schule, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 71. Zu Adolf von Harnacks Haltung zum Frauenstudium und seinen Schülerinnen vgl. *Kampmann*, Adolf Harnack zur Frauenfrage, S. 451–502.

366 Anna Schellenberg: »Persönlichkeit« und Frauenart, in: PJ 143 (1911) 2, S. 272–297, S. 288 f. Zu Schellenbergs Verbindung mit dem George-Kreis und der Rezeption ihrer Publizistik ebendort vgl. Friedrich Gundolf an Anna Schellenberg, 12.11.1911, in: *Bock/Helbing*, Gundolf Briefe, S. 77f

latante Mangel von anstellungsfähigen Nachwuchskräften für deren Umsetzung kritisiert werden. Ebenso wie auch vor einer riskanten ›Gleichmacherei‹ gewarnt werden konnte, die letztlich den zivilisatorischen Status Deutschlands gefährdete.[367] Anna Schellenberg suchte sogar von der Warte ihrer eigenen, spezifisch mutterschaftlichen Erfahrungen aus ganz grundsätzlich das öffentliche Schulwesen zu befehden, das an der Mission scheitere, die Zukunft Deutschlands vor solchen Schreckgespenstern wie der »Sucht nach unselbstständiger, pensionsberechtigter Bureauenge« zu schützen. Ein entsprechender Beitrag wurde 1913 durch Emil Daniels mit der Begründung abgelehnt, die Redaktion müsse bereits eine thematische Übersättigung bei den Lesern befürchten.[368]

Das Paradigma von den geschlechtlich geschiedenen Lebenssphären prägte auch die Behandlung der Geschlechterverhältnisse durch die Autoren der »Preußischen Jahrbücher« auf anderen Feldern. Diese konnten so skurrile Blüten treiben, wie den Versuch des unter dem Pseudonym Robert West kunsthistorische Abhandlungen schreibenden, preußischen Kammerherrn Georg Graf von Schlieffen, jeder Lebensäußerung Geschlechtlichkeit nachzuweisen, in dem er eine Theorie entwarf, wonach die gesamte europäische Kunstgeschichte seit der Antike von einer ominösen, kulturimmanenten kunstbildenden Kraft durchzogen war, eben dem »feministischen Element«, das notorisch zu Dekadenzentwicklungen führte, denen bislang aber noch jedes Mal eine kulturelle Erneuerungsbewegung entgegengetreten sei. In diesem Sinne habe etwa die »männliche«, »germanische« Reformation das »feministische«, katholische Mittelalter beendet.[369] Vor allem aber traten stärker als in den zur Kompromisslösung der »Frauenfrage« auserkorenen Auseinandersetzungen mit der Frauenbildung die Grundmuster hierarchischer Geschlechterordnung in Fragen der Sozialpolitik und des Familienlebens hervor.

367 Paul Rohrbach: Bespr. Von Harry Schmitt, Frauenbewegung und Mädchenschulreform, in: PJ 110 (1902) 2, S. 342–344; Christine von Wedel: Der Oberlehrer-Mangel an den Mädchengymnasien, in: PJ 138 (1909) 1, S. 87–94;.zur Person von Wedels vgl. *Kampmann*, Adolf Harnack zur Frauenfrage, S. 683; Richard Wagner: Mädchenschulreform und Oberlehrerinnenfrage, in: PJ 139 (1910) 1, S. 120–125; Schnell: Ein Jahr preußische Mädchenschulpolitik, in: PJ 140 (1910) S. 83–96; Schnell: Das Abiturientenexamen der Frauen, in: PJ 143 (1911) 1, S. 111–120; Paul Pachaly: Der Frauenweg zur Universität in Preußen, in: PJ 154 (1913) 1, S. 130–135. Zu Harnack und der Mädchenschulreform vgl. *Kampmann*, Adolf Harnack zur Frauenfrage, S. 245–450.

368 Anna Schellenberg an Emil Daniels, 22.10.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 18–19; Emil Daniels an Anna Schellenberg, 30.10.1913, in: Fasz. 158, Nr. 47, Bl. 20–21. Dieses Begehren stand im Zusammenhang mit Anna Schellenbergs Auftritt auf dem Kongress des Bundes für Schulreform in Breslau, vgl. dazu Anna Schellenberg an Emil Daniels, 06.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 20–21 und *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 145.

369 Robert West [Georg Graf von Schlieffen]: Das feministische Element im Kunstgewerbe, in: PJ 150 (1912) 2, S. 215–232.

Noch als Prinzenerzieher in Potsdam hatte Hans Delbrück 1876, wohl in Auseinandersetzung mit Heinrich von Kleists Drama »Penthesilea«, den Amazonenstaat mit der Frauenemanzipation gleichgesetzt und den apodiktischen Kommentar notiert, dass »zugleich Amazone und liebendes Weib zu sein« ein unauflöslicher Widerspruch sei, da »ein Weib nur einen stärkeren Mann lieben« könne.[370] Sofern sie nicht unter die Perspektive der Frauenbildung subsumiert wurden, schienen Fragen der Familienordnung und Sexualität während der längsten Zeit seiner Herausgeberschaft der »Jahrbücher« jedoch nur am Rande auf. Etwa in der kritischen Behandlung der besonders im Zusammenhang der Frauenemanzipation rezipierten These einer urgeschichtlichen Matriarchatsordnung durch den Jenenser Indogermanisten Berthold Delbrück 1895. Sowie ferner in der Analyse der biblischen Schöpfungsgeschichte durch den Karlsruher Arzt und Philosophen Max Dreßler im gleichen Heft, welcher in den Passagen über Adam und Eva im Garten Eden die literarische Verdichtung der Geschlechtlichkeit von Verstand und Gefühl als im Zusammenleben von Mann und Frau einander ergänzenden menschlichen Grundwesenszügen erkennen wollte. Während Berthold Delbrück die Matriarchatsthese ohne Schlussfolgerungen für die eigene Gegenwart verwarf, fand Dreßler immerhin positive Resonanz bei der bekannten schwedischen Reformpädagogin und moderaten Frauenrechtlerin Ellen Key.[371]

1895 hatte Hans Delbrück die Öffnung des Evangelisch Sozialen-Kongresses für weibliche Mitgliedschaften, wie auch für die ›Frauenfrage‹ als Kongressthema mitgetragen. Der ebendort mit sozialpolitischen Ambitionen programmatisch hervorgetreten Elisabeth Gnauck-Kühne hat er zwar in sachlichen Details widersprochen, das Referat der Sozialpolitikerin jedoch als erfolgreichen Präzedenzfall für eine zukunftsweisende Entwicklung anerkannt, nach der Frauen auf den Bühnen des öffentlichen Raumes an der sie spezifisch betreffenden Politik vorurteilsfrei beteiligt werden würden.[372] Diese reichlich voreilige Einschätzung fiel freilich insofern leicht, als dass Gnauck-Kühne bei allem Einsatz für die Nöte der Arbeiterinnen und aller progressiven Theorie an konservativen Leitbildern von

370 Hs. Notiz Hans Delbrücks, 1876, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 11–12. Zu Delbrücks Rezeption der Werke Heinrich von Kleists vgl. Lina Delbrücks Angaben Ebd.

371 Berthold Delbrück: Das Mutterrecht der Indogermanen, in: PJ 79 (1895) 1, S. 14–29. Zur Matriarchatstheorie vgl. *Hartmann*, Zur Geschichte der Matriarchatsidee. Max Dreßler: Die Schöpfung des Weibes, in: PJ 79 (1895) 1, S. 1–13, S. 8; *Key*, Mißbrauchte Frauenkraft, S. 40. Vgl. ferner auch Max Lorenz: Frauenwerke, in: PJ 94 (1898) 1, S. 164–169; Adolf Matthaei: Frauenbewegung und Sexualethik, in: 137 (1909) 2, S. 340–341.

372 Elisabeth Gnauck-Kühne: Erinnerungen einer freiwilligen Arbeiterin, in: Die Hilfe 1 (1895) 6, S. 3 f.; Dies.: Erinnerungen einer freiwilligen Arbeiterin [II], in: Die Hilfe 1 (1895) 7, S. 2–3; Friedrich Naumann an Hans Delbrück, 28.02.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Naumann, Friedrich, Bl. 1; Delbrück: Die agrarische Rede des Fürsten Bismarck, S. 197 f. Zu Elisabeth Gnauck-Kühne vgl. *Becker*, Die Frauenfrage als soziales Problem, S. 166–169.

der vorrangingen Bestimmung der Frau zur familiären Häuslichkeit festhielt.[373] Beiträge zur Relation zwischen Frauenemanzipation und ›sozialer Frage‹ fanden in der Folge sukzessive häufiger Aufnahme in die »Jahrbücher«.[374]

Verstärkt haben sich in diesem Zuge die Felder von Sozialpolitik und Familienordnung überlappt. So hat Delbrück etwa 1908 den renommierten Pädagogen Friedrich Paulsen zur Rezension von Marianne Webers »Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung« angeheuert, der für die gesetzliche Vorrangstellung des Mannes in der Ehe noch eine Referenz in der historischen Staatenwelt bemühen musste, wenn er den Niedergang der frühneuzeitlichen polnischen Adelsrepublik als Beleg für die höhere Effizienz hierarchischer Systeme anrief.[375] Doch hat Weber in ihrer Replik bereits nicht bloß eine fortgesetzte rechtliche Privilegierung des Mannes als Herabwürdigung auch von dessen Geschlechtlichkeit kritisiert, sondern auch ein geschlechtsunabhängiges Haushaltsvorstandsrecht für die jeweils ökonomisch gewichtigere Ehepartei gefordert.[376]

Die deutschen Frauen von derartigen Irrwegen abzubringen, trachtete dagegen Anna Schellenberg, deren nachdrücklich rezipierter Artikel »Persönlichkeit und Frauenart« 1911 auch im »Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie« neu abgedruckt wurde.[377] Armiert mit tatsächlicher oder vermeintlicher empirischer Akkuratesse auf Grundlage von Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes zog Schellenberg in den »Jahrbüchern« gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen und eine angeblich daraus resultierende Ehe- und Kinderlosigkeit zu Felde und forderte ein Verbot der Fabrikarbeit für Frauen, um deren Körper und Seelen für Mutterschaft und Familienleben zu schonen, anstatt sie mit den Männern zum beiderseitigen Nachteil um Arbeitsplätze konkurrieren zu lassen.[378] Die antifeministische Grundannahme von der familienschädigenden Wirkung weiblicher Erwerbsarbeit wurde in den »Jahrbüchern« überwiegend günstig rezipiert. Speziell Anna Schellenbergs Kampagne in dieser Sache ist von Delbrück und Daniels nachdrücklich redaktionell unterstützt und auch in weiten Teilen gutgeheißen worden.[379] Ihre Parolen gegen ökonomische Emanzipation und

373 *Becker*, Die Frauenfrage als soziales Problem, S. 171 f.

374 Max Lorenz: L. Braun, Frauenarbeit und Hauswirtschaft, in: PJ 105 (1901) 3, S. 546–550; Max Lorenz: Zwei Frauenbücher, in: PJ 110 (1902) 2, S. 345–349.

375 Friedrich Paulsen: Die Frau im Recht der Vergangenheit und der Zukunft, in: PJ 132 (1908) 3, S. 396–413.

376 Marianne Weber: Zum Eherecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, in: PJ 133 (1908) 2, S. 346–353.

377 Schellenberg: »Persönlichkeit« und Frauenart [PJ 143/2]; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 03.07.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 6–7; vgl. auch Knight: Guardians of the race, S. 116–118.

378 Emil Daniels an Anna Schellenberg, 23.11.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 159, Nr. 41, Bl. 1; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 10.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 3; Schellenberg: Persönlichkeit und Frauenart, S. 283–285.

379 Adolf Matthaei: Frauenliteratur, in: PJ 139 (1910) 3, S. 524–526. Hier ist es nötig, Ute Planert zu korrigieren, die den regelmäßigen Literaturkritiker der »Preußischen Jahrbücher«

personenstandsrechtliche Gleichstellung der Frauen, zur Bewahrung von deren gesellschaftsstabilisierender exklusiver Rolle als Hausfrau und Mutter[380], bis hin zu weitgespannten historischen Analogien, wonach

»die späte Römerzeit in einigen Zügen der unseren [gleicht], besonders in der Verwischung der Geschlechtscharaktere, wie im Intellektualismus, der zur Kinderlosigkeit führt.«[381]

waren Berichtsgegenstand der Tageszeitungen. Dass sie selbst in der Provinzpresse wiedergegeben wurden, dürfte nicht zuletzt in dem Renommee der »Jahrbücher« als Publikationsort begründet gewesen sein.[382]

Delbrück bedauerte auch selbst öffentlich die Schäden, welche die weibliche Erwerbsarbeit, zumal in den Arbeiterschichten, dem Familienleben bereits zugefügt hätte. Andererseits suchte er mit fachlichen Referenzen aufzuzeigen, dass die vielfach kolportierten Einschätzungen über einen demographisch-krisenhaften Rückgang der Eheschließungen gegenstandslos waren und zeigte sich überzeugt, dass im Sinne des Gemeinwohls durchaus noch weitere Tätigkeitsfelder den Frauen geöffnet werden könnten.[383]

Ferner hat Delbrück auch ausdrücklich als Gegengewicht betrachtete, kritische Widerrede gegen Schellenberg seitens Alma von Hartmanns und Gertrud Bäumers, damals Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, in die »Jahrbücher« aufgenommen, auf der redaktionellen ›Hinterbühne‹ miteinander verknüpft und bis hin zu stilistischen Einmischungen betreut.[384] Interessant ist diese Konstellation schon insofern, als dass sich Anna Schellenberg in ihrer wiederkehrenden Rede von der Frauenbewegung als avantgardistischem Unterneh-

»Ad. Matthaei« als den, im Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation engagierten Danziger Kunsthistoriker Adalbert Matthaei identifiziert hat. Tatsächlich stammt der bei *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 42 referenzierten Beitrag in den »Preußischen Jahrbüchern« jedoch von Adolf Matthaei aus Cuxhaven, vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe V, Bl. 487; Ebd., Bl. 493. Anna Schellenberg an Emil Daniels, 15.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 10–11; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 17.02.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 17; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 22.10.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 18–19; Emil Daniels an Anna Schellenberg, 30.10.1913, in: Fasz. 158, Nr. 47, Bl. 20–21; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 06.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 20–21; Hans Delbrück, hs. Notiz auf einem Sonderdruck von Schellenberg: »Die wirtschaftlichen Tatsachen«, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 141.

380 Anna Schellenberg: »Die wirtschaftlichen Tatsachen« und die Ziele der Frauenbewegung, in: PJ 150 (1912) 2, S. 292–319, insbesondere S. 298 u. S. 306.

381 Ebd., S. 316.

382 *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 158

383 Hans Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß, in: PJ 148 (1912) 1, S. 125–141, insbesondere S. 125–132.

384 Alma von Hartmann an Hans Delbrück, 05.08.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hartmann, Alma von, Bl. 16; Gertrud Bäumer an Hans Delbrück, 18.11.1912, in: SBB PK,

men ohne Rückbindung an die Mehrheit traditioneller Ehefrauen und Mütter schließlich ohne weiteres ausgerechnet auf Alma von Hartmanns Gatten Eduard beziehen konnte, der in der antifeministischen Presse als Referenz für das naturwidrige und sozialdegenerative Wesen weiblicher Betätigung in der Politik aufgerufen wurde.[385] Alma von Hartmann dagegen verhieß in bekennendem Widerspruch zu Delbrücks eigener Ansicht, dass eine Gleichstellung der Geschlechter in der Ehe diese Institution ebenso signifikant stärken würde, wie die allgemeine soziale Ordnung, die auf ihr beruhte.[386]. Doch treten in dieser publizistischen Debatte auch prinzipiell konträre Argumentationsmuster deutlich zutage. Mochten sich Bäumer und Schellenberg auch beide für bürgerliche Patriotinnen erachten, die mit Schiller und Kant argumentierten; so wollte Bäumer mit Delbrück die unveränderte Bedeutung der Ehe empirisch belegen, während Schellenberg ihre vorrangige, prognostische Einsicht in die Ordnung der Dinge von Ehe- und Familienleben, essentialistisch aus ihrer eigenen Mutterschaft ableiten zu können glaubte.[387]

Mit der wachsenden Dominanz Bernarda von Nells als Delbrücks »Haus- und Hofautorin für die Behandlung von Frauenfragen«[388], wurden frauenbezogene Probleme der Sozial- und Familienpolitik in den »Jahrbüchern« zunehmend mit der übergeordneten Frage nach politischer Teilhabe von Frauen verknüpft.[389] Nicht zuletzt dank Delbrücks Verbindungen in Berlin fand Nell über Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg Beachtung. Ihre Ideen im Geiste einer evolutionären Emanzipationspolitik unter Wahrung bestimmter geschlechtlich definierter Lebenssphären wurden im Ausschuss des Deutschen Evangelischen Frauenbundes ebenso diskutiert wie in der jedem progressivem Feminismus

Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bäumer, Gertrud, Bl. 3; Alma von Hartmann an Emil Daniels, 18.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hartmann, Alma von, Bl. 17; Hans Delbrück an Gertrud Bäumer, 19.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 38; Hans Delbrück an Gertrud Bäumer, 23.12.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Debrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 5; Gertrud Bäumer an Hans Delbrück, 23.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bäumer, Gertrud, Bl. 5–6; Alma von Hartmann: Die Geschlechter, in: PJ 151 (1913) 1, S. 87–99; Gertrud Bäumer: Persönlichkeit, Familie und Gesellschaft in der Frauenfrage, mit einer Replik von Anna Schellenberg, in: PJ 151 (1913) 3, S. 509–528.

385 *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 86; der konkrete Verweis auf Hartmann findet sich unter Anm. 304 in den Anmerkungen zum zweiten Kapitel, S. 323.

386 von Hartmann: Die Geschlechter [PJ 151/1], S. 92–95; Ebd., S. 99.

387 Bäumer: Persönlichkeit, Familie und Gesellschaft in der Frauenfrage [PJ 151/3], S. 520; Ebd., S. 526.

388 *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 194.

389 Bernarda von Nell: Frauenstimmrecht und weibliche Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten, in: PJ 150 (1912) 3, S. 414–438. Eine überarbeitete Fassung erschien im Oktober 1913 in der Zeitschrift des Katholischen Frauenbundes, vgl. Bernarda von Nell: Die obligatorische Einforderung weiblicher Gutachten, in: Die christliche Frau. Zeitschrift für höhere weibliche Bildung und christliche Frauentätigkeit in Familie und Gesellschaft. Zugleich Organ des Katholischen Frauenbundes 12 (1913) 1, S. 13–18.

unverdächtigen »Kreuzzeitung«.[390] Die staatspolitische Bedeutung von Eheleben, Familie und der Rolle der Frau nahm Nell nicht in Schellenbergscher Manier für eine unhintergehbare, naturrechtliche Bestimmung, sondern wollte sie an ihrem Nutzen für das Gemeinwesen gemessen wissen. Dieses läge eben in aus Geschlechterrollen und geschlechtlicher Arbeitsteilung resultierender spezifischer Expertise, etwa im Bereich der Hauswirtschaft, der Schuldbildung und der Fürsorge, die auf kommunaler Ebene in Fachkommissionen zur Anwendung gebracht werden könnte, indem für derartige politische Verfahrensformen verbindliche ›Frauenquoten‹ eingeführt würden.[391] Des Weiteren sprach sich Nell für die Gründung von Hausfrauenorgansiationen nach dem Muster der »Reichsorgansiation der Hausfrauen Österreichs« aus und verteidigte das Vorhaben 1914 in einem Offenen Briefwechsel in den »Jahrbüchern«, da Frauen ja »so vieles »überhören«« müssten.[392] Die »Reichsorganisation« strebte eine Regulierung beziehungsweise kooperativen Umgehung des Zwischenhandels im Bereich landwirtschaftlicher Erzeugnisse an, was den Vorwurf eines von vorneherein zum Scheitern verurteilten Widerstands gegen die Gesetze des Marktes nach sich zog. Für Nell lag in den deutschen Vereinigungen gleicher Stoßrichtung jedoch über den praktischen ökonomischen Nutzen für Landwirtschaft und Konsumentinnen hinaus die Chance, durch die Arbeit einer solchen Organisation die Befähigung der Frauen zur Mitwirkung an öffentlichen Angelegenheiten zu beweisen und damit wiederum auf ihr lang gehegtes Ziel von der quotenmäßig festgesetzten Beteiligung von Frauen an staatlichen und kommunalen Fachkommissionen hinzuwirken.[393]

Als Constantin Rößler 1893 die »Frauenfrage« in die »Preußischen Jahrbücher« einführte, unterstrich er, dass »obwohl man ja das Beispiel der Amazonen alter und neuer Zeit, der Königin Libussa und ihres Mägdekrieges und Aehnliches zur Verfügung gehabt hätte«, noch nirgendwo eine Initiative für eine Heeresdienstverpflichtung der Frauen hervorgetreten wäre.[394] Diese Verknüpfung von

390 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 01.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 99–102; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 17.11.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 107–108.

391 von Nell: Frauenstimmrecht und weibliche Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten [PJ 150/3], S. 429; Ebd., S. 435 f.

392 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 12.05.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 7–8. Zum redaktionellen Ablauf und der Anonymität des »hochgestellten« Diskutanten vgl. auch Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 14.04.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 3–4; Bernarda von Nell an Emil Daniels, 12.05.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 9–10.

393 Bernarda von Nell: Hausfrauen-Organisation, in: PJ 156 (1914) 2, S. 345–348; Bernarda von Nell: Hausfrauen-Organisation, ein Briefwechsel, in: PJ 156 (1914) 3, S. 535–539. Zu den Hausfrauenorganisationen vgl. *Streubel*, Die Frauen der Rechten in Kaiserreich und Republik, S. 121–124.

394 Rößler: Hingeworfene Gedanken zur Frauenfrage [PJ 74/1], S. 20.

militärischer Dienstverpflichtung und politischer Teilhabe als wirkmächtiger Denkfigur des langen 19. Jahrhunderts ist im Fortgang der Debatte um die Frauenemanzipation in den »Blauen Heften« kaum explizit als Argument herangezogen worden.[395] Ein Leitmotiv der nachfolgenden Diskussion um die politischen Mitbestimmungsrechte von Frauen, insbesondere dem Wahlrecht, war jedoch damit ins Bild gesetzt, dass nämlich Politik Kampf sei, »Kampf der obrigkeitlichen Gewalt gegen das mit den Mitteln der Gewalt kämpfende Böse«, vom dem Rößler jede Frau als mit Freuden freigestellt wähnte.[396] Dieses Bild von einer ›stillen Mehrheit‹ in den überkommenen Verhältnissen glücklich geborgener Frauen, die wesensgemäß Häuslichkeit und Hingabe zu ritterlichen Beschützern dem politischen Betrieb der Staatsgeschäfte vorzogen, prägte die langen Jahre, während derer das Frauenwahlrecht in den »Jahrbüchern« ein randständiges Thema blieb. In der antifeministischen Karikatur eines Männer boshaft drangsalierenden Parlaments voll herrschsüchtiger, aber unheilbar unfähiger Frauen, die ein Posener Beamter 1903 anlässlich der Einführung des Frauenstimmrechts bei Kirchengemeindewahlen zeichnete, brachte diese ›Mehrheit‹ die Rettung.[397]

Diesem Mantra war auch Anna Schellenberg verpflichtet, die 1911 die Frauenwahlrechtsdebatte im engeren Sinne in den »Jahrbüchern« eröffnete.[398] Schellenbergs publizistische Tätigkeit fand unter den organisierten Antifeministen des Kaiserreichs viel positive Resonanz, zu der ihr Delbrücks »Blaue Hefte« mitverhalfen. Hans Delbrück hat Schellenbergs antiemanzipatorischer Stoßrichtung, die Zentrum und Sozialdemokratie als größte Nutznießer weiterreichenden Frauenstimmrechts ausmachte, durchaus nahegestanden. Dass er auch mit ihrem drastischen Antifeminismus übereinstimmte, nachdem etwa Frauen durch ihre geschlechtsimmanenten »irrationalen organischen Bedingtheiten« zu ›realpolitischen‹ Erwägungen nicht befähigt waren, kann dagegen verneint werden, obwohl er privatim keine Beziehung zu Anna Schellenberg unterhalten hat und Emil Daniels in diesem Fall die redaktionelle Kooperation allein verantwortete.[399]

395 Vgl. Paulsen: Die Frau im Recht der Vergangenheit und der Zukunft [PJ 132/3]. Zum modernen Nexus von militärischer Dienstverpflichtung und politischer Teilhabe sowie den Grenzen dieser Verknüpfung vgl. *Richter*, Moderne Wahlen, S. 303–307.

396 Rößler: Hingeworfene Gedanken zur Frauenfrage [PJ 74/1], S. 26.

397 Outis [Rhenius]: Die Männerrechtler, in: PJ 112 (1903) 3, S. 407–413. Zum Frauenstimmrecht bei Kirchengemeindewahlen als Katalysator der Debatte um das Frauenstimmrecht vgl. *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 46–48.

398 Schellenberg: Persönlichkeit und Frauenart [PJ 143/2], S. 296 f.

399 Schellenberg: Persönlichkeit und Frauenart [PJ 143/2], S. 294 f. Zu Delbrücks Beziehung zu Schellenberg vgl. BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 117; SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna; Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 19.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 30. Zu Anna Schellenberg als antifeministischer Publizistin vgl. *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, hier insbesondere S. 134 und S. 141.

Denn auch insgesamt betrachtet kann Schellenbergs völkische Semantik nicht als repräsentativ für die Debatte um das Frauenwahlrecht in den »Preußischen Jahrbüchern« gelten. Diese wurde vielmehr durch die Ideen Bernarda von Nells für eine konservative Emanzipationspolitik geprägt, denen bei allem preußischen Patriotismus solche biologistischen Zerrbilder fernlagen. Schulreform und Mädchenbildung als Arenen der »Frauenfrage« verließ Nell 1911, als sie im katholischen »Hochland« Elisabeth Gnauck-Kühne Kontra gab, die dort den vielfältigen Beitrag der Frauen zum Staatswesen jenseits von dessen biologischer Reproduktion durchbuchstabiert und im Einklang mit der aktuellen Linie des bürgerlichen Bunds Deutscher Frauenvereine das allgemeine Wahlreicht ungeachtet des Geschlechts eingefordert hatte.[400] Delbrücks zwischen Pragmatismus und Misstrauen pendelnde Distanz gegenüber den modernen Spielarten parteienmäßig organisierter Massenpolitik teilend, hatte Nell für das »Hochland« ein Plädoyer dafür verfasst, statt gleichen Wahlrechts ohne Ansehen des Geschlechts eine Doppelstimme für verheiratete Männer einzuführen.[401] Nells ›Doppelstimmenprogramm‹ und ihr Eintreten für die verpflichtende Anhörung bestimmter Frauenorganisationen in frauenpolitischen Entscheidungen wurde zunächst vor allem in katholischen Presseorganen diskutiert.[402] Konkret nahm Nell zustimmende Resonanz beim späteren bayerischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers Georg von Hertling für sich in Anspruch. Gerade den Nell'schen Kerngedanken von der ›Doppelstimme‹ hat dieser sich aber wohl nicht nachhaltig zu eigen gemacht.[403] Zur weiteren Verbreitung dieser Forderungen über die konfessionellen Milieugrenzen hinaus in weiteren Kreisen hatte Nell bereits

400 *Becker*, Die Frauenfrage als soziales Problem, S. 167–169.

401 Ebd.; Bernarda von Nell: Frauenstimmrecht? Erwägungen zu Frau E. Gnauck-Kühnes Essay »Staat und Frau«, in: Hochland 8 (1911) 11, S. 538–601. Zu Nells Haltung betreffend die Parteipolitik vgl. Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 24.07.[1911], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 63–69, Bl. 66.

402 Vgl. Marguerite Hellin: Noch einige Gedanken zur Frage des Frauenstimmrechts, in: Hochland 9 (1911) 3, S. 355–358; Aug[ustin] Rösler CSsR: Wo steht heute die Frauenbewegung? (Schluß): Petrus-Blätter. Wochenschrift zur Beurteilung unserer Zeit im Lichte des römisch-katholischen Glaubens, Jg. 1911/12, Nr. 12 vom 17.12.1911, S. 133–135; [Carl] M[uth]: Der Staat und die Frauen, in: Hochland 9 (1912) 6, S. 760–763; B. von Nell und nochmals Augustin Rösler zu dessen Artikel »Wo steht heute die Frauenbewegung?«, in: Petrus-Blätter Jg. 1911/12 Nr. 26 vom 22. März 1912, S. 305–307; »Noch eine Selbstverteidigung«: B. von Nell zu Röslers Aussagen in den Petrus-Blättern vom 22. März 1912, in: Petrus-Blätter Jg. 1911/12 Nr. 32 vom 3. Mai 1912, S. 382. Für den Hinweis auf die Rezeption von Nells frauenpolitischen Einlassungen in der katholischen Publizistik bin ich Johannes Arnold (Frankfurt a. M.) zu Dank verpflichtet.

403 Vgl. Bernarda von Nell an Emil Daniels, 22.07.[1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 19–23; Bernarda von Nell an Georg von Hertling, 09.08.[1911], in: Historisches Archiv des Erzbistums Köln, Archiv der Görres-Gesellschaft (Depositum), 02.01. Georg von Hertling, Politische und wissenschaftliche Korrespondenz v. Hertlings 1907–1908. Für den Hinweis auf den Brief von Nells im Nachlass Hertling habe ich Winfried Becker (Passau) zu danken.

frühzeitig von Seiten des »Hochland« die Zustimmung zu einem zeitnahen Nachdruck in den »Preußischen Jahrbüchern« eingeholt.[404]

Delbrück fasste Nells wahlrechtlichen Überlegungen, die auf einer konservativen staatspolitischen Grundanschauung von der Notwendigkeit vorausschauender moderater Reformtätigkeit zur Prävention ansonsten nicht dauerhaft aufschiebbarer Gegenwartszwänge beruhten, in ihrer gedanklichen Anlage als »vortrefflich« auf. Schließlich gründeten sie nicht nur auf der Überzeugung von der grundsätzlichen Befähigung von Frauen zu verantwortlichem politischen Denken und Handeln, sondern auch auf der von ihm selbst später wiederholt vertretenen Annahme, dass die Gesetzmäßigkeiten des Familienlebens ohnedies jeder Ehefrau einen gewissen Anteil an der Wahlentscheidung ihres Mannes bescherten.[405] Er hielt jedoch für wenig aussichtsreich, relevante Unterstützung in den preußischen Parlamentskammern zu finden, wo sich Verteidiger des bestehenden Dreiklassenwahlrechts und Befürworter einer Übernahme des Reichstagswahlrecht gegenüberstanden, was freilich auch gar nicht Nells Ansinnen gewesen war. Sie hegte vielmehr die Hoffnung, ihren Alternativvorschlag für »eine kleine Vorwärtsbewegung, die doch nur unter fester Verankerung im Alten, Bestehenden vorgenommen wird« durch geeignete Kanäle in Regierungskreisen bewerben zu lassen, auf dass er einmal als einander widerstrebende Parteistandpunkte integrierende Regierungsvorlage Wirklichkeit werden könnte.[406] Zum Zwecke gesteigerter Umsetzungschancen hätte sie es nach eigenem Bekunden auch vorgezogen, diese Gedanken einem geeigneten »Pflege-Vater« zur Verbreitung anzuvertrauen. Hierzu kam Delbrück selbst freilich schon von daher nicht in Frage, als dass Nells nachträgliche Erweiterung der Doppelstimmenidee, nämlich zum Ausgleich für all die notwendigerweise Einzelstimmen bleibenden katholischen Priester und Ordensleute, dem Zentrum eine geeignete »Kompensation« zu verschaffen, wenig überraschend nicht seine Zustimmung fand. Auf Delbrücks Netzwerke zur günstigen Verbreitung des Aufsatzes konnte Bernarda von Nell dennoch rechnen.[407]

In der zweiten Jahreshälfte 1911 musste die Frage des Frauenwahlrechts noch hinter den außenpolitischen Verwicklungen rund um die Zweite Marokkokrise zurücktreten und so erschienen Bernarda von Nells Ausführungen unter der besonderen Berücksichtigung vom »Beruf Preußens« in der »Frauenfrage« erst im Februar 1912, als mit der großen Londoner Suffragettenkundgebung ein neuer

404 Bernarda von Nell: Frauenstimmrecht? Erwägungen zu Frau E. Gnauck-Kühnes Essay »Staat und Frau«, in: Hochland 8 (1911) 11, S. 538–601; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 30.06.[1911], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 59–62.

405 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 24.07.[1911], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 63–69; Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß [PJ 148/1], S. 140 f.

406 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 24.07.[1911], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 63–69.

407 Ebd.

Anlass gegeben war.[408] Bereits ins Januarheft war eine Besprechung von Nells »Hochland«-Artikel aus der Feder Emil Daniels eingegangen, versehen mit einer antibritischen Spitze:

»Solange ein namhafter Teil der überhaupt an die Oeffentlichkeit tretenden deutschen Frauen vor einer so feinen und gediegenen Bildung Respekt hat, werden wir dem John Stuart Millschen Ideal eines effeminierten Staats, dem sich die Engländer zuzuneigen anfangen, Gott sei Dank keinen Schritt näher kommen.«[409]

Die weitere Rezeption, die Bernarda von Nells Ansichten über die »preußischen Frauen« nun widerfuhr, zeugt nicht nur von der Entwicklung der »Frauenfrage« zu einem eigenständigen Politikfeld des späten Kaiserreichs. Es wird auch im Detail deutlich, wie eine Veröffentlichung in den »Preußischen Jahrbüchern« und die Gunst Delbrücks als dem letztlich entscheidenden Faktor, über den zu solch einer Publikation zu gelangen war, Autoren und Autorinnen respektive deren politischen Ideen Aufmerksamkeit verschaffte. Denn nach der gewissermaßen milieuinternen katholischen Debatte um Nells »Hochland«-Artikel stiegen nun mit Elsbeth Krukenberg-Conze und Paula Müller-Otfried Vertreterinnen der protestantisch-bürgerlichen Frauenbewegung ebenso auf die Diskussion ihres Standpunkts ein wie die sozialdemokratische Presse.[410]

Auf die breite Resonanz, die Nells Wahlrechtsvorschlag erfuhr, haben sie selbst und auch die jüngere Forschung zur bürgerlichen Frauenbewegung bereits in Teilen hingewiesen. Sie vollzog sich über politische und konfessionelle Grenzen hinweg und beschäftigte die Beteiligten noch etliche Monate später.[411] Diese Aufmerksamkeit hat Bernarda von Nell nach Kräften gefördert, in dem sie selbst Sonderdrucke an sämtliche, bürgerlichen Parteien nahestehende Ta-

408 Emil Daniels an Bernarda von Nell, 24.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr, 44, Bl. 3; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, [10.01.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 71–72; Bernarda von Nell an Emil Daniels, [13.01.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 73–75; Bernarda von Nell: Preußen und die preußischen Frauen, in: PJ 147 (1912) 2, S. 292–298.

409 Emil Daniels: Die Lage der Welt an der Jahreswende, in: PJ 147 (1912) 1, S. 173–189, S. 189.

410 Sommernachtstraum, in: Vorwärts, 07.02.1912, Nr. 31, 3. Beilage; Frauenstimmrecht und Hans Delbrück, in: Vorwärts, 31.03.1912, Nr. 77, 4. Beilage; Elsbeth Krukenberg-Conze, Fraueneinfluß im öffentlichen Leben (Nachdruck). Mit einem Nachwort von Bertha von Kröcher, in: Neue Zeiten: Aufgaben und Pflichten der christlichen Frau. 22/7 [Juli 1912] S. 174–180; P[aula] Müller: Gedanken über das politische Frauenstimmrecht, in: Evangelische Frauenzeitung. Zeitschrift für die Interessen der evangelischen Frauenwelt, 12/22 (15. August 1912) S. 169–172, S. 171; Paula Müller: Fraueneinfluß im öffentlichen Leben, in: Neue Zeiten 22/9 (Sept. 1912) S. 221–225, S. 224 f.

411 von Nell: Frauenstimmrecht und weibliche Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten [PJ 150/3], S. 421 f. Bernarda von Nell an Hans Delbrück, [05.10.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 84–86. Vgl. auch *Heinsohn*, Konservative Parteien in Deutschland, S. 37 f.

geszeitungen versandte.[412] Hans Delbrück und die Redaktion der »Preußischen Jahrbücher« fungierten dabei als Knotenpunkt im Netzwerk der politischen Kommunikation über den Bernarda von Nell als fern von Berlin lebende Intellektuelle die Resonanz ihrer Publikationen im Zentrum auch der Frauenpolitik nachhalten konnte.[413]

Das solcherart eingeläutete Jahr 1912 hat Kirsten Heinsohn als ein Jahr der »Kumulation konservativer Krisenerfahrung« bezeichnet, in dem der gesteigerte Reformdruck politisch-emanzipatorischer Kräfte nach den sozialdemokratischen Erfolgen bei den Reichstagswahlen eine Welle von Neugründungen feministischer und antifeministischer Vereinigungen auslöste.[414] Auch unter den Bänden der »Preußischen Jahrbücher« ragen jene aus dem Jahr 1912 bezüglich der »Frauenfrage« heraus. Konkret stellte der »Deutschen Frauenkongress« eine Art intellektuellen Katalysator dar, den der Bund Deutscher Frauenvereine vom 27. Februar bis zum 2. März 1912 in Berlin abhielt und der mit einer Ausstellung »Die Frau in Haus und Beruf« in den Ausstellungshallen des Zoologischen Gartens verbunden war.[415] Ältere Veröffentlichungen wurden in der Folge zur weiteren Verbreitung nachgefordert, andere sollten Fortsetzung finden und auch bisher der Frauenpolitik gänzlich fernstehende meldeten sich nun mit Beiträgen zu Wort.[416]

Hans Delbrück hatte selbst an der Versammlung teilgenommen und ihren Verlauf günstig beurteilt.[417] Im Aprilheft der »Preußischen Jahrbücher« bot er, als Nachwort zum Kongress etikettiert, seine mit Abstand umfangreichste öffentliche Einlassung zum Thema der Frauenemanzipation, deren Separatabdruck auch vom Kaiser auf Korfu mit höflichem Interesse bedacht wurde.[418]

412 Bernarda von Nell an Emil Daniels, 18.02.[1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 78–79, Bl. 78.

413 Bernarda von Nell an Emil Daniels, 18.02.[1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 78–79, Bl. 79; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 09.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 82–83. Vgl. auch Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 10.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 33–34. Zu Berlin als Hochburg des Antifeminismus vgl. *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 140.

414 *Heinsohn*, Konservative Parteien in Deutschland, S. 29 f.

415 *Kampmann*, Adolf von Harnack zur »Frauenfrage«, S. 45 f.; *Schaser*, Frauenbewegung in Deutschland, S. 59.

416 Vgl. etwa Anna Schellenberg an Emil Daniels, 03.07.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 6–7; Alma von Hartmann: Die Geschlechter, in: PJ 151 (1913) 1, S. 87–99; Alma von Hartmann an Hans Delbrück, 05.08.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hartmann, Alma von, Bl. 16; Anna Schellenberg an Emil Daniels, 05.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schellenberg, Anna, Bl. 09–10.

417 Marie Gothein an Hans Delbrück, 12.07.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Marie, Bl. 38–41.

418 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 06.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 4.

Die Ausführungen Delbrücks nahmen sich vor allem als eine Auseinandersetzung mit dem aktuellen Programm des Bundes Deutscher Frauenvereine und dem ›Alternativprogramm‹ Bernardas von Nell aus.[419] Weit ausgreifend führte Delbrück die zeitgenössischen frauenemanzipatorischen Bestrebungen nüchtern auf die funktionale Ausdifferenzierung der zunehmend industrialisierten Gesellschaft seit dem 18. Jahrhundert und auf eine damit einhergehende Tendenz zur Individualisierung zurück, die frei gewordene Kapazitäten auf außerhäusliche Betätigung zu lenken geeignet war. Wie so häufig suchte er im Weiteren einen Mittelweg zwischen widerstrebenden Anschauungen und Standpunkten.

Seine Kritik an der Frauenbewegung im Allgemeinen und seine Absage an das Frauenwahlrecht im Speziellen begründete Delbrück damals auf drei miteinander verschränkten Argumenten, die wiederum auf historischer Betrachtung fußten. Wie schon Constantin Rößler zwei Jahrzehnte zuvor erklärte auch Hans Delbrück 1912, die Geschichte lehre nun mal: »Politik ist Kampf um die Macht und der Kampf ist nicht Sache der Frau«[420]. Zwar verzichtete er darauf, die mit den Gracchen begonnene Liste gewaltsam zu Tode gekommener politischer Akteure über das Ende der englischen Rosenkriege hinaus fortzuführen, sondern zog stattdessen, in typisch dialektischer Manier nicht etwa konservative, sondern nationalliberale und sozialdemokratische Äußerungen heran, um nachzuweisen, warum auch die zeitgenössische Politik ein recht gewaltsames Feld sei.[421] Auf diese Weise gewendet wurde Delbrücks Misstrauen gegen die Verfahrensformen der Massenpolitik, gleichwohl er sie ja selber mitbetrieb, zur Rechtfertigung des Ausschlusses der Frauen aus eben jenem Feld. Die Mittel der politischen Agitation würden unter breiter weiblicher Beteiligung nicht milder werden, vielmehr gelte es die Frauen vor dieser »Leidenschaft des Wahl- und Interessenkampfes« zu bewahren.[422] Wohlmöglich noch schwerer als die Sorge vor sittlicher Deprivation und dem Verlust eines Idylls von den Frauen bewahrter ›unpolitischer‹ Häuslichkeit wog in Delbrücks Augen jedoch die Sorge um die äußere Konstitution des Staates. Mit einer Ausweitung des Wahlrechts auf die Frauen müsste notwendigerweise das demokratische Element in der ›Mischverfassung‹ des Kaiserreichs erstarken und infolge dessen das Staatsschiff schwieriger durch die unabsehbarer werdenden Fährnisse der Zeit zu steuern sein. Gerade auch in seinen Außenbeziehungen drohte das Reich demnach durch die Einführung des Frauenwahlrechts krisenanfälliger zu werden. Denn die Geschichte von Athen und Rom an, über das revolutionäre Frankreich bis in die Gegenwart lehrte demnach, dass ein in maßgeblichem Umfang demokratisch strukturierter Staat keine nachhaltige Großmachtspolitik betreiben könne. Eine

419 Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß [PJ 148/1].
420 Ebd. S. 136.
421 Ebd. S. 138.
422 Ebd. S. 138 f.

Gesetzmäßigkeit, die auch nach neutraler Ansicht alsbald am Beispiel Englands ersichtlich werden würde.[423]

Diese Risiken konnten nach Delbrücks Ansicht zwar theoretisch durch Nells Vorschlag vom doppelten Stimmrecht der Ehemänner eingehegt werden, doch musste an dieser Stelle noch nicht mal auf das Problem der Kompensation für den politischen Katholizismus, dem Delbrück das größte weibliche Wählerpotential zurechnete, eingegangen werden, um diese Idee als ungeeignet zu verwerfen. Hierzu reichte der sehr einleuchtende Verweis darauf, dass dieses Modell in weiten Kreisen für entweder bereits zu weitgehend oder für längst nicht weit genug gehend aufgenommen werden würde. Da Delbrück nun mal kein streng ideologischer Antifeminist war, sondern durchaus eine Notwendigkeit sah, das einmal in die Welt geratene Bestreben nach weiblicher Teilhabe an der Politik irgendwie in die politische Ordnung des Staates zu integrieren, ohne um dessen Stabilität fürchten zu müssen, verschrieb er sich dem zweiten Nell'schen Vorschlag, nämlich der Implementierung eines Gutachterwesens der Frauenverbände im politischen Entscheidungshandeln.[424]

Soweit es das Spektrum der Bürgerlichen Frauenbewegung betraf, hat Delbrück auch Kritik an seinem Standpunkt in den »Jahrbüchern« Raum gegeben. In das Juniheft 1912 nahm er zwei Erwiderungen seitens der protestantischen Frauenrechtlerin Elsbeth Krukenberg-Conze sowie seiner ehemaligen Studentin Luise Zeucker auf, die wiederum wortreich seine weithin anerkannte Objektivität pries, die auch in Hinblick auf die Frauenbewegung neben seinem Renommee als Wissenschaftler eine wesentliche Quelle seiner Autorität als politischem Intellektuellen darstellte.[425]

Die nationalliberal orientierte Luise Zeucker akzeptierte dabei ohne Weiteres die historische Perspektive als die allgemein maßgebliche, nicht bloß für politisierende Geschichtsprofessoren. Um Delbrücks Warnungen vor den außenpolitischen Folgewirkungen des Frauenwahlrechts zu widerlegen, bemühte sie den Verweis auf Karl V. Unvermögen, die Reformation als ›innenpolitisches‹ Problem zu handhaben, woraus zu schlussfolgern sei, dass nicht die innere Ordnung des Staates seiner äußeren Stellung zu dienen habe.[426] Denn im Gegensatz zu Delbrück erachtete Zeucker die Politisierung der Masse nicht als eine Gefahr für den Staat, sondern für die maßgebliche Vorausbedingung staatspolitischer Fortentwicklung.[427] Die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die die historischen Vergleichsperspektiven auf das Verhältnis von Demokratie und »Groß-

423 Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß [PJ 148/1], S. 134–139. Zur Verknüpfung von Antifeminismus und Demokratisierungsfurcht Vgl. auch Heinsohn: Konservative Parteien, S. 32 f.

424 Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß [PJ 148/1], S. 140 f.

425 Luise Zeucker: Zur Frauenbewegung, in: PJ 148 (1912) 3, S. 498–502; Elsbeth Krukenberg-Conze: Fraueneinfluß im öffentlichen Leben, in: PJ 148 (1912) 3, S. 502–508.

426 Zeucker: Zur Frauenbewegung [PJ 148/3], S. 499.

427 Ebd., S. 501 f.

machtspolitik« boten, hingen freilich auch mit unterschiedlichen zeitlichen Maßstäben zusammen, wie wenn Zeuker in der Geschichte der USA den Beweis für erfolgreiche demokratische »Großmachtspolitik« sah, während Delbrück die Geschichte einer maßgeblich demokratisch geprägten USA erst 1860 beginnen ließ und die seither vergangenen fünf Jahrzehnte nicht als valide Beweisgrundlage für eine Interpretation als Erfolgsgeschichte gelten lassen wollte.[428] Es konnten jedoch nicht nur die lehrreichen historischen Vergleiche unterschiedlich ausgedeutet werden, sondern auch der Lauf der Geschichte selbst unterschiedlich betrachtet werden und von dieser Warte aus wies Zeucker auch Delbrücks Unbehagen an der Gewaltsamkeit der Politik, vor welcher die Frauen zu beschützen seien, mit dezidiert historischer Argumentation zurück, indem sie sich auf eine teleologische Geschichtsdeutung berief, die von einem stetigen sittlichen Emporsteigen wusste, welches eine moralische Fortentwicklung der Politik und eine Milderung ihrer gewaltsamen Seite durch das Hinzutreten der Frauen versprach.[429] Das Fernstehen von Wahlkampf und Parteienpolitik hat Zeucker für eine durchaus angenehme, persönliche Erfahrung erklärt, die jedoch dem größeren, emanzipatorischen Ziel des Frauenwahlrechts geopfert werden müsste. Elsbeth Krukenberg-Conze nahm dagegen den konservativen Widerwillen gegen diese Phänomene für einen sehr gewichtigen Faktor, der sie die von Bernarda von Nell entwickelte und von Delbrück aufgegriffene Idee der institutionalisierten Formen außerparlamentarischer politischer Teilhabe der Frauen eingehend prüfen ließ. Diese Betrachtung, die auch die Grenzen, welche der Bewältigung spezifisch frauenpolitischer Problemstellungen durch Presseengagement gesetzt waren, hervorhob und en passant die Bedeutung der Aufmerksamkeitsökonomie für Medienakteure und -dynamiken problematisierte, schloss dahingehend, dass das Wahlrecht wohlmöglich für viele Frauen kein ideell-hochgeschätztes Gut wäre oder einmal sein würde, aber letztlich den einzig gangbaren Weg darstellte, die frauenpolitischen Bedürfnisse unterschiedlichsten Hintergrundes angemessen zu repräsentieren.[430] Gewissermaßen als Kompromiss zwischen den so aufgezeigten Gegensätzen, wollte sie dieses Wahlrecht jedoch zunächst auf kommunale Zusammenhänge, »kleinerem, der hohen Politik fernliegenden Milieu« begrenzt wissen.[431]

Das Frauenwahlrecht und seine ›Alternativen‹ wurden in den folgenden Monaten nicht nur in den »Preußischen Jahrbüchern« weiter diskutiert, sondern auch etwa auf dem Nationalliberalen Frauentag in Weimar und dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Mannheim, ferner in der Hauptversammlung des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation sowie schließlich den Generalversammlungen des Katholischen Frauenbundes in Straßburg und

428 Delbrück: Ein Nachwort zum Frauenkongreß [PJ 148/1], S. 134 f.
429 Zeucker: Zur Frauenbewegung [PJ 148/3], S. 501 f.
430 Krukenberg-Conze: Fraueneinfluß im öffentlichen Leben [PJ 148/3].
431 Krukenberg-Conze: Fraueneinfluß im öffentlichen Leben [PJ 148/3], S. 508.

des Bundes Deutscher Frauenvereine in Gotha, wo die Mitarbeit von Frauen in politischen Parteien als Marschroute ausgegeben worden war.[432]

Da keine alte Freundschaft oder tagesaktueller Sachzwang Hans Delbrück und Emil Daniels dazu bringen konnte, mehr als einen frauenpolitischen Aufsatz in ein Heft aufzunehmen, kam die Antwort Bernarda von Nells auf die positive, wie negative Kritik an ihren Vorschlägen für eine neue preußische Frauenpolitik erst im Dezemberheft 1912 zum Abdruck.[433] Darin rechnete sie sowohl mit dem Bund Deutscher Frauenvereine als auch mit dem Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation ab: Der ein betreibe die verderbliche parteimäßige Politisierung der Frauen, der andere verschließe sich der unabweisbaren Notwendigkeit, den weiblichen Emanzipationsbestrebungen irgendein Integrationsangebot zu machen.[434] Hierbei verfocht sie gleichfalls das gewichtigste Argument Delbrücks vom staatspolitischen Risiko der erweiterten Demokratisierung zum Nachteil der äußeren Souveränität. Darüber hinaus lieferte sie jedoch ein umfangreiches Programm zur politischen Integration der Frauen, frei von parteipolitischer Bindung, wenn sie etwa eine Umdichtung des »Deutschlandliedes« anmahnte, deren objektivierende zweite Strophe sie durch eine neue Versfolge ersetzt wissen wollte:

»Deutsches Lied bei deutschem Weine Schwellet hoch des Sängers Brust, Wecket in den fersten Zonen Widerhall der Heimatlust! Deutsche Frauen auch sind mächtig Für des Volkes Wohlergehn, Wenn sie nur in rechter Treue Schwesterlich zusammenstehn«.[435]

Für ihre Ideen erhoffte sich Bernarda von Nell sowohl von konservativer als auch von katholischer und liberaler Seite Unterstützung.[436] Delbrück gab in

432 Bernarda von Nell an Emil Daniels, 24.[10.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 92–93; von Hartmann: Die Geschlechter [PJ 151/1], S. 92–95. Zur Feminisierung der Parteipolitik vgl. auch *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 171–176.

433 Bernarda von Nell: Frauenstimmrecht und weibliche Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten, in: PJ 150 (1912) 3, S. 414–438; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 05.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 84–86; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 17.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 87–88; Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 19.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 30; Emil Daniels an Bernarda von Nell, 23.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 46, Bl. 16; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 24.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 90–91; Bernarda von Nell an Emil Daniels, 24.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 92–93; Emil Daniels an Bernarda von Nell, 26.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 46, Bl. 18; Bernarda von Nell an Emil Daniels, 28.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 94–98.

434 von Nell: Frauenstimmrecht und weibliche Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten [PJ 150/3], S. 417 f.; Ebd., S. 430 f.

435 Ebd., S. 420

436 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 26.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 1–2.

dieser Situation nicht nur Rat, wie die Presseresonanz von Nells Artikeln evaluiert werden könnte. Er empfahl zudem selbst, den Verwaltungsjuristen Friedrich Freund, der die Kommunalabteilung im preußischen Innenministerium leitete, für Nells ja vornehmlich auf kommunalpolitische Verfahren zielendes Programm zu gewinnen. Ob dieser Versuch unternommen wurde, bleibt unklar. Auch die wohlwollenden Äußerungen des Zentrumsabgeordneten Felix Porsch und von dessen nationalliberalen Parlamentskollegen Eugen Schiffers, die in ihren jeweiligen Parteien für Nells Ideen zu werben versprachen, dürften auf Delbrücks Kontaktpflege in Berlin zurückgehen.[437] Führende bürgerliche Feministinnen waren seit der Reform des Vereinsgesetzes vor allem in die Freisinnigen Volkspartei eingetreten. Nells ›Alternativ‹-Vorschläge zum Frauenwahlrecht fanden derweil in der Nationalliberalen Partei noch die größte Resonanz. Diese nahm zwar seit 1909 Frauen als Mitglieder auf, sortierte das Frauenwahlrecht jedoch mehrheitlich irgendwo zwischen Utopie und Naturwidrigkeit ein. Dessenthalben hatte sie einer Reihe solcher bürgerlichen Feministinnen eine parteipolitische Heimat gegeben, die entweder aus Überzeugung oder aus strategischer Erwägung keine Forderungen nach unbeschränkter wahlrechtlicher Gleichstellung der Frauen erhoben. Entgegen gewisser Versicherungen, die aus der preußischen Landtagsfraktion der Partei heraus gegenüber Nell gemacht wurden, ist es vor dem Krieg indes zu keiner parlamentarischen Auseinandersetzung mit ihren Ideen mehr gekommen.[438]

Die Differenzierung der Lebenswelt in männliche und weibliche Sphären ist als zentrales Element der wilhelminischen Gesellschaftsordnung bekannt.[439] Aus der hier aufgespannten Perspektive betrachtet darf man wohl sagen, dass es jedenfalls im Falle Hans Delbrücks entschieden weniger die Kommunikationsgegenstände, als eben die Kommunikationsräume waren, die er nach Geschlechtern geordnet sehen wollte. Die jeweilige Bühne gebot ihm also, wer welche Rollen spielen durfte. Zwar zeugt die Geschichte der »Frauenfrage« in den »Jahrbüchern« zweifellos von einer Furcht vor Wandel und Kontrollverlust angesichts einer scheinbar bedrohten Lebenswelt, in der Sexualität, Familienleben und Gesellschaftsordnung aufs Engste miteinander verflochten die Stabilität des Staates und die persönliche Identität seiner Bürger garantierten. Doch die politische Linie, die sich daraus ergab, war eine entschieden andere, als diejenige des organisierten Antifeminismus, der die »Preußischen Jahrbücher« nur in Ausläufern berührt hat. Die lange Konzentration auf die Frauenbildung als engerem

437 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 01.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe II, Bl. 99–102; Hans Delbrück an Bernarda von Nell, 03.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 10.

438 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 26.02.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 1–2; *Langewiesche*, Liberalismus in Deutschland, S. 155; Ebd., S. 225; *Greven-Aschoff*, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, S. 146 f.

439 *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 38 f.

Politikfeld zeugt nicht nur von den Konjunkturen der »Frauenfrage« im Kaiserreich, sondern auch von dem Bemühen »aufgeklärter Konservativer«, diese gewissermaßen in Einzelfragen zu zerlegen, um einer Frauenbewegung durch punktuelle Reformen das Wasser abzugraben, die als staatspolitisches Risiko galt. Diese Bewertung erhielt Delbrück als Herausgeber auch aus seinem weiblichen Lesepublikum heraus gespiegelt, wo Marie Gothein etwa bereits 1899 über den Pazifismus innerhalb der Frauenbewegung geklagt hatte: »dass wir immer solidarisch für die Dummheiten unseres Geschlechts büssen [sic!] müssen.«[440] Zum zweiten Leitmotiv der »Frauenfrage« in den »Preußischen Jahrbüchern« wurde daher die ›stille Mehrheit‹ unpolitischer, in ihrer Beschränkung auf das Häusliche glücklicher Frauen. Eine Vorstellung, die auch Hans Delbrück selbst nachdrücklich vertreten hat und selbst im Lebensschicksal einer sozialdemokratischen Frauenrechtlerin wie Lily Braun verwirklicht sehen wollte.[441] Aus diesen Grundhaltungen heraus ergab sich eine frauenpolitische Linie, die moderate Reformen als unvermeidlich ansah, die als sanfter, evolutionärer Prozess von statten gehen sollten, an statt die überkommenen Grenzen zwischen den geschlechtlich bestimmten Lebenssphären einfach niederzureißen. Auch auf dieser Linie ist Delbrück kein Vorreiter in den Debatten um die »Frauenfrage« gewesen. Doch in Bernarda von Nell fand er eine intellektuell ambitionierte Mitstreiterin für eine konservative Reformpolitik und trug entscheidend dazu bei, dass von Nells Ideen von politischer Teilhabe der deutschen Frauen ohne Frauenwahlrecht weitreichende Resonanz erfuhren und speziell unter den preußischen Nationalliberalen als realistische politische Option angesehen wurde.[442]

440 Marie Gothein an Hans Delbrück, 28.05.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Marie, Bl. 2–3. Vgl. ferner auch Marie Gothein an Hans Delbrück, 12.7.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Marie, Bl. 38–41.

441 Hans Delbrück: Kriegsbriefe aus den Jahren 1870/71 von Hans von Kretschman, hrsg. von Lily Braun, Lily Braun, Memoiren einer Sozialistin, in: PJ 145 (1911) 1, S. 152–155.

442 Eine systematische Untersuchung der alternativen Modelle institutionalisierter politischer Teilhabe der Frauen im Deutschen Kaiserreich unter Berücksichtigung ihrer Realisierungschancen steht bislang aus.

V. Die außenpolitischen Krisenherde der Wilhelminischen Epoche

1. Das Konzert der Mächte

Mit seiner Gründung geriet das Deutsche Kaiserreich in eine halbhegemoniale Stellung auf dem europäischen Kontinent, wo seine Größe das etablierte System internationaler Beziehungen irritierte. Bismarcks System der Aushilfen vermochte nur vorübergehend, die daraus resultierenden Spannungen auszugleichen und an die Peripherie abzulenken. Die Ideologie der »Weltpolitik« potenzierte die Spannungen in Übersee und Bülows Freihandpolitik konnte den prekären Status des Reiches höchstens kaschieren. Das neue Reich expandierte wirtschaftlich und militärisch zu sehr, um in London, Paris und Sankt Petersburg nicht als Konkurrenz wahrgenommen zu werden. Zugleich jedoch konnte Deutschland seinen ›Rückstand‹ »weltpolitischer« Machtexpansion nicht in einer Weise aufholen, um als gleichberechtigter Partner anerkannt zu werden. Die Macht des Kaiserreichs reichte nicht dazu aus, zu verhindern, dass England und Frankreich 1904 respektive England und Russland 1907 an Berlin vorbei zu einem Ausgleich über ihre konkurrierenden Machtinteressen in Afrika und Asien gelangten.[1]

Gegenüber den Mächten der klassischen Pentarchie und den mit Abstrichen als Großmacht anerkannten USA verblassten alle übrigen Staaten vor Delbrücks Augen zu kaum mehr als Statisten des internationalen Konzerts. Das gleich dem Deutschen Reich von intensiven Transformationsprozessen gezeichnete und ebenfalls ›verspätet‹ in die koloniale Expansion gestartete Japan tauchte nur als einigermaßen diffuse »weltpolitische« Bezugsgröße in den »Preußischen Jahrbüchern« auf. Als europäische Macht mit vergleichbaren strukturellen Übereinstimmungen spielte Italien eine noch geringere Rolle in »weltpolitischen« Analysen und Prognosen. China und das Osmanische Reich schließlich figurierten ebenso wie die ›alten‹ europäischen Kolonialmächte, Spanien und Portugal, meistenteils als bloße Verfügungsmaße. Schon während der Ära Bismarck schälte sich der Gleichgewichtsgedanke als wesentliche Prämisse Delbrücks für die Beurteilung der Großmächtebeziehungen heraus, deren Konzert zunehmend im Schatten der Machtakkumulation seiner Flügelmächte, Großbritannien und Russland, lag. Das System der Großmächte überlappte sich dabei mit dem Konzept vom Kulturstaat als einem Status, der Macht legitimierte und dem Zarenreich nachdrücklich bestritten wurde. Noch deutlicher als auf den innen-

1 Vgl. *Canis*, Bismarcks Außenpolitik; *Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik; *Canis*, Der Weg in den Abgrund.

politischen Feldern ragen in Hinblick auf die anderen Mächte und die Außenbeziehungen des Reiches einzelne Mitarbeiter als ›Experten‹ heraus. Diesen hat Delbrück während Ära Bismarck die außenpolitische Linie der »Jahrbücher« weitgehend überlassen. Doch bereits in den ersten Jahren des »persönlichen Regiments« Wilhelms II. hat er entschieden an außenpolitischem Profil gewonnen. Wesentliche Grundanschauungen, die in den folgenden zwei Jahrzehnten die außenpolitische Linie der »Preußischen Jahrbücher« prägten, sind von Delbrück unter der halbherzigen Tarnung des »Vir pacificus« in den »Politischen Träumereien« von 1896 formuliert worden.[2] Solchen Beiträgen verschaffte die spezifische mediale Reichweite der »Jahrbücher« besondere Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Nicht zuletzt auf diesem Umweg wirkten sie auf die außenpolitischen Handlungsoptionen der Reichsleitung zurück. Dennoch hat Delbrück die Diplomatie zweifellos als die ureigenste Domäne der Regierung anerkannt und diese zu bewahren getrachtet. Die Akribie und Tiefe seines publizistischen Engagements in der preußischen Nationalitätenpolitik hat die deutsche Außenpolitik selten und ihre Breite nie erreicht.

Bis zu seinem Tod 1896 hat Constantin Rößler die internationalen Beziehungen des Deutschen Reiches sowie die inneren Angelegenheiten auswärtiger Mächte als sein ausgewiesenes Ressort innerhalb der »Blauen Hefte« betrachten können. Hernach ist Emil Daniels sukzessive in eine ähnliche Rolle hineingewachsen und ist ab der Jahrhundertwende, insbesondere als ›Experte‹ für das britische Empire und die USA etabliert gewesen.[3] Überhaupt waren die persönlichen und akademisch-institutionellen Beziehungen in den angelsächsischen Raum besonders dicht. Über Jahre hielt Delbrück brieflichen Kontakt mit Sidney Whitman in London und Charles Saroléa in Edinburgh.[4] Nach seinen frühen Besuchen mit dem kronprinzlichen Hofstaat ist Delbrück 1906 als Vertreter Berlins zur 400-Jahr-Feier der Universität Aberdeen nach Großbritannien gereist.[5] Bei allen Unterschieden in politischer Ordnung und sozialem Gefüge der Wissenschaft, fanden die familialen Netzwerke der deutschen Gelehrten jenseits der Nordsee dennoch Anknüpfungspunkte. Auf seiner Reise gaben ihm eine ganze Reihe englischer Gelehrter Quartier, die überwiegend bekannte Verbindungen nach Deutschland hatten oder bei dieser Gelegenheit offenbarten. Selbst inmitten der Highlands fand Delbrück in dem Dörfchen Braemar nicht nur die notorische »schöne Frau«, von der er Lina Delbrück in seinen Reisebriefen gewohnheitsmäßig vorschwärmte, sondern auch einen Schüler seines Schweigervaters Karl

2 Vir pacificus [Hans Delbrück]: Politische Träumereien, in: PJ 83 (1896) 1, S. 1–14.

3 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 149; Ebd., S. 153.

4 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 278–284. Zu Delbrücks Verbindungen nach Großbritannien vgl. auch Geppert: Pressekriege.

5 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 278. Zur internationalen *scientific community* vor dem Ersten Weltkrieg vgl. *Fuchs*:, Räume und Mechanismen der internationalen Wissenschaftskommunikation, S. 125–143, S. 141–143. Speziell zum Kooperationsabbruch im Ersten Weltkrieg vgl. *Metzler*, Deutschland in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen.

Thiersch vor.[6] Im Rahmen des deutsch-amerikanischen Professoren-Austauschs die USA zu besuchen, hat Delbrück 1904 ausgeschlagen, indem er vom bereits geschlossenen Vertrag zurücktrat, da er ebendort gemeinsam mit Karl Lamprecht hätte auftreten sollen.[7] Stattdessen sprudelte zu diesem Zeitpunkt bereits seit 10 Jahren eine lebhafte Quelle inneramerikanischer Ansichten in der Person William Webers, des evangelischen Pfarrers der deutschsprachigen Gemeinde in Belville/Illinois.[8] Doch auch jenseits der deutschstämmigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten genoss Delbrück Anerkennung. Seine Reputation und Protektion galt auch in transatlantischen Wissenschaftskarrieren als erstrebenswert[9] und seine Schriften wurden über den engeren Expertenkreis hinaus und selbst im Weißen Haus gelesen.[10] Der Eindruck, den Magnus Brechtken anhand weniger persönlicher Verbindungen wie etwa Balfours und Henry Whites vermittelt, denen gegenüber die Abwesenheit analoger deutsch-amerikanischer Personennetzwerke die Frontstellungen des Weltkriegs gewissermaßen vorweggenommen habe,[11] erhärtet sich am Beispiel Delbrücks gewiss nicht. Er galt in den USA als »one of the the best-informed men in Germany«[12] und als »influential exponent of the view prevailing among the conservative ruling classes«[13], dessen Urteil über das politische Geschehen US-Journalisten bevorzugt einhol-

6 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 23.09.1906, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 44f; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 26.09.1906, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 45 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 02.10.1906, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 51.

7 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 29.07.1903, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 95. Zum Professorenaustausch vgl. *Studt* »Ein geistiger Luftkurort« für deutsche Historiker, S. 362–366,

8 *Wolff*, Der Nachlass Hans Delbrücks, S. 94; William Weber an Hans Delbrück, 28.11.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 1–2; William Weber an Hans Delbrück, 24.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 52.

9 Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 08.12.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 46–49.

10 Lebenserinnerungen von Wilhelm von Waldeyer-Hartz, Bonn 1920, S. 309, zit. nach: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 7 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/71, Bl. 63. Roosevelts Anerkennung vergalt Delbrück dem Präsidenten eines Staates, in dessen politischer Kultur der Rezeption des antiken Rom eine besonders gewichtige Bedeutung zukam, mit Ausführungen über das Gleichgewicht, das sich schon immer ein ›demokratisches‹ und ein ›aristokratisches Element‹ in Rom gehalten hätten, diszipliniert durch seine Heeresverfassung und so ermächtigt zu jahrhundertelanger Vorherrschaft, vgl. Hans Delbrück an Theodore Roosevelt, o. D. [1908], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 39, Bl. 15–16; Delbrück: König Servius Tullius und das römische Wahlrecht [PJ 131/1]. Zur umfassenden Forschungsliteratur betreffend die Antikenrezeption in der Politik der USA vgl. nur in Auswahl *Huhnholz*, Krisenimperialität; *Niggemann/Ruffing*, Antike als Modell in Nordamerika?

11 *Brechtken*, Scharnierzeit, S. 361–371.

12 Backs up A. D. White, in: New York Times, 28.04.1907, S. 1.

13 German Publicist bitter toward us, in: The New York Times, 14.05.1911.

ten. Auch in Frankreich war Delbrück als Historiker bekannt und wurde ebenso als Aufmerksamkeit erheischendes Sprachrohr des herrschenden Milieus im Reich angesehen. Französische Presseorgane unterschiedlicher parteipolitischer Couleur wie das republikanische Flaggschiff »Le Temps« und die monarchistische »L'Action francaise« suchten seine Nähe.[14]

Während Emil Daniels Expertise aus umfassenden Presse- und Literaturstudien schöpfte, war der Blick gen Osten von Baltendeutschen mit eigenen Lebenserfahrungen aus dem russischen Herrschaftsbereich geprägt, unter denen wiederum Paul Rohrbach hervorragt. Er veröffentlichte trotz gewisser Konjunkturkurven regelmäßig Artikel über das Zarenreich in den »Preußischen Jahrbüchern«, in denen wiederum seine selbstständigen Schriften zum gleichen Thema wohlwollend besprochen wurden.[15] Neben anderen Beiträgen publizierte der Grazer Historiker und erste Vorsitzende des deutschen Historikerverbandes Hans von Zwiedineck-Südenhorst ab 1893 über zehn Jahre lang regelmäßige anonyme Berichte »Aus Österreich«.[16] Später folgte ihm der Siebenbürgener Pädagoge, Publizist und Politiker Lutz Korodi als ständiger Mitarbeiter der »Jahrbücher« für die »Politische Correspondenz« aus dem respektive über das Habsburgerreich.[17] Die »Preußischen Jahrbücher« hatten eine ganze Reihe Abonnenten in österreichischen Städten und fanden auch in Regierungskreisen

14 Hans Delbrück an L'Action francaise, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 12; P. Comert an Hans Delbrück, 01.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Le Temps, Bl. 1; Hans Delbrück an P. Comert, 03.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 9. Zu »Le Temps« vgl. *Charle*, Le siècle de la presse, S. 98–100; zur »L'Action francaise« vgl. *Grunewald*, Das »Dritte Reich« im Visier, S. 16–19.

15 *Paddock*, Creating the Russian peril, S. 69 f. Vgl. auch Delbrücks ostentatives Bekenntnis zu Rohrbachs Vertrauenswürdigkeit in Hans Delbrück: Obstruktion. Chancen des Handelsvertrages. Dr. Rohrbach, in: PJ 110 (1902) 3, S. 559–570, S. 563. Zu Rohrbachs Rolle als ›Russlandexperte‹ der Jahrbücher vgl. auch die Auseinandersetzung um die Analyse der Finanzlage Russlands durch den jüdischen Kulturhistoriker und Kurbadbetreiber Adrian Polly 1908, Adrian Polly: Die gegenwärtige Finanzlage Russlands, in: PJ 131 (1908) 1, S. 103–125; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 11.03.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VIII, Bl. 2–3. Zur Debatte über die russischen Staatsfinanzen in den »Jahrbüchern« vgl. Paul Rohrbach: Nachschrift der Redaktion, in: PJ 131 (1908) 1, S. 125–135; Adrian Polly: Offener Brief an Hans Delbrück, in: PJ 131 (1908) 3, S. 520 f.

16 Vgl. erstmals * [Hans von Zwiedineck-Südenhorst]: Aus Oesterreich, in: PJ 71 (1893) 1, S. 175–180 sowie zuletzt * [Hans von Zwiedineck-Südenhorst]: Aus Oesterreich, in: PJ 119 (1905) 3, S. 546–551; für Zwiedinecks Identität vgl. Honorarliste Januarheft 1893 in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 278 sowie Honorarliste Märzheft 1905 in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 434.

17 Wittstock: Lutz Korodi. Zu Korodis politischen Ambitionen vgl. ferner insbesondere Lutz Korodi an Hans Delbrück, 13.07.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 1–2; Lutz Korodi an Hans Delbrück, 19.07.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 7; Lutz Korodi an Hans Delbrück, 09.10.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 10.

Beachtung.[18] Delbrücks politische Positionen fanden Resonanz in den dortigen Tageszeitungen[19] und Vertreter österreichischer Blätter wie Leopold von Chlumecky von der »Österreichischen Rundschau« suchten ihn regelmäßig für Beiträge zu gewinnen.[20] Nach mehreren Bergsteigerreisen nach Tirol besuchte Delbrück 1907 Velden am Wörthersee, den niederöstereichischen Kurort Semmering und Wien, wo er allenthalben mit Intellektuellen, Parlamentariern und Regierungsbeamten verkehrte. Darunter war neben dem sozialdemokratischen Abgeordneten und späteren Staatskanzler der Republik Österreich Karl Renner auch der seinerzeitige Außenminister Aerhenthal, den er als seinen Auffassungen von der österreichischen Politik am nächsten stehend einschätzte.[21] Von informeller Geselligkeit waren auch Delbrücks Beziehungen zu den maßgeblichen Akteuren der deutschen Außenpolitik vor dem Krieg geprägt gewesen, wenn

18 vgl. undatierte, nach Orten aufgeschlüsselte Aufstellung von Abonnement An- und Abmeldungen aus dem Frühjahr 1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 2, Bl 173–175; Lutz Korodi an Hans Delbrück, 19.08.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 13.

19 Nur ausgewählt: Politische Uebersicht, in: Neue Freie Presse, 27.03.1899, Nr. 12426, S. 1; Professor Delbrück über die Marokko-Frage, in: Neue Freie Preisse, 05.03.1906, Nr. 14918, S. 2; Professor Hans Delbrück über die Wahlaussichten der Freisinnigen, in: Neue Freie Presse, 15.12.1906, Nr. 15201, S. 2; Gespräch mit Professor Delbrück, in: Neue Freie Presse, in: Neue Freie Presse, 03.07.1907, Nr. 15395, S. 3; Die französisch-englisch-russische Annäherung. Aus einem Gespräch mit Professor Hans Delbrück, in: Neue Freie Presse, 10.06.1908, Nr. 15734S. 1 f.; Delbrück über die englisch-deutschen Beziehungen, in: Neues Wieder Tageblatt, 28.12.1911, Nr 356, S. 3.

20 Leopold Freiherr von Chlumecky an Hans Delbrück, 10.08.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Chlumecky, Leopold Frhr. V., Bl. 3–4; Leopold Freiherr von Chlumecky an Hans Delbrück, 15.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Chlumecky, Leopold Frhr. V., Bl. 6–7; Leopold Freiherr von Chlumecky an Hans Delbrück, 05.12.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Chlumecky, Leopold Frhr. V., Bl. 14; Leopold Freiherr von Chlumecky an Hans Delbrück, 24.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Chlumecky, Leopold Frhr. V., Bl. 24.

21 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 28.08.1907, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 6 [unveröff. Manuskript], in: N 1917/70, Bl. 115–117; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 03.09.1907, in: ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 119; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 04.09.1907, in: ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 119 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 05.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 120; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 06.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 121; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 09.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 121; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 11.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 122; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 12.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 123; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 13.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 123 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 15.09.1907, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 125. Zu Delbrücks übrigen Reisen vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 3 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 25; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 17.08.1895, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 37 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 17.08.1908, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 7 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/71, Bl. 47 f.

sich etwa zu den Spaziergängen in Bad Gastein auch der Reichskanzler Bethmann Hollweg und der vormalige Marinestaatsekretär Friedrich von Hollmann gesellten.[22]

Während der Ära Bismarck lag der außenpolitische Fokus der »Preußischen Jahrbücher« auf dem Verhältnis zu Frankreich. Unter dem maßgeblichen Einfluss Constantin Rößlers galt die Dritte Republik als der größte Risikofaktor in den internationalen Beziehungen und als der wahrscheinlichste Gegner in einem künftigen Krieg.[23] Hans Delbrück leistete damals bloß einen marginalen Beitrag dazu, dieses Bedrohungsszenario fortzuzeichnen, welches davon ausging, dass ein charismatischer »Volkstribun« wie der General Boulanger selbst in wenig aussichtsreich erscheinender Situation einen Revanchekrieg um Elsaß-Lothringen vom Zaun brechen könnte. Diese Einschätzung wurzelte in der geringschätzigen Beurteilung der politischen Verfassung der Dritten Republik. Deren parlamentarische Parteigegensätze schienen alle politischen Felder zu durchdringen und galten Delbrück als Ausweis einer systemimmanenten Instabilität, die auch jede souveräne und ›vernüftige‹ Außenpolitik mindestens hemmen musste. Diese Stereotype prägten alle Delbrück'schen Betrachtungen französischer Verhältnisse. Im Besonderen die Kommentare zum Panama-Skandal des Jahres 1892 lassen sich in ihrer Bestätigung selbst gehegter Vorurteile von einer massiven Korruptionsanfälligkeit parlamentarischer Systeme als eine Art selbsterfüllender Prophezeiung lesen.[24]

Erstmals hatte Constantin Rößler im Juliheft 1891 eine Abtretung Metz und Lothringens durch Deutschland, im Tausch gegen die französische Anerkennung der deutschen Herrschaft über das Elsaß und dem Einverständnis zu einem Eintritt Luxemburgs in den Reichsverband, in den Raum gestellt. Ausgangspunkt war ein anonymer Artikel im »Figaro«, als dessen Urheber Rößler den östereichisch-ungarischen Diplomaten Alexander von Hübner identifizierte. Gegen die harschen Pressekommentare hob Rößler nicht bloß die offiziöse Un-

22 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 19.08.1912, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 77 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 27.08.1912, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 80f; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 29.08.1912, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 82 f.

23 Constantin Rößler an Hans Delbrück, 28.02.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 3–4; [Rößler]: Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages [PJ 61/3], S. 297–305; ω [Constantin Rößler]: Frankreich. Deutschland und England. Oesterreich. Rußland und die Balkanstaaten, in: PJ 63 (1889) 3, S. 375–388, S. 275–381; Constantin Rößler an Hans Delbrück, 11.09.1889, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 13–14; ω [Constantin Rößler]: Frankreich. Rußland und die Balkanstaaten. England, in: PJ 64 (1889) 4, S. 487–495, S. 487–490.

24 Hans Delbrück: Die Wahlen in Frankreich. Die Silberkrisis. Die neuen Steuern. Der Zollkrieg, in: PJ 73 (1893) 3, S. 568–570, S. 569; Delbrück: Rückblick auf das Jahr 1893 [PJ 75/1], S. 191–195. Für den Panama-Skandal als populäres Schlagwort in der deutschen Presse vgl. *Hewitson*, National Identity and Political Thought, S. 134 f.

gerührtheit der Wilhelmsstraße hervor, sondern erklärte Hübners Abwägung zwischen strategischem Nutzen und sprachgemeinschaftlicher ›volkstümlicher‹ Zugehörigkeit der verhandelten Gebiete für einen durchaus begrüßenswerten Gedanken.[25] Diese Abwägung über eine deutsch-französische Flurbereinigung zwischen »Volkstum« und Staatengrenzen hat Delbrück im Januarheft 1896 fortgeführt.[26] Hätte doch Bismarck in seiner politischen Weitsicht bereits mehr oder weniger durchschaut, dass Metz in jeglicher Hinsicht eine französische Stadt war und bleiben würde, weswegen der französische Revanchismus in Bezug auf diese Stadt nicht nur nachvollziehbar, sondern auch nachempfindbar sei.[27] Noch bevor das nicht allzu sorgfältig gehütete Pseudonym aufgedeckt wurde, hat sich Delbrück als verantwortlicher Herausgeber im Mittelpunkt der Resonanz gefunden, die speziell der Passus zum Status von Metz in der Tagespresse fand. Im Auswärtigen Amt wurden die »Politischen Träumereien« durchaus nicht begrüßt.[28] Doch in Paris bewertete die linksliberale »La Justice« Georges Clemenceaus die Vorschläge vor dem Hintergrund der Delbrück zugeschriebenen Regierungsnähe als einen deutschen Testballon für eine projektierte Annäherung an Frankreich.[29]

Nationalistische Zeitungen beider Länder traten dem mutmaßlich vermittels der »Preußischen Jahrbücher« lancierten Verständigungsvorschlag mit Feuereifer entgegen. Die Diskussion von dessen Ernsthaftigkeit zog sich bis in den Sommer 1897 hinein, als die »Politischen Träumereien« in der französischen Presse mit einem angeblichen Ausspruch Bismarcks gegenüber dem französischen Journalisten Henri des Houx in Verbindung gebracht wurden, nachdem der erste Reichskanzler befunden habe, »das Deutsche Reich sei um Metz und seine Bannmeile zu groß«.[30]

Dass nun in Frankreich überhaupt erstmals über eine langfristige Kompromisslösung geschrieben würde, nahm Delbrück selbst als einen Erfolg seines »Vir pacificus« in Anspruch. Von daher mag er zur Verstetigung dieses Zustandes darauf verzichtet haben, die im Erstentwurf eines unveröffentlicht gebliebenen Folgeartikels getätigte Formulierung von den Franzosen, die einer »an den Haaren herbeigezogenen Fiction« aufgesessen waren, in Druck zu geben.[31] Wie

25 ω [Constantin Rößler]: Rettung der französischen Ausstellung in Moskau. Griechen und Lateiner am heiligen Grab. Rußland. Frankreich und der Dreibund. Rußland, Frankreich und der Papst. Der europäische Staatsmann im Figaro, in: PJ 68 (1891) 1, S. 121–126, S. 125 f. Rößler bezieht sich auf: La Situation extérieure de la France, in: Le Figaro, Nr. 167, 16.06.1891, S. 1.

26 [Delbrück]: Politischer Ernst [PJ 83/3], S. 409.

27 [Delbrück]: Politische Träumereien [PJ 83/1], S. 11.

28 *Paddock*, Creating the Russian peril, S. 67 f.

29 Singulière manifestation, in: La Justice, Nr. 5843, 13.01.1896, S. 1.

30 Hans Delbrück: Auswärtige Politik [PJ 90/1], S. 178–179; Hans Delbrück: Vir pacificus über Metz, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 54, hier Bl. 9–11.

31 Ebd., Bl. 11.

Delbrück in diesem Entwurf bekannte, hatte er es weder 1896 noch 1897 für realistisch gehalten, dass auf der skizzierten Grundlage eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeigeführt werden könne. Doch trotz aller fantastischen Diskrepanz zwischen dem üblichen »realpolitischen« Grundton der »Politischen Correspondenz« und dem Stil der »Träumereien«, »die von concreter Politik so entfernt wie möglich« waren,[32] war es ihm doch ganz gezielt darum zu tun gewesen, die historisch gewachsene und tief verwurzelte französische Identität der Stadt Metz herauszustellen.[33] Eine Identität die es durchaus einmal erlauben könne, Metz aus geostrategischer Erwägung zum Tauschobjekt zu machen, ohne dabei zum Nachteil der nationalstaatlichen Integrität des Deutschen Reichs auszufallen:

»Ja – ich sage, ich wollte, wir machten mit Metz einmal ein so gutes Geschäft wie England mit Helgoland.«[34]

Die Idee eines deutsch-französischen Ausgleichs in Europa hat Delbrück indes während der »Friedensjahre« Wilhelms II. nicht weiterverfolgt. Tatsächlich ist die Gefahr, die vom Nachbarn im Westen ausging, während dieser Jahre in den »Blauen Heften« sukzessive geringer eingestuft worden. Zum älteren Motiv der von Parlamentarismus und Kulturkampf zumindest teilgelähmten Republik trat jetzt ein demographisches Moment. Demnach würden die stagnierenden Bevölkerungszahlen Frankreichs militärische Potenz bereits mittelfristig senken und einsichtige Prognostik sogar schon kurzfristige politische Folgen im Sinne geminderten Kampfgeistes zeitigen. Obwohl der Dritten Republik ihre beträchtlichen Erfolge auf dem Gebiet des Kolonialerwerbs nicht in Abrede gestellt wurden, nahmen die Franzosen um die Jahrhundertwende nicht einmal mehr einen Platz auf Augenhöhe mit dem Deutschen Reich ein. Das französische »Zurückweichen« vor Faschoda haftete der französischen Diplomatie in Delbrücks Darstellung dauerhaft an, weswegen ihm der französisch-englische Ausgleich und die Gründung der Entente zwar zurecht nicht als Reaktion auf Deutschlands drohende Übermacht, aber eben zu Unrecht als Ergebnis französischer Schwäche galt.[35]

Zu den Dissonanzen zwischen Delbrück und seinem ›Außenpolitikexperten‹ Rößler gehörte während der 1880er Jahre die Bewertung der französisch-russischen Annäherung und der Politik des Zarenreichs. Delbrück gab sich damals optimistisch, dass Russland für einen großen europäischen Krieg nicht hinreichend gerüstet sei und dass es auch bei vollständiger Mobilisierung seiner ver-

32 Ebd., Bl. 5.
33 Ebd., Bl. 6–8.
34 Ebd., Bl. 31.
35 Delbrück: Frankreichs Zurückweichen vor Faschoda [PJ 94/3]; Hans Delbrück: Der Krieg. Der russisch-englische Konflikt in der Nordsee. England und Deutschland. Frankreich und seine Armee. Rußland ein Verfassungsstaat, in: PJ 118 (1904) 3, S. 557–567, S. 562–565.

fügbaren Truppen nicht im Stande sein werde, allein das Deutsche Reich niederzuwerfen. Rößler, auch in Generalstabskreisen bestens vernetzt, war hinsichtlich des militärischen Potentials des Zarenreichs und des Voranschreitens der russisch-französischen Annäherung pessimistischer. Ein Artikel über die strategischen Bewegungen der russischen Armee, deren »Kriegsplan« er bereits durchschaut haben wollte, wurde zwar aus Gründen der Opportunität nie gedruckt. Tatsächlich wurde der Zwiespalt in der Redaktion sogar vor dem Lesepublikum in Szene gesetzt. Bismarcks berühmte »Friedensrede« vom 6. Februar 1888 hat Rößler im Märzheft einer kritischen Analyse unterzogen, die speziell auf die russische Rüstung und die Gefahr eines russisch-französischen Angriffs auf das Kaiserreich abhob. Durchaus mit seinem Einverständnis versah Delbrück den Abdruck indes mit einer langen Randbemerkung, die des Reichskanzlers Weitsicht rühmte, dem es gelungen war, nicht zuletzt Sankt Petersburg eindrücklich vor Augen zu stellen[36],

»daß Deutschland wahrlich das Aeußerste thue, den Frieden zu erhalten, daß es aber in solcher Bemühung seinem Stolze nichts vergeben und wenn alle Bemühung vergeblich sei, mit Zuversicht dem Kampfe entgegengehen könne.«[37]

Mit den Jahren verfestigte sich zunehmend das Feindbild Russland als drängendster Gefahr für den deutschen Großmachtstatus.[38] Während Rößler bis zu seinem Tod 1896 daran festhielt, dass ein diplomatisches Entgegenkommen des Reiches letztlich nur der russischen ›Kriegspartei‹ in die Hände spielte, suchte Delbrück in den frühen 1890er Jahren im deutsch-russischen Handelsvertrag noch das Vehikel einer Ausgleichspolitik. In diesem Sinne überzeugte er den Freiburger Nationalökonomen Gerhard von Schulze-Gaevernitz, die Früchte einer mehrmonatigen Russlandreise für eine handelsvertragsfreundliche Artikelserie in den »Jahrbüchern« zu verwerten, von welcher sich der Brentanoschüler auch die Stärkung der ›Friedenspartei‹ in Russland erwartete.[39]

36 Constantin Rößler an Hans Delbrück, 28.02.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 3–4; [Rößler]: Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages [PJ 61/3], S. 292 f.; Constantin Rößler an Hans Delbrück, 11.09.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 13–14.

37 [Rößler]: Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages [PJ 61/3], S. 293.

38 *Kundel*, Die Ideologie der Weltpolitik, S. 13 f.;

39 Constantin Rößler an Hans Delbrück, 20.08.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 17–18; Gerhard von Schultze-Gaevernitz an Hans Delbrück, 02.12.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schulze-Gaevernitz, Gerhard, Bl. 1–2; Gerhard von Schultze-Gaevernitz an Hans Delbrück, 20.02.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schulze-Gaevernitz, Gerhard, Bl. 4–9. Die Schulze-Gaevernitzsche Artikelserie erschien zwischen Januar und März 1894. Gerhard von Schulze-Gaevernitz: Der Nationalismus in Rußland und seine wirthschaftlichen Träger. Zugleich ein Beitrag zur Handelsvertragsfrage, in: PJ 75 (1894) 1, S. 1–31; Ders.: Der Nationalismus in Rußland und seine wirthschaftlichen Träger, in: PJ 75 (1894) 2, S. 337–364; Ders.: Der Nationalismus in Rußland und seine wirthschaftlichen Träger, in: PJ 75 (1894) 3, S. 496–528.

Gleichwohl blieb der russische Großmachtsstatus in den »Preußischen Jahrbüchern« ein prekärer. Nicht zuletzt unter dem Einfluss Baltendeutscher Mitarbeiter, die sich von der Russifizierungspolitik in ihren Heimatprovinzen bedroht sahen, wurde dem Zarenreich abgesprochen ein »Kulturstaat« zu sein, da seine Ordnung entscheidende Grundwerte des europäischen Liberalismus vermissen lasse.[40] Unter dem Einfluss Paul Rohrbachs und Delbrücks Vetters Ludwig, sind in den »Jahrbüchern« ab der Jahrhundertwende Spekulationen über einen dräuenden ökonomischen Niedergang Russlands eingezogen, dessen Kreditwürdigkeit angesichts eines in Aussicht genommenen Ankaufs deutscher Staatsanleihen im Umfang von 300 Millionen Mark in Zweifel gezogen gehörte. Diese Anleihe hatte Delbrück zunächst als vertretbaren Preis für einen neuen Handelsvertrag aufgefasst wissen wollen, der die ökonomischen Wechselbeziehungen zwischen den beiden Reichen zum Vorteil der deutschen Landwirtschaft verschieben sollte. Doch machte er sich schließlich Rohrbachs Sicht ganz zu eigen, der dem russischen Finanzminister Sergej Witte Bilanzfälschung im großen Stil vorwarf und einen Sturm der Entrüstung in der Börsen-Presse weckte. Letztlich ist kein neuer Handelsvertrag zu Stande gekommen. Dass damals die Ansicht von der mangelhaften Kreditwürdigkeit Russlands im Deutschen Reich um sich griff, obwohl die großen Tageszeitungen dieses Thema gar nicht originär behandelt hatten, konnten sich die »Jahrbücher« als eigene Leistung anrechnen. Investigativer Journalismus in engerem Sinne war das freilich nicht gewesen. Vielmehr hatte speziell Paul Rohrbach durch Kollagen russischer Publikationen und durch die nachgerade quellenkritische Analyse im Zarenreich veröffentlichter Dokumente den deutschen Blickwinkel auf eine öffentliche Debatte in Russland verschoben.[41]

Entwicklung und Ausgang des russisch-japanischen Krieges 1904/05 haben die Ordnung und Stabilität des Zarenreiches für noch zweifelhafter gelten lassen. Vor diesem Hintergrund hat Delbrück auch der Russischen Revolution keine günstigen Entwicklungschancen im Sinne der nachhaltigen Etablierung einer

40 *Paddock*, Creating the Russian peril, S. 69 f.; Ebd., S. 86 f. Zur Politik der Russifizierung im Zarenreich vgl. Brüggemann: Als Land und Leute »russisch« werden sollten, S. 29–32. Für ein positives Russlandbild in den »Preußischen Jahrbüchern« unter Aufrechterhaltung der Prämisse vom westöstlichen Kulturgefälle vgl. Arnold Dietzmann [Marie Lezius]: Politischer Sinn bei Deutschen und Russen, in: PJ 111 (1903) 3, S. 395–414; für Lezius' Pseudonym vgl. Honorarliste Märzheft 1903, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 410.

41 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 14.02.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe II, Bl. 1–11; Paul Rohrbach: Rußland in der Krisis, in: PJ 107 (1902) 1, S. 102–30; Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 10.02.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ludwig, Bl. 3; Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 21.02.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ludwig, Bl. 4–5; Delbrück: Deutschlands Stellung in der Weltpolitik [PJ 108/1]; Hans Delbrück: Die politische Gährung in Rußland, in: PJ 109 (1902) 2, S. 363–369; Delbrück: Obstruktion [PJ 110/3]; Paul Rohrbach: Ein geheimes Protokoll des russischen Reichsraths über die Finanzen, in: PJ 113 (1903) 1, S. 153–161.

liberalen Verfassungsordnung zugebilligt.[42] Im Schatten der raschen ökonomischen Erholung des Zarenreichs von Niederlage und Revolution hat Delbrück gerade die 1906 als wesentliche Errungenschaft der Revolution installierte Duma als Hort eines aggressiven Panslawismus gezeichnet, der als Treibladung in einer neuralgischen Zone der Großmächtebeziehungen die Balkankriege 1912/13 maßgeblich verursachte.[43]

Zwei Veröffentlichungen russischer Provenienz haben die außenpolitische Linie der »Jahrbücher« im »Friedensreich« und bis in den Weltkrieg hinein maßgeblich geprägt. Bereits im Maiheft 1898 ist die Zusammenfassung eines Gesprächs erschienen, das Rohrbach in Sankt Petersburg mit dem Rurikidenfürsten Esper Uchtomski geführt hatte, der als Herausgeber der »Wjedomosti« selbst publizistisch aktiv und als Präsident der Russisch-Chinesischen Bank eine relevante Größe in der russischen Ostasienpolitik war. Das Gespräch, in dessen Verlauf Uchtomski unter anderem recht unverfroren über eine Aufteilung der Donaumonarchie unter Deutsche und Russen schwadronierte, knüpfte an Rohrbachs publizistische Beiträge zum russisch-englischen Gegensatz in Asien an. Die beträchtlichen Konzessionen, die Uchtomski für eine wohlwollende deutsche Neutralität in dieser Beziehung in Aussicht stellte, galt Delbrück und Rohrbach auf Jahre hinaus als Beweis, dass eine nachhaltige Annäherung zwischen dem Britischen Empire und dem Zarenreich zum Nachteil Deutschlands nicht zu befürchten stand. In frappanter Verkennung der internationalen Entwicklung seit der anglo-russischen Konvention von 1907 hat Delbrück noch im Vorfeld der Londoner Botschafterkonferenz im Dezember 1912 unter Verweis auf das 15 Jahre alte Uchtomski-Interview daran festgehalten, dass England aus eigenem Interesse weiterem russischen Vordringen Richtung Mittelmeer einen Riegel vorschieben und dadurch dem Deutschen Reich eine Position zwischen beiden Mächten ermöglichen würde.[44]

Vor dem Hintergrund der Liman von Sanders-Krise wandte sich Delbrück am 15. April 1914 an den russischen Historiker Paul von Mitrofanoff, der unter

42 Hans Delbrück: Russische Friedens- und Kriegsaussichten, in: PJ 119 (1905) 2, S. 365–370, S. 369 f.; Hans Delbrück: Die russische Verfassungsfrage, in: PJ 121 (1905) 2, S. 379–383; Hans Delbrück: Die russische Verfassung. Die Friedensverhandlungen, in: PJ 121 (1905) 3, S. 563–567; Hans Delbrück: Die russische Revolution. Die russische Krisis und die preußische Polen-Politik. Deutschland und die allgemeine Weltlage, in: PJ 122 (1905) 3, S. 555–572; Hans Delbrück: Die neuen Steuern, Das preußische Volksschulgesetz, Die Reichstagsdiäten, Die russische Duma, Die Wahlen in Frankreich, in: PJ 124 (1906) 3, S. 573–584, S. 583.

43 Hans Delbrück: Jaures und Clemencaeu, Duma, Dreibund, Polentum, in: PJ 125 (1906) 1, S. 190–192; Hans Delbrück: Die große Heeresvorlage-Begründung und Deckung, in: PJ 152 (1913) 1, S. 169–180, S. 172–174.

44 Paul Rohrbach: Fürst Uchtomski über russisch-deutsche Politik, in: PJ 92 (1898) 2, S. 337–346. Hans Delbrück an Hermann Oncken, 23.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 26–27. Für die Person Uchtomskis vgl. *Schimmelpenninck van der Oye*, Toward the rising sun, S. 44–54. Zur anglo-russischen Annäherung und speziell ihren Konsequenzen für den Balkan als neuralgische Zone des Großmächtekonzerts vgl. *Rose*, Zwischen Empire und Kontinent, S. 589 f.

anderem in Berlin studiert und in Wien geforscht hatte, und erbat sich Auskunft über die russische Perspektive auf die obwaltenden Spannungen.[45] Mitrofanoff versprach seinem alten Lehrer reinen Wein einzuschenken und binnen etwa einer Woche entstand so zwischen Berlin und Sankt Petersburg ein zehnseitiger Essay, dem Delbrück noch Vor- und Nachwort hinzugesellte.[46] Entgegen seiner darin vorgenommenen Einführung als Historiker, hat Mitrofanoff ausdrücklich erklärt, nicht als fachwissenschaftlicher ›Experte‹, sondern schlicht als Russe zu sprechen.[47]

Trotz dessen hat er ausgesprochen historisch argumentiert und stellte den deutsch-russischen Gegensatz vornehmlich als historisch bedingte Gefühlshaltung dar. Erst mit einem langatmigen Vorlauf seit dem 18. Jahrhundert gelangte Mitrofanoff zu den internationalen Konfliktlagen seiner Gegenwart, in der die undankbaren Deutschen zunächst den Österreichern durch Ausschluss aus dem Reich den Weg nach Südosten gewiesen hatten und sodann durch ihre Rückdeckung für diese sowie ihrem eigenen informellen Imperialismus im Osmanischen Reich den Russen ihre legitime Stellung im Orient und auf dem Balkan, speziell die Kontrolle der Meerengen verwehrten.[48] Indem er als »ehrlicher Makler« auf dem Berliner Kongress 1878 die russischen Machtinteressen zu wenig berücksichtigte, hatte Bismarck nach Mitrofanoffs Urteil seinen »größten politischen Fehler« gemacht.[49]

Diese »politische Tat« erregte weithin Aufmerksamkeit und der russische Historiker wurde darin beim Wort genommen, die vorherrschende Stimmung ungeschminkt widerzuspiegeln. Sein Offener Brief wurde in der Rigaer »Deutschen Monatsschrift für Russland« noch einmal abgedruckt und auch in Wien und Paris besprochen.[50] Russischen Expansionsdrang nach Westen und eine

45 Hans Delbrück an Paul von Mitrofanoff, 15.04.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 48, Bl. 6–7. Mitrofanoffs Analyse der josephinischen Reformen wurden ohne sein Wissen 1910 ins Deutsche übersetzt, diese Übersetzung jedoch auf seine Anregung hin in den »Preußischen Jahrbüchern« rezensiert. Vgl. Paul von Mitrofanoff an Hans Delbrück, 07.04.1910, in: SBB PK, Nl. Briefe, Mitrofanoff, P. v., Bl. 1–2; Paul von Mitrofanoff: Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland. Mit Vor- und Nachwort des Herausgebers, in: PJ 156 (1914) 3, S. 385–398, S. 385 f. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden Mitrofanoffs Archivarbeiten in Wien in der deutschen Presse als Spionage denunziert, vgl. *Kralik*, Weltliteratur der Gegenwart, Graz 1923, S. 411.

46 Paul von Mitrofanoff an Hans Delbrück, 22.04.1914, in: SBB PK, Nl. Briefe, Mitrofanoff, P. v., Bl. 1–2; Mitrofanoff an Delbrück, 25.04.1914, in: SBB PK, Nl. Briefe, Mitrofanoff, P. v., Bl. 4–5; Hans Delbrück an Paul von Mitrofanoff, 28.04.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl 19.

47 Mitrofanoff: Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland [PJ 156/3], S. 386 f.

48 Ebd., S. 387–393.

49 Ebd., S. 391.

50 Rußland und Deutschland. Ein offener Brief an Prof. H. Delbrück in Berlin. Mit einer Vorbemerkung der Redaktion, in: Deutsche Monatsschrift für Rußland 56 (1914) 12, S. 789–798; Träume und Drohungen, in: Reichspost, 23.06.1914, Nr. 286, S. 1; Les relations russo-

»Zerstückelung Oesterreichs« als Deutschlands letztem Verbündeten vor Augen, hat neben dem freikonservativen Verbandsfunktionär Eduard von Liebert auch der Chef des Großen Generalstabs Helmuth von Moltke in Mitrofanoffs einhellig zur vox populi erklärtem Brief den dringend begehrten Beweis für einen dräuenden Waffengang mit dem Zarenreich gesehen, der nach konsequenter militärischer Vorsorge verlangte.[51]

Delbrück teilte diese Deutung sicher insofern, als dass sie seine Kritik am deutsch-französischen Gegensatz als Paradigma der strategischen und diplomatischen Entscheidungskultur im Reich stützte. Anders als die konservativen Apologeten eines unausweichlichen Krieges bewahrte sich Delbrück jedoch den Optimismus, des Reiches Stellung könnte derart gestärkt werden, dass Russland einen Krieg nicht wagen würde.[52] In diesem Sinne votierte er dafür, die Ausführungen Mitrofanoffs als Verweis auf jene Grenzen anzusehen, die der Möglichkeit gesteckt waren, Frieden durch Annäherung zu erreichen. Dass ein in Deutschland ausgebildeter Gelehrter solchen »Hass« empfand, bewies für Delbrück die Gültigkeit seines Mantras vom russischen Expansionismus und der dräuenden Zweiteilung der Welt in einen russischen und einen angelsächsischen Machtblock.[53]

allemande, in: Le Journal, 31.05.1914, Nr. 7917, S. 4. Auch während des Ersten Weltkriegs kamen frontübergreifend Publizisten auf Mitrofanoffs Offenen Brief als Quelle für die russischen Kriegsziele zurück, vgl. *Bavaj*, Die deutsche Ukraine-Publizistik während des Ersten Weltkrieges, S. 4 f. Zuzüglich zur dort zitierten Weltkriegspublizistik vgl. auch o. T., in: Die Glocke 2 (1916) 2, S. 886–888. Zu konfrontativen Tendenzen und Ausgleichsinitativen in der deutschen und russischen Presse zur Zeit des Mitrofanoff-Briefs vgl. auch *Gelwich*, Theodor Schiemann und die deutsche Russlandpolitik, S. 288–291.

51 Eduard von Liebert an Hans Delbrück, 05.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Liebert, Eduard v., Bl. 6–7; Helmuth von Moltke an Hans Delbrück, 01.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, v. Moltke, Bl. 1–2. Lina Delbrück hat diesen Brief, der in den Findmitteln der Staatsbibliothek keinen konkret benannten Urheber aufweist, dem freikonservativen Abgeordneten Otto von Moltke zugeordnet, der auch gelegentlich in den »Preußischen Jahrbüchern« schrieb, vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 47 f. Das Schriftbild, auch der in aller Regel von eigener Hand gesetzten Unterschrift, spricht jedoch gegen Otto von Moltke als Verfasser und für die Urheberschaft Helmuth von Moltkes der auf dem Brief vermerkte Ort der Niederschrift, Bade-Baden, wo der Generalstabschef sich zum Zeitpunkt der Drucklegung des Juniheftes der »Preußischen Jahrbücher« aufhielt, vgl. Helmuth von Moltke an Eliza von Moltke, 30.05.1914, in: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877–1916, S. 378. Zur wohlwollenden Aufnahme in der Reichsleitung vgl. auch Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 29.05.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 22.

52 Hans Delbrück an Eduard von Liebert, 08.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 33 f. Indem Delbrück gerade keinen unvermeidlichen Krieg prophezeite, lagen die »Jahrbücher« entgegen Gelwichs Darstellung durchaus auf einer Linie mit der linksliberalen »Vossischen Zeitung«, vgl. *Gelwich*, Theodor Schiemann und die deutsche Russlandpolitik, S. 290.

53 Mitrofanoff: Offener Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland, S. 396–398.

Dieser ›Deutschenhass‹ und die »liebevolle aber strenge Hand«, welche jener in Delbrücks Erwiderung fand[54] haben übrigens nicht verhindert, dass Mitrofanoff noch am 19. Juli 1914, inmitten der dem Krieg zutreibenden Krise nach den Morden von Sarajevo, in Berlin bei Delbrück zu Gast gewesen ist. Zwar fühlten beide auch im persönlichen Gespräch den »Abgrund des Hasses« zwischen ihnen sich auftun, doch vermochten in dieser vertrauten Konstellation noch Freundschaft und Humor Brücken über jenen Abgrund zu schlagen.[55]

Aus Delbrücks Wahrnehmung Russlands im Gefüge der internationalen Beziehungen ergab sich zum Ende der Ära Bismarck hin auch im Wesentlichen sein Urteil über Österreich-Ungarn, als dem schwächeren und strategisch nachteilig exponierten Partner im Zweibund. Der Großmachtstatus der Donaumonarchie galt als prekär, musste jedoch schon im Interesse des Deutschen Reiches gewahrt werden.[56] Bis 1914 galt die »polnische Frage« in den »Preußischen Jahrbüchern« als die Scharnierstelle zwischen der inneren Verfassung und den wechselseitigen Außenbeziehungen Berlins, Sankt Petersburgs und Wiens. 1896 hat schon Delbrücks »Vir pacificus« einen russisch-österreichischen Ausgleich imaginiert, nachdem eine Machtausdehnung des Romanow-Imperiums auf dem Balkan durch eine Abtretung Kongress-Polens an Österreich-Ungarn kompensiert werden könnte, welche zugleich den katholischen Polen als sodann gewichtigster Teilmenge der slawischen Untertanen Kaiser Franz Josephs freie Kulturentfaltung und Wien die Garantie seines Großmachtstatus bescheren sollte.[57]

Von der Umsetzbarkeit solcher vorgeblich ideologiefreier Ausbalancierungen des Großmächtesystems über die zunehmend nationalistisch beschwingte ›öffentliche Meinung‹ hinweg, war Delbrück in den 1890er Jahren noch so überzeugt, dass er einen russisch-österreichischen Geheimvertrag über die Aufteilung des Balkans in einen russischen Osten und einen österreichischen Westen, der im Frühjahr 1898 in der europäischen Presse kolportiert wurde, entgegen hartnäckigen Leugnens der betroffenen Außenminister und auch entgegen informeller Informationsabflüsse aus Wiener Diplomatenkreisen nachdrücklich für echt erklärte.[58]

54 Paul von Mitrofanoff: Die russisch-österreichische Spannung, in: Die Zeit, 21.06.1914, Nr. 4213.

55 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 46 f.; Das Problem der Triple-Entente. Der russische Geschichtspunkt. Uebersetzung eines französischen Aufsatzes des Fürsten Kotschubey. Mit einer Vorbemerkung des Herausgebers, in: PJ 157 (1914) 3, S. 481–513, S. 481.

56 Hans Delbrück: Politische Correspondenz [1884], S. 613–619. Zur Einschätzung der strategischen Lage Österreich-Ungarns unter der Mitarbeiterschaft der »Preußischen Jahrbücher« vgl. auch Constantin Rößler an Hans Delbrück, 11.0.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 13–14.

57 [Delbrück]: Politische Träumereien, S. 5.

58 Hans Delbrück: Auswärtige Politik. Chamberlains Rede. England wirbt um Deutschland. Der russisch-österreichische Vertrag über die Theilung der Türkei. Innere Politik. Wahlparole, in: PJ 93 (1898) 3, S. 562–570, S. 565–567; Hans Delbrück: Die Reichstagswahlen.

Als Schlüsseltext Delbrück'scher Perzeption der Habsburgermonarchie kann »Die Zukunft Österreich-Ungarns« gelten, die nach Delbrücks Wienbesuch während der Sommersemesterferien im Oktoberheft der »Jahrbücher« 1907 erschien und 1910 nochmals die Grundlage für einen gleichgerichteten Artikel in der »Österreichischen Rundschau« bildete.[59] Gleich eingangs als Abweichung von der üblichen Praxis gekennzeichnet, die österreichische Politik normalerweise berufenen Mitarbeitern zu überlassen, lag der Fokus des Aufsatzes auf der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Reichsrat.[60] Diese Umgestaltung des Parlaments der cisleithanischen Reichshälfte hatte Delbrück bereits 1905 gegenüber Hans von Zwiedineck-Südenhorst als Mittel der Wahl für eine Stabilisierung Österreich-Ungarns als prekärer Großmacht vertreten.[61] Bei den Wahlen im Mai 1907 dann tatsächlich erstmals zur Anwendung gelangt, hatte Delbrück diese Reform in der »Wiener Neuen Freien Presse« als zukunftsweisend für die Donaumonarchie und die Stellung des »Deutschtums« in jenem Staatengebilde erklärt. Anlässlich des Berlinbesuchs des k. u. k. Außenministers Alois Lexa von Aehrenthal hatte Delbrück damals das Bündnis von Hohenzollern- und Habsburgerreich bekräftigt, als einer derart fest gefügten Verbindung, dass sie den Zeitgenossen in beiden Reichen für völlig selbstverständlich galt. Das »Deutschtum« erklärte Delbrück zur einheitlichen Kulturnation, auf welcher die Allianz von Berlin und Wien ruhte. Während die Rücksichtnahme auf die Verbündeten im Norden jeder »antideutschen« Politik in der Donaumonarchie einen Riegel vorschieben müsse, so müsse die Rücksichtnahme auf das Gleichgewicht der Mächte jeden Gedanken an einen Anschluss der Habsburgischen Erblande oder anderer vornehmlich von Deutschen bewohnter Gebiete an das Deutsche Reich verbieten. Das warnende Beispiel der »napoleonischen« Politik, das im Ersten Weltkrieg Delbrücks politisches Mantra sein sollte, begegnet schon hier.[62]

Quintessenz von Delbrücks Reiseeindrücken war der Glaube an die Zukunftsfähigkeit des vielerorts und auch in der nachfolgenden Geschichtsschreibung bereits abgeschriebenen Großmacht Österreich-Ungarn. Das allgemeine

Polen und Panslavismus. Auswärtige Politik. Morning Post. Stanley, in: PJ 93 (1898) 1, S. 183–194, S. 189–191; Heinrich Friedjung an Hans Delbrück, 31.05.1898, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Friedjung, Heinrich, Bl. 3.

59 Hans Delbrück: Die Zukunft Oesterreich-Ungarns. Die Siebenbürgener Sachsen, in: PJ 130 (1907) 2, S. 366–377; Hans Delbrück an die Redaktion der Österreichischen Rundschau, o. D. [27.09.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 17, Bl. 34; Leopold von Chlumecky an Hans Delbrück, 12.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Chumlecky, Leopold Frhr. v., Bl. 3–4; Hans Delbrück: Österreichs Zukunft, in: Österreichische Rundschau 25 (1910) 1, S. 1–5.

60 Delbrück: Die Zukunft Oesterreich-Ungarns [PJ 130/2], S. 366.

61 Hans Delbrück an Hans von Zwiedineck-Südenhorst, o. D. [06.10.1905], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 12, Bl. 38–39.

62 Hans Delbrück: Das deutsch-österreichische Bündnis, in: Neue Freie Presse, 05.05.1907, Nr. 15338, S. 2.

Wahlrecht erachtete Delbrück für einen ersten Schritt auf dem Weg hin zu einer Überwindung der Nationalitätenkonflikte, welche die multiethnische Habsburgermonarchie zu lähmen schienen.[63] Die Überzeugung, von der kulturellen Überlegenheit des »Deutschtums«, die Delbrücks Haltung in der preußischen Polenpolitik grundierte, prägte auch seinen Blick auf die Nationalitätenkonflikte Österreich-Ungarns. Denn wie er in der brieflichen Diskussion mit dem ihm am engsten verbundenen österreichischen Fachkollegen Heinrich Friedjung versicherte, war er alles andere als ein ›Trialist‹. Ihm schwebte durchaus eine deutsche Vormachtstellung vor, nur eben eine, die nicht auf Zwangsmitteln, sondern auf der ›natürlichen‹ Assimilierungskraft der deutschen Kultur beruhte. Wenn die Nationalitätenpolitik nur nachhaltig liberalisiert und sämtliche Sprachen im Reich gleichberechtigt werden würden, dann würde das Eigeninteresse an den praktischen Vorzügen der in Mitteleuropa verbreiteten Verkehrssprache Deutsch und der Anlehnung an die deutsche Kultur, das vom Sprachenstreit angereizte Autonomiebestreben der ›kleinen‹ Nationen überwiegen und den – in puncto Sprachenstreit ja nicht unbeleckten – Ungarn ihre politische Machtstellung kraft der Legitimation als Vertreter der nichtdeutschen Bevölkerungsgruppen entwinden.[64]

In diese Richtung schien ihm nun mit dem allgemeinen Wahlrecht der Weg gewiesen:

»Jetzt also ist es Zeit, daß die Führer das Volk allmählich hinüberleiten zu der neuen und aussichtsreichen Kampfesmethode, die, um es noch einmal zu wiederholen, selbstverständlich nicht zu einem politisch selbstständigen Tschechenreich führen darf, sondern den Tschechen wie allen andern kleinen Nationen nur kulturelle Selbstständigkeit, diese aber auch vollständig zu gewähren hat. Darin sind wir ja auch einig. Was ich noch immer vermisse, ist bei den deutschen Führern die offene, immer wiederholte und genügend accentuierte Erklärung, daß sie die Gleichberechtigung der Sprachen *anerkennen*.«[65]

So würde sich die Donaumonarchie für eine Zukunft als Großmacht zu rüsten im Stande sein, in der Wien und Berlin gemeinsam des »Deutschtums« Mission der ›kulturellen Hebung‹ des Orients durch informellen Imperialismus ins Werk setzten.[66] Eine Mission, für die, wie Hans Delbrück und Emil Daniels zustimmend feststellten, Heinrich Friedjung ein bereits vor 1866 existierendes ›Bewusstsein‹ nachgewiesen hatte. Die aber ob der Überspannung der Kräfte Wiens im fruchtlosen Bruderkampf um die Vorherrschaft in Deutschland keine

63 Delbrück: Die Zukunft Oesterreich-Ungarns [PJ 130/2], S. 367–369.

64 Heinrich Friedjung an Hans Delbrück, 17.11.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Friedjung, Heinrich, Bl. 4–6; Hans Delbrück an Heinrich Friedjung, 23.12.1907, in: AT-OeStA/HHStA SB Nl Friedjung 4 – 69.

65 Hans Delbrück an Heinrich Friedjung, 23.12.1907, in: AT-OeStA/HHStA SB Nl Friedjung 4 – 69.

66 Delbrück: Die Zukunft Österreich-Ungarns [PJ 130/2], S. 272 f.

Umsetzung gefunden hatte.[67] Dass das Hohenzollernreich und das »halbdeutsche« Habsburger-Imperium mit allen ›realpolitischen‹ Implikationen durch Geschichte und »Volksthum« gewissermaßen symbiotisch verbunden waren, stand für Delbrück außer Frage. Die notorische »Nibelungentreue« fand hier ihr geistiges Fundament, dessen zur selbst erfüllenden Prophezeiung sich auswachsende Grundannahme vom aufeinander Angewiesensein Berlins und Wiens in jeder internationalen Krise von neuem bekräftigt wurde.[68] Vor dem ›Ernstfall‹ der Julikrise geschah dies zuletzt während der Balkankriege 1912/13, als Delbrück Hermann Oncken, der vor einem Vortrag im Nationalliberalen Verein Heidelbergs seine Ansichten über die Weltlage einholte,[69] apodiktisch beschied:

»Jeder Fortschritt Oesterreichs *muß schließlich* in besonderem Maße dem Deutschtum zu Gute kommen, und zwar je mehr, je treuer das Deutsche Reich zu ihm steht.«[70]

Das Vereinigte Königreich erfuhr während Delbrücks Herausgeberschaft der »Jahrbücher« gewissermaßen die gegenläufige Entwicklung der Bedeutung Frankreichs in den »Blauen Heften« und wurde von einer Macht von nachrangiger Bedeutung für die Interessen des Kaiserreichs zu demjenigen Konkurrenten, an dem Deutschland sich in erster Linie zu messen hatte. Denn die starke Stellung des Parlaments von Westminster und das englische Mehrheitswahlrecht beurteilte Delbrück Mitte der 1880er Jahre als die Partikularinteressen verpflichtete Herrschaft einer einzelnen sozialen Gruppe, der mit dem monarchischen Prinzip auch die Gemeinwohlorientierung verloren gehen müsse. Ob ein sich in diesem Sinne »demokratisierendes« England in der Lage sein würde, sein Weltreich auf Dauer zu beherrschen, erschien ihm damals durchaus zweifelhaft.[71] Obwohl Sidney Whitman, Delbrücks seinerzeit wichtigster Vertrauensmann in London, ihm die drohende Implosion eines überdehnten und dekadenten Britischen Empires eindringlich vor Augen stellte, hat sich Delbrück seine frühe skeptische Zukunftsprognose für die Weltstellung Großbritanniens jedoch nicht über die Ära Bismarck hinaus bewahrt.[72] Vielmehr wurde London mit Delbrücks Hinwendung zur »Weltpolitik« auch für die »Jahrbücher« zur vorrangigen Bezugsgröße deutscher Politik, deren Perzeption auch die Rüstungs- und Kolonialpolitischen Grundlinien der »Blauen Hefte« entscheidend prägte.

67 Delbrück: Die Zukunft Österreich-Ungarns [PJ 130/2], S. 373 sowie ausführlicher Emil Daniels: Oesterreich und der Krimkrieg, in: PJ 129 (1907) 1, S. 1–33.

68 Delbrück: Kriegsgefahr, in: PJ 135 (1909) 1, S. 163–182, insbesondere S. 175.

69 Hermann Oncken an Hans Delbrück, 21.11.1912, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 17–18. Eine vollständige oder teilweise Veröffentlichung von Onckens Vortrags in gedruckter Form lässt sich nicht nachweisen.

70 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 23.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 26–27.

71 Hans Delbrück: Die englische Wahlreform, in: PJ 54 (1884) 3, S. 283–287, S. 286 f.; Hans Delbrück: Die englische Wahlreform, in: PJ 55 (1885) 3, S. 100–103, S. 102 f.

72 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 29.11.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 28–29.

In dieser Beziehung widmete sich Hans Delbrück selbstredend den neuralgischen Zonen, in denen deutsche und englische Interessen in der Welt aufeinandertrafen sowie der Stimmungsdynamik der »öffentlichen Meinung«, die ihm ohne Absage an die Politik der ›großen Männer‹ mehr und mehr zur treibenden Kraft in den internationalen Beziehungen wurde.

In diesem Sinne hat Delbrück etwa die deutsch-britische Konfrontation, die mit dem Ausbruch des zweiten Burenkrieges zur Geltung gelangten, zwar nüchtern, aber auf ein spitzes Ende hin kommentiert. Besondere Sympathie brachte er den als kulturell rückständig erachteten Buren nicht entgegen und hielt auch langfristige kriegerische Erfolge derselben für unwahrscheinlich. Nach dem anzunehmenden britischen Sieg und der dann anstehenden Einverleibung des Transvaals und des Oranje-Freistaats in das britische Empire mochten die Buren zwar als unwillige Untertanen weiterhin ein Störfaktor im Getriebe des britischen Empire sein, in erster Linie würde dieser Sieg aber die Briten in ihrem »Eroberungsdrang« bestärken, zur weiteren Expansion in Afrika ermuntern und dadurch notwendigerweise mit Deutschland in Konflikt bringen. Aus Sorge um die Rückwirkung derartiger Presseprognosen auf die Diplomatie hat der damalige Außenstaatssekretär Bernhard von Bülow in der Folge so bestimmt wie erfolglos versucht, Delbrück von der Veröffentlichung eines gleichgerichteten Kommentars in der »North American Review« abzubringen. Trotz Bülows Drängen auf eine öffentliche »Selbstbeschränkung« intellektueller Wortführer im Angesicht der internationalen Krise, hat Delbrück darin zwar Frieden und Kooperation unter den Großmächten als Ziel ausgegeben, zugleich malte er jedoch mit besonderem Verweis auf Gustav Roloffs Studie über Napoleons Kolonialpolitik die unverhohlene Drohung einer Kontinentalallianz gegen ein England an die Wand, das den anderen Mächten keine Räume zur Gestaltung belasse. Die europäische Volksstimmung sei durch den Krieg in Südafrika für eine solche Konstellation günstig und einzig die Friedensliebe des deutschen Kaisers verhinderte die Eruption. Zeigte England sich in Afrika nicht konziliant, habe es Deutschland in der Hand, einen Krieg zu entfesseln, der das Empire erschüttern werde.[73]

Zu einem besonderen Brennpunkt der deutsch-englischen Spannungen im Zuge des Burenkrieges wurde die Beschlagnahmung des Reichspostdampfers »Bundesrath« in der Delagoa-Bucht. Sidney Whitman hielt bereits damals die in späteren Jahren viel traktierte Gefahr eines englischen Präventivschlags gegen Deutschland, nach dem Vorbild der Bombardierung Kopenhagens während der napoleonischen Kriege 1807, für ein reales Risiko.[74] Eine unmittelbare Erwiderung Delbrücks auf diese Einschätzung ist nicht überliefert. Doch sein mediales Intervenieren gegen den Willen des Auswärtigen Amtes ließe sich durchaus so erklären, dass Delbrück eine gewisse Drohkulisse gegenüber London für angezeigt hielt und sich sicher sein durfte, dass dem historischen Vergleich mit der

73 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 161 f.

74 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 03.01.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 37.

»napoleonischen Politik« als einem politischen Argument in England der Boden bereitet war. Eine planmäßige antideutsche Politik Londons, wie sie anderenorts in Vorwegnahme der Einkreisungsängste späterer Jahre gewittert wurde, hat Delbrück entgegen aller dahingehender Warnungen Whitmans nicht beklagt.[75]

Dennoch wurde Delbrück während der kommenden Jahre in englischen Zeitungen, mit Verweis auf seinen Artikel im »North American Review« als Zeuge einer kriegerischen Geisteshaltung namhaft gemacht, die Deutschland zur Zerstörung des britischen Empires bestimmen wollte.[76] Eine Rezeptionsdynamik war in Gang gesetzt, die dem inzwischen zum Reichskanzler aufgestiegenen Bülow ganz und gar nicht behagte. Als Delbrück in der »Politische Correspondenz« des Januarhefts 1905 erläuterte, inwieweit das Deutsche Reich auch ohne aggressive Spitzen gegen London, durch seine schiere Existenz die Dynamik der internationalen Beziehungen zum Nachteil Großbritanniens beeinflusste, berichteten ihm Dritte aus der Reichskanzlei von Bülows Sorgen darüber, wie Delbrücks »Correspondenz« in England aufgefasst werden könnte, und von des Fürsten erneuertem Wunsch, Delbrück möge in der Behandlung außenpolitischer Themen Mäßigung üben.[77]

In der Tat hat Delbrück sich in der Folge durchaus um mediale Abrüstung bemüht und beteiligte sich auf Einladung des Organisationskomitees um Hermann von Hatzfeldt 1907 an der Durchführung eines Besuchs englischer Journalisten in Deutschland als einer Art zivilgesellschaftlicher Verständigungsinitiative durch Aufnahme eines Hausgastes.[78] Kanzler und Professor operierten in dieser Zeit zwischen der Ersten Marokkokrise und der Bosnischen Annexionskrise durchaus auf einer Wellenlänge. Es war nicht nur Bülows Linie, in Interviews mit britischen Journalisten wie Sidney Whitman die Verantwortung für die wachsenden Spannungen zwischen Berlin und London dem Eifer der antideutschen Fraktion in der Fleet Street zuzuweisen.[79] Auch Hans Delbrück hat sich bemüht, seinen Klagen über eine englische »Kriegspartei«, die Deutschlands maritimes Potential zur Förderung eigener Flottenrüstungsambitionen ungeniert übertrieb, in England Aufmerksamkeit zu verschaffen.[80] Als Verbindungs-

75 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 25.12.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 36.

76 Hjalmar Schacht: The Pan-Germanic Doctrine [mit einem Nachwort des Herausgebers], in: PJ 117 (1904) 2, S. 359–363, S. 362 f.

77 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 159.

78 Hermann von Hatzfeldt-Trachenberg an Hans Delbrück, 12.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Herzog zu Trachenberg, 4–6. Zum Phänomen der »Journalistenreisen« vgl. *Geppert*, Pressekriege, S. 351–385.

79 *Geppert*, Pressekriege, S. 258 f.

80 Hans Delbrück: Auswärtiges. Türkei. Marokko. Deutschland und England. Finanzreform und Flottenverein, in: PJ 134 (1908) 1, S. 183–194; Hans Delbrück: Die Balkanwirren. Die Kriegsgefahr und Englands Verhältnis zu Deutschland. Das Professorentum und Ministerialdirektor Althoff, in: PJ 134 (1908) 2, S. 368–377; Hans Delbrück an Sidney Whitman, o. D. [19.09.1908], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 19, Bl. 34; Hans Delbrück an Sidney Whitman, 28.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 20, Bl. 4.

mann agierte auch in diesem Falle Whitman, der Delbrück wohlwollende Stellungnahmen Herbert de Reuters, des »Quarterly Review«-Herausgebers George Prothero sowie des langjährigen Berlin-Korrespondenten der »Times«, Charles Lowe, vorlegte. Whitman war es auch, der die scharfen antideutschen Töne der »Quarterly Review« als konservativer Leitpublikation nicht zu schwer gewichtet und mit Humor genommen wissen wollte.[81]

Diese versöhnlichen Gesten fielen in eine Zeit unverkennbarer Verhärtung der Fronten zwischen den Bündnisblöcken, die gerade auch in der Presse gezogen wurden. Insofern waren sie ein durchaus bemerkenswertes Zeichen fortbestehender Kooperationsbereitschaft, nachdem mit der deutschen Professorenschaft schließlich auch Delbrück selbst in der »Quarterly Review« zum Agenten einer aus der Wilhelmsstraße gelenkten Englandfeindlichkeit erklärt worden war. Lowe hatte ihn sogar unter Berufung auf angeblich zu geringe Wertschätzung Wellingtons in Delbrücks inzwischen beinahe dreißig Jahre alter Habilitationsschrift ganz konkret als einen verleumderischen »Englandhetzer« hingestellt.[82]

Schlussendlich hat Delbrück auf diese Gesprächskanäle gesetzt und zum Ende von Bülows Kanzlerschaft, in der Bosnischen Annexionskrise, bereits jene Kehrtwende in Hinblick auf die deutsch-englischen Beziehungen in Angriff genommen, die ihn ab 1911 zum prominenten Gegner der Flottenrüstung werden lassen sollte. Nun war es der Professor, der den Leiter der deutschen Außenpolitik unnötiger Provokationen gegen England bezichtigte.[83] Denn Delbrück hatte die Schlüsselstellung Englands im »balkanisierten« Großmächtekonzert bereits im Oktober 1908 weitsichtig erkannt und prophezeite damals:

»Es ist klar, daß die Entscheidung bei England liegt. Will England den Frieden, so bleibt der Friede, denn ohne England ist Rußland auch mit Frankreichs Hilfe nicht imstande, gegen uns Krieg zu führen, und ohne die Aussicht auf die Hilfe Rußlands werden schließlich auch wohl die Serben ruhig bleiben. Ist es aber wahr, daß es in England eine Kriegspartei gibt, die darauf ausgeht, den allgemeinen europäischen Krieg zu entzünden, um Deutschland niederzukämpfen, so sieht man, wie gefährlich dieser kleine serbische Brandherd ist.«[84]

81 Herbert de Reuter an Sidney Whitman, 09.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II; Charles Lowe an Sidney Whitman, 10.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II, Bl. 7; George Walther Prothero an Sidney Whitman, 10.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II, Bl. 8; Sidney Whitman an Hans Delbrück, 11.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II, Bl. 8a; Sidney Whitman an Hans Delbrück, 18.10.1908, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II, Bl. 9; Sidney Whitman an Hans Delbrück, o. D. [23.10.1908], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe II, Bl. 10.

82 Delbrück: Auswärtiges [PJ 134/1], S. 186–192; Delbrück: Die Balkanwirren [PJ 134/2], S. 372 f.

83 Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 02.08.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 17–19.

84 Delbrück: Die Balkanwirren [PJ 134/2], S. 372.

Nachdem zunächst unter dem Einfluss William Webers vor allem die soziale Situation der Deutschamerikaner und ihre inneren Auseinandersetzungen zum Thema der »Jahrbücher« geworden waren[85], traten die USA 1898 mit dem Spanisch-Amerikanischen Krieg in den Kreis der Kolonialreiche ein. Über die Folgen der überseeischen Expansion der USA urteilend, hat Delbrück eine Mittelposition eingenommen. Weder hat er sich Sidney Whitmans Warnungen vor der Formierung eines deutschlandfeindlichen angelsächsischen Blocks infolge des Spanisch-Amerikanischen Krieges zu eigen gemacht,[86] noch hat er die verschiedenen Orts vorgetragene Idee eines Bündnisses der »[…] germanisch-protestantischen Rasse, Amerika, England und Deutschland«[87] für realistisch in Aussicht genommen.[88] Obzwar Delbrück 1907 der »New York Times« zu Protokoll gab, durch den amerikanischen Sondergesandten in Deutschland, Frederic W. Holls, bereits bei Beginn des Spanisch-Amerikanischen Krieges über das amerikanische Kriegsziel nachhaltiger Inbesitznahme orientiert gewesen zu sein, hat Delbrück es während der Kriegsereignisse noch für angesichts der starken isolationistischen Strömung in den USA realistischerweise möglich erklärt, dass diese ihren neugewonnen Kolonialbesitz gar nicht langfristig zu halten geneigt sein würden. Zwar nahm er die militärische Aufrüstung der Vereinigten Staaten und speziell die Ausbildung einer Flotte sowie stehender Einheiten im Ergebnis der neuen Expansionspolitik durchaus zur Kenntnis.[89] Dennoch verbreitete er jene Zweifel, die noch die deutsche Haltung gegenüber den USA im Ersten Weltkrieg prägen sollte, dass nämlich die föderale, parteipolitische und ›staatsarme‹ Republik zu einer konsequenten und kraftvollen äußeren Politik nicht in der Lage sein würde.[90]

85 William Weber an Hans Delbrück, 28.11.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 1–2; William Weber an Hans Delbrück, 24.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 52; William Weber an Hans Delbrück, 04.02.1895, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 3–8; William Weber: Die Deutschen in den Vereinigten Staaten, in: PJ 79 (1895) 1, S. 59–75; Hans Delbrück: Die Deutschen in Amerika, in: PJ 80 (1895) 1, S. 172–178.

86 Sidney Whitman an Hans Delbrück, 29.11.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 28–29; Sidney Whitman an Hans Delbrück, o. D. [1899], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 31; Sidney Whitman an Hans Delbrück, 25.12.1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 36; Sidney Whitman an Hans Delbrück, 03.01.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe I, Bl. 37.

87 Hans Delbrück: Chamberlains Rede. Die jüngsten Polen-Prozesse, in: PJ 106 (1901) 3, S. 560–569, S. 567.

88 Ebd.

89 Hans Delbrück: Der Niedergang Spaniens, der katholischen und der Sieg Amerikas, der protestantischen Macht. Die Vereinigten Staaten und Deutschland, in: PJ 93 (1898) 2, S. 383–392; Hans Delbrück: Frankreichs Zurückweichen von Faschoda, S. 569–571; Delbrück: Chamberlain Rede [PJ 106/1]; Backs up A. D. White.

90 Delbrück: Der Niedergang Spaniens, S. 390; Delbrück: Frankreichs Zurückweichen von Faschoda, S. 570

Unterm Strich blieb die günstige Einschätzung bestehen, dass das legitime Hinzutreten der USA als einer, bei allen Zweifeln an ihrer politischen und ökonomischen Ordnung, anerkannten ›Kulturnation‹, zum Kreis der Großmächte, dem Deutschen Reich mehr nützte als dass es seine Interessen gefährdete, indem nämlich die diplomatischen »Kombinationsmöglichkeiten« zahlreicher würden. Erst im Nachhinein hat Delbrück zuerkannt, dass sich die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Zuge der parallelen maritimen Expansion eher verschlechtert als verbessert hatten. Ohne die politischen und militärischen Entscheidungsträger beim »Manila-Zwischenfall« ganz aus der Verantwortung zu entlassen, erklärte er 1902 die »öffentliche Meinung«, hüben wie drüben, für maßgeblich verantwortlich. In diesem Zusammenhang griff er nun auch die von Whitman kolportierte, gezielte antideutsche, englische Stimmungsmache in den USA auf. Anlass für diese Retrospektive war indes der offizielle Amerikabesuch des jüngeren Kaiserbruders, Prinz Heinrich, im Vorjahr. Vom Kaiser persönlich inspiriert, sollte die Reise nach dem Willen der Reichsleitung unter Ausklammerung konkreter Konfliktpunkte das deutsche Renommee in den USA aufpolieren, um zugleich einer Verbesserung der diplomatischen Beziehungen den Weg zu bereiten und die Annäherung zwischen Washington und London torpedieren.[91] Die beiderseits des Atlantik überwiegende positive Beurteilung dieser Unternehmung teilte auch Delbrück, der sogar die nötige Versöhnung bereits als Folge und Ausdruck einer langfristigen deutsch-amerikanischen Annäherung vollbracht sehen wollte, welche die USA zu einem akzeptablen, vertrauenswürdigen Mitspieler in der großen Politik machen würde.[92]

Damit war der Blickwinkel abgesteckt, unter dem Delbrück bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Vereinigten Staaten und ihr Verhältnis zum Deutschen Reich betrachtete, während ihre inneren Verhältnisse, wie die Wirtschafts- und Migrationspolitik, eher Nischenthemen blieben.[93] Gleich wo deutsch-amerikanische Friktionen ihren Ausgang nahmen, ob im Pazifik, in Lateinamerika oder in Nordafrika, immer wieder kam Delbrück von neuem und scheinbar überrascht darauf zurück, wie sehr die US-amerikanischen Außen-

91 *Mück*, Die »Deutsche Gefahr«, S. 244–254.

92 Delbrück: Deutschlands Stellung in der Weltpolitik [PJ 108/1], S. 185.

93 Hans Delbrück: Der Ausfall der amerikanischen Präsidentenwahl. Die Roth-weiße Polenfahne. Unsere Stellung zu den Parteien. Die Hamburger Enthüllungen, in: PJ 86 (1896) 3, S. 613–630, S. 613. Diese Positionierung ergab sich aus Delbrücks Einschätzung des US-Präsidentschaftswahlkampf 1896 als Spiegel der internationalen währungspolitischen Auseinandersetzungen der Zeit. Vgl. auch H. Schweder: Die Freisilberbewegung und die agrarische Agitation in den Vereinigten Staaten, in: PJ 86 (1896) 2, S. 428–439. Zu Delbrücks eigenem Eintreten für das Währungssystem des Bimetallismus vgl. Hans Delbrück: Herr v. Stumm. Ein Ministerium Miquel mit Hülfe des Bimetallismus und des Zentrums, in: PJ 89 (1897) 1, S. 181–191, S. 188–191. Zur zeitgenössischen Währungsdebatte in den USA vgl. *Thiemeyer*, Internationalismus und Diplomatie, S. 190–201. Im Deutschen Kaiserreich gingen bimetallistischen Bestrebungen mit der Schutzzollpolitik einher und zielten auf Besitzstandswahrung der konservativen Großgrundbesitzer Ostelbiens, vgl. *Thiemeyer*, Internationalismus und Diplomatie, S. 199–201. Zu Delbrücks lebenslanger Präferenz des Bimetallismus

beziehungen dem parteipolitischen Wechselspiel unterworfen waren. Zugleich verfestigte sich auch unter dem Eindruck der Berichte von Amerikabesuchern wie Hermann Oncken die Einschätzung, dass die die amerikanische Presse und die amerikanische ›öffentliche Meinung‹ »planmäßiger Verhetzung« durch eine rundweg deutschfeindliche Allianz englischer Periodika unterliege.[94] Als ihn der amerikanische Journalist Herman Bernstein im Frühjahr 1911 zu seiner Meinung über den seinerzeit verhandelten, englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag befragte, beklagte Delbrück bei dieser Gelegenheit bitterlich die antideutsche Stimmungsmache der englischen Presse, die auch in den USA das Bild eines unrechten deutschen Expansionismus nährte.[95]

Denn ganz William Webers Drängen auf eine zugleich intensive und versöhnliche Behandlung der USA in den »Jahrbüchern« entsprechend[96], hat Delbrück allen Pressefehden zum Trotz entscheidende Interessengegensätze nie konstatieren wollen. Stets beharrte er darauf, dass ein zumindest neutrales Verhältnis der USA zu einem mächtigen Deutschen Reich in deren ureigenem Interesse liege und bewahrte sich die Überzeugung, dass diese ›realpolitische‹ Einsicht sich letztlich trotz der bezeichneten strukturellen Seitenwinde durchsetzen würde. Folgerichtig verteidigte er auch 1904 die Reichsleitung, als deren letztlich konziliante Haltung gegenüber den USA in der Venezuela-Krise am Pranger ›alldeutscher‹ Kritik stand, womit bereits die Position eingenommen war, in der die »Jahrbücher« sich ab der zweiten Marokko-Krise dauernd wie-

vgl. BArch Koblenz, N 1017/66, Bl. 77. Zur US-amerikanischen Wirtschaftspolitik in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. auch Heinrich Herkner: Die Belastung der Industrie im In- und Auslande, in: PJ 143 (1911) 1, S. 167–170; Hans Delbrück an Heinrich Herkner, 15.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 1; Heinrich Herkner an Hans Delbrück, 16.04.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Herkner, Heinrich, Bl. 13. Zu Delbrücks Verständnis für die Entwicklung antiasiatischer Einwanderungsbeschränkungen »[…] in Amerika, wo das Negerproblem den Rasseinstinkt zu einer Schärfe entwickelt hat, wie sonst nirgends auf der Welt.« vgl. Hans Delbrück: Japan und Amerika, in: PJ 129 (1907) 2, S. 377–381, S. 377 f. Zur Chronologie der *exclusion*-Bewegung und -Gesetzgebung vgl. *Gyory*, Closing the Gate.

94 Delbrück: Deutschlands internationale Lage und Amerika [PJ 112/1], S. 185. Delbrück beruft sich wiederum auf Fiedler: Deutschland und die Monroe-Doktrin. Zu Onckens Beurteilung der US-amerik. Presse vgl. Hermann Oncken an Hans Delbrück, 11.07.1905, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe 1, Bl. 16–17. Zur Entwicklung des Deutschen Kaiserreichs als Feindbild in der US-amerikanischen Medienöffentlichkeit und den gegenläufigen Bemühungen des Auswärtigen Amtes um eine deutsche Öffentlichkeitsarbeit in den USA vgl. *Mück*, Die »Deutsche Gefahr«, S. 321–328.

95 German Publicist bitter toward us, in: The New York Times, 14.05.1911. Vgl. zu diesem Vorwurf auch Delbrück: Offener Brief an den Herausgeber des ›Contemporary Review‹, S. 200. Zur Anbahnung des Interviews und seiner Verbreitung in den USA vgl. Hans Delbrück an Herman Bernstein, 09.05.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 4; Frederic William Wile an Hans Delbrück, 11.05.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wile, Frederic William, Bl. 1.

96 William Weber an Hans Delbrück, 24.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, William, Bl. 52.

derfinden sollten, als Stützen einer tatsächlich oder vermeintlich von den »Alldeutschen« bedrängten Reichsleitung. Zuletzt hat Delbrück am 10. Mai 1911 gegenüber Bernstein die deutsche Akzeptanz der Monroe-Doktrin bekräftigt und die kursierenden Gerüchte von deutschen Ambitionen auf eine Intervention im revolutionären Mexiko entschieden verworfen:

»The United States is the greatest conqueror that the world has ever known. It is now entering upon a new period of conquests, and creating this peace sentiment [den anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag; d. Vf.] for that purpose.«[97]

Hans Delbrücks politisches Denken und die Prägung, welche er den »Preußischen Jahrbüchern« gab, war unverkennbar vom Ranke'schen Modell des Großmächtekonzerts durchdrungen.[98] Neben den Mächten der klassischen europäischen Pentarchie zählte mit Abstrichen nur die USA als Akteur in diesem Konzert. Mit diesen Mächten sollte und musste das Deutsche Reich nach Delbrücks Urteil auf Augenhöhe agieren, wenn es dauerhaft bestehen wollte. Global Interessen wahrzunehmen und das Verhalten anderer Staaten zu beeinflussen, erlaubten dieser Gruppe traditionellen zeremoniellen Rang, geographische und demographische Größe, ökonomische und militärische Potenz, sowie nicht zuletzt die Anerkennung der eigenen Stellung durch die anderen Großmächte. Zu diesem kooptativen Verfahren gehörten auch Reflexion und Diskussion über den Status des eigenen Staates und fremder Staaten in den Kommunikationsmedien ihrer politischen Eliten. Lange hatten die internationalen Beziehungen einen festen Platz im Repertoire der »Preußischen Jahrbücher« und gerade in dieser Beziehung fanden jene internationale Resonanz. In der dichten Krisenfolge während der letzten Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hat Delbrück begonnen die alteingeübte Zurückhaltung in außenpolitischen Angelegenheiten als anerkannten Regierungsarkana aufzuweichen, doch richtete sich seine Kritik weniger gegen die zivile Reichsleitung, als gegen die imperialistischen Agitationsverbände und deren Partner in den konservativen Parlamentsfraktionen.

2. Die Rüstungspolitik des Kaiserreichs

Die sicherheitspolitischen Paradigmen des Kaiserreichs ergaben sich wesentlich aus seiner kontinentalen Mittellage. Dem Risiko eines Zweifrontenkrieges waren die strategischen Konzepte des Militärs verpflichtet. Im europäischen Vergleich lagen die Prokopfausgaben des Kaiserreichs für seine Rüstungsetats an dritter

97 German Publicist bitter toward us, in: The New York Times, 14.05.1911.

98 *Dehio*, Ranke und der deutsche Imperialismus, S. 311–315; zum Großmächte-Begriff in der geschichtswissenschaftlichen Forschung vgl. *Dülffer/Kröger/Wippich*, Vermiedene Kriege im internationalen Mächtesystem, S. 3 f.

Stelle. Personell beruhte das Militär des Kaiserreichs auf einem allgemeinen Wehrpflichtsystem. Doch in der Praxis wurde im Schnitt gerade mal die in der Reichsverfassung verankerte Friedenspräsenzstärke von 1 % der Bevölkerung erreicht, womit das Reich im Vergleich der Großmächte die längste Zeit an vierter Stelle lag.[99] Die überschaubare Ausschöpfungsrate der Wehrpflicht wird nicht zuletzt auf konservativen Sorgen um das Offizierskorps als Bastion des eigenen Sozialmilieus und um das Militär als Instrument zur innenpolitischen Gefahrenabwehr zurückgeführt. Davon abgesehen erwiesen sich die politischen Kosten einer Rüstungsstrategie, die Quantität und Qualität des Heeres balanciert ausgebaut hätte, zu keiner Zeit als realisierbar. Erst unter dem Eindruck der sich verfestigenden Bündnissysteme ist in den letzten Vorkriegsjahren die zurückhaltende Heeresrüstung massiv verstärkt worden.[100] Rasant wuchs dagegen die deutsche Flotte, deren exponentielles Wachstum die Marineleitung durch strategische Budgetplanung und professionelle Öffentlichkeitsarbeit durchsetzte.[101] Als Wissenschaftler hat Hans Delbrück die prägende Wirkung der militärischen Verfasstheit für die politische Ordnung historischer Gemeinwesen in epochemachender Weise herausgearbeitet. Als politischer Intellektueller verkörperte er die herausgehobene Stellung des Militärs im Deutschen Kaiserreich. Die Wehrhaftigkeit des Staates war ihm dessen Wesenszweck. Daher vertrat er jahrzehntelang mit Nachdruck sämtliche Rüstungsbemühung der Reichsleitung. Im Besonderen engagierte er sich für den Ausbau der deutschen Flotte als Garantin der angestrebten Großmachtstellung des Reiches. Dabei verfocht er stets das Primat der Politik im Sinne der zivilen Reichsleitung. Diese Grundhaltung bedingte Delbrücks Positionierung als Kritiker jedweder konservativen Opposition gegen die Unterordnung rüstungspolitischer Entscheidungen unter diplomatische Zurückhaltung im Sinne außenpolitischer Handlungsoptionen.

Seine eigene Kriegserfahrung von 1870/71 hat Delbrück wiederkehrend betont, wo sie ihm Expertise zuwachsen zu lassen schien und stolz die Ehrenzeichen getragen, die ihm für diesen Dienst verliehen worden waren. Seiner Wehrhaftigkeit in den Kriegen jener Jahre verdankte das Deutsche Reich seine Existenz. Auf Jahre hinaus konnte Delbrück seinen privilegierten Zugang zu Zeitzeugen und Quellenmaterial aus seiner Zeit am Kronprinzenhof zu ihrer Darstellung verwerten und daraus strategische Paradigmen deduzieren. So hat Delbrück das massive Bombardement einer Großstadt, wie es im Krieg von 1870/71 während der Belagerung von Paris zur Debatte gestanden hatte, als militärische Fehlkalkulation auf dem Weg zu deren Einnahme kritisiert und damit zugleich früh zeitgeschichtliche Kritik am Reichsgründungsheros Bismarck als seinerzeitigem Befürworter der »Beschießung« formuliert.[102]

99 *Rose*, Das hegemoniale Potenzial des Deutschen Kaiserreichs, S. 44 f.

100 *Förster*, Der Doppelte Militarismus; *Stein*, Die Deutsche Heeresrüstungspolitik.

101 Vgl. *Hobsohn*, Maritimer Imperialismus; *Epkenhans*, Die wilhelminische Flottenrüstung.

102 [Delbrück]: Die Beschießung von Paris [PJ 168/4]; Delbrück: Bismarck-Historiographie [PJ 96/3], S. 470–480.

Des Reiches Wehrhaftigkeit zu erhalten, war Delbrück höchstes Gebot und Garant für dessen souveräne Zukunftsentwicklung. Obgleich als etwas Archaisches gezeichnet, apostrophierte er eine persönliche Treuebeziehung des Offizierskorps zum Kaiser und König als ›urgermanischen‹ Eckpfeiler des monarchischen Staates. Eine Eigenschaft, die auch die soziale Vorrangstellung des Militärs in Preußen und im Reich legitimierte[103], dessen Angehörige sich einem opferreichen und nachgerade egalitären Dienst am Gemeinwohl unterwarfen.[104]

Noch am Vorabend des Ersten Weltkriegs sollte er dieses wechselseitige Verhältnis der Treue als vom germanischen Sippenverband an in der deutschen Geschichte wirksamen Stabilitätsfaktor darstellen, der die überlegene Ordnung des »monarchischen Prinzips« nach Außen und Innen garantierte.[105]

Dieser Wehrhaftigkeit die materiellen Grundlagen zu verschaffen, hat sich Delbrück von den Anfängen seiner politischen Laufbahn an zur Mission gemacht. Als 1887 der auf sieben Jahre festgeschriebene Militäretat auslief, war der Konflikt um eine Wiederauflage dieses Septennats die erste große rüstungspolitische Debatte, die er als Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher« begleitete. Als Abgeordneter nahm er in den Kommissionssitzungen und Plenumsdiskussionen aus erster Hand Notiz von den parteipolitischen Implikationen der Auseinandersetzung. Diese sind von der historischen Forschung ausgiebig gewürdigt worden und inzwischen gilt der Streit um das Septennat mitsamt Auflösung und Neuwahl des Reichstags als der Versuch Bismarcks, ein Exempel zu statuieren, dass die Vorrangstellung der Exekutive und die Unabhängigkeit des Militärs von parlamentarischer Kontrolle zementieren sollte.[106] Unzweifelhaft entsprach dies auch Delbrücks Ansicht, der kurz vor der Auflösung des Reichstags noch im Januarheft der »Jahrbücher« vor Konzessionen an die opponierenden Parteien gewarnt und geraten hatte, stattdessen kurzfristige Wehretats in Kauf zu nehmen, bis die äußeren Feinde des Reiches seine inneren eines Besseren belehrten.[107]

Die Gefahr eines drohenden Krieges, mit dessen unmittelbarer Aussicht Bismarck die Septennatsvorlage durchgesetzt hatte, hat Delbrück während der Phase wachsender internationaler Spannungen ab 1886 differenziert eingeschätzt. Einerseits kalkulierte er unumwunden mit einem künftigen Krieg unter mindestens zweien der europäischen Großmächte, andererseits zweifelte er ebenso wenig an Wille und Befähigung des Kanzlers, die deutsche Heeresverstärkung nach innen und außen als rein defensives Manöver zu vermitteln, wie an der Zulässigkeit dieses Vorgehens Bismarcks in Hinblick auf die Kriegstüch-

103 Hans Delbrück: Militärisches, in: PJ 52 (1883) 6, S. 579–592.

104 Ebd., S. 592.

105 Hans Delbrück: Der oberste Kriegsherr, in: PJ 152 (1913) 2, S. 209–216.

106 *Schmid*, Der »Eiserne Kanzler« und die Generäle, S. 250 f.; *Stein*, Die deutsche Heeresrüstungspolitik, S. 51.

107 Hans Delbrück: Die Armee-Vorlage, in: PJ 59 (1887) 1, S. 85–89.

tigkeit Russlands und Frankreichs als den hauptsächlichen Kandidaten für einen militärischen Konflikt.[108]

Als wilhelminischer Professor las Delbrück über den Krieg als Kulturfaktor und zeichnete ihn als eine anthropologische Konstante, die im Zusammenhang mit dem Frieden als abstraktem historischem Phänomen die Entwicklung menschlicher Kultur vorantrieb.[109] An dieser Unvermeidbarkeit und ›kulturhebenden‹ Wirkung des Krieges als unverrückbarer Lehre der Geschichte für die Zukunft hielt er stets fest:

»Der Krieg ist weder etwas Unnatürliches, noch etwas Ungesundes. Er schafft moralische Werte von unendlicher Kraft, und die großen Fortschritte der Menschheit beruhen in allererster Linie auf den großen Kriegen. Der Kampf der Griechen gegen die Perser, die Einigung aller antiken Völker im römischen Reich, die Zerstörung eben dieses gealterten Reiches durch die Germanen, die Christianisierung der Sachsen durch Karl den Großen, die Begründung der Großmacht Preußen durch Friedrich, die Zerstörung der abgelebten Staatsformen in Europa durch die Revolutions- und Napoleonischen Kriege, die Erhebung und Neugeburt Preußens in den Freiheitskriegen, die Begründung des Deutschen Reiches durch 1866 und 1870.«[110]

Solche historischen Analogien konnten höchstens bei einer Handvoll Pazifisten Anstoß erregen, unter denen der Philosoph und Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster Delbrück am nächsten stand, der inmitten der hitzigen Debatten um die Rüstungsprioritäten des Reiches 1912 die Formel prägen sollte,

»daß überhaupt die Vergangenheit den Blick in die Gegenwart und Zukunft jetzt vielen bedeutenden und vortrefflichen Leuten gänzlich trüben.«[111]

Anlässlich der Ersten Haager Friedenskonferenz hat Delbrück sich 1899 in den »Jahrbüchern« an Johann von Blochs monumentaler Studie über die Zukunft der Kriegführung abgearbeitet.[112] Die Rezeption seines Aufsatzes über »Zukunftskrieg und Zukunftsfriede« in der pazifistischen Bewegung veranschaulicht elementare Grundanschauungen Delbrücks, von denen ausgehend er die

108 Ebd.; Constantin Rößler an Hans Delbrück, 28.02.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rößler, Konstantin, Bl. 3–4; vgl. redaktionelle Notiz Delbrücks zu ω [Constantin Rößler]: Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages. Rede des Reichskanzlers vom 6. Februar, Rußland. Frankreich. England. Ein vierzigjähriges Jubiläum, in: PJ 61 (1888) 3, S. 290–305, S. 292 f.

109 Vorlesungsmanuskript Der Krieg als Kulturfaktor, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 78, Bl. 200.

110 Hans Delbrück: Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen, Verstärkte Rüstungen: Flotte oder Armee?, in: PJ 147 (1912) 1, S. 167–173, S. 169 f.

111 Friedrich Wilhelm Foerster an Hans Delbrück, 12.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Foerster, Wilhelm, Bl. 7.

112 Zu den zeitgenössischen militärischen Zukunftserwartungen an Hand der einschlägigen Fachpublizistik vgl. *Pöhlmann*, Das unentdeckte Land.

rüstungspolitische Linie der »Jahrbücher« prägte. Für ihn war die Abwesenheit eines erklärten Kriegszustands und der Gewaltanwendung unter militärischen Einheiten Friede, selbst wenn die internationalen Beziehungen bereits so angespannt sein mochten, dass der Vordenker des deutschsprachigen Pazifismus, Alfred H. Fried, bereits vom »latenten Krieg« sprach. Wo Fried im Schlagwort von der »internationalen Organisation« als der grundsätzlichen Reform der zwischenstaatlichen Politik, die Lösung aller Übel versprochen sah, dort erkannte Delbrück die Machtkonkurrenz der großen ›Kulturstaaten‹, die sich niemals verrechtlichen ließe, sondern Schiedsgerichte und Abrüstungsinitiativen bloß ihrer ureigenen Dynamik strategischer Erwägungen einverleiben würde.[113]

Weil ihm also der nächste militärische Konflikt letztlich immer nur eine Frage des Zeitpunkts war, hat Hans Delbrück noch vor der Hinwendung zur »Weltpolitik« sich energisch auf diesem Feld engagiert. Frühzeitig von Caprivi über seine Pläne ins Vertrauen gezogen, hat Delbrück daher in zahlreichen einschlägigen Beiträgen der »Politischen Correspondenz« der Jahre 1892 und 1893 für die umfassendere Armee-Reform des zweiten Reichskanzlers geworben, die wie schon die »kleine Armeevorlage« des Kriegsminister Verdy du Vernois 1890 auf eine Heeresvergrößerung bei gleichzeitiger Senkung der Dienstzeit abzielte.[114]

Abgesehen von seiner prinzipiellen Befürwortung einer konsequent, auf alle Bevölkerungskreise angewandten Wehrpflicht, wie sie dem bildungsbürgerlichen Mantra vom Krieg als ›Vater‹ der nationalen Integration entsprach, erklärte Delbrück den avisierten Schlüssel, nach dem mehr junge Männer schneller kriegstauglich wurden, für eine unerlässliche Garantie der deutschen Stellung im Konzert der Großmächte. Zwar wollte er die parlamentarischen Einwände gegen die Reform, die auf die angespannte Wirtschaftslage der Gründungsdepression abhoben, nicht gänzlich ignorieren, doch sei jede steuerliche Mehrbelastung erträglich, wenn die Alternative ein unübersehbares Zeichen der

113 Hans Delbrück: Zukunftskrieg und Zukunftsfriede, in: PJ 96 (1899) 2, S. 203–229; Alfred Fried an Hans Delbrück, 05.11.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fried, Alfred H., Bl. 3; Hans Delbrück an Alfred Fried, 13.11.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 40–41; Alfred Fried an Hans Delbrück, 14.11.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fried, Alfred H., Bl. 4–5; Alfred Fried an Hans Delbrück, 31.10.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fried, Alfred H., Bl. 7–8; Hans Delbrück an Alfred Fried, o. D. [20.04.1910], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 22, Bl. 20.

114 Hans Delbrück an Carl Thiersch, 17.11.1892, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/66, S. 271 f.; Hans Delbrück: Die Annahme der Militärvorlage. Die Deutsch-freisinnige Partei. Miquel, in: PJ 66 (1890) 1, S. 90–95; Hans Delbrück: Die wirkliche allgemeine Wehrpflicht, in: PJ 65 (1890) 6, S. 679–687; Hans Delbrück: Die Nothwendigkeit der zweijährigen Dienstzeit, sachlich erörtert von v. Boguslawski. Betrachtungen über eine zeitgemäße Fechtweise der Infanterie von Bronsart v. Schellendorf, in: 67 (1891) 5, S. 561–564; Hans Delbrück: Voluntas regis. Die zweijährige Dienstzeit und die Polenpolitik, in: PJ 68 (1891) 6, S. 888–896; Hans Delbrück: Die Armee-Reform. Die Steuer-Reform, in: PJ 70 (1892) 4, S. 488–500; Hans Delbrück: Die Armee-Vorlage, in: PJ 70 (1892) 6, S. 636–642; Hans Delbrück: Die Einbringung der Militär-Vorlage. Ahlwardt, in: PJ 70 (1892) 6, S. 765–774;

Schwäche nach Ost und West darstellte. Eine Schwäche, die in Kauf zu nehmen Delbrück speziell der liberalen Opposition verleiden wollte, wenn er Altertum und Zeitgeschichte zu einer Parabel über politische Verantwortlichkeit verwob:

»In einer alten griechischen Stadt gab es die Vorschrift, daß bei gewissen Gesetzen der Redner mit einem Strick um den Hals sprechen mußte. Erwies sich sein Antrag als schädlich, so wurde er mit diesem Stricke erwürgt. So ist wohl in naiven Zeiten der Begriff der politischen Verantwortung zuweilen verkörpert worden. Heute sind wir zu human dafür; aber es können auch wieder andere Zeiten kommen. Im Jahre 1867 lehnte die französische Kammer die Armee Reorganisation des Marschall Niel ab, und ein Abgeordneter proclamierte den Grundsatz, daß diejenige Nation die mächtigste sei, welche am meisten entwaffne, weil sie wirthschaftlich um so mehr blühe. Man wolle aus Frankreich eine große Kaserne machen. »Hüten Sie sich, daß es nicht ein großer Kirchhof werde« antwortete der Marschall. Ich weiß nicht, ob im Spätherbst 1870 Jemand in Frankreich das Gesetz über den Strick in jener griechischen Stadt erwähnt hat. Aber das weiß ich sicher, daß wenn Jemand es gethan hätte, sehr sehr viele Franzosen seufzend geantwortet hätten: o hätten wir doch ein solches Gesetz im Jahre 1867 gehabt!«[115]

Wie bereits die Armee-Vorlage von 1887 Neuwahlen mit sich gebracht hatte, so wurde auch 1893, nach dem ersten Scheitern der Caprivi'schen Heeresvermehrung im Reichstag derselbe aufgelöst. Delbrück war bereits mit Ablauf der 7. Legislaturperiode aus seinem Abgeordnetenmandat ausgeschieden, das seit den Wahlen von 1890 der Diplomat und Bismarck-Vertraute Robert von Keudell für die Freikonservativen hielt. Im Ergebnis der Wahlen vom 15. Juni 1893 konnten die opponierenden Sozialdemokraten die Zahl ihrer Reichstagsmandate signifikant ausbauen, dennoch sollten die Stimmen der konservativen Parteien zusammen mit Nationalliberalen und Freisinniger Vereinigung für die Militärvorlage Caprivis reichen. Am Wahlkampf hatte Delbrück auch ohne eigenes Mandat ganz unmittelbar teilgenommen, indem er mit dem nachmaligen Frak-

Hans Delbrück: Erinnerung an die Volksschul-Vorlage. Militär-Vorlage. Conservatismus und Antisemitismus, in: PJ 71 (1893) 2, S. 378–387; Hans Delbrück: Der Stand der Militärfrage, in: PJ 72 (1893) 1, S. 186–191; Hans Delbrück: Die Armeereform und die Steuerreform. Das zukünftige Abgeordnetenhaus. Der Abschluß der preußischen Steuerreform, in: PJ 73 (1893) 2, S. 378–387. Zu den Reformplänen der Regierung Caprivi vgl. *Schmid*, Der »Eiserne Kanzler« und die Generäle, S. 632–637; *Stein*, Die deutsche Heeresrüstungspolitik, S. 183–190. Nicht engagiert hat Delbrück sich für eine Initiative Verdy du Vernois, durch biographische Forschung zu den preußischen Heeresreformern Stimmung für die »kleine Armeevorlage« zu machen, vgl. Heinrich von Sybel an Hans Delbrück, 17.07.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sybel, Heinrich von, Bl. 1. Eine Abhandlung Delbrücks über Scharnhorst und die allgemeine Wehrpflicht, die er Verdy 1890 vorlegte, lässt sich nicht als eigenständige Veröffentlichung nachweisen, vgl. Julius von Verdy du Vernois an Hans Delbrück, 14.06.1890, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Verdy du Vernois, Julius v., Bl. 2.

115 Delbrück: Die Armee-Vorlage [PJ 70/6], S. 642. Für die Verknüpfung von innerer Integration und äußerer Wehrhaftigkeit vgl. auch *Leonhard*, Bellizismus und Nation, S. 761–763.

tionsvorsitzenden der Freikonservativen, Oktavio von Zedlitz-Neukirch, einen Aufruf zum ›taktischen Wählen‹ veröffentlichte, der darauf zielte, Wahlabsprachen in alter »Kartell«-Tradition zwischen Nationalliberalen und Konservativen zu inspirieren, die möglichst sichere Zuwahl bekannter Befürworter der Armeereform gewährleisten sollte.[116] Befürchtete er doch stets, dass die oppositionellen Parteien ohne allzu viel Verständnis von den praktischen Notwendigkeiten militärtechnischer Neuerungen und strategischer Voraussicht, einzelne Rüstungsvorlagen zu ihrem je eigenen Nutzen im taktischen Do-ut-des der Parteienpolitik gegeneinander ausspielen könnten.[117] Adressat seiner persuasiven Ausführungen waren wie so oft die Liberalen, die es entgegen der ihnen zugeschriebenen ›realpolitischen‹ Einsichtsfähigkeit und Staatstreue an entsprechendem Abstimmungsverhalten fehlen ließen.[118]

Im frühen Ruhestand selbst ein rühriger Militärschriftsteller hat Julius von Verdy du Vernois im Februarheft der »Jahrbücher« 1900 ein Plädoyer für eine Rüstungspolitik unter der Prämisse strategischer Zusammenhänge von Land- und Seekriegführung entwickelt. Denn so drängend Verdy auch dem Flottenausbau im Geiste der »Weltpolitik« das Wort redete, so unabweisbar kennzeichnete die Geschichte gemäß Verdys quellensatter Reminiszenzen an die Kriege Preußens im 19. Jahrhundert das europäische Festland als ihr zentrales Kriegstheater.[119] Dennoch hat die Heeresrüstung nach Delbrücks Hinwendung zur »Weltpolitik« in den »Blauen Heften« auf Jahre im Schatten der Flottenrüstung gelegen. Erst mit dem Ende des gouvernementalen Flottenkonsenses 1912 sollte die Frage nach der rüstungspolitischen Priorität der verschiedenen Waffengattungen wieder Raum in den »Jahrbüchern« erhalten, als Hans von Beseler, damals freikonservatives Herrenhausmitglied, im Februarheft die aktuellen »Bedürfnisse« des Heeres darlegte.[120]

Erst damals setzte der Generalstab seine Linie einer quantitativen Rüstungspolitik gegen das stärker qualitätsorientierte und zugleich deutlich sozialkonservativer eingestellte preußische Kriegsministerium durch. In Gestalt einer neuen Heeresvorlage für das Jahr 1913 stellten diese »Bedürfnisse« die größte, in Aus-

116 Abschrift des Aufrufs als Anlage zu: Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 03.06.1893, in: GStaPK, VI. HA, Nl. Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 68–70. Zum Scheitern der Heeresvorlage und der Auflösung des Reichstags 1893 vgl. *Förster,* Der Doppelte Militarismus, S. 60–63. Zu Keudell als Nachfolger in Delbrücks Mandat vgl. Amtliches Reichstags-Handbuch. Achte Legislaturperiode. 1890/95, herausgegeben vom Reichstags-Bureau, Berlin 1890, S. 199.

117 Hans Delbrück: Die auswärtige Politik und die Erneuerung der Artillerie. Die populären Hochschulkurse. Das Polenthum, in: PJ 87 (1897) 2, S. 400–413.

118 Hans Delbrück: Auswärtige Politik. Die hohen Staatsvisiten. Innere Politik, die Parteien und die Flottenfrage. Die National-Sozialen. Herr v. Berlepsch, in: PJ 90 (1897) 1, S. 174–185, S. 180–182.

119 Julius von Verdy du Vernois: Heer und Flotte, in: PJ 99 (1900) 2, S. 377–409. Zu Verdys Geschichtsverständnis vgl. Julius von Verdy du Vernois an Hans Delbrück, 19.06.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Verdy du Vernois, Julius v., Bl. 3–4.

120 Hans von Beseler: Heeresfragen, in: PJ 147 (1912) 2, S. 283–291.

sicht genommene Heeresvermehrung seit der Reichsgründung dar.[121] Wiewohl Delbrück bezüglich der Heeresvorlage ein deutlich weniger betriebsames Engagement als in den Flottendebatten der vorangegangenen Jahre entwickelte, hat er doch nicht nur für das erkleckliche Honorar von 500 Mark seine alte These vom besonderen gegenseitigen Treueverhältnis zwischen Monarch und Offiziersstand als exzeptioneller Eigenart der deutschen Geschichte in einer Sondernummer der »Leipziger Illustrierten Zeitung« ausgebreitet.[122]

Ohne auf eventuelle diplomatische Implikationen einer massiven Heeresvergrößerung im Besonderen einzugehen, hat sich Delbrück in den »Jahrbüchern« nachdrücklich für die Heeresvorlage eingesetzt. Ihre Notwendigkeit begründete er an erster Stelle mit der großen zahlenmäßigen Überlegenheit des russischen Heeres, dass ihm seit dem Ende der Ära Bismarck als der wahrscheinlichste Hauptgegner in einem großen europäischen Krieg galt. Daneben bemühte er den militärpolitischen und sittlichen Wert, den das wilhelminische Bildungsbürgertum einer konsequenten Durchsetzung der nur formal gültigen allgemeinen Wehrpflicht zuschrieb. Zum ›volkspädagogischen‹ Wert der Wehrpflicht zählte Delbrück letzten Endes auch die Gewöhnung des Einzelnen, Opfer für die Wehrhaftigkeit des Staates bringen zu müssen, die schließlich nötig waren, um ein adäquates Militärbudget zu finanzieren. Die Geschichte des jungen Kaiserreichs erzählte demnach von den ersten Erfolgen dieser ›Volkspädagogik‹. Denn aller fiskalisch motivierter, liberaler Militarismuskritik zum Trotz, sei der nationale Wohlstand und das nationale militärische Potential bislang im Gleichschritt gewachsen. Zur Finanzierung der Heeresvorlage des Jahres 1913, die immerhin eine einmalige Ausgabe von rund 800 Millionen Mark und jährliche Mehrausgaben von etwa 150 Millionen Mark zur Deckung verlangte, setzte er auf die Einführung einer »progressiven Vermögens- und Erbzuwachssteuer« und verfocht damit wiederum die Linie der Reichsleitung, die bei aller Kompromissbereitschaft nach rechts auf einen Ausbau direkter Reichssteuern angewiesen war.[123] Die Bemühungen freikonservativer Abgeordneter wie Otto von Dewitz, hinter den Kulissen einen Kompromiss zur Deckung der Heeresvorlage auszuhandeln, hat Delbrück zwar über die erste Jahreshälfte 1913 hinweg durchaus begleitet, doch längst nicht mit Feuereifer interveniert.[124]

Dass auf diese Weise tatsächlich ein hochkarätiges Gesetzesbündel mit den Stimmen aller liberalen und konservativen Fraktionen, samt derer des Zentrums, gegen die Sozialdemokratie durchgesetzt wurde, musste von Delbrücks

121 *Stein*, Die deutsche Heeresrüstungspolitik, S. 345.

122 Illustrierte Zeitung an Hans Delbrück, 20.02.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Illustrierte Zeitung (Leipzig), Bl. 1; Hans Delbrück an Illustrierte Zeitung Leipzig, 22.02.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 28, Bl. 27; Delbrück: Der oberste Kriegsherr [PJ 152/2].

123 *Förster*, Der doppelte Militarismus, S. 292–294; *Stein*, Die deutsche Heeresrüstungspolitik, S. 352 f.

124 *Alexander*, Die Freikonservative Partei, S. 361 f.; Otto von Dewitz an Hans Delbrück, 10.01.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dewitz, Otto v., Bl. 34.

Warte aus geradezu als leuchtende Bestätigung seines politischen Ideals erscheinen, in dem sich die unauslöschlich Partikularinteressen verpflichteten Parteien gleichwohl in »Realpolitik« übten und sich in »nationalen« Anliegen hinter der unparteiischen Reichsleitung zusammenfanden. Das ist insofern bemerkenswert, als dass der Kanzler, mit dem Delbrück so oft übereinstimmte, sich seines Erfolges nicht allzu sehr freuen konnte, da er in der Vielfalt der nötigen Kompromisse und deren Beispielhaftigkeit für zukünftige Großbudgets eine unerwünschte Aufwertung des Parlaments gegenüber der Reichsleitung erkannte, die ironischerweise ausgerechnet die Konservativen maßgeblich betrieben hatten. Dass trotz der scheinbar einzigen Alternative, die Heeresvermehrung abzublasen, auch in der Öffentlichkeit keine Erfolgsstimmung auszumachen war, ließ Bethmann Delbrücks Bemühen dankbar annehmen, eine solche zumindest längerfristig zu erzeugen, als dieser ihm am 5. Juli schrieb:

»Aber ich bin mir sicher, daß nicht bloß die künftige Geschichtsschreibung, sondern schon die nächste Folgezeit ins Licht stellen wird, wie [sic!] Großes geschehen ist. Es ist wie bei der Schlacht von Königgrätz, wo die siegreiche Armee noch tagelang nicht ahnte, welchen Sieg sie gewonnen hätte«.[125]

Zum rüstungspolitischen Hauptthema der »Preußischen Jahrbücher« vor dem Ersten Weltkrieg wurde indes die Flottenrüstung als Ausdruck und Vehikel der »Weltpolitik« als geistiger Kategorie, ebenso wie als gewichtigem Argument in der politischen Kultur des Kaiserreichs. Alfred Thayer Mahans epochemachendes Werk »The Influence of Seapower upon history« wurde zwar erst 1898 von Emil Daniels in den »Jahrbüchern« besprochen, der den geschichtswissenschaftlichen Wert des Werkes gering veranschlagte, ohne darum Mahans politischen Appell zum Bau von Linienschiffen weniger gelten lassen zu wollen.[126] Dennoch nahm auch Delbrück die Geschichte als Argument für die Flottenrüstung in Anspruch, wenn er im Februarheft 1896 die Zusammenhänge zwischen Land- und Seekriegführung erläuterte und postulierte, dass der Deutsch-Französische Krieg 1870/71 entschieden schneller und unter signifikant geringeren Kosten an Männern und Geld zu gewinnen gewesen sei, wenn eine Flotte bereitgestanden hätte, die Franzosen von ihrem überseeischen Nachschub abzuschneiden. Der Deutsch-Dänische Krieg von 1864 sei demnach sogar schon mit einer kleinen

125 Hans Delbrück: Die Armee- und Steuervermehrung. Der japanisch-amerikanische Konflikt, in: PJ 153 (1913) 1, S. 166–168; Hans Delbrück: Allgemeine Entspannung, in: PJ 154 (1913) 2, S. 361–364; Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 05.07.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 29, Bl. 25; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 18.07.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Theobald von, Bl. 15–16.

126 Emil Daniels: R. T. Mahan [sic!], »Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte«. Erster Band, in: PJ 91 (1898) 3, S. 567–569. Zur weiteren ambivalenten Mahan-Rezeption in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. auch Gustav Roloff: Napoleons Pläne einer Landung in England 1803–1805, in: PJ 93 (1898) 2, S. 257–293; ***: Erfahrungen aus dem spanisch-amerikanischen Kriege, in: PJ 97 (1899) 1, S. 32–49.

Flotte gänzlich vermeidbar gewesen.[127] Statt Mahan galt Ranke als Delbrücks Zeuge für eine historische Determinante, als Großstaat eine große Flotte unterhalten zu müssen.[128] Mit den technischen Details der rüstungspolitischen Optionen des Kaiserreichs beschäftigten sich in den »Jahrbüchern« auch ausgewiesene ›Experten‹ nur punktuell. Für das Maiheft 1899 wog etwa der Leiter des Nachrichtenbüros im Reichsmarineamt, August von Heeringen, die marinepolitischen Lehren der französischen »jeune ecolé« gegen diejenigen Mahans ab. Doch im Wesentlichen deduzierte er daraus bloß wiederum eine historische Gesetzmäßigkeit, nach der das Völkerrecht eine reine Machtfrage war und daher nur mit einer Schlachtflotte gegen eine Schlachtflotte bestanden werden konnte.[129]

Trotz seines Misstrauens gegen die Verfahrensformen moderner Massenpolitik begrüßte Delbrück anfangs das Wirken der sich formierenden rüstungspolitischen Agitationsverbände, die nach ihrem eigenen Selbstverständnis überparteilich für den Aufbau einer deutschen Seemacht als ›nationaler‹ Aufgabe eintraten.[130] Erste Kontakte zum »Deutschen Flottenverein« sind bereits während dessen Gründungsphase 1898 durch Gustav von Schmoller vermittelt worden. Delbrück schwebte das Ziel eines alle »nationale« Energie bündelnden ›Monopolisten‹ vor, wessenthalben er sich bei Alfred von Tirpitz für die Förderung eines einzelnen solchen »Volksvereins« verwendete.[131] Sein Beitritt erfolgte schließlich Anfang 1900, nachdem unter seiner publizistischen Mitwirkung in jenem Winter der Sturz des Krupp-Vertrauten Victor Schweinburg als Generalsekretär erreicht worden war, dessen Amtswalten den »Kathedersozialisten« als Eintrittshindernis gegolten hatte, da sein Image als kriecherischer Karrierist das Ziel eines breitenwirksamen »Volksvereins« in Gefahr zu bringen schien.[132]

Seine Mitgliedschaft im »Flottenverein« teilte Delbrück mit zahlreichen Standesgenossen unterschiedlicher parteipolitischer Färbung, und mit der großen Mehrheit jener 270 »Flottenprofessoren« hatte er auch die Eigenschaft gemein,

127 Hans Delbrück: Die Jubel-Feier. Die Flotten-Frage. Die Finanz-Frage. Der Antrag Kanitz und das Zentrum, in: PJ 83 (1896) 1, S. 402–408, S. 402–404.

128 Delbrück: Die Jubel-Feier [PJ 83/1], S. 403.

129 Germanicus [August von Heeringen]: Frankreichs Flottenfrage und die junge Schule, in: PJ 96 (1899) 2, S, 258–284. Für das Pseudonym vgl. Honorartabelle Maiheft 1899, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe IV, Bl. 363.

130 Auf Veröffentlichungen des später so heftig befehdeten »Alldeutschen Verbandes« hat Delbrück während der 1890er Jahre noch durchaus positiv Bezug genommen, vgl. *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 104; vgl. fast wortgleich *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 432 f.; vgl. ferner auch Kundel: Die Ideologie der Weltpolitik, S. 65. Dass er dem Verein darum »nahegestanden« hätte, lässt sich auch anhand von Delbrücks Korrespondenz mit Vereinsmitgliedern unter den ständigen Mitarbeitern der »Jahrbücher« wie Theodor Schiemann und Lutz Korodi nicht spezifizieren.

131 Vgl. hierzu Hermann Rassow an Hans Delbrück, 21.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 46–47.

132 *Epkenhans*, Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse, S. 206.

eher als prominentes Aushängeschild zu zählen, denn als eifriger Aktivist.[133] Wie der Verein im Allgemeinen vornehmlich von Vertretern der zweiten Reihe des Bildungsbürgertums, den Gymnasiallehrern, getragen wurde, so hat auch Delbrück selbst nach der Vereinsgründung eher aus zweiter Hand an dessen alltäglichem Aktivismus partizipiert. Diese Vermittlung erfolgte vor allem durch seinen Schwager Hermann Rassow, der regelmäßig die Versammlungen des Vereins besuchte und in der westfälischen Industriestadt Elberfeld außer seinen Schülern auch die lokale Arbeiterschaft für die »nationale« Mission zu gewinnen suchte.[134] Rassows professorale Berliner Verwandtschaft setzte dagegen vor allem auf die kaiserliche Patronage des Unternehmens Flottenrüstung.[135] Auf Delbrücks höfische Verbindungen hatte 1896 schon der rührige Publizist Rudolf Martin vertraut, um seinem Aufsatz über »Mehr Lohn und mehr Geschütze« die allerhöchste Aufmerksamkeit zu sichern.[136] Zumindest im Reichsmarineamt ist dieser Beitrag aufmerksam gelesen worden, der als wesentliche theoretische Grundlage einer ideologischen Verklammerung von Innen- und Außenpolitik, von sozialer Reform und maritimer Rüstung, im wilhelminischen Bildungsbürgertum angesehen werden kann.[137]

Tatsächlich war der »Flottenverein« auch nach dem Sturz Schweinburgs unverkennbar von Großindustriellen geprägt, deren Presseorganen das Bemühen der »Kathedersozialisten«, die Flottenbegeisterung auch in der Arbeiterschaft zu wecken, alles andere als geheuer war.[138] Sie sahen bereits in Friedrich Naumann, von dessen Nationalsozialem Verein sich Delbrück mit Blick auf die Flottenrüstung effektive Integration der Arbeiter in die ›nationale‹ Gemeinschaft erhoffte, ein »rothes Tuch«.[139] Umso mehr galt dies für jede Fühlungsnahme mit der organisierten Sozialdemokratie. Dennoch haben Delbrück und Schmoller Anfang 1900 Einladungen zur öffentlichen Diskussion in der Historischen Vereinigung in Berlin an Arbeiterführer ausgesprochen und in jenem Februar gemeinsam mit den Nationalökonomen Max Sering und Adolph Wagner auf einer Reihe durch

133 Für die Kategorisierung der »Flottenprofessoren« vgl. *Marienfeld*, Wissenschaft und Schlachtflottenbau in Deutschland, S. 110–115.

134 *Diziol*, »Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!«, Bd. 1, S. 108ff; Hermann Rassow an Hans Delbrück, 25.02.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 17–20; zu Rassows Werbung unter der Arbeiterschaft vgl. auch *Diziol*, »Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!«, Bd, 1, S. 119.

135 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 25.02.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 17–20.

136 Rudolf Martin an Hans Delbrück, 19.01.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Martin, Rudolf, Bl. 12–13; Rudolf Martin: Mehr Lohn und mehr Geschütze, in: PJ 83 (1896) 2, S. 283–296.

137 *Kundel*, Die Ideologie der Weltpolitik, S. 68–70; Ebd., S. 172.

138 Zu Delbrücks Bemühen um sozialdemokratische Unterstützung der Flottenvermehrung vgl. auch Franz Oppenheimer an Hans Delbrück, 03.12.1897, in: SBB PL, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oppenheimer, Franz, Bl. 3–5.

139 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 25.02.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 17–20.

die SPD organisierter Veranstaltungen in Berlin gesprochen.[140] Während in der sozialdemokratischen und der konservativen Presse das Ausbleiben greifbarer Übereinstimmung bei diesen Disputationen mit Spott respektive mit Erleichterung quittiert wurde, erachtete Delbrück die Unternehmung in längerfristiger Perspektive auf eine »imperialistische« Arbeiterschaft nach englischem Vorbild als durchaus günstige Aussicht verheißenden ersten Schritt auf dem Weg hin zu einer Sozialdemokratie, die ihre Totalopposition abmilderte und zu »sachlicher Diskussion« bereit war.[141]

Die auffällige Oberflächlichkeit der Argumentation, welche auch die »Preußischen Jahrbücher« als Teil der publizistischen Flottenrüstungmaschinerie beobachten lassen, entsprach ganz dem Paradigma vom Militärischen als ureigener monarchischer Domäne. Prinz Heinrich von Preußen, der jüngere Bruder des Kaisers und selbst hochrangiger Marineoffizier, hat diese Vagheit sogar als besonders lobenswerten Zug am publizistischen Engagement des alten Hoflehrers hervorgehoben. Wie viele Schiffe welchen Typs nun gebaut wurden, sollte für die öffentliche Meinung schlicht irrelevant sein. Die Farbenpracht, in der die intellektuellen Meinungsmacher die Vorzüge ausmalten, die eine machtvolle Marine in der Zukunft bieten sollte respektive in der Vergangenheit bereits hätte bieten können, sollten ausreichen, den Druck auf die Reichstagsfraktionen soweit anzuziehen, dass sie den fälligen Ausgaben ihre Zustimmung gaben.[142] Dass der nachträgliche Straferlass betreffend Delbrücks Verurteilung im Disziplinarprozess von 1899 eine Honorierung seiner treuen Dienste in der Flottenfrage war, lässt sich nicht beweisen.[143] Gleichwohl galt Delbrücks Engagement für die Flotte im Allgemeinen und wohl auch sein Anteil an der Etablierung des »Flottenvereins« im Speziellen deren ›Vater‹ Tirpitz als »besonders wirksam« und brachte ihm am 13. Juni 1900 den Königlichen Kronen-Orden 3. Klasse ein.[144]

Die Eigenschaft der Militärpolitik, Arkanum der Regierung zu sein, hat Delbrück ihr während der ganzen Dauer des Kaiserreichs zugeschrieben und in erster Linie von der Seite her bedroht gesehen, »die königlicher sein wollte, als der

140 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 84,

141 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 84; *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 107. Für die sozialdemokratische Presse vgl. Franz Mehring: Zeichen und Wunder, in: Die Neue Zeit 18 (1900) 21, S. 641–644; Hans Delbrück: Erinnerung an den Fall des Sozialistengesetztes. Pessimistische Politik. Die Flotten-Vorlage und die Parteien. Die Krisis im Transvaal-Krieg, in: PJ 99 (1900) 3, S. 562–659, S. 566 f.

142 Heinrich von Preußen an Hans Delbrück, 02.02.1896, ms. Abschrift in BArch Koblenz, N 1017/67, Bl. 66–68.

143 Für diese Spekulation vgl. *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 152 f.

144 Alfred von Tirpitz an Hans Delbrück 28.02.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tirpitz, Alfred von, Bl. 2; Alfred von Tirpitz an Hans Delbrück 13.06.1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tirpitz, Alfred von, Bl. 3.

König.«[145] Bereits im Zuge der Heeresreform Caprivis wandte er sich mit scharfer Kritik gegen jene, die mit der Unterstützung des schwankenden Kaisers die dreijährige Dienstzeit, wie Bismarck sie 1861 gegen Parlament und Verfassung durchgesetzt hatte, als Symbol der monarchischen Vormacht im Staat verteidigten. Eine derartige »conservative Opposition […] in der Regierung selbst«, welche die Zeiterfordernisse ignorierte, brandmarkte er als drängende Gefahr.[146]

Unter denselben Vorzeichen fand auch die Entfremdung zwischen dem »Flottenverein« und Delbrück statt, der sich nach der Jahrhundertwende sukzessive gegen die Agitationsverbände zu positionieren begann. Der Umschlagpunkt war 1907 erreicht, als der »Flottenverein« unter der Geschäftsführung August Keims nicht in seiner Rolle als Fußtruppen Bülows bei den »Hottentottenwahlen« verharrte, sondern die im Wahlkampf gegen SPD und Zentrum angeschobene Agitationswelle danach weiterschwappen ließ und die Regierung auf ihrem ureigensten Gebiet kritisierte.[147] Die nachfolgenden internen Zerwürfnisse um die künftige Ausrichtung des Vereins konnten von Außen betrachtet als »Rache« des Zentrums und der katholischen Vereinsmitglieder für die Positionierung des Vereins im Wahlkampf angesehen werden.[148] Hermann Rassow bemühte sich damals, den »Flottenverein« vor einer Konfessionalisierung zu bewahren, die sowohl durch einen Auszug der Katholiken als auch durch einen selbst nur scheinbar unter dem Druck des Zentrums zustande gekommenen Austausch der Führungsspitze drohte. Dazu suchte er Delbrücks Unterstützung für den Versuch, Keim über die Hintertreppe einer kaiserlichen Auszeichnung im Gegenzug für seinen ›freiwilligen‹ Rückzug loszuwerden, da es im Monarchen jemanden gäbe, dem auch ein Mann wie Keim

»etwas ›zu Gefallen‹ tut. Das ist ja der riesige Vorteil, den wir vor den Republiken haben, dass die alten Militärs einen haben, den sie anerkennen.«[149]

Dieses Bestreben seines Schwagers entsprach sicher Delbrücks Vorstellungen vom »monarchischen Prinzip« und dem besonderen Treueverhältnis zwischen Monarchen und Offizierskorps, ebenso wie seiner taktischen Maßgabe, wonach der politische Katholizismus zum Besten des Staates zugleich umarmt und sanft niedergehalten werden musste. Delbrück trieb indes weniger die konfessionelle Dimension der »Krisis im Flottenverein« um, als vielmehr die harschen Attacken, die der Verein unter Keim gegen die Reichsleitung unternahm. Frei von

145 Delbrück: Die Einbringung der Militär-Vorlage [PJ 70/6], S. 768.

146 Ebd.

147 *Diziol*, »Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!«, Bd. 1, S. 79–81.

148 Ernst Kabisch an Hans Delbrück, 29.12.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kabisch, Ernst, Bl. 37–40.

149 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 22.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 48–49. Vgl. auch Hermann Rassow an Hans Delbrück, 21.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 46–47; Hermann Rassow an Hans Delbrück, 20.05.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 50.

jeder Selbstironie gelangte er damals zu dem Schluss, dass die vorgeblich überparteilichen ›nationalen‹ Fragen, denen sich die Agitationsverbände ja nicht weniger verschrieben hatten als die ebenfalls angeblich über den Parteien ›freischwebenden‹ Intellektuellen, nie restlos unstrittig bleiben würden, sondern unabänderlich in die Sphäre spezifischer Parteiinteressen oszillierten.[150] Dieser Prozess galt ihm im Fall des »Flottenvereins« als bereits so weit fortgeschritten, dass sein weiterer Nutzen für Staat und Nation nicht mehr als erheblich angesehen werden konnte. Selbst als Symbol der nationalen Einheit, die auch die internationale Presse anlässlich der streiterschütterten Vereinsversammlungen des Jahres 1907 in Zweifel zog, galt der Verein Delbrück nicht mehr viel.[151] Seinen Zweck, die Flottenbegeisterung in breiten Volkskreisen zu verankern, hatte der Verein demnach erfüllt. Nun drohte er sich analog zu anderen Agitationsverbänden zu ideologisieren und gewissermaßen in eine Partei zu verwandeln. Da sollte er doch lieber aufgelöst werden.[152]

Erst nachdem solcherweise das Tischtuch bereits öffentlich zerschnitten und Keims Ablösung ins Werk gesetzt war, hat Delbrück sich auf dessen Versuche hin, ihn persönlich von der Legitimität seiner Kritik an Tirpitz und der Notwendigkeit eines regierungskritischen Agitationsvereins nach englischem Vorbild zu überzeugen, um Mediation hinter den Kulissen bemüht und für die Zukunft Kooperationsmöglichkeiten in Aussicht gestellt.[153]

Zu Beginn seines Eintretens für die Flottenrüstung in den 1890er Jahren wollte Delbrück die deutsche Seestreitmacht unter dem Blickwinkel eines drohenden Krieges gegen Russland oder respektive und Frankreich gerüstet wissen.[154] Demographie, ökonomische Verhältnisse und die strategische Innovation des Kaiser-Wilhelm-Kanals zwischen Nord- und Ostsee sowie das notorische Mantra von der überlegenen politischen Ordnung verhießen demnach so günstige Aussichten, dass einzig »eine Schlaffheit des Staatswillens« ursächlich sein könnte, wenn das Reich die Fähigkeit vermissen ließ, sich mit diesen beiden Mächten zur See zu messen. Englands Vormachtstellung zur See erschien dagegen völlig uneinholbar.[155]

Um die Jahrhundertwende wurde das Britische Empire gleichwohl zum Kontrapunkt der deutschen Flottenrüstung im Reichsmarineamt und in den

150 Hans Delbrück: Krisis im Flottenverein, in: PJ 131 (1908) 1, S. 191–194.

151 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 22.04.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 48–49.

152 Delbrück: Krisis im Flottenverein [PJ 131/1].

153 August von Keim an Hans Delbrück, 13.01.1908, in: SBBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keim, August von, Bl. 4; Hans Delbrück an August von Keim, o. D. [13.01.1908], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 18, Bl. 30 f.; August von Keim an Hans Delbrück, 16.01.1908, in: SBBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keim, August von, Bl. 5.

154 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S 108.

155 Delbrück: Die Jubel-Feier [PJ 83/1], S. 404; vgl. auch Delbrück: Der Austritt Herrn Stöckers aus der konservativen Partei [PJ 83/3], S. 593.

»Preußischen Jahrbüchern«.[156] Unter dem Eindruck des Zweiten Burenkrieges und den deutsch-britischen Spannungen, die mit ihm einhergingen, lotete Delbrück nun öffentlich das Potential der deutschen Flotte aus, trotz überschaubarem militärischem Wert als politisches Pfund für deutsche Bündnisfähigkeit auf Augenhöhe mit Russland und Frankreich in einer Kontinentalallianz gegen England zu figurieren.[157]

Im Bewusstsein des geringen strategischen Gewichts der militärischen Kapazitäten des Reiches zur See, hat Delbrück während der ersten Jahre des 20. Jahrhundert die deutsche Flottenrüstung nicht als relevanten Grund für Friktionen zwischen London und Berlin gelten lassen wollen, mochten ihm auch Englandreisende bereits damals versichern,

»am liebsten würde man es mit unserer Flotte ebenso machen, wie einstmals mit der dänischen.«[158]

Dementsprechend hat Delbrück die englisch-französische Annäherung und den Bündnisschluss der Entente cordiale 1904 weniger auf die Intensität deutsch-britischer Konkurrenz zurückgeführt, sondern auf eine Perzeption französischer Schwäche, die es London ermöglichte, den alten ›Erbfeind‹ zu geringen Konzessionen an sich zu binden um damit der scheinbar einzig wirklich beunruhigenden Aussicht aus Londoner Perspektive vorzubauen, einer »napoleonischen« Kontinentalallianz.[159]

Über das ganze letzte Vorkriegsdezennium hielt Delbrück daran fest, dass eine deutsche Flottenrüstung in hinlänglichem Einvernehmen mit London möglich war. So engagierte sich Delbrück in den zivilgesellschaftlichen deutsch-britischen Entspannungsinitiativen am Ende jenes Jahrzehnts und suchte in Kooperation mit dem Herausgeber der »Contemporary Review«, Percy Bunting, der englischsprachigen Öffentlichkeit jenseits der Nordsee und des Atlantiks eine versöhnliche Antwort auf die Frage zu geben: »Why does Germany built Warships?« Dem bis zur »Invasionshysterie« gesteigerten englischen Misstrauen zum Trotz und ungeachtet der faktischen Unmöglichkeit, den britischen Rüstungsvorsprung zur See je einzuholen, sei diese Politik schlicht alternativlos. So wenig wie England strebe Deutschland planvoll nach Weltherrschaft. Mochten die Agitationsverbände auch noch so sehr Lärm schlagen, so wüssten doch die verständigen deutschen ›Realpolitiker‹ um das eherne Gesetz der Geschichte, nachdem ein Hegemonialherrscher wie Karl V. oder Napoleon stets das letztlich

156 [Heeringen]: Frankreichs Flottenfrage und die junge Schule [PJ 96/2].

157 Hans Delbrück: Deutschland, Transvaal und der Besucht des Kaisers in England. Die neue Flottenforderung, in: PJ 98 (1899) 3, S. 586–590.

158 Siegfried Heckscher an Hans Delbrück, 17.09.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Heckscher, Siegfried, Bl. 9–11.

159 Hans Delbrück: Deutschlands Stellung in der Weltpolitik, Die neue russische Anleihe und der deutsche Handelsvertrag, in: PJ 108 (1902) 1, S. 182–192; Hans Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung; Hans Delbrück: Deutschland in der Weltpolitik, Der Krieg, in: PJ 116 (1904) 2, S. 375–383.

stärkere Bündnis aller Schwächeren gegen sich habe. Da aber der Gang der Dinge England eine globale Vormachtstellung verschafft hätte, könnte einzig eine immerhin ernstzunehmende deutsche Konkurrenz das Konzert der Mächte im Gleichgewicht halten und die Welt vor der Aussicht bewahren, binnen weniger Jahrzehnte gänzlich anglisiert zu sein.[160]

Dieser Optimismus hinsichtlich der Möglichkeit deutsch-englischer Verständigung in Fragen der Flottenrüstung kippte erst in der Zweiten Marokkokrise 1911, nachdem Delbrück sich noch zu Beginn jenes Jahres in einem offenen Brief an Bunting dazu bekannt hatte:

»Ich bin eingetreten und werde immer eintreten für einen energischen kraftvollen Ausbau der deutschen Flotten.«[161]

Nun warnte er im Verein mit Daniels in der »Politischen Correspondenz« nachdrücklich vor flottenbezogenen Spannungen und begann im gleichen Sinne eine rege Betriebsamkeit hinter den Kulissen zu entfalten.[162]

Kontakte ins englische Presse- und Verbandswesen hat Delbrück in der Krise aufrechterhalten, jedoch verlor er die Hoffnung, dass derartige Kooperation Frucht tragen und Zwietracht einhegen könnte. Zumal auch der Außenstaatssekretär Kiderlen-Wächter diese Zweifel nicht zu zerstreuen geneigt war und Zurückhaltung wünschte, versagte sich Delbrück einer Einladung, im Dezember 1911 vor der National Defence Association zu sprechen.[163] Seinem ehemaligen Hörer Robert A. Johnson, der die Einladung jenes britischen Äquivalents des Flottenvereins vermittelte, beschied Delbrück vielmehr, dass die mündliche Aussprache in der hochgespannten Situation leicht kontraproduktive Wirkung entfalten könnte, denn

»so könnte doch in die Debatte gar zu leicht, vielleicht schon durch einen halb mißverstandenen Ausdruck ein Mißton kommen und damit hätte ich den Zweck, der mir

160 Hans Delbrück: Schwüle in der internationalen Politik. Die deutsche Finanzfrage. Der neue Flottenverein, in: PJ 133 (1908) 2, S. 373–381; Hans Delbrück: Besserung der internationalen Lage. Innere Politik. Fürst Bülow und die Konservativen, in: PJ 135 (1909) S. 371–379; Hans Delbrück: Why does Germany build Warships, in: Contemporary Review 96 (1909) S. 401–410; Hans Delbrück: Weshalb baut Deutschland Kriegschiffe?, in: PJ 138 (1909) 1, S. 149–161; Hans Delbrück an Percy Bunting, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 21; Hans Delbrück an Percy Bunting, 16.07.[1909]., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 25; Hans Delbrück an Percy Bunting, 18.12.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21, Bl. 61.

161 Hans Delbrück: Offener Brief an den Herausgeber des ›Contemporary Review‹ Sir Percy William Bunting (London), in: PJ 144 (1911) 1, S. 193–211, S. 196.

162 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 151 f.

163 Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, 02.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 26–27. Zur Haltung des Auswärtigen Amts vgl. auch *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?« S. 151 f. Zu Delbrücks Verbindungen nach England während der Krise vgl. auch Sidney Whitman an Hans Delbrück, 23.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Whitman, Sidney, Mappe III, Bl. 4; Hans Delbrück an Sidney Whitman, 21.08.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 33.

so sehr am Herzen liegt die gute Beziehung [sic!] Deutschlands zu England mehr geschadet, als genutzt«.[164]

Dieser Bedenken ungeachtet hat Delbrück im selben Winter dem US-amerikanischen Journalisten Frederic William Wile ein aufsehenerregendes Interview für das konservative britische Massenblatt »Daily Mail« gegeben. Weithin als provokant wurde vor allem Delbrücks Verweis auf einen Ausspruch Arthur Lees aufgefasst, der von 1903 bis 1905 Lord der Admiralität gewesen war und seinerzeit erklärt hätte:

»Die Deutschen werden eines Morgens aufwachen um zu hören, daß sie eine Flotte gehabt haben.«[165]

Zwar hat Delbrück dieses Zitat, für dessen Authentizität ihm ausgerechnet der »Deutsche Flottenverein« bürgte, im Fortgang der Dinge weiter kolportiert.[166] Doch zunächst ruderte er in einem Artikel für den »Tag« soweit zurück, dass es selbst unter den deutschen Pazifisten Anerkennung fand und auch in der historischen Forschung als Beispiel eines systematischen Wechselspiels zwischen Mäßigungsparolen in Deutschland und spitzer Feder gegen England bewertet worden ist.[167]

Dieses binäre Schema kann durchaus nicht aufrechterhalten werden. Delbrück mühte sich vielmehr, auch den revozierenden »Tag«-Artikel in England bekannt zu machen und versicherte Francis William Fox vom »Anglo-German Friendship Comittee«:

»I think it will be the best to leave the past and only to ask what has to bee done now and in future. This is what I explained in the second part of my interview in the Daily Mail.«[168]

164 Hans Delbrück an Robert A. Johnson, 15.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 31. Zur Vermittlerrolle Johnsons vgl. Robert A. Johnson an Hans Delbrück, 29.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Johnson, Robert A., Bl. 1.

165 Zit. nach Delbrück: Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen [PJ 147/1], S. 170. Zur Behandlung eines möglichen maritimen Präventivschlags Englands in dem »Daily Mail«-Interview sowie zur Resonanz des Interviews vgl. Emil Daniels: Englands Versündigung an Deutschland. Die Wiedergeburt des Chauvinismus in Frankreich. Die Auflösung der türkischen Kammer, in: PJ 147 (1912) 2, 356–373, S. 362. Zur Anbahnung des Interviews, das Delbrücks Meinung zu der Frage »Was wünscht Deutschland von England« die »allergrößte Beachtung« garantieren sollte, vgl. Frederic William Wile an Hans Delbrück, 14.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wile, Frederic W., Bl. 3. Zur Resonanz des Interviews in Deutschland vgl. auch *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?« S. 152.

166 Hans Delbrück an Deutscher Flottenverein, 08.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 41; Delbrück: Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen [PJ 147/1], S. 169 f.

167 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?« S. 152.

168 Hans Delbrück an Francis William Fox, 15.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 46.

Der wohlhabende Bauunternehmer und engagierte Quäker übernahm es sogar, diesen Artikel nebst einem weiteren aus der Feder Theodor Schiemanns für die »Kreuzzeitung« als Ausweis des dringenden Begehrens der Reichsleitung nach einer Einigung mit England Edward Grey vorzulegen und versicherte seinerseits, der Außenminister hätte ihm am Rande eines Interviews seine Überzeugung ausgedrückt, eine Übereinstimmung mit Deutschland erzielen zu können.[169]

In weiteren Beiträgen für die »Daily Mail«, die als Versicherung gegen aufreizende Missverständnisse parallel auf Deutsch in der »Vossischen Zeitung« erschien, sowie im rechtskatholischen »Everyman« Charles Saroléas hat Delbrück sich über das Jahr 1912 hinweg dafür verwendet, Vorwürfe britischer Politiker wie des Tory-Führers Arthur Balfour zu parieren und die ›realpolitische‹ Einsicht aller regierungsamtlichen und parlamentarischen deutschen Mandatsträger in das jedwede Hegemonialbestrebungen abtötende Beispiel Napoleons zu bezeugen[170], wessenthalben allein das irrationale Misstrauen der Engländer gegen Deutschland die eigentliche Treibladung in den internationalen Beziehungen darstelle.[171]

Noch im Herbst 1909 hat Delbrücks mantrahaft vorgetragene Linie unverminderten Zuspruchs für die Flottenrüstung bei gleichzeitig versöhnlichen Signalen gegenüber England womöglich Alfred von Tirpitz geholfen, sich im Amt zu

169 Francis William Fox an Hans Delbrück, 14.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fox, Francis William, Bl. 1–2; Francis William Fox an Hans Delbrück, 09.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fox, Francis William, Bl. 3; Hans Delbrück an Francis William Fox, 15.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 46; Francis William Fox an Hans Delbrück, 21.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Fox, Francis William, Bl. 4. Auf Delbrücks Korrespondenz mit Fox weist bereits vom Bruch am Rande hin, vgl. *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?« S. 150. Zur Person Fox' vgl. *Montmorency*: Francis William Fox. Zur Rolle Fox' in den englisch-deutschen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg vgl. *Geppert*, Pressekriege, S. 359; Ebd., S. 394–398. Zu Fox' Bemühungen um englisch-deutsche Verständigung im Ersten Weltkrieg vgl. Geoffrey de Montmorency: Francis William Fox, S. 126–141.

170 Delbrück gegen Balfour, in: Vossische Zeitung, 30.05.1912, Nr. 270; Frederic William Wile an Hans Delbrück, 24.05.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wile, Frederic W., Bl. 5; Frederic William Wile an Hans Delbrück, 25.05.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wile, Frederic W., Bl. 6; Hans Delbrück an Redaktion der Vossischen Zeitung, 29.05.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 1. Charles Saroléa an Hans Delbrück, 04.08.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sarolea, Charles, Bl. 21–22; Hans Delbrück an Charles Saroléa, 12.08.1912, in: Edinburgh University Library, Papers of Charles Sarolea; Hans Delbrück an Charles Saroléa, 11.10.1912, in: Edinburgh University Library, Papers of Charles Sarolea; Charles Saroléa an Hans Delbrück, 11.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sarolea, Charles, Bl. 23; Charles Saroléa an Hans Delbrück, 26.10.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sarolea, Charles, Bl. 24; Hans Delbrück an Charles Saroléa, 11.11.1912, in: Edinburgh University Library, Papers of Charles Sarolea; Hans Delbrück: England and Germany, in: Everyman 1 (1912) 2, S. 45. Zum »Everyman« vgl. *Johnson*, Holy war in Europe, S. 65–67.

171 Delbrück gegen Balfour, in: Vossische Zeitung, 30.05.1912, Nr. 270.

halten, der seinerzeit Unterstützung in der Sorge heischte, als Symbol der Rücksichtnahme auf englische Besorgnisse geopfert zu werden.[172] Auch im Winter 1911/12 hat Tirpitz bei mehreren Begegnungen in der Wilhelmsstraße und im Haus Clemens von Delbrück energisch seine Unterstützung für eine neue Flottenvorlage zu gewinnen gesucht.[173]

Ende 1911 hatte die Zweite Marokkokrise indes Delbrücks Blick von der deutsch-britischen Flottenrivalität wieder verstärkt auf die Gefahr eines kontinentalen Zweifrontenkrieges gelenkt. Zudem intensivierte sich seine Beziehung zu Karl Galster, der 1907 als Befürworter kleinerer Einheiten und speziell eines Ausbaus der U-Boot-Waffe im Streit mit Tirpitz als Vizeadmiral aus dem aktiven Dienst ausgeschieden war und dessen Kritik an der Fixierung des Großadmirals auf den Schlachtschiffbau nun in die »Preußischen Jahrbücher« einzog.[174]

Delbrück schlug sich in der Folge entschieden auf Kiderlens und des Kanzlers Seite, die nach der Marokkokrise die Eskalationsgefahr auf dem Feld der Rüstungspolitik einzudämmen trachteten. Im Januarheft 1912 plädierte Delbrück für die konsequente Umsetzung des geltenden Flottengesetzes von 1908 als vertrauensförderndes Signal an Großbritannien und die Aufwendung des in Rede stehenden Budgets statt für weitere Schiffsneubauten für die Aufstockung der Armee.[175] Dies geschah mit so viel Verve, dass jene »Correspondenz« gar als offiziöse Arbeit aufgefasst wurde, was Delbrück mit der Bemerkung zurückwies, der Kanzler selbst hätte sich gegenüber Ludwig Delbrück ob der großen Übereinstimmung mit seinen eigenen Reden gewundert.[176]

»Die Lösung ist, scheint mir [Delbrück; d. Vf.], schließlich doch sehr einfach: es ist unsere Methode und Gewohnheit des objektiven historischen Denkens, das den Staatsmännern gerecht wird, weil es *versucht, sie bestrebt* ist [sic!], ehe es sie kritisiert, sie zu verstehen.«[177]

Ob diese mokante Erklärung gegenüber dem Fachkollegen Otto Hintze dazu diente, Delbrücks Kontakte in die Wilhelmsstraße vor diesem zu verschleiern,

172 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 27.11.1909, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IX, Bl. 14.

173 BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 97; vgl. auch Hans Delbrück an Hermann Oncken, 06.03.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 12–13.

174 Karl Galster an Hans Delbrück, 27.12.1900, in: *Franken*, Vizeadmiral Karl Galster, S. 186; Karl Galster: Was will England mit seinen Unterseebooten?, in: PJ 143 (1911) 2, S. 356–364; Karl Galster an Emil Daniels, 22.01.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 4–5. Zu Galsters Person vgl. *Franken*, Vizeadmiral Karl Galster.

175 Delbrück: Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen [PJ 147/1].

176 Otto Hintze an Hans Delbrück, 29.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hintze, Otto, Bl. 18; Hans Delbrück an Otto Hintze, 04.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 38 f.

177 Hans Delbrück an Otto Hintze, 04.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 38 f.

wie vom Bruch vermutet, muss dahingestellt bleiben. Schließlich hatte er mit dem gleichzeitigen Verweis auf das jüngste Gespräch seines Vetters Ludwig mit Bethmann Hollweg sein weithin bekanntes Beziehungsgeflecht unumwunden unterstrichen.[178] Von daher spiegelt sie womöglich eher Delbrücks Selbstverständnis als an der Geschichte geschulter ›Realpolitiker‹ aus selbstbewusstem »geistigem Adel«.

Zweifellos rannte Delbrück beim Reichskanzler offene Türen ein, wenn er ihn nach der Veröffentlichung des Januarhefts bestürmte, ihm würden wiederum Engländer die Türen einrennen, um ihm zu versichern, dass bei einem Verzicht Berlins auf eine »große Flottenverstärkung«, London »ganz gewiß zu einem business-agreement bereit sein würde.«[179]

Im Auswärtigen Amt teilte man die Sorge vor einem endgültigen Bruch mit England und einer »napoleonischen« Solitärstellung des Reiches.[180] Da der Kaiser jedoch den Tirpitz'schen Rüstungsplänen sehr gewogen war, fürchtete Delbrück einen Sturz Bethmann Hollwegs nach den für diesen Januar anberaumten Reichstagswahlen sowie nachfolgend eine Amtsübernahme des politisch ambitionierten und von Wilhelm II. sehr geschätzten Feldmarschalls Colmar von der Goltz, der die Flottenvermehrung durchsetzen und darüber einen Krieg mit England auslösen würde.[181] Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, hatte er noch im Dezember 1911 nicht nur dem Kanzler, sondern auch den Fraktionsführern von Nationalliberalen und Zentrumspartei, Ernst Bassermann und Georg von Hertling, versichert, dass die von Tirpitz geplante Flottenvermehrung nicht auf die ungeteilte Unterstützung der Professorenschaft rechnen könnte. Wie groß Delbrück die Durchschlagskraft der intellektuellen Kritik als spezifischen Beruf der ›Gebildeten‹ im politischen System des Kaiserreichs veranschlagte, verdeutlicht sein Bericht über diese Vorgänge an den Freund Max Lehmann, dem er seine Zuversicht auseinandersetzte, den beiden Parteiführern durch seine Erklärungen geholfen zu haben, »ihrerseits zu *bremsen* und dem Kanzler den Rücken zu stärken.«[182]

Während Delbrück und Daniels in den »Preußischen Jahrbüchern« den uneinholbaren maritimen Rüstungsvorsprung Englands und die Gewissheit prinzipieller Kompromissbereitschaft hinreichend zahlreicher britischer Entscheidungsträger herausstrichen, bemühte sich Delbrück um breite öffentliche

178 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 151.

179 Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 05.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 39. Vgl. ferner Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 16.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Theobald von, Bl. 16.

180 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 06.03.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 12–13.

181 Hans Delbrück an Max Lehmann, 05.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 39–41.

182 Ebd.

Unterstützung der Kanzlerlinie.[183] Insbesondere Hermann Oncken hat sich in der Folge stark exponiert und ausgerechnet in der lokalen Badener Sektion des »Flottenvereins« für eine Heeresverstärkung und gegen die Flottenvermehrung plädiert.[184]

Onckens Reden erschienen in Heidelberg als selbstständige Broschüre und wurden reichsweit an hunderte Zeitungen verschickt, während Delbrück es besorgte, sie in der Wilhelmsstraße bekannt zu machen.[185] Unterstützung fanden Delbrück und Oncken in ihrem Kampf gegen die Flottenvermehrung vor allem unter konservativen Verfechtern einer Heersvergrößerung. Zur Mitarbeit an August Keims jüngster Geburt auf dem Feld des ›nationalen‹ Vereinsweisens, dem »Deutschen Wehrverein«, fand Delbrück sich dem Werben des Generals zum Trotz nicht bereit. Nach seiner Einschätzung musste der »Wehrverein« einen Konflikt mit dem »Flottenverein« vermeiden, während er als intellektueller Solitär bedingungsloser Stellung beziehen konnte und »als ehrlicher Mann« auch musste. Subtilere Kooperationsmöglichkeiten waren darum nicht aus der Welt:

»Aus diesem Grunde halte ich es besser, daß wir getrennt marschieren, vielleicht uns auch einmal bekämpfen, um dann wie zu hoffen, im entscheidenden Moment, doch wieder zusammen zu schlagen.«[186]

Tatsächlich hat auf dieser Grundlage insbesondere die »Kreuzzeitung« Delbrücks Linie gegen die freikonservative »Post« verteidigt. Sie sprang auch Oncken gegen die vom Reichsmarineamt ausgehende, publizistische Gegenkampagne bei und stellte den darin federführenden Vizeadmiral Hunold von Ahlefeld als wegen ökonomischer Interessenkonflikte nicht vertrauenswürdigen Geschäftemacher hin.[187]

Letzten Endes waren die Argumente für eine weitere Verstärkung der Flotten seitens der Unterstützer Tirpitz' wie des konservativen Journalisten Adolf Stein, hinter dessen Pseudonym »Lookout« Delbrück zunächst Tirpitz selbst vermutet

183 Emil Daniels: Englands Versündigungen an Deutschland. Die Wiedergeburt des Chauvinismus in Frankreich. Die Auflösung der türkischen Kammer, in: PJ 147 (1912) 2, S. 356–373, S. 356–366; Hans Delbrück: Das neue Reichstagspräsidium, Fallenlasse der Erbschaftssteuer, Abschaffung der Branntwein-Liebesgabe, Abgang des Staatssekretärs Wehrmuth, Die Wehrvorlagen, in: PJ 148 (1912) 1, S. 180–183; Delbrück: Wehrvorlagen. Für Delbrücks Bemühen um eine Intellektuellenkampagne gegen die Flottenvermehrung vgl. *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 151–156.

184 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 153 f.

185 Ebd., S. 151–156.

186 August von Keim an Hans Delbrück, 09.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keim, August von, Bl. 16–17; Hans Delbrück an August von Keim, 10.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 42–44; August von Keim an Hans Delbrück, 10.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Keim, August von, Bl. 18–19.

187 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 151–156. In Grenzen fanden Delbrück und Oncken auch Zuspruch bei der pazifistischen Linken, vgl. Ebd.

hatte[188], nicht wesentlich andere als diejenigen, die 15 Jahre lang auch in den »Jahrbüchern« das Feld beherrscht hatten. Delbrück ging auch nicht davon ab, Tirpitz für einen großen Mann zu erklären, dem das Reich » unendlich viel [zu] verdanken« habe.[189] Doch hatte Delbrück seit der Bosnischen Annexionskrise eine sukzessive Umwertung der internationalen Beziehungen vorgenommen, während Tirpitz von Leidenschaften getrieben die Wechselwirkung von Rüstungspolitik und Diplomatie aus dem Blick verloren habe.[190] Von der schließlich im April 1912 erreichten Kompromisslösung einer um die Hälfte der ursprünglich von Tirpitz geforderten 6 neuen Schiffe halbierten Flottenvorlage, hat Delbrück unausgesetzt Schaden für die deutsch-englischen Verhandlungen erwartet. Doch hielt er diese Kompromissformel für den einzigen Weg, der unter Wahrung der monarchischen Prärogative im militärischen Feld und gegen den persönlichen Navalismus Wilhelms II. realistisch gangbar war.[191]

Über zwei Jahrzehnte hat Delbrück Rüstung um der Rüstung willen gepredigt und der deutschen ›Nation‹ eine historisch bedingte Disposition zur überlegenen militärischen Organisation zugeschrieben. Rüstung war ihm ›nationale‹ Politik par excellence gewesen, die mit historischen Reminiszenzen verargumentiert und in Hinblick auf die tagesaktuelle »weltpolitische« Lage aktualisiert wurde. Die jedoch per se notwendig war und daher oft nur oberflächlich behandelt zu werden brauchte. Seine Unterstützung dieser Politik hat Delbrück hochkarätige Anerkennung verschafft und sein Prestige als patriotischer Intellektueller vermehrt. Früher als die meisten hat Delbrück indes die Folgen dieser Politik erkannt. Aus seiner Einsicht in den Machtgewinn der imperialistischen Agitationsvereine und die Einschränkung diplomatischer Handlungsoptionen durch eine Emotionalisierung der internationalen Beziehungen heraus vollzog er ab 1907 sukzessive und 1912 endgültig eine rüstungspolitische Wendung. Die führte keineswegs zum Pazifismus, nahm jedoch seine politische Positionierung als viel gescholtener »Flaumacher« im Ersten Weltkrieg vorweg.

3. Die Kolonialpolitik des Kaiserreichs

Das Deutsche Reich trat ›verspätet‹ in den Wettbewerb des Hochimperialismus ein. Lag der außenpolitische Fokus während der ersten Jahre nach der Reichsgründung auf dessen Etablierung und Absicherung in Europa, prägten zunächst

188 Ebd., S. 154f; vgl. auch Stein: Adolf Stein alias Rumpelstilzchen, S. 33.

189 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 06.03.1912, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Hermann, Bl. 12–13.

190 Ebd.

191 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 26.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 24–25.

private Akteure das neue Politikfeld. Auch als ab 1879 sukzessive eine staatliche Kolonialpolitik mit eigenen Institutionen entwickelt wurde, die von privaten Akteuren erworbene Gebiete zu »Schutzgebieten« des Reiches deklarierte, traf diese allenthalben auf konkurrierende Ansprüche der etablierten Kolonialmächte.[192] Die Verwaltung dieser vergleichsweise überschaubaren »Schutzgebiete« in Afrika und im pazifischen Raum blieb disparat und umfassende Investitionen wurden weder vom Staat noch aus der deutschen Wirtschaft heraus unternommen. Da eine rechtliche Integration in den deutschen Staat nicht stattfand, war der Willkür vor Ort Tür und Tor geöffnet. Der infolgedessen zutage tretende Widerstand wurde mit brutaler Gewalt unterdrückt.[193] Mit Delbrücks Hinwendung zur »Weltpolitik« während der 1890er Jahre ging auch ein verstärktes Engagement im Bereich der Kolonialpolitik einher. Die inneren Verhältnisse der deutschen Kolonien blieben dabei durchweg relativ unterbelichtet, innerhalb der Logik der »Weltpolitik« war ihr Besitz Selbstzweck, wie Delbrück nicht zuletzt unter Bezugnahme auf englische Publizisten auch reflektierte. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Orient. Im erodierenden Osmanischen Reich sollte ein informeller Imperialismus Deutschland Anteil an der europäischen ›Kulturmission‹ und geostrategischen Einfluss verschaffen.[194] Erst in zweiter Linie spielten Südostasien und Afrika als diejenigen Räume, in welchen die meistenteils bereits unter Bismarck gewonnenen Kolonien des Reiches lagen, eine Rolle für die kolonialpolitische Linie der »Preußischen Jahrbücher«.[195]

Der unvermittelte Schwenk, den Bismarck 1884 in puncto Kolonialerwerb vollzog, kann Hans Delbrück ebenso wenig entgangen sein, wie die Expansion dem Kolonialismus gewidmeter Vereine und Verbände. Hervorgetreten ist er auf dem neuen Politikfeld jedoch zunächst nicht. Auch Heinrich von Treitschke

192 *Gründer,* Geschichte der deutschen Kolonien, S. 55–65.

193 Ebd., S 279–289.

194 Zum Konzept des »informellen Imperialismus« als Forschungsproblem vgl. *Mommsen*, Imperialismustheorien, S. 58–93.

195 Die seit dem Beginn der 1890er Jahre ventilierten deutschen Ambitionen in der westlichen Hemisphäre hat Delbrück leichthin abgebügelt. Zwar zeichnete er die lateinamerikanischen Länder durchaus als Objekt der europäischen ›Kulturmission‹ und vertrat auch die Ansicht, dass deutsche Auswanderer in diesen Ländern begrüßenswerter Weise ihres »Deutschtums« nicht verlustig gingen. In der Venezuela-Krise 1902/03 trat er jedoch als Anwalt einer konzilianten deutschen Diplomatie auf und wurde noch 1914 in der US-amerikanischen Presse als Zeuge für die Akzeptanz der Monroe-Doktrin seitens des Deutschen Reiches zitiert, vgl. Delbrück: Der Zolltarif und die Parteien [PJ 111/1], S. 197–200; Delbrück: Venezuela [PJ 111/3], S. 576–579; Hans Delbrück: Deutschlands internationale Lage und Amerika. Das Jesuitengesetz, in: PJ 112 (1903) 1, S. 184–191. Zu Delbrücks Anerkennung der Monroe-Doktrin in der internationalen Presse vgl. Philippines in Demand, in: Los Angeles Times, 02.05.1914, S. 1 f. Zur Rezeption der Monroe-Doktrin in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. auch Harry A. Fiedler: Deutschland und die Monroe-Doktrin, in: PJ 112 (1903) 1, S. 120–137. Zu den deutschen Ambitionen in Lateinamerika vgl. *Fiebig-von Hase*, Lateinamerika als Konfliktherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen, 1. Bd., S. 506–512.

hat die sich formierende deutsche Kolonialbewegung zwar mit Verve begrüßt, seine daran knüpfenden Schlussfolgerungen aber recht vage gehalten. In seinem historischen Abriss über »die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik« von 1884 subsumierte er die ostelbische Landnahme des Mittelalters, die Handelsnetze der Hanse und die deutschen Auswandererbewegungen der Neuzeit unter dem kulturmissionarischen Kolonialbegriff, der auch die kolonialpolitische Semantik der wilhelminischen Ära prägen sollte.[196] Neben der Aussicht auf Absatzmärkte für die deutsche Wirtschaft hantierte er vor allem mit dem viel traktierten Argument von der notwendigen Lenkung deutscher Auswanderungsströme zum Erhalt von deren »Volksthum«. Vorschläge oder Forderungen für ein kolonialpolitisches Regierungshandeln hatte der Co-Herausgeber jedoch nicht im Angebot, sondern erklärte im Gegenteil sogar »nicht auf die politische Beherrschung der Pflanzungslande [kommt es an; d. Vf.].«[197] Statt konkreter Gebietsansprüche forderte Treitschke anlässlich der Berliner Kongo-Konferenz im Einklang mit Bismarcks seinerzeitiger kontinentaler Entspannungspolitik ein »Gleichgewicht der Mächte«[198] auf den Weltmeeren und stellte in Aussicht:

»Gelingt es der Congo-Conferenz, den Briten in Innerafrika eigenmächtige Willkür zu verbieten, so wird diese erste gemeinsame Abwehr englischer Uebergriffe nicht die letzte sein, da die Interessen der Continentalmächte außerhalb Europas sich nirgends feindlich berühren.«[199]

Die Behandlung kolonialpolitischer Spezialthemen in den »Jahrbüchern« nahm während der 1880er Jahre sukzessive zu.[200] Im Besonderen hat der baltendeutsche Publizist Ernst von der Brüggen in den »Jahrbüchern« die strukturellen Bedingungen deutschen Kolonialbesitzes in Übersee diskutiert.[201] Indes hat Delbrück noch 1891 nicht nur den von kolonialenthusiastischen Kreisen als kurzsichtige Absage an deutsche Expansionsambitionen in Übersee beklagten Helgoland-Sansibar-Vertrag als ›realpolitische‹ Kunst des Möglichen verteidigt.

196 Heinrich von Treitschke: Die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik, in: PJ 54 (1884) 6, S. 556–566.

197 Ebd., S. 562.

198 Ebd., S. 565. Zu Bismarcks geostrategischen Motiven beim Einstieg in die Kolonialpolitik vgl. *Mommsen*, Bismarck, the Concert of Europe, and the Future of West Africa, S. 163–165.

199 Treitschke: Die ersten Versuche deutscher Kolonialpolitik [PJ 54/6], S. 566.

200 Hervorzuheben sind in diesem Sinne die außenpolitischen Kommentare von Constantin Rößler, vgl. insbesondere ω [Constantin Rößler]: Karolinenfrage. Balkanländer. Französische Wahlen. Nationalitätenstreit in Oesterreich-Ungarn, in: PJ 56 (1885) 5, S. 517–528. Delbrück selbst hat in diesem Zeitraum nur zwei Rezensionen beigesteuert, vgl. Hans Delbrück: Entwicklungsgeschichte der Kolonialpolitik des Deutschen Reiches von Dr. Charpentier, in: PJ 58 (1886) 5, S. 523; Hans Delbrück: Deutsch-national, Kolonialpolitische Aufsätze von Karl Peters, in: PJ 59 (1887) 4, S. 394–395.

201 Ernst von der Brüggen: Einige Worte zur Kolonisation, in: PJ 54 (1884) 1, S. 31–43; Ernst von der Brüggen: Der Kanzler und die Kolonisation, in: PJ 55 (1884) 2, S. 171–180.

Vielmehr wollte er das Feld der überseeischen Kolonialpolitik damals überhaupt in den Händen der ›privaten‹ Akteure der Kolonialbewegung belassen wissen.[202]

Greifbar wird Delbrücks Wende zur »Weltpolitik« hinsichtlich der Kolonien bereits 1894. Ab nun galt die Kolonialpolitik dem Herausgeber der »Blauen Hefte« als eine der großen ›nationalen‹ Aufgaben, hinter der die Regierung das ganze Volk versammeln könnte.[203] In diesem Jahr erschien in den »Jahrbüchern« auch die deutsche Übertragung einer Rede, die der irisch-britische Historiker William Hartpole Lecky unter dem Titel »The Empire. Its Value and its Growth« am 26. November 1893 im Imperial Institute in London gehalten hatte.[204] Diese Veröffentlichung kann als maßgeblich für Delbrücks kolonialpolitische Grundhaltung angesehen werden, mehrfach sollte er in späteren Jahren explizit auf sie zurückverweisen.[205] Wie die Rede in Delbrücks Gesichtskreis geriet und was genau 1894 die Grundlage der deutschen Fassung war, bleibt unklar, ist sie auf Englisch doch erst 1908 posthum durch Leckys Witwe im Rahmen einer Essay-Sammlung publiziert worden.[206] Ob Lecky von der Resonanz in Berlin Notiz nahm, ist ebenfalls nicht ersichtlich und folglich auch nicht, wie er sich zu eventuellen Abweichungen stellte. Nimmt man an, dass der englischen Fassung von 1908 Leckys originales Redemanuskript zu Grunde lag, dann hätten Delbrück oder der Übersetzer Johannes Imelmann vier Seiten ganz unterschlagen und etwa Leckys Ausführungen über den »Protestant character« des englischen Staates, der dennoch der katholischen Kirche in Kanada blühendes Gedeihen gewährte, zur allgemeinen Wendung vom »liberalen System« in religiösen Dingen verstümmelt. Bemerkenswert an Delbrücks ebenso nachhaltigem wie isoliertem Rückbezug auf Lecky sind die unverkennbaren Ähnlichkeiten zwischen beiden Männern. Auch Lecky war nicht bloß Wissenschaftler, sondern zugleich politischer Publizist. Ein bekennender Liberaler, der dennoch scharfe Kritik an liberalen Politikern wie Gladstone übte. Ein Großmachtapologet, der obzwar irischer Abkunft Gladstone im Besonderen für dessen Home Rule-Politik scharf anging, die er als ›Appeasement-Politik‹ gegenüber den radikalen irischen Nationalisten verurteilte, welche der Stabilität des Inselkönigreichs schädlich wäre. Ferner warnte auch Lecky vor ›Gefühlspolitik‹ und hat zwar England als Demokratie gezeichnet, die wiederum die demokratische Entwicklung seiner Kolonien garantiert. Doch hat er zugleich in Delbrück gar nicht so fernliegender Wortwahl vor dem ›sachfremden‹ parlamentarischen Einfluss auf die Außen- und Kolonialpolitik Londons gewarnt. Im Imperial Institute nun hatte Lecky über die ideengeschichtlichen Grundlagen des britischen Ko-

202 Hans Delbrück: Die unzufriedene Stimmung, in: PJ 67 (1891) 3, S. 289–296, S. 303–305.

203 Delbrück: Der Kanzlerwechsel [PJ 82/1], S. 542.

204 Hartpole Lecky: England und seine Kolonien. Übers. v. I. Imelmann, in: PJ 75 (1894) 2, S. 209–225.

205 Delbrück: Die Auflösung des Reichstags [PJ 127/1], S. 185; Hans Delbrück: Ueber die Ziele unserer Kolonialpolitik, in: PJ 147 (1912) 3, S. 503–513, S. 504 f.

206 *Lecky*, The Empire.

lonialismus Bilanz gezogen und dabei insbesondere freihändlerische Kolonialismuskritik zu widerlegen gesucht. Nach Lecky war das Empire weniger auf ökonomischen Strukturen gegründet als vielmehr auf einer nationalen Aufeinanderbezogenheit, die über Jahrzehnte und Jahrhunderte technischer Entwicklung zu einer vieldimensionalen Verflechtung ausgewachsen war, die breite Kreise aller Schichten am Kolonialimperium teilhaben ließ. Eine politische Entwicklung im weitesten Sinne, die Grundlage der friedenswahrenden militärischen Stärke des Empires war und zugleich selbst im Fall einer Niederlage oder gar des Verlusts von Britannien der britischen Nation das Fortbestehen anderen Ortes versicherte. Leckys »Abscheu vor unserem ›Militarismus‹« nahm Delbrück gern in Kauf, um in einer redaktionellen Nachschrift darauf hinweisen zu können, dass es Leckys Bild von England war[207],

»das unserem Volke immer noch als das Ideal hingestellt werden muß, dem es nachstreben soll. Welch ein Stolz, welch eine Sicherheit des nationalen Bewußtseins: selbst wenn unser Staat untergehen sollte, unsere Rasse und unsere Sprache ist so gewaltig auf dieser Erde, daß sie niemals untergehen kann!«[208]

Derselben »weltpolitischen« Ideologie war auch der dialektische Essay »Das britische Reich und die Kolonialfrage« verpflichtet, der unter besonderer Bewerbung von Delbrücks Seite im Januarheft 1907 abgedruckt wurde und aus der Feder des belgisch-britischen Romanisten Charles Saroléa in Edinburgh stammte.[209] Die Beteiligten jenes fiktiven Dialogs, ein britischer Diplomat und ein belgischer Abgeordneter, rekurrierten zwar implizit auf die internationale Debatte um die systematischen Gräueltaten in der kongolesischen Privatkolonie des belgischen Königs Leopold II. Auch legte ihnen der Verfasser durchaus eine Portion Selbstironie in den Mund, indem er sie fragen ließ

»Und ist es nicht eín wenig lächerlich, gelegentlich einer Debatte über die Kolonisation im 19. Jahrhundert die Schatten des Verres und Lucullus heraufzubeschwören?«[210]

Gleichwohl hat Saroléa in erster Linie scheinbare historische Gesetzmäßigkeiten im Geiste dieser Ideologie diskutiert. Von Athen und Rom, über Spanien

207 Lecky: England und seine Kolonien [PJ 75/2]. Zu Lecky als Historiker und politischem Intellektuellen vgl. *MacCartney*, W. E. H. Lecky; *Stuchtey*, W. E. H. Lecky (1838–1903). Zu den konkurrierenden Spielarten imperialer Politik in Großbritannien vgl. *Cain/Hopkins*, British Imperialism.

208 Lecky: England und seine Kolonien, S. 225.

209 Delbrück: Die Auflösung des Reichstags [PJ 127/1]; Charles Saroléa: Das britische Reich und die Kolonialfrage. Historisch-ehtisch-ökonomisch-politischer Dialog. Mit einer Vorbemerkung des Herausgebers, in: PJ 127 (1907) 1, S. 58–78; Charles Saroléa an Hans Delbrück, 18.01.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sarolea, Charles, Bl. 2; Hans Delbrück an Charles Saroléa, 30.01.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 26–27.

210 Saroléa: Das britische Reich und die Kolonialfrage [PJ 127/1], S. 70.

und Portugal bis hin zu England und Belgien wurden die Verhältnisse von Regierungsform und Außenbeziehungen, von händlerischem Wohlstand und kolonialer Expansion, von Freihandel und sozialer Frage hin und her gewendet. Delbrück musste in der beinahe eine ganze Seite einnehmenden, redaktionellen Vorbemerkung nicht aussprechen, dass er in diesem »Colonial Dialogue« an der Seite des Tory-Imperialisten stand, dem Saroléa das letzte Wort gab und der ein Primat der Außenpolitik sowie Ordnung und Wohlstand durch imperiale Großmachtpolitik vertrat. Für den am Schluss aber vor allem zählte, was schon Lecky gepredigt hatte. Dass sich in erfolgreicher Kolonialpolitik eine gewisse metaphysische ›Größe‹ einer Nation beweise, wozu Saroléa in bemerkenswerter Übereinstimmung mit Delbrücks Lecky-Exegese das literarische Bild Thomas Babington Macualays vom neuseeländischen Reisenden in den Trümmern von London bemühte, als positivem Symbol für die Unsterblichkeit der englischen Zivilisation als Ergebnis ihrer globalen Expansion.[211]

In diesem Sinne standen Delbrück im Allgemeinen aber nicht Neuseeland und die übrigen weißen Siedlerkolonien des Britischen Empire vorbildhaft vor Augen. Zwar begegnet ab 1899 in seiner »Politischen Correspondenz« die Sprachregelung des Kolonialvereins, wonach das Reich sich Ansiedlungsräume erschließen müsste, um zu verhindern, dass auswanderungswillige Deutsche in die amerikanischen Staaten migrierten und durch Integration in die dortige Mehrheitsgesellschaft ihres »Volkstums« verlustig gingen. Doch ging es ihm dabei konkret um die Abschöpfung eines angenommenen Elitenüberschusses. Um einem »Abiturienten-Proletariat« und einer »Ueberfüllung der höheren Berufe« vorzubeugen, brauchte das Deutsche Reich demnach analog zur Bedeutung Indiens für das Britische Empire einen »halbkulturellen Raum«, in dem überzählige deutsche ›Leistungsträger‹ ihre Talente im Dienst des Gemeinwohls entfalten könnten.[212] Dieser Argumentationsstrang spielt in der Forschung zur Ideologie der »Weltpolitik« bislang keine Rolle.[213] Er kann schwerlich zur Stütze der klassischen Sozialimperialismusthese herangezogen werden, sondern zeugt vielmehr von einer Verschränkung des liberalen Imperialismus mit dem akademischen Niedergangsnarrativ, das um die Jahrhundertwende zunehmend Raum griff und im Schlagwort von der »Vermassung« verdichtet ist, das durch Rektoratsreden und Bildungsreformdebatten waberte.[214]

211 Saroléa: Das britische Reich und die Kolonialfrage [PJ 127/1], S. 58; Ebd., 78 f.

212 Delbrück: Unser Programm [PJ 95/2], S. 384 f.; Hans Delbrück: Deutsche Aengstlichkeit, in: PJ 149 (1912) 2, S. 362–370, S. 364. Vgl. auch Hans Delbrück: England and Germany, in: Everyman 1 (1912) 2, S. 45.

213 *Neitzel*, Weltmacht oder Untergang, S. 81–210.

214 Zur Sozialimperialismusthese vgl. *Wehler*, Das deutsche Kaiserreich, S. 172–176. Die These vom »Export« der sozialen Frage in die Kolonien brachte bereits Wilhelm Liebknecht 1885 im Reichstag auf, vgl. *Gründer*, Geschichte der deutschen Kolonien, S. 32 f. Zur Strömung des liberalen Imperialismus im Deutschen Kaiserreich vgl. *van Laak*, Über alles in der Welt, S. 97. Zum Topos von der »Vermassung« vgl. *Geppert*, Glanz und Elend der Hohenzollern, S. 374.

Ab den späten 1890er Jahren druckten die »Jahrbücher« Reiseberichte, Besprechungen und Spezialbeiträge unterschiedlicher Coloeur, die wie im Falle der Ausführungen des Geographen und Forschungsreisenden Ferdinand Freiherr von Richthofen im Januarheft 1898 über Kiautschou, damals Gegenstand deutsch-chinesischer Verhandlungen, vom Auswärtigen Amt zumindest mitinspiriert sein konnten.[215] Für ihren Herausgeber jedoch blieb das Innenleben der Kolonien erstaunlich blass. Auch ihr wirtschaftliches Potential und die aus der Kolonialpolitik resultierenden Belastungen der Staatskasse hat er kaum berührt. Die in Besitz genommenen oder dazu ausersehenen Regionen blieben gleichsam Spielsteine auf dem Feld des Großmächte-Konzerts und ihr Gewinn als Selbstzweck eines auf Machtakkumulation gegründeten Gemeinwesens, denn

»Ein großes Volk muß große Ziele haben«.[216]

Diese Grundzüge änderten sich auch dann nicht, als Delbrück nach der Ersten Marokkokrise das Kolonialthema zu stärken suchte und mit der vorübergehenden Übergabe der Redaktionsgeschäfte an den Kolonialhistoriker Gustav Roloff und den Kritiker der Kolonialverwaltung Paul Rohrbach auch eine gewisse Schwerpunktsetzung in diesem Bereich einplante.[217] Als Vertrauter der deutschen Siedlerkreise in Südwestafrika hat Rohrbach deren Interessen tatsächlich ein Sprachrohr geboten und die Entwicklungen der Kolonialpolitik in der Berliner Zentrale, wie den Sturz Dernburgs über seine skrupulöse »Eingebore-

215 Ferdinand Freiherr von Richthofen: Kiautschou, seine Weltstellung und voraussichtliche Bedeutung, in: PJ 91 (1898) 1, S. 167–191; Ferdinand Freiherr von Richthofen an Hans Delbrück, 26.12.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Richthofen, Ferdinand v., Bl. 2; Ferdinand Freiherr von Richthofen an Hans Delbrück, 30.12.1897, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Richthofen, Ferdinand v., Bl. 3–4. Vgl. ferner zur Behandlung kolonialpolitischer Themen F. Freund: Ueber Strafkolonisation und Einrichtung überseeischer Strafanstalten, in: PJ 81 (1895) 3, S. 502–537; Alexander Supan: Besprechung von Karl Peters, Das Deutsch-ostafrikanische Schutzgebiet, in: PJ 85 (1896) 1, S. 178–180; Emil Daniels: Besprechung von M. Bär, Die deutsche Flotte von 1848–52. Besprechung von A. Zimmermann, Die europäischen Kolonien, in: PJ 92 (1898) 2, S. 358–361; H. Blum: Das Wirtschaftsleben der deutschen Südseeinseler, in: PJ 98 (1899) 2, S. 294–319; Theobald Fischer: Fünfzehn Jahre französischer Kolonialpolitik in Tunesien, in: PJ 92 (1898) 2, S. 397–425

216 Delbrück: Unser Programm [PJ 95/2], S. 385.

217 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 12.03.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IX, Bl. 1–4. Zu dieser thematischen Priorisierung vgl. auch Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 20.06.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 7–8; Hans Delbrück an Paul Rohrbach, 10.09.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 15, Bl. 21–22; Hans Delbrück an Marine-Rundschau, 12.09.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 15, Bl. 22–23; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 13.10.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 24–26; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 02.04.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XII, Bl. 5. Zu Delbrücks Protektion Rohrbachs als Kolonialexperten vgl. auch Hans Delbrück: Paul Rohrbach, Der deutsche Gedanke in der Welt, in: PJ 148 (1912) 2, S. 330–333.

nenpolitik«, aufmerksam verfolgt.[218] Delbrück hat die konkrete Ausgestaltung der Kolonialpolitik indes weiter von sich ferngehalten, die Bitte etwa, sich für die Einrichtung eines Kolonialgerichtshof zu verwenden, verhallte unerhört.[219] Delbrücks vergebliches Bemühen, Paul Rohrbach zu einer Professur für Kolonialwirtschaft zu verhelfen, steht isoliert da und dürfte mehr den eingeübten Mustern akademischer Patronage entsprungen sein, als einem planvollen Bestreben zur Verwissenschaftlichung des Kolonialismus.[220] Zwar hat Delbrück während seiner Österreichreise in den Sommersemesterferien 1907 mit dem k. u. k. Außenminister Alois Graf Lexa von Aehrenthal auch die deutsche Wirtschaftspolitik im Orient besprochen.[221] Mit ökonomischen Statistiken und -kalkulationen hat er sich freilich nicht erkennbar befasst und das »Kolonialwirtschaftliche Komitee« 1910 sogar mit der ausdrücklichen Begründung verlassen, dass seine Interessen »zu sehr in anderer Richtung liegen«.[222]

Auch über die Kolonialskandale des Kaiserreichs ging Delbrück nonchalant hinweg. Den medial vielbeachteten Disziplinarprozess gegen Carl Peters und dessen nachfolgende Entlassung aus dem Staatsdienst hat Delbrück in den »Jahrbüchern« auf gerade einmal 5 Seiten abgehandelt, die dazu reichten, den ›Men on the Spot‹ eine gewisse Devianz zuzugestehen. Denn Delbrücks Wen-

218 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 24.01.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe X, Bl. 1–2; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 08.08.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe X, Bl. 6; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 13.08.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe X, Bl. 11–12; Paul Rohrbach: Ein Wort für Südwestafrika und die Südwestafrikaner, in: PJ 139 (1910) 2, S. 364–379; Paul Rohrbach an Emil Daniels, 14.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XI, Bl. 6. Zu Dernburgs Sturz vgl. *Schiefel*, Bernhard Dernburg, S. 127–132

219 Siegfried Heckscher an Hans Delbrück, 04.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Heckscher, Siegfried, Bl. 43–44; Hans Delbrück an Siegfried Heckscher, 06.02.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 24, Bl. 9. Zur Diskussion um einen Kolonialgerichtshof vgl. *Schlottau*, Deutsche Kolonialrechtspflege, S. 167.

220 Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 21.07.1905, in: GStaPK, VI. HA, Nl Althoff, F. T., Nr. 699, Bl. 92–96; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 29.08.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe V, Bl. 46–55; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 07.02.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 1–4; Hans Delbrück an Friedrich Althoff, 26.06.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Althoff, Friedrich, Bl. 21–22; Friedrich Althoff an Hans Delbrück, 29.06.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Althoff, Friedrich, Bl. 22; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 31.07.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 11–14; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 29.10.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe VI, Bl. 27–30. Zu Rohrbachs akademischen Ambitionen vgl. auch *Mogk*, Paul Rohrbach und das »Größere Deutschland«, S. 60–66.

221 Hans Delbrück an Bernhard von Bülow, o. D. [1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bülow, Bernhard von, Bl. 3.4. Zur Delbrücks Österreichreise 1907 vgl. *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 160 f.

222 Hans Delbrück an das Kolonialwirtschaftliche Komitee, 06.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 23, Bl. 22.

dung zur »Weltpolitik« hatte ihn auch hinsichtlich des Verhältnisses von Staat und Kolonialist umdenken lassen. Nicht nur fand der »Fall Peters« seine Brisanz in Delbrücks Augen darin, dass mit der Kolonialpolitik als einem Stück des regierungseigenen Arkanraums der Außenpolitik überhaupt Skandalisierung betrieben wurde. Noch Jahre später galt dieser vielmehr als Beispiel für die Zwickmühle, in der das Reich sich befand, solange die Nation nicht zu einem »größeren Zug« in der »Weltpolitik« gelang und sich neben der Flottenrüstung auch einen staatlich-bürokratisch durchdrungenen Kolonialismus leistete. Wurde in dieser Beziehung weiter gespart, blieb es notwendigerweise solitären Persönlichkeiten wie Peters beschieden, dem deutschen Expansionsdrang den Weg zu bahnen, mochte sich auch die »bürgerliche Moral« an deren Methoden stören.[223]

Bezeichnenderweise hat Delbrück selbst sich noch am intensivsten mit den inneren Verhältnissen Ägyptens auseinandergesetzt, als einem weiteren Kernstück des britischen Kolonialreiches. Nachdem Delbrück das Land am Nil während der Sommersemesterferien 1911 selbst bereist hatte, erarbeitete er eine »politische Studie über Ägypten«.[224] Diese stellte im Wesentlichen eine ausführliche Besprechung der zweibändigen Kolonialhagiographie »Modern Egypt« des langjährigen britischen Generalkonsuls in Ägypten Evelyn Baring dar.[225] Dabei wog Delbrück den »kulturhebenden« britischen Einfluss gegen die Ägypten auferlegte, monokulturelle ökonomische Ausrichtung auf die britische Industrie ab. Er lobte die britische Herrscherkunst, die sich im großzügigen Entgegenkommen in Sprachenfragen bewies, relativierte jedoch zugleich das klassische zivilisationsmissionarische Narrativ, das mehr oder weniger ausdrücklich Autonomie für eine Zukunft in Aussicht stellte, in dem die kolonialisierten Völker des globalen Südens dazu »reif« wären:

»Wann ist ein Volk für eine bestimmte Staatsform ›reif‹? Waren die Athener nach den Perserkriegen reif für die Demokratie? Die Römer haben in den vier Jahrhunderten innerhalb der sie die Welt unterwarfen in steten Ponderationen zwischen dem aristo-

223 Delbrück: Politischer Aberglaube [PJ 84/1], S. 189–191; Delbrück: Die Wahl in der Prignitz [PJ 90/3], S. 578 f. Zu Peters vgl. auch Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 594. Zur Peters-Affäre vgl. *Bösch*, Öffentliche Geheimnisse, S. 275–288. 1912 kam Delbrück im Zuge der Reichstagswahlen noch mal auf die Affäre zurück indem er August Bebel vorhielt, die Quellen seines kompromittierenden Materials über Peters nie offengelegt zu haben, vgl. Delbrück: Ouvertüre des neuen Reichstag [PJ 147/3], S. 566. Peters dankte zwar für die moralische Rückendeckung, war aber weniger Bebel gram als der seinerzeitigen Reichsleitung, die ihn nicht unterstützt hatte, vgl. Carl Peters an Hans Delbrück, 22.03.1912, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 10 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/74, Bl. 33.

224 Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, 02.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 26. Zu Delbrücks Reise vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 9 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/73, Bl. 71–79.

225 Hans Delbrück: England und Aegypten, in: PJ 146 (1911) 2, S. 276–304, S. 278. Delbrück stützte sich dabei auf ein Leipziger rechtswissenschaftliche Dissertation *Grünau*, Die staats- und völkerrechtliche Stellung Aegyptens. Zur britischen Herrschaft in Ägypten vgl. *Wende*, Das Britische Empire, S. 205–207.

kratischen und demokratischen Element ihres Staatslebens sich bewegt, und als sie endlich so reif wurden, die griechische Kultur in sich aufzunehmen, da blieb nichts übrig, als die Gewalt einem Monarchen anzuvertrauen. Wann war also dieses politisch erfolgreichste aller Völker der Weltgeschichte ›reif‹?«[226]

Da nun aber die Eliten Ägyptens außer in dem religiösen Zentrum des Landes, der Al Azhar Universität, abgesehen von Briten aus dem osmanischen Reich zusammengewürfelt waren, schien die ›Reifung‹ zum alle Schichten verbindenden Nationalgefühl als der scheinbaren Krönung der Geschichte wenig wahrscheinlich. Doch

»Die letzte Entscheidung liegt natürlich nicht in Aegypten, sondern in den Weltverhältnissen. So wenig die 6000 englischen Soldaten es sind, die die englische Herrschaft am Nil aufrechterhalten, sondern die englische Weltmacht als ganzes, so wenig wird schließlich die Frage der Räumung entschieden werden durch die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit, daß der Khedive mit einer Volksvertretung an seiner Seite Aegypten allein regieren könne, sondern durch die Erwägungen der englischen Weltpolitik.«[227]

Das englische Kolonialreich blieb für Delbrück Vorbild, nicht nur in seiner Machtfülle, sondern auch insofern an seinem Beispiel das greifbar wurde, was sonst oft vage als unspezifizierter sittlicher Wert von Kolonialbesitz für die Nation durch seine Äußerungen waberte:

»Daß ein so außerordentlich großer Teil des englischen Volkes die Herrschgewalt in den Kolonialgebieten ausübt, hat gewiß nicht wenig dazu beigetragen, daß das englische Volk als Ganzes jenen Charakter des Vornehmen hat, wodurch es uns Andere so sehr imponiert. Wie sehr würde es der altfränkischen Kleinbürgerlichkeit, dem Spießertum, daß noch immer dem Deutschtum anhaftet, aufhelfen, wenn ein Zweig unseres Volkes als Herrenvolk über einem weiten Gebiet von schwarzen Stämmen in Afrika lebt und in Wechselwirkung mit dem Heim-Deutschtum träte!«[228]

Geeigneten Raum für einen deutschen »Kolonialismus« machte Delbrück erstmals bereits 1884 auf dem Balkan aus, wo das Osmanische Reich im Rückzug begriffen war. Dabei schwebten ihm jedoch kein Gebietserwerb des Deutschen Reiches vor, sondern staatlich geförderte Siedlungsprojekte in einer prospektiv der Habsburgermonarchie zugeschlagenen Region.[229] Auch nach seiner Hinwendung zur »Weltpolitik« hat Delbrück den Orient über die alsbald in Abwicklung befindlich angenommene Konkursmasse des Osmanischen Reiches als vorranginge imperiale Interessenssphäre Deutschlands propagiert. Weitsichtig bemerkte er bereits anlässlich des Kaiserbesuchs in Palästina 1898 welch

226 Delbrück: England und Aegypten [PJ 146/2], S. 299 f.
227 Ebd., S. 302.
228 Delbrück: Deutsche Aengstlichkeit [PJ 149/2], S. 364.
229 Hans Delbrück: Politische Correspondenz, in: PJ 53 (1884) 6, S. 613–625.

neuralgische Zone das Osmanische Reich für die internationale Politik darstellte und welche Folgen es haben konnte, wenn der Kaiser sich dem Kalifen annäherte, dem in Europa altüberlieferte, antimuslimische Stereotype ebenso entgegenschlugen wie aufwallende Abneigung ob der rigorosen Unterdrückung der christlichen Armenier seinem Reich. Unumwunden sah Delbrück ein friedliches Engagement im Orient im Einvernehmen mit der osmanischen Führung für wertvoller an, als den Protest gegen die Minderheitenpolitik Konstantinopels. Die Konkurrenzstellung zu Russland, in die sich Deutschland im Orient bringen musste, erkannte er als Chance der Annäherung an England, statt als weitere Entfremdung vom östlichen Nachbarn.[230]

Das Osmanische Reich nahm auf Delbrücks ›mental map‹ eine Zwitterstellung ein. Mit dem Zweistromland die Wiege der ersten Hochkulturen umfassend galt es gegenüber den europäischen »Kulturstaaten« als satisfaktionsfähig und zugleich doch des »kulturhebenden« Einflusses bedürftig.[231] Von allen außereuropäischen Räumen war Delbrück über den Orient am intensivsten informiert. Während der 1890er Jahre hatte sein Schüler Paul Rohrbach die Länder zwischen Mittelmeer und Hindukusch, Kaukasus und Persischem Golf ausgiebig bereist und nicht nur Jahr um Jahr seine Reiseberichte in die »Jahrbücher« gebracht,[232] sondern bereits 1901 »sowohl die Materialien als auch das System einer geschlossenen deutschen Orientpolitik« in Aussicht gestellt.[233]

Rohrbach bewarb auch als erster Mitarbeiter der »Blauen Hefte« die Bagdadbahn, das ambitionierteste Infrastrukturprojekt der deutschen »Weltpolitik«. Im Oktoberheft 1899 beschrieb er die projektierte Bahnlinie in klassischer, zivilisationsmissionarischer Manier als ›kulturhebendes‹ Unternehmen: »das Land soll eine Lebens- und Verkehrsader erhalten, auf der Menschen, Unternehmungen, Kenntnisse und Kapitalien hinein- und die Produkte, die dann erzeugt werden, wieder herausströmen!«, wie es die nordamerikanischen, transkontinentalen Eisenbahnen für den Westen der USA dargestellt hätten: eine Mission, die den übrigen Großmächten, speziell dem verstärkt nach Ostasien orientierten Russland nicht unangenehm sein könnte und die für den in absehbarer Zeit erwarteten Zusammenbruch des Osmanischen Reiches Deutschland einen festumrissenen Anteil an der Konkursmasse zu sichern versprach.[234]

230 Hans Delbrück: Der Kaiser in der Türkei. Der Dreyfus-Prozeß. Faschoda. Die preußischen Landtags-Wahlen, in: PJ 94 (1898) 2, S. 370–382, S. 370–374.

231 Delbrück: Deutschlands Stellung in der Weltpolitik [PJ 108/1].

232 Paul Rohrbach: In Mesopotamien, in: PJ 104 (1901) 1, S. 85–111; Paul Rohrbach: In Babylonien, in: PJ 104 (1901) 2, S. 279–313; Paul Rohrbach: In Persien, in: PJ 106 (1901) 1, S. 131–160.

233 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 16.04.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe II, Bl. 16–17.

234 Paul Rohrbach: Die Bagdad-Eisenbahn, in: PJ 98 (1899) 1, S. 176–180, S. 177. Zum Bagdadbahnprojekt vgl. *van Laak*, Imperiale Infrastruktur, S. 150–162; *Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 295–299.

Spätestens seit Juni 1902 war Hans Delbrück durch seinen Vetter Ludwig über die Geschäftszahlen der Anatolischen Eisenbahn orientiert, deren Schienennetz als Ausgangspunkt für die Bagdadbahn fungieren sollte. Seither war er sich auch der Wechselwirkungen bewusst, die zwischen politischer Publizistik und börsennotierten, ökonomischen Investitionen im Orient bestanden.[235] Solche Unternehmensgründungen wurden durch zumindest vordergründig zivile Vereinsbildungen flankiert, wie dem »Deutschen Bagdadkomitee«, zur Förderung von »Humanitätszwecken« im Osmanischen Reich.[236] Auch hier waren Delbrück und Rohrbach zusammen beteiligt und mit Adolf von Harnack, Moritz Nobbe und Friedrich Naumann waren noch weitere alte Bekannte vom Evangelisch-Sozialen Kongress mit von der Partie.[237] Rat hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Komitees suchte Delbrück aber auch beim Reorganisator des osmanischen Heeres Colmar von der Goltz.[238] Den Aufruf zur Mitarbeit und Zuspende unterzeichnete Hans Delbrück Anfang 1903 als Vorsitzender und erläuterte darin den Vereinszweck, der

»unter Ausschluß jeder Art von religiöser oder politischer Propaganda jenen uralten Kulturländern, die jetzt so tief verwahrlost sind, die Segnungen unserer abendländischen Kultur und Humanität zu vermitteln bestrebt ist.«[239]

Ärzte sollten demnach die säkularen Missionare des »Deutschtums« im Orient und der »Ausbreitung des deutschen Wirtschafts-Gebietes« ebenso von Nutzen sein, wie die ferner ins Auge gefasste Organisation geographischer Forschung.[240] Als beste Voraussetzung für das ersprießliche Gedeihen solcher »humanitären« Setzlinge begrüßte das Komitee den Machtgewinn der Jungtürken, in denen man die Garanten von Ruhe und Ordnung identifizierte, die »die religiöse und nationale Toleranz mit allen Mitteln durchzusetzen« gewillt waren.[241] Hans Delbrück hat den deutschen Eisenbahnbau im Orient nicht zuletzt unter geostrategischen Gesichtspunkten betrachtet, wie der hypothetische Marschplan anzeigt, den ihm Paul Rohrbach 1905 auf sein Bitten für das Gedankenspiel einer ägyptischen Expedition in einem internationalen Konflikt hin entwarf, in dem

235 Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 26.06.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ludwig, Bl. 6.

236 *Gencer*, Bildungspolitik, Modernisierung und kulturelle Interaktion, S. 130.

237 Mitglieder-Verzeichnis des Deutschen Bagdadkomitees für Humanitätszwecke, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

238 Hans Delbrück an Colmar von der Goltz, 15.03.1906, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 14, Bl. 14.

239 Aufruf des Deutschen Bagdadkomitees für Humanitätszwecke, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

240 Ebd.

241 Paul Rohrbach: Bericht über meine Reise nach Adana im Auftrage des Deutschen Bagdad-Komitees in Sachen der Niederlassung deutscher Ärzte in der Türkei, 12.10.1909, S. 8, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

Deutschland an der Seite Russlands und der Türkei gegen England stand und via Kleinasien und Syrien zum Schlag gegen die Lebensader des Empire ausholte.[242]

Das »Deutsche Bagdadkomitee« verschrieb sich dagegen der »moralischen Eroberung« des Orients, wobei wiederum Paul Rohrbach innerhalb des Komitees als einschlägig ausgewiesener Experte auftrat. Um das gewünschte Vertrauen der Einheimischen gegenüber den entsandten Missionaren europäischer »Humanität« zu wecken, müssten diese langfristig am Wirkungsort leben. Zudem erschien Familiennachzug dringend geboten, denn eine unverheiratete Standesperson musste nach Rohrbachs ›Expertise‹ rasch den Verdacht »unnatürlicher Neigungen« auf sich ziehen. Ein auch nur scheinbar sexuell devianter Arzt konnte also schwerlich in der erstrebten Weise »das Ansehen des Deutschen Namens vertreten und heben«.[243]

Für die Ansiedlung eines deutschen Arztes als Wirksamkeit versprechendem Agenten »moralischer Eroberung«, samt Familie oder wenigstens Verlobter, veranschlagte Rohrbach daher auch bei Berücksichtigung der »allgemeinen Primitivität der Verhältnisse an Ort und Stelle«, die Beschneidungen bei der medizinisch-technischen Ausstattung vertretbar erscheinen ließen, 5500 bis 7000 Mark einmaliger und 5000 Mark p. A. laufender Kosten. Letztere sollten zur Hälfte durch das Komitee getragen und zur anderen Hälfte vom Arzt selbst erwirtschaftet werden.[244]

Solche Ausgaben zu ermöglichen, hat das vornehmlich von Intellektuellen gebildete Bagdadkomitee jahrelang mit den ökonomischen Repräsentanten des informellen Imperialismus verhandelt, im Besonderen mit dem Deutsche Bank-Vorstand Arthur von Gwinner und dem linksliberalen Reichstagsabgeordneten Karl Schrader, der als Eisenbahnspezialist die Orientunternehmungen der Deutschen Bank im Aufsichtsrat verantwortete. Diese waren den Anbahnungsversuchen zunächst reserviert begegnet und hatten sich vor allem an der Sichtbarkeit der angestrengten Kooperation gestört, da das Komitee seine Pläne in öffentlichen Reden vertrat. Auf Vermittlung Ludwig Raschdaus, der die zunächst und seltsamerweise aus gleichen Gründen skeptische Deutsch-Asiatische Gesellschaft mobilisierte, sowie Karl Helfferichs, der die deutsche Kolonialverwaltung im Direktorium der Bagdadbahn vertrat, hatte das Unternehmen jedoch 1906 den Segen des Auswärtigen Amtes erlangt. Infolgedessen zeigten sich nun auch Gwinner und Schrader zu Kooperation geneigt und waren unter der Bedingung, mit dem Streckenabschnitt Mersina-Adana auch den Wirkungskreis

242 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 18.08.1905, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe V, Bl. 39–45.

243 Paul Rohrbach: Bericht über meine Reise nach Adana im Auftrage des Deutschen Bagdad-Komitees in Sachen der Niederlassung deutscher Ärzte in der Türkei, 12.10.1909, S. 14, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

244 Paul Rohrbach: Bericht über meine Reise nach Adana im Auftrage des Deutschen Bagdad-Komitees in Sachen der Niederlassung deutscher Ärzte in der Türkei, 12.10.1909, S. 14–17, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

des Komitees zu bestimmen, zur Subventionszahlungen von 5000 Mark p. A. für die Dauer von fünf Jahren bereit. Da die weitere Unterstützungswerbung aber mager ausfiel, musste sich der intellektuelle Feldzug zur »moralischen Eroberung« darauf beschränken, in kleinem Umfang dort tätig zu werden, wo es der Deutschen Bank wünschenswert erschien. Dieser lag indes wenig am »Vertrauen« der »Orientalen«, ihr Interesse war es, die Versorgung der im Rahmen des Eisenbahnbaus und des nebenher erschlossenen Baumwollanbaus im Osmanischen Reich ansässig gewordenen Deutschen mit eigenen Ärzten und Geistlichen sicherzustellen.[245]

Das Fernziel eines informellen Imperialismus hat Delbrück im 20. Jahrhundert auch auf die islamische Welt jenseits des Osmanischen Reiches ausgedehnt. In diesem Sinne unterstützte Delbrück die Linie des Auswärtigen Amtes in der Ersten Marokkokrise 1904–1906, für das nordafrikanische Land eine Politik der ›offenen Tür‹ zu fordern.[246] Als deren Garant musste demnach zufälligerweise Deutschland den Marokkanern ganz besonders sympathisch sein, da das Reich räumlich weit entfernt territorialer Besitzansprüche weniger verdächtig erscheine als Engländer und Franzosen. Wenn nun die Deutschen »Eisenbahnen bauen, Bergwerke betreiben, Finanzen organisieren, ohne die marokkanische Souveränität zu gefährden«[247], dann könnten sie in dem islamischen Land von dem symbolischen Kapital der Freundschaft zwischen Berlin und Konstantinopel zehren, während umgekehrt Erfolge in Marokko dem informellen Imperialismus östlich des Mittelmeeres weiter den Boden bereiten sollten.[248]

Als Frankreich sich im Frühjahr 1911 über die Algeciras-Akte hinwegsetzte und die eigene Stellung in Marokko durch militärische Interventionen auszubauen begann, unterstützte Delbrück dann auch nahezu rückhaltlos und wie so oft sekundiert durch Emil Daniels die Politik des deutschen Außenstaatsskeretärs Kiderlen-Wächter. Dieser wollte die Gelegenheit nutzen, koloniale

245 Flügge an Hans Delbrück, 07.11.1905, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge Sitzungsprotokoll des Bagdadkomités, 15.05.1905, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an Hans Delbrück, 23.11.1905, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an Hans Delbrück, 17.05.1906, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an Hans Delbrück, 07.06.1906, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an Hans Delbrück, 07.11.1906, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an Hans Delbrück, 09.11.1906, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge, 21.04.1908, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an den Arbeitsausschuss des Bagdadkomités, 04.04.1910, in: BArch Koblenz, N 1017/33; Flügge an den Arbeitsausschuss des Bagdadkomités, 11.10.1912, in: BArch Koblenz, N 1017/33. Zur Deutschen Bank als Akteur der »wilhelminischen« Orientpolitik und Hauptfinanzier der Bagdadbahn vgl. *Nützenadel/Plumpe/Schenk*, Deutsche Bank, S. 128–135.

246 *Canis*, Der Weg in den Abgrund, S. 122.

247 Hans Delbrück: Das Bergarbeiter-Gesetz. Die Zukunft des Katholizismus. Marokko in: PJ 120 (1905) 2, S. 372–384, S. 382 f.

248 Ebd.; Hans Delbrück: Die Kriegsgefahr und Marokko, in: PJ 122 (1905) 2, S. 358–365; Hans Delbrück: Ein Rückblick auf die Marokkofrage und die Verschiebung in der Konstellation der Mächte, in: PJ 124 (1906) 2, S. 385–394.

Kompensationen für das Reich herauszuschlagen, indem er in der Marokkofrage einen konfrontativen Kurs fuhr und ihre Eskalation als Zweite Marokkokrise riskierte, an deren Schluss die internationale Position des Deutschen Reiches gegenüber den enger zusammengerückten Entente-Mächten noch prekärer sein sollte als zuvor.[249] Kiderlen war zwar dankbar für den publizistischen Feuerschutz, doch dass er Delbrücks tagesaktuelle Ausführungen »Ueber die Ziele unserer Kolonialpolitik« selbst inspiriert hat, lässt sich nicht beweisen. Es ist davon auszugehen, dass Delbrück auf Grundlage bekannter Übereinstimmungen mit Kiderlen und aus der prinzipiellen Achtung des außenpolitischen Souveränitätsanspruchs der Reichsleitung proaktiv der Linie des Staatsekretärs vertrat.[250]

Tatsächlich hat Delbrück Kiderlen im Nachhinein sogar zur »meisterhaft durchgeführten Campange« gratuliert.[251] Dass der Staatsekretär durch die offiziöse Aufreizung der sich lautstark vernehmlich machenden Kolonialenthusiasten im Reich, die öffentliche Bewertung der Krise als einer deutschen Niederlage selbst provoziert hatte, hat Delbrück bereits im Dezemberheft 1911 öffentlich kritisiert. Doch stellte er zugleich klar, dass die öffentliche Erregung als Druckmittel gegen Frankreich für einen Erfolg nötig gewesen sei, der zwar überschaubar war, jedoch als Anknüpfungspunkt für weitere Verhandlungen dienlich sein sollte. Der »weltpolitische« Prestigegewinn wog ihm mehr als die Unruhe der zwar gewichtigen, aber eben ausdrücklich weniger als in Frankreich und England Einfluss nehmenden Öffentlichkeit.[252] Dies Prestige wog auch ausdrücklich mehr als die konkreten Verhandlungsgegenstände. Als im Sommer 1911 in den eingeweihten Kreisen Berlins der französische Verhandlungsvorschlag die Runde machte, Deutschland möge die Kolonie Togo in einen Gebietstausch zur Beilegung der Marokkokrise einbringen, hat Delbrück zwar gegenüber Emil Daniels sein Missfallen über die Aussicht kundgetan, die einzige ökonomisch stabile Überseebesitzung Deutschlands aufzugeben, doch öffentlich

249 Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, 02.11.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 26; Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, o. D. [27.02.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 62–63; Hans Delbrück: Der Marokko-Vertrag und seine Einwirkung auf unsere innere Politik, in: PJ 146 (1911) 3, S. 547–555; Delbrück: Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels; Emil Daniels: Die Marokkanische Verwicklungen, in: PJ 145 (1911) 2, S. 389–401; Emil Daniels: Der Stand der marokkanische Frage und die Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens in Persien. Die Vetobill und die Erhebung der Arbeiter in England, in: PJ 145 (1911) 3, S. 577–588. Zu Hintergründen und Verlauf der Zweiten Marokkokrise vgl. *Canis*, Der Weg in den Abgrund, S. 405–430.

250 Zur Spekulation über eine offiziöse Inspiration von Delbrücks Publizistik in der Marokkokrise vgl. *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 112. Zur außenpolitischen Übereinstimmung von Delbrück und Kiderlen-Wächter vgl. Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, o. D. [27.02.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 62–63.

251 Hans Delbrück an Alfred von Kiderlen-Wächter, 02.12.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 26–27.

252 Delbrück: Der Marokko-Vertrag und seine Einwirkung auf unsere innere Politik [PJ 146/3], S. 548–550.

widerraten hat er diesem Ansinnen selbst nicht und auch Daniels beließ es bei einer marginalen Andeutung.[253]

In die Zeit, während derer sich Delbrücks kolonialpolitische Grundhaltung formte, fällt der Erste Chinesisch-Japanische Krieg 1894/95. Zwar hat auch Delbrücks Schüler Ludwig Rieß von Tokio aus für eine militärische Intervention geworben, die eine »internationale Pflicht der Kulturwelt« seit römischen Zeiten darstelle.[254] Dennoch hat Delbrück damals der Reichsleitung unter Hohenlohe darin beigestanden, entsprechende öffentliche Forderungen zu ignorieren. Ein deutsches Engagement im ostasiatischen Konflikt schien ihm nur als Steigbügelhalter der bereits stärker dort engagierten Mächte Russland und England erfolgen zu können. Auch den kulturmissionarischen und wirtschaftlichen Begründungen einer deutschen Intervention erteilte Delbrück eine klare Absage, die bereits wesentliche Merkmale des politischen Schlagworts von der »Gelben Gefahr« umfasste, wie es um die Jahrhundertwende in Europa und den USA geprägt wurde. Nicht zuletzt galt ihm die Aussicht auf europäische Industriestandorte in Asien, die dort in Konkurrenz zur europäischen Arbeiterschaft den anspruchslosen »Kuli« in Dienst nahmen, als »Gefahr für die europäische Zukunft«.[255]

Zwar war Delbrück neben Rieß noch durch eine Reihe weiterer Bekannter vor Ort mit eigenen ›Privatkorrespondenten‹ im ostasiatischen Raum versehen, angefangen bei den Reisen seines Bruders Ernst Delbrück 1887 bis 1889 und später fortgesetzt durch den Historiker Otto Becker sowie den Philologen August Menge, die teils bis zum Kriegsausbruch 1914 in Japan wirkten.[256] Auch hat

253 Hans Delbrück an Emil Daniels, 28.07.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 23; Daniels: Die Marokkanischen Verwicklungen [PJ 145/2], S. 401.

254 Ludwig Rieß an Hans Delbrück,16.06.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rieß, Ludwig, Bl. 23–26.

255 Hans Delbrück: Ost-Asien, in: PJ 80 (1895) 3, S. 576–578; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 16.06.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rieß, Ludwig, Bl. 23–26. Für den Topos von der »gelben Gefahr« vgl. *Mehnert*, Deutschland, Amerika und die »gelbe Gefahr«.

256 Vgl. insbesondere Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 24.06.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 5–12; Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 11.11.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 6–9; Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 14.02.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 10–13; Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 27.04.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 14–17; Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 11.11.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 6–9; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 24.06.1887, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 5–12; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 28.06.1889, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 15–18; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 05.05.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 19–22; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 16.06.1894, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 23–26; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 07.05.1896, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 31–32; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 14.07.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 40–45;

Delbrück Ansätze moderner interkultureller Kommunikation beachtet und etwa dem Publikum der »Jahrbücher« nachdrücklich die Lektüre der deutschen Übertragung von »Bushido. The Soul of Japan« empfohlen. Das Werk des in Halle promovierten japanischen Quäkers und Agrarwissenschaftlers Nitobe Inazo zielte zu Anfang des 20. Jahrhunderts darauf ab, einem westlichen Leserkreis Japans ideengeschichtliche und philosophische Tradition zu erläutern. Denn ungeachtet der rassistischen Stereotype vom asiatischen »Kuli« galten Delbrück die Länder Ostasiens ausweislich der Zeugnisse ihrer langen historischen Tradition als – wenn auch teildefizitäre – ›Kulturstaaten‹.[257]

Obwohl sie damit in die gleiche Sphäre wie das als so vorbildhaft betrachtete Britisch-Indien einsortiert wurden, hat Delbrück den Fernen Osten als deutschem Expansionsziel dem Orient deutlich untergeordnet. Als 1898 auf Samoa Konflikte um die Thronfolge ausbrachen, die zum Anlass von Spannungen zwischen den durch die Samoa-Akte von 1889 verbundenen »Schutzmächten« Deutschland, Großbritannien und den USA wurden und an deren Ende die Teilung der Insel und die Gründung je einer deutschen und einer US-amerikanischen Kolonie Samoa standen, da besorgte ihn vor allem die Debatte im Reichstag[258]. Er tadelte den Alldeutschen Verband, der die Leidenschaften aufpeitsche und erinnerte an die überlegene Ruhe Bismarcks bei früheren kolonialpolitischen Spannungen:

»Und als die Spanier in dem Karolinenstreit das deutsche Wappen von unserem Botschafterpalais abrissen und beschimpften, ließ er in die »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« setzen, daß sei eine Sachbeschädigung, die nichts auf sich habe«.[259]

Delbrück begrüßte die »Politik der offenen Hand« in China und das »Jangtseabkommen« mit England vom Herbst 1900, von dem sich Berlin eine Garantie dieser Politik versprach, galt ihm als Möglichkeit zum Ausgleich mit London nach den Friktionen rund um den Zweiten Burenkrieg.[260]

Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 08.12.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 46–49; Ludwig Rieß an Hans Delbrück, 20.07.1902, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Riess, Ludwig, Bl. 50–51; August Menge an Hans Delbrück, 06.03.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Menge, August, Bl. 61–62; Otto Becker an Hans Delbrück, 11.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Becker, Otto, Bl. 6–7; August Menge an Hans Delbrück, 20.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Menge, August, Bl. 98–101; Otto Becker an Hans Delbrück, 16.11.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Becker, Otto, Bl. 8–9. Zu Ernst Delbrücks Ostasienaufenthalt vgl. auch *Bartels-Ishikawa*, Die schönste Zeit meines Lebens.

257 Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung [PJ 116/1], S. 188. Zur zeitgenößischen Rezeption von Nitobé Inazos Hauptwerk vgl. *Powles*, Bushido, S. 112–116.

258 *Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 313 f.

259 Hans Delbrück: Eine Benachrichtigung des H. K.T. Vereins und Weiters zur Polenfrage. Samoa, in: PJ 96 (1899) 2, S. 375–384.

260 Delbrück: Deutschlands Stellung in der Weltpolitik [PJ 108/1], S. 186 f. Zum Zustandekommen des Jangtseabkommens vgl. *Canis*, Von Bismarck zur Weltpolitik, S. 344–346.

Mit besonderer Aufmerksamkeit ist in den »Blauen Heften« der Russisch-Japanische Krieg von 1904/05 verfolgt worden. Doch über alle Verästelungen von Taktik, Militärtechnik und Schlachtengeschehen wurden Rückwirkungen auf die bestehenden deutschen Kolonien in Ostasien gänzlich außer Acht gelassen.[261] Zwar hat August Menge seine Sorgen um das Schicksal Kiautschous zum Anlass für eine ebenso vertrauliche wie energische Intervention bei Delbrück genommen, die Kolonie auf der Shandong-Halbinsel aber auf 39 Briefseiten kaum weiter berührt. Die deutsche Herrschaft dort war unhintergehbarer Selbstzweck. Delbrück folgte auch nicht Menges Parole, Deutschlands Platz in diesem Konflikt sei an der Seite Russlands, das mit Blick auf seine europäische Nachbarschaft zum Deutschen Reich zur Achtung der deutschen Interessen in Ostasien genötigt war, während ein weiteres Anwachsen japanischer Macht unweigerlich den Griff des Inselreichs nach Kiautschou zur Folge habe. Eine persönliche Intervention Delbrücks beim Reichskanzler in diesem Sinne, die sich nach Menges Wunsch vor allem gegen den deutschen Gesandten in Japan, Emmerich von Arco-Valley, hätte richten sollen, unterblieb.[262] Zwar suchte Bülow tatsächlich im Sommer 1904 die bedrängte Situation Russlands nach den Niederlagen von Port Arthur, Chemulpo und am Yalu zu Annäherungsversuchen gegenüber dem Zarenreich in Form eines günstigen Handelsvertrags zu nutzen, doch Delbrücks Rat war das nicht gewesen. Der hielt über jeden überraschenden Sieg der Japaner und auch über den Friedensvertrag von Portsmouth vom 5. September 1905 hinaus daran fest, weniger Beweisen japanischer strategischer Stärke als russischer taktischer Schwäche ansichtig zu werden. War er sich auch mit Menge und der jüngeren Forschung darin einig, dass das Japanisch-Englische Abkommen von 1902 den Japanern für ihr Vorgehen gegen Russland den Rücken gestärkt hatte, lehnte er doch ab, Kiautschou durch die Freundschaft Russlands schützen zu wollen. Sein Rezept für die Sicherung der deutschen Stellung in Ostasien war nicht die Parteinahme im dortigen Krieg, sondern der Ausbau der deutschen Seemacht als dem einzigen Weg in puncto

261 Hans Delbrück: Rußland, Japan und England. Russische Polizei in Deutschland. Crimmitschau und die Sozialdemokratie. Die Wahlreform in Preußen, in: PJ 115 (1904) 2, S. 390–200, S. 390–393; Hans Delbrück: Der russisch-japanische Krieg, in: PJ 115 (1904) 3, S. 556–570; Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung [PJ 116/1], S. 186–190; Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 597–600; Hans Delbrück: Die Seeschlacht bei Tsuschina. Die Friedensverhandlungen. Deutschland und Frankreich, in: PJ 121 (1905) 1, S. 182–186, S. 182–184; Hans Delbrück: Der Friede. Die Zukunft Japans und Rußlands, in: PJ 122 (1905) 1, S. 179–187; Rudolf v. Caemmerer: Der ostasiatische Krieg, in: PJ 118 (1904) 2, S. 369–380.

262 August Menge an Hans Delbrück, 17.02.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/35. Später soll Menge seine ostasiatischen Pressekontakte wegen massiver Japanfeindlichkeit verloren haben, vgl. Otto Becker an Hans Delbrück, 11.12.1913, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Becker, Otto, Bl. 6–7.

Aktionsfähigkeit mit russischem und britischem Imperium gleichzuziehen, deren räumliche Ausdehnung ihrer Ostasienpolitik jene überlegene Ausgangslage verschaffte.[263]

Afrika begann als kolonialer Raum erst mit den kriegerischen Auseinandersetzungen in Deutsch-Südwestafrika ab 1904 sukzessive eine relevante Rolle in Delbrücks kolonialpolitischen Erwägungen einzunehmen. Hintergründe und Verlauf der dortigen Aufstände und ihrer Bekämpfung, die in letzter Konsequenz bis zum Völkermord eskalierte, wurden freilich in den »Jahrbüchern« überhaupt nicht behandelt.[264] Tatsächlich lässt sich Delbrücks Schweigen über den Krieg in »Südwest« nicht mit einem Mangel an Information erklären.[265] Durch seinen Schüler Rohrbach, der als Ansiedlungskommissar kurz vor Kriegsausbruch in der Kolonie eingetroffen war und selbst an Kampfhandlungen teilgenommen hatte, wurde Delbrück zwar mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung, aber doch nicht langsamer als Ministerbüros und Zeitungsredaktionen und vor allem sehr ausführlich über das Geschehen vor Ort informiert. Doch gingen diese Schilderungen mit scharfer Kritik an den deutschen Verantwortlichen einher. Die Nachlässigkeit der Kolonialverwaltung, die nun in Aufruhr befindlichen Bevölkerungsgruppen vor Übervorteilung und Ausbeutung zu schützen und den kompromisswilligen unter ihren Anführern den Rücken zu stärken, hatte dem Aufstand nach Rohrbachs Urteil den Boden bereitet. Ebenso wie die Nachlässigkeit der aus Europa entsandten militärischen Führung, die den Landeskenntnissen der Siedler mit Ignoranz begegnete, eine effiziente Aufstandsbekämpfung unterlief. Tatsächlich hat Rohrbach den Ausgang der Schlacht am Waterberg als ein Scheitern gewertet, wonach es der Oberkommandierende Lothar von Trotha versäumt habe, die Hauptmacht der Herero gefangen zu nehmen, welcher aus eigener Kraft die Flucht geglückt sei. Delbrücks Schweigen ist bis zu einem gewissen Punkt dadurch erklärlich, dass Rohrbach sich für unzweifelhaft als Quelle erkennbar hielt, wenn aus seinem deutschen Umfeld heraus, also in den

263 Delbrück: Der russisch-japanische Krieg [PJ 115/3]; Delbrück: Die Jesuiten-Verhandlung [PJ 116/1], S. 186–190; Delbrück: Staatsstreich-Wolken [PJ 116/3], S. 595–600; Delbrück: Die Agitation gegen den Schulkompromiß [PJ 118/1], S. 173–179; Delbrück: Der Krieg [PJ 118/3]; Hans Delbrück: Die Schlacht bei Mukden, in: PJ 120 (1905) 1, S. 175–182; Hans Delbrück: Der Krieg. Die Verkündigung der Religionsfreiheit in Rußland, in: PJ 120 (1905) 3, S. 558–565; Delbrück: Die Seeschlacht bei Tsuschina [PJ 121/1]; Delbrück: Der Friede [122/1]; Delbrück: Die russische Verfassung; August Menge an Hans Delbrück, 17.02.1904, in: BArch Koblenz, N 1017/35; zur Verhandlung des deutsch-russischen Handelsvertrags vgl. *Canis*, Der Weg in den Abgrund, S. 99–101.

264 Zu den Ursachen der extremen Gewaltdynamiken vgl. *Häussler*, Der Genozid an den Herero. Zur vergleichenden Einordnung im Rahmen der deutschen Kolonialkriegführung vgl. *Kuß*, Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen.

265 Zur intellektuellen Nichtanerkennung der gewalttätigen Konflikte innerhalb kolonialer Räume als Kriege vgl. *Kleinschmidt*, Diskriminierung durch Vertrag und Krieg, S. 170–173.

»Jahrbüchern« oder der »Hilfe« gegen die politische und militärische Kolonialverwaltung angeschrieben worden wäre. Rohrbachs Bitte um ›Selbstzensur‹ hat Delbrück Genüge getan und soweit ermittelbar auch keine Umwege derart eingeschlagen, dass er Rohrbachs Berichte, wie von diesem selbst angedeutet, an unverdächtige »Provinzzeitungen« weitergegeben hätte. Freilich lässt sich auch nicht nachweisen, dass Delbrück hinter den Kulissen im Sinne Rohrbachs vorgegangen wäre und sich etwa in Regierungskreisen für die Entschädigung der bei den Kämpfen zu Schaden gekommenen Siedler verwendet hätte.[266]

Erst als im Winter 1906/07 nach dem Scheitern des durch den fortgesetzten Kolonialkrieg in Südwestafrika nötig gewordenen Nachtragshaushalts der Reichstag aufgelöst wurde, ist Hans Delbrück öffentlich hervorgetreten. Auf das vorgebliche Fehlen gesamtgesellschaftlichen Rückhalts für die deutsche Kolonialpolitik reagierte damals eine Initiative von Intellektuellen zur Gründung eines »Kolonialpolitischen Aktionskomitees«. Rüdiger vom Bruch hat diese Gründung einer Bewegung von Gelehrtenpolitikern zugeschrieben, die im Streit um die kolonialen Budgetposten Mobilisierungspotential für eine Sammlungspolitik gegen Sozialdemokraten und Zentrum gewittert hätten. Hans Delbrücks nie verhohlene Gegnerschaft zur Sozialdemokratischen Partei und seine unverhohlene Bewunderung für Bülows Blockpolitik, die er auch auf kompromissbereite SPD-Revisionisten ausgedehnt wissen wollten, lassen jedoch zumindest für Delbrück nicht unbedingt antisozialdemokratische Wahltaktik als oberstes Ziel vermuten. Nichtsdestotrotz ging es ausdrücklich um Einflussnahme auf einen Wahlkampf, der über die Finanzierung des Südafrikanischen Krieges auf eine souveräne »Weltpolitik« der Reichsleitung zielte, die von parteipolitischer Rücksichtnahme frei sein sollte.[267]

Tatsächlich ist im Kreis des vorwiegend aus Berlinern bestehenden und nur sporadisch durch von auswärts hinzugebetenen Professoren ergänzten Komitees[268] sogar die Sorge diskutiert worden, »dass es bei der Tätigkeit der neuen Gesellschaft um Kritik der Regierungsaktion auf dem Gebiete der Auswärtigen Politik handle [sic!]«, der man doch »mit den Waffen der besseren Gründe und des besseren Materials«[269] beispringen wollte. Diese Aufklärungsarbeit wurde durch Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert, die freilich erst im Laufe des Jahres 1907 die Auslagen decken konnten, die im Wahlkampf zum Druck und

266 Vgl. Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 24.03.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IV, Bl. 1–16; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 23.07.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IV, Bl. 17–26; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 03.10.1904, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe III, Bl. 7–12. Vgl. ferner Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 5 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/69, Bl. 109 f.

267 Delbrück: Die Wahlen [PJ 127/2]. Vgl. auch *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 180–184.

268 *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S. 184.

269 Gottfried Zoepfl: Sitzungsprotokoll 19.01.1907, in: BArch Koblenz, N 1017/36.

Versand von Veranstaltungsprotokollen und speziell auch der Rede Bülows auf einer Festveranstaltung vom 19. Januar ausgelegt worden waren und mit denen Abgeordnete, wirtschaftliche Standesorganisationen und die deutschen Volksschullehrer bedacht wurden.[270] Während Gustav Schmoller, Max Sering, Dietrich Schäfer und andere Berliner Professoren mehr das deutsche Kolonialreich in volkswirtschaftlicher, staatsrechtlicher und historischer Hinsicht beleuchteten, übernahm es Delbrück auf der Gründungsversammlung am 8. Januar unter »lebhaftem Beifall« die Gründungsresolution vorzutragen, die unter der apodiktischen Feststellung, »dass ein grosses Kulturvolk […] an der Kolonial- und Weltpolitik teilnehmen muss«, die Parole vom Hemmschuh der Parteipolitik verkündete.[271]

Konkrete Vorabsprachen zwischen Reichsleitung und Komiteegründern lassen sich bislang nicht nachweisen. Dass der Reichskanzler persönlich auf dem Festbankett des Komitees am 19. Januar sprach, fügt sich schlicht in dessen grundsätzlich von elitärer Geselligkeit und informeller Beziehungspflege geprägten Regierungsstil ein. Gerade mit dem federführend an der Komiteegründung beteiligten Schmoller war Bülow eng verbunden.[272] Doch war Delbrücks Vertrauensstellung bei Bülow ohnehin bekannt, so dass es der Teilnahme des in Delbrücks Umfeld hoch geschätzten, neu berufenen Kolonialstaatsekretär Bernhard Dernburg an dem Komitee wohl kaum noch bedurft hätte, um dessen gouvernementalen Charakter auch für die Zeitgenossen zu unterstreichen.[273]

Der afrikanische Kolonialkrieg, dessen fiskalische Folgen Anlass zur Komiteegründung gewesen waren, hat auch in der praktischen Arbeit des Komitees mehr den Anlass geboten, als im Mittelpunkt gestanden. Delbrücks Schüler Gustav Roloff arbeitete sich an der sozialdemokratischen Kolonialismuskritik ab und verfasste einen vom Komitee herausgegebenen »Kolonialpolitischen Führer«, der als knapp fünfzigseitige Broschüre in mehreren zehntausend Exemplaren verschickt wurde. Mitsamt Anhängen historischer Abrisse über diverse Abschnitte der europäischen Kolonialgeschichte seit dem 16. Jahrhundert behandelte Roloff systematisch die Bemängelung ökonomischer Rentabilität, die fehlende Anziehungskraft auf deutsche Auswanderer und das Panorama der Kolonialskandale im historischen Vergleich mit den englischen Kolonien in Nord-

270 Ebd. Vgl. auch *vom Bruch,* Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, S: 184 f. Vgl. ferner Gottfried Zoepfl: Sitzungsprotokoll 16.01.1907, in: BArch Koblenz, N 1017/36; Emil Struve: Sitzungsprotokoll 03.02.1907, in: BArch Koblenz, N 1017/36; Emil Struve: Geschäftsbericht des Kolonialpolitischen Aktions-Komitees, in: BArch Koblenz, N 1017/36.

271 Offizieller stenographischer Bericht über die Versammlung in der Berliner Hochschule für Musik am 8. Januar 1907, S. 16–19.

272 *Grimmer-Solem*, The Professors' Africa, S. 322 f. Zur Einladung Bülows durch das Komitee vgl. Ebd., S. 329.

273 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 15.10.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe IX, Bl. 13–14. Zum Vertrauensverhältnis zwischen Bülow und Delbrück vgl. *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 153 f.

amerika und Australien, den niederländischen im Indischen Ozean und den französischen in Nordafrika. Auf diesem Umweg über die lange Geschichte, an welcher der deutsche Kolonialismus sich messen und aus der er zugleich lernen müsste, ließen sich für das Kolonialpolitische Komitee auch die drastischsten Gewaltmaßnahmen relativieren[274]:

»Wir dürfen also hoffen, solche Kinderkrankheiten der Kolonisation leichter als die übrigen Völker zu überwinden«[275]

Entgegen dem erklärten Ziel, das Komitee zu längerfristiger Wirksamkeit auszubauen, ist es nach den Aktivitäten des Wahlkampfs 1907 auch überhaupt nicht weiter in Erscheinung getreten und vermutlich letztlich einer kolonialagitatorischen Eintracht in Gestalt der »Deutschen Kolonialgesellschaft« geopfert worden.[276] Letztes Zeugnis von Tätigkeit, an der Delbrück aber nicht mehr exponiert mitgewirkt zu haben scheint, war die internationale Verbreitung einer mit amtlichem Kartenmaterial bestückten Denkschrift über den deutschen Eisenbahnbau in Afrika 1907.[277]

Die Zweite Marokkokrise 1911 und Delbrücks endgültige Wendung gegen die Flottenrüstung in deren Folge schlugen sich auch in der Bedeutung nieder, die das subsaharische Afrika in Delbrücks Kolonialprojektionen einnahm. Nur vor diesem Hintergrund ist sein konzeptioneller Aufsatz »Ueber die Ziele unserer Kolonialpolitik« aus dem Märzheft 1912 zu verstehen. Auch wenn Delbrück geleugnet hat, dass dieser »offiziös beeinflusst« gewesen sein könnte, war er entschieden auf den Gang der deutsch-britischen Flottenverhandlungen in diesem Zeitraum hin orientiert.[278] Nachweisbarerweise hatten außerhalb der Redaktion der »Jahrbücher« aber nur Delbrücks Bruder Ernst und sein Vetter Ludwig im Vorhinein Kenntnis von der Veröffentlichung.[279] Rüdiger vom Bruch hat den Fokus auf den gouvernementalen Charakter von Delbrücks Kolonialprogramm gelegt und unter dieser Prämisse geschlussfolgert, dass Ludwig Delbrück als Vertrauter von Kaiser und Kanzler seinem Vetter »die Idee eines geschlos-

274 *[Roloff]*, Kolonialpolitischer Führer. Für Roloffs Autorenschaft vgl. E. Struve: Geschäftsbericht des Kolonialpolitischen Aktions-Komitees, in: BArch Koblenz, N 1017/36 sowie Gustav Roloff an Hans Delbrück, 14.01.1907, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 11–12.

275 *[Roloff]*, Kolonialpolitischer Führer, S. 26.

276 Sitzungsprotokoll des Kolonialpolitischen Komitees, 22.05.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/36.

277 *Grimmer-Solem*, The Professors' Africa, S. 333–339.

278 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 156 f.; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 06.03.1912, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Hermann, Bl. 12–13.

279 Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 21.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 28–29; Hans Delbrück an Ludwig Delbrück, 21.02.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 60–61.

senen deutschen Kolonialblocks in Afrika nahegelegt«[280] habe. Die vom Bruch en passant berührten »Hinweise auf Ostafrika« lassen jedoch vermuten, dass Delbrück zwar nicht im Gegensatz zur Reichsleitung, aber durchaus auf eigene Faust sein Programm entwarf und die Fahnen weitgehend so zum Druck gab, wie er sie den Verwandten zur Lektüre gegeben hatte.[281] Denn diese »Hinweise« können nur Delbrücks Überlegung meinen, dieses Territorium als Tauschobjekt in die deutsch-britischen Verhandlungen einzubringen, obwohl dies, wie Ernst Delbrück schon Wochen vorher gewarnt hatte, durch den Rückzug vom Indischen Ozean die Aufgabe »großer Zukunfts-Chancen in Asien« bedeutete.[282] Überlegungen, von denen nicht nur Ludwig Delbrück befürchtete, sie könnten der Regierung unbequem sein, eben auch weil »die Aufgabe dieser Kolonie voraussichtlich im Lande grossen Unwillen erregen würde.«[283]

Denn diesen Unwillen hat Delbrück in der Druckfassung zumindest reflektiert, verzichtet hat er auf den Gedanken jedoch keineswegs.

Wiederum hatte Delbrück an Leckys Diktum vom Vorrang des ›nationalen‹ Wertes eines Gebietes vor dem ökonomischen als zentralem Kriterium kolonialpolitischer Entscheidungsfindung angeknüpft. Ausgangspunkt für den folgenden Parforceritt über die Karte Afrikas, mit dem sich im Umfang nur die »Politischen Träumereien« von 1896 messen konnten, war die verbreitete und von Delbrück selbst wiederholt gepflegte Vorstellung von Portugal als einer Macht im Niedergang, die über kurz oder lang ihren Kolonialbesitz entweder freiwillig aufgeben oder von den Großmächten seiner enthoben werden würde. Ein gleiches Verdikt fiel über Belgien. Die internationale Debatte um die moralische Befähigung der Belgier zur Kolonialherrschaft als Folge des Berichts über die Kongogräuel in König Leopolds Privatkolonie, die dessen Verfasser, den irisch-britischen Diplomaten und später als Hochverräter hingerichteten Roger Casement weltbekannt gemacht hatte, war von Delbrück zwar nur sehr spärlich rezipiert worden. Dennoch ging er davon aus, dass die Übernahme des Gebiets durch den belgischen Staat 1908 bloß eine Lösung auf Zeit und Belgisch-Kongo als Verfügungsmasse für die Großmächte frei war. An die Aufteilung des portugiesischen und belgischen Kolonialbesitzes unter Deutschen und Engländern sollte sich eine Neuordnung nahezu des ganzen subsaharischen Afrikas nördlich der britischen Kapkolonie anschließen. Trotz deren Rentabilität sollte Deutschland die Kolonie Togo aufgeben und diese zusammen mit Samoa und den deutschen Ansprüchen in Marokko für Gebietsarrondierungen in West- und Zen-

280 *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 157,

281 Ludwig Delbrück an Hans Delbrück, 23.02.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ludwig, Bl. 12.

282 Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 21.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 28–29.

283 Hans Delbrück an Ludwig Delbrück, 21.02.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 26, Bl. 60–61; vgl. Hermann Rassow an Hans Delbrück, 03.03.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 56.

tralafrika eintauschen. Ob der zugestandenen Unwahrscheinlichkeit, mit dem Ziel eines Atlantik und Indischen Ozean verbindenden Kolonialterritoriums zu einer Einigung mit England zu gelangen, wollte Delbrück ferner Deutsch-Ostafrika gegen das vor allem durch Bevölkerungsreichtum qualifizierte Nigeria eingetauscht wissen. So würde ein Gebiet entstehen, dass sich in seiner geographischen Vielgestaltigkeit selbst versorgen konnte, genug Betätigungsfelder bot, um ein eigenes ›Kolonialdeutschtum‹ auszubilden und das ob seiner Größe und damit wohl implizit des Vorteils der Inneren Linien wegen im Konfliktfall gut verteidigt werden könnte.[284]

Ernst Delbrück hatte seinem Bruder über dessen »Mittelafrikaprogramm« zweierlei geschrieben. Einerseits hatte er es für nur unter so viel Druck umsetzbar erklärt, dass es leicht Auslöser eines Krieges werden könnte. Andererseits hatte er es auch für denkbar gehalten, dass es außer bei den so leichthin ›ihres‹ Kongo entkleideten Belgiern überhaupt »keinen Eindruck« machen könnte.[285] Tatsächlich haben Delbrücks »Ziele« erst im Sommer 1912, auf dem Umweg über das westeuropäische Ausland, breitere, öffentliche Resonanz in Deutschland erregt.[286] Demnach hatte Delbrück dem Berlin-Korrespondenten des »Matin«, erläutert, dass Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen keine Kolonien bräuchte und doch der nationalen Gründe wegen erklärt:

»Lorsqu'une puissance accroltra sons empire colonial, il nous faudra des compensations équitables, et tani que nous ne les aurons pas, il n'ya aura pas de repos chez nous, et nous continuerons d'armer autant qu'il le faudra. Nous irons même jusqu'á la guerre si c'est nécessaire. Mais je sui persuadé que les choses n'iront jamais jusque-là, et que toute le monde finira par s'entendre«.[287]

Ausgerechnet die grundsätzlich kolonialexpansionsfreudigen konservativen und nationalliberalen Zeitungen des Reiches fanden dieses Bekenntnis einem Ausländer gegenüber für derart deplatziert, dass sie sogar eine Verfälschung von Delbrücks Worten insinuiert und jedenfalls seine naive Vertrauensseligkeit, einem »Vertreter eines der deutschfeindlichsten Blätter«[288] ›sein Herz ausgeschüttet‹ zu haben, beklagt haben. Mit dem gebetsmühlenartig vorgebrachten Misstrauensritual eingeleitet, dass Delbrück ein einflussloser Eigenbrötler sei, bezogen sich die Bedenken dabei freilich nicht auf die scheinbar unverhohlene Kriegsdrohung gegenüber einem ausländischen Journalisten, als vielmehr auf die Wendung von der wirtschaftlichen Nutzlosigkeit des Kolonialerwerbs, die der

284 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 113.

285 Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 21.01.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Ernst, Bl. 28–29

286 Delbrück: Deutsche Aengstlichkeit [PJ 149/2], S. 367–369.

287 L'Allemange veut des colonies. Declare le professeur Delbrueck, in: Matin, 15.07.1912. Zu Delbrücks »Matin«-Interview vgl. auch *vom Bruch*, »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?«, S. 157.

288 Entstellungen des »Matin«, in: Rheinisch Westfälische Zeitung, 16.07.1912, Nr. 877.

deutschen Sozialdemokratie ein willkommenes und inkonsequenter Weise gewichtiges Argument für ihre antikolonialistische Agitation in die Hand gab.[289]

Damit stand bereits in den wesentlichen Grundzügen das kolonialpolitische Programm, das Delbrück auch in der Kriegszieldebatte verfolgen sollte: ein ›deutsches Indien‹ in Afrika. Groß genug, um nach Außen und Innen als signifikante Aufwertung des deutschen Status in der Welt zu gelten, doch durch Tauschgeschäfte erreichbar, um als Friedensgrundlage, statt als Kriegsanlass zu wirken. Die afrikanischen Territorien scheinen schlicht für am flexibelsten handhabbar gegolten zu haben:

»Wenn wir uns also zu einem Neutralitätsvertrag bereitfinden sollen, muss entweder England vorher dafür gesorgt haben, dass Angola und Französisch Kongo in unseren Besitz übergehen oder aber es muss als Grundsatz anerkannt werden, wo immer in Zukunft territoriale Veränderungen zu Gunsten einer Macht stattfinden, Deutschland einen Anspruch auf Kompensation habe.«[290]

Für »weltpolitische« Zugeständnisse mit Gebietskompensationen in Afrika abgefunden zu werden, hat Delbrück während dieser letzten krisengeschüttelten Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs fortgesetzt als aussichtsreiche Chance betrachtet, die nach seinem Dafürhalten auch im Ausland Anklang fand. Er verharrte also gewissermaßen in Kiderlens ›Marokkokonzeption‹, brachte tatsächlich sogar eben diesen Streitapfel gegenüber französischen Gesprächspartnern weiter auf den Tisch und erheischte beim Redakteur des »Figaro« lebhaftes Interesse an einem Tausch deutscher Ansprüche in Marokko gegen Französisch-Kongo.[291]

Während der Ära Bismarck und noch unter den ersten Jahren des »persönlichen Regiments« Wilhelms II. hat Delbrück die Parole von der territorialen Saturiertheit des Reiches vertreten, welche eine europäische ›Kulturmission‹ in den Händen privater Akteure belassen konnte. Mit der Hinwendung zur »Weltpolitik« wandelte sich Delbrück in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre zum Protagonisten kolonialer Expansion, der sich insbesondere für einen informellen Imperialismus im Orient engagierte und bis zum Ersten Weltkrieg das Konzept eines mittelafrikanischen Kolonialblocks für das Deutsche Kaiserreich entwarf. Ohne dass die »Jahrbücher« darum zu einem Vorreiter der Kolonialdebatte ge-

289 Ebd.; Nochmals Prof. Delbrück und der Matin, in: Berliner Neueste Nachrichten, 16.07.1912, Nr. 359; Professor Delbrück und der »Matin«, in: Staatsbürger Zeitung, 19.07.1912, Nr. 165; Professor Delbrücks Expansionsidee, in: Deutsche Zeitung, 20.07.1912. vgl. auch Delbrück: Deutsche Aengstlichkeit [PJ 149/2].

290 Hans Delbrück an Ludwig Delbrück, o. D. [10.07.1912], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 27, Bl. 16.

291 Ebd. Für Delbrücks Optimismus bezüglich englischer Kooperationsbereitschaft vgl. auch Hermann Oncken an Hans Delbrück, 21.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 26–27; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 23.11.1912, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 26–27.

worden wären, öffnete er ihre Seiten für durch einschlägige ›Expertise‹ ausgewiesene Kolonialpublizisten wie Paul Rohrbach und sicherte ihnen durch seine eigenen kolonialpolitischen Stellungnahmen internationale Aufmerksamkeit. Diese blieben nicht nur darum lange oberflächlich, weil Delbrück erst mit dem Einzug Bülows in der Wilhelmstraße verstärkt Kenntnis über die relevanten Entscheidungsläufe gewann. Diese Vagheit entsprach auch dem Grundnarrativ von Delbrücks staatspolitischen Anschauungen, wonach die Außenbeziehungen des Staates einem Arkanraum der Regierung angehörten und die allzu sehr zum Gegenstand von Spekulation oder gar Kritik zu machen, unbotmäßiges Misstrauen in die Regierung darstellte und zu säen drohte. Jene oberflächlichen Betrachtungen lagen aber auch im Kolonialismus als Element des »weltpolitischen« »großen Zugs« in der politischen Kultur des Kaiserreichs begründet. Der Besitz von Kolonien war in vieler Hinsicht Selbstzweck, der keiner tiefergehenden Argumentation bedurfte. Am Vorbild britischer Intellektueller geschult, versprach ein Kolonialimperium hinreichender Größe Dauerhaftigkeit der eigenen Kultur über alle Wechselwinde der Geschichte hinweg. Zugleich blieb die einzelne Kolonie unter diesen Paradigmen beliebige Verfügungsmasse im Konzert der Mächte.

VI. Der Erste Weltkrieg

1. Kriegspolitik und Friedenschancen

Die Kumulation der internationalen Spannungen in der Julikrise 1914 und ihre Eskalation zum Weltkrieg ist Gegenstand einer früh uferlos gewordenen Fülle wissenschaftlichen und populären Schrifttums. Die Kriegsursachen- bzw. Kriegsschulddiskussion der Zeitgenossen ist dagegen bislang bemerkenswert oberflächlich erforscht. Dieser Befund mag der Tatsache geschuldet sein, dass noch auf Jahrzehnte die moralische Frage der Schuld die historische Analyse der Ursachen überformt hat, so dass noch die wieder aufgefrischte Debatte rund um den hundertsten Jahrestag des Kriegsausbruchs nicht ohne heftige persönliche Anfeindungen unter den Beteiligten vonstattenging.[1] Einen deutschen Plan zum Weltkrieg hat es trotz aller »Weltpolitk«-Ideologie nicht gegeben. Gleichwohl hat die Reichsleitung in ihrer Einkreisungsparanoia und der Sorge um den letzten verbliebenen Bündnispartner Österreich-Ungarn während des Juli 1914 verantwortungslos und aggressiv agiert, indem sie dem Rad der Eskalation etwa durch den Blankoscheck an Wien tüchtig Schwung verlieh und doch zugleich nicht einmal genügend Munitionsvorräte für eine große militärische Konfrontation angelegt hatte.[2] Nicht zuletzt gewannen im innerdeutschen Machtgeflecht rasch die militärische Führung und ihre strategischen Konzepte die Oberhand gegenüber den zivilen Institutionen und diplomatischen Erwägungen. Diese Konstellation prägte die deutsche Kriegspolitik durchgehend, wessenthalben die Suprematie der dritten OHL stellenweise sogar als Militärdiktatur bezeichnet wird. Zwar mit einem offensiven Operationsplan, aber ohne etablierte Kriegsziele in die Kampfhandlungen eingetreten, blieben diese vielfach vage und dauernd strittig. Durch eine nachhaltige militärische Schwächung seiner Gegner und zumindest ökonomische Hegemonie in Mitteleuropa sollte die prekäre internationale Stellung des Reiches langfristig gesichert werden. Eine konsistente Strategie, die Grundlage für Friedensverhandlungen hätte sein können, ist daraus jedoch nie hervorgegangen. Die Friedensfühler der Reichsleitung blie-

1 Vgl. zusammenfassend *Große Kracht*, Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland; *Hirschfeld*, Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung. Ein Editionsprojekt zur deutschen Seite der internationalen Kriegsschulddebatte auf Grundlage der Nachlässe Max von Badens, Hans Delbrücks, Kurt Hahns und Maximilian von Montgelas' befindet sich in der Antragsphase. Zur »Schlafwandler«-Debatte ab 2014 vgl. *Rose*, Ein neuer Streit um die Deutungshoheit? Nur beispielhaft für die in diesem Zusammenhang entfaltete, heftige Polemik im öffentlichen Raum vgl. *Vandreier*, Das Auftrumpfen der Neonazis und die Verantwortung der Historiker. Vandreiers Text wurde auf dem 52. Deutschen Historikertag in Münster 2018 als Flugblatt verteilt.

2 *Clark*, Die Schlafwandler, S. 660 f.; Ebd., S. 716 f.

ben der Rücksichtnahme auf die Siegesgewissheit der Militärs und den Beutehunger der imperialistischen Agitationsverbände verpflichtet und entsprechend halbherzig.[3] Der Akkumulation von Großmachtprestige auf Basis des Gleichgewichtsgedanken als Grundgesetz der Geostrategie verpflichtet, hat Delbrücks Engagement als politischer Intellektueller während des Ersten Weltkrieges ganz im Zeichen der internationalen Beziehungen gestanden. Die Kriegsursachen in Hinblick auf die einzelnen Mächte, ihre Kriegführung und die deutschen Kriegsziele gegenüber denselben, wurden zu den elementaren Kategorien von Delbrücks Denken und Handeln mit dem Ziel eines Verständigungsfriedens, das er unter deutlich veränderten Bedingungen politischer Einflussnahme verfolgte. Zur Realisierung dieses Ziels entwickelte Delbrück seine kolonialpolitischen Standpunkte der letzten Vorkriegsjahre zum wichtigsten Vehikel für innen- und außenpolitische Kompromissfindung. Mit dem Entwicklungsgang des Kriegsgeschehens wurden die zunächst neutralen USA sukzessive zur zentralen Bezugsgröße, in die Delbrück seine Hoffnungen auf einen solchen Frieden setzte. Erst unter den Kriegsumständen wuchs auch den anderen Neutralen und ›kleinen‹ Mächten ein eigenes Gewicht zu. Die Perzeption deutschen Vorgehens und die Rezeption innerdeutscher Debatten unter diesen Staaten wurden nun zu häufig bemühten Argumenten, galten sie doch als relevanter Resonanzraum der Propaganda aller Kriegsparteien.[4]

Im Weltkrieg haben nicht nur die obwaltenden Zensurmaßnahmen die Gestalt der »Blauen Hefte« mitgeprägt. Während es anderen überlassen blieb, deren Universalitätsanspruch aufrecht zu erhalten, ließ sich Delbrück mehrfach von seinen Lehrverpflichtungen entbinden, um auf allen ihm zu Gebote stehenden Kanälen für einen Verständigungsfrieden einzutreten.[5] Sinnbildlich für ein beschleunigtes Zeiterleben steht das ständig klingelnde Telefon in der Kunz Buntschuhstraße.[6] Die ständige Betriebsamkeit setzte Delbrücks Gesundheit stark zu, doch von seinem unausgesetzten politischen Engagement konnte ihn auch kein ärztliches Verbot abhalten.[7]

Unter den Kriegsumständen entwickelten sich die informellen Netzwerke hin zu einer gewissen Institutionalisierung. Ein solcher Prozess lässt sich für das bürgerliche Milieu des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg allgemein

3 *Afflerbach*, Auf Messers Schneide, S. 512–521.

4 Hans Delbrück: Censur. Kriegsziele. Innerer Kampf, in: PJ 165 (1916) 1, S. 177–183, S. 181; Hans Delbrück: Die auswärtige Politik und die Alldeutschen, in: PJ 168 (1917) 2, S. 332–347, S. 333–337.

5 BArch Koblenz, N 1017/76, S. 158; Hans Delbrück an August von Trott zu Solz, 03.10.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 34f; August von Trott zu Solz an Hans Delbrück, 13.10.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Trott zu Solz, August, Bl. 12.

6 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 01.08.1914, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 116 f.; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 01.08.1914, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 118–121.

7 Vgl. Kap. II, Anm. 231.

konstatieren, auch wenn die an englischen politischen Clubs mit Vereinskapital und -haus orientierte Deutsche Gesellschaft 1914 insofern eine Ausnahme darstellte, als dass der Organisationsgrad für gewöhnlich niedriger blieb.[8] Zu diesen politischen Foren in Fortführung der Salonkultur des 19. Jahrhunderts gehörte auch der wöchentliche »Mittwochabend«, später »Mittwochabendgesellschaft« genannt, den Hans Delbrück und der nationalliberale Abgeordnete und nachmalige Reichsminister Eugen Schiffer im August 1914 initiierten.[9] Bei wechselnder Zusammensetzung fanden sich wöchentlich etwa zwanzig Personen zusammen, um ohne allzu viele Förmlichkeiten und bei geringer Beachtung von Statusunterschieden das Zeitgeschehen zu diskutieren. Dieser Kreis rekrutierte sich aus Abgeordneten und Professoren, Beamten und Offizieren unterschiedlichster Couleur, wobei den größten Teil derjenigen, die sich einer Parteirichtung zuordnen lassen, Freikonservative und Nationalliberale ausmachten.[10] Auch wenn keine Vereinssatzung, keine fixierten Tagesordnungen und zunächst nicht einmal ein fester Versammlungsort existierten, so gab Delbrück der Unternehmung doch Organisation und Struktur, indem er die Gesprächsthemen setzte, gelegentlich Vortragsredner einlud, neue Teilnehmer warb und alte zum Kommen gemahnte.[11] Diese präsidierende Stellung räumten dem Professor nach Schiffers Zeugnis alle Teilnehmer einmütig ein und vertrauten sich in dem Moment, da »die Politik mehr denn je Geschichte machte«, der Führung desjenigen an, dessen politisches Wirken stets »auf geschichtlicher Betrachtung, Forschung und Wertung« aufgebaut war. Einigendes Band dieses heterogenen Personenkreises war dabei Delbrücks in den »Jahrbüchern« verfochtenes außenpolitisches Paradigma, dass ein Siegfrieden weder realistisch war, noch nachhaltig sein könne, und daher jenseits des Schlachtengeschehens fortgesetzt auf einen Verständigungsfrieden zielende Diplomatie geboten war. Eine Schlüsselrolle nahm zudem der Pädagoge Kurt Hahn ein, der in der Zentralstelle für den Auslandsdienst des Auswärtigen Amtes mit der Auswertung der britischen Presse betraut war und über Den Haag Verbindungen nach England und zu amerikanischen

8 *Daniel*, Beziehungsgeschichten, S. 93.

9 *Rühlmann*, »Delbrücks Mittwochabend«; Drei Reden zum Gedächtnis an Hans Delbrück gehalten in der außerordentlichen Sitzung der Mittwochsgemeinschaft [sic!], in: PJ 218 (1929) 3, S. 290–303. Zur Salonkultur in Preußen während des langen 19. Jahrhunderts vgl. *Wilhelmy-Dollinger*, Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert.

10 Teilnehmerliste der Mittwochabendgesellschaft in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 29.

11 Vgl. etwa die hs. Notiz zur preußischen Wahlreform als Thema des »Mittwochabends« am 04. April 1917, o. D. [30.03.1917], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 40; Hans Delbrück an Albert Ballin, 21.11.1914, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BA Koblenz, N 1017/75 Bl. 94; Albert Ballin an Hans Delbrück, 23.11.1914, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 95; Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 16.08.1915, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 6–7; Paul Schwabach an Hans Delbrück, 25.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schwabach, Paul, Bl. 2–3; Paul Schwabach an Hans Delbrück, 10.04.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schwabach, Paul, Bl. 4–5.

Diplomaten unterhielt.[12] Als repräsentativer und zugleich kritischer Vertreter der preußisch-deutschen Eliten blieb Delbrück während des Krieges auch selbst ein international gefragter Gesprächspartner. Mehrfach beherbergte er amerikanische Journalisten und gab ihnen weithin beachtete Interviews.[13]

Stärker formalisiert und zugleich signifikante personelle Überschneidungen mit dem »Mittwochabend« aufweisend, haben auch der Deutsche Nationalausschuss für einen ehrenhaften Frieden, die Freie Vaterländische Vereinigung und der Volksbund für Freiheit und Vaterland in diesem Sinne zu wirken getrachtet.[14] Ende 1917 als Gegenorganisation zur radikalnationalistischen Deutschen Vaterlandspartei gegründet, lässt sich insbesondere der »Volksbund« als einer von zwei institutionalisierten Polen begreifen, um die herum während des Ersten Weltkriegs die Formierung der deutschen Intellektuellen mit ihren divergierenden Ordnungsvorstellungen als »Vaterlands-«, und »Volksbundgruppe« erfolgte.[15]

Zum Maschinenraum für Delbrücks Ringen um außenpolitische Einflussnahme im Sinne eines Verständigungsfriedens wurde ab dem Frühjahr 1916 das »Büro Hobohm«.[16] Dieses war aus der Zentralstelle für den Auslandsdienst hervorgegangen[17], in deren Leitungsausschuss Paul Rohrbach als Abteilungsleiter für die Lektorate der feindlichen und neutralen Presse zuständig war und zu deren Mitarbeitern seit Mai 1915 auch Martin Hobohm gehörte.[18] Dort war

12 Zur Zentralstelle für den Auslandsdienst vgl. *von Ungern-Sternberg/von Ungern-Sternberg*, Der »Aufruf an die Kulturwelt!«, S. 135; *Wilke*, Deutsche Auslandspropaganda im Ersten Weltkrieg; sowie zuletzt *Eversdijk*, Kultur als politisches Werbemittel, S. 57–73.

13 Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 30.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Ellery, Bl. 1–3; Hans Delbrück an Ellery Sedgwick, 23.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 32, Bl. 26–26; Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 16.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Bl. 4–5; Hans Delbrück an The Atlantic Monthly, 09.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 5; Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 24.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Ellery, Bl. 6; Hans Delbrück an The Atlantic Monthly, 06.01.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 13; Hans Delbrück: What Germans Wishes to gain by Peace, in: The Atlantic Monthly, Typoskript, 06.01.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/38; The Chicago Daily News an Hans Delbrück, 20.01.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/16; Hans Delbrück, in: Chicago Daily News, o. D. [1915]. Vgl. auch später Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 09.04.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Familiäre Ereignisse, Bd. 2 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/80, S. 107; The Associated Press an Hans Delbrück, 08.09.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21.

14 *Bruendel*, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 146 f.

15 Ebd., S. 150–153.

16 Ebd., S. 151 f. Eine erste Darstellung der Geschichte des »Büro Hobohm« auf breiter Quellenbasis bietet bereits *Schleier*, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, S. 541–551. Schleier verwendet freilich vor allem viel Raum darauf, den Akteuren im Umkreis des »Büros« ihre »imperialistischen« Tendenzen nachzuweisen und sie ihrer Blindheit für die historischen Gesetzmäßigkeiten des Marxismus zu überführen.

17 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 22.01.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XIV, Bl. 1–5.

18 *Schleier*, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, S. 541.

bereits seit Mai 1915 eine Materialsammlung zwecks Erfassung der Rezeption alldeutscher Propaganda im Ausland entstanden.[19] Auch nahmen die Initiatoren für sich in Anspruch, mit ihrer Unternehmung der Reichsleitung dienlich zu sein, der durch scharfe Kritik an der lautstarken expansionistischen Propaganda des »Alldeutschen Verbandes« und diesem nahestehenden Akteurskreisen außenpolitische Handlungsoptionen offengehalten werden sollten.[20] Tatsächlich ist der Aufbau des Büros mit einem Darlehen aus dem Budget der Zentralstelle finanziert worden, sein weiterer Betrieb erfolgte indes als Privatunternehmen, da nur der Kolonialstaatsekretär Solf unumwunden für die Unternehmung Partei ergriff und die Reichsleitung mehrheitlich glaubhafte Distanzierung von den Aktivitäten des »Büros« erstrebte.[21]

Unter dem Dach des »Büro Hobohm« wurde die Vorbereitung einer Reihe von Einzelschriften koordiniert sowie durch Hobohm und den evangelischen Pfarrer und linksliberalen Journalist Martin Wenck die »Deutsche Korrespondenz« herausgegeben, die der Tagespresse druckfertiges Material zur kritischen Behandlung der »alldeutschen« Kriegspublizistik liefern sollte.[22] Als Abnehmer wurden vor allem linksliberale Blätter ins Auge gefasst, unter denen die »Frankfurter Zeitung« herausragt, deren Berlinkorrespondent August Stein sowohl zu den regelmäßigen Gästen des »Mittwochabend« als auch zu den ersten Unterstützern des »Büro Hobohm« gehörte.[23]

Hans Delbrück übernahm gemeinsam mit dem Kieler Theologen Otto Baumgarten und dem Leipziger Historiker Walther Goetz die Verwaltung der Spendengelder, die den Betrieb des »Büros« ermöglichten. Dabei betätigte er sich selbst erfolgreich als Akquisiteur und warb mit dem Frankfurter Chemiefabrikanten Carl von Weinberg den Hauptfinanzier des Unternehmens ein, dem er im Gegenzug die Berufung ins preußische Herrenhaus verschaffen wollte.[24] Fer-

19 *Döring*, Der Weimarer Kreis, S. 36 f.

20 Paul Rohrbach an Theobald von Bethman Hollweg, 23.06.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 124–145; Martin Hobohm an Theobald von Bethmann Hollweg, 01.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 146–149

21 Typoskript eines vertraulichen Aufrufs zur Unterstützung des »Büro Hobohm« von Hans Delbrück, 12.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 16–18; Paul Rohrbach an Theobald von Bethman Hollweg, 23.06.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 124–145; Martin Hobohm an Theobald von Bethmann Hollweg, 01.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 146–149

22 Martin Wenck: Vorschläge zur Abwehr der Alldeutschen, 02.11.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 22–32, Bl. 23 f.; Vertrauliche Notizen über das Hobohmsche Angebot [13.12.1918], in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 387–390.

23 Organisationsbericht von Dr. Martin Hobohm, 30.11.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 77, Bl. 84–86.

24 Typoskript eines vertraulichen Aufrufs zur Unterstützung des »Büro Hobohm« von Hans Delbrück, 12.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 16–18; Carl von Weinberg an Hans Delbrück, 29.03.1917, in: SBBPK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, v. Weinberg, C., Bl. 1; Carl von Weinberg an Hans Delbrück, 12.11.1917, in: SBBPK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, v. Weinberg, C., Bl. 4–5; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 17.12.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 62–63.

ner gewann Delbrück nicht nur eine Reihe aktiver oder ehemaliger politischer Mandatsträger als Unterstützer, wie den preußischen Handelsminister Theodor von Möller, die Herrenhausmitglieder Hermann von Hatzfeldt und Carl von Martius sowie den früheren Gouverneur der deutschen Kolonie Kiautschou Admiral Oskar von Truppel.[25] Delbrücks politischen Verbindungen bewahrten Hobohm auch vor längerer Frontverwendung und erhielten diesem auch nach seiner offiziellen Beurlaubung den Zugang zu dienstlichen Sitzungen der Zentralstelle, wo er gleichsam an der Quelle für pressebezogene Stimmungsbilder aus dem Ausland saß.[26] Delbrücks Beitrag »Um Belgien« vom 19. Januar 1917 hielt mit 23 Nachdrucken die unangefochtene Spitze unter den Artikeln der »Deutschen Korrespondenz«.[27]

Das »Büro« verfolgte letztlich eine Kompromisslinie, um die Kriegszieldebatte einzuhegen. Indem die »Deutsche Korrespondenz« in gleicher Weise von deutschen, englischen und französischen »Chauvinisten« berichtete, zeichnete sie das Bild einer Internationale aggressiver und irrationaler politischer Kräfte auf allen Seiten, die durch ihre Kriegszielforderungen einen Verständigungsfrieden verhinderten. Dies entsprach einer entscheidenden taktischen Erwägung, den Einfluss der ›eigenen‹ »Chauvinisten« zurückzudrängen, ohne die innere Einheit der Nation als Voraussetzung einer unbesiegten Beendigung des Krieges zu gefährden. Die »alldeutsche Gefahr« durfte nicht vom Ausland oder von pazifistischen Strömungen in Deutschland gebannt werden, sondern musste von der Reichsleitung und den ›traditionellen Eliten‹ selbst zum Besten von deren eigener Autorität benannt und zurückgedrängt, nicht vernichtet werden.[28] So kann es nicht überraschen, dass Delbrück die im viel beachteten öffentlichen Konflikt mit Georg von Below kolportierte Mitgliedschaft im Bund Neues Vaterland, der Vereinigung linker und linksliberaler Pazifisten wie Walther Schücking und Ludwig Quidde, entschieden bestritten hat.[29] Einer nicht institutionalisierten Kooperation hat er sich darum jedoch nicht versagt und Quidde 1915 in militärischer Terminologie beschieden, »dass wir zwar getrennt operieren, aber uns

25 Organisationsbericht von Dr. Martin Hobohm, 30.11.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 77, Bl. 64–66.

26 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 22.09.1916, in: BA Koblenz, N 1017/43, Bl. 169–170; Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 26.09.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 171–172; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 06.06.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 29–30; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32.

27 Uebersicht über den Abdruck aus der »Deutschen Korrespondenz, in: BArch Koblenz, N 1017/21.

28 Organisationsbericht von Dr. Martin Hobohm, 30.11.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 97–102.

29 Eine Mitgliedschaft im pazifistischen »Bund Neues Vaterland« hat Delbrück noch nach Kriegsende vehement abgeleugnet und wenngleich er gewisse programmatische Übereinstimmungen anerkannte, lässt sich über den Besitz eines vertraulichen Mitgliederzirkulars keine weitergehende Inkooperation nachweisen, vgl. Hans Delbrück: Zur Charakteristik

gegenseitig unterstützen können.«[30] Zwar betätigte er sich als wohlwollender Korrekturleser für Eingaben und Denkschriften Schückings und Quiddes und wirkte wohl auch an deren Verbreitung mit. Doch die unterschiedliche Bewertung des Verhältnisses von Macht und Recht, verhinderte eine Mitarbeit in dem von Quidde und Schücking erhofften Ausmaß, die ihn im Sinne des »Bundes« zum Gravitationspunkt liberalkonservativer Kreise und zum Gegengewicht zu dessen linken Flügel hätte machen sollen. Denn bei aller wechselseitigen Kooperationsbereitschaft kollidierte doch der moralische Idealismus der Pazifisten mit Delbrücks taktischem Politikverständnis, das selbst den so heftig befehdeten »Alldeutschen« eine zweckmäßige Rolle im Spiel der Mächte zubilligte.[31] Diese taktische Kalkulation resultierte nicht zuletzt aus der zögerlichen Resonanz, welche die Ambitionen des »Büro Hobohm« in Regierungskreisen fanden, die von einer Eskalation der Kriegszieldebatte befürchteten, sie müsste den Kriegsgegnern in die Hände spielen und zu denen sich Delbrück nicht in offene Opposition setzen wollte.[32] Ihr Ziel sollten Delbrück und Hobohm entschieden verfehlen. Berücksichtigt man jedoch die scharfen Anwürfe, derer sich gerade Martin Hobohm noch lange über das Kriegsende hinaus ausgesetzt sah, darf man annehmen, dass ihr Engagement von den Propagandisten eines deutschen Siegfriedens durchaus als ernstzunehmende Konkurrenz angesehen worden ist.[33]

Professor Georg von Below, Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes und Mitglied des engeren Ausschusses der Vaterlandspartei, in: PJ 172 (1918) 2, S. 434–439; Bund »Neues Vaterland«: Vertrauliches Mitgliederzirkular, o. D. [1915], in: BArch Koblenz, N 1017/38; Georg von Below an Hans Delbrück, o. D. [1918], in: BArch Koblenz, N 1017/44; Hans Delbrück an Georg von Below, 28.12.1918, in: BArch Koblenz, N 1017/44, Bl. 162. Zum »Bund Neues Vaterland« vgl. *Gülzow*, Bund Neues Vaterland (BNV) 1914–1921/22.

30 Hans Delbrück an Ludwig Quidde, 27.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 12–13.

31 Hans Delbrück an Walther Schücking, 21.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 28–29; Walther Schücking an Hans Delbrück, 23.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schücking, Walther, Bl. 1–2; Ludwig Quidde an Hans Delbrück, 25.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Quidde, Ludwig, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Ludwig Quidde, 27.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 12–13; Ludwig Quidde an Hans Delbrück, 08.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Quidde, Ludwig, Bl. 3–4; Ludwig Quidde an Hans Delbrück, 09.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Quidde, Ludwig, Bl. 5–6; Ludwig Quidde an Hans Delbrück, 19.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Quidde, Ludwig, Bl. 8–9. Zur Rezeption von Delbrücks Publizistik in der dt. Friedensbewegung vgl. auch Alfried H. Fried: Vom »absurden« und anderen Pazifismus, in: Die Friedens-Warte 18 (1916) 12, S. 345–347.

32 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 11.03.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 11–12; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 14.03.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 11–12; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 24.03.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 17; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 28.03.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 13.

33 Hierzu sei auf den dicht überlieferten Konflikt Martin Hobohms mit dem prominenten »Alldeutschen« Georg von Below um die wechselseitige öffentliche Charakterisierung ver-

Als unmittelbar benachbarte neutrale Staaten waren die Schweiz und die Niederlande als Nachrichtenbörsen und Kommunikationskanäle höchst bedeutsam. In Lausanne stand Delbrück mit Felix Vàlyi in Verbindung, einem ungarischen Orientalisten mit Kontakten zur Hohen Pforte. Gleichfalls Vertreter eines Verständigungsfriedens bemühte sich Vàlyi als Herausgeber der »La Revue Politique Internationale« darum, Delbrück als Exponent »politischer Mässigung« zu weiterer Verbreitung und günstiger Resonanz im französischen Sprachraum zu verhelfen.[34] Mit dem niederländischen Pazifisten Benjamin de Jong van Beek en Donk tauschte Delbrück regelmäßig die »Preußischen Jahrbücher« gegen dessen »Holländische Nachrichten« und die »Stimmen der Vernunft« aus.[35] Über Den Haag verliefen vor allem vermittels Kurt Hahns und Johannes Lepsius' diskrete Verbindungen nach England, um die Resonanz von Delbrücks Schriften und der offiziellen deutschen Friedensfühler jenseits des Ärmelkanals auszuloten. Männer wie der ehemalige konservative Ministerpräsident der Niederlande, Theo Heemskerk, waren die stillen Garanten für Delbrücks ebenso bestimmte wie wolkige Beteuerungen englischer Verständigungsbereitschaft gegenüber deutschen Entscheidungsträgern. Umgekehrt galt Delbrück diesen um Vermittlung bemühten Kreisen in den Niederlanden als besonders vertrauenswürdiger Zeuge für die Aufrichtigkeit deutscher Friedensbereitschaft auf Grundlage supranationaler Verträge.[36]

wiesen, der 1918 über das Kriegsende hinaus auch mit juristischen Mitteln ausgefochten wurde. Vgl. Martin Hobohm an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, 13.03.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 340; [Franz Eiffe] an Martin Hobohm, 14.03.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 340; Martin Hobohm an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, 19.03.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 341; Martin Hobohm an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, 22.03.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 341; Martin Hobohm an die Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Vaterlandspartei, 14.04.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 341; Klage des Universitätsprofessors Geh. Hofrat Dr. Georg von Below in Freiburg i. Br. gegen den Privatdozenten an der Universität Berlin und Redakteur Dr. phil. Matin Hobohm, in Charlottenburg, 17.06.1918, ms. Abschrift, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 349–357; Martin Hobohm an Andreas Blunck, 28.06.1918, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 361–370; Martin Hobohm an Rechtsanwalt Kopf, 21.12.1918, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 394–396.

34 Félix Vàlyi an Hans Delbrück, 29.01.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; Félix Vàlyi an Hans Delbrück, 12.02.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; Félix Vàlyi an Hans Delbrück, 12.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21. Zu Vàlyi vgl. *Berdine*, Redrawing the Middle East, S. 94.

35 Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück, 20.02.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 1; Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück, 11.05.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 2; Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück, 24.06.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 5; Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück, 15.08.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 4; Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück, 16.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 6.

36 Johannes Lepsius an N. N. 6.11.1916, in: N 1017/39; o. V., Brief de Jong van Beek en Donk, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/38; Benjamin de Jong van Beek en Donk an Hans Delbrück,

Das Kriegsgeschehen nach der Eskalation der Julikrise nötigte Delbrück und den »Jahrbüchern« in mehrfacher Hinsicht eine Bilanz der Vorkriegspolitik ab und zwar sowohl hinsichtlich der politischen Paradigmen von traditioneller Großmachtpolitik und militärischer Stärke als auch bezüglich der konkreten Ausgestaltung von Diplomatie und Rüstungsbemühungen. Jahrelang und allem Anschein nach ernstlich überzeugt hatte er auf eine Zukunft des »trockenen Krieges« gesetzt und dem Kaiser persönlich den Regierungsgrundsatz »Friedliche Haltung, kriegerischer Sinn« als vorgeblich längst von diesem eingeübte Politik nahegelegt.[37] Als der ›heiße‹ Krieg entflammte, da galten ihm diese Prinzipien nicht als überholt oder widerlegt. Wiederum im Gegensatz zu ihm prinzipiell nahestehenden Blättern wie der nationalliberalen »Tägliche Rundschau« verteidigte Delbrück in der »Vossischen Zeitung« die deutsche Diplomatie der letzten Vorkriegsjahre gegen solche Vorhaltungen wie jene des radikalnationalistischen Berufsagitators August Keim, nicht zeitig einen Präventivkrieg geführt zu haben. Der Verzicht auf einen solchen, galt ihm als ebenso unvermeidliche wie erfolgreiche Strategie in dem Sinne, dass nur ein »Verteidigungskrieg« die innere Einheit des Reiches gewährleisten konnte, durch die allein ein großer europäischer Krieg für Deutschland zu bestehen war[38]:

»Es ist nicht nur Dankbarkeit, die uns nötigt, diese Tatsache jetzt mit Freudigkeit zu bekennen, sondern es ist, auch politisch von der größten Wichtigkeit, daß das deutsche Volk wie zu seiner militärischen, so auch zu seiner politischen Führung Vertrauen habe, und wenn hier und da Wendungen eintreten, die man nicht sofort verstehen kann und deren Motive man nicht durchschaut, nicht gleich bei uns so sehr verbreitete patriotische Kritik und Nörgelei zu verfallen.«[39]

Wie lange der Krieg auch währte, Delbrück hielt unumwunden an dem Vorkriegskonzept vom Abschreckungseffekt der Hochrüstungspolitik fest. Demnach war der Krieg eine Folge nicht von zu viel, sondern zu wenig Rüstung.

20.02.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jong van Beek en Donk, B. de, Bl. 1. Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 24.12.1915, in: Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 24.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 26.08.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 35–36; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 37–38.

37 Delbrück: In Wehr und Waffen [PJ 142/2], insbesondere S. 266 f.; Hans Delbrück an Wilhelm II., 03.11.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Wilhelm II., Bl. 1.

38 Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 29.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 25–26; Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23; Hans Delbrück: Der Verdienst unserer Diplomatie, in: Vossische Zeitung, 30.08.1914, Nr. 439. Vgl. im weiteren Kriegsverlauf auch Hans Delbrück an Erich von Falkenhayn, o. D. [10.07.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 5–7.

39 Hans Delbrück: Der Verdienst unserer Diplomatie, in: Vossische Zeitung, 30.08.1914, Nr. 439.

Schließlich sei der kriegsauslösende Stoß gegen den schwächeren Part der Mittelmächte, Österreich-Ungarn, geführt worden.[40] Die Donaumonarchie hatte demnach das Recht und im Interesse ihres Großmachtsstatus geradezu die Pflicht, den Mord am Thronfolger nicht ungesühnt hinzunehmen, sondern Serbien einen Schlag zu versetzen, der den von dort ausgehenden Irredentismus endgültig abwehren würde.[41] Während der Gang der Julikrise die Produktionsabläufe der »Preußischen Jahrbücher« als einer Monatszeitschrift rasch überholte, hat Delbrück keinen Zweifel daran gelassen, dass Russland als treibende Kraft der Krise anzusehen war. Dem Balkankönigreich hat Delbrück keine souveräne Außenpolitik zubilligen lassen. Dieses galt ihm als »Vortrupp des panslawistischen Gedankens und ein Außenposten des gewaltigen Rußland.«[42]. Doch obwohl das Zarenreich demnach berechtigtes Interesse an einem ungeschwächten Serbien hatte und die russische Staatsführung darin mit dem Panslawismus der ›öffentlichen Meinung‹ Hand in Hand ginge, hielt Delbrück über Wochen daran fest, dass zumindest eine Lokalisierung des Konfliktes möglich war und wusste sich dabei mit Teilen der Reichsleitung einig. Noch am 16. Juli konnte Paul Rohrbach Delbrück versichern, dass in der Wilhelmsstraße darauf gerechnet wurde, Sankt Petersburg werde eine österreichische Invasion Serbiens hinnehmen und so hat Delbrück es noch in der »Politischen Correspondenz« für das Augustheft für eine realistische Option erklärt, dass der Zar, um der Vermeidung eines großen Krieges Willen und aus monarchischer Solidarität begrenzte Vergeltungsschläge Wiens für den Mord am Kronprinzen tolerieren würde.[43]

Als diese Nummer der »Blauen Hefte« ihre Abonnenten erreichte, war eine jede Lösung solcher Art bereits passé und die Schuldigen dafür saßen, bekräftigte Delbrück, in Sankt Petersburg. Zwar hat er bereits im Septemberheft 1914 eine gewisse Umwertung der kriegsursächlichen Verhältnisse vorgenommen und London mit in die Verantwortung genommen durch Unterlassen ernsthafter diplomatischer Vermittlung, die entscheidenden Schritte des Zarenreiches ermutigt zu haben. Doch dieses hätte im Taumel panslawistischer Ideologie den Krieg vom Zaun gebrochen.[44] Russland blieb der Feind in einem »Kultur-

40 Hans Delbrück an Gottlieb von Jagow, 03.06.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 27; Hans Delbrück: Realpolitischer Pazifismus, in: PJ 166 (1916) 1, S. 177–187; Hans Delbrück: Allgemeine Abrüstung, in: PJ 170 (1917) 2, S. 243–259.

41 Hans Delbrück: Die Kriegsgefahr, in: PJ 157 (1914) 2, S. 374–380, S.376.

42 Delbrück: Die Kriegsgefahr [PJ 157/2], S. 375; vgl. auch Ebd., S. 376–378. Delbrücks Geringschätzung der Balkanstaaten als Faktor der »Weltpolitik« verdeutlicht der offene Brief, den eine Gruppe Exilalbaner um den Journalisten Fail Bei Konica im November 1915 aus Lausanne an Delbrück richtete, um die eigensinnige deutsche Südosteuropapolitik zu beklagen und auf welchen Delbrück jede Antwort schuldig bleib, vgl. *Hösch*, Südosteuropäische Urteile über das Deutsche Reich, S. 131.

43 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 16.07.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XIII, Bl. 12–13; Delbrück: Die Kriegsgefahr [PJ 157/2], S. 377–379.

44 Hans Delbrück: Die Ursachen des Krieges. Die Chancen. Das Ziel, in: PJ 157 (1914) 3, S. 555–567, S. 556–558.

kampf«, der von jenem »Deutschenhass« des viel traktierten Mitrofanoff befeuert wurde[45]:

»Wir vertheidigen die romanisch-germanische Bildung gegen das Moskowiterthum und dabei fallen uns nicht bloß die Franzosen, sondern auch die Engländer in den Rücken!«[46]

Dass die französische Regierung in der Julikrise 1914 nicht die Gelegenheit beim Schopf gepackt und zum Revanchekrieg um Elsaß-Lothringen aufgerufen hatte, sondern in der gleichen Weise wie alle anderen Parteien einen Verteidigungskrieg zu führen betonte, nahm Emil Daniels 1916 als Beweis für die seit dem Sturz Boulangers 1887 verbreitete Einschätzung, an der französischen Staatsspitze scheue man jenen Revanchekrieg.[47] Diese Grundannahme, wonach die Rückeroberung Elsaß-Lothringens bloß als ein überkommenes Propagandamotiv von der französischen Regierung aus innenpolitischer Erwägung aufgegriffen wurde, ist während des Krieges in den Jahrbüchern nicht in Abrede gestellt worden.[48] Auch Delbrück selbst erklärte die »Desannexion« für ein unleugbar überspanntes Kriegsziel, von dem er zumindest bis einschließlich 1917 nicht bereit war zu glauben, es könne einmal über Beendigung oder Fortsetzung des Krieges entscheiden.[49]

45 Das Problem der Triple-Entente. Der russische Geschichtspunkt. Uebersetzung eines französischen Aufsatzes des Fürsten Kotschubey. Mit einer Vorbemerkung des Herausgebers, in: PJ 157 (1914) 3, S. 481–513, S. 481 f. 1915 hat Hans Delbrück beide Texte in Hinblick auf eventuelle Friedensverhandlungen mit Russland als selbständige Broschüre nochmals veröffentlicht, vgl. Die Motive und Ziele der russischen Politik, nach zwei Russen (Prof. v. Mitrofanoff und Fürst Kotschubey). Neu herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Hans Delbrück, Berlin 1915, S. 1. Zu Russland als Feind in einem »Kulturkampf« vgl. auch Waldemar Delbrück an Hermann Oncken, 26.12.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 103–107.

46 Hans Delbrück an Max Lenz, 05.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 15–16; Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20; Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

47 Emil Daniels: Kriegsliteratur, in: PJ 167 (1917) 1, S. 62–97, S. 75 f.

48 Emil Daniels: Serbiens Untergang und der Anschluß Italiens an den Vertrag von London. Elsaß Lothringen und die Franzosen. Amerika und die Engländer, in: PJ 163 (1916) 1, S. 174–190, S. 181–187. Tatsächlich war die franz. Regierung 1912 auf vage Andeutungen deutscherseits, über den Status Elsaß-Lothringens zu einer Annäherung zu gelangen nicht eingegangen, um die für wichtiger erachteten Bündnisse mit Russland und Großbritannien nicht zu gefährden sowie eine nachdrückliche Anerkennung der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich zu vermeiden, vgl. *Schmidt*: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise, S. 285–287.

49 Hans Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und der Reichstag. Wirkungen im Ausland. Zeichen der Erschlaffung bei unseren Feinden. Die wirtschaftliche Ueberlegenheit Deutschlands. Die Kriegslage Ende Dezember, in: PJ 163 (1916) 1, S. 163–174; Hans Delbrück: Die

Als der deutschen Invasion Belgiens am 3. August 1914 die Kriegserklärung Londons folgte, erklärte Hans Delbrück in seiner ersten Analyse der Kriegsursachen für das Septemberheft scharfsinnig, dass die Verletzung der belgischen Neutralität nur der mehr oder weniger dankbar aufgegriffene Vorwand der englischen »Kriegspartei« gewesen sei, um gegen das befürchtete deutsche Hegemonialstreben zu intervenieren. Für Delbrück war der Einmarsch in Belgien auch von daher gerechtfertigt, dass in England ohnehin starke Kräfte zu einer Teilnahme am Krieg getrieben hatten.[50]

Doch bereits im Herbst 1915 setzte er Hermann Oncken auseinander, was in den »Jahrbüchern« erst Ende 1916, eingebettet in die Erörterung der ersten britischen Aktenpublikationen zum Kriegsausbruch, Eingang finden sollte, dass nämlich der maßgeblich verantwortliche englische Außenminister Edward Grey den Krieg nicht gewollt habe, Frankreich und Russland aber darum wussten, dass England nicht abseits stehen werde, wenn der Krieg tatsächlich ausbrach, weswegen Grey durchaus dafür verantwortlich gemacht werden konnte, ihn nicht verhindert zu haben, aber eben nur dafür.[51] Dass die kriegsrelevanten Entscheidungen in London also in Hinblick auf die eigene politische Machtstellung getroffen worden waren, stellte Delbrück auch explizit dem Topos vom englischen »Handelsneid« entgegen.[52]

Demnach hatte Grey den Krieg nicht zuletzt darum billigend in Kauf genommen, weil er die Chance zu bieten schien, die inneren Konflikte des Empires nach außen abzulenken.[53] Denn wie Delbrück, dessen »Correspondenz« in England weiterhin mit steter Regelmäßigkeit als repräsentative Positionie-

Deutsche Vaterlandspartei, in: PJ 170 (1917) 1, S. 154–157; Hans Delbrück: Die innere Krisis und die auswärtige Politik, in: PJ 170 (1917) 2, S. 303–310. Gerüchte über eine sozialdemokratischer Verständigungsidee, durch die Aufgabe der französisch besetzten Teile des Oberelsaß Friedenschancen im Westen zu eröffnen, hat Delbrück bedauert, ohne ihnen weitere Beachtung zu schenken, vgl. Hermann Oncken an Hans Delbrück, 30.12.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 57–58; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 02.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 54–55; Gustav Schmoller an Hans Delbrück, 26.02.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schmoller, Gustav, Bl. 33; Hans Delbrück an Gustav Schmoller, 26.02.1917, in: GSta PK, VI. HA, Nl. Schmoller, G., Nr. 204a, Bl. 12–15.

50 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3], S. 558 f. Für die Entscheidungsabläufe in London vgl. *Rose*, David Lloyd George und die britische Entscheidung für den Kriegseintritt von 1914.

51 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 27.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 49; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 14.11.1915, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 49–50.

52 Hans Delbrück: Richard Kiliani: Der deutsch-englische Wirtschaftsgegensatz, in: PJ 162 (1915) 2, S. 355–357.

53 Glaukos [Kurt Hahn]: Die neue Diskussion der Schuldfrage Englands, in: PJ 166 (1916) 2, S. 328–343; für die Auflösung des Pseudonyms vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 5, Bl. 573; Hans Delbrück: Lord Grey. Der »unabhängige Ausschuß«. Nötige Neuorientierungen. England oder Rußland, in: PJ166 (1916) 2, S. 343–351.

rungen des herrschenden Milieus referiert wurden[54], die Dinge sah, bestätigte sich im Verlauf des Jahres 1916 ein ganzes Bündel innerbritischer Verhältnisse als ausgesprochen krisenhaft: vom Streit um die allgemeine Wehrpflicht bis zum nun endgültig gewaltsam eskalierenden Konflikt um die irischen Autonomiebestrebungen.[55] Vor allem jedoch erkannte Delbrück frühzeitig die in der historischen Forschung lange vernachlässigte, globale bündnispolitische Rücksichtname Englands nach dem Ausgleich mit Russland 1907 als wirkmächtigen Faktor der englischen Politik in der Julikrise an:

»Grey war doch tatsächlich in einer überaus schwierigen Lage; entfernte er sich von Russland, so müsste er fürchten, dass dieses sich auf irgend eine Weise mit uns einigen werde, und er wird doch ganz gut gewusst haben, wie feindselig die Absichten von Tirpitz und Genossen gegen England waren, und dass diese Richtung, wenn auch in Deutschland nicht herrschend, so doch sehr einflussreich war«.[56]

Während also alldeutsche Autoren wie Ernst zu Reventlow unter dem Eindruck des Kriegsgeschehens das Bild Englands in historiographischen Darstellungen der internationalen Beziehungen vor Kriegsausbruch immer düsterer färbten, hat Delbrück bereits im Krieg den vermeintlichen ›Endgegner‹ moderater beur-

54 Vgl. etwa Germany Fights for Freedom, in: The Review of Reviews 51 (1915) 304, S. 316; Foreign Opinion on the War, in: The Review of Reviews 52 (1915) 310, S. 333; Divided Germany, in: The Review of Reviews 56 (1917) 336, S. 474–476. Nur gelegentlich wurde die Auslieferung Delbrück'scher Artikel nach England von der Zensur unterbunden, vgl. Hans Delbrück an Bernhard von Bülow, 05.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1016/70, Bl. 47–48.

55 Hans Delbrück: Der Hauptfeind, Lloyd-George und Bethmann-Hollweg, in: PJ 166 (1916) 2, S. 163–167; The Decline of England, in: The Review of Reviews 53 (1916) 318, S. 601 f. Die »irische Frage« war vor Kriegsausbruch gelegentlich von Emil Daniels und Heinrich Zimmer, dem ersten Ordinarius für Keltologie im Deutschen Reich, in den »Jahrbüchern« behandelt worden, vgl. Emil Daniels: Home rule, in: PJ 72 (1893) 2, S. 356–377; Heinrich Zimmer: Pan-Keltismus in Großbritannien und Irland, in: PJ 92 (1898) 3, S. 426–494; Heinrich Zimmer: Pan-Keltismus in Großbritannien und Irland II, in: PJ 93 (1898) 1, S. 59–93; Heinrich Zimmer: Pan-Keltismus in Großbritannien und Irland III, in: PJ 93 (1898) 2, S. 294–334; Emil Daniels: Die Verfassungskrisis in England. Das schweizer Referendum vom 4. Februar. Deutsch-Englisches Wettrüsten? Beirut, in: PJ 147 (1912) 3, S. 549–564; Emil Daniels: Bürgerkrieg in England?, in: PJ 157 (1914) 2, S. 363–370. Als 1916 der Osteraufstand in Dublin ausbrach, hat auch Hans Delbrück das Dilemma erkannt, in das die hoffnungslos unterlegenen Aufständischen die britische Regierung stürzten, welche außer den Folgewirkungen des Aufstands und seiner Bekämpfung für die innere Ordnung des Empire auch noch die Beziehungen zu den USA mit ihrer großen irischstämmigen Bevölkerungsgruppe einkalkulieren mussten, vgl. Hans Delbrück: England und Irland, in: PJ 164 (1916) 3, S. 571–573. Zur Geschichte des Osteraufstands vgl. *McGarry*, The Rising; zur deutschen Unterstützung für den Aufstand vgl. *Klocke*, Von Innen schwächen – Von außen besiegen; zu seiner Bedeutung für die Außenbeziehungen Großbritanniens vgl. *Hartley*, The Irish Question as a problem in British Foreign Policy.

56 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 02.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 54–55. Zur späten Anerkennung der bündnispolitischen Prioritäten Großbritanniens im Vorfeld des Ersten Weltkriegs vgl. *Rose*, Zwischen Empire und Kontinent, S. 590.

teilt und unter Inkaufnahme der Verhärtung der internen Spannungen im Reich kritischen zeitgeschichtlichen Kommentaren den Weg bereitet.[57] Zugleich verteidigte er auch im Krieg Bülows konfliktträchtige Flottenrüstung gegen zeithistorische Kritik als alternativlose Vorbedingung jeder Großmachtpolitik. So hat etwa der Tübinger Historiker Johannes Haller 1917 in den »Süddeutschen Monatsheften« die Flottenpolitik als Kardinalfehler der Regierungszeit Bülows dargestellt, der besser daran getan hätte, Frankreich und Russland in Präventivkriegen niederzuwerfen, um freie Hand für eine »Weltpolitik« im Verein mit England zu gewinnen. Dem hielt Delbrück die Lehre vom Gleichgewicht der Mächte entgegen, nach der ein solches kontinentales Hegemonialstreben auch ganz ohne Flottenrüstung Englands Feindschaft erregt haben würde.[58] Erst nach der deutschen Niederlage sollte Delbrück sich dem Standpunkt annähern, den ihm Karl Galster schon während des Krieges ein ums andere Mal auseinandergesetzt hatte, dass nämlich die Flottenpolitik in der Ära Bülow, zum Selbstzweck geworden war, zur Rüstung um der Rüstung willen, die auf Englandfeindschaft als treibendem Moment fußte und wiederum auf die feindseligen Reaktionen in England als Argument angewiesen war.[59]

Die zahlenmäßige Unterlegenheit der Mittelmächte hat Delbrück früh und unumwunden anerkannt.[60] Die deutschen Erfolgschancen verortete er daher in der immateriellen Qualität des deutschen Militärs. Da auch Delbrücks kritischer Geist sich nicht dem Mythos vom »Augusterlebnis« entziehen konnte, sah er die allgemeine Wehrpflicht und das »monarchische Prinzip« in jener urban-bildungsbürgerlichen Erfahrung von Einheit und Begeisterung der ersten Kriegswochen zum Ausschlag kommen. Diese Verbindung war demnach nicht bloß sittlicher Fortschritt gegenüber den zwar siegreichen, jedoch geworbenen und gepressten Heeren der altpreußischen Militärgeschichte. Sie versprach ›moralische‹ Überlegenheit gegenüber dem disparaten russischen Vielvölkerheer und dem Parteienregiment und Wankelmut der öffentlichen Meinung unter-

57 Veit Valentin an Hans Delbrück, 06.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentin, Veit, Bl. 5; Veit Valentin: Graf Reventlow als Geschichtsschreiber, in: PJ 165 (1916) 2, S. 243–252.

58 Hans Delbrück: Professor Haller über den Fürsten Bülow, in: PJ 167 (1917) 3, S. 505–513; Hans Delbrück an Bernhard von Bülow, 05.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1016/70, Bl. 47–48; Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 23.03.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 32–38; vgl. auch Hans Delbrück: Selbstanzeige ›Krieg und Politik 1914–1916‹, in: PJ 171 (1918) 1, S. 110–113. Zu Haller als Zeithistoriker während des Ersten Weltkriegs vgl. *Hasselhorn*, Johannes Haller, S. 113–150.

59 Hans Delbrück: Schuld und Schicksal, in: PJ 177 (1919) 1, S. 136–141; Karl Galster an Hans Delbrück, 27.10.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 59–60; für Delbrücks anhaltend milde Beurteilung von Bülows Rolle vgl. Gustav Roloff an Hans Delbrück, 20.06.1919, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 99–101; Gustav Roloff an Hans Delbrück, 20.07.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 102–103.

60 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3].

worfenen französischen Militär.[61] Auch der britischen Berufsarmee seien die deutschen Streitkräfte sittlich überlegen, wie sich angeblich besonders im kolonialpolitischen Rahmen bewies, insofern die erstere Grundlage einer globalen Gewaltherrschaft sei, wozu ein »Volksheer« angeblich gerade auch nach Meinung englischer ›Experten‹ reichlich ungeeignet wäre.[62]

Indes stellte sich die militärische Leistungsfähigkeit und die hartnäckige Siegeszuversicht Frankreichs wieder und wieder als eine der größten Überraschungen für Delbrück und seinen engeren Kreis heraus.[63] Zu dieser Fehleinschätzung hat sich Delbrück auch öffentlich bekannt, ohne ob der »überraschenden Tüchtigkeit« im französischen Falle sein geringschätziges Urteil über die republikanische Verfassungsordnung gänzlich zu revidieren.[64] Unter dem Dach des »Büro Hobohm« entstanden eine ganze Reihe Schriften, welche in der deutschen Tagespresse französische »Kriegsgreuel«, die folgenreiche Wirkung des französischen Revanchismus für die internationalen Beziehungen und die systematische Verleumdung der deutschen Kriegführung in der französischen Presse geißelten. Rankes »romanisch-germanischen Kulturgemeinschaft« hat Delbrück 1916 selbst begraben.[65] Gleichwohl lag eine deutlich versöhnliche Haltung gegenüber dem alten Erzfeind im Trend. Im Kontrast zu antirepublikanischen Tiraden der zurückliegenden Friedenszeit fand Frankreich unter den deutschen

61 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3]. Zum Phänomen des »Augusterlebnis« vgl. *Verhey*, Der »Geist von 1914«, insbesondere S. 155–167.

62 *Delbrück*, Das deutsche militärische System, S. 192 f.

63 Hans Delbrück an Max Lenz Lenz, 23.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 31; Hans Delbrück an Berthold Delbrück, 17.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 25–27; Clemens von Delbrück an Delbrück, 02.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Clemens von, Bl. 24–31; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 07.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 24. Zur Erwartungshaltung einer eindeutigen militärischen Überlegenheit der deutschen Truppen in diesem Kontext vgl. Gustav Roloffs Bericht über Gespräche mit Fronteinheiten in Gießen während der ersten Kriegswochen, Gustav Roloff an Hans Delbrück, 01.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 67–68.

64 Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im März. Der Rücktritt des Admirals v. Tirpitz. Monarchie und Parlamentarismus im Kriege, in: PJ 164 (1916) 1, S. 187–196, S. 196.

65 Delbrück: Der Hauptfeind [PJ 166/2], S. 164 f.; Justus Keller [Joachim Kühn]: Französische Menschlichkeit?, Weimar 1916; Revanchegedanken in der französischen Volkserziehung, in: Deutsche Korrespondenz, 13.12.1916, Nr. 1; Das Stammbuch der französischen Greuljournalistik, in: Deutsche Korrespondenz, 19.12.1916, Nr. 2; Französische Sehnsucht nach dem linken Rheinufer, in: Deutsche Korrespondenz, 27.12.1916, Nr. 3; Eine Liga zum Raub des linken Rheinufers, in: Deutsche Korrespondenz, 11.01.1917, Nr. 6; Ferdinand Tönnies: Poincarés Streich, in: Deutsche Korrespondenz, 11.01.1917, Nr. 6; Französische Mordphilosophie, in: Deutsche Korrespondenz, 08.02.1917, Nr. 10; Ein Wort zur französische Hetzliteratur, in: Deutsche Korrespondenz, 01.03.1917, Nr. 13; Französische Hetzarbeiten in Spanien, in: Deutsche Korrespondenz, 29.03.1917, Nr. 17. Zum Wiederabdruck in der regionalen Tagespresse vgl. Uebersicht über den Abdruck aus der »Deutschen Korrespondenz«, in: BArch Koblenz, N 1017/21 sowie Martin Wenck, Uebersicht No. 2, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 280–286

Intellektuellen lagerübergreifend Anerkennung als ehrenwerter Gegner.[66] Die frühen russischen Offensiverfolge an der Ostfront deckten sich mit Delbrücks Erwartungen, die entsprechend dem unverwässerten Schlieffen-Plan von einem deutschen Rückzug auf die Weichsel ausgingen. Die deutschen Abwehrerfolge in Ostpreußen führte er denn auch weniger auf genialisches Feldherrentum der dort ihre gemeinsame Laufbahn beginnenden Hindenburg und Ludendorff zurück, als vielmehr auf ein überhastetes Vorrücken der Russen zur Entlastung der Franzosen im Westen ohne hinreichende taktische Vorbereitung. Die russische »Offensivkraft« veranschlagte Delbrück als recht begrenzt.[67] Von daher ging er bereits lange vor dem weiträumigen Vorrücken der deutschen Frontlinien ins Zarenreich hinein daran, »das Fell des Bären [zu; jk] verteilen«.[68] Nachdem er bereits im ersten Kriegswinter privatim mehrfach die Erwartung ausgedrückt hatte, dass Russland, bereits wichtiger Kriegsmaterialien entbehrend, bald mürbe gemacht sein würde, musste Delbrück freilich in seinen monatlich fortlaufenden Darstellungen der Kriegsereignisse zugestehen, dass die Armee zumindest unter dem Zustrom von Waffen und Munition aus den Depots der Ententepartner ihren überdurchschnittlich hohen Verlusten an Soldaten zum Trotz handlungsfähig blieb und stellenweise Landgewinne erzielen konnte.[69]

Mit vielen anderen deutschen Intellektuellen negierte Delbrück konsequent jede politische oder moralische Unterscheidung von Heer und Volk, Waffen und Geist, wie sie von um Verständigung bemühten Kollegen jenseits der Front gemacht wurden. Diese Einheit inszenierte Delbrücks Beitrag über »Das deutsche militärische System« in dem von preußischem Kultusministerium und Auswärtigen Amt geförderten, propagandistischen Sammelband »Deutschland und der Weltkrieg« von 1915. Keine epistemische Reserve verhinderte es, dem Wunsch des zum Stellvertretenden Generalstab abgeschobenen jüngeren Moltke zu entsprechen und jenem »System« einen »defensiven Charakter« zu bescheinigen.[70] Denn gegen einen besonderen expansionistischen Charakter der Deutschen verwahrte sich Delbrück strikt und trat diesem »Militarismus«-Vorwurf speziell

66 *Bruendel*, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, S. 82 f.

67 Hans Delbrück an Max Lenz, 05.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 15–16; Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20; Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

68 Wilhelm Kulemann an Hans Delbrück, 30.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kulemann, Wilhelm, Bl. 43–44.

69 Hans Delbrück an Lenz, 15.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 27–28; Hans Delbrück an Max Lenz, 13.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 29–30; Hans Delbrück an Max Lenz, 13.06.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 34–35; Hans Delbrück: Der Krieg im September, in: PJ 166 (1916) 1, S. 167–173.

70 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 137 f.; Ebd., Bl. 145; Hans Delbrück an Helmut von Moltke, 30.01.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 20–21; Friedrich Meinecke an Hans Delbrück,

in der englischsprachigen Presse entgegen. Nicht zuletzt ging es dabei darum, ›Aufklärungsarbeit‹ zwecks Wahrung der amerikanischen Neutralität zu leisten. Denn bereits während der ersten Kriegswochen hatte Delbrück die ›öffentliche Meinung‹ in den USA als eine entscheidende »Macht« in diesem Konflikt zu schätzen gelernt und begrüßte jede Initiative, die wie die Rede seines Schwagers Harnack auf einer deutsch-amerikanischen Sympathiekundgebung im Berliner Rathaus am 11. August 1914 oder Harnacks tags darauf nachfolgender Artikel im »Berliner Tageblatt« darauf abzielte, die amerikanische Öffentlichkeit der fortdauernden Freundschaft Deutschlands zu versichern.[71] Delbrück seinerseits setzte dem Publikum der »Jahrbücher« ausführlich die Gründe auseinander, derer wegen das Deutsche Reich in den USA als Aggressor wahrgenommen wurde. Selbst nur knapp schweren Folgen der bei Kriegsbeginn in Deutschland grassierenden Spionagehysterie entgangen, hat Delbrück etwa der in den USA gleichfalls virulenten ›Spionitis‹ längliche Ausführungen gewidmet, wo unter Anknüpfung an die Legenden um Bismarcks ›Spionagechef‹ Stieber ein umfassend durchorganisiertes deutsches Agentennetz mit fünfstelliger Personalstärke imaginiert wurde.[72]

Im Besonderen galt es, die noch heute verschiedentlich bemühten Kronzeugen eines singulären deutschen »Militarismus«, Nietzsche, Treitschke und Bernhardi zu desavouieren. Ersteren erklärte Delbrück während des Januars 1915 in den »Chicago Daily News« zu einem anarchistischen ›Wahnsinnigen‹ ohne Einfluss in der en passant zur maßgeblichen gesellschaftsprägenden Kraft stilisierten »Wissenschaft«. Selbst Delbrücks Lehrstuhlvorgänger Treitschke habe

08.01.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Meinecke, Friedrich, Bl. 30–31; Delbrück: Das deutsche militärische System; Hans Delbrück: Deutschland und der Weltkrieg, in: PJ 161 (1915) 3, S. 530–533. Zur »Zwei-Deutschland-Theorie vgl. als Phänomen politischer Deutungskultur in Großbritannien vgl. *Hoeres*, Krieg der Philosophen, S. 584; zu den unterschiedlichen Formen der »Zwei-Deutschland-Theorie« vgl. Ebd., S. 131–179.

71 Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23; *Nottmeier*, Adolf von Harnack und die deutsche Politik, S. 393.

72 Hans Delbrück: Was Amerikaner glauben, in: PJ 159 (1915) 3, S. 481–497, insbesondere S. 484 f. Im Zuge der Erregung um die sogenannten »Goldautos«, mit denen angeblich französische Offiziere in geheimer Mission Gold nach Russland transportieren, wurde auch der Wagen unter Feuer genommen, der Delbrück am 2. August nach Spandau beförderte, um einen Konflikt zwischen seinem Sohn Waldemar und dessen militärischen Vorgesetzten zu schlichten. Zu den Ereignissen vom 02.08.1914 vgl. Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 60. Zum »Goldauto«-Gerücht vgl. *Müller*, Die Nation als Waffe, S. 67–70. Zur Entwicklung des Stieber-Mythos vgl. *Weiss*, Wilhelm Stieber, August Schluga von Rastenfeld und Otto von Bismarck, S. 98–102. Die erste relativ seriöse Stieber-Biographie von 1884 hat Delbrück seinerzeit beifällig rezensiert und zum Zeugnis für eine Ära innenpolitischer Repression und außenpolitischer Inferiorität Preußens erklärt, vgl. Hans Delbrück: Denkwürdigkeiten des Geh. Regierungsrathes und Polizeidirectors Dr. Stieber. Aus seinen hinterlassenen Papieren bearbeitet von Dr. Leopold Auerbach, in: PJ 52 (1883) 4, S. 410; zum Quellenwert der Darstellung Auerbachs vgl. *Weiss*, Wilhelm Stieber, August Schluga von Rastenfeld und Otto von Bismarck, S. 95–98.

mehr durch sein patriotisches Pathos gewirkt, nicht durch die Errichtung eines fortdauernden geistigen Systems respektive einer wissenschaftlichen Schule. Die wissenschaftliche Devianz Nietzsches teilte demnach auch Bernhardi, der als einziger der drei noch lebte. Mit dessen energischem Protest gegen die Verletzung seiner Offiziersehre durch Delbrücks abwertende Äußerungen zu seiner Person sowie deren farbenfroher Ausschmückungen in der US-Presse, nebst der Vorhaltung, Bernhardi sei bei dem Feldzug von 1871 auf einem gestohlenen Pferd in Paris eingeritten, lebten auch die militärisch-zivilen Frontstellungen des Strategiestreits wieder auf.[73] Dem Streit, der vor allem zwischen britischen und deutschen Gelehrten um die drastische deutsche Kriegführung in Belgien mit ihren zahlreichen zivilen Opfern ausgefochten wurde, ist Delbrück nicht allzu nahegetreten. Im Chor der Rechtfertigungen der Invasion des neutralen Nachbarn war er eine gewichtige Stimme unter vielen.[74] Nur im Einklang mit der Erklärung Bethmann Hollwegs über die Verletzung der belgischen Neutralität hat er die Vorwürfe deutscher Rechtsbrüche überhaupt anerkannt. Ganz überwiegend wies er sie zurück oder relativierte sie durch ungenierte Vergleiche, die den ›realpolitischen‹ Scharfsinn seiner US-amerikanischen Rezipienten in Zweifel zogen und erklärte sie im Januarheft 1915 zu einer unzulässigen moralischen Überhebung der Engländer.[75]

Während selbst moderate Weggefährten Delbrücks im Kampf gegen die »Alldeutschen«, wie der Kieler Theologe Otto Baumgarten, eine offensive militärische Überwindung Englands optimistisch in den Blick nahmen, hat er selbst von 1914 an so implizit wie stetig auf die »Ermattungsstrategie« gesetzt. An die Imperialismusdebatten der Vorkriegszeit anknüpfend prognostizierte er eine Implosion des überdehnten britischen Weltreiches, je länger dieses sieglos gegen Deutschland Krieg führte.[76] Während die Kriegszieldebatte zunächst vor allem unter der Oberfläche gärte, erhielt sich Delbrück die öffentlich vertretene Zuversicht, dass London im Bewusstsein dieser Schwächen einem Ver-

73 The Chicago Daily News an Hans Delbrück, 20.01.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/16; Hans Delbrück, in: Chicago Daily News, o. D. [1915]. Zu Delbrücks Auseinandersetzung mit Bernhardi vgl. Friedrich von Bernhardi an Hans Delbrück, 04.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, v. Bernhardi, Bl. 1–2; Hans Delbrück an Friedrich von Bernhardi, 10.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bernhardi, Friedrich von, Bl. 1–2. Zur Trias Nietzsche-Treitschke-Bernhardi als Vehikel britischer Propaganda in den USA während des Ersten Weltkriegs vgl. *Daniel*: A brief time to discuss America, S. 330 f. Zur Nietzsche-Treitschke-Bernhardi-Debatte vgl. auch *Klein*: Philipp Zorn und der Krieg, S. 548 f.

74 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3], S. 559 f.; *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 40–42; Ebd., S. 86 f.; zur Rolle Belgiens in den deutschen Kriegsplänen vgl. *Brüll/Bechet*, Eine lästige Garantie, S. 117–123.

75 Delbrück: Was Amerikaner glauben, [PJ 159/3]; Hans Delbrück: Das Zahlenübergewicht unserer Gegner und die Politik Belgiens, Die strategische Lage, in: PJ 159 (1915) 1, S. 181–189, S. 181 f.

76 Martin Hobohm an Hans Delbrück, 06.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hobohm, Martin, Mappe II, Bl. 2–6; Hans Delbrück: Das englische Weltreich, in: PJ 158 (1914) 2, S. 370–376, S. 375 f.

handlungsfrieden zustimmen musste, in dem Deutschland das ›Faustpfand‹ Belgien gegen Kolonialbesitz und Kriegskontributionen herausgeben würde.[77] Im Besonderen nach den erfolglosen alliierten Offensiven gegen die Dardanellen zwischen Februar und April 1915 gab sich Delbrück im vertrauten Kreis gewiss:

»Ein Hauptpunkt ist mir: England kriegen wir auf jeden Fall klein, wenn es uns nur gelingt, die Türkei zu erhalten und zu regenerieren. Denn wenn die Türkei nur fünf Jahre administriert, Eisenbahnen baut und Soldaten bildet unter *unserer* Anleitung, so sitzt England in Egypten wie der Vogel auf den Bäumen.«[78]

Eine Ausweitung des Krieges in Europa hat Delbrück zu keiner Zeit erstrebt.[79] Während er den Einsatz portugiesischer Truppen auf Seiten der Entente wohl bestenfalls zur Kenntnis genommen hat, sah er den italienischen Kriegseintritt im Mai 1915 bereits im März sich abzeichnen. Seine Sorgen gingen indes vor allem dahin, das Gros der italienischen Armee könnte die Streitkräfte der Entente an der deutschen Westfront verstärken, während er die defensiven Kräfte der Südgrenze Österreich-Ungarns für stark genug hielt, als dass Italien Vorstöße in dieser Richtung gar nicht erst unternehmen würde.[80] Die relative militärische Tatenlosigkeit Italiens, dessen Operationsziele sich als von den realen Verhältnissen des Gebirgskriegs ziemlich entfernt erwiesen, hat Delbrück in seinen monatlichen Darstellungen der Kriegsereignisse des Sommers 1915 mit beißendem Spott gezeichnet. Nichtsdestotrotz hat ihn der italienische Seitenwechsel, wiewohl längst absehbar, schwer getroffen und sein Lagebild ganz allgemein verdüstert.[81] Seine Hoffnung blieb auch in Bezug auf Italien der Separatfrieden mit einer ›echten‹ Großmacht, die ihrerseits nicht für Italiens Großmachtsträume zu Felde ziehen geneigt sein dürfte, um die feindliche Allianz zu sprengen.[82] Ohne daraus eine öffentliche Anklage zu fabrizieren, hat Delbrück die Verantwortung für den Bündniswechsel und den Kriegseintritt Italiens beim deutschen Sonderbotschafter in Rom, dem ehemaligen Kanzler Bülow verortet, der allzu sehr der klassischen Kabinettsdiplomatie verhaftet, die tatsächlich wirksamen politischen Triebkräfte übersehen habe. Ganz im Geiste ihres Unbehagens an der

77 Hans Delbrück an Berthold Delbrück, 17.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 25–27; Hans Delbrück an Max Lenz, 23.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 31.

78 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 28.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 39–40.

79 Zu den tatsächlich vollzogenen Kriegseintritten weiterer Mächte vgl. zum Überblick *Höbelt*, To fight or not to fight?

80 Hans Delbrück an Berthold Delbrück, 17.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 25–27.

81 Hans Delbrück: Der Krieg im Juni, in: PJ 161 (1915) 1, S. 189–192; Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse im Juli, in: PJ 161 (1915) 2, S. 376–380, S. 379; Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, S. 155; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.05.1915, ms. Abschrift in: Ebd.

82 Hans Delbrück an Max Lenz, 13.06.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 34–35.

Massenpolitik haben Delbrück und Emil Daniels zuvörderst in den republikanischen Parteien maßgebliche interventionistische Kräfte erkannt, und zugleich die geopolitischen Ambitionen der italienischen Staatsführung unterschätzt. Das Haus Savoyen galt ihnen als außerhalb des Piemont wenig sattelfest und darum zu ›realpolitischen‹ Integrationsleistungen nicht in der Lage, wessenthalben die von Frankreich geförderte republikanische Bewegung die Monarchie erfolgreich vor sich hertreiben konnte.[83]

Seine Vorkriegsprognosen über die internationalen Flurschäden, die die jahrelange Drangsalierung der Nordschleswiger angerichtet hatte, fand Delbrück in den Berichten des pazifistischen Publizisten Otto Lehmann-Rußbüldt bestätigt, der als Emissär des »Bund Neues Vaterland« im Frühsommer 1917 Kopenhagen und Stockholm besuchte. Die Publikationen des »Bund« fanden zwar durchaus unerwartet breite Resonanz und schienen es zumindest Lehmann glaubhaft behauptbar zu machen, dass diese neben politischen und ökonomischen Erwägungen dazu beitrugen, eine grundsätzlich wohlwollende Neutralität Dänemarks und Schwedens gegenüber dem Deutschen Reich zu bewahren. Seine Zusammenkünfte mit Geschäftsleuten, Gelehrten, Abgeordneten und Beamten beider Länder, darunter dem Bürgermeister von Stockholm Carl Lindhagen und dem nachmaligen ersten sozialdemokratischen Regierungschef Schwedens, Hjalmar Branting, zeitigten die Einsicht, dass quer durch die politischen Parteiungen hinweg Dänen wie Schweden die »politische Kultur« Deutschlands als strukturell illiberal ansahen und unter diesen Gesichtspunkten ihre Sympathien England zuneigten.[84]

Während Lehmann der freilich realitätsfernen Hoffnung anhing, Stockholm könne die Munitionszufuhr aus England nach Russland wirksam unterbinden, hat Delbrück jeden Gedanken daran, Schweden gegen Russland »in Bewegung zu bringen«, entschieden abgelehnt. Mit dem Schwedischen Offizier, Publizisten und liberalen Politiker Ernst Liljedahl fand er sich darin einig, dass durch eine derartige Strategie eine weitere Verlängerung des Krieges und zusätzliche, strategische Unsicherheit drohte. Zumal da es den Mittelmächten schwerer als der Entente fallen musste, noch einen weiteren Kriegsschauplatz zu bewältigen, sollten die nordischen Länder ihre Neutralität in die eine oder andere Richtung aufkündigen.[85]

83 Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 05.07.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 8–9; Emil Daniels: Italiens innere Verhältnisse während des Krieges, in: PJ 164 (1916) 3, S. 561–656. Zum Kriegseintritt Italiens vgl. *Clemens*, Macht und Ehre, S. 132–136.

84 Otto Lehmann-Rußbüldt an Hans Delbrück, 07.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; Bericht Lehmann-Russbüldt über Eindrücke einer Reise nach Dänemark und Schweden, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

85 Hans Delbrück an Max Lenz, 13.06.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 34–35; Otto Lehmann-Rußbüldt an Hans Delbrück, 07.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; Emma Krapper an Hans Delbrück, 06.05.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; Bericht Lehmann-Russbüldt über Eindrücke einer Reise nach Dänemark und Schweden, in: BArch Koblenz, N 1017/38. Über die Revolutionspolitik des Auswärtigen Am-

Den kolonialen Kriegsschauplatz, über den freilich nur mit erheblicher Verspätung Informationen zu beziehen waren, hat Delbrück in seinen monatlichen Berichten über das Kriegsgeschehen kaum behandelt. Inwieweit hier vorauseilende Rücksichtnahme auf die Zensur wirksam war, lässt sich nicht aus den überlieferten Quellen fassen, doch als Delbrück 1915 an »Deutschland im Weltkrieg« mitarbeitete, war es gerade der Themenkomplex der Kolonialpolitik, der von der selbst korrekturlesenden Reichsleitung mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht wurde. Mit der ausdrücklichen Zustimmung nicht nur Delbrücks, sondern auch des Reichskanzlers, zeichnete der Kolonialstaatsekretär Wilhelm Solf in diesem, die deutschen Kolonien als Ausgeburt der Friedfertigkeit, welche Berlin im Vertrauen auf die Solidarität der ›weißen‹ Mächte und im bewussten Gegensatz zum historisch notwendigen Militarisierungsgrad im Reich bloß mit minimalistischen Militärstrukturen ausgestattet hätte.[86]

Von daher liegt der Schluss nahe, dass Delbrücks unverändert einseitiges Interesse an der Kolonialthematik und politische Wegweiser des Sagbaren Hand in Hand gingen. Doch die strategischen Wechselwirkungen zwischen den Schlachtfeldern Flanderns und der Nordsee einerseits und jenen Tansanias und der Südsee andererseits blieben in Delbrücks Überlegungen und Äußerungen gänzlich unterbelichtet, wenn man von eher kursorischen Bemerkungen über die »hunderttausend Mann, vielleicht eine halbe Million, sehr gefährliche schwarze, braune und gelbe Soldaten« absieht, welche die Entente in den Kolonien ausgehoben hatte und die genauso wie das Bündnis mit Japan dem verbreiteten Narrativ vom ›Verrat‹ an einem als kulturelle Einheit gedachten Europa zuzurechnen waren.[87] Ein gleiches gilt für das Schicksal derjenigen Deutschen, die nach der frühen Kapitulation nahezu aller deutschen Kolonien ausgenommen Ostafrikas in alliierte Kriegsgefangenschaft gingen oder als Zivilisten gemeinsam mit Solchen interniert wurden, die in den Kolonien der Entente-Mächte als feindliche Ausländer aufgegriffen worden waren, obwohl letztere Gruppe immerhin einen seiner Schwiegersöhne einschloss.[88]

tes war Delbrück war Delbrück zumindest grob im Bilde, vgl. Delbrück an Lenz, 13.06.1915. Eine Gesamtdarstellung der konspirativen Kriegführung des Deutschen Reiches fehlt. Für den Orient vgl. zusammenfassend *Loth*, »Dschihad made in Germany«? Für Europa vgl. zum knappen Überblick *Klocke*, Von Innen schwächen – von außen besiegen. Für die Beziehungen deutscher Stellen zu indischen Nationalisten vgl. *Hoover*, The Hindu Conspiracy in California.

86 Wilhelm Solf an Hans Delbrück, 24.02.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Solf, Bl. 6; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 10.08.1915, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 47–48; Wilhelm Solf: Die deutsche Kolonialpolitik, in: Hintze/Meinecke/Oncken/Schumacher: Deutschland und der Weltkrieg, S. 153–181, S. 154 f.

87 Hans Delbrück: Versöhnungs-Friede, Macht-Friede, Deutscher Friede, in: PJ 168 (1917) 3, S. 485–493, S. 486.

88 Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 74 f.

Bereits im Dezemberheft 1914 hatte der Wiener Journalist Berthold Molden, ein Vertrauter des in Sarajevo ermordeten k. u. k. Thronfolgers, Deutschland zur Schutzmacht der asiatischen Nationen, von der Türkei bis nach China erklärt. Damit repräsentierte er nicht nur die publizistische Verbrämung der deutschen Bündnispolitik und konspirativen Kriegführung im Orient, sondern spannte jene von Delbrück im Frieden vertretene Ansicht fort, dass eine besondere deutsche Mission existiere, mit dem Konzert der Großmächte auch den – freilich für übersichtlich erachteten – Reigen der Kulturen der Welt im Gleichgewicht zu halten.[89] Unter den Kriegsumständen erfuhren die kolonialen Räume dichtere Betrachtung in den »Jahrbüchern« und wurden von Kolonialschriftstellern wie Emil Zimmermann vor allem auf ökonomische Relationen hin beleuchtet.[90] Bereits im Herbst 1914 prognostizierte Delbrück selbst, der massive Einsatz indischer Kolonialtruppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz würde das Selbstbewusstsein der indischen Fürsten gegenüber London ebenso heben, wie das britische Bündnis mit Russland als Erzfeind des Kalifen die muslimische Bevölkerung der englischen Kolonien erzürnen müsste. Die zeitliche Korrelation vom Krim-Krieg 1854/55 und der »Indian Mutiny« 1857 ließ auch Delbrück die Hoffnung verbreiten, dass Englands Engagement in einem großen europäischen Krieg die unzufriedenen Teilglieder des Empires zum Aufstand anreizen würde, was Grundlage für deutsche, nachrichtendienstliche Operationen von Irland bis Indien wurde, die sich der mäßig erfolgreichen Aufgabe widmeten, die antibritische Revolution anzukurbeln. Jede Konzession Londons, um die Inder im Krieg bei der Stange zu halten, sowie das Bündnis mit Japan, würden indes die »weißen Siedlerkolonien« dem Mutterland entfremden.[91]

Im Fokus stand in dieser Beziehung weiterhin der Orient, obwohl das Bagdad-Komitee als potentieller Organisationsrahmen untätig blieb, nachdem sich mit der Deutschen Bank der einzige Geldgeber zurückgezogen hatte.[92] Auch war Delbrück zwar noch im Frühjahr 1914 auf Vermittlung des Außenstaatsekretärs Jagow der Deutsch-Türkischen Vereinigung beigetreten, deren Programm im Wesentlichen Delbrücks Vorkriegskonzept von der deutschen kultur- und wirtschaftspolitischen Durchdringung des Osmanischen Reiches entsprach. Er unterstützte die Organisation auch während des Krieges durch Beitragszahlungen, doch an konkreten Unternehmungen wie der Gründung des »Hauses der Freundschaft« in Konstantinopel und der Deutschen Schule in Adana hat er we-

89 Berthold Molden: Die Bedeutung Asiens im Kampf für unsere Zukunft, in: PJ 158 (1914) 3, S. 546–551.

90 Kuno Waldemath: Vergeßt die Kolonien nicht!, in: PJ 163 (1916) 1, S. 26–48; Ulrich Otto: Neue Wege kolonialer Siedlungspolitik, in: PJ 170 (1917) 2, S, 230–242; Emil Zimmermann: Die »Times« und die deutschen Kolonien, in: PJ 170 (1917) 2, S. 293–299; Emil Zimmermann: Kolonialbesitz und Kapitalbildung, in: PJ 170 (1917) 3, S. 431–437.

91 Delbrück: Das englische Weltreich [PJ 158/2], insbesondere S. 373 f.

92 Flügge an den Arbeitsausschuss des Bagdadkomités, 01.02.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/33.

der mitgewirkt noch auch nur in nachvollziehbarem Ausmaß ihre Entwicklung verfolgt.[93] Ein gleiches gilt im Übrigen für das Armenische Hilfswerk Johannes Lepsius', das Delbrück mit Beitragszahlungen unterstützte, ohne weitergehendes Interesse an der genozidalen Verfolgung der Armenier erkennen zu lassen, während es Emil Daniels übernahm, in den »Jahrbüchern« die antiarmenischen Pogrome als übliche Aufstandsbekämpfung gegen einen inneren Feind zu abzutun.[94] Indem Delbrück diese Kritik der englisch- und französischsprachigen Klagen über das Leid der Armenier als von Propagandainteressen verzerrt und für die Opfer eigener Kolonialherrschaft blind unwidersprochen mitverantwortete und am Schicksal der Armenier sonst kein weiteres Interesse zeigte, die doch genau jene Rolle zugunsten Russlands zu spielen schienen, die er selbst den Polen zum Nachteil Russlands zugedacht hatte, offenbarte Delbrück einmal mehr das außenpolitisch-strategische Paradigma unter das er alle innerstaatlichen Nationalitätenkonflikte subsumierte.

Nachdem die deutschen Initiativen zur »Revolutionierung des Orients« während des Ersten Weltkriegs in den letzten Jahren verstärkt zum Forschungsgegenstand geworden sind, werden inzwischen auch die nichtdeutschen Akteure aus dem weiten Raum des »Orients« als eigenständig Handelnde erkennbar.[95] Delbrücks Kontakte zu solchen Personen blieben indes auch im Ersten Weltkrieg auffallend dünn, wenn man sie an seinen orientalischen Ambitionen misst. Eine beachtenswerte Ausnahme stellt dabei der ägyptische Religionsgelehrte, Publizist und nationalpolitische Aktivist Abd al-Aziz as-Sawis dar, der sich von 1915 bis 1923 in Deutschland aufhielt, seit 1915 in der »Nachrichtenstelle für den Orient« des Auswärtigen Amtes mitarbeitete und von 1916 bis 1918 in Berlin die Zeitschrift »Die Islamische Welt« herausgab. Ein gehobenes, gerade auch diplomatisches Publikum adressierend, propagierte diese eine gleichrangige deutsch-türkische Waffenbrüderschaft und die Festigung des Osmanischen Reiches in panislamischem Geiste.[96] Vermittelt durch Willy Spatz, der in der »Nachrichtenstelle« unter anderem für die Redaktion der Gefangenenzeitung »El Dschihad« mitverantwortlich zeichnete, veröffentlichte Delbrück einen längeren Aufsatz as-Sawis im Septemberheft der »Jahrbücher« 1916. Ganz im Sinne

93 Ernst Jäckh an Hans Delbrück, 05.03.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jaeckh, Ernst, Bl. 8; Deutsch-Türkische Vereinigung an Hans Delbrück, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/21. Zur Deutsch-Türkischen Vereinigung vgl. *Gencer*, Bildungspolitik, Modernisierung und kulturelle Interaktion, S. 193–195.

94 Johannes Lepsius, Rundschreiben, o. D. [1917], in: BArch Koblenz, N 1017/21; Emil Daniels: England und Rußland in Armenien und Persien, in: PJ 169 (1917) 2, S. 237–267, S. 237–252; Emil Daniels: Kriegsliteratur, in: PJ 166 (1916) 2, S. 247–276, S. 271–276; Emil Daniels: Armenien und Polen, in: PJ 171 (1918) 1, S. 71–89, S. 71–78.

95 *Hanisch/Loth*, Erster Weltkrieg und Dschihad; Krug: Die »Nachrichtenstelle für den Orient«.

96 *Höpp*, Arabische und islamische Periodika in Berlin und Brandenburg, S. 13; *Höpp*, Texte aus der Fremde, S. 84–86.

des Programms der »Islamischen Welt« schrieb as-Sawis, eingebettet in Erläuterungen über die Sprachgeschichte des Arabischen, das Narrativ von der Einheit Deutschlands und der Türkei als einer »[…] von freien und gerechten Völkern« fort, die gewissermaßen globale kulturelle Vielfalt gegen kulturvernichtende Kolonialherrschaft der Ententemächte versprechen sollte.[97]

Von der diplomatischen Rücksichtnahme der letzten Vorkriegsjahre durch den Kriegsausbruch ›befreit‹, fasste Delbrück früh eine Unwucht der globalen Machtverhältnisse im Sinne eines »See-Gleichgewichts« als mehrheitsfähiges Programm ins Auge, in dem die kolonialen Ambitionen des Reiches zum bloßen Vehikel der Flottenrüstung aus Mitteln der optimistisch einkalkulierten Kriegskontributionen gerieten.[98] Erst in der Delbrück-Dernburg-Adresse vom Sommer 1915 sind dem so treulich verfochtenen Erhalt und Ausbau der deutschen Flotte eigenständige Zweckmäßigkeit zugewachsen, insofern sie dort konkret als Garant der »Unverletzlichkeit des Privateigentums« zur See eingeplant wurde, die nicht nur die deutschen Handelsverbindungen gewährleisten, sondern auch dem Reich die Dankbarkeit der neutralen Staaten verdienen sollte.[99] Dass das Konzept der »Risikoflotte« gescheitert war, wie Galster es bereits 1907 prognostiziert hatte, konnte auch Delbrück nicht bestreiten, gleichwohl hat er sich bis zum Schluss nicht von diesem Paradigma emanzipiert.[100]

Am 31. Mai und 1. Juni 1916 bestritt die deutsche Hochseeflotte im Skaggerak das größte und letzte ihrer an Zahl recht überschaubaren Gefechte. Da Galster als einschlägiger ›Experte‹ noch immer den Zensurbestimmungen für Militärangehörige unterlag und von den Marinebehörden mit solchen Kniffen

97 Hans Delbrück an Willy Spatz, 23.02.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 49, Bl. 16; Abd al-Aziz as-Sawis an Hans Delbrück, 06.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schauisch, Abdul Aziz, Bl. 1–2; Abd al-Aziz as-Sawis an Hans Delbrück, 15.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 49, Bl. 29; Abd al-Aziz as-Sawis an Hans Delbrück, 17.05.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schauisch, Abdul Aziz, Bl. 3; Hans Delbrück an Abd al-Aziz as-Sawis, 20.05.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 158, Nr. 49, Bl. 35; Abd al-Aziz as-Sawis an Hans Delbrück, 09.06.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schauisch, Abdul Aziz, Bl. 4–5; Abd el Aziz Schauisch: Das Machtgebiet der arabischen Sprache, in: PJ 165 (1916) 3, S. 411–429, insbesondere S. 422 f. Für die Person Willy Spatz' vgl. *Krug*, Die »Nachrichtenstelle für den Orient«, S. 185. Zur Wahrnehmung des Islam in den »Preußischen Jahrbüchern« während des Ersten Weltkriegs vgl. auch Emil Daniels: C. H. Becker, Deutschland und der Islam, in: PJ 160 (1915) 3, S. 516–520; Margarethe Plath: Friedrich Delitzsch, Die Welt des Islam, in: PJ 163 (1916) 1, S. 148–149; Fritz Grabba: Palästina im Weltkrieg, in: PJ 163 (1916) 2, S, 465–478.

98 Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

99 Lujo Brentano an Hans Delbrück, 07.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 17–18; Delbrücks Gegenerklärung, in: *Böhme*, Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, S. 135 f.

100 Delbrück: Professor Haller über den Fürsten Bülow [PJ 167/3]; Delbrück: Selbstanzeige ›Krieg und Politik 1914–1916‹ [PJ 171/1]; Hans Delbrück: Die erneute Kriegsziel-Erörterung. Die Denkschrift des Fürsten von Lichnowsky. Der Brief des Kaisers Karl, in: PJ 172 (1918) 2, S. 283–297.

wie dem monatelangen Verschleppen seines Antrags, das Recht auf Tragen der Uniform aufzugeben, in ihrem Verfügungsbereich gehalten wurde, verarbeitete Delbrück die Berichte des Vizeadmirals aus Kiel selbst zu einer Analyse des Schlachtengeschehens für die »Jahrbücher«. Diese war demnach ein Ausfallsgefecht gewesen, ohne jede Ambition, die Royal Navy zu einer Entscheidungsschlacht zu zwingen. Wohl hat Galster vor allem die deutsche Munition sowie die Befähigung der deutschen Mannschaften, dieselbe ins Ziel zu bringen, als dem Kriegsgegner überlegen konstatiert. Doch sicherte ihm diese Bestätigung technischer und taktischer Facetten der deutschen Rüstungspolitik vor dem Krieg nur das Patt zwischen den Großkampfschiffen Berlins und Londons. Dass für ein paar Schlachtschiffe mehr, die sich nach zwei Jahren Krieg als zu keiner strategisch entscheidenden Wirkung in der Lage erwiesen hatten, die Freundschaft Englands verspielt worden war, hat Galster auch nach der Skagerrak-Schlacht weiter vertreten. Delbrück hat indes gegen diese pessimistische Sichtweise seines ›Experten‹ in den »Jahrbüchern« den ›moralischen‹ Nutzen herausgestrichen. Fernab anderer Fronten in der Nordsee gebunden und nicht in der Lage, einen schnellen Sieg über die deutschen Marinestreitkräfte herbeizuführen, habe die Royal Navy demnach ihren heroischen Nimbus verloren, da den britischen Seeoffizieren in der Heimat ihre scheinbare Tatenlosigkeit als Ehrlosigkeit ausgelegt würde. Für die deutsche Flotte, als der kleineren, ohne ruhmreiche Vergangenheit, genügte es demnach, den Kampfplatz zu behaupten, um den potentiell kriegsentscheidenden Glauben an die eigene Sieghaftigkeit zu erringen.[101]

Mit Galster und dem Kapitän Lothar Persius gab Delbrück in den »Preußischen Jahrbüchern« solchen Stimmen ein Forum, die schon im Frieden nicht bloß den Schlachtflottenbau kritisiert, sondern auch die Vorbereitung des U-Boot-Krieges gefordert hatten, den die Marineleitung nach 1914 improvisieren musste.[102] Der U-Boot-Krieg wurde zum hart umkämpften Konfliktfeld mit der militärischen Zensur. Denn Delbrück verwendete sich nicht nur bei politischen und militärischen Autoritäten wie Arthur Zimmermann und Rudolf von Valentini sowie dem Leiter des militärischen Nachrichtendienstes, Walther Nicolai, gegen die öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzte Implementierung einer Strategie, für die es nach seinem Urteil schlicht nicht genug U-Boote gab und

101 Hans Delbrück an Karl Galster, 06.06.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 28–29; Karl Galster an Hans Delbrück, 09.06.1916, in: *Franken*, Vizeadmiral Karl Galster, S. 196–198; Karl Galster an Hans Delbrück, 18.06.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 13–14; Hans Delbrück: Die Seeschlacht im Skagerrak, in: PJ 165 (1916) 1, S. 174–177; Karl Galster an Hans Delbrück, 23.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 20–21; Karl Galster an Hans Delbrück, 31.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 22–23; Karl Galster an Hans Delbrück, 03.09.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 30–31.

102 Karl Galster: Flotte und Frieden, in: PJ 167 (1917) 1, S. 146-149; Karl Galster: Flandern, in: PJ 170 (1917) 1, S. 117-121; Lothar Persius: Schiffsfrachtenraum und Kriegsende, in: PJ 171 (1918) 1, S. 268-272.

die darum nur geeignet war, überspannte Erwartungen in der Öffentlichkeit zu wecken.[103] Ab dem Sommer 1916 zog Delbrück auch in den »Blauen Heften« die Qualität der U-Boote als entscheidendem Kriegsmittel öffentlich in Zweifel. Wessenthalben er in der »alldeutschen« Presse englandfreundlicher Tendenzen beschuldigt und ihm seitens des zuständigen Oberkommandos in den Marken beschieden wurde, dass derart öffentliche »Geringschätzung der Leistungsfähigkeit eines Teiles unserer Kriegsmittel« eine gewaltige Gefahr für die deutschen, militärischen Interessen darstelle.[104]

Wenn Delbrück sich dennoch auf wiederkehrende Tadel und hartnäckige Auseinandersetzung mit den Offizieren des Oberkommando einließ, so geschah dies aus dem Grund, dass er in der lautstarken Agitation des Reichsmarineamts und der Rechtsparteien für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eine unbotmäßige und gefährliche Einmischung in die außenpolitische Souveränität der zivilen Reichsleitung zum Nachteil von deren diplomatischen Handlungsoptionen erkannte.[105] Die Einschätzung, für die USA würde die britische Vorherrschaft

103 Hans Delbrück an Arthur Zimmermann, 10.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/20; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32; Hans Delbrück an Walther Nicolai, 03.07.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 122. Zur Risikokalkulation des U-Boot-Krieges vgl. auch Karl Galster an Hans Delbrück, 26.12.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 36–27; Hermann Rassow an Hans Delbrück, 30.08.1918; SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 78–81; Karl Galster an Hans Delbrück, 17.05.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 70–72.

104 Hans Delbrück: Keine Gefühlspolitik, in: PJ 165 (1916) 2, S. 339–346; Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 08.08.1916, in: BArch N 1017/20; Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 08.08.1916, in: BArch N 1017/20; Hans Delbrück an das Oberkommando in den Marken, 18.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/20.

105 Vgl. auch Delbrück: Die Kriegsereignisse im März [PJ 164/1], S. 187–196, S. 191 f.; Hans Delbrück: Die Beilegung des Konflikts mit Amerika. Die öffentliche Meinung und die Parteien. Präsident Wilsons Friedens-Vermittlung, in: PJ 164 (1916) 3, S. 566–571, S. 566–586. In diesen Zusammenhang fällt auch Delbrücks Bemühen um eine Reichstagskandidatur Hermann Onckens 1916 mit dem Ziel, die Nationalliberale Partei stärker an die Reichsleitung zu binden, vgl. Hermann Oncken an Hans Delbrück, 19.04.1916, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 55–56; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 21.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 52–53.

Zur fortdauernden Zensur vgl. Lothar Persius an Hans Delbrück, 03.01.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Persius, Lothar, Bl. 1; Persius: Schiffsfrachtenraum und Kriegsende, in: PJ [171/1]; Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 02.09.1918 in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 7; Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken an Hans Delbrück, 19.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 9; Presse-Abteilung Oberkommando in den Marken, 02.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Presseabteilung des Oberkommandos in den Marken und Zensurstelle beim Oberkommando in den Marken, Bl. 10; Zensurmaßnahmen trafen durchaus auch Opponenten Delbrücks im Streit um den U-Boot-Krieg, wie den Hauptmann a. D. Hartwig Schubart, der sich aus diesem

zur See Grund genug sein, ein mächtiges Deutschland als einer Art Gegengewicht hochzuschätzen, war bereits ausschlaggebend dafür gewesen, dass die Forderung nach der »Freiheit der Meere« Eingang in die Delbrück-Dernburg-Adresse fand.[106]. Unter dem Einfluss Dernburgs schätzte Delbrück das Risiko von Friktionen zwischen der Entente und den USA in Folge der britischen Seeblockade außerordentlich hoch ein und verwendete sich dementsprechend in der Wilhelmstraße nachdrücklich für eine Politik der »Nachgiebigkeit« gegenüber den USA, deren Zustimmungsraten in Deutschland seine eigenen Erwartungen noch übertreffen würden.[107] Folgerichtig protestierte er 1916 auch öffentlich gegen die Ausweitung des U-Boot-Kriegs als einer unnötigen Provokation der Amerikaner, die bei nachhaltiger Bewahrung ihrer Neutralität alsbald gegen die englische Seeblockade intervenieren müssten.[108] Mit ungebrochenem Optimismus hat Delbrück eine solche Wende der US-Politik für nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1916 prophezeit und über jede Enttäuschung dieser Hoffnung hinweg während des Sommers 1916 die optimistische Erwartung vertreten, dass eine fortdauernde Neutralität der USA dem erlahmenden Kampfesmut der Entente mittelfristig einen derartigen Stoß versetzen müsste, dass jedes unterlassene Eintreten gegen die englische Seeblockade aufgewogen werde.[109] Der Rücktritt Alfreds von Tirpitz im März 1916 konnte Delbrücks Kampf um das Primat der Politik zum Besten eines Verständigungsfriedens nur eine kurze Atempause bescheren:

»Der Kampf um den Tauchbootkrieg ist ja nun entschieden, daß wir ihn zwar führen, aber in so vorsichtiger Weise, daß der Conflikt mit Amerika vermieden wird. Alles kommt darauf an, daß nicht irgend ein durchgängiger Kapitänleutnant uns dennoch

Grund darauf verlegen musste, Delbrück persönlich und »ergebenst« wissenzulassen, wie sehr dieser»trotz anderer Ansicht als Flaumacher gewirkt« habe, vgl. Hartwig Schubart an Hans Delbrück, 26.03.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 18 f.

106 Lujo Brentano an Hans Delbrück, 07.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 17–18.

107 Bernhard Dernburg an Hans Delbrück, 22.01.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/39; Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 02.05.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 16; Hans Delbrück an Gottlieb von Jagow, 02.05.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 16.

108 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 25.04.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Familiäre Ereignisse, Bd. 2 [unveröff. Manuskript] in: BArch Koblenz, N 1017/80, S. 108 f.; Hans Delbrück: Der Konflikt mit Amerika, in: PJ 164 (1916) 2, S. 384–387; Delbrück: Die Beilegung des Konflikts mit Amerika [PJ 164/3], S. 570 f.

109 Hans Delbrück: Wilsons Antwort, in: Der Tag, 12.05.1916, S. 1; Bernhard Dernburg an Hans Delbrück, 12.05.1916 in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Dernburg, Bernhard, Bl. 9; Hans Delbrück: Die Welt-Friedens-Liga, Das Königreich Polen, Die Zivil-Dienstpflicht, Der Regierungswechsel in Oesterreich-Ungarn, in: PJ 166 (1916) 3, S. 510–523, S. 510–515; Hans Delbrück: Das deutsche Friedensangebot. Die amerikanische Vermittlung, in: PJ 167 (1917) 1, S. 162–17. Zur optimistischen Stimmung im Deutschen Reich während des Frühsommers 1916 vgl. *Afflerbach*, Auf Messers Schneide, S. 215.

in diesen Conflikt hineinreißt. Da er abgegangen ist, und damit die Einheitlichkeit in der Regierungsspitze endlich hergestellt ist, so darf man hoffen, daß auch die Marine nun in striktester Weise Disciplin halten und uns nicht wieder in Ungelegenheit bringen wird.«[110]

Nachdem Delbrück nach Kräften versucht hatte, das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 im Sinne der Begünstigung künftiger amerikanischen Friedensvermittlung zu beeinflussen, kam ihm die Entscheidung zur Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges reichlich ungelegen. Bis zuletzt hatte er sich in der Überzeugung engagiert, dass ein Verzicht auf dieses Mittel in Kombination mit einer verbindlichen Absage an deutsche Annexionen im Westen eine nachdrückliche diplomatische Intervention Wilsons für einen Verständigungsfrieden erwirkt haben würde.[111] Die Kreise des »Mittwochabend« waren in ihren Prognosen über die Folgen dieser strategischen Entscheidung gespalten. Bernhard Dernburg schien es nicht unwahrscheinlich, dass der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eine abschreckende Wirkung auf die interventionistischen Kreise in den USA haben und Wilson zum Einlenken bewegen werde. Der nationalliberale Staatsrechtler Gerhard Anschütz und der Präsident des Zentralverbands des deutschen Bankgewerbes Jakob Riesser erwarteten dagegen einen baldigen Anschluss an die Entente. Trotz seiner profilierten Kritik am uneingeschränkten U-Boot-Krieg hat Delbrück in seiner eigenen Prognose zunächst geschwankt, doch zunehmend überwog der Pessimismus, dass der Krieg mit den USA kaum noch vermeidlich sein und die Zukunftsaussichten noch düsterer machen würde.[112]

Am 6. April 1917 erklärten die USA dem Deutschen Reich den Krieg, wodurch auch Delbrücks Erwägungen über eine öffentliche Erklärung an Wilson überholt wurden.[113] Im Austausch mit Albrecht Graf von Bernstorff, der als deutscher Botschafter in den USA gleichfalls als energischer Kritiker des uneingeschränkten U-Boot-Krieges hervorgetreten war, durfte Delbrück sich bestätigt fühlen, dass die internationalen Beziehungen im Kriege ganz entscheidend von jener »Gefühlspolitik« bestimmt waren, vor der er jahrelang gewarnt hatte. Im Gespräch mit dem Botschafter figurierten sowohl der doch allein seinem Mo-

110 Hans Delbrück an Ernst Buchfinck, 14.03.1016, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bl. 6–7.

111 Erklärung zur vertraulichen Kenntnisnahme an verschiedene Freunde, 02.02.1917, ms. Auszug in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 161–162.

112 Ebd.; Gerhard Anschütz an Hans Delbrück, 06.02.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Anschütz, Gerhard, Bl. 12; Bernhard Dernburg an Hans Delbrück, in: BA Koblenz, N 1017/21; Karl Max von Lichnowsky an Hans Delbrück, 04.03.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lichnowsky, von, Bl. 1–2; Paul Schwabach an Hans Delbrück, 25.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Schwabach, Paul, Bl. 2–3, Hermann Fürst von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 03.04.1917, in: BArch, N 1017/43, Bl. 265.

113 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 5.4.17, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 26–27.

narchen verantwortliche deutsche Reichskanzler und der amerikanische ›Wahlmonarch‹ Wilson als unsouveräne Getriebene. Während es ersterem schlicht unmöglich gewesen war, der Öffentlichkeit die Anbahnung von Friedensverhandlungen ohne den vorherigen Einsatz der hochgejubelten U-Boot-Waffe verständlich zu machen, hätte letzterer mehrere Gelegenheiten eine Friedensinitiative aus Rücksicht auf die deutschfeindliche öffentliche Meinung in den USA unterbunden. So wenig wie Delbrück, konnte sich Bernstorff die Leichtfertigkeit erklären, mit der Arthur Zimmermann als neuer Außenstaatssekretär das amerikanische Misstrauen gegen Deutschland potenziert hatte. Vor allem wischte er aber die Reste jener indifferenten Haltung beiseite, die Delbrück während der ersten Wochen des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs eingenommen hatte. Ohne eine grundsätzliche Neigung führender amerikanischer Politiker zugunsten der Entente in Abrede zu stellen, hat Delbrück fortan mit aller Entschiedenheit den uneingeschränkten Einsatz der U-Bootwaffe durch das Deutsche Reich als das entscheidende Moment kritisiert, welches der amerikanischen ›Kriegspartei‹ zum Übergewicht verholfen hatte, da er für die amerikanische Exportwirtschaft den größeren und unkalkulierbareren Schaden bedeutete, als die englische Seeblockade gegen die Mittelmächte.[114]

Noch während der ersten Kriegstage hat Delbrück sich dahingehend festgelegt, dass jeder Versuch und auch nur der Anschein eines jeden Versuches, Deutschland in die Position des napoleonischen Frankreichs führen zu wollen, zum Scheitern verurteilt sei und letztlich die Integrität des Reiches in schwere Gefahr bringen würde. Um England die Stirn bieten zu können, müsse auf dem Kontinent nach Osten oder Westen Frieden geschlossen werden, weswegen sich jede Annexion französischen Gebietes, wie etwa der schon 1870 vielfach geforderten Festung von Belfort verbat.[115] Nachdem Delbrück im Oktoberheft 1914 unter dem Titel »Der Zukünftige Friede«[116] vor ausgreifendem Annexionismus warnte, erregten diese Ausführungen eine ganze Reihe polemischer Reaktionen, die der Polizeipräsident von Berlin, Trautgott von Jagow, wiederum zum Anlass nahm, das zuständige stellvertretende Generalkommando auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die Delbrücks Schrift für »die geschlossene Einheit des preußischen Volkes« darstelle.[117] Infolgedessen hat Delbrück allenthalben ener-

114 Unterhaltung mit Bernstorff, 15.05.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 122.

115 Hans Delbrück an Max Lenz, 05.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 15–16; Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20; Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

116 Hans Delbrück: Die Kriegsereignisse von Ende August bis gegen Ende September, Der zukünftige Friede, in: PJ 158 (1914) 1, S. 182–192.

117 Schreiben des Polizeipräsidenten Berlin an das Oberkommando in den Marken, in: Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, S. 14. Zur Resonanz vgl. auch Wilhelm Solf an Hans Delbrück, 6.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Solf, Wilhelm, Bl. 1–3.

gisch versichert, durchaus nicht jedweden territorialen Veränderungen eine Absage erteilen zu wollen.[118] Große Aufmerksamkeit widmete er den Kriegszielen der verbündeten Donaumonarchie und wurde auch aus österreichischen Pressekreisen zwecks Verständigung unter den Bündnispartnern um Erläuterung der deutschen Kriegsziele gebeten.[119] Wo sich beider Staaten Kriegsziele potentiell überschnitten und die Frage der Zukunft Polens berührten, lag Delbrücks Aufmerksamkeit in aller erster Linie. Hier zu einer gemeinsamen Strategie zu finden, war ihm das dringendste Problem, weswegen er den weitgespannten Plänen Friedrich Naumanns und Hermann Onckens für einen informellen deutschen Herrschaftsbereich in »Mitteleuropa« nur wenig abgewinnen konnte.[120] Dass ein von Wien zur Maßregel besetztes Serbien günstige Entwicklungschancen in einem ökonomischen Anschluss an Österreich-Ungarn finden und schließlich einmal Teilmenge einer slawischen ›dritten‹ Nationalität der Donaumonarchie werden könnte, vertrat Delbrück als Erwartungshalt während der Julikrise.[121] Eine Idee, für die sein Sohn Waldemar während dessen Kriegseinsatzes auf dem Balkan auch unter solchen Serben Zustimmung fand, die nicht bloß Mittel zum Zweck für einen russischen Griff nach den Meerengen sein wollten.[122] So oder so blieb es Verfügungsmasse.[123] Im Fokus der Kriegszieldebatte stand die Region, in welcher der Krieg entbrannt war, durchaus nicht.

Über alle Wechsel des Schlachtenglücks und alle Windungen der Kriegszieldebatte hinweg ist Delbrück der Haltung treu geblieben, allen Annexionen im Westen eine Absage zu erteilen. Dort sollten dem Feind nur Reparationskosten auferlegt werden.[124] In Delbrücks ansonsten von meinungsstarken Randnotizen starrender Ausgabe der annexionistischen Seeberg-Adresse ist bezeichnenderweise der sich auf Frankreich beziehende Abschnitt bar jeden Einwurfs.[125] Die

118 Hans Delbrück an Theodor Wolff, 06.10.1914, in: BArch Koblenz, N 1017/8; vgl. auch Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 07.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bethmann-Hollweg, Moritz August, Bl. 12–14.

119 Paul Lothringer an Hans Delbrück, 04.05.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.

120 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 02.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 54–55; Hans Delbrück an Max Lenz, 12.11.1917, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 52–53. Zur älteren Tradition des Mitteleuropagedankens vgl. *Neitzel*, Weltmacht oder Untergang, S. 126–144.

121 Delbrück: Die Kriegsgefahr [PJ 157/2], S. 379 f.

122 Waldemar Delbrück an Hermann Oncken, 26.12.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 103ff

123 Hans Delbrück an Max Lenz, 15.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 27–28.

124 Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23; Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 24.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24.

125 Vgl. Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

seit August 1914 auch unter den Männern des »Mittwochabend« zirkulierende Idee, Frankreich für den Verlust Elsaß-Lothringens nachträglich durch Überlassung der Wallonie zu entschädigen, hat Delbrück nicht geteilt.[126] Seine eigene Gegenadresse wurde früh in der französischen Presse bekannt und in Hinblick auf die Stellung jener, deren Unterschriften Delbrück und Dernburg gewonnen hatten, setzte die sozialistisch »L'Humanité« es als gegeben voraus, dass die Petition im Einvernehmen mit Regierungskreisen entstanden sein müsse. Die Namen von in der Wilhelmsstraße gut vernetzten Journalisten wie Theodor Wolff und Adolf Stein sowie des Fürsten Guido Henckel von Donnersmarck als einem der wohlhabendsten Industriellen des Reiches mit besten Verbindungen zum kaiserlichen Hof, ließen in Paris den Schluss für naheliegend gelten, dass die Reichsleitung gewillt war, die Kriegszieldiskussion in Deutschland zu ›öffnen‹ und damit zugleich auch den konservativen »ultra-annexionistes« mehr Gewicht zu verleihen.[127]

Erstrebenswerte territoriale Veränderungen in Europa hatten sich nach Delbrücks Urteil auf die geopolitische Eindämmung des Zarenreichs zu richten. Die deutsche Kriegspolitik nach Osten verfocht er nachdrücklich als ein Unternehmen zur »Befreiung« der ›Randvölker‹ des Zarenreiches. Nicht zuletzt gegenüber Presseakteuren aus neutralen Staaten, wie in dem viel beachteten Interview mit Herman Bernstein für den »New York American« im Oktober 1915, hat er die »Freiheit« von Polen, Juden und Baltendeutschen als Kriegsziel Berlins ausgegeben.[128] Insofern war er sich mit »alldeutschen« Vertretern eines »Siegfriedens« durchaus hinsichtlich des Zieles einig, das Zarenreich durch territoriale Neuordnung und deutsche Machtausdehnung in Osteuropa einzudämmen. Der Zwiespalt bestand zwischen den zu Gebote stehenden Methoden, wie Delbrück auf seinem Exemplar der Seeberg-Adresse festhielt:

»Ganz recht, aber nicht durch barbarische Austreibung, sondern durch Befreundung der unterjochten Völker«.[129]

Es waren die weiträumigen Gebietsgewinne, die dort im Geiste deutscher »Ostkolonisation« ausgerufen wurden, die er ablehnte, da sie die nationale Integrität des Reiches stören und die bestehenden Nationalitätenkämpfe potenzieren mussten. Die große ethnische Flurbereinigung, wie sie Seeberg und Konsorten planten, galt ihm als völlig weltfremd, zumal deren Kernargument, Russen seien weniger »wurzelfest« als Mittel- und Westeuropäer, ja schon dadurch konterka-

126 Heinrich Herkner an Hans Delbrück, 09.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Herkner, Heinrich, Bl. 22. Zur politischen Verortung des Nationalökonomen Heinrich Herkner vgl. *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 78.

127 Une publiacation tardive en Allemagne, in: Humanité, 02.09.1915.

128 Die Erstveröffentlichung im New York American lässt sich nicht mehr nachvollziehen, vgl. stattdessen German Terms of Peace, in: The Times, 25.10.1915, Nr. 40994, S. 7; vgl. ferner Transkription des Interviews in: BArch Koblenz, N 1017/16.

129 Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

riert wurde, dass die Bevölkerungsmehrheit in den zunächst ins Auge gefassten Räumen Mittelosteuropas vorwiegend gar nicht aus Russen bestand.[130]

Der Exportschlager Freiheit sollte indes nicht den ›Randvölkern‹ des Zarenreichs allein zuteilwerden. Im Bernstein-Interview hat Delbrück vielmehr verkündet:

»wir werden auch Russland selbst Freiheit bringen, dem russischen Volk. Sehen Sie, was Russland in diesem Augenblick mit der Duma anfängt, mit den erwählten Vertreten des russischen Volkes, wie die Regierung jede Bewegung zu einer Reform in diesem Lande erdrosseln. Die deutschen Siege aber in den russischen Provinzen oder vielmehr die Niederlagen des russischen Systems werden die Augen des russischen Volks öffnen und ihr Erwachen und vielleicht auch ihre Befreiung veranlassen. So werden wir Russland die Freiheit bringen, gerade wie wir Frankreich 1870 vom Bonapartismus befreiten.«[131]

Als es dann 1917 tatsächlich zur Revolution in Russland kam, schien für einen Moment diese Prophezeiung in greifbare Nähe zu rücken und Russland als ›dunkle Bedrohung‹ ausgeschaltet.[132] In der »Deutschen Korrespondenz« fanden sich im Sommer 1917 sogar erwartungsvolle Spekulationen über eine Entwicklung Russlands jenseits von autokratischem Zarismus und den »plutokratischen westlichen Demokratien« gleichermaßen.[133]

Die politische Linie hinsichtlich des Zarenreiches, die Hans Delbrück in den »Jahrbüchern« prägte, stellte in verschiedener Hinsicht einen Mittelweg dar, dessenthalben seine Befreiungsrhetorik auch mehr als ›realpolitischer‹ Gleichgewichtsarithmetik denn humanistischen Idealen von Minderheitenschutz verpflichtet gelten muss. Dieser Mittelweg sollte nach Innen wie Außen Möglichkeiten zum Ausgleich eröffnen. In konservativen Kreisen bald als »Flaumacher« verschrien, berief sich Delbrück auf seine Kriegszielforderungen gen Osten, die in ihrer Vagheit auch einen Anschluss des »befreiten« Baltikums denkbar erscheinen lassen konnten, um mit Vorreitern der annexionistischen Kriegszielpolitik wie der konservativ-agrarisch geprägten »Deutschen Tageszeitung« ins Gespräch zu kommen.[134] Durch den Abgeordneten Hatzfeldt und den Unterstaatsekretär Zimmermann war Delbrück auch über die Kriegsziele des deut-

130 Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

131 Vgl. Kap. VI, Anm. 128.

132 Hans Delbrück: Die russische Revolution, in: PJ 168 (1917) 1, S. 161–170; Hans Delbrück: Der Fortgang der russischen Revolution, in: PJ 168 (1917) 1, S. 161–165; Hans Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, in: PJ 168 (1918) 3, S. 493–501; Hans Delbrück: Die Friedensaussichten und Rußland. Der Zwischenfall Grimm-Hoffmann. Japan, in: PJ 169 (1917) 1, S. 151–153, S. 151–153.

133 Robert Piloty: Vom Geist im Osten, in: Deutsche Korrespondenz, 09.08.1917, Nr. 36.

134 Hans Delbrück an Deutsche Tageszeitung, 29.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 7. Zum Vorwurf an Delbrück, als »Flaumacher« zu wirken vgl. bereits *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 55.

schen Oberkommandos an der Ostfront im Bilde und hat dieselbe Taktik so energisch wie erfolglos gegenüber dem frühzeitig als beherrschende Figur erkannten Ludendorff zu Anwendung gebracht.[135]

Nach Außen war dieser Weg durchaus auf einen Ausgleich mit Sankt Petersburg berechnet. Bereits Ende August 1914 hat Delbrück dem Freund Lenz eröffnet, dass, wenn es schon wenig Aussicht gab, »Rußland völlig zu zerschlagen«, ein Anknüpfungspunkt für ein neues Kontinentalbündnis gegen England als der anderen Flügelmacht des Großmächtekonzerts gesucht werden musste.[136] Dabei galt Delbrück nicht nur ein unabhängiger polnischer Staat im russischen Teilungsgebiet als gesichtswahrender Ausweg für das Zarenreich. Als er während des folgenden Herbstes in Person der beiden Botschafter Karl Max von Lichnowsky und Friedrich Pourtalés, die während der Julikrise in London respektive Sankt Petersburg gedient hatten, auf eine Strömung innerhalb des Auswärtigen Amtes stieß, die Russlands »Schonung« favorisierte, hatte Delbrück sogleich den Lösungsvorschlag parat, das Großmachtsprestige des Romanow-Reiches dadurch zu pflegen, Serbien anstatt Österreich-Ungarn der Regionalmacht Bulgarien zuzuschlagen.[137] Bis zu den halbherzigen deutschen Friedensinitiativen vom Winter 1916 hat sich Delbrück die Hoffnung auf einen solchen Separatfrieden mit Russland bewahrt, für den das Zarenreich einen Rückzug aus seinen westlichen Randgebieten und einen Anschluss der »deutschen« baltischen Fürstentümer an das Kaiserreich akzeptieren würde.[138] An einer irgendwie gearteten Anbindung des Baltikums an Deutschland etwa durch die Einsetzung eines deutschen Bundesfürsten zum Herrscher über »Groß-Livland« in Personalunion, hielt er auch über das Revolutionsgeschehen in Russland ab Oktober 1917 hinaus fest.[139]

Der Folgen der Revolution in Russland erwiesen sich nämlich rasch als unabsehbar, der Kriegszustand währte fort und ein erneutes »Mirakel des Hauses Brandenburg«[140] blieb vorerst aus.[141] Vor diesem Hintergrund wurde Delbrück zum Sprachrohr jener, die einen vollständigen Zusammenbruch Russlands für Abwegig und ›realpolitische‹ Arrangements für weiterhin nötig hielten, in deren Rahmen sogar eine Wiederangliederung Kongress-Polens an Russland denkbar

135 Hans Delbrück an Erich Ludendorff, o. D. [24.12.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24; Erich Ludendorff an Hans Delbrück, 29.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Ludendorff, Erich v. [sic!], Bl. 1–2.

136 Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20.

137 Hans Delbrück an Max Lenz, 15.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 27–28.

138 *Schwabe*, Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus, S. 130–132.

139 Hans Delbrück: Die Aufgaben Deutschlands im Osten und Westen. Mitteleuropa. Staatssekretär v. Kühlmann, in: PJ 173 (1918) 1, S. 127–134, insbesondere S. 134 f.

140 Gottlieb von Jagow an Hans Delbrück, 03.09.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Jagow, Gottlieb von, Bl. 11.

141 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32.

wurde.[142] Die Rückwirkung der Russischen Revolution auf Polen hat Delbrück bei einem erneuten Warschaubesuch im April 1917 aus nächster Nähe beobachtet.[143] Mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches 1917 schien der gemeinsame Feind wegzubrechen, der nach Delbrücks Dafürhalten Deutschen und Polen den Weg ins Bündnis wies. Ohne diesen Zwang zum Zusammengehen, gestand Delbrück zu, würde der polnische Rumpfstaat um Warschau leicht zum neuen Konfliktherd werden können, der sich aus wirtschaftlichen oder nationalpolitischen Erwägungen wieder nach Osten orientierte. Mit solchen konservativen Geistern übereinstimmend, die wie Max von Lichnowsky auch nach der Revolution weiterhin ›weltpolitisch‹ mit Russland rechnen zu müssen meinten, vertrat Delbrück im Frühjahr und Sommer 1917 die Erwartung eines zukünftigen russischen Rumpfstaats auf den Trümmern des Zarenreichs in Gestalt einer föderalistischen Republik, in der die Warschauer Industrie wiederum die Vorrangstellung genießen könnte, die sie im Zarenreich genossen hatte.[144]

Als mit dem Frieden von Brest-Litowsk am 2. März 1918 dann tatsächlich ein Separatfrieden zustande kam, hatten sich die Verhältnisse indes grundlegend geändert. Nach dem Kriegseintritt der USA musste Delbrück von der Erwartung abgehen, dass ein Separatfrieden mit Russland auch England und Frankreich zu Friedensverhandlungen auf Augenhöhe nötigen werde. Mit der Machtübernahme Lenins in Sankt Petersburg nahm das eben noch wankende Russland für Delbrück wieder die Gestalt einer ›dunklen Bedrohung‹ an. Während Lenin

142 Hans Delbrück: Die zweite Russische Revolution. Brest-Litowsk, in: PJ 171 (1918) 1, S. 133–142; Hans Delbrück: Der definitive Friede mit Rußland und unser Verhältnis zu den Randvölkern, in: PJ 172 (1918) 1, S. 133–147.

143 Hans Delbrück an Waldemar Delbrück, 02.05.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 169 f. Für Delbrücks Frontbesuch im Abschnitt der Armee-Abteilung Worysch und seinen Aufenthalt in Warschau, wo er neben dem Generalgouverneur Hans von Beseler auch mit dem in dessen Stab Dienst tuenden Bogdan von Hutten-Czapski und durch selbigen vermittelten »leitenden Polen« konferierte, vgl. Anweisungen für Reiseteilnehmer, in: BArch Koblenz, N 1017/42; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.04.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 168; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 24.04.1917, ms. Abschrift in: Ebd., S. 168; hs. Notiz, Theilnehmer des Frühstücks in Warschau, 30. April 1917, in: BArch Koblenz, N 1017/42.

144 Delbrück: Der Fortgang der russischen Revolution [PJ 168/1]; Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen; Wilhelm Paskzowski an Hans Delbrück, 12.06.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/41; Max von Lichnowsky, 13.06.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/41; Nicht weiter aufgegriffen hat Delbrück die Vorschläge des linksliberalen deutsch-jüdischen Soziologen Franz Oppenheimer, der Delbrück seit seiner journalistischen Berufstätigkeit im Berlin der 1890er Jahre und wohl über das Umfeld des Evangelisch-Sozialen Kongresses bekannt war; dessen optimistische Friedenspläne sahen unter anderem ein unabhängiges Polen vor, dessen Grenzen zwar nicht näher umrissen wurde, das aber mit Deutschland, Österreich und Russland in einer Zollunion verbunden sein sollte, vgl. Franz Oppenheimer an Hans Delbrück, 04.07.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oppenheimer, Franz, Bl. 30–33.

die Bolschewisierung des weithin agrarisch geprägten Russlands als eminentes Problem bei der Umsetzung der Weltrevolution erschien, galten Bolschewismus und Zarentum Delbrück gleichermaßen als Ausdrucksformen des »asiatischen« »Moskowitertums«, zu dessen Wesensmerkmalen er schon vor dem Krieg nicht nur orthodoxen Aberglauben und expansionistischen Panslawismus, sondern auch den bäuerlichen Agrarkommunismus gezählt hatte, welcher ihm nun als Humus der zweiten Revolution galt.[145] Mit den Erfolgen der »Roten« kehrten auch die Muster der antirussischen Kriegszielpolitik der ersten Kriegsjahre in die »Politische Correspondenz« zurück. Von Paul Rohrbach übernahm Delbrück die nunmehr verkündete Ansicht, dass politische Kultur respektive »Volkscharakter« in Russland Gewaltsamkeit, wenn nicht einforderten, so doch erduldeten. Ebenso wie die daraus abgeleitete Prognose, dass harte Friedensbedingungen in Russland nicht die langanhaltende Revanchelust erzeugen würden, die das deutsch-französische Verhältnis seit 1870 geprägt hatte und welche Delbrück ohne Ahnung von den fatalen Folgen aber doch nicht unzutreffend auch Deutschland für den Fall einer Niederlage zuschrieb.[146] Gleichwohl betrachtete Delbrück die Entwicklungen in Russland mit Sorge. Lehnte es jedoch ab, mit der Warnung vor dem Bolschewismus weiteres Ausgreifen und Gebietsgewinne im Osten zu rechtfertigen, denn mochten Polen, Ukrainer und andere dies zunächst als Rettung empfinden, so müssten nach den Erfahrungen der preußischen Nationalitätenpolitik diese Gefühle doch rasch in Antipathie umschlagen.[147] Noch am 4. September 1918 versicherte Delbrück dem Korrespondenten einer Moskauer Zeitung, mit einer russischen Regierung gleich welcher Coloeur den Frieden erhalten zu wollen und jeden Gedanken an eine deutsche Intervention abzulehnen.[148]

Da ihm das britische Empire als stärkste Macht im europäischen Konzert galt, erklärte Delbrück es noch während der ersten Kriegswochen für eine Notwendigkeit, die politische Kriegsstrategie des Reiches auf eine nachhaltige Schwächung Englands und seiner Seemacht auszurichten[149] Zwar konnte sich selbst ein mit Delbrücks Gedankengängen so weidlich vertrauter Rezipient der »Jahrbücher« wie Max Lenz daran stoßen, dass dieser zugleich die »Niederwerfung« Englands zum Kriegsziel proklamierte und vor einer »napoleonischen« Politik warnte, obzwar der Korse doch das gleiche Ziel verfolgt hatte. Nach Delbrücks Logik standen diese strategischen Paradigmen jedoch nicht in Widerspruch, war doch der napoleonische Vergleich längst von den his-

145 Delbrück: Die zweite Russische Revolution [PJ 171/1], insbesondere S. 134 f.

146 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 02.03.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XIV, Bl. 15–16; Delbrück: Der definitive Friede mit Rußland und unser Verhältnis zu den Randvölkern [PJ 172/1], S. 139 f.

147 Delbrück: Die Aufgaben Deutschlands im Osten und Westen [PJ 173/1], insbesondere S. 134 f.

148 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S.110.

149 Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20.

torischen Begebenheiten abstrahiert und England, so schien es, als Profiteur der Kriege am Beginn des 19. Jahrhunderts in dessen Verlauf selbst nah an die Grenze dessen herangetreten, was noch als Gleichgewichtigkeit der Großmächte gelten konnte. Folgerichtig erscheint es dann auch, dass Delbrück die Überwindung der maritimen Suprematie Englands frühzeitig als den kleinsten gemeinsamen Nenner in den innerdeutschen Kriegszieldebatten ansah, von der sich auch Anschlussfähigkeit nach Außen, speziell unter den neutralen Mächten erhoffen ließ.[150]

In Hinblick auf die Formulierungen der Delbrück-Dernburg-Adresse war Delbrück maßgeblich durch die Sorge motiviert, die vorangegangene Seeberg-Adresse könnte bellizistischen Kreisen in England in die Hände spielen und ihnen erlauben, kriegsverlängernde Mobilisierungsmaßnahmen gegen die ›vernünftigen‹ verhandlungsorientierten Kreise durchzusetzen.[151] Diese Einschätzung über die zukünftigen Aussichten im Verhältnis zu England überschnitt sich mit seiner spätestens im Herbst 1915 erreichten Neubewertung der englischen Politik in der Julikrise. Zugleich wurde die unverkennbar antienglische Forderung nach der »Freiheit der Meere« zu einer der wenigen offensiv formulierten Ambitionen jener ›Gegenadresse‹, der auch Freihandelsbefürworter wie Lujo Brentano zur Unterstützung veranlassen konnte.[152] Tatsächlich geriet die Freihandelspolitik zu einer schmalen Krücke der deutsch-englischen Verständigung, doch hat Delbrück ihr nie eine Aufmerksamkeit gewidmet, die der von Ökonomen wie Brentano nahekam.[153]

Wenngleich Delbrück zugestand, dass England trotz der inneren Krisen des Empire all seine Machtmittel für das Ziel mobilisierte, Deutschland als Gefahr seiner maritimen Suprematie niederzuwerfen[154], so prägte er doch über die »Jahrbücher« hinaus eine auch in der Tagespresse verfochtene Linie, wonach England denjenigen Kriegsgegner darstellte, mit dem ein Verständigungsfrieden möglich und im Grunde alternativlos anzustreben war. Denn verzichtete Deutschland einsichtsvoll auf den selbstzerstörerischen uneingeschränkten U-Boot-Krieg, war England nicht niederzuringen. England indes musste demnach

150 Ebd.; vgl. ferner Hans Delbrück an Max Lenz, 09.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 15–16; Max Lenz an Hans Delbrück, 31.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe II, Bl. 96–99; Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

151 Vgl. Entwurf der Delbrück-Dernburg Adresse, Typoskript in: N 1017/38.

152 Lujo Brentano an Hans Delbrück 07.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 17–18.

153 Lujo Brentano an Hans Delbrück, 09.08.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 21–22; Lujo Brentano an Hans Delbrück, 02.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 23–25.

154 Vgl. Delbrücks Marginalien auf Georg Wilhelm von Siemens an Hans Delbrück, 16.10.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Siemens, Werner von, Bl. 4–8.

zwingend einen zeitnahen Friedensschluss erstreben, um die wachsenden Spannungen zwischen imperialer Metropole und Peripherie einzudämmen, da doch die fortdauernde Konzentration aller Kräfte in Europa zumindest nach Einschätzung von dort heimkehrenden deutschen Diplomaten die Macht Londons in Ostasien ins Wanken zu bringen drohte.[155]

Dieses Paradigma bestimmte nahezu vollständig Delbrücks Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegführung und den Ambitionen des Reiches im Westen. Ob in den »Jahrbüchern«, der Tagespresse oder in persönlichen Gesprächen in Berliner Salons und den Büros der Wilhelmstraße, stets ging es darum, gegen die diplomatische und öffentliche Geringschätzung des »Gewichts der Friedensfreunde in England«[156] anzutreten, denen letzten Endes die völlige Wiederherstellung Belgiens als Friedensgabe dargebracht werden musste. Dass er trotz aller Mühen diesem strategischen Paradigma nicht zur gewünschten Resonanz in konservativen Kreisen verhelfen konnte, war Delbrück wohl bewusst.[157] Gleichwohl richtete er fortwährend seine Friedenshoffnungen darauf aus und glaubte eingedenk seiner englischen Verbindungen via Den Haag noch im September 1917, nach dem Scheitern der Friedensresolution des Reichstags, dem kaiserlichen Kabinettschef Valentini versichern zu können:

»eine unumwundene Erklärung über Belgien würde Lloyd George stürzen und uns noch in diesem Jahr einen annehmbaren Frieden bringen«.[158]

Denn unter dem maßgeblichen Einfluss Kurt Hahns wurde das Schicksal Belgiens für Delbrück und seinen »Mittwochabend« zum zentralen Vehikel der angestrebten Verständigung mit England und zum Angelpunkt aller deutschen Kriegszielpolitik. Würde nur Belgiens Freiheit und Unabhängigkeit garantiert, musste demnach der Kampfeswille unter den englischen Entscheidungsträgern erlahmen.[159]

155 Hans Delbrück: Unnötige Sorge, in: Der Tag, 13.07.1916, Nr. 162; Hans Delbrück: Divide, in: Der Tag, 21.07.1916, Nr. 169; Delbrück: Keine Gefühlspolitik [PJ 165/2]; Peter Rassow an Hans Delbrück, 25.08.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 16–17; Georg Wilhelm von Siemens an Hans Delbrück, 16.10.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Siemens, Werner von, Bl. 4–8.

156 Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 07.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 24.

157 Delbrück: Unnötige Sorge; Delbrück: Divide; Delbrück: Keine Gefühlspolitik, S. 341.Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 05.07.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 8–9; Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 07.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 24.

158 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 37–38.

159 Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 05.07.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 8–9. Zum Bemühen, diesen Optimismus im Auswärtigen Amt zu verbreiten, vgl. Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 07.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 24.

Eine dauerhafte Annexion des besetzten Landes lehnte Delbrück bereits im Siegestaumel vor der Marneschlacht ab und erklärte dies gegenüber einem ehemaligen Schüler zur Ansicht »aller vernünftigen Leute«.[160] Jedoch musste er bereits während jener Tage Ende August, Anfang September 1914 feststellen, dass auch für »ganz vernünftig« gehaltene Akteure nun geradezu unanständig emotionalisiert nach Gebietsgewinnen im Westen verlangten und konsequente Opposition gegen die Reichsleitung in Aussicht stellten, wenn Bethmann Hollweg es an Eifer vermissen ließe, die deutschen ›Blutopfer‹ angemessen vergelten zu lassen.[161] In dieser Gemengelange figurierten die öffentlichen Initiativen aus dem Kreis des »Mittwochabend«, wie die Gründung des »Nationalausschusses für einen ehrenvollen Frieden«, nach Delbrücks eigenen Worten und in Übernahme einer ursprünglich polemischen Wendung von Max Lenz als eine »Schutztruppe für den Kanzler«, dem solcherart innenpolitisch der Rücken gestärkt werden sollte, um England glaubhafte Garantien für eine Restituierung Belgiens zu liefern.[162]

Der vielgestaltigen Debatte, die von Gelehrten allermöglichen, kurzerhand für einschlägig ausgewiesen erklärten Fächer um die Zukunft Belgiens geführt wurde, haben die »Preußischen Jahrbücher« durch Rezensionen und originäre Beiträge ein Forum geboten.[163] Hans Delbrück hat diese Debatte selbst über die »Jahrbücher« hinaus maßgeblich geprägt und dabei nationalpolitische, ökonomische und geostrategische Dimensionen dieser Frage miteinander verknüpft. Gleichwohl Delbrück nicht zu Unrecht als profilierter Kritiker der Annexionspolitik gilt, blieb manche Formulierung vage, sei es aus Rücksicht auf Zensurbestimmungen, sei es aus dem Grunde, dass die Kritiker einer rückhaltlosen Annexionspolitik es schwerer hatten, sich auf einheitliche Zielformeln zu einigen, ohne den Wert des besetzten Landes als politischem »Faustpfand« zu schmälern. Auch in Bezug auf Belgien ist die Delbrück-Dernburg-Adresse weniger Konsens- als Kompromissformel gewesen.[164]

Im April 1915 hat Delbrück einen Anschluss Belgiens an das Deutsche Reich gegenüber seinem Vetter Berthold gleichgesetzt »mit den Trojanern, die sich

160 Hans Delbrück an Richard Kabisch, 01.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 32, Bl. 16.

161 Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23; Heinrich Rippler an Hans Delbrück, 29.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rippler, Heinrich, Bl. 25–26.

162 Max Lenz an Martin Hobohm, 11.07.1916., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe III, Bl. 2–5.

163 *Reichert*, Gelehrtes Leben, S. 122. Für die Debatte um Belgien in den »Preußischen Jahrbüchern« vgl. Friedrich Luckwaldt: Aloys Schulte, Von der Neutralität Belgiens, in: PJ 160 (1915) 1, S. 156–158; Karl Rathgen: Belgiens auswärtige Politik und der Kongo. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges nach belgischen Quellen, in: PJ 162 (1915) 3, S. 492–528.

164 Kurt Wiedenfeld an Hans Delbrück, 16.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wiedenfeld, Kurt, Bl. 33–35; Hans Delbrück an Kurt Wiedenfeld, o. D. [16.07.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 10.

selbst das hölzerne Pferd in ihre Mauern zogen.«[165] Eine Annexion Belgiens musste der Integrität des deutschen Nationalstaats zuwiderlaufen.[166] Den in der »Seeberg-Adresse« prophezeiten »völkischen Zuwachs« durch die von ihrer »künstlichen romanischen Umklammerung« zu »befreienden« Flamen, hat Delbrück als Phrase verworfen.[167] Auf diesen Punkt hob die Gegeneingabe besonders ab, wenn sie in Widerspiegelung von Delbrücks jahrelang verfochtenen, nationalpolitischen Ansichten einer ›Belastung‹ des Reiches durch »politisch selbstständige und an Selbstständigkeit gewöhnte Völker« widerriet.[168] Die nationalen Gegensätze zwischen Flamen und Wallonen in Belgien, die von den deutschen Besatzungsbehörden tatkräftig angeheizt wurden, nahm Delbrück als strategische Sicherheit, die Belgien noch bis auf kommende Generationen hin eine innere Lähmung bescheren würde.[169] Im Anschluss an Karl Hampe gestand Delbrück Belgien eine historische ›nationale‹ Einheit zu.[170] Doch wenn er auch noch Anfang 1917 erwog, die Aufgabe Belgiens an einen besonderen »Schutz« des »Vlamentums« zu binden, dann nicht aus ›nationaler‹ Sympathie, die Delbrück auch den Flamen nicht umgekehrt zuschrieb, sondern aus Rücksichtnahme auf die Waage der innerbelgischen Machtverhältnisse.[171]

Bereits im Frühjahr 1915 hatte Delbrück sich dem annexionskritischen Standpunkt des Hallenser Nationalökonomen und Eisenbahnspezialisten Kurt Wiedenfeld angeschlossen und dessen Denkschrift in Berliner Regierungs- und Universitätskreisen in Umlauf gebracht, welche auf die, namens des »Kriegsausschusses der deutschen Industrie« von seinem Bonner Fachkollegen Hermann Schumacher verfasste Kriegszieleingabe reagierte. Anders als die im »Kriegsausschuss« versammelten rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen ging Wiedenfeld und mit ihm Delbrück davon aus, dass die besonders im Fokus des Annexionsbegehrens stehende Hafenstadt Antwerpen durch die politischen und

165 Hans Delbrück an Berthold Delbrück, 17.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 25–27. Diesen Vergleich nutzte Delbrück auch geradezu wortgleich im Januar 1917 in einem Artikel für das liberale »Leipziger Tageblatt«, vgl. Hans Delbrück: Um Belgien, in: Leipziger Tageblatt, 11.01.1917, Nr. 17, Abend-Ausgabe.

166 Hans Delbrück: Die Maaslinie oder die Entwaffnung Belgiens?, Typoskript, o. D. [1915], in: BArch Koblenz 1017/38

167 Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

168 Delbrücks Gegenerklärung. Die gleiche Formulierung findet sich auch bei Hans Delbrück an Kurt Wiedenfeld, o. D. [16.07.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 10.

169 Hans Delbrück: Die Maaslinie oder die Entwaffnung Belgiens?, Typoskript, o. D. [1915], in: BArch Koblenz 1017/38.

170 Delbrück: Die zukünftige militärisch-politische Bedeutung Belgiens [PJ 170/2]. Zu Karl Hampes Schriften über Belgien vgl. *Hampe*, Belgiens Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1915; *Hampe*, Belgien und die großen Mächte.

171 Hans Delbrück an Hermann Oncken, 02.01.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 54–55. Zur deutschen Flamenpolitik im Ersten Weltkrieg vgl. *Müller*, Die importierte Nation, S. 40–191.

wirtschaftlichen Folgewirkungen eines vollständigen oder teilweisen Anschlusses Belgiens ans Reich, binnen kurzem ihre Bedeutung als europäischer Verkehrsknotenpunkt an das niederländische Rotterdam verlieren musste.[172] Zwar hat Delbrück die von Seeberg und Konsorten ins Auge gefasste ökonomische Entrechtung der Belgier als kapitalistische Infamie gebrandmarkt:

»d. h. daß die Herren Großindustriellen die Fabriken billig aufkaufen. Dafür sollen unsere Arbeiter kämpfen!«[173]

Doch haben nicht nur die geglätteten Wendungen der »Gegeneingabe« diese Facette weitgehend unterschlagen, in der Belgien nicht einmal explizit genannt wurde.

Maßgeblich war für Delbrück die strategische Dimension der ›belgischen Frage‹ und tatsächlich hat er noch im Sommer 1915 gegenüber Max Lenz kleinere strategische Grenzkorrekturen nicht ausschließen wollen.[174] Doch obwohl Delbrück Anfang 1915 öffentlich spekuliert hatte, London habe 1908 seine Zustimmung zur Transformation des Kongo-Freistaats in eine Kolonie des belgischen Staates für den Gehorsam Belgiens eingetauscht, verwarf er bereits damals jedes Bedenken, ein freies Belgien werde unweigerlich zum »Aufmarschgebiet« der Ententemächte in einem nächsten Krieg werden.[175] Stattdessen beharrte er nachdrücklich auf der historischen Einsicht in die zentrifugalen Gleichgewichtskräfte der europäischen Staatenordnung, die eine Expansion des Reiches nach Westen verboten.[176] Eine Entwaffnung Belgiens hat Delbrück dagegen durch-

172 Hermann Schumacher: Unsere Kriegsziele insbesondere im Westen, Berlin 1915, in: BArch Koblenz, N 1017/38; Kurt Wiedenfeld an Hans Delbrück, 11.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wiedenfeld, Kurt, Bl. 29–32; Hans Delbrück an Kurt Wiedenfeld, 13.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 24; Kurt Wiedenfeld: Antwerpens wirtschaftliche Zukunft, ms. Manuskript in: BArch Koblenz, N 1017/38; Kurt Wiedenfeld an Hans Delbrück, 16.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wiedenfeld, Kurt, Bl. 33–35; Hans Delbrück an Kurt Wiedenfeld, o. D. [16.07.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 10.

173 Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

174 *Döring*, Der Weimarer Kreis, S. 27. Vg. hierzu Hans Delbrück an Max Lenz, 07.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 13–15. Eine Aufteilung Belgiens unter Frankreich und den Niederlanden im Rahmen einer von Deutschland dominierten Friedensordnung hat Delbrück bereits kurz nach Kriegsausbruch für nicht umsetzbar erklärt, vgl. Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

175 Delbrück: Das Zahlenübergewicht unserer Gegner und die Politik Belgiens, S. 181 f. Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 13.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 47; Delbrücks Marginalien zu Max Lenz an Martin Hobohm, 11.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe III, Bl. 2–5.

176 Hans Delbrück an Max Lenz, 07.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 13–15. Von einem Umdenken Delbrücks kann in dieser Beziehung keine Rede sein, vgl. auch *Schwabe*, Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus, S. 130.

aus lange ins Auge gefasst.[177] In diesem Sinne verfasste er im Winter 1915 eine Denkschrift über »Die Maaslinie und die Entwaffnung Belgiens«.[178] In diesem Text, der vertraulich den militärischen und politischen Spitzen des Reiches zuging, führte Delbrück aus, was in der »Gegeneingabe« vom Juli 1915 nur angedeutet war, dass nämlich jede Form des Anschlusses Belgiens nach dem Exempel Napoleons notwendigerweise die einige Gegnerschaft der übrigen Mächte sowie ein Rachebedürfnis der Belgier erzeugen müsse. Wenn Belgien »kein Heer und keine Festungen halten dürfe«, wie Delbrück zeitgleich an Ludendorff schrieb,[179] dann wäre durchaus darauf zu rechnen, dass in einem Staat ohne Tradition als »Militärmacht« eine pazifistisch gesonnene Partei diese strategische Erwägung zur politischen Doktrin erheben und eine ehrliche Neutralität Belgiens bewahren werde.[180] Nicht zuletzt unter dem Einfluss Karl Galsters hat Delbrück auch den strategischen Wert deutscher Militärstützpunkte in Flandern negiert, die nicht bloß jenseits des Ärmelkanals Beunruhigung auslösen, sondern den Engländern auch noch begeisterte Verbündete bei einer Invasion der flämischen Küste bescheren würden.[181]

Erstmals im Herbst 1917 hat Delbrück gleichfalls davor gewarnt, dass lautstarke deutsche Begehrlichkeiten auf Belgien in Den Haag als hinreichend bedrohliche Perspektive erscheinen mussten, um die Niederlande früher oder später doch noch ins Lager der Entente zu treiben.[182] Vor diesem Hintergrund stellte sich Delbrück zum einen der kultuspolitischen Umarmungsstrategie zur Verfügung, die von der deutschen Gesandtschaft in Den Haag und der »Zentralstelle für den Auslandsdienst« vermittels Vereinsgründungen und akademischer

177 Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 29.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24; Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 09.08.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 90 f.

178 Hans Delbrück: Die Maaslinie oder die Entwaffnung Belgiens?, Typoskript, o. D. [1915], in: BArch Koblenz 1017/38. Über die Verhältnisse in Belgien und die Politik der deutschen Besatzungsbehörden war Delbrück aus erster Hand informiert. Dies dokumentiert die Korrespondenz, die Delbrück selbst mit dem den sozialdemokratischen Historiker Gustav Mayer unterhielt, der bei der deutschen Militärverwaltung in Brüssel diente, sowie ein Schreiben des deutschen Verwaltungschefs im besetzten Flandern, Alexander Schaible an Paul Rohrbach, das unter Delbrücks Materialsammlung betreffend die Kriegsziele überliefert ist. Schaible verkehrte demnach auch persönlich zumindest mit Rohrbach, vgl. Gustav Mayer an Hans Delbrück, 30.06.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Meyer, Gustav, Bl. 4; Alexander Schaible an Paul Rohrbach, 25.02.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 123.

179 Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 29.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24

180 Hans Delbrück: Die Maaslinie oder die Entwaffnung Belgiens?, Typoskript, o. D. [1915], in: BArch Koblenz 1017/38.

181 Hans Delbrück: Die zukünftige militärisch-politische Bedeutung Belgiens, in: PJ 170 (1917) 2, S. 311–314.

182 Hans Delbrück: Wider den Kleinglauben, in: PJ 170 (1917) 1, S. 148–153, S. 150 f.; Delbrück: Die zukünftige militärisch-politische Bedeutung Belgiens [PJ 170/2], S. 312.

Vortragsreihen betrieben wurde und referierte Anfang 1918 in Utrecht über »Die Vielhalt der Nationen als Grundlage der europäischen Kultur«.[183] Zum Anderen bedrängte er im Ergebnis dieser Reise und der während ihres Verlaufs durchgeführten Unterredungen mit niederländischen Politikern wie Heemskerk und dem ehemaligen Innenminister Samuel van Houten den nunmehrigen Außenstaatsekretär Richard von Kühlmann ob der verheerenden Wirkung, welche die deutsche Kriegszieldiskussion offenkundig auf die diplomatischen Optionen des Reiches hatte.[184] Dass der nach seinem Abgang aus dem Reichsmarineamt zum Parteipolitiker umgesattelte Alfred von Tirpitz am Vorabend von Delbrücks Utrechtbesuch im »Niewe Rotterdamsche Courant« deutsche Ansprüche auf Flandern erneuert hatte, ohne dass dem aus der Wilhelmsstraße irgendein offiziöses Dementi gefolgt wäre, ließ Delbrück im Verein mit Heemskerk und dem niederländischen Historiker Nicolaas Japikse zur publizistischen Offensive für eine rückhaltlose Freigabe Belgiens antreten.[185]

Als Hemmschuh der »Faustpfand«-Politik Bethmann Hollwegs erkannte Delbrück weitsichtig die früh errungene, politische Vormachtstellung der OHL vor den zivilen Politikern und Diplomaten.[186] Auf dieser Ebene der innenpoli-

183 *Eversdiik*, Kultur als politisches Werbemittel, insbesondere S. 350–352. Die Einladung Delbrücks erfolgte durch den Kunsthistoriker Albert Erich Brinckmann, der seit 1917 die »Hilfsstelle« leitete, vgl. Albert Erich Brinckmann an Hans Delbrück, 28.11.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21; zu Brinckmanns Position vgl. *Eversdjik*, Kultur als politisches Werbemittel, S. 131 f.

184 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 29.01.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 25–27; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 30.01.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 27; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 31.01.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 27–29; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 03.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 29–31; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 04.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 31–34; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 06.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 34 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 08.02.1918, ms. Abschrift in: ebd, S. 35 f.; BArch Koblenz, N 1017/77, S. 36.

185 Hans Delbrück: Das ostpreußische Chaos. Die mangelnde Entschlossenheit und Gradheit der deutschen Politik. Großadmiral v. Tirpitz, in: PJ 170 (1918) 3, S. 419–425; Theo Heemskerk an Hans Delbrück, 09.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Heemskerk, Bl. 1–2. Ein Schreiben Delbrücks an Heemskerk vom 02.05.1918 lässt sich nicht mehr auffinden. Vgl. ferner Theo Heemskerk: Die belgische Frage und Holland, in: Die Hilfe 8 (1918) zit. nach ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/80, S. 196–200; Nicolaas Japikse: Belgien und Holland, 06.02.1918, in: Deutsche Politik, Nr. 9, zit. nach ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/80, S. 201–205.

186 o. V., 16.12.1914, in: BArch Koblenz, N 1017/39; Hans Delbrück an Max Lenz, 23.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 31; Clemens von Delbrück an Hans Delbrück, 02.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Clemens von, Bl. 24–31; Hans Delbrück an Adolf von Harnack, 05.07.1916, in: SBB PK, Nl. Adolf von Harnack, K. 29, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 19.02.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 47–49.

tischen Legitimation außenpolitischer Maßnahmen argumentierte Delbrück, wenn er erklärte, dass durchaus keine einheitliche »Volksmeinung« auf die Annexion Belgiens ausgerichtet sei. Zum Gegenstand der öffentlichen Debatte hat Delbrück diese Diskrepanz jedoch lange nicht gemacht.[187] Statt die innerdeutschen Konfliktlinien herauszustellen, suchte er auf die »Volksmeinung« einzuwirken, indem er ihr andere Ziele wies. Die »täglichen Schmähbriefe«, die während des Krieges in der Kunz Buntschuhstraße eingingen, waren zweifellos besonders durch Delbrücks Positionierung gegen Annexionen im Westen motiviert. Die Aversionen ihrer Verfasser waren nicht von weitgespannten geopolitischen Plänen motiviert, sondern reagierten darauf, dass Delbrück ein populäres Kriegsziel zu unterminieren schien, das den Lasten des Krieges einen Sinn geben sollte. So konnte sich »Ein kernfester Patriot« aus der sächsischen Schweiz, wie schon im Frieden mancher, Delbrücks kritisches Engagement kaum anders denn als feindliches Agententum erklären. Zwei Söhne hatte der anonyme Briefeschreiber im Krieg verloren und gäbe das Reich Belgien, »welches soviel kostbares Blut gekostet hat«, wieder heraus, wären diese persönlichen Verluste völlig umsonst gewesen.[188] Dass dies keine isolierte Stimme war, dessen war Delbrück sich wohlbewusst und hat schließlich seine Forderungen nach einem deutschen Kolonialreich in Mittelafrika als taktisches Manöver zur Ablenkung der Öffentlichkeit vom Kriegsziel Belgien enthüllt.

Erstmals hat Delbrück am 2. September 1914 gegenüber Max Lenz bekannt:

»Mein Programm ist: ganz Mittel-Afrika, eingeschlossen Nigeria (*sehr* werthvoll) und Uganda, auch Madagaskar, an Deutschland. Belgien als Pfand, bis England jene Kolonien abtritt.«[189]

Diese Zurückhaltung in Europa zugunsten dem »Erwerben« umfangreicher Gebiete in Afrika erachtete Delbrück für die einhellige Meinung aller »vernünftigen Leute«, die im politischen Berlin vernehmlich waren und als Voraussetzung, unter der Verhandlungen mit den Kriegsgegnern und letztlich ein baldiger

187 Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 13.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 47; Delbrücks Marginalien zu Max Lenz an Martin Hobohm, 11.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe III, Bl. 2–5.

188 o. V. an Hans Delbrück, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/39; Delbrück: Um Belgien. Zu den »täglichen Schmähbriefen« vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 08.08.1916, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 55. Diese Invektiven mussten durchaus nicht die Formalia eines Briefes erfüllen, sondern konnten auch bloß hasserfüllte Textnachrichten sein, wie bspw.: »Pfui Deibel, so einem Hans Taps, der entweder, ins Zuchthaus, an den Galgen, oder ins Irrenhaus gehört! Pfui Deibel!, vgl. o. V. an Hans Delbrück, o. D., in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 95.

189 Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23.

Friedensschluss möglich waren. Im Grunde blieben die hier ins Auge gefassten Kolonien aber auch jetzt noch bloßes Mittel zum Zweck des Gleichgewichts der Großmächte:

»Erlangen wir das mit einer guten Kriegs-Entschädigung, so ist Englands See-Suprematie so weit gebrochen, daß ein See-Gleichgewicht behauptet werden kann, insofern nämlich das große Kolonialreich uns nöthigt, auch eine große Flotte zu halten, die Kriegsentschädigung uns die Mittel dazu gewährt und umgekehrt die Abtretung jener afrikanischen Kolonien Englands Prestige genügend herabgesetzt hat.«[190]

Als Delbrücks erste öffentliche Positionierung in der Kriegszieldebatte nicht nur heftige Pressepolemiken zur Antwort fand, sondern auch zur ersten Berührung mit der militärischen Pressezensur führte, da beklagte er gegenüber dem Reichskanzler das öffentliche Missverständnis, als konsequenter Kritiker jedweder territorialer Verschiebungen dargestellt zu werden und bekräftigte: »Die zu erhoffenden Erwerbungen Deutschlands suche ich im tropischen Afrika.«[191] Für dieses Ziel wäre Delbrück auch bereit gewesen, Samoa und die übrigen deutschen »Südseekolonien« aufzugeben, die ihm bezeichnenderweise als wertloser Besitz und hinreichende Tauschobjekte zugleich erschienen.[192]

Mit seinen alldeutschen Kontrahenten in der Kriegszieldebatte ging Delbrück insofern d'accord, als dass ihm ohne koloniale Besitzverschiebungen die britische Überlegenheit zur See nicht aufzuholen schien, nur zog er daraus die Konsequenz, dass dann erst recht nicht »napoleonische« Ambitionen in Europa Friedensverhandlungen im Weg stehen durften, wenn sie jenem Ziel nichts nutzten.[193] In seinen ersten Entwürfen für eine Gegenerklärung zur Seeberg-Adresse hat Delbrück denn auch eine Vergrößerung des deutschen Kolonialreichs gefordert. Diese Forderung fiel indes mit anderen der Feinabstimmung im Unterzeichnerkreis zum Opfer, dessen Uneinigkeiten einen insgesamt sehr allgemein gehaltenen Text hervorbrachten. Delbrück hatte seinen Standpunkt, mit der Nennung solcher konkreten Forderungen mehr positive Resonanz erzielen zu

190 Ebd.; vgl. ferner Hans Delbrück an Richard Kabisch, 01.09.[1914], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 32, Bl. 16.

191 Vgl. auch Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 07.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bethmann-Hollweg, Moritz August [sic!], Bl. 12–14.

192 Kurt Wiedenfeld an Hans Delbrück, 11.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wiedenfeld, Kurt, Bl. 29–32; Hans Delbrück an Kurt Wiedenfeld, 13.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 24.

193 Typoskript der »Seeberg-Adresse« mit hs. Randbemerkungen Hans Delbrücks, in: BArch Koblenz, N 1017/38. Delbrück bezog sich hier schlicht auf »viele Marine-Männer«, zur Galsters Urteil über Belgien vgl. Karl Galster an Hans Delbrück, 11.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 17–18; Karl Galster an Hans Delbrück, 02.12.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 44–45; Karl Galster an Hans Delbrück, 23.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 53–54.

können, nicht durchsetzen können und der Realisierung der gemeinschaftlichen Eingabe unterordnen müssen.[194]

Solange die Kriegszieldebatte bis zu ihrer »Freigabe« 1916 unter der Oberfläche brodelte, registrierte Delbrück aufmerksam jedes über neutrale Drittstaaten wie die Niederlande fließendes Signal, dass die Entente zu Friedensverhandlungen auf Basis der Räumung Belgiens im Tausch gegen die Garantie kolonialer Kompensationen bereit sein könnte. Was den nötigen innerdeutschen Kompromiss über die Friedensbedingungen angeht, mag Delbrück unter anderem daraus Zuversicht geschöpft haben, dass er durch die vertraulichen Kanäle in die Reichsleitung und ihren im Krieg stark wachsenden Unterbau darüber im Bilde war, dass zumindest im Kolonialamt bereits tiefergehende Pläne für die deutsche Inbesitznahme Mittelafrikas geschmiedet wurden.[195] Im Sinne eines solchen, im Wesentlichen als bilaterales deutsch-englisches Geschäft gedachten Kompromisses, versuchte Delbrück zu Weihnachten 1915 den frühzeitig als maßgeblichen Entscheidungsträger erkannten Erich Ludendorff, damals Stabschef Ober Ost, für den ›unnapoleonischen‹ Kurs ohne Annexionen in Europa zu gewinnen, indem er versicherte, dass nach dem Zeugnis neutraler Vermittler England unter Garantie in einen solchen Handel einwilligen würde.[196] Dem suchte Delbrück, der auch im Krieg ein international gefragter Gesprächspartner blieb, wiederum vorzubauen, wenn er im viel beachteten und wiederum von der Zensur gerügten Interview für den »New York Americain« Ende Oktober 1915 unter Bezugnahme auf sein Eintreten für die deutsche »Weltpolitik« vor 1914 erklärte:

»Wie ich Ihnen damals sagte, sind die natürlichen Ziele Deutschlands, koloniale Besitzungen zu haben, wie die anderen grossen Nationen, z. B. in Zentralafrika. Meiner persönlichen Meinung nach wird in dem Augenblick, in dem die anderen Mächte sich dies klar machen und bereit sind, vernünftige Vereinbarungen mit Deutschland in dieser Hinsicht zu treffen, der Krieg zu ende [sic!] sein«.[197]

Unter dem Einfluss der seekriegstechnischen und -strategischen Expertise Karl Galsters und sekundiert vom Kolonialpublizisten Emil Zimmermann verwarf Delbrück auch die »alldeutsche« Begründung einer Annexion Belgiens unter Ver-

194 Kurt Wiedenfeld an Hans Delbrück, 16.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Wiedenfeld, Kurt, Bl. 33–35. Vgl. auch *Schwabe*, Ursprung und Verbreitung des alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, S. 129–131.

195 Paul Rohrbach an Hans Delbrück, 20.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rohrbach, Paul, Mappe XIV, Bl. 7–8.

196 Hans Delbrück an Max Lenz, 23.04.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 31; Hans Delbrück an Erich Ludendorff, o. D. [24.12.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24; Erich Ludendorff an Hans Delbrück, 29.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Ludendorff, Erich v., Bl. 1–2; Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 12.01.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 28.

197 Vgl. Kap. VI, Anm. 128.

weis auf die Sicherung von Seewegen in die deutschen Kolonien. Freilich nicht, weil diese ohnehin größtenteils während der ersten Kriegsmonate fielen, sondern weil die deutsche Flotte allein zur Sicherung der Seewege hinreichen würde, um auf diese Weise selbst nachhaltige Handelsrestriktionen abzufedern.[198]

So wie Delbrücks Haltung zu Kriegszielen und Friedensbedingungen insgesamt bei graduellem Schwanken mit dem Kriegsgeschehen im Wesentlichen gleichblieb, so verhielt es sich auch mit den kolonialen Ambitionen. Wenn Delbrück in der auch massenhaft als Sonderdruck versandten[199] »Politischen Correspondenz« für das Juniheft 1917, die ihrerseits vom Pressereferat des Kolonialamts weiter ausgestreut wurde[200], günstige Aussichten auf ein deutsches Kolonialreich von Sierra Leone bis Madagaskar und von Angola bis Uganda formulierte, dann verfolgte er damit einen kaum verhohlenen taktischen Zweck. Gegenüber Rudolf von Valentini bekannte Delbrück

»Ich bilde mir ja nicht ein, dass das Riesenkolonialreich, das dort bezeichnet ist, wirklich erreichbar sei. Aber ich denke, man muss die auf Belgien eingestellte Eroberungslust so zusagen, überbieten. Man muss der Volksphantasie ein anderes Bild zeigen, das verführerisch genug ist, die Gedanken von Belgien abzulenken.«[201]

Dieses Bekenntnis zur Unwahrhaftigkeit ist ein seltenes Beispiel für deutliche Diskrepanz zwischen dem, was Delbrück auf der Hinterbühne der persönlichen Korrespondenz äußerte und dem, was er in den »Jahrbüchern« druckte, doch das Ziel, um das es ihm ging, das hatte er auch in der Analyse der Trias von »Versöhnungs-Friede, Macht-Friede, Deutscher-Friede« ausgesprochen, nämlich einen Punkt zu erreichen, an dem das Reich seinen Gegnern glaubhaft und unbeschwert von alldeutschen Störfeuern seinen Verzicht auf Belgien erklärte, um sich mit Gebietsgewinnen in Übersee zu bescheiden, die nach seiner Überzeugung zumindest England und den USA der Frieden wert sein würde.[202]

Im Oktober 1914 wurde Delbrück von Ellery Sedgwick gebeten, dem Lesepublikum des »Atlantic Monthly« den deutschen Standpunkt zum Krieg zu erläutern.

198 Typoskript der »Seeberg-Adresse« mit hs. Randbemerkungen Hans Delbrücks, in: BArch Koblenz, N 1017/38. Delbrück bezog sich hier schlicht auf »viele Marine-Männer«, zur Galsters Urteil über die Belgien vgl. Karl Galster an Hans Delbrück, 11.07.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 17–18; Karl Galster an Hans Delbrück, 02.12.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 44–45; Karl Galster an Hans Delbrück, 23.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Galster, Karl, Bl. 53–54. Vgl. ferner Delbrück: Die Deutsche Vaterlandspartei [PJ 170/1], S. 156; Emil Zimmermann: Bedingte und unbedingte Kolonialpolitik, in: PJ 165 (1916) 3, S. 508–515; Emil Zimmermann: Das mittelafrikanische deutsche Kaiserreich, Berlin 1917.

199 Martin Hobohm an Hans Delbrück, 17.06.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hobohm, Martin, Mappe III, Bl. 9–14.

200 Wilhelm Solf an Hans Delbrück, 12.06.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Solf, Bl. 16

201 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 06.06.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 29–30.

202 Delbrück: Versöhnungs-Friede, Macht-Friede, Deutscher Friede [PJ 168/3], S. 492 f.

Dem Herausgeber der einflussreichen Kulturzeitschrift der US-amerikanischen Ostküstenelite galt Delbrück zugleich als Repräsentant des herrschenden Milieus und als selbstständiger, sich nie verstellender Denker. Wenngleich er die deutsche Uneinigkeit über die Kriegsziele gegenüber dem US-Publikum recht freimütig eingestand, vertrat er doch im Wesentlichen den Regierungsstandpunkt vom ›Verteidigungskrieg‹ und repetierte deren Friedensversprechungen in Hinblick auf die Erringung wolkiger »Sicherheiten«.[203]

Die fortdauernde Resonanz unter diesem Publikum war insofern von höchster Relevanz für Delbrücks Positionierung zur deutschen Kriegspolitik, als dass er bereits während der ersten Kriegswochen die USA und ihren Botschafter im Reich, James W. Gerard, mit dem er in Berlin verkehrte, als mögliche Vermittler eines Kompromissfriedens betrachtete. Delbrücks Weggefährte vom »Mittwochabend«, Bernhard Dernburg, hielt diese Hoffnung im weiteren Kriegsverlauf wach, während er den Reichskanzler zu überreden suchte, die Vermittlung eines Verständigungsfriedens in die Hände Papst Benedikt XV. und des US-Präsidenten Woodrow Wilson zu legen.[204] Sie stand bei der Formierung des »Büro Hobohm« zur Bekämpfung der »alldeutschen« Kriegszielpropaganda im Raum und mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass Delbrück sich Klagen über die Lieferung amerikanischer Rüstungsgüter an die Entente und der Gewährung amerikanischer Kredite enthalten hat, obwohl ihn Feldpostbriefe erreichten, die vom massenhaften Aufkommen amerikanischer Munition selbst an der Ostfront berichteten.[205] Auch hat Delbrück bereits Ende 1916 und im Gegensatz nicht nur zur Mehrheit der konservativen Intellektuellen in Deutschland, Bethmann Hollwegs Schwenk mitvollzogen, in maßvollem Entgegenkommen gegenüber Wilson, übernationale Ordnungssysteme nicht länger zu verteufeln und einem »Weltfriedensbund« das Wort zu reden.[206]

203 Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 30.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Ellery, Bl. 1–3; Hans Delbrück an Ellery Sedgwick, 23.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 32, Bl. 26–26; Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 16.11.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Bl. 4–5; Hans Delbrück an The Atlantic Monthly, 09.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 5; Ellery Sedgwick an Hans Delbrück, 24.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Sedgwick, Ellery, Bl. 6; Hans Delbrück an The Atlantic Monthly, 06.01.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 13; Hans Delbrück: What Germans Wishes to gain by Peace, in: The Atlantic Monthly, Typoskript, 06.01.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/38.

204 Hans Delbrück an Max Lenz, 02.09.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 21–23; Bericht Dernburgs über die Unterredung mit Bethmann Hollweg, 16.11.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/39.

205 Martin Hobohm: Die neue Kraftentfaltung der Alldeutschen, Typoskript vom 08.11.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 1–9; Friedrich Wilhelm Kuntze an Hans Delbrück an Hans Delbrück, 19.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kuntze, Friedrich, Bl. 51–54.

206 Delbrück: Die Welt-Friedens-Liga [PJ 166/3], S. 511f; Delbrück: Das deutsche Friedensangebot [PJ 167/1], S. 169 f.; Zur Rezeption der »Völkerbund«-Idee im Deutschen Reich während des Ersten Weltkrieges vgl. *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 234–236.

Dass Delbrücks über den amerikanischen Kriegseintritt hinaus an der Hoffnung festhielt, Wilson könne doch noch als Vermittler eines Verständigungsfriedens gewonnen werden, geschah vornehmlich unter dem Einfluss Kurt Hahns und des Deutschamerikaners Jacob Noeggerath, der dem Auswärtigen Amt als Berater diente, im Besonderen der Zentralstelle für den Auslandsdienst verbunden und spätestens seit dem Frühjahr 1916 persönlich mit Delbrück bekannt war.[207] Durch Vermittlung Noeggeraths gelangte Hahn im Sommer 1917 in Kontakt mit Diplomaten der amerikanischen Gesandtschaft in den Niederlanden. Alexander C. Kirk und Charles H. Russel waren vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten bereits gemeinsam an der US-Botschaft in Berlin eingesetzt gewesen. In Den Haag versicherten sie nun Hahn, dass Präsident Wilson und die ›öffentliche Meinung‹ in den USA durchaus zu einer deutschen Regierung Vertrauen haben würden, die zu liberalen Reformen, speziell der Installation einer parlamentarisch verantwortlichen Regierung, bereit war. Dass die beiden Diplomaten dabei den gemeinsamen Unterredungen ein konspiratives Ambiente verliehen, galt dem Pädagogen und mit ihm wohl auch Delbrück als eine Art Vertrauensbeweis. Denn es war insbesondere Hahns Versicherung, dass nach dem Zeugnis Kirks und Russels weder Regierung noch Öffentlichkeit in den USA sich mit den territorialen Kriegszielen der Entente identifizierten, die Delbrück zum Protagonisten der inneren Reform des Reiches werden ließ. Eine englische Übersetzung von Delbrücks Schrift »Regierung und Volkswille« über die deutsche ›Mischverfassung‹ sollte überdies den Amerikanern »Orientierung« in der gegebenen deutschen Verfassungswirklichkeit jenseits antimonarchistischer Reflexe verschaffen.[208]

Schließlich schien eine solche Reform doch gleichsam eine ›goldene Brücke‹ zur Bewahrung der territorialen Integrität und nationalstaatlichen Legitimation des Reiches zu versprechen. Denn nach dieser Logik musste Wilson ohne Rücksicht auf das französische Begehren nach Elsaß-Lothringen Frieden schließen, sobald die verfassungspolitischen Voraussetzungen in Deutschland geschaffen waren. Mit den Amerikanern in Den Haag wussten Hahn und Delbrück sich in der Überzeugung einig, dass die Entente ohne amerikanische Rückendeckung

207 Jacob Noeggerath an Hans Delbrück, 11.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Noeggerath, J. E., Bl. 5. Zu Noeggeraths politischen Aktivitäten vgl. [Kurt Hahn]: Unbenutztes Konzept, nur zu Professor Delbrücks persönlicher Kenntnisnahme, in: BArch Koblenz, N 1017/39. Vgl. auch *von Baden*, Erinnerungen und Dokument, S. 25–27; Ebd., S. 54–65.

208 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 22.10.1917, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 186f; Jacob Noggerath an Hans von Haeften, 17.10.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39; [Kurt Hahn]: Bericht vom 22. Oktober 1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39; Hugo Preuß an Hans Delbrück, 12.06.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 11–12; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32. Zu den Personen Kirks und Russels vgl. Register of the Department of State, S. 130 sowie ebd., S. 158.

zur Fortführung des Krieges nicht in der Lange sein würde.[209] In Übereinstimmung gerade auch mit höheren Militärkreisen, über deren Gedankenwelt Delbrück etwa durch seinen im Seeoffizierskorps gut vernetzten Schwager Hermann Rassow orientiert war, ging Delbrück bis in die letzten Wochen vor der deutschen Niederlage von dem Irrtum aus, dass Engländer und Franzosen nicht nur zur Fortsetzung des Krieges auf die amerikanische Rückendeckung angewiesen waren, sondern von Washington auch unter Druck gesetzt wurden, ein rasches Kriegsende allen etwaigen eigenen Kriegszielen vorzuziehen.[210]

Eine wiederum gemeinsam mit Bernhard Dernburg und ferner den Nationalökonomen Heinrich Herkner und Lujo Brentano sowie den Bankiers Albert Ballin und Max Warburg aufgesetzte Eingabe an den ungeliebten Nachfolger Bethmann Hollwegs, Georg Michaelis, forderte zudem ein deutsches Bekenntnis zum Völkerbund und zum Freihandel als Konstituante einer zu erstrebenden Friedensordnung. Ein Bekenntnis, dass den Kanzler ganz ausdrücklich an die Seite Wilsons, als des Vertreters der »fortgeschrittensten Demokratie«, stellen sollte.[211] Gegen die »alldeutsche« Presse und gegen den 1916/17 politisch verantwortlichen Reichskanzler Bethmann Hollweg gleichermaßen anschreibend, sollte Delbrück nach dem Waffenstillstand 1918 öffentlich daran festhalten, dass Deutschland damals einem Frieden unter der Vermittlung Wilsons hätte zustimmen können und sollen.[212]

Bis zum Kriegsausbruch hatte sich die Wahrnehmung Frankreichs vom auf Revanche drängenden »Erbfeind« zu einer Macht beinahe vernachlässigbarer Größe gewandelt, während England zunehmend als Angelpunkt des Großmächtekonzerts identifiziert wurde. Insofern maß Delbrück der britischen Außenpo-

209 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 22.10.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 186f; Jacob Noggerath an Hans von Haeften, 17.10.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39; [Kurt Hahn]: Bericht vom 22. Oktober 1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.

210 Hermann Rassow an Hans Delbrück, 29./30.08.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 78–81; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.10.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 123 f. Zur längst erfolgten Abkehr Woodrow Wilsons von dem Ziel eine Status-quo-Friedens vgl. *Afflerbach*, Auf Messers Schneide, S. 350.

211 Eingabe an den Reichskanzler, 10.10.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.

212 Hans Delbrück: Die Verantwortung für den Krieg mit Amerika, in: PJ 157 (1919) 3, S. 428–429. Zu den geschichtspolitischen Ambitionen Bethmann Hollwegs vgl. Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 01.02.1919, in: SBB PK, Nl Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl 46; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 16.06.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 47–48; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 21.08.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 49; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 20.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 51–52. Vgl. ferner auch *Lüdtke*, Hans Delbrück und Gottlieb von Jagow.

litik maßgebliche Verantwortung am Kriegsausbruch zu. Trotz der überraschenden Zähigkeit der Dritten Republik betrachtete Delbrück England während der längsten Zeit des Krieges als diejenige europäische Macht, mit der Deutschland in erster Linie zu einer Einigung gelangen müsste. Diese Erwägung folgte dem Urteil, dass mit London am leichtesten Friedensverhandlungen möglich sein würden, wenn die annexionistische Kriegszielpropaganda im Reich in die Schranken gewiesen und ein Ausgleich zur See sowie in kolonialen Sphären an die Stelle territorialer Ausdehnung in Europa treten würde. Zum Angelpunkt seiner Kriegszielpolitik wurde das besetzte Belgien. Letztlich verfocht Delbrück über die gesamte Dauer des Krieges die »Faustpfand«-Linie Bethmann Hollwegs, die nur graduell dem Wandel der Kriegsumstände angepasst wurde. Bis zum Juli 1916 hat er auch die Entwaffnungspläne fahren lassen und fortan die vorbehaltlose Aufgabe Belgiens zum politischen Mantra erhoben. Lange rechnete er auf eine koloniale Kompensation für die Opferung dieses »Faustpfandes«. Noch über den amerikanischen Kriegseintritt hinaus hielt er an der Überzeugung fest, dass eine international als verbindlich anerkannte Erklärung über die Aufgabe Belgiens Verhandlungen im Sinne eines Verständigungsfriedens ermöglichen werde. Dass Deutschland einen Verteidigungskrieg führte, war für Delbrück die Grundlage aller Kriegsanstrengungen. Dass Berlin den österreichischen Bündnispartner in der Julikrise auch hätte fallen lassen können, kam ihm nie in den Sinn. Auch der »Prophet des Staatsgedankens« erachtete Hohenzollern- und Habsburgermonarchie als unauflöslich miteinander verwobenen Block auf Grundlage kultureller Verwandtschaft. Umso mehr stand es für ihn außer Frage, der Bündnisverpflichtung zu genügen, da mit dem Zarenreich diejenige Macht als Angreifer galt, die Delbrück seit der Ära Bismarck als Bedrohung der europäischen Kultur gezeichnet hatte. Schon als Konzession an die Zensurbestimmungen sind seine Forderungen nach einer geopolitischen Eindämmung des Zarenreichs bis zur »Freigabe« der Kriegszieldebatte 1916 oftmals vage geblieben, doch gerade das zukünftige Schicksal Kongress-Polens als eines Überschneidungsraum der Interessen Berlins und Wiens blieb in Delbrücks Augen dauerhaft ein höchst sensibles Thema. Eine Ausweitung des Krieges hat Delbrück nie vertreten, sondern die neutralen Staaten vornehmlich als Kommunikationskanäle und Resonanzraum allseitiger Kriegspropaganda angesehen, von denen im Fall der USA erwartet wurde, im Sinne eines Verhandlungsfriedens Druck auf die Entente aufzubauen. Einen amerikanischen Kriegseintritt zu verhindern, ist daher zu einem maßgeblichen politischen Paradigma Delbrücks im Weltkrieg geworden. Auch nach dem Kriegseintritt der USA und noch bis zur Eröffnung der Friedensbedingungen in Versailles warb Delbrück für eine Diplomatie im Zeichen der optimistischen Erwartung, dass die Entente-Mächte ohne amerikanische Rückendeckung nicht zur Durchsetzung eigener Kriegsziele in der Lage sein würden und Washington von eben jener abrücken würde, sobald Deutschland durch die Aufgabe Belgiens und innere Reformen das Vertrauen der Wilson-Administration gewann.

2. Judenemanzipation und Antisemitismus

Die Geschichte der Juden im Deutschen Kaiserreich weist augenfällige Ambivalenzen auf. Mit dessen Gründung wurden sie endgültig in allen seinen Gliedstaaten der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft rechtlich gleichgestellt. Die Emanzipation der deutschen Juden seit der Aufklärung kulminierte in einer rasanten soziökonomischen Entwicklung, in deren Folge die jüdische Bevölkerung des Kaiserreichs urban geprägt und im Wirtschafts- und Bildungsbürgertum prominent vertreten war. Zugleich blieben ungeachtet der formellen Gleichstellung soziale Schranken wirksam, die den öffentlichen Dienst, Universitäten und Offizierskorps für Juden nahezu verschlossen hielten. Zugleich ließen Akkulturationsprozesse, die etwa im Gemeinde- und Vereinsleben zum Ausdruck kamen, identitäre Bruchlinien zwischen einem orthodoxen und einem Reformjudentum aufscheinen. Parallel entwickelte sich in diesen Jahren auch der moderne Antisemitismus, in dem ursprünglich religiös motivierte Stereotype mit neuen, biologistisch begründeten, rassistischen Narrativen verwoben wurden. Politische Parteigründungen unter dem Banner des Antisemitismus blieben während des Kaiserreichs dennoch Strohfeuer. Noch die größte Verbreitung fand ein auf Exklusion und Rückabwicklung der jüdischen Emanzipation abzielender Antisemitismus unter dem Einfluss Adolf Stöckers in der Konservativen Partei. In den liberalen Parteien oszillierten politische Zielvorstellungen von Integration und Assimilation. Speziell linksliberale Akteure und Gruppen waren im politischen Kampf gegen den Antisemitismus engagiert. Sowohl im katholischen als auch im sozialdemokratischen Milieu wurden antijudaistische bzw. antikapitalistische Vorurteile tradiert. Ihre politischen Vertretungen, SPD und Zentrum haben gleichwohl von der Warte eigener Unterdrückungserfahrungen aus, den politischen Antisemitismus bekämpft. Bis zum Ersten Weltkrieg sollte die SPD die Liberalen als bevorzugte Partei der deutschen Juden ablösen.[213] Zwar spiegelten sich in den »Preußischen Jahrbüchern« unter Delbrücks Ägide durchaus die zeitgenössischen Debatten um Emanzipation oder Assimilation wider. Doch nahmen diese dort die längste Zeit relativ wenig Raum ein. Auch ihre Resonanz hat nur spärliche Spuren hinterlassen. Erst durch den Verlauf des Ersten Weltkriegs gewann die »Judenfrage« im Rahmen der »Jahrbücher« enorm an Bedeutung, als im Besonderen die jüdische Bevölkerung des Zarenreichs zum Faktor der deutschen Kriegspolitik und Kriegszieldiskussion wurde.

Dies ist insofern bemerkenswert, als dass 1879 Heinrich von Treitschke in den »Preußischen Jahrbüchern« den »Berliner Antisemitismusstreit« losgetreten hatte und seither als Wegbereiter des modernen Antisemitismus als politisch

213 *Brechenmacher/Wolffsohn*, Deutschland, jüdisch Heimatland, S. 83–92; *Nipperdey*, Deutsche Geschichte 1866–1918, 1. Bd., S. 396–413.

mehrheitsfähiger Ideologie gilt.[214] Delbrück hatte an diesem Streit jedoch keinen Anteil und bereits in den Jahren der gemeinsamen Herausgeberschaft der »Jahrbücher« haben Juden und Antisemitismus zu Treitschkes Leidwesen wenig Raum in den »Blauen Heften« eingenommen.[215] Über die Jahre der Doppelredaktion hinaus hat Delbrück sich zu Treitschkes Antisemitismus im Sinne forcierter Assimilierung bekannt, ohne diese Ansicht nachdrücklich vor einer breiteren Öffentlichkeit zu vertreten.[216] Dabei war der innerredaktionelle Konflikt, der letztlich zu Treitschkes Abschied von den »Jahrbüchern« führte, auch einer um den Antisemitismus gewesen. Die sozialpolitische Positionierung der »Blauen Hefte« betrachtete Treitschke nämlich im Wesentlichen unter dem Blickwinkel ihrer Stellung zur Person Adolf Stöckers und dessen antisemitischem Programms. Dass Constantin Rößler in seiner scharfen Kritik Stöckers den Antisemitismus als eine Art Vorstufe zum Wahnsinn bezeichnete, hatte der als bekennender Antisemit hier mit attackierte Treitschke nicht redaktionell verantworten wollen.[217] Delbrück indes ordnete den sozialpolitischen Konsens mit Rößler unumwunden dem antisemitischen Konsens mit Treitschke über.[218]

Diese Priorisierung fiel Delbrück umso leichter, als dass es sich bei den deutschen Juden um eine zahlenmäßig übersichtliche Bevölkerungsgruppe handelte, denen noch dazu kein auswärtiger Staat Anlehnung bot. Eine reaktionäre Trendwende gegen die jüdische Emanzipation seit der Aufklärung erschien ihm daher als

> »für diese 1⅓% der deutschen Bevölkerung sehr unangenehm, aber für das Deutsche Reich, seine Geschichte und seine Zukunft würde es schwerlich so sehr viel austragen.«[219]

Obzwar sich in Delbrücks Sprache durchaus zeittypische stereotype Wahrnehmungsmuster finden[220], hat er doch im privaten Verkehr keine erkennbare Berührungsscheu gegenüber Juden an den Tag gelegt. Es kann angenommen

214 *Krieger*, Einleitung, S. Xf.

215 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 149. 1883–1889 waren nur 2 Beiträge explizit diesem Themenkreis gewidmet, vgl. Heinrich von Treitschke: Die jüdische Einwanderung in Preußen, in: PJ 52 (1883) 6, S. 534–538; Erich Lehnhardt: Judentum und Antisemitismus, in: PJ 55 (1885) 6, S. 667–680.

216 Hans Delbrück an Ernst Reimer, o. D. [1889], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Reimer, Georg, Bl. 6–7; Victoria Kaiserin Friedrich an Hans Delbrück, 17.06.1892, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Victoria Kaiserin Friedrich, Mappe III, Bl. 5–7.

217 *Schleier*, Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher«, S. 171 f.

218 Hans Delbrück an Ernst Reimer, 29.04.1889, in: SBB PK, Dep. 42, R1, Delbrück, Hans, Mappe II, Bl. 61–62; Hans Delbrück an Ernst Reimer, o. D. [1889], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Reimer, Georg, Bl. 6–7.

219 Delbrück: Erinnerung an die Volksschul-Vorlage [PJ 71/2], S. 386.

220 Hans Delbrück im Reichstag. Verhandlungen des Reichstags, VII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 24. November 1887 bis zur 28. Sitzung am 3. Februar 1887, Berlin 1888, 11. Sitzung, Mittwoch den 14. Dezember 1887, S. 229; Als Delbrück im Winter 1893/94 im Streit von seinem Lehrauftrag am Berliner Victoria-

werden, dass Emil Daniels, eben weil er Jude war, nie eine Rolle im Strategiespiel des akademischen Berufungswesens spielte.[221] Noch 1926, als er Hermann von Hatzfeldt einen geeigneten Kandidaten für die Ordnung von dessen Kriegsaufzeichnungen und -korrespondenz zu empfehlen hatte, hielt Delbrück es für geboten, auf Daniels Judentum als mögliches Anstellungshindernis hinzuweisen. Gleichwohl hat er Daniels nicht nur lange Jahre einen beträchtlichen Teil der redaktionellen Arbeit hinter den Kulissen überlassen, sondern auch ermöglicht, dass Daniels anerkannterweise die außenpolitische Linie der »Preußischen Jahrbücher« maßgeblich mitprägte.[222] Anders als im Fall der Katholikin Bernarda von Nell wurde zu keinem Zeitpunkt redaktionell auf Daniels Judentum hingewiesen.

Im Zuge seines Streits mit dem »Deutschen Sprachverein«, der von 1913 an bis etwa 1916 in unregelmäßigen Abständen aufflackernd nicht wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfuhr, verknüpfte Delbrück zwar das Judentum des deutschnationalen Literaturhistorikers und Reichstagsstenographen Eduard Engel mit dessen politischen Ausrichtung.[223] Doch gerade dort, wo antisemitische Insinuationen als Motiv politischer Polemik leichthin verfügbar gewesen wäre, begegnet derlei kaum. In den wiederkehrenden und viel beachteten Auseinandersetzungen, die Delbrück mit Maximilian Harden in Pressespalten und Gerichtssälen ausfocht, wird gelegentlich Hardens Namenswechsel als Ausweis rückgratloser Charakterschwäche herausgestellt.[224] Doch Hardens jüdische Abstammung, die anderen Kontrahenten durchaus eine Angriffsfläche bot[225], wurde von Delbrück nur ein einziges Mal berührt.[226]

Für so gering Delbrück das Gewicht der Juden in der deutschen Geschichte und Gesellschaft veranschlagte, so wenig wollte ihm auch der sich formierende, parteipolitische Antisemitismus als eine politische Macht erscheinen. Die Tendenz der konservativen Parteien während der 1890er Jahre, sich den Antisemitismus als Programm zu eigen zu machen, hat Delbrück trotz seiner früheren

Lyceum schied, soll auch eine »Äußerung über die Juden« unter den Schülerinnen Anstoß erregt haben, vgl. Rudolf von Gneist an Heinrich von Sybel, 7.12.1893, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gneist, Rudolf von, Bl. 1–2; Hans Delbrück: Lassalle von Hermann Oncken, in: PJ 117 (1904) 3, S. 551–553, S. 552 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 16.04.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 242–244.

221 *Maurer*, Diskriminierte Bürger und emanzipierte »Fremdstämmige«, S. 25–27.

222 Vgl. Kap. II, Anm. 234. Hatzfeldts Papiere, die dieser zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlicht wissen wollte, um keine Dritten zu kompromittieren, sind auch später nie publiziert worden. Ihre weitere Überlieferung lässt sich nicht nachweisen, es ist anzunehmen, dass sie bei der weitgehenden Zerstörung von Schloss Trachenberg 1945 vernichtet worden sind.

223 Hans Delbrück: Treitschke über Sprachreinigung, in: PJ 155 (1914) 1, S. 133–136, S. 133. Zu Delbrücks Rolle im Streit um die »Sprachreinigung«, vgl. Kap. III, Anm. 81.

224 Hans Delbrück: Prozeß Harden-Moltke, in. PJ 131 (1908) 1, S. 194–196, S. 195.

225 Vgl. etwa Zeitungsschau, in: Badische Landeszeitung, 03.04.1898, Nr. 79.

226 Hans Delbrück: Maximilian Harden als Zeuge, in: PJ 178 (1919) 3, S. 538–542, S. 538; Ebd., S. 541.

Identifikation mit Treitschkes Assimilationsforderungen kritisiert. Sie galt ihm als Öffnung für ein »demagogisches« Element, von dem letztlich die Gefahr einer demokratischen Korrumpierung ausging. Ein Risiko, das weder die geringe zahlenmäßige Größe der jüdischen Minderheit noch das letztlich eng begrenzte Mobilisierungspotential selbst der bekanntesten Antisemiten wie Hermann Ahlwardt rechtfertigen würden.[227]

Ein gewisses Ausmaß antisemitischer Gesinnung in einer Gesellschaft erschien Delbrück schlicht unvermeidlich. Wie er zum Anlass des Revisionsprozesses in der Dreyfus-Affäre 1899 erörterte, war sie genauso ›naturgegeben‹ wie jüdische Solidarisierung mit bedrängten »Stammesbrüdern«.[228] Das wesentliche Problem lag für ihn nicht im modernen Rassismus selbst, sondern in der notwendigen Katalysatorwirkung, die der unausweichliche Gegensatz von Antisemiten einerseits, Juden und Philosemiten andererseits, in innenpolitischen Konflikten entfaltete. Aus der heftigen Erschütterung, welche die Dreyfus-Affäre Frankreich bereitet hatte, war demnach also vor allem eines zu lernen, nämlich wie überaus überlegen die deutsche ›Mischverfassung‹ mit der integrierenden Instanz der Monarchie und der auf eben dieselbe ausgerichteten, der Parteipolitik entzogenen Armee, der von Parteienhader bestimmten republikanischen Ordnung Frankreichs war.[229] So darf man es auch dem Vertrauen auf diese Stabilität anrechnen, dass Delbrück in der Folge über antisemitische Ausschreitungen im Kaiserreich mit Schweigen hinweggegangen ist. Selbst der Konitzer Mordaffäre des Jahres 1900 als weithin Aufmerksamkeit heischender Ereigniskette heftigster antisemitischer Agitation hat er, obwohl gut unterrichtet, keinerlei öffentliche Beachtung geschenkt.[230]

Delbrücks Geringschätzung spiegelt sich in der Reihe weitgehend punktueller Veröffentlichungen mit Bezug auf die Geschichte des Judentums in Deutschland in den »Preußischen Jahrbüchern« vor dem Ersten Weltkrieg.[231] Auf lange Zeit blieb der »Rückblick«, den der Berliner Arzt und Schriftsteller Robert Hessen im

227 Delbrück: Politische Lage nach der Volksschulkrisis [PJ 69/4], S. 707; Delbrück: Aeußere und innere Politik [PJ 70/1], S. 117; Delbrück: Erinnerung an die Volksschul-Vorlage [PJ 71/2], S. 386 f.

228 Zur Rezeption der Dreyfus-Affäre im Deutschen Kaiserreich vgl. zuletzt *Bianchi*, Das deutsche Kaleidoskop; zur Einordnung in die ältere Forschung vgl. *König*, Rez.: Die Dreyfus-Affäre in der wilhelminischen Öffentlichkeit.

229 Hans Delbrück: Die Maßregelung der Beamten-Abgeordneten. Transvaal. Die Psychologie des Dreyfus-Prozesses, in: PJ 98 (1899) 1, S. 180–192, S. 187–192; zur Ritualmordlegende vgl. auch Hans Delbrück: Sensations-Prozesse. Fürst Eulenburg, in: PJ 132 (1908) 3, S. 547–553.

230 Ernst Kabisch an Hans Delbrück, 24.06.[1900], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kabisch, Ernst, Bl. 1–8. Zur vielfältig erforschten Konitzer-Mordaffäre vgl. zuletzt *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 357–410; vgl. ferner *Bergmann*, Tumulte – Excesse – Pogrome, S. 632–658.

231 Ernst Barre: Napoleon I. und die Juden, in: PJ 76 (1891) 2, S. 125–148; Konrad Zacher: Antisemitismus und Philosemitismus im klassischen Altertum, in: PJ 94 (1898) 1, S. 1–24.

Novemberheft 1889 auf den Antisemitismus warf, die einzige umfassende Auseinandersetzung mit der Emanzipation der deutschen Juden und den gegenläufigen politischen Strömungen.[232] Hessen erklärte grundsätzlich judenfeindliche Tendenzen als allzu gerechte und gewissermaßen naturbefohlene Reaktion auf gewisse, spezifisch jüdische Eigenheiten. Er stimmte jedoch mit Delbrück dahingehend überein, den politischen Antisemitismus als unerwünschte Erscheinung anzusehen, die vor allem aus mangelhafter Bildung resultierte und welcher der Staat mit der Publikation umfassenden, statistischen Materials über jüdische Berufstätigkeit und Wirtschaftsanteile begegnen sollte. Mit solchen Statistiken hatte Hessen schon selbst hantiert, um etwa den vermeintlich drastisch unterdurchschnittlichen jüdischen Beitrag zur deutschen militärischen Stärke seit den Tagen der napoleonischen Kriege nachzuweisen. Dass solche in der öffentlichen Debatte angeblich bis dahin überhaupt keine Rolle spielten, schrieb Hessen dem Einfluss solcher Juden und Philosemiten zu, die rundweg die Existenz einer »Judenfrage« leugneten. Sein Rezept zur Lösung dieser Frage nahm vieles vorweg, was in späteren Jahren in den »Blauen Heften« zu diesem Thema geschrieben wurde. Die integrationswilligen Juden dürften nicht länger zurückgestoßen werden, sondern ihnen müsste im Gegenteil der Zugang zu Quellen sozialen Prestiges, wie den Reserveoffiziersstellen und der Mitgliedschaft in akademischen Korporationen offenstehen. Nur dadurch würde dem einzelnen Juden der Nutzen der Identifikation mit dem Staat vor Augen geführt. Subkutaner gesellschaftlicher Druck zur verstärkten Konversion sollte »Mischehen« befördern und so zu einem allmählichen »rassischen« Aufgehen unter den Deutschen führen, wie es analog in Nordamerika bereits zu beobachten war.[233] Dann würde auch auf Einsicht in die Überlegenheit des hierarchisch gegliederten Nationalstaats als Gemeinwesen gegenüber der grenzübergreifenden, strukturlosen Gemeinschaft von Glaubensbrüdern zu rechnen sein:

»Fordert es nicht die Pflicht der Dankbarkeit, so sollte es die einfache Rücksicht auf die alte Wahrheit sein, die schon Sallust in seinem Catilina predigt, – daß die Staaten nur durch dieselben Kräfte erhalten werden, durch welche sie gegründet wurden, – was dem denkenden Theil des Judenthums ein willigeres Anschmiegen an die deutsche Kultur nahelegen müßte.«[234]

Der christlichen Mehrheitsbevölkerung des Kaiserreichs sollte indes die Auseinandersetzung mit der »Judenfrage« als »Impfung« dienen, um die biologistisch gewendete innere Integration des Reiches zu vollenden. Indem die Deutschen jeder Konfession sich von den Juden, die unter ihnen lebten, ein einheitliches Verständnis des eigenen Volkes und darauf gründend, bedingungslose Loyalität

232 Robert Hessen: Unsere Aufgaben gegenüber dem Judenthum. Ein Rückblick auf den Antisemitismus, in: PJ 64 (1889) 5, S. 560–579.

233 Ebd.

234 Ebd., S. 579.

gegen dasselbe abschauten, würden sie sich für andere und größere Bedrohungen wappnen.[235]

Die debattenprägenden zeitgenössischen Veröffentlichungen Houston Stewart Chamberlains über die »Arische Weltanschauung« und Werner Sombarts über die Juden als »Sauerteig« der europäischen Volkswirtschaften sind in den »Jahrbüchern« besprochen worden.[236] Zwar hat der langjährige Mitarbeiter Ferdinand Jakob Schmidt trotz einiger Reserven gegen Chamberlains Schlussfolgerungen in der »Arischen Weltanschauung«, den darin konstatierten, unüberbrückbaren Wesensunterschied zwischen »Europäern« und »Asiaten« unter Einschluss der Juden bestätigt.[237] Prägender als Chamberlains rassistische Tiraden waren für die Debatte über Entwicklungsstand und -aussichten der jüdischen Emanzipation und Integration in den »Preußischen Jahrbüchern« aber die Schriften Werner Sombarts.[238]

Noch ehe Sombart zu einem Hauptakteur der Debatte geworden war, wurden dessen Thesen in einem »Soziologischen Versuch« für das Januarheft 1907 aufgegriffen. Dieser bemerkenswerte Text Kurt Alexanders, der en passant auch einen Vergleich der Juden- mit der Frauenemanzipation unternahm, verwarf trotz solcher Begriffe wie dem des »Volkskörpers« die von Chamberlain und anderen propagierten biologistischen Hirngespinste zugunsten einer historisch-sozialwissenschaftlich begründeten Analyse der Bedingungen und des Verlaufs der Judenemanzipation im 19. Jahrhundert. Die Jahrhunderte der Ausgrenzung und Einschließung hätten demnach dazu geführt, dass die Juden bis zur »Öffnung der Getthos« ein undifferenziertes Gesellschaftsleben eingeübt hätten, indem sie ähnlich den Frauen auf die Familie als alleinigem Lebensumfeld und einziger Bezugsgruppe beschränkt gewesen waren. Diese Fremdheit gegenüber der ausdifferenzierten Gesellschaftsordnung des modernen Nationalstaats, ebenso wie die generationenalte Gewöhnung an Rechtsunsicherheit, erschwerten, so Alexanders Fazit, die Integration in den modernen Staat, der ihr auch nie durch wohlmeinende Anleitung Vorschub geleistet hatte. Auch begünstigten sie demnach eine Konzentration in Handelsberufen und eine ganz überwiegende, politische Identifikation mit demokratischen Parteien im Gegensatz zu dem auf Grundbesitz und ständischer Ordnung wurzelnden, politischen Konservativismus. Als Religionsgemeinschaft hat Alexander das Judentum nur am Rande behandelt. Aus angeblich verbreiteten jüdischen Klagen über den Bedeutungsverlust des Familienlebens, leitete Alexander daher prognostizierend ab, dass die

235 Ebd., S. 573 f.

236 Ferdinand Jakob Schmidt: Arische Weltanschauung von H. St. Chamberlain, in: PJ 122 (1905) 3, S. 514–518; Kurt Alexander: Die soziale Unruhe der modernen Juden. Ein soziologischer Versuch, in: PJ 127 (1907) 1, S. 35–57; Felix Rachfahl: Das Judentum und die Genesis des modernen Kapitalismus, in: PJ 147 (1912) 1, S. 13–86.

237 Schmidt: Arische Weltanschauung von H. St. Chamberlain [PJ 122/3].

238 Zur Resonanz vom Sombarts Publikationen über das Judentum und die Zukunft der Juden in Deutschland, insbesondere im deutschen Judentum vgl. *Lenger*, Werner Sombart, S. 207–218.

innere Konsistenz des Judentums sich nun auflöse, nachdem sie bisher von der im kulturellen Gedächtnis bewahrten Erinnerung an das Ghettoleben bestimmt gewesen war.[239] Zum Besten der durch ihre unvollständige Integration innerlich zerrissenen Juden und zum ökonomischen Wohle des Gemeinwesens, war es also nach Alexander die Aufgabe des Staates, Sombarts »Sauerteig« in Form zu pressen und »den Prozeß der gesellschaftlichen Eingliederung der Juden in seinen Organismus zu beschleunigen.«[240]

Sombarts 1911 publizierte Studie über »Die Juden und das Wirtschaftsleben«[241] wollte Delbrück wegen seiner bekannten Ablehnung von Sombarts Arbeit im Allgemeinen nicht selbst besprechen. Ein Rezensionsexemplar hatte der alte Kontrahent den »Preußischen Jahrbüchern« seinerseits auch gar nicht erst zugesandt. Um seine Zeitschrift aber dennoch in die Frontstellung gegen Sombart einzurücken, versuchte Delbrück zunächst den Münchener Nationalökonomen Lujo Brentano für eine Rezension zu gewinnen und betraute im Juni 1912 schließlich Felix Rachfahl mit dieser Aufgabe, der damals Professor in Kiel und überall ein treuer Neorankeaner und enger Verbündeter Delbrücks in wissenschaftlichen Kontroversen und akademischen Stammesfehden war.[242] Rachfahls Ausführungen unter dem Titel »Das Judentum und die Genese des modernen Kapitalismus«, nahmen mit 73 Seiten ein gutes Drittel des Januarheftes 1912 ein und stellten einen scharfen Angriff auf Sombarts »dynamisch-genetische Methode« dar. Nach dieser Armierung von Disziplingrenzen hatte der Soziologe die Komplexität und Multikausalität historischer Prozesse einfach nicht verstanden.[243]

Im Ergebnis warf Rachfahl Sombart »Judenriecherei«[244] nach dem Muster der schärfsten Antisemiten und einen intellektuellen Zirkelschluss vor, der allein ihm erlaubte, die historische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus überhistorischen, anthropologischen Gesetzmäßigkeiten herzuleiten.

239 Alexander: Die soziale Unruhe der modernen Juden [PJ 127/1].

240 Ebd., S. 57.

241 *Sombart*, Die Juden und das Wirtschaftsleben.

242 Hans Delbrück an Lujo Brentano, 18.06.1911, in: BArch Koblenz N 1011/14, Bl. 16; Lujo Brentano an Hans Delbrück, 20.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 13; Hans Delbrück an Felix Rachfahl, 21.06.1911, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 25, Bl. 15. Zu Delbrücks scharfer Kritik an Sombarts Arbeit im Allgemeinen vgl. Hans Delbrück: Der moderne Kapitalismus. Von Werner Sombart, Erster Band. Die deutsche Volkswirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert von Dr. Werner Sobmart, in: PJ 113 (1903) 2, S. 333–350; Hans Delbrück: Werner Sombart, Das Proletariat. Werner Sombart, Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?, in: PJ 127 (1907) 1, S. 148–153; zum konfliktträchtigen Verhältnis von Delbrück und Sombart vgl. auch Alfred Weber an Hans Delbrück, 13.01.1907, in: SBB PL, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, Alfred, Bl. 14–17; Hans Delbrück an Alfred Weber, o. D. [Januar 1907], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 156, Nr. 16, Bl. 19–21.

243 Rachfahl: Das Judentum und die Genesis des modernen Kapitalismus [PJ 147/1]; zur »dynamisch genetischen Methode« vgl. Ebd., S. 35, S. 41 und S. 68.

244 Ebd., S. 56.

Vielmehr hätte sich die jüdische Bevölkerung Europas zweifellos eine unübersehbare Affinität zu solcher Wirtschaftstätigkeit zugeeignet und sich in den Zentren ihrer Entwicklung angesiedelt, aber eben mehr als Folge, denn als Ursprung. Mangels eines eigenen Staats, der zu verwalten gewesen wäre, und auch ohne Chancen auf politische Ämter in den christlichen Staaten Europas, hätten sie sich seit etlichen Generationen gänzlich auf das Feld konzentriert, das ihnen blieb. Entsprechend sichtbar waren sie also im Feld von Handelsgeschäften, speziell grenzübergreifenden, freilich ohne je den ihnen zugeschriebenen, ursächlichen Einfluss besessen zu haben, wiewohl in allen Epochen Vorgänger Sombarts in gleicher Manier Ursache und Wirkung verwechselt und entsprechende Legenden gestrickt hätten. Aus dieser Beweisführung ergab sich für Rachfahl allerdings keineswegs ein Bild von den Juden als unschuldig verfolgter Minderheit, die gegen die pseudowissenschaftlichen Anwürfe ideologischer Irrläufer in Schutz zu nehmen war. Vielmehr war sein Ergebnis, dass es sich bei der Sorge vor dem wirtschaftlichen Einfluss des jüdischen »Sonderkörpers«[245] innerhalb der deutschen Nation, wie sie von Sombart und Konsorten geschürt wurde, um alarmistischen Fehlalarm handelte. Im Gleichklang mit Kurt Alexander erklärte auch Rachfahl, dass zumindest unter den jüdischen Eliten, die Bedeutung von Religiosität und Traditionen im Rückzug begriffen waren. In dem Maße, in dem konfessionsübergreifende Ehen innerhalb dieser Kreise geschlossen wurden, würde sich auch ein spezifisch jüdisches Kapital auflösen.[246]

Die Assimilationsdebatte, die in den jüdischen Gemeinden des Deutschen Reiches selbst geführt wurde[247], fand gleichfalls Eingang in die »Preußischen Jahrbücher«. Die Tendenz entsprechender Beiträge ging dabei klar in Richtung Assimilation. Orthodoxe Standpunkte schienen überhaupt nicht auf. Schon im Oktoberheft 1900 hatte der sächsische Rechtsanwalt Adolf Weissler unter demselben Pseudonym Benedictus Levita, unter dem er zwölf Jahre später den utopischen Roman »Der König von Juda« veröffentlichte, »Das Verhältnis des Judenthums zum Deutschtum«[248] als »etwas Halbes, Grundsatzloses«[249] charakterisiert. Die Gleichberechtigung war demnach zwar normativ anerkannt, aber praktisch defizitär. Weissler unterschied die deutschen Juden in drei Gruppen: Orthodoxe, die an überkommenen Formen der Frömmigkeit und im Einklang damit an Selbstabgrenzung festhielten. Integrationswillige, die unter wachsendem Antisemitismus und speziell dem wieder verstärkten Ausschluss

245 Ebd., S. 20.

246 Rachfahl: Das Judentum und die Genesis des modernen Kapitalismus [PJ 147/1], S. 84.

247 *Rürup*, Alltag und Gesellschaft, S. 31–33.

248 Benedictus Levita [Adolf Weissler]: Dier Erlösung des Judentums, in: PJ 102 (1900) 1, S. 131–141; zur Auflösung des Pseudonyms vgl. Honorarliste Oktoberheft 1900, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe 4, Bl. 381; *[Weissler]*, Der König von Juda. Zu Adolf Weisslers publizistischem Wirken und seine Bedeutung für die Geschichte der jüdisch-deutsche Assimilation vgl. *Röll*, Lebensweg.

249 [Weissler]: Dier Erlösung des Judentums [PJ 102/1], S. 131.

der Juden von bestimmten Quellen des Sozialprestiges litten. Sowie schließlich kulturpatriotische Ignoranten eines ›Integrationsproblems‹.

Wie die nichtjüdischen Mitarbeiter der »Jahrbücher« konstatierte auch Weissler eine Identität von Religion und Nation, die es im Interesse der nationalen Integration aufzulösen galt. Als das gewichtigste externe Integrationshemmnis zeichnete Weissler den kulturprotestantischen Antijudaismus. Doch ebenso wie es diesen zu überwinden galt, müsse die religiöse Erziehung innerhalb des Judentums dahingehend aufgeweicht werden, dass sie nicht mehr zur Selbstabgrenzung anleitete. Dann würde den Juden endlich eine sittlich nötige, wahrhaftige Heimat in Deutschland verschafft. Im Zuge eines Zusammenschlusses von dem zugleich auch das »Deutschthum« ideell profitieren würde, wie Weissler unter Verweis auf die Familie Mendelssohn als in der Assimilationsdebatte viel bemühten Ikone jüdischer Aufklärung und Selbstintegration erläuterte.[250] Auch die prompte Gegenrede des liberalen Stettiner Rabbiners Heinemann Vogelstein betonte die Identifikation der deutschen Juden mit dem deutschen Nationalstaat. Nur wollte er Weisslers Konversionsparole aus zweierlei Gründen nicht gelten lassen: Nicht nur würde es unerträgliche Selbsterniedrigung bedeuten, die eigene Nachkommenschaft zum Abfall von der eigenen religiösen Überzeugung aus praktischer Erwägung anzuleiten. Vogelstein verwies vielmehr besonders auf den modernen »Rasseantisemitismus«, der dem überkommenen, religionsbezogenen Antijudaismus bereits den Rang ablief und dem auch durch Konversion nicht zu entgehen war.[251]

Der 1907 wegen seiner zionistischen Haltung von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin seines Lehr- und Predigeramtes enthobene Rabbiner Emil Cohn, der später als Bühnenautor berühmt wurde, veröffentlichte gleich zweimal zur Assimilationsdebatte in den »Jahrbüchern«. Einmal im Kontext seiner Absetzung in Berlin und einmal 1911, als Sombarts Thesen über den Zusammenhang zwischen Judentum und Kapitalismus die deutsche »Judenfrage« befeuerten. Vom Referat der Geschichte des europäischen Judentums seit der Französischen Revolution ausgehend, setzte sich auch Cohn mit der Identität von Religion und Nation auseinander. Das moderne, westeuropäische »Assimilationsjudentum« hatte nach Cohn versucht, sich zu entnationalisieren und seine Religion gewissermaßen in eine Reihe mit den christlichen Bekenntnissen zu stellen, um als eine Konfession unter anderen in den Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts aufzugehen. Diesen Prozess schilderte Cohn als fehlkalkuliertes Spekulationsgeschäft, in dessen Ergebnis die liberalen Reformjuden ihr geistig-sittliches Fundament zerschlagen hätten, ohne dass aus diesen rücksichtslosen Angleichungsbestrebungen wirkliche Gleichbehandlung erwachsen war. Solche würde sich auch zukünftig nicht einstellen, denn wo Juden in größerer Zahl lebten, regte sich unverändert Hass

250 Ebd., S. 131 f.

251 Heinemann Vogelstein: Die Erlösung des Judenthums. Bemerkungen zu dem die gleiche Ueberschrift tragenden Aufsatze von Benedictus Levita im Oktoberheft der Preußischen Jahrbücher [mit einer Antwort des letzteren], in: PJ, 102 (1900) 3, S. 510–515.

gegen sie und selbst tendenziell humanitär eingestellte Regierungen verschlossen den Juden die Grenzen ihrer Staaten, um sich nicht mit dem Antisemitismus als politischem Faktor belasten zu müssen.[252] Der notorischen Familie Mendelssohn stellte Cohn Theodor Herzl entgegen und propagierte dessen Zionismus als nationalreligiöse Bewegung, welche die ökonomisch aufstrebenden, aber geistig verstümmelten »Westjuden« und die wirtschaftlich deprivierten, aber moralisch hochstehenden »Ostjuden« zu einem neuen Ganzen verbinden könnte und so die Kraft zur kulturellen Erneuerung und politischen Selbstbefreiung in der Ansiedlung in Palästina hervorbringen sollte.[253]

In den Beiträgen Weisslers, Vogelsteins und Cohns haben die »Jahrbücher« nicht bloß eine ›Innenansicht‹ der jüdischen Assimilatiosdebatte geboten. Indem Hans Delbrück sie mit redaktionellen Kommentaren begleitete, schlug er selbst die Brücke zur assimilatorischen Grundhaltung, welche unter seiner Ägide die politische Linie der »Preußischen Jahrbücher« in der »Judenfrage« prägte.

Anlässlich von Weisslers Einlassung bekannte sich Delbrück einmal mehr zu seinem alten Kollegen Treitschke und verwarf Weisslers Formulierung vom »Zusammenschluß beider Stämme«. Nicht Verschmelzung, sondern Assimilation sollte das Ziel heißen, »die Juden müssen Deutsche werden«, was auch immer das im Einzelnen heißen mochte.[254] Da Delbrück aber befand, dass dies im Grunde auch Weisslers Programm war, fand er in den einzelnen, seinen Widerspruch erregenden Formulierungen keinen Grund, dem Beitrag die Aufnahme zu verweigern. Vielmehr etikettierte er ihn als ein symptomatisches Zeugnis, dem es durch das Renommée der »Preußischen Jahrbücher« verstärkte Verbreitung zu verschaffen galt. Als Nachschrift zu Cohns Darlegung der »Probleme des modernen Judentums« referierte Delbrück den Streit innerhalb der jüdischen Gemeinde Berlins und erklärte, Cohn die anderenorts verwehrte Möglichkeit zur öffentlichen Vertretung seines Standpunkts verschaffen zu wollen, ohne im Streit zwischen dem Zionisten und seinen Gegnern Partei zu ergreifen. Gleichwohl ließ Delbrück es sich nicht nehmen festzustellen, dass Cohn und seine Kontrahenten darin einig waren, das

> »sogenannte assimilierte Judentum für eine ideen- und zwecklose Ruine zu erklären«.[255]

Damit konnten sie nämlich als Zeugen der von Delbrück in der Tradition Treitschkes vertreten Anschauung gelten, wonach das vollständige Aufgehen des Judentums in der Mehrheitsgesellschaft des deutschen Nationalstaats das gebotene Ziel war und alle anderen Stadien der Assimilation nur nutzlose Zwischenzustände darstellten.

252 Emil Cohn: Probleme im modernen Judentum [mit einer Nachschrift der Redaktion], in: PJ 129 (1907) 2, S. 302–324.

253 Emil Cohn: Die religiöse Judenfrage, in: PJ 143 (1911) 3, S. 432–440.

254 Vgl. Anmerkung der Redaktion zu [Weissler]: Dier Erlösung des Judentums [PJ 102/1], S. 131.

255 Cohn: Probleme im modernen Judentum [PJ 129/2], S. 323 f.

Der Konflikt um die ›richtige‹ Assimilation setzte sich auch während des Ersten Weltkriegs unter reger Beteiligung jüdischer Autoren in den »Jahrbüchern« fort.[256] Den einen Pol stellte dabei weiterhin die Einigelung hinter dem Schirm eines schier unüberwindlichen Gegensatzes zweier »Volkstümer« von Juden und Deutschen dar. Ganz in Treitschke'scher Manier konnten demnach erstere nur durch rückstandslose Auflösung ihrer kulturellen Identität unter die letzteren eintreten. Eine Entwicklung, für die sich etwa der baltendeutsche »Volkstumssoziologe« Max Hildebert Boehm eine Katalysewirkung des Krieges erhoffte, der hingegen die zeitgenössische zionistische Bewegung selbst bei betont milder Kritik, nicht etwa als achtenswertes Unternehmen zur Begründung eines Nationalstaats, sondern als eine Art selbstgewählte Getthoisierung abqualifizierte.[257] Den anderen Pol nahm das Inklusionsbegehren jener Juden ein, die sich mühten in fortgesetzter Auseinandersetzung mit den Thesen Sombarts und allgemein auf wissenschaftlichem Fundament, die Unschuld der Juden an den ihnen vorgehaltenen Eigenheiten ganz im Geiste des Historismus nachzuweisen. Sie setzten mit dem späteren Präsidenten des jüdischen Weltkongresses Nachum Goldmann auf Anerkennung als einer eigenen, gleichwohl loyalen Gruppe innerhalb des nationalstaatlichen Gemeinwesens. Dazu wurden freilich gleichfalls ›natürliche‹ Neigungen und determinierte Eigenschaften betont, die ihnen unter den scheinbar am engsten wesensverwandten und von ganz vergleichbaren historischen Schicksalen geplagten Deutschen Anschluss gewähren sollte, da ja

»die große Mehrheit der Juden weiß, daß ihre halbe Million nur ein kleiner Bruchteil der 70 Millionen Deutscher ist und wird von der Empfindung beherrscht: ob uns recht oder unrecht geschehe, Deutschland über alles.«[258]

Nicht erst durch Niederlage und Revolution 1918 wurde der Erste Weltkrieg zur Zäsur für die Geschichte der deutschen Juden.[259] Gleichwohl rückten die Auseinandersetzungen um die Emanzipation oder Assimilation der Juden im Reich im Orbit der »Preußischen Jahrbücher« jedoch noch weiter in den Hintergrund. 1916 wurde die »Judenzählung« des preußischen Kriegsministeriums in Parlamenten

256 Max Hildebert Boehm: Vom jüdisch-deutschen Geist, in: PJ 162 (1915) 3, S. 404–420; Hermann Goldschmidt-Faber: Von Deutschen und Juden. Eine Entgegnung, in: PJ 163 (1916) 2, S. 257–280; Max Hildebert Boehm: Nochmals: Vom jüdisch-deutschen Geist, in: PJ 163 (1916) 3, S. 510–512. Zu Boehm vgl. *Prehn*, Max Hildebert Boehm. Boehm blieb Mitarbeiter der »Preußischen Jahrbücher« und schrieb auch weiterhin über Zionismus und Assimilation, vgl. Max Hildebert Boehm: Geistiger Zionismus und jüdische Assimilation, in: PJ 167 (1917) 2. 319–324. Bernard Lauer: Zum Polnisch-Jüdischen Problem. Vom Standpunkt eines polnischen Juden, in: PJ 162 (1915) 2, S. 281–301; Lauers Artikel war durch den Verlag Georg Stilke vermittelt worden, vgl. Hermann Stilke an Emil Daniels, 07.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Stilke, Georg, Mappe I, Bl. 53; Nachum Goldmann: Zum Polnisch-Jüdischen Problem. Eine Erwiderung, in: PJ 162 (1915) 3, S. 457–469.

257 Boehm: Vom jüdisch-deutschen Geist [PJ 162/3]; Boehm: Nochmals: Vom jüdisch-deutschen Geist [PJ 163/3].

258 Goldschmidt-Faber: Von Deutschen und Juden [PJ 163/2], S. 266.

259 *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 403.

und Medien, sowie nicht zuletzt innerhalb der Streitkräfte selbst, als Indikator des Vormarschs antisemitischen Gedankenguts und als Abkehr von liberalen Inklusionsbestrebungen in der Tradition des 19. Jahrhunderts betrachtet.[260] In Delbrücks »Blauen Heften« hat sie dagegen keinen Niederschlag gefunden. Auf die Anregung des jüdischen Frankfurter Bankiers Moritz N. Oppenheim, gemeinsam mit dem »alldeutschen« Annexionismus auch den um sich greifenden Antisemitismus im Reich zu bekämpfen[261], ist Delbrück nicht eingegangen. Im weiten Spektrum antichauvinistischen publizistischen Engagements unter dem Dach des »Büro Hobohm« findet sich der Kampf gegen den Antisemitismus nicht wieder. Obwohl entgegen Hobohms anfänglicher Sorge, sich durch die Annahme entsprechender Spenden eine vermeidbare Blöße gegenüber den »Alldeutschen« zu geben, mit dem Berliner Bankier Eduard Arnold und dem Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens als Großspendern die Existenz des »Büros« letztlich ganz erheblich von »jüdischem Kapital« abhängig war.[262] Gegenüber dem Rechtsanwalt Eugen Fuchs, damals stellvertretender Vorsitzender des Central-Vereins, versicherte Delbrück zwar im April 1917:

»Ich trete, wo ich kann, gegen die Ungerechtigkeit ein, der [sic!] z. B. noch immer nicht wenige tadellose junge Leute bei der Offizierswahl unterliegen, bloss weil sie Juden sind.«[263]

Spuren dieses Bemühens sind jedoch nicht auffindbar.

Mit der Kriegszieldiskussion geriet jetzt stattdessen die jüdische Bevölkerung im Zarenreich verstärkt ins Blickfeld. 1889 hatte Robert Hessen bereits für strenge Migrationskontrollen votiert, um die mit Armut, Unkultiviertheit und Krankheit assoziierten Juden aus dem russischen Herrschaftsgebiet an der Einwanderung nach Deutschland zu hindern.[264] Auch Delbrück rechnete hier mit »unsauberen Juden in Mengen«.[265] Andererseits konnten die russischen Juden damals aber auch als diejenigen Bewohner des Zarenreichs erscheinen, die durch ihre kulturelle Prägung »mit den europäischen Ideen in viel engerer Beziehung als die Masse der Russen«[266] standen. Zudem galt nun der russische Antisemitismus als Ausweis einer instabilen und von ›Demagogie‹ geprägten politischen Ordnung. Hatte Delbrück einst über prominente jüdische Sozialisten in Deutschland geschrieben, dass eine historische, mangelhafte Identifikation mit

260 *Angress*, The German Army's »Judenzählung« of 1916. S. 125–134.

261 Vgl. Moritz N. Oppenheim, Brieffragment, o. D. in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 295.

262 Materialien zur Prüfung des Organisationsproblems von Dr. Martin Hobohm d. 4.12.16, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 96; Maximilian Horwitz an Hans Delbrück, 14.03.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 249; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 12.03.1918, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 56..

263 Eugen Fuchs an Hans Delbrück, 05.04.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 287–288; Hans Delbrück an Eugen Fuchs, 11.04.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 290–291.

264 Hessen: Unsere Aufgaben gegenüber dem Judenthum [PJ 64/5].

265 Delbrück: Russisch-Polen [PJ 98/1], S. 109.

266 Delbrück: Die russische Revolution [PJ 122/3], S. 558.

dem christlichen Staat Männer wie Ferdinand Lassalle zu revolutionären Vorkämpfern prädestinierte[267], so konstatierte er bereits seit der Revolution von 1905 für das Zarenreich eine jüdische Tendenz zu revolutionären Bewegungen als die natürliche Folge der von den zaristischen Behörden teils geduldeten, teils selbst betriebenen Verfolgung.[268]

Die dortigen antisemitischen Pogrome reihen sich ein in die, über die Jahre gesammelten »barbarischen« Merkmale, die Russlands Status als europäischem Kulturstaat und internationaler Großmacht zu bezweifeln erlaubten. In seinem viel beachteten Interview mit dem US-amerikanischen Journalisten Herman Bernstein im Oktober 1915 erläuterte Delbrück einem internationalen Publikum auch das Ausmaß, in dem die Juden Mittelosteuropas von einem Zurückdrängen Russlands und einer »Befreiung« Polens durch die Deutschen profitieren würden.[269]

Mit besonderem Eifer hat sich Hans Delbrück dieser Sache freilich nicht verschrieben und sogar ausdrücklichen Warnungen keine weitergehende Beachtung geschenkt, wonach rücksichtsloses Requirieren, das auch vor Synagogenausstattung nicht Halt machte, die zunächst durchaus wirksame »Befreiungsstimmung« ins Gegenteil verkehrte. Im Januar 1916 sandte Lujo Brentano sogar einen Augenzeugen zu Delbrück, um solche Berichte zu beglaubigen und ihm die Dringlichkeit einer Intervention an »entsprechender Stelle« zu verdeutlichen. Doch ist es in keiner Weise ersichtlich, dass Delbrück im Sinne politischer Vorgaben für einen rücksichtsvolleren Umgang mit der jüdischen Bevölkerung im Bereich Ober Ost aktiv geworden wäre.[270]

Was Delbrück als eine deutsche Wohltat an den Juden des Ostens und als deren Erlösung vom russischen Joch angesehen wissen wollte, sollte freilich auch vor allem dafür sorgen, dass diese blieben, wo sie waren, und nicht weiter der zaristischen Knute durch Migration Richtung Westen entwichen. Denn unterm Strich blieben sie ›Fremde‹ und als solche eine potentielle Belastung für den Nationalstaat des Deutschen Reiches, das ihnen auch bei einer reinen Vergrößerung Preußens auf russische Kosten durch die für unabänderlich angenommene Freizügigkeit im ganzen Reichsgebiet offen stünde.[271]

Die Sorge vor einer Belastung des deutschen Staates durch weitere Integrationsherausforderungen seitens einer mit entsprechenden Gebietsgewinnen anwachsenden jüdischen Minderheit spiegelt sich auch in einer Sammelbesprechung wider, die Emil Daniels 1915 der zeitgenössischen zionistischen Literatur angedeihen ließ. Hierbei referierte er die Geschichte dieser Bewegung und ihr

267 Delbrück: Lassalle von Hermann Oncken [PJ 117/3], S. 552 f.

268 Delbrück: Die russische Revolution [PJ 122/3], S. 557 f.

269 Vgl. Kap. VI, Anm. 128. Zur »Befreiung« der Juden im Zarenreich vgl. Transkription des Interviews, S. 4, in: BArch Koblenz, N 1017/16.

270 Lujo Brentano an Hans Delbrück, 05.01.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 20. Zur Judenpolitik im Bereich Ober Ost vgl. *Schuster*, »Was hat der Krieg zwischen Zar und Kaiser mit uns zu tun?«, S. 76–81.

271 Delbrück: Die erneute Kriegsziel-Erörterung [PJ 172/2], S. 287.

Potenzial als Ressource der internationalen Politik, die tagesaktuell in solchen Ideen wie der Gründung eines, vom Deutschen Reich protegierten, innenpolitisch unabhängigen jüdischen Nationalstaats in Mittelosteuropa Ausdruck fanden. Letztlich kam er jedoch zu dem Schluss, dem Zionismus keine nachhaltigen politischen Entwicklungschancen einzuräumen zu können[272] und ihn für »eine politische Sternschnuppe« erklären zu müssen.[273]

Als Experte für die Rolle der osteuropäischen Juden in den Kriegszielplänen fungierte in den »Preußischen Jahrbüchern« vornehmlich der in Warschau stationierte Badener Landsturmhauptmann Wolfgang Heinze.[274] Dieser setzte sich zunächst im Herbst 1915 mit der sich glatt in die Vorkriegslinie der »Jahrbücher« einfügenden Aussicht auseinander, antisemitische Unterdrückung im Russischen Reich und deutsche Gebietserweiterungen auf dessen Kosten könnten einen »unerwünschten Bevölkerungszuwachs« seitens der »Ostjuden« hervorrufen. Unerwünscht, weil diese auf schier unabänderlich anderer »Kulturstufe« als die deutsche Nation stünden.[275] In der Konkurrenz der Großmächte um die Anwaltschaft der ›kleinen Völker‹ täte das Deutsche Reich demnach sich selbst als Staatswesen, wie auch der Bevölkerungsgruppe der assimilierten deutschen Juden im Reich den größten Gefallen, wenn es den »Ostjuden« verheißungsvolle und verfolgungsfreie Lebensverhältnisse ebendort verschaffte, wo sie waren.[276] Um dieses Ziel zu verfolgen, bedurfte es nach Heinze einer durchdachten staatlichen Migrationskontrolle gegenüber dem Zarenreich und seinen Absplitterungen; selbst in Hinblick auf eventuelle territoriale Erweiterungen des Reiches. Mit Unterstützung und zum Wohle der assimilierten deutschen Juden wäre diese dahingehend einzurichten, ohne nach explizit rassistisch definierten gesetzlichen Maßgaben all jenen den Zutritt zum Deutschen Reich zu verwehren, die nach Beurteilung ihres zertifizierten Bildungsstandes arm oder erwerbsunfähig schienen, die an Infektionskrankheiten litten oder ganz allgemein politisch unerwünscht waren.[277] Als wesentliches Hindernis wäre dabei gegen die philosemitische Tendenz maßgeblicher Pressekreise anzutreten, die aus falsch verstandener humanitärer Solidarität die Risiken eines unkontrollierten Zustroms von »Ostjuden« in die Grenzen des Reiches nicht benannten und durch ihr Schweigen die öffentliche Meinung und auf diesem Umweg die relevanten politischen Entscheidungsverfahren ungünstig beeinflussten.[278]

272 Emil Daniels: Die Juden des Ostens, in: PJ 160 (1915) 2, S. 321–331.

273 Ebd., S. 331.

274 Wolfgang Heinze: Ostjüdische Einwanderung, in: PJ 162 (1915) 1, S. 98–117; Wolfgang Heinze: Die polnisch-jiddische Presse, in: PJ 163 (1916) 3, S. 496–509; Wolfgang Heinze: Internationale jüdische Beziehungen, in: PJ 169 (1917) 2, S. 340–366; Wolfgang Heinze: Internationale jüdische Beziehungen (Schluß), in: PJ 170 (1917) 1, S. 65–81.

275 Anmerkung der Redaktion, vgl. Heinze: Ostjüdische Einwanderung [PJ 162/1] S. 98.

276 Heinze: Ostjüdische Einwanderung [PJ 162/1].

277 Ebd., S. 106.

278 Ebd., S. 101 f.

Im Märzheft 1916 widmete sich Heinze dann der vom gleichfalls in Warschau residierenden jüdischen Publizisten Bernard Lauer an gleicher Stelle aufgeworfenen Frage nach der Tatsächlichkeit der zunächst deutscherseits einfach angenommenen germanophilen Neigung der polnischen Juden. Hierzu verwies Heinze, der für sich empirische Einsicht in die Zusammenhänge dank persönlicher Besuche in polnischen Redaktionsstuben in Anspruch nahm, auf die mangels Sprach- beziehungsweise Schriftkenntnissen inexistente Rezeption polnischer und jiddischer Publizistik in der deutschen Presse. Diesem Mangel wäre planvoll entgegenzusteuern, um dem politischen Entscheidungshandeln auf deutscher Seite die materielle Grundlage der vollständigen Übersicht über die öffentliche Meinung aller Milieus der bereits eroberten oder zukünftig zu gewinnenden Gebiete zu verschaffen. Im Allgemeinen glaubte Heinze aber auch schon vor der Behebung dieses Informationsdefizits, die Lehre einer ganzen Reihe historischer und internationaler Vergleiche zu erkennen, wonach oberflächliche Angleichung an eine neue Umgebung, wie das Erlernen einer Sprache, überhaupt gar nie die Aufgabe einer, vornehmlich durch literarischen Kanon befestigter und tradierter, nationaler Identität bedeutete.[279]

Ein zweiteiliger Beitrag Heinzes im Spätsommer 1917, als nach der Abwehr der Kerenski-Offensive in Deutschland das baldige Ausscheiden Russlands aus dem Krieg erwartet wurde, galt schließlich den »Jüdischen internationalen Beziehungen« und ihrer Rolle bei den als nahe bevorstehend angenommenen Friedensverhandlungen. Unter Anführung ausufernder, statistischer Zahlenkolonnen schilderte Heinze hierzu Situation und Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung unter den kriegführenden Mächten, wobei wiederum zwischen mehrheitlich liberalen, assimilierten Juden Westeuropas und den orthodoxen, jiddischsprechenden Juden Osteuropas sowie ihren erstgenerationalen Abkömmlingen in der transatlantischen Auswanderung unterschieden wurde. Erstere waren ganz überwiegend politisch mit dem von ihnen bewohnten Staat identifiziert, während letztere ihr »Volkstum« über ihre Staatsangehörigkeit stellten und entsprechendes politisches Engagement entfalteten.

Auch in Heinzes Darstellung war die starke Beteiligung von Juden an der russischen Revolution schlicht die verdiente Folgewirkung einer langen Unterdrückungsgeschichte. Die jüdische Bevölkerung der USA wurde dagegen insofern als ein relevanter politischer Faktor angesehen, als dass sie in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse in Europa sich von der Regierung Wilson für eine antideutsche Politik einspannen ließe.[280]

Als gewichtigstes Problem zeichnete Heinze auf seinem Posten im Generalgouvernement den Umgang mit den Juden in Polen. In Hinblick auf diese entwickelte er dem Publikum der »Jahrbücher« ein dreigliedriges Programm. Zunächst einmal müssten die maßgeblichen politischen Kreise des Deutschen Reiches umfassender über die unterschiedlichen jüdischen Milieus von Zionis-

279 Heinze: Die polnisch-jiddische Presse [PJ 163/3].
280 Heinze: Internationale jüdische Beziehungen [PJ 169/2].

ten, »Assimilatoren« und Orthodoxen informiert sein. Die politischen Kulturzeitschriften als maßgebliche Foren hätten hier eingestandener Weise Nachholbedarf. Um die Milieuverhältnisse in Polen sich nicht noch stärker zugunsten der nach wie vor unerwünschten, orthodoxen »Ostjuden« verschieben zu lassen, müsste eine staatliche Auswanderungsförderung ins Werk gesetzt werden, um durch Sprachkurse und ›Übersiedlungsprämien‹ wahlweise zur Immigration in die USA oder zu Remigration ins postrevolutionäre Russland zu reizen. Parallel sollte eine aktive Pressepolitik Deutschlands noch über Delbrücks Werben um die Zionisten hinausgehen, indem sie einer konsequent umgesetzten Judenemanzipation im Reich und einem davon abhängigen Zukunfts-Polen eine betont antisemitismuskritische Propaganda gegen die Ententemächte zur Seite stellte.[281]

Denn bereits im Juliheft 1915 hatte der zionistische Aktivist und zeitweilige Generalsekretär des zionistischen Weltkongresses Kurt Blumenfeld die Bedeutung des Zionismus für die deutsche Orientpolitik behandelt.[282] Auch im weiteren Gang der Ereignisse hat Blumenfeld sich um Delbrück zu dem Zwecke bemüht, unter den Eliten des Kaiserreichs »Freunde einer starken jüdischen Entwicklung in der Türkei« zu gewinnen. Zumal nachdem der Völkermord, den das Osmanische Reich unter den Augen seiner deutschen Verbündeten an den Armeniern verübte, unter zionistisch gesonnenen Juden in aller Welt jedes Zutrauen in eine verheißungsvolle zionistische Ansiedlung im Heiligen Land unterminieren musste.[283] Dennoch hat Delbrück sich in dieser Beziehung lange zurückgehalten und erst kurz nach Bekanntwerden des Sykes-Picot-Abkommens durch die Aktenveröffentlichungen der russischen Bolschewiki den in Berlin erscheinenden »Neuen Jüdischen Nachrichten« ein Interview zum Thema des Zionismus im Weltkrieg gegeben. Deren Redakteur, Nachum Goldmann, diente damals in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, woher er bereits mit Paul Rohrbach als verlässlichem Türöffner bei Delbrück bekannt war. Die »Neuen Jüdischen Nachrichten« erschienen mit dem ausdrücklichen Einverständnis des Auswärtigen Amtes zum Zweck der Abwehr von »deutschfeindlicher« Beeinflussung der »neutralen Judenheit« seitens der Ententemächte.[284] Unter dieser besonderen Prämisse verhandelten sie nicht zuletzt

»die Fragen der bürgerlich-politischen Gleichberechtigung, der national-kulturellen Minoritätsrechte für die Juden in osteuropäischen Ländern und der freien jüdischen Emigration und Kolonisation in Palästina«.[285]

281 Heinze: Internationale jüdische Beziehungen (Schluß) [PJ 170/1].
282 Kurt Blumenfeld: Der Zionismus. Eine Frage der deutschen Orientpolitik, in: PJ 161 (1915) 1, S. 82–111.
283 Kurt Blumenfeld an Hans Delbrück, 05.09.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.
284 Nachum Goldmann an Hans Delbrück 12.06.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.
285 Ebd.

Delbrücks Ausführungen im Interview, die als eindringlicher Appell an die zionistische Bewegung zu verstehen sind, wurden mehr oder weniger ausgiebig auch in der reichweitenstarken »Frankfurter Zeitung« nochmals abgedruckt. Ebenso wie in diversen spezifisch jüdischen Zeitungen und in jiddischer Sprache erscheinenden Periodika Polens und Litauens, womit sie jedenfalls nach Goldmanns Einschätzung die erwünschte Wirkung entfalteten.[286] In seinen Ausführungen zur Sache gestand Delbrück den Reiz eines britischen Bündnisangebots an die Zionisten durchaus zu. Doch gab er sich vollkommen gewiss, dass die tagesaktuellen militärischen Erfolge der Briten im Nahen Osten nicht von nachhaltigem Ertrag sein würden, sondern mit unbezweifelbarer Sicherheit davon auszugehen wäre, dass Palästina bei einem Friedensschluss, wie man ihn im Herbst 1917, nach dem faktischen Ausscheiden der Russen aus dem Krieg für recht bald erwartete, unter türkischer Herrschaft verbleiben würde. Außerdem wäre der Zionismus ganz wesentlich aus dem deutschen Judentum hervorgegangen und würde bei einer für ein britisch-zionistisches Bündnis nötigen Auflösung dieser Verwurzelung irreparablen Schaden »geistiger« und »moralischer« Art nehmen.[287]

Nicht mehr auffinden lässt sich leider ein Brief Delbrücks an Eugen Fuchs vom Heiligen Abend 1917, in welchem er aufgefordert war, seine Interviewäußerungen zur geostrategischen Seite der zionistischen Bewegung zu vertiefen. Denn Fuchs vertrat gegenüber Delbrück, ebenso wie gegenüber dem freilich fast völlig von den Friedensverhandlungen mit dem revolutionären Russland in Anspruch genommenen Auswärtigen Amt den Standpunkt, dass »das Palästina-Problem im Interesse des deutschen Vaterlandes und der Türkei« gelöst werden könne, wenn die deutsche Diplomatie diejenigen Kräfte im Umkreis der Hohen Pforte stützte, die einer privilegierten jüdischen Ansiedlung in Palästina wohlwollend gegenüberstanden, um eine jüdische Irredenta im Bündnis mit Briten und Franzosen zu verhindern.[288]

Es lässt sich jedoch nachvollziehen, dass Delbrück noch im Frühjahr 1918 einem in Berlin gegründeten Komitee zur »Begründung eines jüdischen Gemeinwesens in Jerusalem unter türkischer Oberhoheit« beitrat. Damit »wir dort den Engländern den Wind aus den Segeln nehmen.«[289], warb das überparteiliche Komitee für eine verstärkte Kooperation mit der zionistischen Bewegung. Die Reichsleitung zu einem nachhaltigen diplomatischen Engagement im Sinne des Komiteezwecks zu gewinnen, ist seinen Mitgliedern, unter die neben Delbrück

286 Prof. Hans Delbrück über den Zionismus, in: Neue Jüdische Nachrichten, Nr. 7, 30.11.1917, S. 1; Der Zionismus und Palästina, in: Frankfurter Zeitung, 05.12.1917; Nachum Goldmann an Hans Delbrück, 18.12.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39.

287 Prof. Hans Delbrück über den Zionismus, in: Neue Jüdische Nachrichten, Nr. 7, 30.11.1917, S. 1.

288 Eugen Fuchs an Hans Delbrück, 22.12.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/39; für Delbrücks Antwort vgl. den Exekutionsvermerk ebendort.

289 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 10.03.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 55.

auch Max Weber, Gustav Noske, Matthias Erzberger und Kuno von Westarp zählten, indes bis zum Kriegsende nicht mehr gelungen.[290]

Auch die Assimilationsdebatte unter den deutschen Juden fand im Weltkrieg vornehmlich unter Verknüpfung mit der Kriegszieldiskussion statt. So warnte Bernard Lauer davor, die vor dem Krieg in Posen eingeübte Germanisierungspolitik perspektivisch auf die Juden im einstigen Kongress-Polen zu übertragen. Lauer konstatierte einen bereits weitgehend abgeschlossenen Prozess des Anschlusses der europäischen Juden an die unterschiedlichen Nationen in den ehemals Russland zugehörigen Regionen Ostmitteleuropas, in deren Sprache und politischer Kultur sie weitgehend heimisch geworden waren. Emanzipationsbedingungen also, die nur mehr die Gewährleistung eines nachhaltigen Endes der zaristischen Unterdrückungspolitik verlangten.[291] Der gegensätzliche Debattenpol lässt sich wiederum an der Mitarbeiterschaft Nachum Goldmanns festmachen, der in den »Jahrbüchern« für die Forderung nach einer eigenen jüdischen Nation der osteuropäischen Juden in Polen votierte. In enger Anlehnung an das Deutsche Reich als verheißungsvollstem Verbündeten könnten diese sich Deutschlands Freundschaft und Schutz durch die solcherart gewährleistete Verankerung Polens in Mitteleuropa verdienen.[292]

Durch den Zusammenbruch und die Kapitulation des Deutschen Reiches 1918 sollten all die Pläne obsolet werden, die letztlich um eine deutsche Vormachtstellung in Mittel- und Osteuropa gekreist hatten. Die neuen Verhältnisse im Reich eröffneten den deutschen Juden in der Breite bisher ungeahnte Möglichkeiten, während der Antisemitismus keineswegs schwand, sondern im Gegenteil unter der Frustration der Niederlage, auf der Suche nach Sündenböcken stark anstieg.[293] Die wuchernden Verschwörungstheorien sollte Delbrück nicht teilen, ohne darum zum engagierten Kämpfer gegen den Antisemitismus zu werden. Wenn er im Novemberheft der »Preußischen Jahrbücher« 1919 die verbreite Klage, von »Proleten und Juden« regiert zu werden, deutlich zurückweisen sollte, dann vornehmlich um das in dieser Formel verdichtete Bild von den gänzlich umgestürzten Verhältnissen zu dekonstruieren und unter vielfältigen historischen Vergleichen die beruhigende, Stabilität verheißende Persistenz der geschichtlich erprobten Führungsschichten nachzuweisen.[294]

Die nüchterne Kalkulation über Wert und Gewicht eines einzelnen Bevölkerungsteils für das Reich, wie Delbrück sie 1893 für die deutschen Juden anstellte, verdeutlicht auch unter Ausblendung der jüdischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, dass Delbrücks Eintreten für Polen, Dänen und andere durchaus nicht

290 *Zechlin*, Die Deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, S. 434–437.
291 Lauer: Zum Polnisch-Jüdischen Problem [PJ 162/2].
292 Goldmann: Zum Polnisch-Jüdischen Problem [PJ 162/3].
293 *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 403.
294 Hans Delbrück: »Proleten und Juden«, in: PJ 178 (1919) 2, S. 361–366.

vorrangig auf so etwas wie einem universalen, humanitären Ideal von Minderheitenschutz fußte, wie es Anneliese Thimme andeutet[295]. Mehr war er von einer pragmatischen Abwägung über Nutzen und Frommen des Staates motiviert. Wohl nicht zuletzt aus dem Grunde, dass ihnen kein anderer Staat besondere Anlehnung bot, sie also nicht als Faktor der Außenpolitik erschienen, ist dem Judentum vor dem Ersten Weltkrieg nicht ansatzweise so viel Aufmerksamkeit zuteilgeworden, wie sie Hans Delbrück der deutlich kleineren Gruppe der Dänen in Nordschleswig widmete. Infolge dieser strategischen Geringschätzung galten ihm auch umgekehrt die Antisemiten des wilhelminischen Kaiserreichs als eine austauschbare politische Fraktion von geringer Bedeutung.[296]

Die Resonanz, welche die Linie der »Jahrbücher« in der »Judenfrage« unter deren Publikum und in anderen Presseorganen fand, wird erst unter den veränderten Bedingungen des Weltkriegs recht eigentlich greifbar, als die »Befreiung« der »Ostjuden« von der zaristischen Herrschaft zum Kriegsziel erhoben, diese jedoch zugleich als Bedrohung für die nationale Integrität des Deutschen Reiches identifiziert wurden. Dieser Befund spricht dafür, dass über Delbrücks engsten Kreis hinaus Judenemanzipation und Antisemitismus zumal in liberalkonservativen Kreisen eine relativ geringe politische Relevanz zugeschrieben wurde. In Delbrücks eigenen Pressebeiträgen, ebenso wie in Veröffentlichungen anderer Mitarbeiter der »Jahrbücher«, spiegelt sich mehrheitlich die vollständige Assimilation der deutschen Juden als langfristiges Ziel wieder, das zwar noch nicht erreicht war, jedoch für realisierbar galt. Diese Grundhaltung baute auf der Überzeugung auf, dass einerseits eine sich forttradierende jüdische Identität noch auf längere Sicht hin ein signifikantes Anderssein der Juden generieren würde, was für das Selbstbild vom Nationalstart per se ein Problem darstellte, dass aber andererseits das Gewicht jenes jüdischen ›Sonderkörpers‹ nicht derart ausfiele als dass eine richtiggehende Gefahr für den Staat daraus erwuchs. Bis sich dieses Problem durch staatliche Migrationskontrolle und allseitiges Integrationsengagement sukzessive aufgelöst hätte, kam in jeder Betrachtungsweise, den Juden noch eine ›nützliche‹ Funktion für das Gemeinwesen zu, und sei es, dass sie für allgemeine sozioökonomische Entwicklungen als »Barometer« dienen sollten.[297]

3. Prüfstein der nationalen Integration

Der Krieg galt im Deutschen Kaiserreich weithin als Exekutor der Weltgeschichte. Die Nationalstaatsgründung war fest verknüpft mit den militärischen Siegen Preußens und seiner Verbündeten. Erfolgreiche Kooperation von Elite

295 *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, S. 94.

296 Hans Delbrück: Die Liebknechtschen Enthüllungen, in: PJ 152 (1913) 2, S. 370–377, S. 371.

297 Vgl. hierzu Rudolf Wassermann: Die Juden und das deutsche Wirtschaftsleben der Gegenwart, in: PJ 149 (1912) 2, S. 267–275, S. 275.

und Masse, altem Adel und aufstrebendem Bürgertum hatte demnach auf den Schlachtfeldern von 1870/71 das Einigungswerk vollbracht, an dem frühere Generationen gescheitert waren. Diese Prägung bedingte die herausgehobene Stellung des Militärs in der gesellschaftlichen Ordnung und den politischen Entscheidungsprozessen des Kaiserreichs. Sie formte aber auch die Erwartungen an den Krieg der Zukunft. Wenngleich die weitreichende Kriegseuphorie des Sommers 1914 ein Mythos ist, entfachte der Kriegsausbruch doch eine rege Betriebsamkeit gerade unter den Intellektuellen des Kaiserreichs, die dem Bild vom Krieg als Vehikel der nationalen Einigung verpflichtet war und über den innenpolitischen »Burgfrieden« hinauswies. Zwar blieben die unter dem Schlagwort von den »Ideen von 1914« versammelten Ordnungsvorstellungen im Detail nicht selten schwammig und widersprüchlich, doch in jedem Fall postulierten sie den Krieg als Bewährungsprobe zur Vervollkommnung der westlichem Parlamentarismus und russischer Autokratie gleichermaßen überlegenen politischen Ordnung Deutschlands durch die Überwindung der inneren Gegensätze des Reiches.[298] Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte endgültig zu einer Prädominanz der Außenpolitik in Delbrücks Wirken als politischer Intellektueller. Die innenpolitischen Krisenherde des Kaiserreichs – die Auseinandersetzungen um den deutschen Katholizismus und die Sozialdemokratie, um die nationalen Minderheiten und die Frauenemanzipation – verschwanden nicht aus den Seiten der »Blauen Hefte«, doch noch stärker als zuvor, wurden sie in Hinblick auf ihre außenpolitischen Implikationen gewichtet. Indem die ihnen zugeschriebene Bedeutung für Deutschlands Kriegspolitik und Friedenschancen ihre Priorisierung bestimmte, setzte sich fort, was bereits Delbrücks politische Linien in der Friedenszeit bestimmt hatte. Bei allem ungebrochenen Universalitätsanspruch der »Jahrbücher« kämpfte ihr Herausgeber nun ganz vorwiegend um eine Lösung der »polnischen Frage« im Zusammenhang mit einer Neuordnung Osteuropas und um eine verfassungspolitische Anerkennung des sozialdemokratischen Beitrags zu den deutschen Kriegsanstrengungen durch eine Wahlreform in Preußen.

Mit den Schüssen von Sarajevo trat das Thema der Kirchenpolitik innerhalb der »Preußischen Jahrbücher« eindeutig in den Hintergrund. Das Zentrum erfüllte die in es als »nationale Partei« gesetzten Erwartungen ohne Umschweife, achtete den innenpolitischen »Burgfrieden« und bewilligte die Kriegskredite. Da zudem spezifisch katholischer Pazifismus eine Randerscheinung blieb und gleichzeitig der Heilige Stuhl Neutralität wahrte, gab es kaum einen Reiz, an dem sich ein Wiederaufflammen antikatholischer Reflexe und ein Überdenken des moderaten kirchenpolitischen Standpunkts hätte entzünden können. Den Krieg auch hinsichtlich der konfessionellen Gespaltenheit des Staates als Katalysator der

298 *Becker*, Das Kaiserreich als Kriegsgeburt, S. 43–47; *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 57–59; Ebd., S. 90–92; Ebd., S. 113–115; *Leonhard*, Bellizismus und Nation, S. 761–764; *Nonn*, 12 Tage und ein halbes Jahrhundert, S. 539–551.

›inneren Reichsgründung‹ zu apostrophieren, hat sich Delbrück weitgehend enthalten. Bernarda von Nells Bitte, sich gegen eventuelle Verletzungen religiöser Gefühle der katholischen Rheinländer zum Nachteil ihrer nationalen Loyalität zu verwenden, ist Delbrück nicht nachgekommen.[299] Allem Anschein nach, hat er die integrative Wirkung des Krieges nicht hoch eingeschätzt und bereits im Oktober 1915 ein Ersuchen des umtriebigen Bibliothekars des Preußischen Herrenhauses, Friedrich Thimme, zur Beteiligung an einem Sammelband im Geiste des nationalen, sozialen und eben konfessionellen »inneren Friedens« abgelehnt. Das Unternehmen erklärte er schlicht für aussichtslos.[300] Auch durch andere Mitarbeiter der »Jahrbücher« ist dieses Feld nicht systematisch bestellt worden. Nur Adolf von Harnack hat sich ebenso anerkennend wie knapp über die »nationale« Gesinnung katholischer Intellektueller geäußert, wie sie in einer Reihe klassischer Erzeugnisse der Kriegspublizistik ihren Ausdruck fand, während der evangelische Theologe Fritz Ziller die revitalisierende Wirkung des Krieges für die allgemeine Frömmigkeit unter Einschluss des Katholizismus in Deutschland vermaß.[301]

Gegenüber der päpstlichen Friedensinitiative 1917 positionierte sich Delbrück weit entfernt von den antiklerikalen Ausbrüchen in der alldeutschen Presse, die in der Note eine heimtückische Falle der Ententemächte witterten, so wie umgekehrt die Kurie in Paris für ein Instrument Wiens angesehen wurde.[302] Delbrück begrüßte den Vorstoß aus Rom sogar. Doch mehr Aufmerksamkeit widmete er den parlamentarisierenden Tendenzen innerhalb der deutschen Politik, da der Reichstag Teilhabe an seiner Beantwortung begehrte und die Reichsleitung sich gewillt zeigte, diese ihre ureigene Domäne, die Diplomatie, mit den Parteien zu teilen.[303] Denn noch drängender als im Frieden trieb Delbrück im Krieg die Sorge um die Befähigung der Reichsleitung zur gleichzeitigen Unabhängigkeit von und Anschlussfähigkeit an die Parteien um. Nun fürchtete er erst recht ein ›klerikal-konservatives‹ Bündnis, da das Zentrum angesichts geringer Bindungskräfte der christlichen Gewerkschaften sein Heil im Bündnis mit der zusam-

299 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 27.07.[1918], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Mappe III, Nell, Bernarda v., B. 37–38.

300 Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 12.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Thimme, Friedrich, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Friedrich Thimme, 26.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 34–35.

301 Adolf von Harnack: Pfleichschichter, Georg, Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg. Eine Abwehr des Buches »La Guerre Allemande et la Catholicisme«, in: PJ 163 (1916) 3, S. 531–533; Fritz Ziller: Katholizismus, Protestantismus und Religion unter dem Einfluß des Krieges, in: PJ 165 (1916) 1, S. 1–32.

302 Zur medialen Resonanz im Deutschen Reich vgl. *Schlott*, Die Friedensnote Papst Benedikts XV., S. 35–37. Zu den Reaktionen bzw. Nicht-Reaktionen auf Seiten der Entente-Mächte vgl. *Leonhard*, Die Büchse der Pandora, S. 802 f.

303 Hans Delbrück: Kriegs- und Friedensparteien in der Welt. Reichskanzler und Reichstag. Die Papstnote, in: PJ 169 (1917) 3, S. 469–479, S. 476–479; Hans Delbrück: Die Beantwortung der Papstnote u. die weiteren politischen Kundgebungen, in: PJ 170 (1917) 1, S. 157–160.

menwachsenden konservativen Opposition von Annexionisten, Schwerindustrie und Wahlreformgegnern suchen könnte, wodurch im Endeffekt die Einbindung der katholischen Arbeiterschaft in die nationale Politik ins Wanken geraten müsste.[304] Als er im Oktober 1917 das nahende Ende der kurzen Kanzlerschaft Georg Michaelis kommen sah, setzte er sich auch deswegen hinter den Kulissen vehement für Max von Baden als dessen Nachfolger ein, weil diesem das Zentrum nach Delbrücks Dafürhalten Anerkennung und Kooperationsbereitschaft entgegenbringen würde. Der scheidende Bethmann Hollweg empfahl dagegen als seinen Nachfolger den bayerischen Ministerpräsidenten Georg von Hertling. Delbrück schreckte diese Aussicht dagegen nicht nur wegen Zweifeln an Hertlings Alterskonstitution, sondern auch der Überzeugung wegen, dass Linksparteien und Konservative über kurz oder lang mit dem neutralen Ausland in ihrer Ablehnung eines bekannten »ultramontanen« vereint sein würden.[305] Denn ungeachtet von Hertlings jahrzehntelanger politischen Karriere, die zweifellos als Musterbeispiel der von Delbrück so oft geforderten, pragmatischen Zusammenarbeit der Konfessionen gelten darf, erschien Delbrück eine Gefühlshaltung von erlittener Kränkung die naheliegendste Reaktion, welche eine ausgerechnet zum Reformationstag beginnende Kanzlerschaft Hertlings in Preußen finden musste.[306]

Im Angesicht der deutschen Niederlage sollten zwar auch in Delbrücks engstem Umkreis Stimmen laut werden, wonach der politische Katholizismus eher korrodierende, als stabilisierende Wirkung für das Reich habe und es womöglich gar die alte Anhänglichkeit der deutschen Katholiken an Österreich gewesen sei,

304 Hermann Oncken an Hans Delbrück, 14.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 51–52; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 17.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 50–51; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 19.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 55–56. Vgl. auch Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 24.06.1917, in: Friedrich Thimme. Briefe, Nr. 80, S. 162. Zur Bemühung um katholische Unterstützer für den Kampf gegen die Alldeutschen durch das »Büro Hobohm« vgl. Martin Hobohm an Hans Delbrück, 18.08.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/43, Bl. 156–159.

305 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 12.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 45–48; Hans Delbrück an Wilhelm Solf, 28.10.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Solf, Bl. 1–2; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 31.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 90–91; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 03.11.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 20. Zu Delbrücks spärlichen und indirekten Verbindungen ins Zentrums-Umfeld während des Krieges vgl. Peter Rassow an Hans Delbrück, 24.05.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Peter, Bl. 33–34; Lujo Brentano an Hans Delbrück, 11.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 27; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 21.09.1918, in: SBB PK, Briefe, Valentini, von, Bl. 31–32; Georg Gothein an Hans Delbrück, 21.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Georg, Bl. 3–4.

306 Hans Delbrück an Wilhelm Solf, 28.10.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Solf, Bl. 1–2.

die den ohnehin viel geschmähten Matthias Erzberger als Leiter der Waffenstillstandskommission das Schicksal des Reiches leichtfertig aufs Spiel habe setzen lassen.[307] Delbrück selbst sollte indes während der Monate des Umbruchs nicht ohne Ironie konstatieren, dass es ausgerechnet die alten »Reichsfeinde« waren, die als Vertreter echter ›Realpolitik‹ gegenüber utopischen nationalen Träumereien von rechts, die Ordnung des Staates garantierten und

»daß die einzigen Bundesgenossen in der Welt, die wir haben, die verschiedenartigen internationalen Tendenzen sind, Pazifisten, Sozialdemokraten und bis auf einen gewissen Grad die katholische Kirche.«[308]

Wie im Falle einer jeder 1914 in den Ersten Weltkrieg ziehenden Großmacht, war auch im Deutschen Reich die vorherrschende öffentliche Meinung, die angegriffene Partei zu sein, Voraussetzung dafür, dass die politische Linke und die organisierte Arbeiterschaft trotz schwerer Bedenken die Kriegsanstrengungen mehrheitlich unterstützten. Im Deutschen Reich setzte sich der rechte Flügel der SPD durch und votierte unter dem Schlagwort der Burgfriedenspolitik mit Liberalen, Konservativen und Zentrum für die milliardenschweren Kriegskredite.[309] Früh überlappten sich während des weiteren Kriegsverlaufs die innenpolitischen Frontstellungen mit der Kriegszieldiskussion. In der »Delbrück-Gruppe« wägte man nicht nur die Aussicht darauf, für die eigene Kriegszielpolitik Mehrheiten vom liberalkonservativen Kern der Gruppe bis in die Sozialdemokratie hinein zu vereinen,[310] sondern es galt etwa die schwerindustriell geprägte, annexionistische Seeberg-Adresse auch als ein innenpolitisches Manöver der preußischen Konservativen, das darauf abzielte, »den ihnen zu sozial denkenden Kanzler zu stürzen«.[311]

Hans Delbrück hat bereits während der ersten Kriegswochen öffentlich anerkannt, welch großen Anteil die deutsche Sozialdemokratie an der planmäßigen Mobilmachung des Reiches hatte.[312] Unklar bleibt, inwieweit Delbrück schon in

307 Hermann Oncken an Hans Delbrück, 10.11.1911 [10.11.1918], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe I, Bl. 59–61; Gustav Roloff an Hans Delbrück, 11.11.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 107–119.

308 Hans Delbrück: Die Regierung Bauer-Noske-Erzberger, in: PJ 177 (1919) 2, S. 298–301, S. 300; Hans Delbrück: War unser Niederbruch unabwendbar, in: PJ 177 (1919) 2, S. 301–311; Hans Delbrück: Enthüllungen, 177 (1919) 3, S. 459–470, S. 461.

309 *Kruse*, Krieg und nationale Integration, S. 84–86. Vgl. auch *Soutu*, Die Kriegsziele des Deutschen Reiches und der französischen Republik, S. 54 f.

310 Alfred Weber an Hans Delbrück, 24.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, Alfred, Bl. 26–28; Hans Delbrück an Alfred Weber, 02.09.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 17–18.

311 Gustav Roloff an Hans Delbrück, 16.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Roloff, Gustav, Bl. 71–74; Zur Überlappung von Kriegsziel- und innerer Reformdebatte vgl. *Bruendel*, Volksgemeinschaft oder Volksstaat.

312 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3], S. 562–564; vgl. auch Hans Delbrück an Clemens von Delbrück, 07.10.1914, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Bl. 3 – 551–554.

diesem ersten Kriegsherbst die Loyalität der Sozialdemokraten durch zumindest symbolische Akte des Entgegenkommens honoriert wissen wollte.[313] Ausgerechnet zu Bismarcks 100. Geburtstag, im Aprilheft 1915, erklärte er jedenfalls auch in seiner »Politischen Correspondenz«:

»Sozialdemokraten, Polen und Juden haben für das Deutsche Reich gefochten und geblutet, dafür soll ihnen der Dank nicht vorenthalten werden und das Reich auch ihnen eine freundliche, nicht von Argwohn umzäunte Wohnung bieten.«[314]

Eine derartige ›Neuorientierung‹ bedeutete für Delbrück konkret eine Reform des preußischen Wahlrechts. Eine solche verfassungspolitische ›Anerkennung‹ der SPD gegen den Widerstand von deren parlamentarischer Konkurrenz im preußischen Landtag durchzusetzen, hielt er den in Personalunion als preußischem Ministerpräsidenten amtierenden Reichskanzler Bethmann Hollweg durchaus für geeignet.[315] Entgegen dem lagerübergreifenden Applaus, den 1917 die kaiserliche »Osterbotschaft« von einer umfassenden Wahlreform nach Kriegsende fand, wurde Delbrück von diesem aufschiebenden Versprechen zutiefst enttäuscht.[316] Energisch drängte er den Kanzler, die Initiative für eine umgehend ins Werk zu setzende Reform zu ergreifen, bevor diese womöglich vom Landtag statt vom Staatsministerium ausginge.[317] In welchem Format das neue Wahlrecht daher kommen sollte, darin schwankte Delbrück mit Blick auf die unterschiedlichen Akzeptanzgruppen, die es zu gewinnen galt und hinsichtlich der Erträge seiner Bemühungen, diese Akzeptanz auszuloten. Auch im April 1917 legte Delbrück dem Kanzler noch keine Übertragung des allgemeinen, gleichen und geheimen Reichstagswahlrechts auf das preußische Abgeordnetenhaus nahe. Zunächst votierte er für ein allgemeines und geheimes Pluralwahlrecht, wie er es seit 1904 immer wieder in die Debatte eingespeist hatte. Auf diese Weise sollten sowohl der sozialdemokratische Beitrag zu den ›nationalen‹ Kriegsanstrengungen durch gerechtere parlamentarische Repräsentanz gewürdigt und zugleich einer unerwünschten Überhandnahme des linken Landtagslagers vorgebeugt werden[318]:

313 Clemens von Delbrück an Hans Delbrück, 22.12.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Delbrück, Clemens von, Bl. 18–19.

314 Hans Delbrück: Bismarcks hundertster Geburtstag, Die Zukunft unserer inneren Politik, Die »Freie Vaterländische Vereinigung«, in: PJ 160 (1915) 1, S. 176–180, S. 178.

315 Hans Delbrück am Hermann Oncken, 17.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 50–51.

316 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 09.04.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 167 f. Zur allgemeinen Resonanz der »Osterbotschaft« vgl. *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 172.

317 Hans Delbrück an Theobald von Bethmann-Hollweg, o. D. [April 1917], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 38, Bl. 2.

318 Ebd.

»Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag sind, mit Ausnahme von ganz wenigen, nur mit sehr kl. Majorität gewählt worden, meist 51 oder 52 Prozent der Abstimmenden. Ein Plural-Wahlrecht, das den bürgerlichen Parteien nur ein minimales Präcipuum von etwa 5–10 Prozent d. Stimmen gewährt, würde ihnen also im Ergebnis immer eine große Majorität des Hauses sichern.«[319]

Delbrück setzte seine Hoffnungen also auf eine Regierungsvorlage, deren Bestimmungen moderater und letztlich überbrückbarer Opposition seitens der Konservativen sicher sein sollte. Eine Opposition, die wiederum im linken Lager hinreichendes Vertrauen erwecken und es so ermöglichen würde, die dort erhobene Forderung nach der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen auf die Zustimmung zum Pluralwahlrecht herunter zu handeln. Im Briefwechsel mit dem kaiserlichen Kabinettschef Valentini entwickelte Delbrück diese neue ›Block‹-Taktik, die auf einen geordneten Rückzug der konservativen Reformgegner abzielte:

»Wie ich unter der Hand erfahre, wird stark daran gearbeitet, noch während des Krieges eine Vereinbarung mit den Konservativen über die preussische Wahlreform zu treffen. Eine *gemässigte* Reform *gegen* die Konservativen gemacht, wäre viel günstiger; denn wenn die Konservativen opponieren, wird die Linke nicht umhinkönnen, sich halbwegs für befriedigt zu erklären. Wenn die Konservativen aber mitmachen, so wird die Linke unter allen Umständen sagen, es sei nichts und sie sei betrogen.«[320]

Dass sein Eintreten für eine umgehende Wahlreform vorwiegend der taktischen Erwägung geschuldet war, wie die Verhältnisse des »Burgfriedens« zum Kompromiss einer moderaten Anpassung des Landtagswahlrechts genutzt werden konnten, hat Delbrück freilich nicht auf der Hinterbühne des persönlichen Verkehrs verborgen gehalten. Mochte er auch mit Emphase die egalisierende Erfahrung des Krieges, die »Leistung« der Soldaten aller Schichten als Argument für die Ausweitung des Wahlrechts anerkennen.[321] Im Maiheft der »Preußischen Jahrbücher« erklärte er freimütig, wie auf diesem Wege andere sozialdemokratische Reformforderungen, etwa die Einführung des Frauenwahlrechts, gleichsam ausgekontert werden sollten.[322]

Als dem Sommer 1917 jedoch allen publizistischen wie persönlichen Interventionen im Großen Hauptquartier zum Trotz keine Wahlreform beschert war, da geriet Delbrück in Zweifel, ob eine Regierungsvorlage zum Pluralwahlrecht,

319 Ebd.

320 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 06.06.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 29–30.

321 Hans Delbrück: Die preußische Wahlreform. Die auswärtige Politik und die Alldeutschen, in: PJ 168 (1917) 2, S. 326–332, S. 331 f.

322 Delbrück: Die preußische Wahlreform [PJ 168/2].

wie er sie zu inspirieren gehofft hatte, im preußischen Abgeordnetenhaus noch Erfolgschancen haben würde.[323] Schließlich überwog die Sorge vor den politischen Folgen eines weiteren Aufschubs, die Sorge vor zu hartnäckigem Widerstand der nach wie vor als die sozial Nächsten angesehenen Konservativen. Die äußere Bedrohung des Reiches schien nur noch durch eine erfolgreiche Massenmobilisierung zu bewältigen. Eine solche war ohne ein Einvernehmen mit der Sozialdemokratie nicht gangbar, die es einzubinden galt, bevor den »traditionellen Autoritäten« die Kontrolle entglitt:

»Gehen wir aber einem neuen Kriegswinter entgegen, so ist eine schwere innere Krisis, beinahe eine *Katastrophe* zu befürchten. Das einzige Mittel ihr vorzubeugen, ist eine grosse Konzession an die Demokratie. Sie kann in nichts anderem bestehen als in der sofortigen Durchführung der Wahlreform in Preussen mit dem gleichen Stimmrecht. Man mag zum allgemeinen Wahlrecht stehen wie man will, in diesem Augenblick ist es für uns ein Rettungsmittel«.[324]

Im Gefolge vom Sturz Bethmann Hollwegs versandeten die Debatten um das Reformprojekt und während der Reichstag im Verlaufe des Krieges durch die Entwicklung neuer Verfahrensformen wie des Interfraktionellen Ausschusses seine Macht ausbaute, scheiterte die verfassungspolitische Reformierung Preußens spätestens mit der Ablehnung der Wahlrechtsvorlage im Herbst 1917.[325] Nichtsdestotrotz fuhr Delbrück darin fort, die »Jahrbücher« ebenso wie die ihm zu Gebote stehenden interpersonalen Netzwerke dazu zu nutzen, sich für die Einbindung der MSPD in eine parlamentarische Regierungsmajorität einzusetzen. Bliebe sie aus, so stünde zu befürchten, dass die Sozialdemokraten im vierten Kriegswinter die Zustimmung der darbenden Massen für einen eigenen Griff nach der Regierungsmacht gewannen.[326]

Nachdem diese Bemühungen 1917 noch zum Scheitern verurteilt waren, gehörte Delbrück zu jenen liberalkonservativen Akteuren, die selbst diejenige Fühlung mit der Führung der Mehrheitssozialdemokraten um Friedrich Ebert

323 Hermann Fürst von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 30.06.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 29–30; Hermann Fürst von Hatzfeldt an Hans Delbrück, 01.07.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Hatzfeldt, Hermann Fürst von, Bl. 32.

324 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32. Zum Zusammenhang von innenpolitischen Zielvorstellungen und der Perzeption der Kriegslage im Frühsommer 1917 vgl. *Afflerbach*, Auf Messers Schneide, S. 346 f.

325 Vgl. zusammenfassend *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 832–850.

326 Hans Delbrück: Die Burianische Note. Die Verhandlungen des Hauptausschusses. Die Krisis, in: PJ 174 (1918) 1, S. 135–147, S. 146. Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 12.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 45–48; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 25.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 53–54; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 31.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 90–91.

aufnahmen, welche die Reichsleitung vermissen ließ. Denn den auf dem »Mittwochabend« versammelten Kreisen erschien eine solchermaßen eingehegte Sozialdemokratie zunehmend als einziger Stabilitätsgarant eines ausgezehrten Staates.[327] Delbrücks viel beachtete öffentliche Auseinandersetzung mit seinem ehemaligen Weggefährten im Methodenstreit, Georg von Below, während des Jahres 1918 zeugt davon, wie die politische Integration der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg zur Bruchlinie innerhalb des deutschen »Geistesadels« wurde. Während von Below die öffentliche Anerkennung der organisierten Arbeiterschaft als Machtfaktor der deutschen Politik durch seinen Fakultätskollegen Gerhard von Schulze-Gaevernitz als Verrat brandmarkte, hat Delbrück in seinem Beistand für letzteren die Wahrheit des sozialistischen Verses »Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will« nicht mehr als Bedrohung verstanden wissen wollen. Schließlich hatten die Sozialdemokraten doch bewiesen, dass sie diese Macht nicht zum Nachteil des Reiches missbrauchten.[328] Insofern nahm Delbrück bereits im Krieg die Haltung ein, welche ihm nach der Niederlage zum Leitmotiv beim Arrangement mit der Weimarer Republik werden sollte: ab 1916 postulierte er die endgültige Bewährung der deutschen Sozialdemokratie als einer »nationalen Partei«.[329]

»Seit 25 Jahren predige Ich, daß die lateinischen Slawen unsere natürlichen Bundesgenossen sind«[330], schrieb Delbrück indes nach Kriegsausbruch an den Freund Max Lenz und die Ausgestaltung dieser Bundesgenossenschaft beschäftigte vom 1. August 1914 an Politiker und Publizisten. Dass die ›polnische Frage‹ nicht bloß eine innenpolitische, sondern eine mit gewichtigen außenpolitischen Implikationen beladene war, wurde nun in weiten Kreisen zur beherrschenden Anschauung. Delbrück war schon während der ersten Augusttage darüber im Bilde, dass in Berlin Pläne für ein wiedererrichtetes Polen geschmiedet wurden. Doch nahm er sie mit Skepsis zur Kenntnis. Womöglich wegen der latenten Infragestellung der territorialen Integrität Preußens, vor allem jedoch da er den Enthusiasmus der ersten Schlachtenerfolge nicht teilte und mit einkalkuliert wissen wollte, dass Russland nicht restlos besiegt werden, sondern ein Kompromissfrieden nötig werden würde, für den die einseitige Proklamation eines

327 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 10.09.1918, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 73. Zur Kooperation der »Delbrück-Gruppe« mit der SPD während der letzten Phase des Krieges vgl. auch Lujo Brentano an Hans Delbrück, 11.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 27.

328 Hans Delbrück: Antwort, in: PJ 172 (1918) 2, S. 281–283, S. 282 f. Zur Delbrück-von Below-Kontroverse vgl. *Bruendel*, Volksgemeinschaft und Volksstaat, S. 202–204; *Maurer*, »…und wir gehörten auch dazu, 1. Bd., S. 613–615.

329 Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und der Reichstag [PJ 163/1]; Hans Delbrück: Die preußische Thronrede, in: PJ 163 (1916) 2, S. 372–375.

330 Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20.

unabhängigen Polenstaates auf Kosten des Zarenreiches die Friedensoptionen verengen würde.[331]

Bereits am 25. August entwickelte Delbrück seine Prognosen über die zukünftige Rolle Polens in einer Denkschrift für den Fürsten Bülow, der zwar im Sommer 1914 ohne Amt war, den Delbrück jedoch gleichwohl für einen einflussreichen Mann mit politischer Zukunft hielt.[332] Da eine, wie auch immer geartete Annexion Kongress-Polens durch die Mittelmächte einerseits die Integrität des deutschen Nationalstaats, andererseits das nationale Gleichgewicht der Habsburgermonarchie gefährden müsste, plädierte er für einen formal unabhängigen Polenstaat nach dem Muster des napoleonischen Herzogtums Warschau. Auf diese Weise schien ihm sowohl ein vertretbarer »Siegespreis« für die deutschen Kriegsanstrengungen ausgemacht, als auch dem europäischen Mächtegleichgewicht gedient und dem Zarenreich ein gesichtswahrender Kompromissfrieden in Aussicht gestellt. Denn nach dem Zeugnis Mitrofanoffs stellte der Besitz Warschaus für die russische Führung kein unverzichtbares Gut dar. Mit dem Deutschen Reich sollte ein solches Rumpfpolen durch einen Zollverein verbunden und über die preußischen Häfen an den internationalen Warenverkehr angebunden sein. Die Verfassungsordnung sollte sich die Kraft historischer Legitimation zu Nutze machen und nicht nur semantisch an die erste polnische Verfassung von 1791 anschließen, sondern hinsichtlich des Staatsoberhaupts auch eine Wiederauflage der polnisch-sächsischen Personalunion des 18. Jahrhunderts darstellen. Materiell sollte indes die Elsaß-Lothringische Verfassung von 1911 zum Vorbild genommen werden, um den unterschiedlichen Interessengruppen des projektierten Fürstentums in einer konstitutionellen Monarchie mit Zweikammernparlament und demokratischem Wahlrecht die Waage zu halten, während die angedachte Doppelrolle des sächsischen Königs als Reichsfürst und theoretisch unabhängiger Nachbarmonarch Polen an das Reich binden würde. Derart mit einem eigenen Staat versehen würden sich die Polen mit der historischen Bedingtheit des Staatenlebens arrangieren und von Ansprüchen auf Posen und Westpreußen oder gar Oberschlesien und Ostpreußen absehen.[333]

Damit waren die grundsätzlichen Ansichten Delbrücks zur ›Polenpolitik‹ im Weltkrieg festgelegt, auch wenn sie je nach Stand der Entwicklungen in Grenzen

331 Hans Delbrück an Max Lenz, 09.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 15–16; Max Lenz an Hans Delbrück, 22.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Lenz, Max, Mappe II, Bl. 88–95; Hans Delbrück an Max Lenz, 24.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20. Zu den konfusen Planungen der deutschen »Polenpolitik« bei Kriegsbeginn vgl. *Stempin*, Das vergessene Generalgouvernement, S. 28–32.

332 Hans Delbrück an Bernhard von Bülow, 25.08.1914, in: BArch Koblenz, N 1016/70, Bl. 15; Bernhard von Bülow an Hans Delbrück, 31.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bülow, Bernhard von, Bl. 30–31. Für das Verhältnis Delbrücks zu Bülow nach dessen Kanzlerschaft vgl. *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020]. S. 162 f.

333 Hans Delbrück, Denkschrift. Ueber die Zukunft Polens, in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 19–43. Bülows Meinung zu dem elaborierten Entwurf ist nicht mehr feststellbar. Das

schwanken konnten. Dass ihm als bekanntem Gegner von Annexionen die »Loslösung Polens von Russland« ein zentrales Kriegsziel blieb, hat er immer wieder beteuert.[334] Die angestrebte Gestalt eines ›losgelösten‹ Polens blieb die eines formal unabhängigen Staatswesens unter einem deutschen Monarchen. Über das Ziel einer deutschen Grenzverschiebung von Posen und Schlesien aus nach Osten, wie es die Seeberg-Adresse im Juni 1915 forderte, entrüstete sich Delbrück als einem Spaltpilz des Misstrauens zwischen den Mittelmächten und einer Gefahr für die ›nationale‹ und ökonomische Ordnung des Reiches.[335]

Die Einlassungen Bethmann Hollwegs vor dem Reichstag, wonach das Reich den Polen die »Befreiung« von der drückenden russischen Herrschaft bringe, hat Delbrück schon von daher öffentlich begrüßt, als dass diese eine Sollbruchstelle im Bündnis der Triple Entente aufzutun schien, da England und besonders Frankreich als alte Schutzmacht Polens, schwerlich für die Wiedereroberung Warschaus durch Russland ins Feld ziehen könnten.[336] Hinter der Todesfahrt des britischen Kriegsministers Horatio Kitchener vermutete Delbrück im Sommer 1916 sogar eine konkrete diplomatische Mission, die Russland zum Kompromissfrieden unter Aufgabe Polens hätte bewegen sollen.[337]

nächste nachweisebare persönliche Zusammentreffen fand im Hause Harnack statt und datiert auf Ende Oktober 1914. Damals hat Bülow vor allem betont, wie dringend die enormen Kriegsopfer durch adäquate Gebietsgewinne kompensiert werden müssten, vgl. Maria Harnack an Johanna Thiersch, 28.10.1914, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 11 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/75, Bl. 89.

334 Hans Delbrück an Theobald von Bethmann Hollweg, 07.10.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Bethmann-Hollweg, Moritz August [sic!], B. 12–14. Zur Rolle Polens in der Delbrück-Dernburg-Adresse vgl. Delbrücks Gegenerklärung. Vorhaltungen der radikalnationalistischen Presse, Delbrück sei ein Zauderer, der den Krieg habe vermeiden wollen und erst mit der Zeit dazu gelangt sei, mit der Aussicht auf Kriegsgewinne im Osten nicht seinen originär eigenen Standpunkt zu vertreten, wurden später selbst ein Teil der Kriegszieldebatte. Dass eine neue Grenzziehung in Ostmitteleuropa und speziell ein unabhängiges Polen wesentlicher Teil seines Konzepts vom Gleichgewicht der Großmächte waren, hat Delbrück dabei besonders unterstrichen, vgl. Hans Delbrück: Eine Richtigstellung, in: PJ 164 (1916) 2, S. 376–377. Zu Delbrücks Eintreten für eine Loslösung Polens von Russland im Großen Hauptquartier vgl. auch Hans Delbrück an Hermann Oncken, 09.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 45–46.

335 Vgl. Delbrücks Notizen auf seinem Exemplar der »Seeberg-Adresse«, in: BArch Koblenz, N 1017/38; vgl. ferner Hans Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens, in: PJ 161 (1915) 3, S. 556–561, S. 558–560. Für die Zeit nach der Gründung des Regentschaftskönigreichs Polen vgl. Hans Delbrück: Die Aufgaben Deutschlands im Osten und Westen. Mitteleuropa. Staatssekretär v. Kühlmann, in: PJ 173 (1918) 1, S. 127–143; Hans Delbrück: Das selbstständige Polen, in: PJ 173 (1918) 3, S. 433–435. Beispielhaft für die staatspolitischen Folgen zahlenmäßig großer nationaler Minderheiten galten Delbrück die irischen Abgeordneten im britischen Parlament vgl. Hans Delbrück, Denkschrift. Ueber die Zukunft Polens, in: BArch Koblenz, N 1017/70, Bl. 19–43; Delbrück: Die erneute Kriegsziel-Erörterung [PJ 172/2].

336 Delbrück: Die Rede des Reichskanzlers und die Zukunft Polens [PJ 161/3].

337 Hans Delbrück an Ernst Buchfinck, 27.06.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Buchfinck, Bl. 8.

Mochte sich Delbrück auch durchaus weitreichender Übereinstimmung mit der zivilen Reichsleitung erfreuen, so konnte er mit seinen Forderungen zur ›Polenpolitik‹ in Kriegszeiten bei der OHL nie durchdringen. Erich von Falkenhayn ist diesen mit dem ironischen Bekenntnis seines Neides auf den Professor begegnet, »der es sich leisten kann, eines der brennendsten Probleme dieser Tage mehr vom akademischen Standpunkt zu betrachten.«[338] Erich Ludendorff hat zu Weihnachten 1915 als Stabschef Ober Ost Delbrücks Drängen auf die Neugründung eines formal unabhängigen polnischen Staates in Kongress-Polen zugestimmt. Doch während der Professor damit das polnische »Nationalgefühl« befriedigen wollte, um dem Reich die Polen als Bundesgenossen zu erhalten, begehrte der General damit ganz im Sinne des Ansiedlungskolonialismus »Zuchtstätten« für die Truppen künftiger Kriegszüge gen Osten.[339]

Ein Hemmnis aller Befreiungsrhetorik und jedes mit ihr verfochtenen politischen Ziels blieb die lange Geschichte antipolnischer Repressionspolitik in Preußen:

»seit 25 Jahren habe ich d. deutschen Volke gepredigt, daß seine Nationalitäten-Politik falsch, daß man nicht bei uns die Dänen und Polen unterdrücken dürfe, sondern dass es gerade d. Aufgabe Deutschlands sei, als Vorkämpfer u. Schützer der kleinen Nationalitäten zu gelten. Wie anders stünden wir heute bei den Neutralen da, wenn wir je diesen Grundsatz befolgt hätten.«[340]

Hatte Delbrück zunächst im Sinne des »Burgfriedens« die vollumfängliche ›Aufarbeitung‹ dieser Fehler auf die Zeit nach einem Ende des Krieges verschieben wollen[341], wurde das solcherweise genährte Misstrauen nach der Proklamation eines unabhängigen Königreichs Polen am 5. November 1916 zur Hürde für dessen Bestimmung, den Mittelmächten dringend benötigte Hilfstruppen für den fortdauernden Krieg zu verschaffen.[342] Dieses militärische Potential, das

338 Erich von Falkenhayn an Hans Delbrück, 01.09.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Falkenhayn, Erich von, Bl. 4.

339 Hans Delbrück an Erich Ludendorff, o. D. [24.12.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 23–24; Erich Ludendorff an Hans Delbrück, 29.12.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Ludendorff, Erich v. [sic!], Bl. 1–2.

340 Hans Delbrück an Karl Galster, 31.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 8

341 Ebd.

342 Hans Delbrück an [Kajetan von] Morawski, 18.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 17; Hans Delbrück an Clemens von Delbrück, 01.01.1917, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Bl. 3–611–613. Darüber wie schnell anfängliche ›Befreiungsstimmung‹ in Kongress-Polen unter der deutschen Besatzung und Kriegswirtschaft verflog war Delbrück umfassend unterrichtet, vgl. Vgl. Wilhelm Feldman, Denkschrift über die politischen Verhältnisse im Königreich Polen, 07.04.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/41; vgl. auch einen auf Veranlassung von Eugen Schiffer an den deutschen Polizeipräsidenten von Łódź gerichteten Bericht, der vermutlich vermittels Schiffers in Delbrücks Hände gelangte, Karl Eldstätter an Matthias von Oppen, 19.10.1915, in: BArch Koblenz, N 1017/41; vgl. auch ein anonymes ms. Manuskript über die Verwaltungsgliederung der polnischen Gebiete im Bereich OberOst, o. D. [jünger als April 1916].

Delbrück auf 600.000 Mann veranschlagte, erschien ihm als zwingender Grund, dass seiner Kritik endlich Gehör geschenkt würde, so schwer »die moralische Verwüstung, die unsere Ostmarkenpolitik angerichtet hat«, auch bereits dazumal auf dem Bündnis lasten musste.[343] Tatsächlich fand Delbrück auch hinter den Kulissen, in der Freikonservativen Partei und im preußischen Kultusministerium, Zustimmung darin, die »kränkendsten [sic!] Polengesetze« in Preußen sogleich aufzuheben.[344] Als erstes handfestes Entgegenkommen sollte das preußische Enteignungsgesetz beseitigt werden, wozu Delbrück die Unterstützung des freikonservativen Fraktionsvorsitzenden Oktavio von Zedlitz-Neukirch fand. Der hatte bislang eine Abschaffung des Enteignungsgesetzes für nach dem Krieg in Aussicht gestellt, ging jedoch seinerseits im Herbst 1916 dazu über, öffentlich eine »Neuorientierung« in der preußischen Polenpolitik zu vertreten.[345] Während konservative Blätter wie »Post« und »Kreuzzeitung« den schleppenden Vorgang der polnischen Rekrutierung auf unüberbrückbare, nationale Feindseligkeiten zurückführten, hielt Delbrück es mit seinem polnischen Gewährsmann Kajetan von Morawski, der das mangelnde Vertrauen dafür verantwortlich machte, dass die Werbearbeit nicht auf Anhieb die Erfolge zeitigte, die man sich in Berlin und Wien erhofft hatte.[346] Schuld daran hatten, so erklärte Delbrück den Lesern der »Jahrbücher«, nicht zuletzt Preußen und Deutschland selbst, durch das historische Unvermögen, »die Herzen der preußischen Polen zu gewinnen«.[347]

Im Sinne der ›Versöhnungspolitik‹ zur Überwindung dieser Missstände hat Delbrück auch im Ersten Weltkrieg mit polnischen Akteuren kooperiert. Im August 1915 brachte Friedrich Naumann ihn mit dem polnisch-jüdischen Publizis-

343 Hans Delbrück an Ernst Buchfinck, 05.11.1916, ms. Abschrift in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonpzete, Buchfinck, Bl. 9–10; Hans Delbrück an Max Lenz, 17.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 39–41.

344 Hans Delbrück an Max Lenz, 17.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 39–41.

345 Delbrück: Die Welt-Friedens-Liga, S. 515–521; Hans Delbrück an Stanisław von Turno, 13.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 11 f.; zu Zedlitz öffentlichen Einlassungen zum Thema vgl. *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 353–355. Zur Resonanz von Delbrücks Initiative in der polnischen Presse vgl. Eine polenfreundliche Stimme, in: Kraj, o. D. [November 1916], Nr. 167, deutsche Übertragung durch Kajetan von Morwaski, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 131.

346 Kajetan von Morawski. an Hans Delbrück, 04.01.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/41. Wilhelm Feldman wies zudem weitsichtig darauf hin, dass die geplante Vereidigung der aufzustellenden polnischen Truppen auf die deutschen und österreichischen Kaiser deren Zulauf hemmte, ebenso wie die geringschätzige Behandlung der »Polnischen Legion« Pilsduskis durch die deutschen Militärbehörden und die Tatsache, dass nach wie vor größere Zahlen ehemals in russischen Diensten stehender polnischer Offiziere und Soldaten in Kriegsgefangenenlagern interniert waren. Vgl. Wilhelm Feldman an Hans Delbrück, 30.01.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/41.

347 Delbrück: Das deutsche Friedensangebot [PJ 167/1], S. 166. Zu Delbrücks fortgesetzten Forderungen nach einer Aufhebung der antipolnischen preußischen Gesetze vgl. Hans Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, in: PJ 168 (1917) 3, S. 493–501, S. 501.

ten Wilhelm Feldman in Kontakt, der im Auftrag des Obersten Polnischen Nationalkomitees die Diskussionen in Deutschland im Sinne eines unabhängigen Polenstaates im Bündnis gegen Russland beeinflussen sollte. Feldmann schärfte Delbrück ein, dass die deutsche Besatzungsherrschaft in Kongress-Polen in breiten Kreisen antideutsche Reflexe weckte und suchte ihn für ein überparteiliches, politisches Komitee zu gewinnen, das frühzeitig und nachdrücklich in der Öffentlichkeit erklären sollte, dass die deutschen Schlachtensiege im Osten keine »Germanisation« des bislang dem Zarenreich zugehörigen, polnischen Gebietes bedeuten dürfe.[348] Angesehen und vernetzt war Delbrück aber nach wie vor in erster Linie unter dem polnischen Landadel Preußens und dessen parlamentarischen Vertretern. Seinen Einfluss in diesen Kreisen vermittels alter Bekannter wie Turno und Morawski versuchte er im Besonderen 1916 geltend zu machen. Damit die Errichtung des Regentschaftskönigreichs Polen tatsächlich mit einer Milderung der nationalen Gegensätze in Preußen einherginge, hoffte er auf eine unbedingte Loyalitätserklärung der polnischen Fraktion im preußischen Landtag.[349]

348 Wilhelm Feldman an Hans Delbrück, 26.06.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Feldman, Wilhelm, Bl. 2; Wilhelm Feldman an Hans Delbrück, 15.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Feldman, Wilhelm, Bl. 3; Friedrich Naumann an Hans Delbrück, 31.07.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Naumann, Friedrich, Bl. 23–24. Zur Person Feldman vgl. *Spät*, Die »polnische Frage«, S. 177 f.

349 Kajetan von Morawski an Hans Delbrück, 21.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Morawski, Kajetan, Bl. 1; Hans Delbrück an Stanisław von Turno, 13.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 11; Hans Delbrück an Morawski, 18.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 17. Gleichwohl wurde Delbrück weiterreichender Einfluss in polnischen Kreisen zugeschrieben, so wandte sich im Juli 1917 der Pressechef des Generalgouvernements Warschau, Karl Mohr, ehemals Redakteur der »Münchener Neuesten Nachrichten«, an Delbrück als es darum ging, auf das »Polnische Pressebüro« um Wilhelm Feldman in dem Sinne einzuwirken, »dass man endlich einmal jetzt, nachdem das Königreich Polen durch die Erklärung vom 5. November in so sichere Aussicht gestellt wurde, auch von polnischer Seite mit den Vorurteilen und gehässigen Bemerkungen über die Deutschen ein ende machen müsse.«, vgl. [Karl] Mohr an Hans Delbrück, 05.07.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/41; zur Mohrs Person vgl. *Stempin*, Das vergessene Generalgouvernement, S. 241; Friedrich von der Kopp wandte sich namens der Zeitschrift »Das neue Litauen« an Delbrück um Hilfe bei deren Verbreitung, die auf die Moderation konkurrierender Gebietsansprüche von Polen und Litauern abzielte, vgl. Friedrich von der Koop an Hans Delbrück, 22.10.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21. Adelige Grundbesitzer prägten auch die Deutsch-Polnische Gesellschaft, an deren Gründung als Vehikel deutsch-polnischer Verständigung im Herbst 1917 neben Wilhelm Feldmann auch Hans Delbrück beteiligt war, vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft am 4.11.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 131. Das Ersuchen Friedrich Thimmes, gemeinsam mit einem polnischen Herrenhausmitglied einen Beitrag für Thimmes nicht realisiertes Buchprojekt »Frieden auf deutscher Erde« beizusteuern, hat Delbrück dagegen abgelehnt. Thimmes Anspruch, die inneren Gegensätze des Kaiserreichs nicht bloß einzuhegen, sondern zu überwinden, erklärte er für unrealistisch, vgl. Friedrich Thimme an Hans Delbrück, 12.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Thimme, Friedrich, Bl. 8–9; Hans Delbrück an Friedrich Thimme, 26.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 34–35.

1916 gelangte Delbrück zu dem Schluss, die deutsch-polnische Bundesgenossenschaft nicht bloß auf ›realpolitischer‹ Einsicht aufbauen zu können. Um anlässlich der Gründung des Regentschaftskönigreichs das Misstrauen der Polen gegen das ungefragt über sie gestülpte Bündnis mit den Mittelmächten abzubauen,[350] hat Delbrück sich im »Tag« bemüht, in dieser Beziehung kontraproduktive »historischen Tendenzfabeln« vor größerem Publikum zu korrigieren.[351]

»Die öffentliche Meinung hat ehedem bei der Behandlung des Polenproblems bei uns häufig den Fehler gemacht, die Frage nur unter dem Gesichtspunkt der inneren Politik, der natürlichen Rivalität der beiden Nationalitäten zu betrachten, und darüber ganz zu vergessen, daß es sich natürlich [sic!] in erster Linie um ein Problem der auswärtigen Politik handelt«.[352]

Dieser Täuschung aufgesessen, hätten die Deutschen sich zu sehr auf die Gegensätzlichkeiten zwischen Deutschen und Polen kapriziert. Nahm man aber eine Globalperspektive ein, dann musste sich nach Delbrück auch die Interpretation der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte verändern. Schon der Gründungsheros der modernen deutschen Geschichtswissenschaft, Leopold von Ranke, hätte den symbiotischen Charakter des deutsch-polnischen Miteinanders östlich der Elbe den Geschichtsdeutungen von einer kriegerischen deutschen Landnahme dort vorgezogen. Selbst die traditionell nationalistisch-konfrontativ aufgeladene Erinnerung an die Schlacht von Tannenberg 1410 sei irrig. Vielmehr hätten damals die preußischen Stände diverser Nationalität einen historischen Imperativ vollstreckt, nachdem der Deutschtordensstaat untergehen musste, als seine geschichtliche Mission der Christianisierung erfüllt war, um der Zukunft des Hohenzollernstaates den Boden zu bereiten. Schließlich teilten beide Nationen dieselbe Niedergangserfahrung, wären doch das ›Alten Reich‹ ebenso wie die Rzeczpospolita letztlich an ihrer wahlmonarchischen Verfassung zugrunde gegangen.[353]

Der Artikel fand nicht nur wohlwollende Aufnahme durch Wilhelm II.[354], sondern gelangte auch zu weiterer Verbreitung in polnischen Kreisen. Zur entsprechenden Einflussnahme auf die polnische Presse hatte Delbrück den Ge-

350 Delbrück an Lenz, 17.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 39–41.

351 Hans Delbrück: Deutsche und Polen, in: Der Tag, 11.11.1916, Nr. 266; Hans Delbrück an Erhard Deutelmoser, 14.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 14 f. Deutelmoser als den Pressechef des Auswärtigen Amtes versuchte Delbrück für die weitere Verbreitung in der deutschen Presse einzuspannen, vgl. Ebd.

352 Hans Delbrück: Deutsche und Polen, in: Der Tag, 11.11.1916, Nr. 266.

353 Ebd. Auch das unveränderte Urteil über Bismarcks Stellung zur Polenpolitik durfte hier nicht fehlen.

354 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück. 15.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 9; BArch Koblenz, N 1017/76, S. 98. Das von Valentini mit Randbemerkungen Wilhelms II. zurückgesandte Zeitungsblatt lag Lina Delbrück in den 1930er Jahren noch vor, hat sich aber im Nachlass Delbrück nicht bis heute erhalten.

neralgouverneur von Warschau, Hans von Beseler angegangen und tatsächlich wurde der Artikel nicht nur in Georg Wagners »Posener Neuesten Nachrichten« wieder abgedruckt, sondern erschien auch in polnischer Übertragung in der nationaldemokratischen »Goniec Wieczorny«.[355]

Der weithin raumgreifenden Beschäftigung mit polnischer Kultur und deutscher »Polenromantik« in der deutschen Kriegspublizistik hat Delbrück ferner eine Sammlung lyrischer Zeugnisse deutscher Polenfreundschaft aus der Feder romantischer Dichter wie Franz Grillparzer, August von Platen und Ludwig Uhland zugesellt. Diese sind im Winter 1916 durch seine Nichte Agnes von Harnack zusammengetragen worden und erschienen mit einer Widmung Hans von Beselers und einem Vorwort Delbrücks, das weitgehend dem »Tag«-Artikel vom November entsprach. Delbrück und der Generalgouverneur, der auch redaktionelle Hilfestellung unter besonderer Berücksichtigung der politischen Resonanz geleistet hatte, zielten auch mit der Veröffentlichung der gesammelten »Deutschen Polenlieder« darauf ab, Vertrauen auf- und Misstrauen abzubauen, um letztlich die Rekrutierung polnischer Truppen für die Sache der Mittelmächte wirksam zu befördern.[356]

Trotz seines geringen Nutzens für die militärische Stärke der Mittelmächte hielt Delbrück an seinem günstigen Urteil über die Proklamation des Regentschaftskönigreichs statt einer vierten polnischen Teilung zwischen Berlin und

355 Hans Delbrück an Hans von Beseler, 11.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 11f; vgl. auch Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 11.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 11 f.; Hans Delbrück: Deutsche und Polen, in: Posener Neueste Nachrichten, 16.11.1916, Nr .5323; »Niemcy i Polacy«, in: Goniec Wieczorny, 16.11.1916; für die politische Verortung von »Goniec Wieczorny« vgl. *Kaminski*, Polish Publicists and Prussian Politics (1890–1894), S. 35–37.

356 *Delbrück*, Deutsche Polenlieder; Hans Delbrück an Hans von Beseler, 01.12.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 21 f.; Hans von Beseler an Hans Delbrück, 07.12.1916, ms. Wiedergabe in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 99 f.; Hans Delbrück an Erich Ludendorff, 23.12.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 27 f.; Hans Delbrück an August von Trott zu Solz, 23.12.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 37, Bl. 28. Für die Relevanz polnischer Kultur und Literatur für die deutsche Kriegspublizistik vgl. *Spät*, Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Kaiserreich; vgl. ferner Ebd., S, 264. Zum Versuch, Delbrück im Sinne deutsch-polnischer Kulturvermittlung zur Mitarbeit an der Schriftenreihe »Polnische Bibliothek« des Münchner Georg Müller Verlags zu gewinnen vgl. Władysław von Koscielski und Alexander von Guttry an Hans Delbrück, 12.02.1916, in: BArch Koblenz, N 1017/41. Für eine deutsch-polnische Verständigung durch liberale Schulpolitik als »Schlüssel zum Herzen eines Volkes« argumentierte in den »Jahrbüchern« noch kurz vor Kriegsende auch Lutz Korodi, der Direktor des Deutsch-Evangelischen Landesschulverbandes im Regentschaftskönigreich, vgl. Lutz Korodi an Hans Delbrück, 08.06.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 54; Lutz Korodi an Hans Delbrück, 21.08.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 57–58; Lutz Korodi an Hans Delbrück, 25.08.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Korodi, Lutz, Bl. 59; Lutz Korodi: Das deutsch-polnische Problem, in: PJ 173 (1918) 2, S. 386–390. Zu Korodis Wirken in Polen vgl. auch *Stempin*, Das vergessene Generalgouvernement, S. 389–392.

Wien fest. Auch nachdem Revolution und Bürgerkrieg in Russland die politische Ordnung Osteuropas auf eine neue Grundlage stellten und der ›natürlichen‹ deutsch-polnischen Bundesgenossenschaft solcherweise der gemeinsame Feind abhandengekommen schien, setzte Delbrück auf eine Überwindung der Geburtswehen des Regentschaftskönigreichs durch verbesserte deutsch-österreichische Kooperation und auf diejenigen Polen, die wiederum in der Kooperation mit den beiden Kaiserreichen die besten Aussichten für ihre Nation erblickten.[357]

Noch im Juni 1914, keine zwei Wochen vor den Schüssen von Sarajevo, hat Delbrück die preußische Nationalitätenpolitik in Nordschleswig gegenüber Eduard von Liebert als diplomatisches Fiasko gegeißelt, das den Deutschen das ›natürliche‹ Bündnis mit den skandinavischen Staaten verwehre.[358] Doch dem Drängen Paul Martin Rades und Johannes Schmidts, das Banner der Inklusionspolitik für die »Nordmark« auch im Krieg hochzuhalten, hat Delbrück sich weitgehend entzogen. Rades vagem Vorhaben, zum Zweck der allgemeinen Hebung der deutsch-dänischen Beziehungen in semioffizieller Position nach Kopenhagen zu gehen, hat er 1914 widerraten.[359] Eine Denkschrift Johannes Schmidts, der unter den Kriegsumständen einen neuen Anlauf zu einer inklusiven preußischen Nationalitätenpolitik in Nordschleswig mit einer weitergespannten deutschen Kulturdiplomatie in Skandinavien verbinden wollte, fand zwar Delbrücks Unterstützung. Doch dass er in deren Sinne auf die Provinzverwaltung von Schleswig-Holstein oder das Staatsministerium in Berlin einzuwirken gesucht hätte, lässt sich nicht erweisen.[360]

Zwar zeichnete der schleswigsche Schriftsteller Erich Schlaikjer im Septemberheft der »Jahrbücher« 1916 den Krieg als Vehikel der inneren Integration, indem er unter Hinzuziehung einer ganzen Reihe nordschleswigscher Feldpostbriefe die duldsame Pflichterfüllung der dänischen Soldaten im deutschen Heer pries. Eine Hingabe, die nicht zuletzt die preußischen Militärbehörden dadurch inspiriert hätten, dass sie den Gebrauch der dänischen Sprache im Felddienst ausdrücklich erlaubten.[361] Doch längst war Delbrück damals zu der Überzeugung gelangt, dass die außenpolitischen Folgewirkungen von jahrzehntelanger repressiver Nationalitätenpolitik die diplomatischen Optionen des Reiches nach-

357 Delbrück: Unser zukünftiges Verhältnis zu Rußland und Polen, S. 497–501.

358 Hans Delbrück an Eduard von Liebert, 08.06.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 31, Bl. 33.

359 *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 68.

360 Johannes Schmidt: Denkschrift, Typoskript, o. D., in: BArch Koblenz, N 1017/37; Johannes Schmidt an Hans Delbrück, 12.12.1914, in: BArch Koblenz, N 1017/37; Hans Delbrück an Johannes Schmidt, 17.12.1914, in: Fasz. 157, Nr. 33, Bl. 8. Zum Wirken Johannes Schmidts während des Ersten Weltkrieges vgl. auch *Leppien*, Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen, S. 67 f.

361 Erich Schlaikjer: Die dänischen Nordschleswiger im Schützengraben, in: PJ 161 (1915) 3, S. 423–434.

haltig ungünstig beeinflussen mussten.[362] Die Schuld für diese Misere sollte in konsequenter Fortsetzung der nationalitätenpolitischen Vorkriegslinie der »Jahrbücher« auch nach der deutschen Niederlage weniger der Kultusbürokratie und den Oberpräsidenten Schleswig-Holsteins, als vielmehr den chauvinistischen und ultraexpansiven politischen Zirkeln als den Protagonisten des Siegfriedenspopulismus gegeben werden.[363] Für die Ordnung der neuen Republik und deren Zukunft hat Delbrück der schleswigschen Nationalitätenpolitik allem Anschein nach keine besondere Relevanz beigemessen.[364]

Während in der Redaktion der »Jahrbücher« die Überzeugung vorherrschte, dass selbst in Paris die tiefgreifende Integration des Reichslandes Elsaß-Lothringen in den deutschen Staat für so sicher galt, dass dort wenig Neigung bestünde, die Eroberung einer entsprechend widerspenstigen Provinz ins Auge zu fassen[365], griff das Misstrauen der deutschen Militärbehörden im Reichsland gegenüber der vermeintlich unzuverlässigen, womöglich gar aktiv den Franzosen zuarbeitenden regionalen Bevölkerung schonungslos Raum. Der mit Kriegsausbruch im ganzen Reich verhängte Belagerungszustand wurde in Elsaß-Lothringen besonders energisch umgesetzt.[366] Auch ein geplanter Arti-

362 Hans Delbrück an Karl Galster, 31.03.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 36, Bl. 8 f.

363 Hans Delbrück: Die Tirpitz-Erinnerungen, in: PJ 178 (1919) 2, S. 309–325, S. 324; Friedrich Wilhelm Foerster: Zur Frage der deutschen Schuld am Weltkrieg, in: PJ 178 (1919) 1, S. 117–134, S. 123.

364 Auf eine Initiative Aage Friies, der auf dänischer Seite durch die Vorbereitung historischer Publikationen zum Krieg von 1864 und dem Frieden von Prag für verständisvolle deutsch-dänische Beziehungen und eine gerechte Lösung der neu entbrannten Grenzfragen wirken wollte, ist Delbrück nicht eingegangen, vgl. Age Friis an Hans Delbrück, 02.12.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Friis, Aage, Bl. 12. Johannes Tiedje verfasste unter Pseudonym den letzten Beitrag zur Nordschleswig-Problematik in den »Jahrbüchern« unter Delbrücks Herausgeberschaft. Als Sachverständiger für die Grenzfrage gehörte Tiedje der deutschen Friedensdelegation in Versailles an und warb für lokal organisierte Verständigungsinitiativen und paritätisch besetzte Vertrauensmännerkollegien zur Durchsetzung der von ihm entlang der Daten der letzten Volkszählung von 1905 gezogenen »Tiedje-Linie« um eine Volksabstimmung unter Kontrolle der Entente-Mächte zu verhindern, vgl. Victor Fabricius [Johannes Tiedje]: Das freie Selbstbestimmungsrecht der Nordmark, in: PJ 175 (1919) 2, S. 236–245. Zur Identifikation Tiedjes als Autor vgl. SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 30, Mappe V, Bl. 599 und Johannes Tiedje an Hans Delbrück, 23.03.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Tiedje, Johannes, Bl. 19–20. Zur Volksabstimmung in Schleswig und der Tiedje-Linie vgl. *Schlürmann*, 1920 Eine Grenze für den Frieden, S. 145–165.

365 Emil Daniels: Serbiens Untergang und der Anschluß Italiens an den Vertrag von London. Elsaß Lothringen und die Franzosen. Amerika und die Engländer, in: PJ 163 (1916) 1, S. 174–190, S. 181–187. Tatsächlich war die franz. Regierung 1912 auf vage Andeutungen von deutscher Seite, über den Status Elsaß-Lothringens zu einer Annäherung zu gelangen, nicht eingegangen, um die für wichtiger erachteten Bündnisse mit Russland und Großbritannien nicht zu gefährden sowie eine nachdrückliche Anerkennung der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reich zu vermeiden, vgl. *Schmidt*, Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise, S. 285–287.

366 *Prott*, »Ruhe an der Grenze!«, S. 98–100.

kel Wilhelm Kapps über »die Frage des inneren Verhältnisses Frankreichs zu Elsaß-Lothringen« fiel 1916 der Zensur zum Opfer.[367] In einer Atmosphäre des Generalverdachts und der Denunziation gedieh die vom kaiserlichen Statthalter Dallwitz gewünschte patriotische Stimmung durchaus nicht.[368] In den »Jahrbüchern« wurde die verfassungspolitische Ordnung des Reichslandes nur noch am Rande berührt.[369] Doch hinter den Kulissen sahen die preußischen Konservativen Gelegenheit, die ungeliebte Verfassung zu beseitigen. Ein Effekt, den letztlich auch all die in Aussicht stellten, die denjenigen alten Plänen neues Leben einzuhauchen suchten, die darauf abzielten, das 1871 geschaffene Gebilde Elsaß-Lothringen unter einer Auswahl mehr oder weniger benachbarter Bundesstaaten aufzuteilen.[370] Auf diese Weise wurde das Reichsland zum Faktor der deutschen Kriegspolitik. Als sich Hans Delbrück im Herbst 1917 vergeblich bemühte, über Rudolf von Valentini Einfluss auf die Nachfolge des ungeliebten Georg Michaelis als Reichskanzler zu nehmen, riet er auch wegen Hertlings Positionierung in Sachen Elsaß-Lothringen von einer Berufung des bayerischen Ministerpräsidenten ab. Weil dieser dem Reichsland bekanntermaßen keine Autonomie hatte gewähren, sondern lieber großzügig Teilgebiete Bayern zuschlagen wollen, galt er Delbrück als außenpolitische Belastung.[371]

Dieser außenpolitische Blickwinkel, Delbrücks Ziel eines Verständigungsfriedens ohne territoriale Verschiebungen im Westen, war in Sieg und Niederlage auch mit Blick auf Elsaß-Lothringen klar beherrschend. Bereits im Februarheft 1918 hat Delbrück auf Präsident Wilsons 14 Punkte retourniert, indem er daran erinnerte, wie der Staatswissenschaftler Wilson einst durchaus wohlmeinend über die deutsche Kriegspartei im Krieg von 1870/71 geurteilt hatte.[372] Mit Nachdruck wurde in den »Jahrbüchern« von ihm die Überzeugung von dem deutschen Wesen des Elsaß und Lothringens vertreten und trotz dieser Gewissheit doch jeder Gedanke an eine regionale Entscheidungsfindung über die Zugehörigkeit des Landes als unzulässigen Angriff auf die Integrität des deutschen Nationalstaats verworfen.[373] Das historische Versäumnis, Elsaß-Lothringen nicht viel früher als Bundesstaat konstituiert zu haben, sollte Delbrück nach

367 Wilhelm Kapp an Hans Delbrück, 12.02.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kapp, W., Bl. 13–15; Hans Delbrück an Wilhelm Kapp, 14.02.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 35, Bl. 35 f.

368 Ebd., S. 88 f.

369 Rudolf Bovensiepen: Abhängige Länder. Von Dr. Robert Redslob, in: PJ 158 (1914) 1, S. 142–148.

370 *Preibusch*, Verfassungsentwicklung, S. 521–545.

371 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 31.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 90–91.

372 Hans Delbrück: Die Friedensverhandlungen in Brest-Litwosk, in: PJ 171 (1918) 2, S. 290–295, S. 293.

373 Ebd.; Alfred Weber: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede. Nach einem Vortrag am 15. Okt. 1917 in der »Deutschen Gesellschaft 1914«, in: PJ 171 (1918) 1, S. 60–71, S. 63; Emil Daniels: Kriegsliteratur, in: PJ 172 (1918) 3, S. 52–75, S. 57–60; Friedrich Luckwaldt: Aloys Schulte, Frankreich und das linke Rheinufer, in: PJ 173 (1918) 1, S. 105–109.

dem Waffenstillstand von Compiègne unter die Kardinalfehler des Kaiserreichs auf dem Weg hin zu Niederlage und Umsturz zählen.[374] So lange man sich zwischen Waffenstillstand und Friedensvertrag in der Redaktion der »Jahrbücher« noch der vagen Hoffnung auf einen Frieden nach dem ursprünglichen Programm Wilsons hingeben konnte, ist dort wohl nicht zuletzt aus Berechnung auf die Rezeption der »Blauen Hefte« in den USA optimistisch daran festgehalten worden, nun doch eine Volksabstimmung zu erheischen.[375]

Die »Frauenfrage« schließlich ist als Thema der »Preußischen Jahrbücher« während des Ersten Weltkriegs wieder deutlich hinter das Ausmaß der letzten Vorkriegsjahre zurückgefallen. Auch thematisch wurde sie in den Kriegsausgaben der »Blauen Hefte« verengt wie seit 1908 nicht mehr.[376] Anders als das Problemspektrum der nationalen Minderheiten wurde sie weiterhin als ein innenpolitisches Problem ohne unmittelbaren Bezug zu Delbrücks politischem Paradigma vom Verständigungsfrieden verhandelt. Tatsächlich hat er den verschiedenen Friedensinitiativen von Frauenorganisationen unterschiedlicher Provenienz keinerlei Beachtung geschenkt.[377] Mit wohlwollenden Besprechungen wurde dagegen der »vaterländische Einsatz« des Bundes Deutscher Frauenvereine begleitet.[378]

Über einzelne Differenzen mit der Redaktion und Delbrücks nachlassendem Interesse im Allgemeinen hinweg, hat dabei weiterhin Bernarda von Nell die frauenpolitische Linie der »Jahrbücher« maßgeblich geprägt.[379] Verhandelt

374 Hans Delbrück: Die deutsche Kriegserklärung und der Einmarsch in Belgien, in: PJ 175 (1919) 2, S. 271–280, S. 278.

375 Ebd., S. 118.

376 Nur am Rande ist die antifeministische Agitation gegen den sog. Oktober-Erlass von 1915 punktuell aufgeschienen, der das Studium für Oberlyzealabgängerinnen freigab, vgl. Lohmann: Die Gefahren eines weiblichen Gelehrtenproletariats, in: PJ 174 (1918) 1, S. 73–79, S. 73; zum Oktober-Erlass vgl. *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, S. 196–199.

377 Zum sozialistischen Frauenfriedenskongress 1915 in Den Haag vgl. *Lemke*, Der Frauenfriedenskongress 1915; zum internationalen Friedenskongress bürgerlicher Frauen vgl. *Greven-Aschoff*, Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, S. 155. Überhaupt wurde das Verhältnis der Geschlechter in den »Preußischen Jahrbüchern« während der Kriegsmonate nur in einem anders gelagerten Fall Thema und zwar dem Appel eines Richters zur Reform des Scheidungswesens und der Entwicklung einer wissenschaftliche »Ehekunde«, vgl. Richard May: Ehescheidungspsychologie und Ehekunde, in: PJ 173 (1918) 3, S. 319–344.

378 Adolf Matthaei: Besprechung vom Kriegsbuch des Bundes deutscher Frauenvereine 1915, in: PJ 161 (1915) 2, S. 346–347; Ludwig Fränkel: Luise Otto-Peters und die deutsche Frauenbewegung, in: PJ 162 (1915) 3, S. 523–537; Arnold Sachse: Besprechung von Marie Cauer, Frauendienstpflicht, in: PJ 170 (1917) 2, S. 272–274.

379 Bernarda von Nell an Emil Daniels, 22.07.[1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 19–23; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 10.04.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 33–34; Bernarda von Nell: Weibliche Mitarbeit nach dem Krieg, in: PJ 162 (1915) 2, S. 334–340; Bernarda von Nell: Wünsche und Bedenken zum Frauenlehrgang, in: PJ 166 (1916) 3, S. 482–488; Bernarda von Nell: Frauenlehrgang. Nachtrag, in: PJ 167 (1917) 1, S. 116–118.

wurden nun vor allem neue Aufgaben, welche Frauen von Männern übernahmen, die durch Heeresdienst abwesend waren, wie von Nells eigenem Ehemann, der bei den deutschen Besatzungstruppen in Luxemburg diente.[380] Für diesen Beitrag zu den Kriegsanstrengungen forderte sie die Anerkennung ein, welche den deutschen Frauen ausgerechnet aus dem Ausland zuteilwürde, während in Deutschland hingegen der Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation Zweifel an ihrem Patriotismus säe und die aufopferungsvoll mittuenden deutschen Frauen zum Teil einer »internationalen Frauenpartei« erklärte, welche die »Not des Vaterlandes« ausnutze.[381] Ohne von ihrer eigenen Gegnerschaft gegen das Frauenstimmrecht abzuweichen, verfocht Bernarda von Nell das Ziel der bürgerlichen Frauenbewegung, sich analog zu anderen marginalisierten Gruppen in ganz Europa durch bereitwillige Teilhabe an den Kriegsanstrengungen jene Anerkennung zu »verdienen«, die nach einem zukünftigen Frieden in gesicherte, politische Teilhabe gewechselt werden sollte.[382] Dieser Sinngebung des Krieges als Gebot zur nationalen Integration Auftrieb zu verschaffen scheute sich Bernarda von Nell auch nicht, den antifeministischen Vorwurf von der weiblichen Ausnutzung der Kriegsnot umzukehren, indem sie darauf verwies, dass die Mörder von Sarajevo, die Diplomaten der Julikrise und die militärischen Verantwortlichen für die unritterliche Brutalität des Grabenkrieges sämtlich Männer waren.[383]

Über das Programm einer konservativen und ostentativ patriotischen, gleichwohl offensiv vertretenen Frauenemanzipation durch die Kodifizierung speziell weiblicher Gutachtertätigkeit innerhalb regierungsbürokratischer Entscheidungsprozesse hat die Trierer Gutsherrin 1916 in den »Jahrbüchern« mit dem Kieler Gymnasialprofessor Ludwig Langmann gestritten. Der Vorsitzende des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation unternahm den rhetorischen Spagat, Nell einerseits als eine einsichtsfähige Geistesverwandte anzureden und andererseits ihre Forderungen als Wasser auf die Mühlen der unbeschränkten Frauenstimmrechtsaktivistinnen zu deklarieren, welche wiederum als nützliche Erfüllungsgehilfinnen staatenerschütternder Sozialdemokraten figurierten.[384]

380 vgl. Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 14.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 12; Bernarda von Nell an Emil Daniels, 14.10.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 13; von Nell: Weibliche Mitarbeit nach dem Krieg [PJ 162/2], S. 339.

381 von Nell: Weibliche Mitarbeit nach dem Krieg [PJ 162/2], S. 336. Für die antiemanzipatorischen Semantiken unter den Bedingungen des Ersten Weltkriegs vgl. *Planert*, Antifeminismus im Kaiserreich, insbesondere S. 178 f.

382 Vgl. ohne Bezugnahme auf die Frauenbewegung *Leonhard*, Die Büchse der Pandora, S. 221–236. Für die Frauenbewegung in dieser Loyalitätenkonkurrenz vgl. *Wilmers*, Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung, S. 7–9; *Hering*, Die Kriegsgewinnerlinnen, S. 2–4.

383 von Nell: Weibliche Mitarbeit nach dem Krieg [PJ 162/2], S. 336–338.

384 Ludwig Langemann: »Abwehr« oder »positive Anregung?«. Erwiderung auf den Aufsatz »Weibliche Mitarbeit nach dem Kriege« in der Novembernummer 1915, in: PJ 163 (1916) 2, S. 326–328; Bernarda von Nell: Antwort, in: PJ 163 (1916) 2, S. 329–331.

Im Gegenzug wusste sich von Nell weiter in Übereinstimmung mit dem BDF unter Leitung Getrud Bäumers und bekam zudem aus Parlamentskreisen signalisiert, dass ihre unter dem Schlagwort von den »weiblichen Gutachten« zusammengefassten Ideen zur Konfiguration politischer Teilhabe von Frauen nach dem Krieg Umsetzung finden sollten.[385] Bernarda von Nell hat diese Signale als verbindliche Ankündigungen begriffen.[386] Dennoch hat sie es für nötig erachtet, weiterhin für ein derartig institutionalisiertes weibliches Mitbestimmungsrecht offensiv zu argumentieren. Neben die geschlechtliche »Wesensbestimmtheit« trat dabei unter den Kriegsumständen auch noch die persönliche Erfahrung speziell von Müttern als Kompetenzausweis.[387]

In der Folge ist dann in den »Jahrbüchern« auch ganz vornehmlich die fernere Zukunft nach einen Kriegsende Gegenstand der frauenpolitischen Debatte gewesen, für welche das Paradigma von den geschlechtlich geschiedenen Lebenssphären maßgeblich blieb. Als in der Debatte um das Hilfsdienstgesetz im Winter 1916 auch die seit etwa 1910 kursierenden Ideen einer weiblichen Dienstverpflichtung analog zum männlichen Wehrdienst wieder in den Blick rückten, erkannten Vertreterinnen einer konservativen Frauenemanzipation wie Nell und Gnauck-Kühne die Chance, nach Friedensschluss die kriegsbedingte Entwicklung hin zu verstärkter weiblicher Erwerbsarbeit in Industrie und Bürokratie ein Stück weit zurückzudrehen. Denn auch unter den Kriegsumständen hielten sie an der Zielvorstellung fest, Frauen vor allem zur beruflichen Tätigkeit in solchen, ihrer ›natürlichen‹ Wesensbestimmung naheliegenden Felder wie dem Gesundheitswesen, der (Mädchen)schule und der kommunalen Fürsorge auszubilden und auch in leitender Position einzusetzen.[388] Auch die Artikulation von Sorgen ob der Gefahren, welche der kasernierte Charakter einer Dienstpflicht für die Sittlichkeit der ihr Unterworfenen darstellte, wurzelte in der Vorstellung von naturnotwendigen Geschlechtergrenzen. Dessenthalben forderten Nell und Krukenberg-Conze in den »Jahrbüchern« unisono ein Vetorecht für weibliche Repräsentantinnen bei der Ausgestaltung des »Vaterländischen Hilfs-

385 Bernarda von Nell an Emil Daniels, 13.01.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 14–15; Bernarda von Nell an Emil Daniels, 22.07.[1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 19–23.

386 Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 28.04.[1917], in: BArch Koblenz, N 1017/21.

387 von Nell: Wünsche und Bedenken zum Frauenlehrgang [PJ 166/3], S. 487 f.; von Nell: Frauenlehrgang [PJ 167/1], S. 116–118; Elsbeth Krukenberg-Conze: Frauenmitarbeit nach dem Krieg, in: PJ 169 (1917) 2, S. 268–270.

388 von Nell: Wünsche und Bedenken zum Frauenlehrgang [PJ 166/3]; von Nell: Frauenlehrgang [PJ 167/1]; Elisabeth Gnauck-Kühne: Wünsche und Bedenken zum Frauenlehrgang, in: PJ 167 (1917) 1, S. 118; Krukenberg-Conze: Frauenmitarbeit nach dem Krieg [PJ 169/2]. Als fachliche Referenz berief sich von Nell auf den Trierer Mädchenschuldirektor Kösters vgl. auch Bernarda von Nell an Emil Daniels, 06.11.[1916], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 27–28; Bernarda von Nell an Hans Delbrück, 07.11.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Nell, Bernarda von, Mappe III, Bl. 29–30.

dienstes«.[389] Niederlage und Revolution sollten 1918/19 diese über Jahre in den »Blauen Heften« propagierten ›Alternativen‹ zum Frauenwahlrecht auf einen Schlag obsolet machen. Dass dieses durch die Dynamik der Umbruchssituation alternativlos geworden war, sollte Delbrück von vornherein anerkennen[390], doch wie schon einst in der Debatte um das Frauenstudium auf Einhegung der dräuenden Veränderungen setzen, wenn er mit Blick auf diejenige ›schweigende Mehrheit‹ der Frauen, die er nach wie vor als der organsierten Frauenbewegung und der Parteipolitik fernstehend wähnte, die Mahnung aussprach:

»auch diejenigen Frauen erwerben sich ein Verdienst um das Vaterland, und oft ein nicht geringeres die jetzt den Stimmzettel des Mannes ihres Vertrauens durch den eigenen in aller Stille verdoppeln«.[391]

Im Ersten Weltkrieg erfüllten die alten schwarzen und roten »Reichsfeinde« Delbrücks Erwartung an die Erziehung zur »positiven« Mitarbeit an den Staatsnotwendigkeiten durch Zuckerbrot und Peitsche. Doch während der politische Katholizismus kaum noch seine besondere Aufmerksamkeit erfuhr, nahm Delbrück fortdauernde Kooperationsbereitschaft der deutschen Sozialdemokratie nicht für eine voraussetzungslose Selbstverständlichkeit, sondern betrachtete diese als eine elementare Vorausbedingung erfolgreicher Kriegführung, die durch die Gegenleistung politischer Teilhabe für deren Trägerschichten gesichert werden musste. Daher trat die klassische Sozialpolitik im Sinne der Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen gänzlich in den Hintergrund gegenüber Delbrücks Kampf für eine Wahlreform in Preußen. Dieses Bemühen sah freilich stets gewisse ›Absicherungen‹ zur Wahrung der Macht der traditionellen Eliten vor und war insofern selbst ein solches, als dass es auf eine proaktive Reformpolitik abzielte, um der Regierung die innenpolitische Initiative zu bewahren. Je tiefer diese jedoch das Reich in eine Sackgasse diplomatischer Isolation und militärischer Aussichtslosigkeit manövrierte, desto konzessionsbereiter wurden nicht nur Delbrück persönlich, sondern ganz allgemein die liberalkonservativen Kreise, deren Sprachrohr er war. Die Nationalitätenpolitik hat Delbrück während des Weltkriegs als Hypothek der Vergangenheit aufgefasst, die nach all seinem vergeblichen Warnen nun den diplomatischen Handlungsspielraum verengte, indem sie das kulturelle Prestige des Reiches als Ressource seiner Außenbeziehungen, gerade auch unter den neutralen Staaten, vermindert hatte sowie entsprechend belastete Politiker als Verhandlungspartner auf Augenhöhe mit den Kriegsgegnern disqualifizierte. Insofern nahm er während der Kriegsjahre bereits mit erkennbarer Resignation vorweg, was nach der Niederlage seine Diagnose von deren Ursachen mitprägen sollte, dass nämlich die zunehmend nationalistisch aufgeladene deutsche Innenpolitik die Ententepropaganda vom

389 von Nell: Wünsche und Bedenken zum Frauenlehrgang [PJ 166/3], S. 486–488; Krukenberg-Conze: Frauenmitarbeit nach dem Krieg [PJ 169/2].

390 Hans Delbrück: Das Frauenwahlrecht, in: PJ 175 (1919) 1, S. 136–140.

391 Delbrück: Das Frauenwahlrecht [PJ 175/1], S. 140.

Krieg gegen Militarismus und Tyrannei begünstigt hatte, ohne dass ein einziger Reichskanzler seit Caprivi ernstlich versucht hätte, diesen Kurs zu korrigieren.[392] Was die Nationalitätenkonflikte im Reich angeht, hat Delbrück nur in der »polnischen Frage« während des Krieges eine rege Betriebsamkeit entfaltet, denn sie überschnitt sich mit der Kriegszielpolitik. Mit alten und neuen Kontrahenten auf diesen beiden Feldern teilte er das Ziel einer Eindämmung des Zarenreichs durch eine territoriale Neuordnung Osteuropas. Doch gebot ihm das Paradigma vom Gleichgewicht der Mächte ebenso wie die Sorge um die nationale Integrität des Kaiserreichs, gegen großräumige Annexionen und eine Ausweitung der Germanisierungspolitik anzutreten. Stattdessen engagierte er sich intensiv für ein formal unabhängiges polnisches Staatswesen im Bündnis mit den Mittelmächten und ohne Gebietsansprüche gegenüber Preußen, was einen Abbau der antipolnischen Repressionsinstrumente ebendort als ›Geschäftsgrundlage‹ voraussetzte. Während dieser auf sich warten ließ, suchte Delbrück durch geschichtskulturelle Versöhnungsinitiativen dem deutsch-polnischen Bündnis den Boden zu bereiten. Zu keiner Zeit stellte Delbrück die Frauenemanzipation in einen Zusammenhang mit Kriegszielen oder diplomatischen Verständigungsmöglichkeiten und gab ihr doch nicht wenig Raum in den »Blauen Heften« der Kriegsjahre. Unter dem maßgeblichen Einfluss Bernarda von Nells war die frauenpolitische Linie der »Jahrbücher« auch hinsichtlich der Folgen des Krieges für die Geschlechterverhältnisse dem Ziel einer konservativen Emanzipation unter Aufrechterhaltung geschlechtlich definierter Lebenssphären verpflichtet. Unverkennbar vom viel bemühten »Geist von 1914« und dem akademisch-urbanen »Augusterlebnis« geprägt, hat Hans Delbrück die innere Einheit des Reiches konsequent propagiert, ohne den Krieg als Vollender innerer Integration zu feiern. Dass mit zunehmender Kriegsdauer die vorübergehend durch die gemeinsame Identifikation mit dem »Verteidigungskrieg« überbrückten Gegensätze wieder aufbrachen respektive ihr Fortwirken sich schlicht nicht länger leugnen ließ, kam er auch nicht umhin zur Kenntnis zu nehmen.[393] Wenn er 1919 in den Auseinandersetzungen über die Ursachen der Niederlage die Medienpolitik der OHL dahingehend kritisieren sollte, dass mit Sozialdemokraten und Katholiken große Bevölkerungsanteile ohnehin für gouvernementale Meinungslenkung un-

392 Zum Komplex der Nationalitätenpolitik in Delbrücks Abrechnung mit den alten Eliten 1918/19 vgl. Hans Delbrück: Der militärische Umschlag. Prinz Max Reichskanzler. Die Verfassungskrise. Die Verantwortung für den Krieg mit Amerika. Diplomatische Aussichten. General Ludendorff, in: PJ 174 (1918) 2, S. 281–298; Delbrück: Die Folgen der Revolution [PJ 175/1]; Hans Delbrück: Der zu erwartende Frieden, in: PJ 175 (1919) 1, S. 146–150; Hans Delbrück: Die Friedensbedingungen [II], in: PJ 176 (1919) 2, S. 472–478; Hans Delbrück: Ludendorff, in: PJ 178 (1919) 1, S. 83–101; Hans Delbrück: Auswärtiges, in: PJ 178 (1919) 3, S. 550–552.

393 Vgl. etwa den Stimmungsbericht der jüdischen Frankfurter Sozialpolitikerin und Mäzenin Anna Edinger vom Herbst 1917, wonach unter der süddeutschen Landbevölkerung »die Preußen verhasster seien als die Franzosen«, Anna Edinger an Hans Delbrück, 06.11.1917, in: BArch Koblenz, N 1017/21.

erreichbar gewesen seien, so war dies trotz unterschiedlicher semantischer Akzentsetzung keine nachträgliche Erkenntnis.[394]

4. Niederlage und Umbruch

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs war lange in der Schwebe. Weil früh ein strategisches Patt erreicht war, das bis zum Kriegseintritt der USA 1917 anhielt, wurde er von allen Seiten immer intensiver geführt, um einen Kipppunkt zu umschiffen, an dem ein Kriegsende als eigene Niederlage gegolten hätte. Diese Totalisierung des Krieges hat auf die europäischen Kriegsgesellschaften und ihre politischen Ordnungssysteme in enormer Weise zurückgewirkt. Parallel zur außerordentlichen politischen Machtkonstellation bei der Obersten Heeresleitung entwickelte sich im Deutschen Reich ausgehend vom parlamentarischen Budgetrecht ein signifikanter Machtzuwachs des Reichstags. Ab 1915 im Haushaltsausschuss, später im Hauptausschuss und schließlich 1917 im Interfraktionellen Ausschuss kooperierten die liberalen Parteien mit Zentrum und Mehrheitssozialdemokraten und entwickelten eine eigenständige parlamentarische Erwartungshaltung und Initiativbereitschaft sowohl in Hinblick auf eine Beendigung des Krieges als auch hinsichtlich innenpolitischer Reformen. Zu weitreichender außenpolitischer Konzessionsbereitschaft und der Realisierung innenpolitischer Reformen kam es indes erst nach dem Eingeständnis der OHL im September 1918, den Krieg nicht mehr gewinnen und auch nicht mehr weiterführen zu können.[395] Hans Delbrück hat frühzeitig das systemtransformierende Potential der Kriegsumstände erkannt. Seine öffentliche Positionierung in der Debatte um die preußische Wahlreform ist bereits verschiedentlich dargestellt worden.[396] Sie erfolgte ganz im Sinne einer ›Revolution von Oben‹ unter dem Paradigma, das »monarchische Prinzip« zu bewahren und günstige Bedingungen für einen Verständigungsfrieden unter US-amerikanischer Vermittlung herzustellen, sei es durch die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen oder durch die

394 Delbrück: Die Ursachen des Krieges [PJ 157/3], S. 462 f.; Delbrück: Bismarcks hundertster Geburtstag [PJ 160/1], S. 177; Hans Delbrück: Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland. Herausgegeben von Friedrich Thimme und Carl Legien, in: PJ 162 (1915) 1, S. 163–164; Delbrück: Die preußische Thronrede [PJ 163/2], S. 372 f.; Delbrück: Die Welt-Friedens-Liga [PJ 166/3], S. 521; Hans Delbrück: Die allgemeine Abrüstung, in: PJ 170 (1917) 2, S. 243–259, S. 251; Hans Delbrück: Ludendorff, in: PJ 178 (1919) 1, S. 83–101, S. 95. Zum Topos der allgemeinen Kriegsbegeisterung und des Einheitserlebens vgl. *Verhey*, Der »Geist von 1914«, S. 155–167.

395 *Gerwarth*, Die Größte aller Revolutionen, S. 83–89.

396 *Bruendel*, Volksgemeinschaft oder Volksstaat, insbesondere S. 240–258; *Llanque*, Demokratisches Denken im Krieg, insbesondere S. 164–169; *Thimme*, Hans Delbrück als Kritiker, insbesondere S. 138–146

Installation einer Regierung unter Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament.

Mit den wechselseitigen Kriegserklärungen der ersten Augusttage 1914 kam die ultimative Bewährungsprobe für den Staat, dessen innere Ordnung und Verhältnisse Hans Delbrück so konsequent unter dem Blickwinkel ihrer Implikationen für die souveräne Handhabe von dessen Außenbeziehungen beurteilt und mitgeprägt hatte. Gegenüber dem damaligen Generalstabschef Erich von Falkenhayn hat Delbrück im Juli 1915 freimütig bekannt, das Reich hätte in früheren Jahren womöglich »strategische Vorteile« in einem Präventivkrieg finden können. Doch in einem Zeitalter, in dem die erfolgreiche Kriegführung von der »Volksstimmung« abhinge, garantierte letztlich nur eines den Erfolg:

»die unvergleichliche Einmütigkeit des ganzen Volkes im Willen zum Siege. Dass das ganze Volk seinem Kaiser geglaubt hat, es führe einen Verteidigungskrieg, obgleich er es war, der dem Gegner den Krieg erklärte, das ist entscheidend.«[397]

Dieses notwendige Quantum Einigkeit zu gewährleisten, war Delbrücks Leitstern während der Kriegsjahre und prägte im Wandel des Kriegsgeschehens seine Position gegenüber der verfassungspolitischen Ordnung des Deutschlands und Preußens sowie deren traditionellen Eliten. Spätestens im Sommer 1915 muss Delbrück an Sondierungsgesprächen unter Intellektuellen und Parlamentariern betreffend einer Reform des preußischen Wahlrechts beteiligt gewesen sein.[398] Die Spielregeln des Parlamentarismus als relevantem Machtfaktor innerhalb des politischen Systems des Kaiserreich hatte Delbrück längst anerkannt und bei aller fortdauernder Rücksichtnahme der Reichsleitung auf die preußischen Konservativen wusste er sich während des Krieges in dieser Beziehung durchaus auch mit Clemens von Delbrück und dem Reichskanzler einig, wenn er unter dem Siegel der Verschwiegenheit den Nationalliberalen Hermann Oncken 1916 zur Reichstagskandidatur in Heidelberg zu überreden suchte, um die kriegs- und verfassungspolitische Linie seiner Partei im Sinne der Regierung zu beeinflussen.[399] In konsequenter Fortentwicklung seines politischen Inklusionsparadigmas bemühte sich Delbrück um eine Absicherung der sozialdemokratischen Unterstützung der deutschen Kriegsanstrengungen und warb insbe-

397 Hans Delbrück an Erich von Falkenhayn, o. D. [10.07.1915], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 34, Bl. 5–7.

398 Alfred Weber an Hans Delbrück, 24.08.1915, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Weber, Albert, Bl. 26–28.

399 Hermann Oncken an Hans Delbrück, 14.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 51–52; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 17.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 50–51; Hermann Oncken an Hans Delbrück, 19.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Oncken, Hermann, Mappe II, Bl. 55–56; Hans Delbrück an Hermann Oncken, 21.04.1916, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Oncken, Bl. 52–53; Clemens von Delbrück an Hans Delbrück, 25.04.1916, in: ThULB Jena, Nl. Clemens von Delbrück, Bl. 3 – 601–607.

sondere zu diesem Zweck bis zum Frühjahr 1917 für eine moderate Reform des preußischen Wahlrechts.[400]

Am 1. Juli veröffentlichten Delbrück und Harnack ein Manifest, dass die Regierung aufrief, umgehend einen Gesetzentwurf für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht in Preußen zu entwerfen und »dem Vertrauen wirksamen und sichtbaren Ausdruck gebe, welches das deutsche Volk verdient«. Außer den beiden Schwagern hatten unter anderem auch der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus, die Professoren Lehmann, Meinecke und Troeltsch sowie ferner Paul Rohrbach und der linksliberale Bibliothekar des Herrenhauses, Friedrich Thimme, unterschrieben. Mit drastischen Formulierungen warnte das Manifest vor den Folgen, wenn die preußische Regierung Zweifeln an der Aufrichtigkeit der »Osterbotschaft« Vorschub leistete und hofften so, Bethmann Hollweg gegenüber den preußischen Konservativen den Rücken zu stärken.[401] Diesen drastischen Schwenk hin zum Verfechter einer unbeschränkten Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen unternahm Delbrück, in Hinblick auf seine ungünstigen Prognosen für den U-Boot-Krieg und die diplomatischen Folgen der Februarrevolution in Russland. Den vierten entbehrungsreichen Kriegswinter vor Augen, galt ihm das allgemeine Wahlrecht inzwischen als unerlässliches »Rettungsmittel«.[402] Mit der Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts, so versicherte man sich im Kreis der Petetenten gegenseitig, würde dem Gebot des historischen Fortschritts genüge getan, so wie die preußischen Reformer der napoleonischen Zeit ebenso altehrwürdige wie überkommene Traditionen hatten beseitigen müssen, um dem Staat eine Zukunft zu ermöglichen.[403] Nicht zufällig setzte Delbrück die Wahlreform während dieser ersten Julitage in eine Reihe mit den Reformen Steins und Hardenbergs nach 1807. Jener allgegenwärtige Bezugsrahmen der napoleonischen Kriege schien schließlich die für Delbrücks Staatsverständnis konstitutive, teleologische Geschichtstheorie Hegels zu beweisen. Ebenso wie damals mochte nun ein Stück »preußischen Wesens« unter Bedauern auf das Abstellgleis der Geschichte geschoben werden, weil die Herausforderungen der Zeit dem Staat eine Veränderung seiner Gestalt abverlangte,

400 Hans Delbrück an Theobald von Bethmann-Hollweg, o. D. [April 1917], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 157, Nr. 38, Bl. 2; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 06.06.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 29–30.

401 SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz, 25, Bl. 9 f.; BArch Koblenz, N 1017/76, S. 182 f.; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 07.07.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 183; Hans Delbrück: Innere Politik, in: PJ 169 (1917) 1, S. 155–156.

402 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 01.07.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 31–32.

403 o. T. [Manifest zur Wahlreform, 1. Juli 1917], in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Fasz. 25, Bl. 9–10; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 07.07.1917, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 12 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 183 f.

um seinem ureigensten Zweck nach fortzubestehen, da wiederum ein scheinbar übermächtiger äußerer Feind den Staat in seiner überkommenen Ordnung an den Rand des Zusammenbruchs bringen musste.[404]

Es ging um den Erhalt der Monarchie, wie Delbrück Anfang September 1917 an Valentini schrieb, nachdem die reformorientierten Parteien im Reichstag sich hinter einer gemeinsamen Friedensresolution versammelt und mit der Verabschiedung derselben gegen den Willen der Reichsleitung eine Kostprobe des parlamentarischen Machtzuwachses gegeben hatten[405]:

»Eine Politik *gegen* die Reichstags-Majorität zu machen, ist weder sachlich geboten noch ausführbar. Es läßt sich aber eine gute nationale Politik mit der Reichstags-Majorität machen, sobald der Reichskanzler sich entschließt, sich mit freiem, großem Entschluß an ihre Spitze zu stellen, statt unsicher zwischen den Positionen hin- und her zu schaukeln.«[406]

Die Parlamentarisierung des Reiches war unausweichlich und gerade weil sich im interfraktionellen Ausschuss eine reformorientierte Parlamentsmehrheit formierte, musste die Reform von Oben erfolgen, um die Autorität des Throns zu wahren und das »monarchische Prinzip« nicht zu beschädigen, das als einzige Verfassungsentität die politischen Disparitäten im Reich auszugleichen vermochte.[407]

In Bethmann Hollweg hatte Delbrück über alle Windungen der Ereignisse hinweg stets einen Verbündeten gesehen, auch die inneren Reformen betreffend und ist über dieses Urteil erst nachträglich in Zweifel geraten.[408] Bethmanns Rücktritt am 13. August 1917 hat ihn daher schwer getroffen. Dessen Nachfolger Georg Michaelis hielt er für denkbar ungeeignet, eine große innere Reform durchzuführen, die zugleich den unabwendbaren Parlamentarisierungstendenzen Genüge tat, das »monarchische Prinzip« bewahrte und den Kriegsgegnern, besonders der US-Administration, das nötige Vertrauen für einen Verständigungsfrieden einflößte. Während der ganzen kurzen Amtszeit Michaelis opponierte Delbrück hinter den Kulissen hartnäckig gegen den Kanzler. Diese informelle Opposition formierte sich vornehmlich im Rahmen des »Mittwochabend« und richtete sich in ihren vertraulichen Äußerungen insbesondere an Rudolf von Valentini, der nach den Rücktritten Bethmann Hollwegs und Clemens von

404 Delbrück: Innere Politik [PJ 170/1], S. 156; Zum Vorbild der Preußischen Reformen von 1807 in der Wahlreformdebatte des Ersten Weltkriegs vgl. auch *Llanqe*, Demokratisches Denken im Krieg, S. 143–154.

405 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 37–38.

406 Ebd.

407 Ebd.; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 07.11.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 59–60.

408 Vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 03.03.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 53.

Delbrücks nicht nur Delbrücks letzter verbliebener Vertrauter im Hauptquartier, sondern auch als Chef des Geheimen Zivilkabinetts seit Jahren an jeder wichtigen Personalentscheidung beteiligt war. Ihn drängte Delbrück fortwährend zum Handeln, während er selbst etwa von dem Michaelis ebenfalls wenig wohl gesonnenen Conrad Haußmann, dem führenden Vertreter der Freisinnigen Volkspartei im Interfraktionellen Ausschuß, um Rat und Unterstützung angegangen wurde. Doch so zutreffend Delbrück auch die Weite der parteiübergreifenden Anti-Michaelis-Front zeichnete, hielten Valentini und der Kaiser lange am letzten Reichskanzler ohne parlamentarische Mehrheit fest.[409]

Noch ehe Michaelis nach etwas mehr als dreimonatiger Amtszeit Ende Oktober 1917 seinen Hut nahm, hatte Delbrück im Prinzen Max von Baden den Mann gefunden, dem er die besagte Mission zutraute. Während die Staatsekretäre den bereits von Bethmann und nun von Michaelis erneut als Nachfolger vorgeschlagenen Hertling zur Übernahme der Kanzlerschaft überredeten, lotete Delbrück ebenso energisch wie fruchtlos die Akzeptanz des Prinzen unter der Reichstagsmehrheit der Friedensresolution und speziell bei der SPD aus. Zugleich warb er außer bei Valentini auch beim Kolonialstaatssekretär Solf und dem Minister des königlichen Hauses, August zu Eulenburg, für Max von Baden als einem

»Kanzler, der keiner der bestehenden Parteien angehört und nicht durch eine ausgeprägte politische Vergangenheit belastet ist, [dieser] würde in der so schwierigen Position, in der wir sind, doch viel bessere Chancen haben.«[410]

Dieser könnte demnach als Aristokrat aus regierendem Hause sowohl die föderale Ordnung des Reiches als monarchischem Bundesstaat sichern, als auch die

409 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 26.08.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 35–36; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 37–38; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 15.09.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, von Valentini, Bl. 18–19; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 17.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 39–40; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 41–42; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 12.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 45–48; Conrad Haußmann an Hans Delbrück, 25.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 55–57; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 25.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 54–54; zur Entlassung Michaelis vgl. *Becker*, Georg Michaelis, S. 513–526.

410 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 12.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 45–48; Hans Delbrück an August zu Eulenburg, 28.10.1917, ms. Abschrift in: BArch Koblenz, N 1017/76, S. 215–217; Hans Delbrück an August zu Eulenburg, 28.10.1917, Abschrift an Wilhelm Solf, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Solf, Bl. 1–2; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 30.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 58; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 31.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 90–91; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 03.11.1917, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, von Valentini, Bl. 20; zur ersten ›Kandidatur‹ Max von Badens vgl. *Machtan*, Der Endzeitkanzler, S. 301–308.

unausweichlichen Parlamentarisierungsentwicklungen einhegen, lehre doch die Weltgeschichte,

»von Perikles und Cäsar bis Mirabeau und Lafayette, daß Demokraten sich ganz besonders gern von Aristokraten leiten lassen.«[411]

Trotz Valentinis Eintreten für den Prinzen Max, stattdessen mit dem ersten deutschen »Koalitionsministerium« unter der Leitung Hertlings konfrontiert, suchte Delbrück in dessen überparteilichem Charakter Gründe für Optimismus zu finden, indem er in den »Jahrbüchern« die Beamtenschaft zur Garantin desjenigen konservativen Anteils an der neuen Regierung erklärte, die nach seinen eigenen Plänen die Herkunft Max von Badens aus regierendem Fürstenhaus hätte bieten sollen.[412]

Die Verklammerung von Kriegszielpolitik und Parlamentarisierung setzte Delbrück einmal mehr in scharfen Gegensatz zu den Konservativen. Entgegen seiner zuvor geäußerten Bedenken betreffend Hertlings politischer Vorbelastung, seines Katholizismus und seines hohen Alters, ist Delbrück zunächst mit dem Amtswalten des neuen Kanzlers und vor allem dessen linksliberalen Stellvertreters Friedrich von Payers durchaus zufrieden gewesen.[413] Die Wahlreform entsprechend den Ambitionen der auf dem »Mittwochabend« versammelten »Volksbundgelehrten« gegen die konservativen Widerstände durchzusetzen, machte Hertling gleichwohl keine Anstalten und galt in dieser Beziehung als hoffnungsloser Fall.[414]

Öffentlicher Kritik an der wachsenden politischen Machtstellung der OHL hat Delbrück sich lange enthalten. Wiewohl er sie als eine Gefahr für die Chance auf einen hinnehmbaren Friedensschluss ansah, hat er diesem Einfluss zunächst

411 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 12.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 45–48; vgl. auch Hans Delbrück an August zu Eulenburg, 28.10.1917, Abschrift an Wilhelm Solf, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Solf, Bl. 1–2.

412 Hans Delbrück: Das Ministerium Hertling-Payer-Friedberg. Lloyd George. Clemenceau, in: PJ 170 (1917) 3, S. 441–447, S. 441–445; Hans Delbrück: Hertling und Payer, in: Deutsche Korrespondenz, 01.03.1918, Nr. 9. Delbrück wirkte in den folgenden Monaten weiterhin auf den Prinzen ein und engagierte sich für diesen, indem er für die Verbreitung und günstige Resonanz von dessen programmatischer Rede in der ersten Kammer des Badischen Landtags sorgte, vgl. Hans Delbrück: Zwei Reden: Prinz Max von Baden. Staatsekretär Solf, in: PJ 172 (1918) 1, S. 129–140. Zu Delbrücks Reflexion seines Einflusses auf den Prinzen und zu zwischenzeitlichen Zweifeln an dessen Regierungseignung vgl. Hans Delbrück an Lina Delbrück, 19.02.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 47–49. Nach der Entlassung Richard von Kühlmanns brachte er Max von Baden vergeblich für das Amt des Außenstaatsekretärs ins Spiel brachte, vgl. Hans Delbrück an August zu Eulenburg, 30.06.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 81 f.

413 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 23.02.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 51.

414 Lujo Brentano an Hans Delbrück, 28.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Brentano, Lujo, Bl. 30.

hinter den Kulissen entgegenzuwirken gesucht und erst im November 1917 gegenüber Valentini vor einer drohenden »Militärdiktatur« gewarnt.[415] Erst nach dessen Sturz im Januar 1918 wandte er sich, anders als noch nach dem Rücktritt Bethmann Hollwegs, auch in den »Jahrbüchern« mit zunehmender Schärfe gegen die Einflussnahme der OHL auf politische Personalentscheidungen. Scharf verurteilte er diese nicht nur als Verletzung des ›Primats der Politik‹, sondern auch als Dammbruch »demagogischer«, mithin zwar konservativer, gleichwohl unbotmäßig »demokratischer« Einmischung in den monarchischen Arkanbereich.[416] Bereits im Februar 1918 griff sich in Delbrücks weiterem Umfeld eine erhebliche Krisenstimmung Raum, ein jeder war »deprimiert« oder »verzweifelt«. Eindrücklich illustriert dieses Erleben unüberwindbarer systemstürzender Gegensätze ein Brief Lina Delbrücks an ihren Mann aus dem Kurort Schierke im Harz. Darin fragte sie diesen nicht nur, warum er nicht selbst an »führender Stelle« stand, sondern warf auch die anscheinend virulente Frage auf:

»Steht es so, dass wirklich ein Mann aus der Tiefe, aus der Masse des Volkes kommen muss und die Neugestaltung in die Hand nehmen?«[417]

Zukunftsängste konkurrierten mit diffusen Erneuerungshoffnungen, nicht zuletzt entlang generationeller Zusammenhänge, und auch Delbrück fühlte sich »zu alt«, um einen derartigen Wandel, einen Machtgewinn der so lange misstrauisch beäugten »Masse« nicht zu fürchten, ohne deswegen deren Lösungskompetenz für die Herausforderungen der Zeit zu bestreiten.[418]

Das scheinbar urplötzliche Umschwenken, als welches das deutsche Ersuchen um einen Waffenstillstand am 4./5. Oktober 1918 vieler Orten wahrgenommen wurde, erlebte Hans Delbrück durchaus nicht als Überraschung. Das Eingeständnis der OHL gegenüber dem Kaiser, dass bei fortdauernd hohen Verlusten »keine Aussicht auf Besserung der Lage« mehr bestand, war ohne Verzögerung nach Grunewald durchgesickert. Für die nun tatsächlich erfolgende Berufung Max von Badens zum Reichskanzler hatte Delbrück sich nach Kräf-

415 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 07.11.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 59–60. Vgl. ferner Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.09.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 37–38; Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 15.09.1917, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, von Valentini, Bl. 18–19; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 05.10.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 41–42.

416 Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 17.12.1917, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 62–63; Hans Delbrück an Rudolf von Valentini, 18.01.1918, in: GStA PK, VI. HA, Nl. Valentini, R. v., Nr. 4, Bl. 66–67. Hans Delbrück: Die preußische Wahlreform. Die Bedrohung der Monarchie, in: PJ 171 (1918) 2, S. 282–290, S. 289 f. Zum Sturz Valentinis immer noch einschlägig Kaiser und Kabinettschef, S. 125–193.

417 Lina Delbrück an Hans Delbrück, 21.02.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 49ff

418 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 19.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 47–49. Lina Delbrück an Hans Delbrück, 21.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 49–51; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 22.02.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 51.

ten eingesetzt. Nicht um bei ihm die Schuld an der Niederlage abladen zu können, wie Hindenburg und Ludendorff, sondern in dem Glauben, es bleibe noch Zeit für eine moderate Parlamentarisierung und Gestaltungsraum für einen Verhandlungsfrieden.[419]

Nun musste in den Worten des später als »Vater der Weimarer Verfassung« gerühmten und bereits für die Zeit des Weltkriegs Delbrücks Umfeld zuzurechnenden Staatsrechtlers Hugo Preuß der Parlamentarismus ohnehin »improvisiert« werden.[420] Die Ereignisse entwickelten sich dabei schneller, als es die eingeübten Verfahrensformen intellektueller Kommunikation auszudeuten erlaubten und in erster Linie unter der Prämisse ihres Nutzens in künftigen Friedensverhandlungen und dem Notenwechsel mit Wilson, über dessen Inhalt Delbrück vorab im Bilde war.[421] Nicht zu Unrecht betrachteten die Männer des ›Mittwochabend‹ sich nun als eine Art »privater Staatsrat« des Prinzen Max, dem Ziel einer konservativen Reform verpflichtet.[422] Manches Teilstück der Oktoberreformen, das im Verfassungsausschuss auf den Weg gebracht wurde, war zuvor auf dem ›Mittwochabend‹ diskutiert und beschlossen worden.[423] Doch welche Positionen Delbrück selbst über seine bekannten Ansichten zum Wahlrecht dort eingenommen hat, bleibt vage. Mit Bestimmtheit lässt sich sagen, dass er sein Bestes tat, um das »monarchische Prinzip« zu retten. Die Verfassungsanträge zur Zentralisierung der Heeresorganisation und deren Unterstellung unter die Verantwortlichkeit des Kanzlers waren in der Person des nationalliberalen Abgeordneten Georg Gothein zwar nicht zuletzt von einem regelmäßigen Besucher des »Mittwochabend« maßgeblich vorangetrieben worden, doch unter den Mitgliedern der »Mittwochabendgesellschaft« war er in dieser Beziehung auf einigen Widerspruch gestoßen. Auch Delbrück selbst, der so unverblümt das Primat der Militärs für die Niederlage in die Verantwortung nahm, hatte wohl zumindest Vorbehalte dagegen, dass die Reichstagsparteien sich diesen, im Gesamtzusammenhang als parlamentarische Kontrolle des Militärs anzusehenden Machtzuwachs selbst nahmen. Wie schon in Hinblick auf die Wahlreform wollte er die Initiative zu einer Reformvorlage in dieser Richtung dem Kanzler als Vertreter der ›traditionellen Autoritäten‹ überantwortet wissen.[424]

419 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 10.10.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 110 f.

420 Hugo Preuß an Hans Delbrück, 28.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 15.

421 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 10.10.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 110 f.; Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.10.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 123 f.; Georg Gothein an Hans Delbrück, 21.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Georg, Bl. 3–4.

422 *Meinecke*, Straßburg/Freiburg/Berlin, S. 169.

423 Georg Gothein an Hans Delbrück, 21.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Georg, Bl. 3–4.

424 Georg Gothein an Hans Delbrück, 21.10.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Gothein, Georg, Bl. 3–4; die Unterordnung der Militärbehörden unter die Verantwort-

Tessy Bortfeldts farbenfrohes Lebensbild von Delbrücks erster Redaktionssekretärin Marie Goslich bietet aus den Tagen des deutschen Zusammenbruchs eine Szene von ganz eigener Komik, als Hans Delbrück unversehens das Zimmer betritt, in dem gerade eben Lina Delbrück Goslich dramatisch eröffnete, ihr Mann sei nach Spa gereist, um gemeinsam mit dem Kaiser Selbstmord zu begehen.[425] Dieser skurrile Auftritt, der vermutlich einer Verwechslung mit Emil Ludwigs Kolportage vom angeblichen Ansinnen Clemens von Delbrücks, gemeinsam mit seinem kaiserlichen Herren in den Tod zu gehen, geschuldet ist, lenkt den Blick darauf, dass Hans Delbrück sich von allen Überlegungen zum »Königstod« genauso ferngehalten hat, wie von den durchaus weit gediehenen Plänen für eine deutsche *Levée en Masse*.[426]

Noch am 31. Oktober berichtete Delbrück eben dem Vetter Clemens darüber, wie er tags zuvor gegen die Mehrheit der »Mittwochabendgesellschaft« dem Gedanken an eine Abdankung des Kaisers und die Einsetzung einer Regentschaft energisch widersprochen hatte, da diese nach seinem Dafürhalten nur der »Vertagung der Republik« dienen würde, ja das Ende der Dynastie und infolgedessen den Zerfall des Reiches und die Herrschaft des Bolschewismus bedeuten musste. Selbst wenn dies für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen schärfere Bedingungen bedeutete, müsse im Interesse der Einheit des Reiches an der Monarchie und am Monarchen selbst festgehalten werden, wobei Delbrück diese Position unter der Prämisse bezog, dass auch im Lager der Entente der Friedenswille erheblich war. Unterm Strich verharrte Delbrück also auch zu diesem Zeitpunkt noch auf dem Standpunkt, mit einer Mischung aus Verständigungs- und Reformbereitschaft sowie der Demonstration innerer Einheit als Stärke den kompromissbereiten Parteiungen in London, Paris und Washington zur Oberhand verhelfen und so einen status quo ante-Frieden erreichen zu können. Aus diesem Grund durfte etwa auf gar keinen Fall die im Raum stehende Vereidigung der deutschen Truppen auf die Verfassung anstatt auf den »obersten Kriegsherren« umgesetzt werden, da sie »zu einer Art ›moralischer‹ Auflösung der Front führen« würde.[427]

Vielmehr musste der Kaiser umgehend aus dem Hauptquartier nach Berlin zurückkehren und sich jeder öffentlichen Äußerung enthalten. Den auf dem

lichkeit des Kanzlers hatte Gothein bereits vor dem Ersten Weltkrieg verfochten, vgl. Ebd.; vgl. ferner Delbrück: Die Burianische Note [PJ 174/1], S. 145; Delbrück: Der militärische Umschlag [PJ 174/2], S. 297 f.; Delbrück: War unser Niederbruch unabwendbar? [PJ 177/2], S. 310. Zum militärischen Teil der Oktoberreformen vgl. zusammenfassend *Nipperdey*, Deutsche Geschichte, 2. Bd., S. 867.

425 *Bortfeldt*, Frühes Licht und späte Schatten, S. 793–795.

426 Zur Idee des »Königstodes« und ihrer Rezeption vgl. *Kohlrausch*, Der Monarch im Skandal, S. 362–385. Zur Rolle Clemens von Delbrücks in diesem Zusammenhang vgl. Ebd., S. 362. Zu den ›Volkskriegs‹-Konzepten in der Spätphase des Ersten Weltkriegs vgl. *Geyer*, Insurrectionary Warfare.

427 Hans Delbrück an Clemens Delbrück, 31.10.1918, in: ThULB Jena, Nl. Clemens Delbrück, Bl. 74 – 299–302.

›Mittwochabend‹ versammelten Liberalen und moderaten Konservativen stand angesichts der am Vortag erfolgten Abreise Wilhelms II. nach Spa die Flucht Ludwig XVI. nach Varennes 1791 als ein brandaktuell und in der eigenen Gegenwart politisch folgenreicher Vergleich vor Augen:

»Dieser Verdacht von Reaction, mag er noch so unbegründet sein, ist das gefährlichste, was es gibt. Daran ist Ludwig XVI. zu Grunde gegangen. Man muß auf's Aengstlichste Alles vermeiden, was so ausgelegt werden könnte.«[428]

Unter dem Eindruck derjenigen Hürden für den noch immer erhofften Verständigungsfrieden, die in der Person des Kaisers lagen, ist Delbrück schließlich in den ersten Novembertagen doch noch dem Gedanken beigetreten, die Monarchie auf dem Umweg über ein Regentschaftsmodell zu retten. In diesem Sinne hat er das letztlich am Widerstand Wilhelms II. gescheiterte Vorhaben Max von Badens mitentwickelt, sich selbst als Reichsverweser für Wilhelms gleichnamigen zwölfjährigen Enkel anzubieten.[429]

Der Tag des Waffenstillstands war Hans Delbrücks siebzigster Geburtstag gewesen und trotz der Unruhen war eine größere Gesellschaft nach Grunewald gekommen, um den Jubilar zu ehren und mit einer Büste seiner selbst zu beschenken. Eine Veranstaltung, die als »Brennpunkt« der Suche nach Sinn und Selbstvergewisserung seitens derjenigen liberalkonservativen Kreise anzusehen ist, die in unterschiedlichen Nuancen einen Verständigungsfrieden erstrebt hatten und zu inneren Reformen bereit gewesen waren, um die für sie bis dahin identischen Entitäten von Monarchie und Reich zu retten.[430] Einstmals mächtige Männer wie Bethmann Hollweg und Valentini waren in der letzten Phase des Krieges als Bittsteller zu Delbrück gekommen, von dem sie sich entscheidende Einflussnahme versprachen.[431] Auf der Suche nach Orientierung in Zeiten des Umsturzes blickte nun ein breites politisches Spektrum auf die Kunz Buntschuhstraße 4.[432]

Wobei zu betonen ist, dass auch in dieser Situation und Stimmungslage ein Explizieren geistiger Unabhängigkeit und von Grenzen der Übereinstimmung selbst da vorangestellt wurde, wo jenem Orientierungsbedürfnis wie im Falle Friedrich Thimmes mit nicht gerade geringem Pathos Ausdruck gegeben wurde:

»Mein Wunsch zum morgigen Tage ist vor allem der, dass Sie Deutschland in diesem Umsturz alles Bestehenden, wo es erst recht der auf höchster geistiger Warte stehen-

428 Ebd. Zur Flucht Ludwig XIV. als einem Katalysator der Französischen Revolution vgl. *Doyle*, The Oxford History of the French Revolution, S. 151–154.

429 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 61. Zum Reichsverweser-Plan vgl. Machtan: Der Endzeitkanzler, S. 425–432.

430 *Lüdtke*, Hans Delbrück als »Kassandra«.

431 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 21.09.1918, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl 31–32; Theobald von Bethmann Hollweg an Hans Delbrück, 27.07.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Bethmann Hollweg, Bl. 35–36.

432 *Lüdtke*, Hans Delbrück als »Kassandra«, S. 321.

den Mahner und Warner bedarf, noch lange als ein solcher geistiger Führer erhalten bleiben mögen ».[433]

Das schloss auch solche ein, die noch stärker als Thimme für sich selbst Dissens zu Delbrück, im Großen oder im Kleinen, reklamierten. Die aber, wie Delbrücks ungeliebter späterer Nachfolger an der Berliner Universität, Erich Marcks, befanden:

»Wir haben Ihnen alle, die unter den akademischen Deutschen Ihre Zeitgenossen gewesen sind und den Historikern und Historiopolitikern [sic!] zumal, Bereicherung und Richtlinien zu danken gehabt, die für unser inneres Leben bedeutsam waren.«[434]

Für diejenigen Kreise, die Delbrück an diesem düsteren Montag um sich versammelte, waren die Strategien der deutschen Politik allzu lange von »rücksichtslosen Spielern«[435] bestimmt worden und die Niederlage des Reiches war für Delbrück dann zum Schluss doch im Wesentlichen eine Niederlage des Systems. Im Krieg habe sich die Überlegenheit der parlamentarischen Systeme im Bereich der »Auslese« politischer »Führerpersönlichkeiten« mit ebenso weitgespannter wie tiefdringender Einsicht in die Ordnung der Dinge erwiesen. So war das Reich letzten Endes fachidiotischen Stümpern wie dem taktisch versierten aber politisch, völlig unbeschlagenen Ludendorff in die Hände gefallen. Aus jenem fehlgeleiteten Patriotismus heraus, mit dem einsichtsvolle Politiker und Historiker von Thucydides bis Bismarck als dem größten Risiko einer »guten nationalen Politik« konfrontiert gewesen waren, hatten sie die »realpolitische« Gleichgewichtstheorie mit Füßen getreten, Gelegenheiten zur Verhandlung leichtfertig verstreichen lassen und so das Reich in eine ausweglose Situation manövriert.[436]

Die richtige Vergleichsfolie sollte er wieder einmal in der Alten Geschichte finden:

»Die patriotischen Demagogen waren es, die die friedliche Verständigung einst zwischen den griechischen Staaten verhinderten und sie in immer neue Kämpfe trieben.

433 Friedrich Thimme an Hans Delbrück, o. D., ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 134.

434 Erich Marcks an Hans Delbrück, 03.12.1918, ms. Abschrift in: Ebd., S. 136–138. Zu Delbrücks Verhältnis zu Marcks vgl. *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 331.

435 Rudolf von Valentini an Hans Delbrück, 21.9.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Valentini, von, Bl. 31–32.

436 Delbrück: War unsere Niederbruch unabwendbar? [PJ 177/2], S. 309; Delbrück: Enthüllungen [PJ 177/3], insbesondere S. 460–463; Delbrück: Ludendorff [PJ 178/1], insbesondere S. 100 f.; Hans Delbrück: Die Erklärung der Belgier. Staatsekretär v. Hintze. Das Eingreifen der Amerikaner, in: PJ 173 (1918) 2, S. 270–278, S. 275. Zur nachfolgenden Auseinandersetzung mit Ludendorff und dessen Anhängern vgl. *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 316–340. Zum systemischen Problem des Mangels an »Führungspersönlichkeiten« vgl. auch Hugo Preuß an Hans Delbrück, 28.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 15.

Ihr Urtypus ist Kleon. Daß der Krieg auch einen für Athen ungünstigen Ausgang nehmen könne, kam dem hochfahrenden Demagogen nicht in den Sinn.«[437]

Da nicht zuletzt der Kaiser versäumt habe, diesem Demagogentum entschieden entgegenzutreten, wie es nach Delbrücks Vorstellung die Sicherheit verheißende Aufgabe einer auf Stabilisierung und Integration ausgerichteten Verfassungsentität Monarchie gewesen wäre, prophezeite er nun im Anschluss an die Schlussworte von Xenophon Deutschland und Europa den Niedergang, den Athen und ganz Griechenland durch den peloponnesischen Krieg erlitten hätten.[438]

Die Dankesrede Delbrücks für die Glückwünsche, Reden und Geschenke wurde im Dezemberheft der »Preußischen Jahrbücher« abgedruckt. Ohne explizit an seinen Jugendausspruch »Meine Religion heißt Politik« anzuknüpfen, zeichnete Delbrück darin sein Lebensbild als politische Biographie in unauflösbarer Verknüpfung mit der Geschichte des preußisch-deutschen Staates. Mit Ranke räsonierte er über den Zusammenhang von Staat, Gesellschaft und Geschichte, ob nämlich mit dem Sieg der Revolution auch alles Interesse an historischer Vergangenheit und objektiver Erkenntnis in Vergessenheit versinken würden. Dieser konservativen Dystopie wollte er sich nicht anschließen, hätten doch die Entwicklungen der Kriegsjahre manchen Systemfehler offenbart, dabei jedoch auch eine intrinsische Kraft des Staates bewiesen, die vom Sturm gebeugt doch ungebrochen blieb. Die deutsche Niederlage ist als generationelle Erfahrung insbesondere in Hinblick auf die Front- und die Kriegsjugendgeneration zum Forschungsgegenstand gemacht worden.[439] Für jene, die wie Delbrück noch vor der Reichsgründung erwachsen geworden waren und in Abgrenzung von den jüngeren »Wilhelminern« als »Bismarckianer« bezeichnet werden könnten, fielen Niederlage und Revolution in ein hohes Lebensalter.[440] Von daher mag es für die Vertreter dieser Generation nahegelegen haben, der Politik ostentativ abzuschwören, wie es der ehemalige deutsche Delegierte auf den Haager Friedens-

437 Hans Delbrück: Waffenstillstand, Revolution, Unterwerfung, Republik, in: PJ 174 (1918) 3, S. 425–443, S. 434.

438 Ebd. Noch 10 Jahre später beurteilte Delbrück den Zusammenbruch des »wilhelminischen Reiches« in der Rückschau im Vergleich mit dem antiken Athen, als er dem Politikwissenschaftler und Publizisten Adolf Grabowsky schrieb, »Staaten können auch durch dieselben Kräfte zerstört werden, durch die sie gegründet worden sind, z. B. Athen durch die Demokratie und das neue deutsche Reich durch den Militarismus.« Hans Delbrück an Adolf Grabowsky, 13.03.1928, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Grabowsky, Adolf, Bl. 2.

439 *Levsen*, Der Erste Weltkrieg und die Generationen, 118 f.

440 Zu den »Wilhelminern« vgl. *Doerry*, Übergangsmenschen. Eine ähnlich elaborierte Analyse wie sie Doerry für die Geburtenjahrgänge 1853–1865 als spezifischem Generationenzusammenhang unternimmt, fehlt für andere Alterskohorten des 19. Jahrhunderts. Sönke Neitzel definiert für das diplomatische Corps des Deutschen Reiches eine Alterskohorte der Geburtenjahrgänge 1841–1852, deren Vertreter die außenpolitische Neuorientierung der 1890er Jahre aus einem überkommenen Weltbild im Rahmen traditioneller konserva-

konferenzen Philipp Zorn tat, der seinem Sohn mit den Worten des Werners von Attinghausen aus Schillers »Wilhelm Tell« bescheiden sollte:

»Unter der Erde schon liegt meine Zeit, wohl dem, der mit der neuen nicht mehr zu leben braucht.«[441]

Auch Hans Delbrück sollte sich nicht nur in seinem »Abschied« vom Publikum der »Jahrbücher« als »zu Alt« für die gestaltende Bewältigung einer Zeitenwende erklären.[442] Einen solch düsteren Fatalismus wie denjenigen Zorns wollte sich Delbrück indes bereits am Tag der Niederlage bei aller Niedergedrücktheit nicht zu eigen machen. Stattdessen kleidete er seinen geschmälerten, doch ungebrochenen Optimismus, in Erwartung einer, auf konservativer Basis offen gestaltbaren Zukunft, in den Euphorion-Vers:

»Doch erfrischet neue Lieder,
Steht nicht länger tief gebeugt,
Denn der Boden zeugt sie wieder,
Wie er sie von je gezeugt.«[443]

Der politische Umbruch nach der Abdankung des Kaisers und der Bundesfürsten hat Delbrück im Innersten getroffen. Bei vergleichsweise guter Versorgungssituation seiner Familie hatte er bis zum Frühjahr 1919 20 Kilogramm Körpergewicht verloren, als er sich Anfang April zur Beruhigung seiner Nerven nach Heringsdorf zurückzog. Die dort verfassten Briefe an seine Frau Lina durchzieht eine ausgesprochen deprimierte Stimmung. Doch ergab er sich dieser nicht, so wie jene Zeitgenossen, die bis hin zum Selbstmord den »Niederbruch« als Gefühlshaltung kultivierten, von dem Delbrück schrieb:

»Ich kämpfe gegen den Niederbruch, indem ich mich mit neuem Glauben zu wappnen suche aus historischen Analogien.«[444]

tiver und altliberaler Ideen gestaltet hätten, ohne als spezifische politische Generation in Erscheinung getreten zu sein, vgl. *Neitzel*, Diplomatie der Generationen?, S. 95–98. Zur Generation als Struktur im Vergemeinschaftungsprozess von Erfahrung und Erwartung vgl. *Jureit*, Generation und Erwartung, S. 38 f. Zur Etablierung der »Realpolitik« im generationengeschichtlichen Zusammenhang vgl. *Möller*, Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik. Zu den konzeptionellen Hürden generationengeschichtlicher Forschung vgl. Ebd., S. 90 f.

441 Philipp Zorn an Kurt Zorn, 5.4.1919, in: BA Koblenz, N 1206/17.

442 Hans Delbrück an Max Lenz, 01.05.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 56–57; vgl. ferner Delbrück: Abschied [PJ 178/3], S. 371 f.

443 Hans Delbrück: Danksagung [1918], S. 445.

444 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 16.04.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 142–144. Zur historischen Erfahrung der Niederlage vgl. kursorisch *Gerwarth*, Die Größte aller Revolutionen, S. 12 f.; vgl. ferner eher essayistisch *Schivelbusch*, Die Kultur der Niederlage, S. 225–256. Zum Spezialthema der Niederlage als Begründung für einen Suizid vgl. kursorisch *Goeschel*, Suicide in Nazi Germany, S. 11. Eine umfassende systematische Mentalitätsgeschichte der Novemberrevolution fehlt.

Solche Analogien verhießen nicht umstandslos Erlösung. Im freundschaftlichen Briefverkehr konnten sie vielmehr auch als furchterregende Abgründe figurieren.:

»Der Auflösung des Reiches Karls des Großen folgte fast ein Jahrhundert ideenloser Zerrüttung; haben wir etwas Anderes zu erwarten? Die Sozialdemokratie hat den Staat zerstört, jetzt löst sie sich selber auf. So wie im 9' Jahrhundert mit dem Staat auch die Kirche zu Grunde ging.«[445]

Doch hat Delbrück in dieser Lage massiver Unsicherheit keine Orientierungshilfe in den rasch sprießenden Verschwörungstheorien von der verräterischen Wühlarbeit der Linken als Ursache des deutschen Zusammenbruchs gesucht.[446] Gegen manch langlebige Legende über Niederlage und Revolution bezog Delbrück frühzeitig Stellung, indem er bereits im Januarheft 1919 die Kriegspolitik der USA als den ausschlaggebenden Faktor der herrschenden Verhältnisse nüchtern anerkannte:

»Präsident Wilson ist es gewesen, der das Weltgeschick, so wie es heute vorliegt, bestimmt hat. Der Eintritt Amerikas in den Krieg hat den Ausschlag gegeben und das deutsche Heer zu Boden geworfen. Die Erklärung Wilsons, daß Deutschland mildere Friedensbedingungen zu gewärtigen habe, wenn der Kaiser zurückträte, hat den Anstoß gegeben, zu der Bewegung, die zunächst die Abdankung zu Gunsten seines Enkels verlangte und schließlich mit der Revolution und der Erklärung der Republik geendet hat.«[447]

In dieser Situation hätten die deutschen Sozialdemokraten sich als einzige verlässliche Anwälte des Gemeinwohls nach innen und außen erwiesen und darum auch in die Friedensverhandlungen eintreten können, während die Mehrheit der konservativen Eliten durch Ablehnung jeder inneren Reform die Gefolgschaft der Massen verspielt und durch jedem Verständigungsfrieden Hohn sprechende Kriegszielpolitik nach außen die Zustände geschaffen hatte, aus denen heraus die Revolution hervorgebrochen war.[448] Statt dem totalen Umsturz der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, erwartete er sich von ihnen die Fortsetzung jener ›vernünftigen‹ progressiven Sozialpolitik, wie sie die Kathedersozialisten im Kaiserreich vertreten und die konservative Obstruktion bislang verhindert hatte.[449] Als früher Bekämpfer der Dolchstoßlegende wollte Delbrück auch von den Schuldvorwürfen gegen die Juden nichts wissen. Dass die egalitären Ideale der Sozialdemokratie auch zahlreiche Juden in bedeutende Stellungen brachten, war demnach klar eine Folge und nicht die Ursache des Zu-

445 Hans Delbrück an Max Lenz, 01.05.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 56–57

446 *Lüdtke*, Hans Delbrück in Weimar.

447 Delbrück: Der zu erwartende Friede [PJ 175/1], S. 147 f.

448 Hans Delbrück: Die Folgen der Revolution, in: PJ 175 (1919) 1, S. 140–146.

449 Delbrück: Die Folgen der Revolution [PJ 175/1]; Hans Delbrück: Sozialisierung und Arbeiterräte, in: PJ 176 (1919) 2, S. 313–321.

sammenbruchs, den die »traditionellen Eliten« durch nationalistische Ideologie und kurzsichtige Kriegszielpolitik selbst verursacht hatten, wessenthalben »Proleten und Juden« eben gerade keine Schuld an der Niederlage und den düsteren Zuständen des ersten Nachkriegsjahres haben konnten.[450]

Was Delbrück mehr als die Verfassungsform umtrieb, war die Sorge um den Fortbestand des Reiches als deutschem Nationalstaat. Aus dessen Randgebieten liefen bei ihm Eindrücke von separatistischen Umtrieben ein, wie er auch selbst Stimmungsbilder in dieser Beziehung erbat.[451] Um das Reich zu retten, musste es nach Delbrücks Dafürhalten auch eine denkbare Option sein, Preußen als Staatsgebilde zu opfern, das seine historische Mission ohnedies erfüllt und seiner früheren Hauptressourcen, Armee und Monarchie, entbehrend nun ohnehin nur noch geringen Nutzen für Deutschland hatte. Entgegen der Pläne, die der ehemalige Chef der politischen Sektion des Großen Generalstabs Rudolf Nadolny und Oskar Trautmann in der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes entwarfen und die von letzterem auch in den »Jahrbüchern« vertreten werden durften, lehnte Delbrück indes die Gründung neukreierter Staatengebilde auf preußischem Gebiet ab und plädierte für eine Reichsunmittelbarkeit der alten preußischen Provinzen, die auf diese Weise dazu angereizt würden, sich im Sinne ihres eigenen Fortbestehens mit je begrenzten Ressourcen, loyal zum Reich zu stellen.[452]

Delbrück hielt eine Wiederaufnahme der Kämpfe von deutscher Seite für völlig ausgeschlossen, nachdem der geordnete Rückzug der an der Westfront stehenden Armeen den Zusammenbruch des deutschen Heeres und mithin das Ende seiner nach Delbrücks Dafürhalten so eng mit der politischen Verfassung verknüpften militärischen »Verfassung« nur mäßig kaschiert hatte. Diese Einschätzung der Lage verhehlte er auch nicht vor dem Kriegsgegner, der in Person seines amerikanischen Schülers Arthur L. Conger den Kontakt zu Delbrück suchte. Conger diente bei Kriegsende im Rang eines Obersten in der »Political Intelligence Section« der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Dort galten Delbrücks Einschätzungen als valide Prognosegrundlage und der US-amerikanische Oberkommandierende Pershing berichtete über Congers Sondierungsmission in Berlin direkt an Präsident Wilson.[453] Die ›Bolschewisierung‹ Deutschlands und das Ausgreifen Russlands nach Westen vor Augen, wie Delbrück sie eindrücklich in Aussicht stellte, hatte Conger im Gespräch den

450 Delbrück: »Proleten und Juden« [PJ 178/2].

451 Wilhelm Dibelius an Hans Delbrück, 31.03.1919, in: SBB PK, Nl Hans Delbrück, Briefe, Dibelius, Wilhelm, Bl. 9; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 22.05.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 249.

452 Delbrück: Die wichtigsten Fragen der künftigen Reichsverfassung [PJ 175/1]; Oskar Trautmann: Territoriale Neugestaltung des Reiches und Zerstückelung Preußens, in: PJ 175 (1919) 1, S. 72–85; Aufzeichnung »Republik Ostdeutschland«, in: Botschafter Rudolf Nadolny, Nr. 8, S. 76–79.

453 *Epstein*, Zwischen Compiègne und Versailles, S. 412–414; vgl. auch *Bucholz*, Delbrück's Modern Military History, S. 34.

Eindruck erweckt, dass ein versöhnlicher Wilson im Kreis der Siegermächte die Oberhand hätte und Deutschland etwa sowohl des territorialen Status des Saargebiets als auch Oberschlesiens sicher sein könnte.[454] Delbrück gab sich in folgedessen auch in einem Interview mit der»Associated Press« ebenso wie in seiner »Correspondenz« für das deutsche Publikum der »Preußischen Jahrbücher« zuversichtlich, dass die Vernunft den Entente-Mächte gebiete, dem Deutschen Reich eher milde Friedensbedingungen in wahrhaftiger Umsetzung von Wilsons 14 Punkten aufzuerlegen. Ansonsten blieben diesen nämlich nur zwei gleichermaßen unerfreuliche Aussichten, nämlich entweder ein erniedrigtes, nach Revanche lechzendes Reich, das wie Frankreich nach dem Krieg von 1870/71 rasch auf die Bühne der Weltpolitik zurückkehren würde oder aber eine Zerstörung Deutschlands nicht nur als politische Einheit, sondern auch als ökonomisches System und kulturelles Gebilde. Dies wiederum konnte in impliziter Anknüpfung an die letzte intellektuelle Verständigungsinitiative des Spätsommers 1918 den freihändlerisch orientierten Kreisen im Britischen Empire und den USA nicht erstrebenswert sein und würde überdies dem Bolschewismus die Tür nach Mitteleuropa öffnen.[455] Bis zur Eröffnung der Friedensbedingungen in Versailles hat Delbrück Zuversicht verbreitet, dass Wilsons Entwürfe einer Weltfriedensordnung uneingeschränkt Umsetzung finden würden, da der Präsident nicht nur aus Verpflichtung gegenüber seinen Idealen, sondern auch aus Rücksicht auf das europäische und globale Mächtegleichgewicht weiterreichenden Friedenskonditionen einen Riegel vorschieben würde.[456]

Im Zeichen dieser ungebrochenen Zuversicht stand auch Delbrücks Engagement als Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts am 7. Februar 1919. Bekannt als »Heidelberger Vereinigung« stellten sich deren Mitglieder unter der Führung des letzten kaiserlichen Reichskanzlers Max von Baden auf den Standpunkt, mit dem Waffenstillstand des 11. November wären die ursprünglichen 14 Punkte Wilsons gewissermaßen zur verbindlichen Friedensgrundlage geworden.[457] Delbrücks Schriften zum Komplex der Kriegsursachen, die in diesem Zusammenhang in den »Preußischen Jahrbüchern« erschienen, wurden im Auswärtigen Amt mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, wo insbesondere ihre Verbreitung in den USA gewünscht wurde. Denn die Diplomaten in der Wilhelmstraße und die Intellektuellen der »Heidelberger Vereinigung« verfolgten ein gemeinsames Ziel: eine Ausklammerung der ›Kriegsschuldfrage‹ aus den Friedensverhandlungen.[458] Keine Kriegspartei sollte über die andere zu Gericht sitzen, weswegen Delbrück auch auf den Beweis einer außerordentlichen hohen Kriegsschuld des Reiches zielende deutsche Publikationen, wie die

454 *Epstein*, Zwischen Compiègne und Versailles, S. 418 f.

455 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 187 f.

456 Delbrück: Der zu erwartende Friede [PJ 175/1]; Hans Delbrück: Die Friedensbedingungen, in: PJ 176 (1919) 2, S. 321–326.

457 Zitiert nach BArch Koblenz, N 1017/78, S. 230–232. Zur »Heidelberger Vereinigung« vgl. *Weinke*, Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit, S. 88–90.

458 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 187 f.

Aktenveröffentlichungen des nach kurzer Amtszeit ermordeten sozialistischen Ministerpräsidenten Bayerns, Kurt Eisner, scharf ablehnte. Sie galten ihm als möglicherweise gut gemeinte, aber sowohl der historischen Wahrheit als auch den politischen Interessen des Reiches abträgliche Selbsterniedrigung. Deutschland müsse seine Schuldigkeiten bekennen, ohne sich dabei selbst aufzugeben.[459] Vor diesem Hintergrund wurde Delbrück gemeinsam mit Max Weber, dem Völkerrechter und Politikwissenschaftler Albrecht Mendelsohn Bartholdy und dem noch während des Krieges zum Pazifisten gewandelten bayerischen General Max von Montgelas vom Leiter der deutschen Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles, Ulrich von Brockdorff-Rantzau, in die Kommission zur Klärung der Kriegsschuldfrage berufen.[460]

Seit Anfang Mai 1919 genoss er also nicht nur die, auch für vergleichsweise privilegierte deutsche Kreise, recht üppige Versorgungssituation in Paris, sondern erlebte auch die Friedensverhandlungen aus nächster Nähe mit.[461] Unmittelbar vor seiner Abreise nach Versailles hatte Delbrück noch einmal mit Conger gesprochen und bereits einen Eindruck davon erhalten, dass die ersten ruchbar gewordenen Friedensbedingungen durchaus Wilsons Einverständnis hatten. Zugleich konnten Delbrücks Erwiderungen den Amerikanern als Bestätigung ihrer Haltung gelten, insofern dieser mit Bestimmtheit erklärte, dass die Deutschen nicht in der Lage wären, Kompromisse einzufordern, sondern nur unter Protest erdulden konnten, was ihnen auferlegt würde.[462] In Paris schwand rasch, was sich Delbrück an Optimismus bewahrt hatte. Sein Mantra aus den Debatten um die »Weltpolitik«, dass, wenn Deutschland sich nicht rüste, Kolonien erwerbe und ganz allgemein als Großmacht reüssiere, dann werde es Beiwerk in einer bipolar aufgeteilten Welt werden, schien sich jetzt zu bewahrheiten. Nur waren inzwischen die USA als Flügelmacht an die Stelle des revolutionären Russlands getreten[463]:

»alles was wir erreichen können, ist höchstens, dass wir noch leben, aber ein Leben, von dem man zweifelt, ob es noch des Lebens wert ist.«[464]

Noch von Versailles aus hat Delbrück seine Sicht der Dinge in der Tagespresse verbreitet.[465] Die historische Verantwortung für die dort begründete Friedensordnung verortete er klar beim amerikanischen Präsidenten, der als mächtigster im Kreis der Sieger übereilt Kompromissbereitschaft über seine 14 Punkte gezeigt hatte. Zum Feindbild wollte er ihn dennoch nicht stempeln. Die Verachtung

459 Ebd., S. 201–206.

460 Ebd., S. 186–201.

461 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 20.05.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 246 f.

462 *Epstein*, Zwischen Compiègne und Versailles, S. 437 f.

463 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 20.05.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 246 f.

464 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.05.1919, ms. Abschrift in: Ebd., S. 248.

465 Hans Delbrück: Wilsons Umfall, in: Neuer Berliner, 22.05.1919, Nr. 110.

Wilsons, in welche auch in seinem Umfeld die Frustration über die Friedensbedingungen umschlug und die den Präsidenten als neuropathischen Kranken abqualifizierte, hat Delbrück nicht geteilt.[466]. Obwohl Delbrück Wilhelm II. eine gehörige Mitschuld zwar nicht am Ausbruch des Krieges, aber doch an seinem Verlauf und Ende zuwies, war die vom Kriegsgegner begehrte Auslieferung des Kaisers in Delbrücks Augen die schändlichste von allen in Versailles aufgestellten Friedensbedingungen. Fast wortgleich wie in seinen Briefen nach Hause protestierte er im Juniheft der »Jahrbücher« scharf gegen diese »einzige wirkliche Schmach und Hingabe unserer Ehre«.[467]

Deutschland hatte, so stellte sich im Anschluss an den von Delbrück in den Familienbriefen genauso wie in der »Politischen Correspondenz« bemühten Ausspruch Bismarcks heraus, doch nicht selbst reiten können.[468] Zum neuen Deutschland sollte Delbrück genau die Position einnehmen, die ihm Erich Dombrowski zum 70. Geburtstag auf den Leib geschrieben hatte, die »Zurückbleibenden« aufmunternd, die »Vorwärtsstürmenden« zurückhaltend.[469] In diesem Sinne sollte sich Delbrück vom Anbeginn der Weimarer Republik an unumwunden zu ihr bekennen. Mit Hugo Preuß wusste sich Delbrück in den Verfassungsreformdebatten der jungen Republik der Vorbildhaftigkeit des US-amerikanischen Präsidenten als mächtigem, direktgewähltem republikanischen Staatsoberhaupt einig.[470] Überkommene Symbole der alten Ordnung, wie die

466 Delbrück: Die Friedensbedingungen [II] [PJ 176/2]; Hans Delbrück: Ist das Deutsche Reich souverän?, in: PJ 178 (1919) 1, S. 188–190; Ernst Kabisch an Hans Delbrück, 06.11.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Kabisch, Ernst, Bl. 41–43.

467 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 19.06.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 252 f.; Delbrück: Die Friedensbedingungen [II] [PJ 176/2], S. 475.

468 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 22.02.1918, ms. Abschrift in: N 1017/77, S. 51; Delbrück: Abschied [PJ 1919], S. 371.

469 Johannes Fischart [Erich Dombrowski]: Hans Delbrück, in: Die Schaubühne 14 (1918) 46, S. 453–456, S. 453 f.

470 Hans Delbrück: Die wichtigsten Fragen der künftigen Reichsverfassung, in: PJ 175 (1919) 1, S. 131–136, S. 134–136; Hugo Preuß an Hans Delbrück, 07.01.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 17–18. Zu diesem Themenkreis referierte Delbrück auch im Rahmen von »Volks-Hochschulkursen«, die Hermann Rassow in Potsdam organisiertem vgl. Hermann Rassow an Hans Delbrück, 16.04.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rassow, Hermann, Bl. 82–83. Zu Hugo Preuß als verfassungspolitischem »Vordenker« vgl. *Dreyer*, Hugo Preuß. Nahezu ausschließlich auf dessen wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen aufgebaut, kommen Preuß Perspektiven auf die Novemberrevolution bei Dreyer recht kurz, ebenso seine unverkennbare Verhaftung im traditionellen Obrigkeitsstaat trotz aller Reformorientierung und die Sicherung des Nationalstaats als politischem Leitstern, vgl. Hugo Preuß an Hans Delbrück, 12.06.1917, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 11–12; Hugo Preuß an Hans Delbrück, 28.09.1918, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 15; Hugo Preuß an Hans Delbrück, 15.09.1919, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Preuß, Hugo, Bl. 20. Zu Preuß' Berufung zum Autoren der Reichsverfassung sowie zur Preuß-Rezeption vgl. auch *Lehnert*, Ein »obskurer« Weimarer Verfassungsvater?

schwarz-weiß-rote Fahne, forderte er derweil zu erhalten, um den Konservativen ein Integrationsangebot zu machen, unter die er sich selber rechnete:

»Wir erkennen die Republik an und finden uns mit ihr ab, weil wir einsehen, daß sie die einzige politische Form ist, in der das deutsche Volk heute sein Leben fristen kann; daß eine monarchische Restauration, so wie die Dinge liegen, in sich unausführbar ist, uns in Bürgerkrieg stürzen und den Weltkrieg erneuern hieße. Wer das deutsche Volk liebt, muß heute mit deutscher Treue der Republik dienen.«[471]

Um der Republik zu dienen, musste Delbrück sein Misstrauen gegenüber den Verfahrensformen demokratischer Massenpolitik nicht überwinden. Die gesteigerte Komplexität politischer Verfahren im demokratisierten Staat war für ihn, der jahrzehntelang die Vorzüge der bismarckschen ›Mischverfassung‹ gepredigt hatte, ein praktisches Problem. Die damit einhergehende Erosion traditioneller Ordnungssysteme stellte sich ihm, dem durch Herkunft und Lebenslauf von vornherein politische Teilhabe gewiss gewesen war, als sittliche Gefahr dar, da grundlegende Sicherheiten in Zweifel gezogen waren. Von daher mag es gar nicht so sehr überraschen, dass Delbrück, der sich biologistischer Argumentationen von weiblicher Inferiorität stets enthalten hatte, auf ein Beispiel aus dem Bereich der menschlichen Biologie verfiel, als der neue Staat über den alten zu Gericht saß, wenn der neue republikanische Reichstag 1919 die versäumten Friedensmöglichkeiten während des Krieges zum Gegenstand eines Untersuchungsausschusses machte. Diesem gehörten unter anderem auch eine Zentrumsabgeordnete und eine Sozialdemokratin an, was Delbrück in seiner »Politischen Correspondenz« mit einer rhetorischen Frage kommentierte, die in ihrer Ironie bezeichnend ist:

»Diese Damen sollen über Hindenburg und Ludendorff urteilen. Weil unsere Verfassung feststellt, daß wir von Proporz-Gewählten regiert werden und daß Männer und Frauen gleichwertig sind. Vielleicht stellt die Verfassung nächstens auch fest, daß die Männer und Frauen gleichmäßig die Kinder zu gebären haben.«[472]

Mit der fraglichen Nummer der »Jahrbücher«, dem Dezemberheft 1919, nahm Delbrück nach 36 Jahren Abschied von den »Blauen Heften«. Seinem »Dienst« an der Republik hat er sie nicht gewidmet, sondern einmal mehr mit einem Epochenjahr der deutschen Geschichte auch einen persönlichen Lebensabschnitt vollendet. Nachdem der Friedensvertrag von Versailles unterschrieben war, fasste er im Spätsommer 1919 den Entschluss, sich von den »Jahrbüchern« zu trennen: »Was ich meinem Volk zu sagen hatte, habe ich gesagt – ohne Erfolg.

471 Hans Delbrück: Die Verfassungsfrage. Schwarz-Rot-Gold, in: PJ 177 (1919) 2, S. 295–298, S. 296. Zu Hans Delbrück und der politischen Symbolik der Weimarer Republik vgl. *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 171–180. Zu Hans Delbrück und der Verfassungspolitik von Weimar vgl. *Lüdkte, Hans Delbrück und Weimar*, S. 127–138.

472 Hans Delbrück: Der parlamentarische Untersuchungs-Ausschuß, in: PJ 178 (1919) 3, S. 542–550, S. 544.

Also ist es Zeit, sich zurückzuziehen«.[473] Ganz ähnlichen Sinnes legte er auch Rechenschaft ab in seinem »Abschied«:

»Ist es mir auch nicht gelungen, dem Sturm rasender Leidenschaften gegenüber die Stimme der Vernunft soweit zu Gehör zu bringen, dass der Weg, der vielleicht zur Rettung hätte führen können, wirklich eingeschlagen worden ist, so ist es dennoch, hoffe ich, nicht ohne Wert, dass die Mit- und Nachwelt weiß, dass im deutschen Volk solche Stimmen vorhanden waren.«[474]

Im Ersten Weltkrieg hat Hans Delbrück in Kumulation seiner politischen Integrationsbemühen der Vorkriegsjahrzehnte Duldsamkeit und Kampfbereitschaft breiter Kreise als Voraussetzung für einen Sieg des Reiches respektive die Verhinderung einer Niederlage anerkannt, die nicht ohne die ›Gegengabe‹ politischer Teilhabe zu gewinnen war. In diesem Sinne hat er sich für die Reform des preußischen Wahlrechts eingesetzt sowie unter Regierungsangehörigen und in konservativen Kreisen für die Anerkennung linker Reformforderungen auf Reichsebene geworben. Bis in den November 1918 hinein waren diese Bemühungen, Brücken zu bauen und Gegensätze zu moderieren, dem Ziel verpflichtet, die Autorität des Obrigkeitsstaates zu bewahren, von dessen Institutionen daher jedwede Reforminitiative ausgehen musste. Auch infolgedessen ist Delbrück geradezu tragisch gescheitert, indem er sein Engagement für eine Neuordnung der verfassungspolitischen Verhältnisse weitgehend an der überschaubaren Kooperationsbereitschaft der Reichsleitung ausrichtete. So lange, bis dass die energisch unterstützten Oktoberreformen des Prinzen Max von Baden zu spät kamen, um den Innen- und Außenpolitischen Druck zum Umsturz aufzulösen. Obschon er nicht nur Schmähbriefe, sondern auch viel Zustimmung »von früheren fanatischen Gegnern« erfuhr[475], hat er entscheidenden Einfluss im Weltkrieg nicht erfolgreich zu nehmen vermocht. Als »Orion mit der Leier«, wie sein Schwager Harnack ihn drei Jahrzehnte zuvor betitelt hatte, schlug er nun nicht mehr den »treffenden Accordt« an.[476]

473 Hans Delbrück an Lina Delbrück, 21.08.1919, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 14 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/78, S. 297a–298.

474 Delbrück: Abschied [PJ 178/3], S. 370.

475 Lina Delbrück an Johanna Thiersch, 22.09.1918, ms. Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 13 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/77, S. 109.

476 Adolf von Harnack an Hans Delbrück, 10.10.1888, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Harnack, Adolf von, Bl. 13.

VII. Schlussbetrachtung

»Sie können sich als eine Art Kassandra betrachten, denn wir sind durch zwei Gewalten ins Verderben geführt, mit denen Sie schon im Frieden, ja seit ihrem ersten Hervortreten im Kampfe gelegen haben: mit dem Hochmut des Militärs, das alles besser wußte, und mit der Demagogin in jeder Gestalt, die in den Fragen der feinsten Empfindung und in Angelegenheiten, die der sorgsamsten Erwägung und der höchsten Sachkenntnis bedürften, die individuelle Gewissenhaftigkeit u. Selbstständigkeit durch brutalen Massenterror und billige Schlagworte zu ersetzen suchte.«[1]

Mit diesen Worten adressierte Gustav Roloff seinen alten Lehrer in der düsteren Atmosphäre von dessen 70. Geburtstag am Tag des Waffenstillstands eingedenk seiner jahrzehntelang geübten Rolle als ›Realpolitiker‹ und Mahner vor jedweder »Gefühlspolitik«. Als »Prophet des Staatsgedankens«[2] hat Hans Delbrück die Vielgliedrigkeit eines sich zunehmend ausdifferenzierenden politischen Systems in normativer Weise aufgefasst und Parlamente, Bürokratie und Presse gleichwertig nebeneinandergestellt, so dass die entscheidende Trennlinie nicht zwischen diesen Institutionen, sondern zwischen Elite und Masse verlief. In Daniels hagiographischer Formel vom »Propheten« als Sinnspezialist par excellence adressiert, bewegte sich Delbrück höchst erfolgreich zwischen diesen verschiedenen Kommunikationsräumen, wodurch er nach seinen eigenen Worten im Wechselspiel seiner sozialen Rollen »nach allen Seiten Fühlung nahm und Berührung fand«[3]. Hans Delbrück als Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher« in den Fokus zu rücken, bedeutet daher, ein Gegenmodell zum klassischen Intellektuellenbegriff linker Staats- und Gesellschaftskritik greifbar zu machen. In diesem Sinne steht Delbrück stellvertretend für die Kritikbereitschaft und Kritikakzeptanz des liberalkonservativen Milieus im Deutschen Kaiserreich. Seine Kritik zielte nicht auf eine Überwindung der bestehenden Ordnung, die er nach eigenem Bekunden »liebte«[4], sondern auf Verbesserung der herrschenden Verhältnisse. Diesem Ziel verpflichtet scheute er bei aller Staats- und Regierungstreue nicht vor Konflikten zurück und war bereit, Nachteile in Kauf zu nehmen, wie 1895, als er es im Streit um die Wendung von den »Thorheiten« der preußischen Polizei zu einer Zeit auf eine Konfrontation mit dem Staatsministerium ankommen ließ, als seine Ernennung zum ordentlichen Professor verhandelt wurde.[5]

1 Gustav Roloff an Hans Delbrück, 09.11.1918, zit. nach Lüdtke: Hans Delbrück als »Kassandra«, S. 315.
2 *Daniels*, Delbrück als Politiker, S. 19.
3 Delbrück: Danksagung [PJ 174/3], S. 443.
4 Vgl. Kap. I, Anm. 79.
5 Vgl. Kap. III, Anm. 236.

In jeder Kombination war ihm die Politik ein Elitengeschäft. Seine »Öffentlichkeit« war diejenige der politischen Kulturzeitschriften und Salons, nicht die der General-Anzeiger-Presse und der Straße. Die Massenpolitik blieb dem »Kathedersozialisten« ein Quell der Unordnung und letztlich der Gefahr für den Staat, ganz gleich, ob Sozialdemokraten, »Ultramontane« oder »Alldeutsche« sie betrieben. Dieses ausgeprägte elitäre Misstrauen gegen jene, denen auch im ›modernen‹ Nationalstaat der Dunst der Untertanen anhaftete, prägte auch die Kontroversen um Delbrücks Interventionen auf der Vorderbühne der politischen Publizistik. Dass nur auserlesenen Kreisen Dissens in politischen Angelegenheiten zuzumuten verantwortbar war, war in dieser Beziehung seit Delbrücks Disziplinarprozess in Folge seiner scharfen Kritik an der Ausweisungspolitik in Nordschleswig 1899 gerichtsfest.[6]

Hans Delbrück war ein einflussreicher Mann. Seine Einflussmöglichkeiten waren ihm selbstverständlicher Ausdruck »geistigen Adels« und diesen Einfluss suchte er zu nutzen, und sei es, um die Straße Unter den Linden für den Fahrradverkehr öffnen zu lassen.[7] Wie vermutlich die meisten Sinnspezialisten einer Gesellschaft war er es aus dem womöglich banal erscheinenden Grund, dass ihm eine kritische Menge seiner Zeitgenossen eine besondere Einsicht in die Ordnung der Dinge zuschrieb und von einer noch größeren Menge wiederum genau das annahm. Minister und Redakteure hörten sich an, was Delbrück zu sagen hatte, weil sie davon ausgingen, dass in Ministerien und Redaktionen Beachtung fand, was Delbrück sagte und hielten so das Schattenspiel der intellektuellen Autorität beständig in Gang. Dazu mussten sie mit seinen Meinungen nicht übereinstimmen, doch die Zulässigkeit seiner Kritik haben sie nicht in Zweifel gezogen. Die einzelnen Ausnahmen Köllers, Bosses und Trautgott von Jagows bestätigen diese Regel. Tatsächlich waren es gerade die Gegner Delbrücks, deren eindringliche Warnungen in Pressepolemiken und Klageschriften das Vertrauen greifbar werden lassen, das Hans Delbrück als politischer Intellektueller genoss. Sicher resultierte dieses Vertrauen nicht zum letzten aus sozialen Routinen, die selten reflektiert wurden. Nach Herkommen und Lebensweg war Delbrück Teil einer letztlich überschaubaren Elite. Deren Organisation in familialen Netzwerken ragte über die engeren Grenzen der akademischen Lebenswelt hinaus und äußerte sich etwa während des Ersten Weltkriegs in der milden Behandlung der »Preußischen Jahrbücher« durch die militärische Pressezensur, deren verantwortlicher Kommandant in Berlin Delbrück seit der gemeinsamen Zeit am Hofe Friedrichs III. verbunden war. Ganz eindeutig war dieses Vertrauen

6 Vgl. Kap. IV, Anm. 174.

7 Georg von Rheinbaben an Hans Delbrück, 14.06.1901, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefe, Rheinbaben, Gerog Frh. v., Bl. 1. Zu Delbrücks Leidenschaft für das Fahrradfahren vgl. auch Hans Delbrück an Lina Delbrück, 01.08.1898, ms.Abschrift in: Lina Delbrück: Hans Delbrücks Leben, Bd. 4 [unveröff. Manuskript], in: BArch Koblenz, N 1017/68, Bl. 2 f.; Hans Delbrück an Johanna Thiersch, 02.08.1898, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 3 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 02.09.1898, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 5 f.; Hans Delbrück an Lina Delbrück, 15.07.1900, ms. Abschrift in: Ebd., Bl. 68.

aber auch rational begründet. Als »ordentlicher Professor, ehemaliger Prinzenerzieher, Hauptmann der Landwehr, Ritter des Eisernen Kreuzes«[8] wies er schlicht unverkennbare Zeichen auf, die im Kontext der Gesellschaft des Kaiserreichs bis zu einem gewissen Punkt Sicherheit gaben. Sie genügten auch vor Gericht explizit als Ausweis der Vertrauenswürdigkeit von Delbrücks Prozessaussagen. Zum letzten und als biographisches Spezifikum besonders zu betonen ist die Bedeutung reflexiv begründeten Vertrauens, das aus der langfristigen Dauer von Delbrücks Wirken als politischem Intellektuellen resultierte. Seine grundsätzliche Regierungsnähe und patriotische Gesinnung, gerade auch in außenpolitischen Fragen, war bekannt. Sie machte ihn zum Vermittler für Dritte, die, den Berliner Machtzentren räumlich oder sozial fernstehend, für eigene politische Publizistik die Lage sondierten oder Resonanzkontrolle betrieben. Auch schützte sie ihn vor Gericht, wie schon Delbrück selbst anlässlich seiner milden Strafe im Disziplinarprozess des Jahres 1899 kritisch reflektierte.[9] Gleichwohl nahm Delbrück explizit die Unabhängigkeit seines Urteils für sich in Anspruch. Dieser Selbstanspruch korrespondiert mit den Quellenzeugnissen semantischer Reserve, in denen Delbrücks Urteil Wertschätzung bekundet und zugleich Dissens reklamiert wurde. Dessenthalben galt Delbrück partei- und grenzübergreifend als ehrlicher Gesprächspartner. Bei aller sozialer Anpassungsfähigkeit redete er seinem Gegenüber selten nach dem Mund, gestand Fehleinschätzungen ein und vertrat eigene Standpunkte konsequent und unverstellt. Dass sein Eintreten für eine Wahlreform in Preußen ab 1917 vorwiegend taktischen Erwägungen im Sinne einer konservativen Staatsordnung geschuldet war, hat Delbrück auch öffentlich freimütig bekannt und dennoch zur Kooperation mit der MSPD-Führung getaugt. Dass er zur gleichen Zeit öffentlich für ein deutsches Kolonialreich in Zentralafrika, von Sierra Leone bis Madagaskar warb, um Annexionsforderungen in Europa entgegenzuwirken, beweist als seltenes Beispiel deutlicher Diskrepanz zwischen dem, was Delbrück auf der Hinterbühne seiner persönlichen Korrespondenz äußerte und dem, was er in den »Jahrbüchern« druckte, diese Regel.

Wie sehr auch der ostentativ seine Freimütigkeit als Kritiker betonende Delbrück im Gefüge des Obrigkeitsstaates verhaftet war, zeigt sich in den frappanten Unterschieden der Art und Weise, mit denen er als politischer Intellektueller auf den Feldern der Innenpolitik einerseits und der Außenpolitik andererseits agierte. Ungeachtet aller Verflechtungen zwischen diesen Feldern hat Delbrück die Diplomatie als klassische Arkansphäre der Regierung bis zum Ersten Weltkrieg mit erkennbarer Reserve behandelt. Zwar hat er bereits recht zu Anfang seines Engagements für eine deutsche »Weltpolitik« bewiesen, dass er sich die Unabhängigkeit seines Urteils auch in außenpolitischen Angelegenheiten nicht beschneiden ließ, als keine Mahnung Bernhard von Bülows ihn zu »Selbstbeschränkung« in der publizistischen Behandlung des Burenkrieges

8 Vgl. Kap. IV, Anm. 200.
9 Vgl. Kap. IV, Anm. 180.

bewegen konnte. Dennoch hat er Diplomatie, Rüstungs- und Kolonialpolitik zweifellos als die ureigenste Domäne der Regierung anerkannt und diese zu bewahren getrachtet. Die Akribie und Tiefe seines publizistischen Engagements in der Nationalitätenpolitik haben diese Politikfelder selten und ihre Breite nie erreicht. Am medial viel beachteten Disziplinarprozess gegen den Begründer der Kolonie Deutsch-Ostafrika, Carl Peters, stießen ihm weniger die Peters angelasteten Gewalttaten als vielmehr der Umstand auf, dass in dieser Beziehung überhaupt parlamentarische und mediale Skandalisierung im Arkanraum der Regierung betrieben wurde. Hinsichtlich dieser Vorgeschichte wird es auch nicht nur journalistischer Quellenschutz gewesen sein, dass Delbrück im Besitz umfassender und höchst kritischer Berichte Paul Rohrbachs aus den Aufstandsgebieten in Südwestafrika zum dortigen brutalen Kolonialkrieg ab 1904 eisern schwieg. Zwar machte Delbrück ab den späten 1890er Jahren die »Jahrbücher« zu einem Glied der publizistischen Flottenrüstungsmaschinerie, doch blieben auch die hierzu geknüpften Argumentationsstränge bemerkenswert oberflächlich. Technische Details wurden auch von ausgewiesenen Experten nur punktuell behandelt und tatsächlich war es diese Vagheit, die das besondere Lob etwa des Prinzen Heinrich für das publizistische Engagement des alten Hoflehrers begründete. Wie viele Schiffe welchen Typs nun gebaut wurden, sollte demnach für die öffentliche Meinung schlicht irrelevant sein und so machte es sich Delbrück im Besonderen zur Aufgabe, die Rüstungspolitik der Regierung gegen konservative Opposition zu verteidigen. Nach der Jahrhundertwende begann er sich sukzessive gegen die imperialistischen Agitationsverbände zu positionieren. Der Umschlagpunkt war 1907 erreicht, als der »Flottenverein« nicht in seiner Rolle als Fußtruppen Bülows bei den »Hottentottenwahlen« verharrte, sondern die im Wahlkampf gegen SPD und Zentrum angeschobene Agitationswelle danach weiterschwappen ließ und die Regierung auf ihrem ureigensten Gebiet kritisierte. Spätestens seit dem Bruch mit dem »Flottenverein« war die Position vorgezeichnet, in der Delbrück und die »Jahrbücher« sich ab der zweiten Marokko-Krise dauernd wiederfinden sollten, als Stützen einer tatsächlich oder vermeintlich von den »Alldeutschen« bedrängten Reichsleitung.

Weit stärker als Publizist denn als Parlamentarier hat Hans Delbrück eine politische Selbstverortung vorgenommen, als Verfechter eines starken Staates, für kulturellen Liberalismus, progressive Sozialpolitik und nationale Integration. Moralische Pflicht und Staatsräson flossen in deren Begründung in Eins.

Delbrücks Idealbild des Staates als »sittlicher Errungenschaft«[10] gründete auf dessen äußerer Souveränität. Deren Stabilität und Sicherheit erhielten den Staat, welcher wiederum die äußere Souveränität und ihren Ertrag garantierte. Diese Souveränität gründete auf militärischer Stärke, wie gemäß Delbrücks historischem Paradigma von der Wechselwirkung zwischen militärischer und politischer Verfassung eines Gemeinwesens die modernen Nationalstaaten grundsätzlich durch das System der stehenden Heere fundiert waren. Militärische

10 *Lüdtke*, Hans Delbrück und Weimar, S. 116.

Stärke und außenpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten, war die vorrangige Aufgabe des Staates. Bis in den November 1918 bewahrte sich Delbrück die Überzeugung, dass die Bewältigung dieser Aufgabe ihre Sicherheit in einer überlegenen deutschen »Mischverfassung« fand. In dieser Ordnung gab das demokratisch-parlamentarische Element den unvermeidbaren Partikularinteressen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen Ausdruck und machte sie zugleich kontrollierbar. Denn die parlamentarischen Spielregeln, die Erfordernisse von Wahlabsprachen und Koalitionsbildung, verlangten Kooperationsbereitschaft. Innere Interessengegensetze konnten sie nicht aufheben, aber austarieren. Auch in dieser Beziehung war »Realpolitik« das Maß aller Dinge. Weniger deutlich doch unverkennbar tritt in Delbrücks politischem Denken und Handeln ein aristokratisches Element neben das demokratisch-parlamentarische. Von den Schlachtfeldern des Jahres 1870 über seine Kaisergeburtstagsrede auf »Geist und Masse« 1912 bis zur Unterstützung einer Kanzlerschaft Max von Badens ab 1917 vertrat Delbrück die Überzeugung, dass Organisation Führung bedurfte, zu der wenige berufen waren. Dieses Führungspersonal stellte im Deutschen Reich der landbesitzende Adel als Träger des nationalen »historisch-ethischen Kapitals«[11]. Dieses galt es zu pflegen und zu erhalten, was nach Delbrücks Urteil auch eine wirtschaftspolitische Privilegierung der Großgrundbesitzer umfasste. Der Schlussstein der »Mischverfassung« war jedoch das »monarchische Prinzip«. Durch historische ›Leistung‹ legitimiert, hielt die Monarchie die verschiedenen Glieder einer durchaus ständisch organisierten Gesellschaft zusammen und garantierte die Unabhängigkeit der Regierung unter dem Druck parlamentarischer Wechselwinde. Auf sie waren Offizierskorps und Berufsbeamtentum als ›unpolitische‹ Institutionen verpflichtet. Dieser politischen Ordnung hatte sich Delbrück mit Leib und Seele verschrieben und zur dauernden Sorge wurde ihm daher die Handlungsfähigkeit und Initiativmacht der Regierung zwischen sich verfestigender konservativer Opposition in Preußen und wachsenden Mehrheiten derjenigen parlamentarisierungsaffinen Parteien im Reichstag, die nach dem Sturz der Monarchie die demokratische »Weimarer Koalition« bilden sollten. Um die Autorität des Obrigkeitsstaates zu wahren, ging Delbrück weit und es erscheint durchaus zweifelhaft, ob er ihr einen guten Dienst erwies, indem er noch die skandalträchtigsten Auftritte des Kaisers als folgenloses Gerede abtat und gleich ob im Streit um die Rüstungspolitik des Reiches oder die Nationalitätenkonflikte in Preußen, lieber Parteien, Verbände und Pressemedien zum Gegner stempelte, nicht die Regierung, welche der Unterstützung gegen eben diese bedurfte.

Stets focht Delbrück für kulturellen Liberalismus, wobei sich unterschiedliche Ziele und Motive überlappten. Die »Preußischen Jahrbücher« waren in weiten Teilen ein Forum des kulturprotestantischen Bildungsbürgertums und innerhalb dessen war Delbrück wiederum ein liberaler Vertreter. Bildung und Erziehung, ob religiös oder profan, erachtete er als privat, wenn auch eher in

11 Vgl. Kap. III, Anm. 51.

einem häuslich-familiären als individualistischen Sinne. Ihre Grenzen fanden diese Freiheiten auch nach Delbrücks Urteil in der geschlechterbezogenen Differenzierung einzelner Lebensbereiche und Kommunikationsräume. Abgesehen von diesen Grenzziehungen galten ihm obrigkeitliche Eingriffe in jene private Sphäre bürgerlicher Freiheit als Gefahr für die persönliche Entwicklung. Vor diesem Hintergrund ziehen sich antiklerikale Stereotype durch seine Auseinandersetzung mit dem deutschen Katholizismus, wobei er besonders dem Beichtsakrament größtes Misstrauen entgegengebrachte. In Hinblick auf sein politisches Wirken kannte dieser liberale Antiklerikalismus jedoch keine konfessionelle Einseitigkeit. Obwohl er die protestantische Kirche durchaus als Institution schätzte und nicht jeder Macht entkleidet sehen wollte, waren ›klerikal-konservative‹ Bündnisse das Feindbild seiner Wahlhoffnungen und -empfehlungen. Das allgemeine Reichstagswahlrecht verteidigte er nicht zuletzt als Schutzschild bürgerlicher Freiheitsrechte gegen ein konservatives und orthodox-protestantisches Rollback. Diese liberale Grundhaltung bezog sich nicht nur auf das eigene Milieu, sondern prägte auch seine Positionierung gegenüber den nationalen und konfessionellen Minderheiten des Reiches. In dieser Beziehung wohnte seinem Engagement freilich auch ein unverhohlen taktisches Moment inne. Nach seiner Beurteilung des Kulturkampfes als Erfolg betrachtete er kultuspolitische Zugeständnisse wie die Zulassung katholischer Privatschulen oder die Einrichtung paritätischer Lehrstühle als Mittel der Wahl, um das Zentrum zu Kompromissen in ›nationalen Fragen‹ wie dem Rüstungsbudget zu bewegen und ganz allgemein das feste Gefüge des politischen Katholizismus durch Integrationsangebote an ›liberalen Katholiken‹ aufzuweichen. Ganz ähnlichen Erwägungen folgte Delbrücks kultuspolitische Linie gegenüber den nationalen Minderheiten. Indem die preußischen Behörden unter dem Druck nationalistischer Ideologen in die religiöse Kindererziehung dänischer und polnischer Untertanen der Hohenzollern hineinregierten, so warnte Delbrück unermüdlich, bewirkten sie ohne Not eine Entfremdung dieser Bevölkerungsgruppen vom preußischen Staat, während doch gerade das Feld der Kultuspolitik dazu einlade, separatistischen Strömungen mit maßvollen Konzessionen das Wasser abzugraben. Gerade in diesem Zusammenhang hatte Delbrücks kultureller Liberalismus auch eine klare außenpolitische Stoßrichtung. Über die unmittelbaren Folgen illiberaler Kultuspolitik im Verhältnis der nationalen Minderheiten Preußens zum Gesamtstaat hinaus, galten ihm derartige Maßnahmen als gefährliche Präzedenzfälle zum Nachteil der deutschen Bevölkerungsgruppen des Zarenreichs und der ungarischen Reichshälfte der Donaumonarchie. Noch schwerer wogen kulturelle Repressionen nach Delbrücks Urteil jedoch als ein Makel, der das Prestige des Kaiserreichs als einem »Kulturstaat« herabsetzte und damit letztlich auch seinen diplomatischen Handlungsoptionen als Großmacht schadete.

Hans Delbrück hat selber die Anekdote von seiner Selbstbezichtigung als »konservativer Sozialdemokrat«[12] in die Welt gesetzt und wenn er auch Marx

12 *Daniels*, Delbrück als Politiker, S. 10.

für einen demagogischen Dilettanten hielt, der bloß einige Versatzstücke der Lehre Hegels popularisiert hatte, sah er doch die Notwendigkeit eines idealistischen und politischen Korrektivs für den Individualismus und Materialismus der modernen Industriegesellschaft. Er war ein »Kathedersozialist« und seine Kritik an Konservativen und Nationalliberalen auch ein Kampf gegen ein »Kartell des Mammonismus«. Diese Grundhaltung ergab sich aus einem paternalistischen Selbst- und Staatsverständnis, nachdem die »traditionellen Eliten« zum Besten des Gemeinwesens zur Fürsorge gegenüber den ihnen untergeordneten sozialen Gruppen verpflichtet waren. Auch in dieser Beziehung schätzte Delbrück das allgemeine Reichstagswahlrecht als Druckmittel gegen die »Selbstgenügsamkeit und Trägheit«[13] pflichtvergessener Eliten. Auch als »Kathedersozialist« war Delbrücks politische Linie klar von taktischen Erwägungen bestimmt. Dass seinen Einflussmöglichkeiten im sozialdemokratischen Milieu schon wegen seines Eintretens für die Schutzzollpolitik enge Grenzen gesetzt waren, war sich Delbrück sehr bewusst. Wenn er trotzdem gegen antisozialistische Repressionen und ab der Jahrhundertwende auch für liberal-sozialdemokratische Kooperation eintrat, dann geschah dies aus verschiedenen Motiven. Zum einen galt Delbrück manches angedachte oder realisierte Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung auch als Gefahr für liberale bürgerliche Freiheiten und das außenpolitische Prestige des Deutschen Reiches. In dieser Beziehung waren die Sozialdemokraten genauso akzeptable Verbündete zu deren Abwehr wie das Zentrum. Des Weiteren und gleichfalls in Übereinstimmung mit seinem Eintreten für eine liberale Kultuspolitik gegenüber dem deutschen Katholizismus zielte Delbrücks sozialpolitische Linie gegenüber Arbeitermilieu und SPD darauf ab, die aus einer ›Kampfzeit‹ resultierende prinzipielle Oppositionshaltung zu unterhöhlen und die Einheit von Sozialmilieu und politischer Partei zu unterminieren, um den parlamentarischen Handlungsspielraum der Regierung zu erhöhen. Solche taktische Erwägung und Delbrücks sozialpolitische Grundhaltung gingen insofern Hand in Hand, als dass er sich von parlamentarischer Konkurrenz für die liberalen Parteien seitens der SPD und größerer Handlungsfreiheit der Regierung gegenüber den Konservativen die besten Realisierungschancen für die paternalistische progressive Sozialpolitik der »Kathedersozialisten« vom Evangelisch-Sozialen Kongress erwartete.

Der von Delbrück postulierte Wirkungskreislauf von äußerer Souveränität und innerer Stabilität war am besten durch innere Integration zu befördern, jedenfalls soweit es diesem Wirkungskreislauf dienlich schien und nicht in erster Linie, um emanzipatorische Ideale zu erstreben. Aus diesem Grund trat Delbrück nicht nur für liberale Kultuspolitik und progressive Sozialpolitik zur Einbindung der deutschen Katholiken und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ein, sondern auch für eine weitherzige Integrationspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten. Diese politische Grundhaltung ergab sich durchaus ein Stück weit aus nationalistischer Ideologie, nämlich insofern Delbrück in

13 Vgl. Kap. III, Anm. 282.

Übereinstimmung mit weiten Teilen von Mitarbeiterschaft und Lesepublikum der »Preußischen Jahrbücher« davon überzeugt war, dass das Deutsche Reich nicht nur auf einer überlegenen politischen Ordnung, sondern auch als Gehäuse für eine besonders hochstehende Kultur begründet war. Ein vollständiges Aufgehen von Polen, Dänen und Juden in dieser Kultur blieb ihm bei aller Übereinstimmung mit dem assimilatorischen Antisemitismus Treitschkes eine unrealistische Entwicklung und selbst die deutschen Katholiken dauerhaft ›die Anderen‹. Doch wie Delbrück die deutsche Kolonialpolitik als Ausführung einer »kulturhebenden« Zivilisierungsmission begriff, so rechnete er der deutschen Mehrheitskultur auch im eigenen Staat eine besondere Kraft zu, die im Verbund mit praktischen Nutzerwägungen – etwa in Hinblick auf Sprachkenntnisse und Bildungschancen – die nationalen Minderheiten langfristig auf eine evolutionäre Bahn zur »Germanisation« ziehen musste. Die Sprache war ein dauernd umkämpftes Feld, nicht nur unter der Rubrik kultuspolitischer Minderheitenrechte und diese Konflikte verweisen auf die taktische Ebene von Delbrücks Paradigma nationaler Integration. So wie Delbrück den kulturpessimistischen Kampf des »Allgemeinen Deutschen Sprachvereins« gegen die Verwendung von Fremdwörtern für einen hysterischen Fanatismus erklärte, der die integrative Kraft der deutschen Sprache verkannte, so war es auch seine Grundhaltung in der Nationalitätenpolitik, dass der deutsche Nationalstaat fest genug gefügt war, um seinen nationalen Minderheiten großzügig Freiräume zu zugestehen und so deren Loyalität erwerben konnte. Dieser Gabentausch wog nach Delbrücks Urteil doppelt schwer, denn er versprach demnach nicht nur äußere Stärke durch innere Stabilität, sondern auch Prestigegewinn unter den »kleinen Nationen« und infolgedessen Machtzuwachs im Konzert der Mächte. Gemäß dieser pragmatischen Kalkulation gewichtete Delbrück die verschiedenen Minderheiten durchaus unterschiedlich, was sein taktisches Politikverständnis nochmals unterstreicht. So hat er über Jahrzehnte ebenso regelmäßig wie nachdrücklich eine Versöhnungspolitik gegenüber den Polen in einer neuralgischen Zone der internationalen Beziehungen angemahnt. Die deutschen Juden indes, bar eines zur Anlehnung geeigneten anderen Staates, waren ihm kaum der Beachtung wert.

Mit diesen Ansichten ist Hans Delbrück bei aller notorischen Fremdzuschreibung und gelegentlichen Selbstinszenierung als Solitär doch eine repräsentative Figur für die politische Kultur des Deutschen Kaiserreichs. Lange vor Bourdieus »U-Bahnfahrt« hat Delbrück 1913 in einer militärhistorischen Rezension erklärt, dass nicht »das Milieu den Menschen mache«, sondern das Entscheidende sei:

»die angeborene Geisteskraft, die fähig war, auf dem Wege des theoretischen Denkens, mit unablässigem Fleiß geprüft an dem Material der Erfahrung, die neue Wahrheit zu finden«.[14]

14 Hans Delbrück: General von Schlichting und sein Lebenswerk von E. Freiherr von Gayl, in: PJ 151 (1913) 2, S. 342–347, S. 343.

Hans Delbrücks Milieu war das der traditionellen Eliten Preußens, von Professorendynastien und grundbesitzendem Adel, von evangelischem Pfarrhaus und Offizierscasino. Deren Spielregeln bedingten jene Rollen, die Delbrück in seinem Leben einnahm, als mehr oder weniger formelle Verfahren, wie der Beförderung zum Reserveoffizier und der Kooptation in den akademischen Lehrkörper, ebenso wie in gänzlich informellen sozialen Routinen, die auf persönliche Eigenschaften wie das Lebensalter Bezug hatten. Als Delbrück 1910 die Duellforderung Jagows mit dem Verweis auf eben diese Eigenschaften ablehnte, definierte er seine

»Aufgabe, die öffentlichen Zustände und Vorgänge als ein unbefangen außerhalb der Parteien Stehender freimüthig zu kritisieren«.[15]

Weil seine »Liebe für den preußischen Staat und seine Ordnungen«[16] außer Zweifel stünde, erklärte sich Delbrück als zum Kritiker befähigt und verpflichtet. Diese Kritik traf nicht zum Letzten das eigene Milieu, wo es in Delbrücks Augen seine Verpflichtungen gegen die Ordnung des Staates versäumte. Eben weil seine Milieugebundenheit außer Frage stand, wurde die Rede vom Querulanten zum gängigen Argumentationsmuster, wo Delbrück zum Ziel polemischer Presseattacken wurde. Doch auch im privaten Verkehr wurde in gleicher Weise der Vorwurf politischer Inkonsistenz zur Waffe im persönlichen Streit. Gerade im Ersten Weltkrieg und der Revolutionszeit wurden die intellektuellen Debatten in Deutschland durch die pseudorationale Gleichsetzung von Fakten und Meinungen geprägt.[17] Aus der weiten Rückschau muss der Biograph feststellen, dass Delbrücks Wirken als politischer Intellektueller beileibe keine Vielzahl an drastischen Meinungsumschwüngen aufweist, die als biographische Brüche herausgestellt werden können. Es sind dies das Urteil vom ›erfolgreichen‹ Kulturkampf und der Abkehr von den Sozialistengesetzen während der Ära Bismarck. Sodann folgte die Hinwendung zur »Weltpolitik« Mitte der 1890er Jahre, die speziell sein Engagement für die Flottenrüstung bedingte. Die sukzessive Abkehr von der Flottenrüstung im Zeichen eines erstrebten Ausgleichs mit England bis 1912 weist schließlich bereits auf Delbrücks Kriegszielpolitik unter der Prämisse eines Verständigungsfriedens voraus.

Als unermüdlicher Kritiker konservativer Opposition gegen innere Integrations- und äußere Verständigungspolitik hat Delbrück seinem ostentativen intellektuellen Grenzgängertum zum Trotz stets namhafte Unterstützung in Pressefehden und Rechtshändeln gefunden. Darum taugen Delbrück und seine »Jahrbücher« nicht als Stütze für Thesen, nach denen das Deutsche Reich, einmal von Bismarck aufs Gleis gesetzt, unausweichlich dem Ziel seines Sonderwegs

15 Hans Delbrück an Trautgott von Jagow, 02.12.1910, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Jaogw, G. von, BL. 1–2.

16 Ebd.

17 Georg von Below an Hans Delbrück, 20.05.1918, in: BArch Koblenz, N 1017/44, Bl. 91; Georg von Below an Hans Delbrück, o. D. [1918], in: BArch Koblenz, N 1017/44, Bl. 160.

entgegenrauschte. Eben weil Hans Delbrück so unverstellt konservativ und so unzweifelhaft im preußischen Establishment etabliert gewesen ist, widersprechen die Zeugnisse von 36 Jahren seiner Herausgeberschaft der »Blauen Hefte« der Lesart, die Macht der traditionellen Eliten in Deutschland habe eine strukturelle Pfadabhängigkeit bedingt, nach der Autoritarismus und fehlender Parlamentarismus notwendigerweise den Weg in den Weltkrieg und darüber hinaus auch zum Scheitern der Weimarer Republik gewiesen hätten.[18] Indem er kritischen Standpunkten zu Arbeiter-, Frauen- und Minderheitenrechten, zu Hochrüstung und diplomatischer Verständigung ein Forum bot, auf dem er selbst die lauteste Stimme blieb, zeugen Hans Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher« von den Entwicklungsoptionen eines untergegangenen Reiches, die im Schatten der historischen Ereignisse schnell vergessen sind.

Der weite Rahmen von Delbrücks Unterstützern war der »Bülow-Block«, insofern dessen konservative sowie national- und linksliberalen Trägergruppen bereits vor den »Hottentottenwahlen« 1907 miteinander kooperierten und wie er sich noch im Ersten Weltkrieg aus der Zusammensetzung des »Mittwochabends« wiedererkennen lässt. An Hand von deren Mitgliederliste, der Korrespondenz mit solchen Mitgliedern und deren späteren Erinnerungsschriften lässt sich gerade in Hinblick auf die Kriegszeit besonders deutlich erkennen, dass Delbrück eben kein obskurer Querulant war, sondern mit seinen öffentlichen Einlassungen die Ansichten und die Ideenentwicklung relevanter Teile dieses politischen Spektrums repräsentierte.

Derartige Kooperation hat Hans Delbrück als Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher« mitgestaltet, der als intellektueller Schleusenwärter die politischen Diskurse der Zeit beeinflussen konnte, indem er Themen setzte und Mitarbeiter warb, Beiträge platzierte und Resonanzkontrolle betrieb. In der Beziehungsgeschichte von Herausgeber und Zeitschrift wird diese Hinterbühne der politischen Publizistik des Deutschen Kaiserreichs für eines seiner wichtigsten Leitmedien ausgeleuchtet. Nicht erst seitdem die »Jahrbücher« 1895 sein persönliches Eigentum geworden waren, sondern im Wesentlichen seit der Trennung von Treitschke 1889 war Delbrück in der Redaktionsführung völlig unabhängig. Diese Arbeit bis hin zum Eingriff in die Texte von Mitarbeitern erfüllte mehrere Funktionen. Sie formte einen Meinungskorridor, der bei aller breiten Kooperationsbereitschaft Delbrücks erkennbar seine politischen Paradigmen vom starken Staat und kulturellen Liberalismus, von progressiver Sozialpolitik und nationaler Integration spiegelte. Extreme Positionen waren selten, Plädoyers für moderate Lösungen politischer Probleme die Regel. Auch hinsichtlich des literarischen Stils dominierte trotz Delbrücks unverkennbarer Streitlust ein gemäßigter Ton, der auch ausdrücklich die Lesegewohnheiten des Publikums antizipierte, wie etwa Johannes Tiedje erfahren musste, als er 1910 den Kulturpessimismus Julius Langbehns gegen die preußischen Nationalitätenpolitik in

18 *Conze*, Schatten des Kaiserreichs, S. 214. Zur neuen Aktualität des Deutschen Kaiserreichs und der Sonderwegsthese vgl. *Aschmann/Wienfort*, Zwischen Licht und Schatten.

Nordschleswig in Anschlag bringen wollte. Diese Lesegewohnheiten entsprachen einem bürgerlichen Bildungskanon. Auch dezidiert politische Beiträge der »Jahrbücher« waren einerseits oft in eine bildungssprachliche Ornamentik historischer Bezüge gekleidet und haben andererseits auch ganz konkret mit historischen Vergleichen und Beispielen argumentiert. Historische Erkenntnis als Mittel und Voraussetzung politischer Kritik ist nicht nur für Delbrück selbst als professionellem Historiker ein grundlegendes Element intellektuellen Wirkens gewesen. Nicht zuletzt durch ihren Rezensionsteil hatten die »Jahrbücher« Anteil an der Pflege eines wissenschaftlichen Literaturkanons und akademischer ›Stammesfehden‹.[19] In Umsetzung seines 1893 verabschiedeten Programms von der »Zentral-Zeitschrift«, stand Hans Delbrück als Herausgeber an einer verbindenden Membran zwischen Wissenschaft und Politik.[20] Zwar propagierten seine »Blauen Hefte« keine Politik als Exekution objektiver Gesetzmäßigkeiten. Doch schon der dialektische Stil seiner eigenen Publizistik und die Bedeutung akademischer Praktiken als habitueller Qualifikation seiner Mitarbeiterschaft unterstreichen die historische Entwicklung einer ›Verwissenschaftlichung‹ des politischen Arguments, von der die »Preußischen Jahrbücher« aus der Ägide von Delbrücks Herausgeberschaft zeugen. Umgekehrt machte Delbrücks Rolle in Berlin ihn zur Autorität in Hinblick auf die politische Implikation wissenschaftlicher Unternehmungen, der sich etwa Hermann Oncken und der Herausgeber der »Deutschen Revue«, Richard Fleischer, 1907 anvertrauten, als eine von Oncken für die »Revue« vorbereitete Publikation aus dem Nachlass Rudolf von Bennigsens mit einer neuen Aktualität der Thronansprüche der seit 1866 exilierten Hannoveraner Welfen als Konsequenz aus dem Tod des zwischenzeitlichen Hannoveraner Regenten, Albrecht von Preußen, politisch heikel zusammenfiel.[21] Schlussendlich hatte Delbrücks redaktionelle Praxis auch eine unmittelbar taktische Funktion. Sie zielte nicht nur in der Pflege gewisser Grundsätze auf die Bewahrung eines Standards elitärer, liberalkonservativer politischer Publizistik ab, sondern ganz unmittelbar auf die politische Wirksamkeit einzelner Beiträge. Von diesem Taktieren zeugen so unterschiedliche Beispiele wie die ostentativen redaktionellen Eingriffe, die 1895 die Authentizität von Delbrücks fingierten »sozialdemokratischen Denkschriften« suggerieren sollten, oder die diskrete Verpflichtung Roderich von Kienitz' auf die bergbaupolitische Regierungslinie 1905, um konservative und liberale Verstaatlichungsängste zu zerstreuen. Diese vielfältige Gestaltungsmacht ergab sich aus Delbrücks weitreichender Vernetzung und dem ihm entgegenbrachten Vertrauen. Sie unterstreicht Delbrücks Gewicht als einem zentralen Akteur der Mediengeschichte des Deutschen Kaiserreichs. Als solcher hat Hans Delbrück die unterschiedlichen Bühnen, auf denen er sich bewegte und auf denen seine spezifische Autorität als politischer Intellektueller ausgehandelt wurde, mitgestaltet. Indem er selber Beziehungen

19 *Klein*, Hans Delbrücks ›unbekannte Schüler‹.
20 *Klein*, Zwischen Wissenschaft und Politik [2020], S. 164.
21 Ebd., S. 153 f.

pflegte und Kontakte herstellte, bestimmte er die Spielregeln des Schattenspiels um diese, seine Autorität mit und stand am Vorhang zwischen Vorder- und Hinterbühne der politischen Kommunikation; nicht nur am 31. August 1914, als er Max Lenz wissen ließ:

»Meine Antwort auf Deinen Brief findest Du schon gedruckt in der Politischen Correspondenz der Preußischen Jahrbücher.«[22]

22 Hans Delbrück an Max Lenz, 31.08.1914, in: SBB PK, Nl. Hans Delbrück, Briefkonzepte, Lenz, Max, Bl. 17–20.

Abkürzungsverzeichnis

AdJb	Archiv der deutschen Jugendbewegung
AT-OeStA/HHSta	Haus-, Hof- und Staatsarchiv
BArch	Bundesarchiv
BDF	Bund Deutscher Frauenvereine
GStaPK	Geheimes Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz
KULF	Museum Kloster Unserer Lieben Frau
OHL	Oberste Heeresleitung
PJ	Preußische Jahrbücher
SBB PK	Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

Quellen- & Literaturverzeichnis

Quellen

Archive

Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Berlin
Nachlass Max Lenz

Archiv der deutschen Jugendbewegung, Witzenhausen
N 38 (Nachlass Hugo Höppener gen. Fidus)

Bundesarchiv, Koblenz
N 1012 (Nachlass Philipp Zorn)
N 1017 (Nachlass Hans Delbrück)
N 1228 (Nachlass Peter Rassow)
N 1925 (Nachlass Karl Heinrich von Boetticher)

Edinburgh University Library
Papers of Charles Sarolea

Geheimes Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz, Berlin
VI. HA, Nl. Althoff, F. T. (Nachlass Friedrich Althoff)
VI. HA, Nl. Schmoller, G. (Nachlass Gustav von Schmoller)
VI. HA, Nl. Valentini, R. v. (Nachlass Rudolf von Valentini)

Historisches Archiv des Erzbistums Köln
Archiv der Görres-Gesellschaft (Depositum), 02.01. Georg von Hertling, Politische und wissenschaftliche Korrespondenz v. Hertlings 1907–1908.

Museum Kloster Unserer Lieben Frau, Magdeburg
Familienarchiv Delbrück

Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien
SB Nl Friedjung (Nachlass Heinrich Friedjung)

Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz
Dep. 42, Verlagsarchiv Walther de Gruyter
Nachlass Hans Delbrück
Nachlass Adolf von Harnack
Nachlass Heinrich von Treitschke

Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena
Nl. Clemens von Delbrück

Universitätsbibliothek Marburg
Ms. 839 (Nachlass Paul Martin Rade)

Periodika

Akademische Blätter
Allgemeine Zeitung (München)
Anzeiger für das Havelland
Apenrader Tageblatt
Badische Landeszeitung
Berliner Börsen-Courier
Berliner Neueste Nachrichten
Berliner Tageblatt
Breslauer Morgenzeitung
Breslauer Zeitung
Coblenzer Zeitung
Contemporary Review
Danziger Neueste Nachrichten
Das Neue Deutschland
Der Deutsche
Der Gesellige
Der Tag
Deutsche Monatsschrift für Russland
Deutsche Korrespondenz
Deutsche Revue
Deutsche Rundschau
Deutsche Tageszeitung
Deutsche Zeitung
Die christliche Frau. Zeitschrift für höhere weibliche Bildung und christliche Frauentätigkeit in Familie und Gesellschaft. Zugleich Organ des Katholischen Frauenbundes.
Die Feldpost
Die Friedenswarte
Die Glocke
Die Grenzboten
Die Hilfe
Die Neue Rundschau
Die Neue Zeit
Die Ostmark
Die Post
Die Sammlung
Die Schaubühne
Die Welt am Montag
Die Zeit
Dresdener Zeitung
Elberfelder Zeitung
Evangelische Frauenzeitung. Zeitschrift für die Interessen der evangelischen Frauenwelt
Evening Standard
Everyman
Frankfurter Zeitung
Freisinnige Zeitung
Germania
Goniec Wieczorny
Hamburger Nachrichten
Hamburgischer Correspondent
Hannoverscher Courier
Hochland
Humanité
Journal des débats
Kieler Neueste Nachrichten
Kölnische Volkszeitung
Kraj
La Justice
Le Figaro
Le Journal
Le Matin
Le Rappel
Leipziger Neueste Nachrichten
Leipziger Tageblatt
Leipziger Volkszeitung
Los Angeles Times
Münchener Post
National-Zeitung
Neue Freie Presse (Wien)
Neue Hamburger Zeitung
Neue Jüdische Nachrichten
Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)
Neue Zeiten: Aufgaben und Pflichten der christlichen Frau
Neuer Berliner
Neues Tageblatt Stuttgart

Neues Wiener Tageblatt
Ostdeutsche Korrespondenz
Österreichische
Österreichische Rundschau
Petrus-Blätter
Posener Neueste Nachrichten
Posener Tageblatt
Posener Zeitung
Preußische Jahrbücher
Reichspost
Rheinisch-Westfälische Zeitung
Rheinische Volksstimme
Rheinischer Kurier
Saale-Zeitung
Schleswig-Holsteinische Volkszeitung
Straßburger Post
Tägliche Rundschau
The New York Times
The Review of Reviews
The Times
Vorwärts
Vossische Zeitung
Westfälische Zeitung
Westfälischer Merkur
Zeitschrift für den deutschen Unterricht

Gedruckte Quellen

Amtliches Reichstags-Handbuch. Achte Legislaturperiode. 1890/95, hg. v. Reichstags-Bureau, Berlin 1890.

von Baden, Max: Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart 1927.

Botschafter Rudolf Nadolny. Rußlandkenner oder Rußlandversteher? Aufzeichnungen, Briefwechsel, Reden, 1917–1953, herausgegeben und bearbeitet von Winfried Baumgart, Paderborn 2017.

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921. Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses, 2 Bde., herausgegeben und bearbeitet von Winfried Baumgart, Berlin 2021.

Bernhard, Ludwig: Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat, 1907.

Bock, Claus Victor/Helbing, Lothar (Hg.): Gundolf Briefe. Neue Folge, Amsterdam 1965.

Busch, Moritz: Tagebuchblätter, 2 Bde., Leipzig 1899.

Daniels, Emil/Rühlmann, Paul (Hg.): Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe, Hans Delbrück dem Achtzigjährigen von Freunden und Schülern dargebracht, Berlin 1928.

Ders.: Delbrück als Politiker, in: *Ders./Rühlmann, Paul* (Hg.): Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe, Hans Delbrück dem Achtzigjährigen von Freunden und Schülern dargebracht, Berlin 1928, S. 7–34.

Ders./Lehmann, Konrad/Roloff, Gustav: Vorwort, in: Delbrück-Festschrift. Gesammelte Aufsätze seinem 60. Geburtstag, Berlin 1908, S. 9–16.

Delbrück, Hans: Bismarcks Erbe, Berlin/Wien 1916.

Ders.: Das deutsche militärische System, in: *Hintze, Otto* u. a. (Hg.): Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 171–185.

Ders.: Deutsche Polenlieder, Berlin 1917.

Ders./Daniels, Hans/Haintz, Otto: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der Politischen Geschichte, 7 Bde., Berlin 1900–1936.

Ders.: Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, 4 Bde., Berlin 2000.

Ders.: o. T., in: Kirchhoff: Die Akademische Frau., S. 187.

Ders.: Regierung und Volkswille, Berlin 1914.

Ders.: Vor und nach dem Weltkrieg, Berlin 1926.

Ders.: Weltgeschichte. Vorlesungen gehalten an der Universität Berlin 1896/1920, 5 Bde., Berlin 1923–1928.

Delbrück's Modern Military History, hg. v. Arden Bucholz, Lincoln/London 1997.

Delbrück-Festschrift. Gesammelte Aufsätze seinem 60. Geburtstag, Berlin 1908.

Oppermann, Otto: Die Burschenschaft Alemannia zu Bonn und ihre Vorläufer. Geschichte einer deutschen Burschenschaft am Rhein, Bd. 1, 1814–1890, Bonn 1925.
Die Motive und Ziele der russischen Politik, nach zwei Russen (Prof. v. Mitrofanoff und Fürst Kotschubey). Neu herausgegeben und mit Anmerkungen versehen von Hans Delbrück, Berlin 1915.
Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin 1914–1918, berarb. v. Ingo Materna, Berlin 1987 (Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam, Bd. 22).
Epkenhans, Michael u. a. (Hg.): Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Aufzeichnungen von Oberst Walter Nicolai 1914 bis 1918, Berlin/Boston 2019.
Geibel, Emmanuel: Der Tod des Tiberius, in: *Ders.*: Neue Gedichte, Stuttgart/Augsburg 1858, S. 187–193.
Ders.: Neue Gedichte, Stuttgart/Augsburg 1858.
von Grünau, Werner: Die staats- und völkerrechtliche Stellung Aegyptens, Leipzig 1903.
Hampe, Karl: Belgien und die großen Mächte, in: *Hintze, Otto* u. a. (Hg.): Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 348–392.
Hampe, Karl: Belgiens Vergangenheit und Gegenwart, Leipzig 1915.
Hille, Martin/von Knorring, Marc/Meier, Desiderius (Hg.): Vom Nutzen der Historie. Festschrift für Hans-Christof Kraus zum 65. Geburtstag, Berlin 2023 [i. E.].
Hintze, Otto u. a. (Hg.): Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915.
Hobohm, Martin: Hans Delbrück, der Siebzigjährige, Berlin 1918.
Jeppe, Carl: The caleidoscopic Transvaal, London 1906.
Keller, Justus [Joachim Kühn]: Französische Menschlichkeit?, Weimar 1916.
Key, Ellen: Mißbrauchte Frauenkraft, München 1898.
Kirchhoff, Arthur (Hg.): Die Akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe, Berlin 1897.
[Gustav Roloff]: Kolonialpolitischer Führer, hg. v. Kolonialpolitischen Aktionskomité, Berlin 1907.
Kralik, Richard von: Weltliteratur der Gegenwart, Graz 1923.
Lecky, Elisabeth (Hg.): Historical and Political Essays by William Edward Hartpole Lecky, London/New York/Bombay/Calcutta 1908.
Lecky, William Hartpole: The Empire. Its Value and its Growth, in: *Lecky, Elisabeth* (Hg.): Historical and Political Essays by William Edward Hartpole Lecky, London/New York/Bombay/Calcutta 1908, S. 43–67.
Lenz, Max: Rankes biographische Kunst und die Aufgaben des Biographen. Rede zur Gedächtnisfeier des Stifters der Berliner Universität König Friedrich Wilhelms III. in der Aula am 3. August 1912, Berlin 1912.
Levita, Benedicuts [Adolf Weissler]: Der König von Juda, Leipzig 1912.
Meinecke, Friedrich: Straßburg/Freiburg/Berlin 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949
Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877–1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges Helmuth von Moltke, hg. v. Eliza von Moltke, Stuttgart 1922.
de Montmorency, James Edward Geoffrey: Francis William Fox. A biography, London 1923.
Nicolovius, Alfred: Ferdinand Delbrück. Ein Lebensumriß, Bonn 1848.
Offizieller stenographischer Bericht über die Versammlung in der Berliner Hochschule für Musik am 8. Januar 1907, hg. v. Kolonialpolitischen Aktionskomité, Berlin 1907.
Paulsen, Friedrich: Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten vom Ausgang des Mittelalters bis zur Gegenwart. Mit besonderer Berücksichtigung des klassischen Unterrichts, 2 Bde., Leipzig 1885.

Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, Abteilung II, 2. Bd., 1. Teil, Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, bearb. von Heinz Domeinski u. a., Stuttgart 1995.
Register of the Department of State. December 23, 1918, Washington D. C. 1919.
Rubin, Marcus: Tysklands og Østrigs Historie fra 1848 til Nutiden, Kopenhagen 1911.
Rühlmann, Paul: »Delbrücks Mittwochabend«, in: *Daniels, Emil/Ders.* (Hg.): Am Webstuhl der Zeit. Eine Erinnerungsgabe, Hans Delbrück dem Achtzigjährigen von Freunden und Schülern dargebracht, Berlin 1928, S. 75–81.
Schäfer, Dietrich: Mein Leben, Berlin 1926.
Schiemann, Theodor: Russland, Polen und Livland bis ins 17. Jahrhundert, 2 Bde., Berlin 1886/87.
Solf, Wilhelm: Die deutsche Kolonialpolitik, in: *Hintze, Otto* u. a. (Hg.): Deutschland und der Weltkrieg, Berlin 1915, S. 153–181.
Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben, Leipzig 1911.
Spectator: Die polnische Metamorphose, Krakau 1912.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen der durch die Allerhöchste Verordnung vom 16. Dezember 1898 einberufenen beiden Häuser des Landtages. Haus der Abgeordneten. Erster Band. Von der Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtages am 16. Januar 1899 bis zur 25. Sitzung am 21. Februar 1899, Berlin 1899.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, IV. Session 1895/97, Bd. 1, Von der Eröffnungssitzung am 3. Dezember 1895 bis zur 32. Sitzung am 5. Februar 1896, Berlin 1896.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XI. Legislaturperiode, IV. Session 1895/97, Bd. 2, Von der 33. Sitzung am 6. Februar 1896 bis zur 63. Sitzung am 18. März 1896, Berlin 1896.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XLI. Legislaturperiode, I. Session 1895/97, Bd. 227, Von der Eröffnungssitzung am 19. Februar 1907 bis zur 30. Sitzung am 16. April 1907, Berlin 1907.
Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, XLI. Legislaturperiode, I. Session 1895/97, Bd. 227, Von der Eröffnungssitzung am 19. Februar 1907 bis zur 30. Sitzung am 16. April 1907, Berlin 1907, 4. Sitzung. Dienstag den 26. Februar 1907.
Stumpfe, Emil: Delbrück als Kritiker, Berlin 1902.
Stumpfe, Emil: Polenfrage und Ansiedlungskommission. Darstellung der staatlichen Kolonisation in Posen-Westpreußen und kritische Betrachtungen über ihre Erfolge. Mit einer Uebersichtskarte über das Nationalitätenverhältnis sowie über die Vertheilung der neuen Kolonien, Berlin 1902.
Thimme, Anneliese (Hg.): Friedrich Thimme. Briefe, Berlin 1994.
Vandreier, Christoph: Das Auftrumpfen der Neonazis und die Verantwortung der Historiker, 26.09.2018 [URL: https://www.wsws.org/de/articles/2018/09/26/hist-s26.html] [zuletzt aufgerufen 07.01.2023].
von Werner, Anton: Erlebnisse und Eindrücke 1870–1890, Berlin 1913.
Zinn, Gottfried: Die Schlacht bei Salamis, Berlin 1914

Forschungsliteratur

Afflerbach, Holger: Auf Messers Schneide. Wie das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verlor, München 2018.
Alexander, Matthias: Die Freikonservative Partei 1890–1918. Gemäßigter Konservatismus in der konstitutionellen Monarchie, Düsseldorf 2000 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 123).

Alexandre, Philippe: Une conquête morale. La question d'Alsace-Lorraine dans la revue libérale Die Hilfe (1895–1914), in: *Grunewald, Michel* (Hg.): Le problème de l'Alsace-Lorraine vu par les périodiques, Frankfurt a. M. 1998, S. 149–172 (= Convergences, Bd. 7).

Albisetti, James C.: Mädchen- und Frauenbildung im 19. Jahrhundert, Bad Heilbrunn 2007.

Albrecht, Clemens: Sinnspezialisten der Verbindlichkeit. Legitimation und Kontrolle durch Intellektuelle, in: *Hastedt, Heiner* (Hg.): Macht und Reflexion, Hamburg 2016, S. 105–120.

Altenhöner, Florian: Kommunikation und Kontrolle. Gerüchte und städtische Öffentlichkeiten in Berlin und London 1914–1918, München 2008 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 62).

Altermatt, Urs/Metzger, Franziska (Hg.): Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007 (= Religionsforum, Bd. 3).

Angelow, Jürgen/Großmann, Johannes (Hg.): Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart.

Angress, Werner T.: The German Army's »Judenzählung« of 1916. Genesis, Consequenzes, Significane, in: The Leo Baeck Institute Year Book 23 (1978) 1, S. 117–138.

Ara, Angelo/Kolb, Eberhard (Hg.): Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsaß-Lothringen/Trient-Triest. 1870–1914, Berlin 1998 (= Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 12).

Arnold, Claus: Kleine Geschichte des Modernismus, Freiburg i. Br. 2007.

Arnold, Johannes: »Für eine Dame unerhört«. Bernarda von Nell diskutiert mit Adolf Harnack, in: Theologie und Philosophie 85 (2010) 1, S. 65–80.

Aschmann, Birgit/Wienfort, Monika (Hg.): Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen, Frankfurt a. M. 2022.

Dies.: Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich und seine neuen Kontroversen. Eine Einleitung, in: *Dies.* (Hg.): Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen, Frankfurt a. M. 2022, S. 7–29.

Baberowski, Jörg (Hg.): Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch, Frankfurt a. M./New York 2014 (= Eigene und Fremde Welten, Bd. 30).

Bartels-Ishikawa, Anna (Hg.): Die schönste Zeit meines Lebens. Ernst und Felix Delbrücks Briefe aus Japan 1887 bis 1889, Dunedin 2014 (= Otago German Studies, Bd. 27).

Bauer, Richard H.: Hans Delbrück (1848–1929), in: *Schmitt, Bernadotte E.* (Hg.): Some historians of modern Europe, Port Washington 1966, S. 100–129.

Baumgart, Peter (Hg.): Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980.

Bavaj, Riccardo: Die deutsche Ukraine-Publizistik während des Ersten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 50 (2001) 1, S. 1–25.

Becker, Bert: Georg Michaelis. Preußischer Beamter, Reichskanzler, Christlicher Reformer 1857–1936. Eine Biographie, Paderborn 2017.

Becker, Frank: Das Kaiserreich als Kriegsgeburt? Anmerkungen zur aktuellen Kaiserreich-Debatte?, in: *Aschmann, Birgit/Wienfort, Monika* (Hg.): Zwischen Licht und Schatten. Das Kaiserreich (1871–1914) und seine neuen Kontroversen, Frankfurt a. M. 2022, S. 31–56.

Becker, Nikola: Die Frauenfrage als soziales Problem. Das frauenpolitische Wirken von Elisabeth Gnauck-Kühne aus christlicher Überzeugung, in: *Raasch, Markus/Linsemann, Andreas* (Hg.): Die Frauen und der politische Katholizismus. Akteurinnen, Themen, Strategien, Paderborn 2018, S. 151–176 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe C, Themen der kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 1).

Behrendt, Bernd: August Julius Langbehn, der »Rembrandtdeutsche«, in: *Puschner, Uwe/Schmitz, Walther/Ulbricht, Justus H.* (Hg.): Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918, München 1996, S. 94–113.

Benthien, Claudia (Hg.): Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle, Köln 2000 (= Literatur-Kultur- Geschlecht, Kleine Reihe, Bd. 16).

Berdine, Michael: Redrawing the Middle East. Sir Mark Sykes, Imperialism and the Sykes-Picot Agreement, London/New York 2018.
Berding, Helmut/Anderson, Pauline R./Faber, Karl-Georg (Hg.): Deutsche Historiker, Bd. 4, Göttingen 1972.
Berg, Matthias/Neuhaus, Helmut (Hg.): Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2020 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 106).
Bergmann, Werner: Tumulte – Excesse – Pogrome. Kollektive Gewalt gegen Juden in Europa 1789–1900, Göttingen 2020 (= Studien zu Ressentiments in Geschichte und Gegenwart, Bd. 4).
Berlis, Angela: Zwischen Korsett und Zwangsjacke. Die Historikerin Chrstine von Hoiningen-Huene (1848–1920), in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte 98 (2004), S. 99–117.
Bering, Dietz: Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt, Begriff, Grabmal, Berlin 2011.
Bew, John: Realpolitik, New York 2015.
Bianchi, Sarah: Das deutsche Kaleidoskop. Die Dreyfus-Affäre in der wilhelminischen Öffentlichkeit zwischen 1898 und 1899, Frankfurt a. M. 2012.
Blaschke, Olaf: Das 19. Jahrhundert. Ein Zweites Konfessionelles Zeitalter?, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000) 1, S. 38–75.
Blasius, Dirk: Friedrich Wilhelm IV. 1795–1861. Psychopathologie und Geschichte, Göttingen 1992.
Bleidick, Dietmar: Der Streit um den preußischen Staatsbergbau im Ruhrgebiet zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Bochum 1999 (= Schriften des Bergbau-Archivs, Bd. 9).
Blome, Astrid: Zeitungen, in: *Busse, Laura* u. a.: Clio-Guide. Handbuch zu digitalen Ressourcen für die Geschichtswissenschaft, Historisches Forum 23 (2018) [https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/20000], S. B.6–1-B.6–36, S. B.6–13-B.6–29.
Bohlmann, Joachim: Die Deutschkonservative Partei am Ende des Kaiserreichs, Diss. Greifswald 2011.
Böhme, Klaus (Hg.): Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart ²2014.
Bortfeldt, Tessy: Frühes Licht und späte Schatten. Das Leben der Marie Goslich – eine preußische Biographie, Wilhelmshorst 2005.
Borutta, Manuel: Antikatholizismus. Deutschland und Italien im Zeitalter der europäischen Kulturkämpfe, Göttingen 2010 (= Bürgertum, N. F., Bd. 7).
Bösch, Frank: Krupps »Kornwalzer«. Formen und Wahrnehmungen von Korruption im Kaiserreich, in: Historische Zeitschrift 281 (2005) 1, S. 337–379.
Ders.: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914, München 2009, (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 65).
Bourdieu, Pierre: Die biographische Illusion [1986], in: *Fetz, Bernhard* u. a. (Hg.): Theorie der Biographie. Grundlagentexte und Kommentar, Berlin/New York 2011, S. 303–310.
Busse, Laura u. a.: Clio-Guide. Handbuch zu digitalen Ressourcen für die Geschichtswissenschaft, Historisches Forum 23 (2018) [https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/20000].
Brakelmann, Günter: Adolf Stoecker und die Sozialdemokratie, in: *Ders./Greschat, Martin/Jochmann, Werner* (Hg.): Protestantismus in der Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers, Hamburg 1982, S. 84–122 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 47).
Ders./Greschat, Martin/Jochmann, Werner (Hg.): Protestantismus in der Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers, Hamburg 1982 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 47).

Brechenmacher, Thomas/Wolffsohn, Michael: Deutschland, jüdisch Heimatland. Die Geschichte der deutschen Juden vom Kaiserreich bis heute, München 2008.

Brechtken, Magnus: Scharnierzeit 1895–1907. Persönlichkeitsnetze und internationale Politik in den deutsch-britisch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Mainz 2006 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 195).

vom Brocke, Bernhard: Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882–1907. Das »System Althoff«, in: *Baumgart, Peter* (Hg.): Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs, Stuttgart 1980, S. 9–118.

vom Bruch, Rüdiger: »Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?« Politische Publizistik deutscher Hochschullehrer im späten Kaiserreich, in: *Ders.*: Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Björn Hofmeister, Stuttgart 2006, S. 126–161.

Ders.: Die Staatswissenschaftliche Gesellschaft zu Berlin 1883–1919, in: *Ders.*: Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Björn Hofmeister, Stuttgart 2006, S. 332–383.

Ders.: Gelehrtenpolitik, Sozialwissenschaften und akademische Diskurse in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. Björn Hofmeister, Stuttgart 2006.

Ders.: Weltpolitik als Kulturmission. Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Paderborn 1982 (= Quellen und Forschungen aus dem Gebiet der Geschichte, N. F., Bd. 4).

Ders.: Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung. Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914), Husum 1980 (= Historische Studien, Bd. 435).

Brüggemann, Karsten: Als Land und Leute »russisch« werden sollten. Zum Verständnis des Phänomens der »Russifizierung« am Beispiel der Ostseeprovinzen des Zarenreichs, in: *Gasimov, Zaur* (Hg.): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.–20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 27–59 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 90).

Brüll, Christoph/Bechet, Cristophe: Eine lästige Garantie. Die belgische Neutralität in den deutschen und französischen Kriegsszenarien, in: *Angelow, Jürgen/Großmann, Johannes* (Hg.): Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart, S. 111–123.

Brummund, Peter: Bahnhofsbuchhandel. Von der Versorgung mit Reiseliteralien zum Premiumhandel für Zeitungen und Zeitschriften, München 2005 (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 61).

Bucholz, Arden: Hans Delbrück and the German Military Establishmen. War Images in Conflict, Iowa City 1983.

Ders., Introduction. Delbrück's Life and Work, in: Delbrück's Modern Military History, S. 1–40.

Ders.: Hans Delbrück and the German military establishment. War images in conflict, Iowa City 1985.

Ders.: Hans Delbrück and modern military history, in: The Historian 55 (1993) 3, S. 516–526.

Bruendel, Steffen: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die »Ideen von 1914« und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

Cain, Peter J./Hopkins, Anthony G.: British Imperialism. Innovation and Expansion 1688–1914, London/New York 1993.

Canis, Konrad: Bismarcks Außenpolitik 1870 bis 1890. Aufstieg und Gefährdung, Paderborn 2004.

Canis, Konrad: Der Weg in den Abgrund. Deutsche Außenpolitik 1902–1914, Paderborn 2011.

Canis, Konrad: Die bedrängte Großmacht. Österreich-Ungarn und das europäische Mächtesystem 1866/67–1914, Paderborn 2016.

Canis, Konrad: Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890–1902, Berlin 1997.

Carrington, Tyler: Love at last sight. Dating, intimacy and risk in turn-of-the-century Berlin, New York 2019.
Caruso, Amerigo: »Blut und Eisen auch im Innern«. Soziale Konflikte, Massenpolitik und Gewalt in Deutschland vor 1914, Frankfurt a. M./New York 2021.
Charle, Christophe: Le siècle de la presse (1830–1939), Paris 2004.
Chickering, Roger: Karl Lamprecht. Das Leben eines deutschen Historikers (1856–1915), Stuttgart 2021.
Christ, Karl: Hans Delbrück, in: Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker, Darmstadt [3]1989, S. 159–200.
Ders.: Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker, Darmstadt [3]1989.
Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog, München [13]2013.
Clark, Christopher: Wilhelm II. Die Herrschaft des letzten deutschen Kaisers, München [3]2009.
Clemens, Gabriele B.: Macht und Ehre. Italien zwischen Neutralität und Intervention, in: *Angelow, Jürgen/Großmann, Johannes* (Hg.): Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart, S. 125–137.
Connelly, Mark (Hg.): War and the media. Reportage and propaganda, London 2007.
Conze, Eckart: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe, München 2020.
Craig, Gordon A.: Der Militärhistoriker Hans Delbrück, in: *Ders.* (Hg.): Krieg, Politik und Diplomatie. Ausgewählte Essays, Wien/Hamburg 1968, S. 81–117.
Ders. (Hg.): Krieg, Politik und Diplomatie. Ausgewählte Essays, Wien/Hamburg 1968.
Cubitt, Geoffrey: The Jesuit Myth. Conspiracy Theory and Politics in Nineteenth-Century France, Oxford 1993.
Daniel, Silvia: A brief time to discuss America. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Urteil amerikanischer Politiker und Intellektueller, Bonn 2008 (= Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 3).
Daniel, Ute: Beziehungsgeschichten. Politik und Medien im 20. Jahrhundert, Hamburg 2018.
Dedering, Tilman: The Ferreira Raid of 1906. Boers, Britons and Germans in Southern Africa in the Aftermath oft he South African War, in: Journal of Southern African Studies 26 (2000) 1, S. 43–60.
Dehio, Ludwig: Ranke und der deutsche Imperialismus, in: Historische Zeitschrift 170 (1950) 2, S. 307–328.
Deist, Wilhelm: Hans Delbrück. Militärhistoriker und Publizist, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 57 (1998) 2, S. 371–383.
Demshuk, Andreas/Weger, Tobias (Hg.): Cultural landscapes. Transatlantische Perspektiven auf Wirkungen und Auswirkungen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa, München 2015 (= Schriften des Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 52).
Diziol, Sebastian: »Deutsche, werdet Mitglieder des Vaterlandes!« Der Deutsche Flottenverein 1898–1934, 2 Bde., Kiel 2015 (= Kulturgeschichte des Politischen, Bd. 1).
Döring, Herbert: Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewusstsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, 1975 (= Mannheimer sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 1).
Doerry, Martin: Übergangsmenschen. Die Mentalität der Wilhelminer und die Krise des Kaiserreichs, Weinheim 1986.
Dollinger, Heinz (Hg.): Die Universität Münster. 1780–1980, Münster 1980.
Doyle, William: The Oxford History of the French Revolution, Oxford 1989.
Dräger, Paul: Vier Briefe Bernarda von Nells, geb. von Breuning (Mutter Oswald von Nell-Breunings), aus Trier an Wilamowitz, in: Kurtrierisches Jahrbuch 54 (2013), S. 275–307, S. 275–307.

Dreyer, Michael: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten, Stuttgart 2018 (= Weimarer Schriften zur Republik, Bd. 4).

Düding, Dieter: Nationalsozialer Verein. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München 1972 (= Studien zur Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 6).

Dülffer, Jost/Kröger, Martin/Wippich, Rolf-Harald (Hg.): Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865–1914, München 1997.

Dies.: Vermiedene Kriege im internationalen Mächtesystem, in: *Dies.*: Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg, 1865–1914, München 1997, S. 1–30.

Ehlert, Hans/Dülffer, Jost (Hg.): Deutsche Militärhistoriker von Hans Delbrück bis Andreas Hillgruber, Potsdam 2010 (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, Bd. 9).

Eisfeld, Alfred/Hausmann, Guido/Neutatz, Dietmar (Hg.): Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, Essen 2013 (= Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 39).

Embach, Michael: Michael Felix Korum (1881–1921), in: *Persch, Martin/Schneider, Bernhard* (Hg.): Geschichte des Bistums Trier, Bd.5. Beharrung und Erneuerung 1881–1981, Trier 2004, S. 37–47 (= Veröffentlichungen des Bistumsarchivs Trier, Bd. 39).

Endreß, Martin: Vertrauen und Misstrauen. Soziologische Überlieferungen, in: *Schlicher, Christian/Ziegler, Marc/Will-Zocholl, Mascha* (Hg.): Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt, Wiesbaden 2012, S. 81–102.

Enke, Thomas: Die Presse Berlins in der Statistik des Königlichen Polizeipräsidiums. Eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung der Tageszeitungen in der Reichshauptstadt zwischen 1878 und 1913/14 [I], in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus 15 (1987) 6, S. 387–396.

Enke, Thomas: Die Presse Berlins in der Statistik des Königlichen Polizeipräsidiums. Eine Bestandsaufnahme zur Entwicklung der Tageszeitungen in der Reichshauptstadt zwischen 1878 und 1913/14 [II], in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus 16 (1988) 1, S. 34–42.

Epkenhans, Michael: Die wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtsstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration, München 1991 (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 32).

Ders.: Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse. F. A. Krupp und die Anfänge des deutschen Schlachtflottenbaus 1897–1902, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989) 2, S. 196–226.

Epstein, Fritz T.: Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19, Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1955) 4, S. 412–445.

Eversdijk, Nicole P.: Kultur als politisches Werbemittel. Ein Beitrag zur deutschen kultur- und pressepolitischen Arbeit in den Niederlanden während des Ersten Weltkriegs, Berlin u. a. 2010 (Studien zur Geschichte und Kultur Nordwesteuropas, Bd. 21).

Faber, Richard/Puschner, Uwe (Hg.): Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert, Würzburg 2011.

Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.

Fetz, Bernhard u. a. (Hg.): Theorie der Biographie. Grundlagentexte und Kommentar, Berlin/New York 2011.

Fiebig-von Hase, Ragnhild: Lateinamerika als Konfliktherd der deutsch-amerikanischen Beziehungen. 1890–1903. Vom Beginn der Panamerikapolitik bis zur Venezuelakrise, 2 Bde.,

Göttingen 1986 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 27).
Fischer, Christopher J.: Alsace to the Alsatians? Visions and divisons of Alsatian regionalism, 1870–1939, New York 2010 (= Studies in contemporary european history, Bd. 5).
Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.): Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts, München 1982 (= Publizistik-historische Beiträge, Bd. 5).
Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.): Pressekonzentration und Zensurpraxis im Ersten Weltkrieg. Texte und Quellen, Berlin 1973.
Fitzpatrick, Matthew P.: Purging the Empire. Mass expulsions in Germany 1871–1914, Oxford 2015.
Förster, Stig/Mommsen, Wolfgang J./Robinson, Ronald (Hg.): Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884–1885 and the Onset of Partition, Oxford 1988.
Förster, Stig: Der Doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Bd. 118).
Ders. (Hg.): Vor dem Sprung ins Dunkle. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1880–1914, Göttingen 2016 (= Krieg in der Geschichte, Bd. 92).
Foster, Frances Clare: The Press oft he Weimar Republik and its reputation in German Literature, Diss. Bristol 1996.
Foucault, Michel: Dits et écrits, Bd. 3, 1976–1979, hrsg. v. Daniel Defert, Paris 1994.
Ders.: La fonction politique de l'intellectuel, in: Ders.: Dits et écrits, Bd. 3, S. 109–114
Ders.: Le vie des hommes infâmes, in: Ders.: Dits et écrits, Bd. 3, S. 237–253.
Franken, Klaus: Vizeadmiral Karl Galster. Ein Kritiker des Schlachtflottenbaus der Kaiserlichen Marine, Bochum 2011 (= Kleine Schriftenreihe zur Militär- und Marinegeschichte, Bd. 22).
Frevert, Ute (Hg.): »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995.
Dies.: Über Vertrauen reden, in: *Baberowski, Jörg* (Hg.): Was ist Vertrauen? Ein interdisziplinäres Gespräch, Frankfurt a. M./New York 2014, S. 31–48 (= Eigene und Fremde Welten, Bd. 30).
Dies.: »Unser Staat ist männlichen Geschlechts«. Zur politischen Topographie der Geschlechter vom 18. bis frühen 20. Jahrhundert, in: *Dies.*: »Mann und Weib, und Weib und Mann«. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995, S. 61–132.
Dies. (Hg.): Vertrauen. Historische Annäherungen, Göttingen 2003.
Dies.: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, München 2013.
Dies.: Vertrauen. Historische Annäherung an eine Gefühlshaltung, in: *Benthien, Claudia* (Hg.): Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle, Köln 2000, S. 178–197 (= Literatur-Kultur- Geschlecht, Kleine Reihe, Bd. 16).
Fricke, Dieter (Hg.): Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, 2 Bde., Berlin (Ost) 1968.
Fuchs, Eckhardt: Räume und Mechanismen der internationalen Wissenschaftskommunikation und Ideenzirkulation vor dem Ersten Weltkrieg, in: Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur 27 (2002) 1, S. 125–143.
Gabriel, Karl/Große Kracht, Hermann Josef (Hg.): Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform, Paderborn 2006.
Gallus, Alexander: Heimat »Weltbühne«. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 50).
Ders.: »Intellectual History« mit Intellektuellen und ohne sie. Facetten neuerer geistesgeschichtlicher Forschung, in: Historische Zeitschrift 288 (2009) 1, S. 139–150.
Ders./Liebold, Sebastian/Schale, Frank (Hg.): Vermessung einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2020.

Gambetta, Diego: Trust. Making and breaking cooperative relations, Oxford 1988.
Gasimov, Zaur (Hg.): Kampf um Wort und Schrift. Russifizierung in Osteuropa im 19.–20. Jahrhundert, Göttingen 2012 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz, Beiheft 90).
Gelwich, Ludmilla: Theodor Schiemann und die deutsche Russlandpolitik 1887–1918. Politische Publizistik als patriotische Pflicht, Paderborn 2022.
Gencer, Mustafa: Bildungspolitik, Modernisierung und kulturelle Interaktion. Deutsch-Türkische Beziehungen (1908–1918), Münster 2002 (= Konfrontation und Kooperation im Vorderen Orient, Bd. 8).
Geppert, Dominik: Glanz und Elend der Hohenzollern (1900–1918), in: *Ders.*: Preußens Rhein-Universität 1818–1918. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 1, Göttingen 2018, S. 371–486.
Ders.: Hans Delbrück als Parlamentarier, in: *Hille, Martin/von Knorring, Marc/Meier, Desiderius* (Hg.): Vom Nutzen der Historie. Festschrift für Hans-Christof Kraus zum 65. Geburtstag, Berlin 2023 [i. E.].
Ders.: Pressekriege. Öffentlichkeit und Diplomatie in den deutsch-britischen Beziehungen (1896–1912), München 2007 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 64).
Ders. (Hg.): Preußens Rhein-Universität 1818–1918. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 1, Göttingen 2018.
Gerland, Kirsten/Möckel, Benjamin/Ristau, Daniel (Hg.): Generation und Erwartung. Konstruktionen zwischen Vergangenheit und Zukunft, Göttingen 2013 (= Göttinger Studien zur Generationsforschung, Bd. 12).
Gerwarth, Robert: Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eiserne Kanzler, München 2007.
Gerwarth, Robert: Die Größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit, München 2018.
Geuenich, Stephan u. a. (Hg.): Wozu brauchen wir das? Bildungsphilosophie und pädagogische Praxis, Münster 2016.
Geyer, Michael: Insurrectionary Warfare. The German Debate about a Levée en Masse in October 1918, in: Journal of Modern History 73 (2001) 3, S. 459–527.
Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. M. 1996.
Gilcher-Holtey, Ingrid: Eingreifendes Denken. Die Wirkungschancen von Intellektuellen, Weilerswist 2007.
Ginzburg, Carlo: Der Käse und die Würmer. Die Welt eines Müllers um 1600, Frankfurt a. M. 1979.
Glaser, Edith/Groppe, Carola/Overhoff, Jürgen (Hg.): Universitäten und Hochschulen zwischen Beharrung und Reform. Bildungshistorische Perspektiven, Bad Heilbrunn 2023 [i. E.].
Goeschel, Christian: Suicide in Nazi Germany, Oxford 2009.
Gosewinkel, Dieter: Einbürgern und Ausschließen. Die Nationalisierung der Staatsangehörigkeit vom Deutschen Bund bis zur Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2001.
Göttert, Karl-Heinz: Die Sprachreiniger. Der Kampf gegen Fremdwörter und der deutsche Nationalismus, Berlin 2019.
Goffman, Erving: Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München [18]2019.
Grabowski, Sabine: Deutscher und polnischer Nationalismus. Der Deutsche Ostmarken-Verein und die polnische Straż, Marburg 1998 (= Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 3).
Grebner, Gundula/Schulz, Andreas (Hg.): Generationenwechsel und historischer Wandel (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 36), München 2003.
Gregor, Neil/Roemer, Nils H./Roseman, Mark: Introduction, in: *Dies.* (Hg.): German history from the margins, Bloomington 2006, S. 1–26.

Dies. (Hg.): German history from the margins, Bloomington 2006.
Greschat, Martin: Elsaß-Lothringen im Spiegel der Christlichen Welt, in: *Grunewald, Michel* (Hg.): Le problème de l'Alsace-Lorraine vu par les périodiques, Frankfurt a. M. 1998, S., 277–291 (= Convergences, Bd. 7).
Greven-Aschoff, Barbara: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894–1933, Göttingen 2011 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46).
Grimmer-Solem, Erik: The Professors' Africa. Economists, the Elections of 1907, and the Legitimation of German Imperialism, in: German History 25 (2007) 3, S. 313–347.
Große Kracht, Klaus: Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges, in: Zeitgeschichte-online, Mai 2004, [URL: https://zeitgeschichte-online.de/themen/kriegsschuldfrage-und-zeithistorische-forschung-deutschland] [zuletzt aufgerufen am 29.12.2022]
Grunewald, Michael: Das »Dritte Reich« im Visier. Interpretationen, Urteile, Strategien der Action francaise, Berlin 2021 (= Zivilisation & Geschichte, Bd. 69).
Grunewald, Michael (Hg.): Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960), Bern 2002 (= Convergences, Bd. 24).
Grunewald, Michel (Hg.): Le problème de l'Alsace-Lorraine vu par les périodiques, Frankfurt a. M. 1998 (= Convergences, Bd. 7).
Grunewald, Michael/Manfred Bock, Hans: Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus. Vorbemerkungen zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses, in: *Grunewald, Michael* (Hg.): Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960), Bern 2002, S. 21–32 (= Convergences, Bd. 24).
Gründer, Horst: Geschichte der deutschen Kolonien, Paderborn ^{7}2018.
Grüttner, Michael (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010.
Gülzow, Erwin: Bund Neues Vaterland (BNV) 1914–1921/22. (1921–1922 Deutsche Liga für Menschenrechte), in: *Fricke, Dieter* (Hg.): Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, 2 Bde., Berlin (Ost) 1968, S. 179–183.
Gurr, Judith: Freundschaft und politische Macht. Freunde, Gönner, Getreue Margaret Thatchers und Tony Blairs, Göttingen 2011 (= Freunde – Gönner – Getreue, Bd. 4).
Gut, Gertrud: Studien zur Entwicklung Hans Delbrücks als politischer Historiker, Diss. Berlin 1951.
Gyory, Andrew: Closing the Gate. Race, Politics, and the Chinese Exclusion Act, Chaptel Hill 1998.
Haardt, Oliver: Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs, Darmstadt 2020.
Haas, Sebastian: Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858–1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus, Berlin 2017 (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 47).
Hähner, Olaf: Historische Biographik. Die Entwicklung einer geschichtswissenschaftlichen Darstellungsform von der Antike bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1999 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 289).
Häger, Peter: Sein einziges Motiv ist Haß gegen den Orden und die katholische Kirche. Der Fall des Kirchenkritikers Paul von Hoensbroech (1852–1923) im Urteil seiner Familie und des Jesuitenordens, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 208 (2005) 1, S. 267–326.
Hahn, Hanns Henning (Hg.): Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen, Frankfurt a. M. 2002 (= Mitteleuropa – Osteuropa, Bd. 5).

Hanisch, Marc/Loth, Wilfried (Hg.): Erster Weltkrieg und Dschihad. Die Deutschen und die Revolutionierung des Orients, München 2014.

Hanschmidt, Alwin: Die erste münstersche Universität 1773/80–1818. Vorgeschichte, Gründung und Grundzüge ihrer Struktur und Entwicklung, in: *Dollinger, Heinz* (Hg.): Die Universität Münster. 1780–1980, Münster 1980, S. 3–28.

Hardin, Russel: Trust and trustworthiness, New York 2002 (= The Russel Sage Foundation series on trust, Bd. 4).

Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Die Vergangenheit der Weltgeschichte. Universalhistorisches Denken in Berlin 1800–1933, Göttingen 2010.

Hartley, Stephen: The Irish Question as a problem in British Foreign Policy. 1914–1918, London 1987.

Hartmann, Elke: Zur Geschichte der Matriarchatsidee. Antrittsvorlesung, 02.02.2004, Berlin 2004.

Hasselhorn, Benjamin: Johannes Haller. Eine politische Gelehrtenbiographie. Mit einer Edition des unveröffentlichten Teils der Lebenserinnerungen Johannes Hallers, Göttingen 2015 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 93).

Hastedt, Heiner (Hg.): Macht und Reflexion, Hamburg 2016.

Häussler, Matthias: Der Genozid an den Herero. Krieg, Emotion und extreme Gewalt in »Deutsch-Südwestafrika«, Weilerswist 2018 (= Schriftenreihe »Genozid und Gedächtnis« des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung der Ruhr-Universität Bochum).

Heckel, Martin: Die theologischen Fakultäten im weltlichen Verfassungsstaat, Tübingen 1986 (= Jus ecclesiasticum, Bd. 31).

Heilen, Stefan: Der Mann, der Wilamowitz zum Duell zwingen wollte. Neue Quellen zu einer bisher unklaren Stelle der *Erinnerungen*, in: Rheinisches Museum für Philologie, N. F., 145 (2002), S. 374–426.

Hering, Sabine: Die Kriegsgewinnerlinnen, Pfaffenweiler 1990 (= Frauen in Geschichte und Gesellschaft, Bd. 16).

Herlemann, Hans-Heinrich: Die Krise des staatlichen Branntweinmonopols, in: Weltwirtschaftliches Archiv 70 (1953), S. 297–339.

Hewitson, Mark: National Identity and Political Thought. Wilhelmine Depictions oft he French Third Republic 1890–1914, Oxford 2000.

Hiery, Hermann: Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lohtringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918, Düsseldorf 1986 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 80).

Hiery, Hermann: Wahlen und Wahlverhalten im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1914, in: *Ara, Angelo/Kolb, Eberhard* (Hg.): Grenzregionen im Zeitalter der Nationalismen. Elsaß-Lothringen/Trient-Triest. 1870–1914, Berlin 1998, S. 71–89 (= Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 12).

Hildebrand, Klaus/Müller-Luckner, Elisabeth (Hg.): Das Deutsche Reich im Urteil der grossen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945), München 1995 (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 33).

Hillgruber, Andreas: Hans Delbrück, in: *Berding, Helmut/Anderson, Pauline R./Faber, Karl-Georg* (Hg.): Deutsche Historiker, Bd. 4, Göttingen 1972, S. 40–52.

Hirschfeld, Gerhard: Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/2004, S. 3–12.

Hirschi, Caspar: Skandalexperten – Expertenskandale. Zur Geschichte eines Gegenwartsproblems, Berlin 2018.

Hobsohn, Rolf: Maritimer Imperialismus. Seemachtsideologie, seestrategisches Denken und der Tirpitzplan 1875 bis 1914, München 2004 (= Beiträge zur Militärgeschichte, Bd. 61).

Höbelt, Lothar: To fight or not to fight? Die »Späteinsteiger« und ihre Entscheidung für den Krieg, in: *Angelow, Jürgen/Großmann, Johannes* (Hg.): Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart, S. 139–149.

Hoeres, Peter: Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg, Paderborn 2004.

Höland, Armin/Lück, Heiner (Hg.): Juristenkarrieren in der preußischen Provinz Sachsen (1919–1945). Lebenswege und Wirkungen, Halle 2004 (= Studien zur Landesgeschichte, Bd. 12).

Hoover, Karl: The Hindu Conspiracy in California, 1913–1918, in: German Studies Review 8 (1985) 2, S. 245–261.

Höpp, Gerhard: Arabische und islamische Periodika in Berlin und Brandenburg 1915–1945. Geschichtlicher Abriß und Bibliographie, Berlin 1994 (= Forschungsschwerpunkt Moderner Orient, Arbeitshefte, Bd. 4).

Höpp, Gerhard: Texte aus der Fremde. Arabische politische Publizistik in Deutschland, 1896–1945. Eine Bibliographie, Berlin 2000 (= Zentrum Moderner Orient, Arbeitshefte, Bd. 18).

Hösch, Edgar: Südosteuropäische Urteile über das Deutsche Reich, in: *Hildebrand, Klaus/Müller-Luckner, Elisabeth* (Hg.): Das Deutsche Reich im Urteil der grossen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945), München 1995, S. 123–139 (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 33).

Howes, John (Hg.): Japan's Bridge across the Pacific, Boulder/San Francisco 1995.

Hubatsch, Walter: Die Staatsbildung des Deutschen Ordens, in: Preussenland und Deutscher Orden. Festschrift für Kurt Forstreuter zur Vollendung seines 60. Lebensjahres dargebracht von seinen Freunden, Würzburg 1958, S. 127–152 (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 9/Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichungen, Bd. 184).

Hübinger, Gangolf: Briefkultur(en) im bürgerlichen Zeitalter, in: *Berg, Matthias/Neuhaus, Helmut* (Hg.): Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2020, S. 25–36 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 106).

Ders.: Gelehrte, Politik und Öffentlichkeit. Eine Intellektuellengeschichte, Göttingen 2006.

Ders.: Geschichte als leitende Orientierungswissenschaft, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 11 (1988), S. 149–158.

Huhnholz, Sebastian: Krisenimperialität. Romreferenz im US-amerikanischen Empire-Diskurs, Frankfurt a. M./New York 2014.

Johnson, Samantha T.: Holy war in Europe. Chalres Saroléa, »Everyman« and the First World War 1914–1917, in: *Connelly, Mark* (Hg.): War and the media. Reportage and propaganda, London 2007, S. 65–81.

Jones, Larry Eugene: German Liberalism and the Dissolution oft he Weimar Party System, 1918–1933, Chapel Hill/NC 1988.

Jung, Theo: Silence as a Mode of Political Communication. Negiotiating Expectations, in: Contemporary Political Theory 18 (2019) 3, S. 425–431.

Jureit, Ulrike: Generation und Erwartung. Überlegungen zur Interdependenz von Erfahrung und Prognose, in: *Gerland, Kirsten/Möckel, Benjamin/Ristau, Daniel* (Hg.): Generation und Erwartung. Konstruktionen zwischen Vergangenheit und Zukunft, Göttingen 2013, S. 29–39 (= Göttinger Studien zur Generationsforschung, Bd. 12).

Jürgensmeier, Friedhelm (Hg.): Handbuch der Mainzer Kirchengeschichte, Bd. 3. Neuzeit und Moderne, Teil 1, Würzburg 2002.

Kaiser, Jochen-Christoph/Loth, Wilfried (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik, Stuttgart 1997 (= Konfession und Gesellschaft, Bd. 11).

Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats Rudolf von Valentini dargestellt von Bernhard Schwertfeger, Oldenburg 1931.

Kienemann, Christoph: Der koloniale Blick gen Osten. Osteuropa im Diskurs des Deutschen Kaiserreichs von 1871, Paderborn 2018.

Kießling, Friedrich/Rothauge, Carolin (Hg.): Außenbeziehungen und Erinnerungen. Prozesse, Konflikte, Reflexionen, München 2021.

Klein, Jonas: Antikenrezeption in der »Weltpolitik« des Deutschen Kaiserreichs, in: *Kießling, Friedrich/Rothauge, Carolin* (Hg.): Außenbeziehungen und Erinnerungen. Prozesse, Konflikte, Reflexionen, München 2021, S. 98–115.

Ders.: Hans Delbrücks ›unbekannte Schüler‹ – Wissenschaftliche ›Schulen‹ als Beharrungsfaktor der Hochschulentwicklung, in: *Glaser, Edith/Groppe, Carola/Overhoff, Jürgen* (Hg.): Universitäten und Hochschulen zwischen Beharrung und Reform. Bildungshistorische Perspektiven, Bad Heilbrunn 2023 [i. E.].

Ders.: Philipp Zorn und der Krieg. Professorale Selbstmobilisierung im deutschen Kaiserreich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 65 (2017) 6, S. 533–552.

Ders.: Zwischen Wissenschaft und Politik. Hans Delbrücks Korrespondenz als Herausgeber der »Preußischen Jahrbücher«, in: *Berg, Matthias/Neuhaus, Helmut* (Hg.): Briefkultur(en) in der deutschen Geschichtswissenschaft zwischen dem 19. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2020, S. 139–164 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 106).

Ders./Rose, Andreas: Zwischen Wissenschaft und Politik. Hans Delbrück – Ausgewählte Korrespondenz (1868–1929), in: Jahresbericht 2018, hg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2019, S. 37–50.

Kleinschmidt, Harald: Diskriminierung durch Vertrag und Krieg. Zwischenstaatliche Verträge und der Begriff des Kolonialkriegs im 19. und frühen 20. Jahrhundert, München 2013 (= Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 59).

Klocke, Felix: Von Innen schwächen – Von außen besiegen. Aufstände im Feindesland als Instrument deutscher Kriegsführung im Ersten Weltkrieg, München 2011.

Knight, Lora Lea: Guardians of the race. Scientific eugenics and the Woman Question in Germany and the United States 1900–1945, Diss., University of Utah 2004.

Kohl, Wilhelm: Die Bemühungen um den Ausbau der Theologisch-Philosophischen Akademie zu Münster im 19. Jahrhundert, in: *Dollinger, Heinz* (Hg.): Die Universität Münster. 1780–1980, Münster 1980, S. 37–68.

Kohlrausch, Martin: Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie, Stuttgart 2009 (= Elitenwandel in der Moderne, Bd. 7).

Kolb, Eberhard: Moritz Busch – dienstwillige Feder und respektvoller Porträtist Bismarcks, in: Friedrichsruher Beiträge 32 (2007), S. 704–745.

König, Mareike: Rez.: Die Dreyfus-Affäre in der wilhelminischen Öffentlichkeit, in: Das lange 19 Jahrhundert in Perspektive. Geschichtswissenschaftliche Forschungen in Deutschland und Frankreich, 28.01.2014 [URL: https://19jhdhip.hypotheses.org/1479].

Konno, Hajime: Bogdan Graf von Hutten-Czapski und die polnische Frage (1870–1937). Ein preußischer Adliger zwischen Deutschland und Polen, in: Historische Zeitschrift 302 (2016) 1, S. 42–77.

Konstantinou, Evangelos: Griechenlandbegeisterung und Philhellenismus, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (EIG), Mainz, 22.10.2012, [URL: http://www.ieg-ego.eu/konstantinoue-2012-de].

Kracauer, Siegfried: Geschichte – Vor den letzten Dingen, Frankfurt a. M. 1971.

Ders.: »Marseiller Entwurf« zu einer Theorie des Films, in: Ders.: Werke, Bd. 3, Theorie des Films, hrsg. von Inka Mülder-Bach, Frankfurt a. M. 2005, S. 521–803.

Ders.: Werke, Bd. 3, Theorie des Films, hrsg. von Inka Mülder-Bach, Frankfurt a. M. 2005
Kraus, Hans-Christof: Geschichte als Lebensgeschichte. Gegenwart und Zukunft der politischen Biographie, in: *Ders.*/Nicklas, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007, S. 311–332 (= Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 44).
Ders./Nicklas, Thomas (Hg.): Geschichte der Politik. Alte und neue Wege, München 2007 (= Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 44).
Krieger, Karsten (Hg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition, Berlin 2011.
Ders.: Einleitung, in: *Ders.* (Hg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit 1879–1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. Kommentierte Quellenedition, Berlin 2011, S. X–XXXI.
Krug, Samuel: Die »Nachrichtenstelle für den Orient« im Kontext globaler Verflechtungen (1914–1921). Strukturen – Akteure – Diskurse, Bielefeld 2020 (= Global- und Kolonialgeschichte, Bd. 2.
Krüger, Dieter: Nationalökonomen im wilhelminischen Deutschland, Göttingen 1983 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 58).
Kruse, Wolfgang: Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensbeschlusses 1914/15, Essen 1994.
Kundel, Erich: Die Ideologie der Weltpolitik im politischen und sozialen Umfeld der Zeitschriften Grenzboten und Preußische Jahrbücher zwischen 1890–1900, Diss. Berlin 1990.
Kuß, Susanne: Deutsches Militär auf kolonialen Kriegsschauplätzen, Berlin 2010 (= Studien zur Kolonialgeschichte, Bd. 3).
van Laak, Dirk: Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880–1960, Paderborn 2004.
Ders.: Über alles in der Welt. Deutscher Imperialismus im 19. und 20. Jahrhundert, München 2005.
Lange, Sven: Hans Delbrück. Der Kritiker der Kriegsgeschichte, in: *Ehlert, Hans/Dülffer, Jost* (Hg.): Deutsche Militärhistoriker von Hans Delbrück bis Andreas Hillgruber, Potsdam 2010, S. 9–20 (= Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, Bd. 9).
Lange, Sven: Hans Delbrück und der »Strategiestreit«. Kriegführung und Kriegsgeschichte in der Kontroverse (1879–1914), Freiburg i. Br. 1995 (= Einzelschriften zur Militärgeschichte, Bd. 40).
Langewiesche, Dieter: Die »Humboldtsche Universität« als nationaler Mythos. Zum Selbstbild der deutschen Universitäten in ihren Rektoratsreden im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Historische Zeitschrift 290 (2010) 1, S. 53–91.
Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988 (= Neue Historische Bibliothek).
Lässig, Simone/Berghahn, Volker (Hg.): Biography between structure and agency. Central European lives in international historiography, New York 2008 (= Studies in German History, Bd. 9).
Dies.: Introduction. Biography in Modern History – Modern History in Biography, in: *Dies./Berghahn, Volker* (Hg.): Biography between structure and agency. Central European lives in international historiography, New York 2008, S. 1–26 (= Studies in German History, Bd. 9).
Lehmann, Hartmut: »Über vierzig Jahre kamen sie Sonntag für Sonntag, mit ihren Frauen, zusammen«. Adolf von Harnack und Hans Delbrück, in: *Nowak, Kurt/Oexle, Gerhard* (Hg.): Adolf von Harnack. Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker, Göttingen 2001, S. 71–84 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 161).
Lehnert, Detlef: Ein »obskurer« Weimarer Verfassungsvater? Oder: Wie Hugo Preuß seinen Auftrag bekam und ihn nutzte, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 43 (2012) 4, S. 901–914.

Lemke, Ulrike: Der Frauenfriedenskongress 1915 – auch ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus als Völkerrechtsidee, in: Archiv des Völkerrechts 53 (2015) 3, S. 424–460.

Lenger, Friedrich: Werner Sombart 1863–1941. Eine Biographie, München 1994.

Leonhard, Jörn: Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten 1750–1914, München 2008 (= Ordnungssysteme, Bd. 25).

Leonhard, Jörn: Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs, München 2014.

Leppien, Jörn-Peter: Martin Rade und die deutsch-dänischen Beziehungen 1909–1929. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung und zur Problematik des Nationalismus, Neumünster 1981 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 77).

Levsen, Sonja: Der Erste Weltkrieg und die Generationen. Historiografie und zeitgenössische Deutungen im deutsch-britischen Vergleich, in: *Gerland, Kirsten/Möckel, Benjamin/Ristau, Daniel* (Hg.): Generation und Erwartung. Konstruktionen zwischen Vergangenheit und Zukunft, Göttingen 2013, S. 109–130 (= Göttinger Studien zur Generationsforschung, Bd. 12).

Linck, Sönke: Die polnische Landschaft als Objekt deutscher Kolonialrhetorik. Das Beispiel der Preußischen Jahrbücher (1886–1914), in: *Demshuk, Andreas/Weger, Tobias* (Hg.): Cultural landscapes. Transatlantische Perspektiven auf Wirkungen und Auswirkungen deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa, München 2015, S. 69–98 (= Schriften des Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 52).

Llanque, Marcus: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000 (= Politische Ideen, Bd. 11).

Lohbeck, Lucas: Das höhere Schulwesen in Preußen im 19. Jahrhundert, Marburg 2005.

Loth, Wilfried (Hg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Stuttgart 1991 (= Konfession und Gesellschaft, Bd. 3).

Ders.: »Dschihad made in Germany«? Einleitung, in: *Hanisch, Marc/Loth, Wilfried* (Hg.): Erster Weltkrieg und Dschihad. Die Deutschen und die Revolutionierung des Orients, München 2014, S. 7–12

Ders.: »Freiheit und Würde des Volkes«. Katholizismus und Demokratie in Deutschland, Frankfurt a. M./New York 2018 (= Religion und Moderne, Bd. 13).

Ders.: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 75).

Lüdtke, Christian: Hans Delbrück als »Kassandra«. Die Feier seines 70. Geburtstages am 11. November 1918 als Brennpunkt der liberalen Sinnsuche im deutschen Zusammenbruch, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung 28 (2016), S. 315–325.

Ders.: Hans Delbrück und Gottlieb von Jagow – Ein vernunftgeleiteter und ein persönlich motivierter Zugang zur Kriegsschuldfrage, in: Sitzungsberichte der Leibnitz-Sozietät der Wissenschaften zu Berlin 142 (2020) S. 103–116.

Ders.: Hans Delbrück und Weimar. Für eine konservative Republik – gegen Kriegsschuldlüge und Dolchstoßlegende, Göttingen 2018 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd 99).

Luhmann, Niklas: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Konstanz/Stuttgart [5]2014.

MacCartney, Donal: W. E. H. Lecky. Historian and politician, 1838–1903, Dublin 1994.

Machtan, Lothar: Der Endzeitkanzler. Prinz Max von Baden und der Untergang des Kaiserreichs, Darmstadt 2018.

Mannheim, Karl: Ideologie und Utopie, Bonn 1929 (= Schriften zur Philosophie und Soziologie, Bd. 3).

Marienfeld, Wolfgang: Wissenschaft und Schlachtflottenbau in Deutschland. 1897–1906, Frankfurt a. M. 1957 (= Marinerundschau, Beihefte, Bd. 2).

Marzec, Wiktor: Die Revolution 1905 bis 1907 im Königreich Polen – von der Arbeiterrevolte zur nationalen Reaktion, in: Arbeit Bewegung Geschichte. Zeitschrift für Historische Studien 15 (2016) 3, S. 27–46.

Mast, Peter: Künstlerische und Wissenschaftliche Freiheit im Deutschen Reich 1890–1901, Rheinfelden 1980.

Maurer, Trude: Diskriminierte Bürger und emanzipierte »Fremdstämmige«. Juden an deutschen und russischen Universitäten, Graz 2013 (= Vorlesungen des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 5).

Dies.: »…und wir gehörten auch dazu«. Universität und »Volksgemeinschaft« im Ersten Weltkrieg, 2 Bde., Göttingen 2015.

McClelland, Charles E.: Die Professoren an der Friedrich-Wilhelm-Universität, in: *Ders./Heinz-Elmar Tenorth* (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden. Bd.1, Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918, Berlin 2010, S. 427–512.

Ders./Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden. Bd.1, Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918, Berlin 2010.

McGarry, Fearghal: The Rising. Ireland: Easter 1916, Oxford 2010.

Mehnert, Ute: Deutschland, Amerika und die »gelbe Gefahr«, Stuttgart 1995 (= Transatlantische historische Studien, Bd. 4).

Metzler, Gabriele: Deutschland in den internationalen Wissenschaftsbeziehungen, in: *Grüttner, Michael* (Hg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 55–82.

Meyer, Annette/Zwierlein, Cornel (Hg.): Machiavellismus in Deutschland. Chiffre von Kontingenz, Herrschaft und Empirismus in der Neuzeit (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 51), München 2010.

Möller, Frank: Vom revolutionären Idealismus zur Realpolitik. Generationenwechsel nach 1848?, in: *Grebner, Gundula/Schulz, Andreas* (Hg.): Generationenwechsel und historischer Wandel (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 36), München 2003, S. 71–91.

Möllering, Guido: Trust. Reason, routine, reflexivity, Amsterdam 2006.

Mommsen, Wolfgang J.: Bismarck, the Concert of Europe, and the Future of West Africa, 1883–1885, in: *Förster, Stig/Mommsen, Wolfgang J./Robinson, Ronald* (Hg.): Bismarck, Europe, and Africa. The Berlin Africa Conference 1884–1885 and the Onset of Partition, Oxford 1988, S. 151–170.

Dies.: Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismustheorien, Göttingen ^{3}1987.

Morsey, Rudolf: Franz Hitze – Sozialreformer und Sozialpolitiker. Eine Einführung in Vita und Werk, in: *Gabriel, Karl/Große Kracht, Hermann Josef* (Hg.): Franz Hitze (1851–1921). Sozialpolitik und Sozialreform, Paderborn 2006, S. 15–36.

Mück, Yannick: Die »Deutsche Gefahr«. Außenpolitik und öffentliche Meinung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg, Tübingen 2021 (= Medienakteure der Moderne, Bd. 2).

Mühlnickel, Marcus: »Fürst, sind Sie unverletzt?« Attentate im Kaiserreich 1871–1914, Paderborn 2014.

Müller, Frank Lorenz: Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen – Prinz, Monarch, Mythos, München 2013.

Müller, Jakob: Die importierte Nation. Deutschland und die Entstehung des flämischen Nationalismus 1914 bis 1945, Göttingen 2020 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 238).

Müller, Sven Oliver: Die Nation als Waffe. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 158).

Neitzel, Sönke: Diplomatie der Generationen? Kollektivbiographische Perspektiven auf die Internationalen Beziehungen 1871–1914, in: Historische Zeitschrift 296 (2013) 1, S. 84–113.

Neitzel, Sönke: Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000.

Neubach, Helmut: Posen, Preussens ungeliebte Provinz. Kritische Stimmen über eine deutsch-polnische Grenzregion, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 25 (2015), S. 111–130.

Neugebauer, Wolfgang: Preußische Geschichte als gesellschaftliche Veranstaltung. Historiographie vom Mittelalter bis zum Jahr 2000, Paderborn 2018.

Neumann, Helga/Neumann, Manfred: Maximilian Harden (1861–1927). Ein unerschrockener deutsch-jüdischer Kritiker und Publizist, Würzburg 2003.

Niedermeyer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994.

Niggemann, Janek: Wozu brauchen die das? Bildung als gelebte Philosophie der Praxis, in: *Geuenich, Stephan* u. a. (Hg.): Wozu brauchen wir das? Bildungsphilosophie und pädagogische Praxis, Münster 2016, S. 58–71.

Niggemann, Ulrich/Ruffing, Kai (Hg.): Antike als Modell in Nordamerika? Konstruktion und Verargumentierung 1763–1809, (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 55) München 2011.

Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte, 1866–1918, 2. Bd., München 1992

Nonn, Christoph: 12 Tage und ein halbes Jahrhundert. Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871–1918, München 2020.

Nottmeier, Christian: Adolf von Harnack und die deutsche Politik 1890–1930. Eine biographische Studie zum Verhältnis von Protestantismus, Wissenschaft und Politik, Tübingen 2017 (= Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 124).

Nowak, Kurt/Oexle, Gerhard (Hg.): Adolf von Harnack. Theologe, Historiker, Wissenschaftspolitiker, Göttingen 2001 (= Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 161).

Nowak, Kurt: Sozialpolitik als Kulturauftrag. Adolf von Harnack und der Evangelisch-soziale Kongreß, in: *Kaiser, Jochen-Christoph/Loth, Wilfried* (Hg.): Soziale Reform im Kaiserreich. Protestantismus, Katholizismus und Sozialpolitik, Stuttgart 1997, S. 79–93 (= Konfession und Gesellschaft, Bd. 11).

Nützenadel, Alexander/Plumpe, Werner/Schenk, Catherine R.: Deutsche Bank. Die globale Hausbank 1870–2020, Berlin 2020.

Oracki, Tadeusz: Antoni Donimirski (1846–1912). Niesłusznie zapomniany Pomorzanin, Polak i Europejczyk, in: Komunikaty Mazursko Warminskie 1 (2010), S. 3–40.

Otto, Martin: Von Urheberrollen und Nebenluftausgaben. Eine rechtshistorische Annäherung an die anonyme Autorschaft in Deutschland, in: *Pabst, Stefan*: Anonymität und Autorschaft. Ein Problemaufriss, in: *Ders.*: (Hg.): Anonymität und Autorschaft. Zur Literatur- und Rechtsgeschichte der Namenlosigkeit, Berlin 2011, S. 265–287 (= Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 126).

Pabst, Stefan: Anonymität und Autorschaft. Ein Problemaufriss, in: *Ders.*: (Hg.): Anonymität und Autorschaft. Zur Literatur- und Rechtsgeschichte der Namenlosigkeit, Berlin 2011, S. 1–34 (= Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 126).

Ders. (Hg.): Anonymität und Autorschaft. Zur Literatur- und Rechtsgeschichte der Namenlosigkeit, Berlin 2011 (= Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, Bd. 126).

Paddock, Troy R.: Creating the Russian peril. Education, the public spehre and national identity in imperial germany 1890–1914, Rochester 2010.

Persch, Martin/Schneider, Bernhard (Hg.): Geschichte des Bistums Trier, Bd.5. Beharrung und Erneuerung 1881–1981, Trier 2004 (= Veröffentlichungen des Bistumsarchivs Trier, Bd. 39).

Pöhlmann, Markus: Das unentdeckte Land. Kriegsbild und Zukunftskrieg in deutschen Militärzeitschriften, in: *Ders.* (Hg.): Vor dem Sprung ins Dunkle. Die militärische Debatte

über den Krieg der Zukunft 1880–1914, Göttingen 2016, S. 12–122. (= Krieg in der Geschichte, Bd. 92).
Powles, Cyrill H.: Bushido. Its Admirers and Critics, in: *Howes, John* (Hg.): Japan's Bridge across the Pacific, Boulder/San Francisco 1995, S. 117–129.
Prehn, Ulrich: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdenken vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen 2013 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 51).
Preibusch, Sophie Charlotte: Verfassungsentwicklung im Reichsland Elsaß-Lothringen 1871–1918, Berlin 2006 (= Berliner Juristische Universitätsschriften, Bd. 38).
Preussenland und Deutscher Orden. Festschrift für Kurt Forstreuter zur Vollendung seines 60. Lebensjahres dargebracht von seinen Freunden, Würzburg 1958 (= Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis, Bd. 9/Göttinger Arbeitskreis, Veröffentlichungen, Bd. 184).
Prott, Volker: »Ruhe an der Grenze!« Irritierte Loyalitäten und politische Entfremdung in Elsass-Lothringen zu Beginn des Ersten Weltkriegs, in: *Angelow, Jürgen/Großmann, Johannes* (Hg.): Wandel, Umbruch, Absturz. Perspektiven auf das Jahr 1914, Stuttgart, S. 83–94.
Puschner, Uwe/Schmitz, Walther/Ulbricht, Justus H. (Hg.): Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918, München 1996.
Ders.: Kulturkampf. Ursachen, Verlauf, Folgen, in: *Faber, Richard/Puschner, Uwe* (Hg.): Preußische Katholiken und katholische Preußen im 20. Jahrhundert, Würzburg 2011, S. 45–62.
Pyta, Wolfram/Kretschmann, Carsten (Hg.): Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933 (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 54), München 2011.
Raasch, Markus/Linsemann, Andreas (Hg.): Die Frauen und der politische Katholizismus. Akteurinnen, Themen, Strategien, Paderborn 2018 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte Reihe C, Themen der kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 1).
van Rahden, Till: Lumpen sammeln. Mit Siegfried Kracauer im Dickicht des 19. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 307 (2018) 2, S. 319–340.
Raulff, Ulrich: Politik als Passion. Hans Delbrück und der Krieg in der Geschichte, in: *Delbrück, Hans*: Geschichte der Kriegskunst. Das Altertum von den Perserkriegen bis Caesar, Neuaufl. Hamburg 2003, S. S. IX–XLVI.
Rebenich, Stefan: C. H. Beck 1763–2013. Der kulturwissenschaftliche Verlag und seine Geschichte, München 2013.
Ders.: Theodor Mommsen und Adolf von Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts, Berlin 1997.
Reichert, Folker: Gelehrtes Leben. Karl Hampe, das Mittelalter und die Geschichte der Deutschen, Göttingen 2009 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd 79).
Reichert, Folker: Tod und Verklärung. Das Professorengrab als biographisches Zeugnis, in: Historische Zeitschrift 307 (2018) 2, S. 370–411.
Requate, Jörg: Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich, Göttingen 1995 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 109).
Retallack, James N.: Conservatives contra Chancellor, in: *Ders.*: The German Right, 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination, Toronto 2006, S. 325–369 (= German and European Studies, Bd. 2).
Ders.: The German Right, 1860–1920. Political Limits of the Authoritarian Imagination, Toronto 2006 (= German and European Studies, Bd. 2).
Richter, Hedwig/Wolff, Kerstin: Demokratiegeschichte als Frauengeschichte, in: *Dies./Wolff, Kerstin* (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018, S. 7–32.

Dies./Wolff, Kerstin (Hg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa, Hamburg 2018.
Dies.: Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert, Hamburg 2017.
Riklin, Alois: Machtteilung. Geschichte der Mischverfassung, Darmstadt 2006.
Rill, Bernd (Hg.): Der Erste Weltkrieg. »In Europa gehen die Lichter aus«, München 2014 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 91).
Rimmele, Eva: Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914. Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsass-Lothringen und den östlichen Provinzen Preussens, Frankfurt a. M. 1996 (= Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Bd. 17).
Ringer, Fritz: Der Niedergang der deutschen Mandarine, 1890–1933, Stuttgart 1983.
Ritter, Gerhard A.: Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, München 1989 (= Schriften des Historischen Kollegs, Bd. 22).
Rohe, Karl: Politische Kultur und ihre Analyse. Probleme und Perspektiven der Politischen Kulturforschung, in: Historische Zeitschrift 250 (1990), S. 321–347.
Ders.: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: *Niedermeyer, Oskar/von Beyme, Klaus* (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1–15.
Röhl, John: Wilhelm II., 3 Bde., München 1993–2008.
Röll, Ludwig: Lebensweg, Werk und Wirkungen Adolf Weisslers (1855–1919) in: *Höland, Armin/Lück, Heiner* (Hg.): Juristenkarrieren in der preußischen Provinz Sachsen (1919–1945). Lebenswege und Wirkungen, Halle 2004, S. 35–42 (= Studien zur Landesgeschichte, Bd. 12).
Rose, Andreas: Das hegemoniale Potenzial des Deutschen Kaiserreichs, in: *Rill, Bernd* (Hg.): Der Erste Weltkrieg. »In Europa gehen die Lichter aus«, München 2014, S. 37–48 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Bd. 91).
Ders. David Lloyd George und die britische Entscheidung für den Kriegseintritt von 1914, in: *Schmied, Jürgen Peter* (Hg.): Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Göttingen 2019, S. 75–102 (= Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 15).
Ders.: Ein neuer Streit um die Deutungshoheit? Neuere Literatur zu den Kriegsursachen von 1914, in: H-Soz-Kult, 30.07.2014 [URL: https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-20232] [zuletzt aufgerufen am 07.01.2023]
Ders.: Zwischen Empire und Kontinent. Britische Außenpolitik vor dem Ersten Weltkrieg, München 2011 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts, Bd. 70).
Rosin, Philipp: Rez.: Sebastian Haas, Die Preußischen Jahrbücher zwischen Neuer Ära und Reichsgründung (1858–1871). Programm und Inhalt, Autoren und Wirkung einer Zeitschrift im deutschen Liberalismus, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung 29 (2017), [https://www.recensio.net/rezensionen/zeitschriften/jahrbuch-zur-liberalismusforschung/2017/1/ReviewMonograph405852338].
Rothfuss, Anna: Korruption im Kaiserreich. Debatten und Skandale zwischen 1871 und 1914, Göttingen 2019.
Rürup, Miriam: Alltag und Gesellschaft, Paderborn 2017 (= Perspektiven deutsch-jüdischer Geschichte).
Sand, Joachim: Unter Kreuz und Hammer. Zur Entstehung- und Wirkungsgeschichte der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) in der Diözese Trier, Trier 1996 (= Trierer theologische Studien, Bd. 60).
Schaser, Angelika: Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, Darmstadt ²2020.
Scheibe, Friedrich Carl: Marne und Gorlice. Zur Kriegsdeutung Hans Delbrücks, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 53 (1994) 2, S. 354–376.

Schiefel, Werner: Bernhard Dernburg 1865–1937. Kolonialpolitiker und Bankier im wilhelminischen Deutschland, Zürich/Freiburg i. Br. 1974 (= Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte, Bd. 11).
Schimmelpenninck van der Oye, David: Toward the rising sun. Russian ideologies of empire and the path to war with Japan, DeKalb/Ill. 2001.
Schivelbusch, Wolfgang: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865. Frankreich 1871. Deutschland 1918, Berlin 2001.
Schleier, Hans: Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Berlin (Ost) 1975.
Ders.: Treitschke, Delbrück und die »Preußischen Jahrbücher« in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Geschichte 1, 1967, 134–179.
Schlich, Jutta: Geschichte(n) des Begriffs »Intellektuelle«, in: *Dies.* (Hg.): Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, Tübingen 2000, S. 1–114 (= Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Sonderheft 11).
Dies. (Hg.): Intellektuelle im 20. Jahrhundert in Deutschland. Ein Forschungsreferat, Tübingen 2000 (= Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, Sonderheft 11).
Schlicher, Christian/Ziegler, Marc/Will-Zocholl, Mascha (Hg.): Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt, Wiesbaden 2012.
Schlott, René: Die Friedensnote Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917. Eine Untersuchung zur Berichterstattung und Kommentierung in der zeitgenössischen Berliner Tagespresse, Hamburg 2007 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 57).
Schlottau, Ralf: Deutsche Kolonialrechtspflege. Strafrecht und Strafmacht in den deutschen Schutzgebieten 1884 bis 1914, Frankfurt a. M. 2007 (= Rechtshistorische Reihe, Bd. 349).
Schlossmacher, Norbert: Antiultramontanismus im Wilhelminischen Deutschland. Ein Versuch, in: *Loth, Wilfried* (Hg.): Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, Stuttgart 1991, S. 164–198 (= Konfession und Gesellschaft, Bd. 3).
Schlürmann, Jan: 1920 Eine Grenze für den Frieden. Die Volksabstimmung zwischen Deutschland und Dänemark, Kiel/Hamburg 2019.
Schmeiser, Martin: Akademischer Hasard. Das Berufsschicksal des Professors und das Schicksal der deutschen Universität, Stuttgart 1994.
Schmid, Michael: Der »Eiserne Kanzler« und die Generäle. Deutsche Rüstungspolitik in der Ära Bismarck (1871–1890), Paderborn 2003.
Schmied, Jürgen Peter (Hg.): Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, Göttingen 2019 (= Internationale Beziehungen. Theorie und Geschichte, Bd. 15).
Schmidt, Julia: Konservative Staatsrechtslehre. Leben und Werk Philipp Zorns, Ebelsbach 2001 (= Abhandlungen zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung, Bd. 85).
Schmitt, Bernadotte E. (Hg.): Some historians of modern Europe, Port Washington 1966.
Schmidt, Stefan: Frankreichs Außenpolitik in der Julikrise 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, München 2009 (= Pariser historische Studien, Bd. 90).
Schott, Heinz: Universitätspolitik als Integrationspolitik (1818–1849), in: *Geppert* (Hg.): Preußens Rhein-Universität 1818–1918. Geschichte der Universität Bonn, Bd. 1, Göttingen 2018, S. 43–157.
Schultheis, Franz: Un inconscient universitaire fait homme. Le Privatdozent, in: Actes de la recherche en sciences sociales 135 (2000) 1, S. 58–62.
Schuster, Frank M.: »Was hat der Krieg zwischen Zar und Kaiser mit uns zu tun?«. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkriegs, in: *Eisfeld, Alfred/Hausmann, Guido/Neutatz, Dietmar* (Hg.): Besetzt, interniert, deportiert. Der Erste Weltkrieg und die deutsche, jüdische, polnische und ukrainische Zivilbevölkerung im östlichen Europa, Essen 2013, S. 57–86 (= Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, Bd. 39).

Schwabe, Klaus (Hg.): Deutsche Hochschullehrer als Elite 1815–1945, Boppard 1988 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 17).

Ders.: Ursprung und Verbreitung des Alldeutschen Annexionismus in der deutschen Professorenschaft im Ersten Weltkrieg, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 14 (1966) 2, S. 105–138.

Ders.: Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1969.

Soutu, Georges-Henri: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches und der französischen Republik zwischen »deutscher Sendung« und republikanischen Werten, in: *Pyta, Wolfram/Kretschmann, Carsten* (Hg.): Burgfrieden und Union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914–1933, S. 51–70 (Historische Zeitschrift, Beihefte, N. F., Bd. 54), München 2011.

Spät, Robert: Die »polnische Frage« in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich 1894–1918, Marburg 2014 (= Studien zur Ostmitteleuropaforschung, Bd. 29).

Stangel, Matthias/Niese, Kristof: Einleitung, in: *Dies.* (Hg.): Zwischen allen Stühlen. Grenzgänger im 20. Jahrhundert, Augsburg 2017, S. 9–13.

Dies. (Hg.): Zwischen allen Stühlen. Grenzgänger im 20. Jahrhundert, Augsburg 2017.

Steger, Hans Alfred: »Deutsche Weltpolitik« bei Hans Delbrück 1895–1915, Diss. Marburg 1955.

Stein, Gerd: Adolf Stein alias Rumpelstilzchen. »Hugenbergs Landsknecht« – einer der wirkungsmächtigsten deutschen Journalisten des 20. Jahrhunderts, Berlin 2014 (= Mediengeschichte, Bd. 2).

Stein, Oliver: Die Deutsche Heeresrüstungspolitik 1890–1914. Das Militär und der Primat der Politik, Paderborn 2007 (= Krieg in der Geschichte, Bd. 39).

Steinmetz, Willibald: Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867, Stuttgart 1993 (= Sprache und Geschichte, Bd. 21).

Stienen, Daniel Benedikt: »Deutsche, kauft deutsches Bauernland«. Über die Anwerbung von Kolonisten und die damit verbundenen administrativen Hemmnisse in der preußischen Siedlungspolitik (1886–1914), in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 27 (2017) 1, S. 63–90.

Stienen, Daniel Benedikt: Verkauftes Vaterland. Die moralische Ökonomie des Bodenmarktes im östlichen Preußen, Göttingen 2022 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 243).

Stöber, Gundula: Pressepolitik als Notwendigkeit. Zum Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit im wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Berlin 1998 (= Historische Mitteilungen, Beihefte, Bd. 38).

Streubel, Christiane: Die Frauen der Rechten in Kaiserreich und Republik. Ein Überblick und Forschungsbericht, in: Historical Social Research 28 (2003) 4, S. 103–166.

Strötz, Jürgen: Der Katholizismus im Kaiserreich 1871 bis 1918. Strukturen eines problematischen Verhältnisses zwischen Widerstand und Integration, Teil 1, Reichsgründung und Kulturkampf (1871 bis 1890), Hamburg 2005 (= Studien zur Religionspädagogik und Pastoralgeschichte, Bd. 6).

Stuchtey, Benedikt: W. E. H. Lecky (1838–1903). Historisches Denken und politisches Urteilen eins anglo-irischen Gelehrten, Göttingen 1997 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts, Bd. 41).

Studt, Christoph: »Ein geistiger Luftkurort« für deutsche Historiker. Hermann Onckens Austauschprofessur in Chicago 1905/06, in: Historische Zeitschrift 264 (1997) 1, S. 361–389.

Studt, Christoph: Lothar Bucher (1817–1892). Ein politisches Leben zwischen Revolution und Staatsdienst, Göttingen 1992 (= Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 47).

Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918, Berlin 1994.

Szlanta, Piotr: »Polakożerca« kontra »wrogowie Rzeszy«. Cesarz Wilhelm II i Polacy (1888–1918), Warschau 2019.

Sztompka, Piotr: Trust. A sociological theory, Cambridge 1999 (= Cambridge cultural social studies).

Tattenberg, Jan: Rez.: Christian Lüdtke. Hans Delbrück und Weimar, in: H-Diplo Review Essay 249, 24.06.2020.

Thiemeyer, Guido: Internationalismus und Diplomatie. Währungspolitische Kooperation im europäischen Staatensystem 1865–1900, München 2009 (= Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 19).

Thimme, Anneliese: Hans Delbrück als Kritiker der wilhelminischen Epoche, Düsseldorf 1955 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6).

Thomas, Alexander: Geschichtsschreibung und Autobiographie. Hans Delbrück in seiner »Weltgeschichte«, in: *Hardtwig, Wolfgang* (Hg.): Die Vergangenheit der Weltgeschichte. Universalhistorisches Denken in Berlin 1800–1933, Göttingen 2010, S. 195–215.

Thümmler, Ellen: Fluida des Intellektuellen, oder: Was können biografische Forschungen für eine Intellectual History der Bundesrepublik leisten?, in: *Gallus, Alexander/Liebold, Sebastian/Schale, Frank* (Hg.): Vermessung einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2020, S. 249–265.

Timmer, Jan: Vertrauen. Eine Ressource im politischen System der römischen Republik, Frankfurt a. M./New York 2017 (= Campus historische Studien, Bd. 74).

Trocini, Federico; Machiavellismus, Realpolitik und Machtpolitik. Der Streit um das Erbe Machiavellis in der deutschen politischen Kultur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Meyer, Annette/Zwierlein, Cornel* (Hg.): Machiavellismus in Deutschland. Chiffre von Kontingenz, Herrschaft und Empirismus in der Neuzeit, München 2010, S. 215–231 (Historische Zeitschrift, Beihefte N. F., Bd. 51).

von Ungern-Sternberg, Jürgen/von Ungern-Sternberg, Wolfgang: Der »Aufruf an die Kulturwelt!«. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg. Mit einer Dokumentation, Stuttgart 1996 (= Historische Mitteilungen, Beihefte, Bd. 18).

Unterburger, Klaus: Pfälzer Eigensinn? Das Ringen zwischen Liberalismus und Ultramontanismus in der Pfalz und in Altbayern im Vergleich, in: Archiv für mittelrheinische Kirchengeschichte 68 (2016), S. 187–206.

Urbach, Karina: Between Saviour and Villian. 100 Years of Bismarck Biographies, in: The Historical Journal 41 (1998) 4, S. 1131–1160.

Verhey, Jeffrey: Der »Geist von 1914« und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.

Volkmann, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege, Paderborn 2016.

Wajda, Kazimierz: Hans Delbrücks Konzept der Polenpolitik und sein Polenbild, in: *Hahn, Hanns Henning* (Hg.): Stereotyp, Identität und Geschichte. Die Funktion von Stereotypen in gesellschaftlichen Diskursen, Frankfurt a. M. 2002, S. 305–312 (= Mitteleuropa – Osteuropa, Bd. 5).

Walzer, Michael: Zweifel und Einmischung. Gesellschaftskritik im 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1997.

Weber, Christoph: Der »Fall Spahn« (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert, Rom 1980.

Weber, Wolfgang: Priester der Klio. Historisch-sozialwissenschaftliche Studien zur Herkunft und Karriere deutscher Historiker und zur Geschichte der Geschichtswissenschaft 1800–1970, Frankfurt a. M./Bern/New York, 1984 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 216).

Wehler, Hans-Ulrich: Das deutsche Kaiserreich. 1871–1918, Göttingen ^{7}1994 (= Deutsche Geschichte, Bd. 9).

Ders.: Der Fall Zabern 1913/14 als Verfassungskrise des Wilhelminischen Kaiserreichs, in: *Ders.*: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur dt. Sozial- und Verfassungsgeschichte, Bonn ²1979, S. 65–83.

Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der »deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–19141, München 1995.

Ders.: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.

Ders.: Krisenherde des Kaiserreichs 1871–1918. Studien zur dt. Sozial- und Verfassungsgeschichte, Bonn ²1979.

Weichlein, Siegfried: Nationsbilder und Staatskritik im deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, in: *Altermatt, Urs/Metzger, Franziska* (Hg.): Religion und Nation. Katholizismen im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, S. 137–151 (= Religionsforum, Bd. 3).

Weinke, Annette: Gewalt, Geschichte, Gerechtigkeit. Transnationale Debatten über deutsche Staatsverbrechen im 20. Jahrhundert, Göttingen 2016 (= Beiträge zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 19).

Weiss, Stefan: Wilhelm Stieber, August Schluga von Rastenfeld und Otto von Bismarck. Zu den Anfängen des deutschen Geheimdienstes, in: Francia 31 (2003) 3, S. 87–112.

Wende, Peter: Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, München 2008.

Wilke, Jürgen: Deutsche Auslandspropaganda im Ersten Weltkrieg. Die Zentralstelle für den Auslandsdienst, in: *Ders.* (Hg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997, S. 97–126 (= Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 7).

Ders. (Hg.): Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997 (= Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 7).

Wilhelm, Uwe: Das Deutsche Kaiserreich und seine Justiz, Berlin 2010 (= Historische Forschungen, Bd. 93).

Wilhelmy-Dollinger, Petra: Der Berliner Salon im 19. Jahrhundert 1780–1914, Berlin 1989 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 73).

Wilmers, Annika: Pazifismus in der internationalen Frauenbewegung 1914–1929. Handlungsspielräume, politische Konzeptionen und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, Essen 2008 (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, N. F., Bd. 23).

Winock, Michael: Das Jahrhundert der Intellektuellen, Konstanz 2003 (= Édition discours, Bd. 28).

Winterling, Aloys: Probleme historischer Biographie am Beispiel des Kaisers Caligula, in: Historische Anthropologie 20 (2012) 2, S. 186–199.

Wittstock, Oskar: Lutz Korodi. Zu seinem 100. Geburtstag am 15. Sept., in: Südostdeutsche Vierteljahresblätter 16 (1967), S. 230–235.

Wolf, Jean-Claude: Eduard von Hartmann. Ein Philosoph der Gründerzeit, Würzburg 2006.

Wolff, Horst: Der Nachlass Hans Delbrücks in der Preußischen Staatsbibliothek, Berlin 1980.

Zechlin, Egmont: Die Deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.

Personenregister

Kursiv gesetzte Seitenzahlen verweisen auf Inhalte in den Fußnoten.

Aegidi, Karl Ludwig 48
Ahlefeld, Hunold von 286
Ahlwardt, Hermann 366
Alexander (der Große) 78, 135
Alexander, Kurt 368, 370
Althoff, Friedrich 39, 42, 44, 65, 109, 128 f., 170, 189 f.
Anschütz, Gerhard 195, 340
Archer, Georgiana 221
Arco-Valley, Emmerich von 304
Arndt, Ernst Moritz 32, 128, 188
Arnold, Eduard 374
Arnold, Johannes 115, *232*
as-Sawis, Abd al-Aziz 335 f.
Attinghausen, Werner von 417

Bachem, Julius 113
Baden, Max von *313*, 384, 409–412, 414, 420, 424, 429, 456
Balfour, Arthur 245, 283
Ballin, Albert 361
Bardeleben, Karl *33*
Baring, Eveling
– 1. Earl of Cromer 295
Bartsch, Robert von 188, 191
Bassermann, Ernst 285
Bäumer, Gertrud 228 f., 402
Baumgarten, Otto 317, 330
Baum, Johann 149
Bebel, August 140 f., *295*
Becker, Carl 43
Becker, Otto 302
Becker, Winfried *232*
Below, Georg von 318, *319 f.*, 389
Benedictus Levita *siehe* Weissler, Adolf
Benedikt von Nursia 47
Benedikt XV. 359
Benheim-Schwarzbach, Felix 89
Bennigsen, Rudolf von 435
Benningsen, Rudolf von 56
Bernhardi, Friedrich von 329 f.
Bernhard, Ludwig 145
Bernstein, Eduard 134, 136
Bernstein, Herman 265, 343, 375
Bernstorff, Albrecht Graf von 340 f.
Beseler, Hans von 272, *346*, 396
Beseler, Wilhelm 32
Bethmann Hollweg, Theobald von 16, 30, 78, 93, 106, 163, 196, 208–211, 216–218, 248, 274, 284 f., 308, 330, 333, 350, 354, 356, 359, 361 f., 384, 386, 388, 391, 407–409, 411, 414
Bismarck, Otto von 35, 50, 52, 77–83, 87, 92, 101, 106, 119 f., 138, 148, 164–166, 199, 202 f., 243, 249, 251, 254, 267 f., 278, 288 f., 303, 329, 386, 415, 422, 433
Bloch, Josef 68
Blumenfeld, Kurt 378
Blumenthal, Karl von 35
Boehm, Max Hildebert 373
Boetticher, Karl Heinrich von 80, 82
Bois-Reymond, Alard du 204
Booth, Arthur 58
Bortfeldt, Tessy *73*, 413
Bosse, Robert 166, 183, 188, 190 f., 426
Boulanger, Georges 248, 323
Bourdieu, Pierre 432
Branting, Hjalmar 332
Bräuer, geb. Delbrück, Johanna 101
Braun, Lily 241
Brechtken, Magnus 245
Brentano, Lujo 89, 348, 361, 369, 375
Breuning, Carl Philipp von 51
Brinckmann, Albert Erich 354
Brix, Theodor 181 f.
Brockdorff-Rantzau, Ulrich von 421
Broicher, Charlotte 72, 222
Bruch, Rüdiger vom 15, 21, 125, 190, 285, 306, 308
Brüggen, Ernst von der 175, 289
Brühl, Hedwig von 35
Brunner, Heinrich 153
Bucher, Lothar 79
Buchfinck, Ernst 33, 40
Bucholz, Arden 13, 34

Bülow, Bernhard von 78, 86, 88, 106, 111, 135 f., 140, 160, 163, 169, 176, 196 f., 209, 243, 260–262, 278, 304, 306 f., 312, 326, 331, 390, 427 f., 434
Bunting, Percy 280 f.
Busch, Moritz 79

Calker, Fritz van *60*
Caprivi, Leo von *84*, 86, 167, 179, 270 f., 278, 404
Carnot, Marie François, Sadi 127
Casement, Roger 309
Chamberlain, Houston Stewart 368
Charlotte von Preußen 35
Chlumecky, Leopold von 247
Christian von Schleswig-Holstein 80
Clausen, Hans Victor 194
Clausewitz, Carl von 40
Clemenceau, Georges 249
Cohn, Emil 371 f.
Colmar, Joseph Ludwig *207*
Conger, Arthur L. 419, 421
Conrad, Hermann 17
Curie, Marie 224

Dallwitz, Johann von 217, 399
Dalwigk, Reinhardt von 50
Daniels, Emil 15, 17, 38, 41, 60, 62, 71, 74, 157, 188, 209, 225, 227, 231, 234, 239, 244, 246, 258, 274, 281, 285, 300–302, 323, *325*, 332, 335, 365, 375, 425
Delbrück, Adalbert 31
Delbrück, Berthold [1817] 31
Delbrück, Berthold [1842] 30, 226, 350
Delbrück, Clemens von 30, 45, 106, 211 f., 284, 406, 408, 413
Delbrück, Ernst 30, 48, 302, 309 f.
Delbrück, Ferdinand 30
Delbrück, Friedrich 30
Delbrück geb. Thiersch, Lina 12, 16, 18, 29, 31, *40*, 45–47, 60, 67, 75, 78, 84, 101, 128, 244, 395, 411, 413, 417
Delbrück geb. von Henning, Laura 33, 45
Delbrück, Gottlieb 29
Delbrück, Heinrich 30
Delbrück, Hugo 31
Delbrück, Ludwig 30, 39, 58, 252, 284 f., 298, 308 f.
Delbrück, Max 30
Delbrück, Waldemar 12, 342
Demodokos 40
Dernburg, Bernhard 293, 307, 339 f., 343, 350, 359, 361
Deutelmoser, Erhard 66
Dewitz, Otto von *60*, 106 f., 159, 163 f., 173, 273
Dibelius, Wilhelm 157
Dilthey, Wilhelm 19
Dirksen, Willibald von 60
Dittrich, Franz 114
Doerry, Martin *416*
Dombrowski, Erich 9 f., 422
Dominicus, Adolf 407
Donimirski, Antoni 147, 176
Dreßler, Max 226
Drews, Arthur 71
Dreyer, Michael *422*
Dryander, Ernst von 30, 101, 197
Dryander, Gottfried von 195
Duncker, Max 24, 49 f.
Dyroff, Adolf 71, 113
Dyroff, Margot 71, 113

Ebert, Friedrich 388
Edinger, Anna *404*
Eisner, Kurt 421
Elster, Ludwig 190
Engel, Eduard 365
Engels, Friedrich 134
Erzberger, Matthias 380, 385
Eulenburg, August zu 409
Eulenburg, Philipp zu 85

Falkenhayn, Erich von 40, 218, 392, 406
Feldman, Wilhelm 394
Fischart, Johannes *siehe* Dombrowski, Erich
Fischer, Anton 118
Fleischer, Richard 435
Foerster, Friedrich Wilhelm 269
Fox, Francis William 282
Francke, Ernst 88
Franckenstein, Georg von und zu 97 f.
Franz Ferdinand von Österreich-Este 334
Franz Joseph I. 256
Freund, Friedrich 240
Fried, Alfred H. 270
Friedjung, Heinrich 258
Friedrich II. (der Große) 39, 144, 269
Friedrich III. 29, 34–37, 52–54, 66, 426
Friedrich Wilhelm IV. 30
Friis, Aage 202 f., *398*

Fuchs, Eugen 374, 379
Fuss, Paul 162

Galster, Karl 284, 326, 336 f., 353, 357
Geibel, Emmanuel 47
George, Stefan 224
Gerard, James W. 359
Gierke, Otto von 153
Gladstone, William Ewart 290
Gnauck-Kühne, Elisabet 226, 232, 402
Gneisenau, Neidhart von 35, 200
Gneist, Rudolf von 221
Goetz, Walther 317
Goffman, Erving 21, 450
Göhre, Paul 123 f., 136
Goldmann, Nachum 373, 378, 380
Goltz, Colmar von der 285, 298
Goslich, Karl 89
Goslich, Marie 73, 413
Goßler, Gustav von 44
Gothein, Georg 412
Gothein, Marie Luise 71, 241
Grabowsky, Adolf *416*
Gräfin Büna, Margarethe 71
Grey, Edward
– 1. Viscount Grey of Fallodon 283, 324 f.
Grillparzer, Franz 396
Grimm, Hermann 34
Grimm, Jacob
– Grimm, Wilhelm 188
Gustav V. (von Schweden) 34
Gwinner, Karl von 299

Hagen, Maximilian von 82
Hahn, Kurt 313, 315, 320, 349, 360
Haintz, Otto 38
Haller, Johannes 326
Hammann, Otto 66
Hampe, Karl 351
Hansemann, Ferdinand von 148
Hanssen, Hans Peter 182
Hardenberg, Carl August von 407
Harden, Maximilian 66, 146, 149, 151, 365
Harnack, Adolf von 12, 15, 30, 44–47, 61 f., *73*, 104, 112, 114–116, 127 f., 132, 171, 189, 195, 224, 298, 329, 383, *391*, 407, 424
Harnack, Axel von 62
Harnack geb. Thiersch, Amalie von 45
Hartmann, Alma von 71, 229
Hartmann, Eduard von 71, 229
Hatzfeldt, Hermann von 60, 162, 261, 318, 344, 365
Haußmann, Conrad 409
Haym, Rudolf 49, *51*
Heckscher, Siegfried 139
Heemskerk, Theo 320, 354
Heeringen, August von 275
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm 47, 134, 407
Heilbron, Friedrich 66
Heilen, Stefan *31*, 34
Heinrich von Preußen 264, 277, 428
Heinsohn, Kirsten 235
Heinze, Wolfgang 376 f.
Helfferich, Karl 299
Helmholtz, Anna von 188
Henckel von Donnersmarck, Guido 343
Henning, Leopold von 29
Herkner, Heinrich 61, 361
Hertling, Georg von 232, 285, 384, 399, 409 f.
Herzl, Theodor 372
Hessen, Robert 366, 374
Heydebrand und der Lasa, Ernst von 9
Heydebreck, Carl von 155
Heynen, Walther 62
Hindenburg, Paul von 39, 328, 412, 423
Hinneberg, Paul 65
Hintze, Otto 284
Hobe geb. Delbrück, Helene 13
Hobohm, Martin 17, 32, 39, 42, 61, 200, 316 f., 319, 374
Hoensbroech, Paul von 17, 101–104, 110
Hoffmann von Fallersleben, August Heinrich 128, 188
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig zu 80 f., 127, 182, 190, 219, 302
Hoiningen-Huene, Christine von 113
Hollmann, Friedrich von 248
Holls, Frederic C. 263
Holtgreven, Anton 114
Homer 40
Houten, Samuel van 354
Houx, Henri des 249
Hübinger, Gangolf 21
Hübner, Alexander von 248
Hugenberg, Alfred 49
Hutten-Czapski, Bogdan von 155, *346*

Imelmann, Johannes 290
Inazo, Nitobe 303

Jagow, Gottlieb von 334
Jagow, Trautgott von 131, 341, 426, 433
Janensch, Mathilde 73
Japikse, Nicolaas 354
Johnson, Robert A. 281 f.
Jong van Beek en Donk, Benjamin de 320

Kaftan, Julius 184, 195, 201
– Kaftan, Theodor 196
Kahlden, Ida von 31
Kahl, Wilhelm 195
Kant, Immanuel 229
Kapp, Wilhelm 209 f., 213–215, 219, 399
Kardorff, Wilhelm von 84, 165
Karl (der Große) 269
Karl V. 280
Kassandra 425
Keim, August 278 f., 286, 321
Kennemann, Hermann 148, 150
Kessel, Gustav von 24
Keudell, Robert von 79, 96, 271
Key, Ellen 226
Kiderlen-Wächter, Alfred von 198, 281, 284, 300 f., 311
Kienitz, Roderich von 122, 435
Kirchner, Gero 14
Kirk, Alexander Comstock 360
Kitchener, Horatio Herbert
– 1. Earl Kitchener 391
Kleist, Heinrich von 226
Kleon 141, 416
Klose, Hedwig 73
Köller, Ernst von 128 f., 137, 182 f., 185, 187, 209, 426
Konica, Fail Bei *322*
Korodi, Lutz 75, 246, *275*, *396*
Korum, Felix 111, 115, 208
Koscielski, Joseph von 146, 158, 161, 166 f., 180
Kösters *402*
Kötschke, Hermann 205
Kowaleskaja, Sofia 222
Krassow, Carl Graf von 43
Kremnitz, Mite 31, 71
Krukenberg-Conze, Elsbeth 234, 237 f., 402
Kühlmann, Richard von 354
Kundel, Erich 14

Lambert von Hersfeld 34
Lamprecht, Karl 38, 149, 245
Langbehn, Julius 193, 434
Lange, Helene 221
Langmann, Ludwig 401
Laskowski 169
Lassalle, Ferdinand 118, 375
Lauer, Bernhard 377, 380
Lecky, Elisabeth van Dedem 290
Lecky, William Hartpole 290–292, 309, 442
Lee, Arthur Hamilton
– 1. Viscount Lee of Fareham 282
Lehmann, Max 17, 51, 69, 99, 285, 407
Lehmann-Rußbüldt, Otto 332
Lenin, Wladimir Iljitsch 346
Lenz, Max 17 f., 31, 68 f., 345, 347, 350, 352, 355, 389, 436
Leonhart, Johannes 197
Lepsius, Johannes 320, 335
Lexa von Aehrenthal, Alois 176, 247, 257, 294
Libussa 230
Lichnowsky, Max von 345 f.
Liebert, Eduard von 174, 179, 255, 397
Liebig, Eduard von 89
Liebig, Justus von 29
Liljedahl, Ernst 332
Lindhagen, Carl 332
Litzmann, Berthold 30
Lloyd George, David 349
Löhning, Ferdinand 148 f., 151 f.
Lorenz, Max 71, 457
Lowe, Charles 262
Ludendorff, Erich 39, 328, 345, 353, 357, 392, 412, 415, 423
Lüdtke, Christian 9, 11, 17, 77
Ludwig, Emil 413
Ludwig II. (von Bayern) 52, 77, 97
Ludwig XVI. 414
Luise von Preußen 71, 78
Luther, Martin 47, 78

Macaulay, Thomas Babington 50, 292
Macchiavelli, Niccolò 200
Mahans, Alfred Thayer 274
Marcks, Erich 198, 415
Martens, Ludwig 30
Martin, Rudolf 122, 276
Martius, Carl von 318
Marx, Karl 133 f., 430
Massow, Wilhelm von 155, 173
Matthaei, Adalbert *228*
Matthaei, Adolf *228*

Mayer, Gustav *353*
Mehring, Franz 136, 190
Meinecke, Friedrich 41, 60 f., 407
Mendelsohn Bartholdy, Albrecht 421
Menge, August 302, 304
Mette, Siegfried 74
Metz, Adolf 198–201
Meyer, Eduard *41*
Michaelis, Georg 361, 384, 399, 408 f.
Miquel, Johannes von *99*
Mitrofanoff, Paul von 253–256, 323, 390
Mohl, Robert von 188
Mohr, Karl *394*
Molden, Berthold 334
Möller, Hans 60
Möller, Theodor von 318
Moltke, Helmuth Graf von [1848] 255, 328
Moltke, Otto von *255*
Mommsen, Theodor 36, 49, *51*, 109, 189, 457
Montgelas, Max von *313*, 421
Morawski, Kajetan von 393 f.
Moureau, Jean-Victor 74
Müller-Otfried, Paula 234
Muth, Carl 113

Nadolny, Rudolf 419
Napoleon I. 74, 78, 135, 166, 179, 200, 260, 280, 283, 353
Napoleon III. 202
Naumann, Friedrich 101, 123–127, 132, 219, 276, 298, 342, 393
Neitzel, Sönke *416*
Nell, Bernarda von 16 f., 24, *51*, 71, 112, 115 f., 220, 222, 229 f., 232–241, 365, 383, 400–402, 404
Nicolai, Walther 337
Niel, Adolphe 271
Nietzsche, Friedrich 329
Nikolaus II. 322
Nobbe, Moritz 89, 298
Nobiling, Karl Eduard 119
Noeggerath, Jacob 360
Noorden, Karl von 32, 34
Noske, Gustav 380

Oberwinder, Heinrich *124*
Obrenović, Aleksandar 82
Oncken, Hermann 41, 60, 134, 259, 265, 286, 324, 342, 406, 435
Oppenheimer, Franz 133, *346*
Oppenheim, Moritz N. 374
Orion 424

Papen, Franz von 61
Paulsen, Friedrich 95, 227
Payer, Friedrich von 410
Perikles 78, 410
Pershing, John J. 419
Persius, Lothar 337
Pertz, Georg Heinrich 35
Peters, Carl 294 f., 428
Petersen 182
Pfleiderer, Otto 138
Planert, Ute *227*
Platen, August von 396
Plenge, Johan 134
Polly, Adrian 246
Polybios 91
Polybius *siehe* Polybios
Porsch, Felix 240
Pourtalés, Friedrich 345
Prellwitz, Gertrud 71 f.
Preuß, Hugo 422
Prothero, George 262

Quidde, Ludwig 195, 318 f.

Rachfahl, Felix 116 f., 145, 369 f.
Rade, Paul Martin 127, 170–172, 192–204, 397
Raeder, Erich 72
Rahden, Till van 18
Ranke, Leopold von 19, 36, 38, 47, 50, 266, 275, 327, 395, 416
Rantzau, Christian zu 193
Raschdau, Ludwig 164, 299
Räß, Andreas *207*
Rassow, Hermann 30, 129, 276, 278, 361
Rassow, Peter 10, 13 f.
Reimer, Ernst 24, 52, 54–59, 64, 67, 98 f.
Reimer, Georg 35
Renner, Karl 247
Requate, Jörg *69*
Reuter, Herbert de 262
Reventlow, Ernst zu 325
Rheinbaben, Georg von 90 f.
Richthofen, Ferdinand Freiherr von 293
Rickert, Heinrich 189
Riesser, Jakob 340
Rieß, Ludwig 302
Ringer, Fritz K. 20

Rippler, Heinrich 66, 118, 155, 169
Rohden, Gustav von *117*
Röhl, John 83
Rohrbach, Paul 16, 59, *70*, 71, 73, 132, 157, *158*, 175, 246, 252 f., 293 f., 297–299, 305 f., 312, 316, 322, 347, *353*, 378, 407, 428
Roloff, Gustav 48 f., 59 f., 70, 194, 260, 293, 307, 425
Roosevelts, Theodore 245
Rößler, Constantin 15, 24, 52, 54 f., 70 f., 74, 221, 224, 230 f., 236, 244, 248, 250 f., 364
Rottenburg, Franz von 81, 83
Rubin, Marcus 202–204
Russel, Charles Howland Jr. 360

Saroléa, Charles 15, 244, 283, 291 f.
Sattler, Karl 189
Schäfer, Dietrich 307
Schaible, Alexander *353*
Schellenberg, Anna 224 f., 227–229, 231
Schickele, René 214
Schiemann, Theodor *187*, *275*, 283
Schiffer, Eugen 62, 240, 315
Schiller, Friedrich 229, 417
Schlaikjer, Erich 397
Schleiden, Rudolf *51*
Schleier, Hans 53, 63, *316*
Schlieffen, Georg Graf von 225
Schmidt, Ferdinand Jakob 46, 134, 222, 368
Schmidt, Johannes 192, 199, 201, 204, 397
Schmidt-Ott, Friedrich 65
Schmoller, Gustav von 88, 138, 275 f., 307
Schorlemer-Lieser, Clemens Freiherr von 165
Schotte, Walther 60–62
Schrader, Karl 299
Schubart, Hartwig 339
Schücking, Walter 195, 318 f.
Schultheß, Heinrich 48
Schulze-Gaevernitz, Gerhard von 251, 389
Schumacher, Hermann 351
Schwabach, Paul von *60*
Schwabe, Klaus 14, 21
Schweinburg, Victor 275
Sedgwick, Ellery 358
Seeberg, Reinhold 171, 343, 351 f., 356
Seidel, Otto 205
Sering, Max 276, 307
Servaes, Franz 71
Siebeck, Paul *59*
Smith, Francis 41
Snethlage, Karl Wilhelm 72
Sohm, Rudolph 125
Solf, Wilhelm 317, 333, 409
Sombart, Werner 124, 133, 368–371, 373
Spahn, Martin 109 f.
Spatz, Willy 335
Stablewski, Florian von 167
Stein, Adolf 286, 343
Stein, August 317
Stein, Karl Freiherr vom und zum 407
Stephan, Heinrich von 149
Stieber, Wilhelm 329
Stilke, Georg 58
Stilke, Hermann 59, 61 f.
Stöcker, Adolf 55 f., 123, 132, 363 f.
Strackerjan, Karl 197 f.
Struck, Walter 207
Studt, Konrad von 170
Stumm-Halberg, Carl-Ferdinand von 87, 121, 137
Stumpfe, Emil 159
Sybel, Heinrich von 221
Sztompka, Piotr 24

Thiersch, Friedrich 29, 128
Thiersch geb. von Liebig, Johanna 60
Thimme, Anneliese 12, 26, *84*, 133, 381
Thimme, Friedrich 60, 383, 407, 414, 443
Thucydides 415
Tiberius 47
Tiedemann, Heinrich von 148–151
Tiedje, Johannes 193 f., 197, 203, 205, 398, 434
Timmer, Jan 22
Tirpitz, Alfred von 275, 277, 279, 283–287, 325, 339, 354
Tolstoi, Leo 71
Tönnies, Ferdinand 190
Trautmann, Oskar 419
Treitschke, Heinrich von 24, 36 f., 50–57, 67, 95, 97–99, 123, 188 f., 288 f., 329, 363 f., 366, 372, 432, 434
Trench, F. J. A. *158*
Trotha, Lothar von 305
Trott zu Solz, August von 224
Truppel, Oskar von 318
Turno, Stanisław von 17, 160–162, 394

Uchtomski, Esper Esperowitsch 253
Uhland, Ludwig 396

Valentini, Rudolf von 337, 349, 358, 387, *395*, 399, 408–411, 414
Vàlyi, Felix 320
Verdy du Vernois, Julius von 270, 272
Victoria von Großbritannien und Irland 36 f., 52, 83
Virchow, Rudolf 34
Vogelstein, Heinemann 371 f.
Voigt, Paul 71
Vollmar, Georg von 137

Wagner, Adolph 276
Wagner, Georg 17, 145, 155, 161, 165
Waldemar von Preußen 35 f.
Waldersee, Alfred Graf von 84
Walther, Hermann 48, 57 f.
Warburg, Max 361
Weber, Marianne 227
Weber, Max 124 f., 380, 421
Weber, William 245, 263, 265
Wehrpfenning, Wilhelm 50 f.
Weinberg, Carl von 317
Weissler, Adolf 370–372
Weiß, Nikolaus *207*
Wellesley, Arthur
– 1. Duke of Wellington 262
Wenck, Martin 194, 317
Westarp, Kuno von 380
West, Robert *siehe* Schlieffen, Georg Graf von
White, Henry 245
Whitman, Sidney 29 f., 82, 244, 259–264
Wichmann, Karl *33*
Wiedenfeld, Kurt 351
Wilamowitz-Möllendorf, Ulrich von 171
Wile, Frederic William 214, 282
Wilhelm I. 49, 119
Wilhelm II. 39, 83-85, 92, 128, 176, 180, 190, 214, 235, 285, 287, 297, 308, 311, 321, 395, 413 f., 416, 422
Wilhelm von Preußen 414
Wilmowsky, Kurt von 192
Wilson, Woodrow 340 f., 359–362, 377, 399 f., 412, 418–422
Windthorst, Ludwig 100, 116 f.
Witte, Sergej 252
Wodzicki, Anton 178
Wolff, Theodor *49*, 343

Xenophon 416
Xerxes 38

Zahn-Harnack, Agnes von 396
Zedlitz-Neukirch, Oktavio von 272, 393
Zedlitz-Trüschler, Robert Graf von 64, 163
Zeucker, Luise 237
Ziller, Fritz 383
Zimmer, Heinrich *325*
Zimmermann, Arthur 337, 341
Zimmermann, Emil 334, 357
Zinn, Gottfried *41*
Zorn, Kurt 417
Zorn, Philipp *109*, 417
Zorn von Bulach, Hugo 210, 215
Zweybrück, Franz 177 f.
Zwiedineck-Südenhorst, Hans von 246, 257